

Acta Juridica

ACADEMIAE
SCIENTIARUM
HUNGARICAE

ADIUVANTIBUS

O. BIHARI, M. KÁDÁR, T. KIRÁLY, F. MÁDL,
L. RÉCZEI, I. SERES, I. SZABÓ

REDIGIT
GY. EÖRSI

TOMUS XII
FASCICULI 1—2



AKADÉMIAI KIADÓ, BUDAPEST
1970

ACTA JURIDICA

A MAGYAR TUDOMÁNYOS AKADÉMIA JOGTUDOMÁNYI KÖZLEMÉNYEI

SZERKESZTŐSÉG ÉS KIADÓHIVATAL: BUDAPEST V., ALKOTMÁNY UTCA 21.

Az *Acta Juridica* német, angol, francia és orosz nyelven közöl értekezéseket az állam- és jogtudományok köréből.

Az *Acta Juridica* félévenként jelenik meg, két kettősfüzet alkot egy kötetet. A közlésre szánt kéziratok a következő címre küldendők:

Acta Juridica, Budapest V., Alkotmány u. 21.

Ugyanerre a címre küldendő minden szerkesztőségi és kiadóhivatali levelezés.

Megrendelhető a belföld számára az Akadémiai Kiadónál (Budapest V., Alkotmány utca 21. Bankszámla 05-915-111-46), a külföld számára pedig a „Kultúra” Könyv és Hírlap Külkereskedelmi Vállalatnál (Budapest I., Fő utca 32. Bankszámla 43-790-057-181. sz.) vagy annak külföldi képviselőinél, bizományosainál.

«*Acta Juridica*» публикуют трактаты из области юридической науки на русском, английском, немецком и французском языках.

«*Acta Juridica*» выходят выпусками, составляющими один том в год (400—500 стр.)

Предназначенные для публикации рукописи следует направлять по адресу:

Acta Juridica, Budapest V., Alkotmány u. 21.

По этому же адресу направлять всякую корреспонденцию для редакции и администрации. Подписная цена — \$ 16.00 за том.

Заказы принимает предприятие по внешней торговле книг и газет «*Kultúra*» (Budapest I., Fő utca 32. Текущий счет № 43-790-057-181) или его заграничные представительства и уполномоченные.

ACTA JURIDICA

ACADEMIAE SCIENTIARUM HUNGARICAE

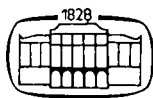
ADIUVANTIBUS

O. BIHARI, M. KÁDÁR, T. KIRÁLY, F. MÁDL,
L. RÉCZEI, I. SERES, I. SZABÓ

REDIGIT

GY. EÖRSI

TOMUS XII



AKADÉMIAI KIADÓ, BUDAPEST
1970

Die Sicherung des Kredits

von

I. MEZNERICS

Universitätsprofessor

Leiter der Hauptabteilung Recht und Direktor der Ungarischen Nationalbank

In der Abhandlung werden von den Rechtsinstituten, die die Sicherung der Kredite — in erster Linie der *Bankkredite* — bezwecken, folgende behandelt:

1. die *Bürgschaft* und die *Garantie (Bankgarantie)*,
2. das *Pfandrecht*,
3. die *Abtretung, der Eigentumsvorbehalt* und die *Sicherungsübereignung*.

Der Verfasser erörtert einerseits die Rolle dieser Institute hinsichtlich der *inneren Beziehungen* der sozialistischen Wirtschaft (hierzu gehören die Beziehungen zwischen den den Kredit gewährenden staatlichen Banken und den Kreditnehmern: den staatlichen Unternehmen, Genossenschaften, Bürgern) und zum anderen die *in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen* üblichen Kreditversicherungen. Innerhalb der letzteren setzt der Verfasser das in der Bankpraxis entwickelte Institut der *Bankgarantie*, und besonders die *Abgrenzung der Bankgarantie von der Bankbürgschaft* eingehend auseinander.

Von den sachenrechtlichen Sicherungen werden das *Pfandrecht*, sowie dem *Faustpfandrecht* entstammende solche Sicherungen detailliert dargestellt, bei denen die tatsächliche Übergabe des Pfandgegenstands durch eine symbolische Übergabe ersetzt wird. Besondere Aufmerksamkeit wird dem angelsächsischen Rechtsinstitut *»trust receipt«* gewidmet, das in der Finanzierung des internationalen Handels eine stets wachsende Rolle spielt. Die (vorläufige) Sicherungsübereignung und die Forderungsabtretung werden häufig zur Sicherung von Bankkrediten angewendet, die Abhandlung behandelt ihre wichtigeren praktischen Probleme.

Neben der inneren ungarischen rechtlichen Regelung werden in der Darstellung auch die in *ausländischen* Rechtsordnungen kodifizierten sowie in der Bankpraxis herausgebildeten wichtigeren Formen der Kreditsicherung mitberücksichtigt.

I. Bürgschaft und Garantie

Von den Rechtsinstituten, die der Sicherung des Kredits dienen, spielen — unter unseren, durch den neuen Wirtschaftsmechanismus bestimmten Wirtschaftsverhältnissen — die Rechtsinstitute *Bürgschaft* und *Garantie* eine stets wachsende Rolle, und zwar hinsichtlich sowohl der inneren, heimischen Sphäre unseres Wirtschaftslebens, als auch der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Regelung der Bürgschaft für die Sphäre der Innenverhältnisse ist im ZGB (§§ 272–276) zu finden, darauf weist auch die neue Regierungsverordnung über den Geldverkehr und den Bankkredit (37/1967/X. 12/Korm. sz. r. — im weiteren BankVO) hinsichtlich der *Bürgschaft zur Sicherung einer*

Bankanleihe zurück. In der Beurteilung der in den internationalen Beziehungen, in erster Linie in der Finanzierung des Aussenhandels besonders bedeutenden *Bankbürgschaft* sowie der damit verflochtenen *Bankgarantie* sind die in der internationalen Praxis entwickelten Usancen und gegebenenfalls — von der Entscheidung der Kollisionsfrage abhängig — die entsprechenden ausländischen Rechtsnormen zu beachten.

Inländische Sphäre

1. *In unserer inneren Wirtschaftsordnung* spielt — von der Bürgschaft zur Sicherung der ausschliesslich zwischen Bürgern abgeschlossenen Verträge diesmal abgesehen — die Bürgschaftsübernahme *zugunsten einer Bank* eine wichtigere Rolle. Obwohl die Bürgschaft von der BankVO unter den Sicherungen der Bankanleihen im allgemeinen erwähnt wird (§ 9. Abs. 2.), wurde diese Art der Sicherung in der bisherigen Praxis überwiegend nur bei den *den Bürgern gewährten Bankanleihen*, und zwar den verschiedenen Anleihen der Ungarischen Sparkasse verwendet.

Die Ungarische Sparkasse bedingt für sich zur Sicherung ihrer Anleihen gewöhnlich — und regelmässig neben anderen Sicherungen — die *selbstschuldnerische Bürgschaft* einer oder mehreren Personen aus. Von den zwei Hauptarten der Bürgschaft regelt die dispositive Norm des ZGB in erster Linie die einfache Bürgschaft (§ 274. Abs. 1.), sie weist aber auch auf die Möglichkeit der Vereinbarung einer selbstschuldnerischen Bürgschaft hin, letztere ist sogar in bestimmten Fällen laut Gesetzes als Hauptregel anzuwenden. (§ 274. Abs. 2. a—c). Zu diesen Fällen gehört die *Bürgschaftsübernahme durch eine Bank*, die also ohne besondere Vereinbarung eine selbstschuldnerische Bürgschaft ist, — diese Regel gilt jedoch nicht für die *Bürgschaftsübernahme zugunsten einer Bank*; wenn der Bürge keine Bank ist, muss die Solidarität besonders ausbedungen werden.

Unsere Rechtsordnung enthält *keine besondere* Regelung hinsichtlich der *Bürgschaft zugunsten einer Bank*, so gelten auf diesem Gebiet die Normen des ZGB über die Bürgschaft (§§ 272—276).

Die Bürgschaft wird oft als eine *persönliche* Sicherung der übernommenen Verpflichtung bezeichnet. Sicher mag die persönliche Qualität bei der Auswahl der Bürgen eine Rolle spielen, entscheidend ist jedoch, dass durch die Bürgschaftsübernahme der Befriedigungsfonds des Gläubigers dadurch erhöht wird, dass neben dem Vermögen des Hauptschuldners auch das *ganze Vermögen des Bürgen oder der Bürgen zur Deckung seiner Forderung zur Verfügung steht*. Bei den von der Ungarischen Sparkasse den Bürgern gewährten verschiedenen Anleihen ist es allgemein, dass die Eheleute für ihre Verpflichtungen gegenseitig gesamtschuldnerisch einzustehen haben. Dies geht natürlich über die Verpflichtungen eines Bürgen hinaus.

Eine (selbstschuldnerische) *Bürgschaftsübernahme* erfolgt dann, wenn der Eigentümer (Miteigentümer) eines zur Sicherung einer Anleihe verschriebenen Grundstückes eine vom Schuldner verschiedene Person ist. Die Ungarische Sparkasse verlangt nämlich im allgemeinen auch eine Bürgschaftsübernahme durch den Eigentümer (Miteigentümer) des zur Deckung verschriebenen Grundstückes.

2. *Im neuen Mechanismus der Wirtschaftsleitung* — neben anderen »kaufmännischen« Methoden — erhöht sich die Bedeutung der Bürgschaft auch im Kreise der *den sozialistischen Wirtschaftsorganen gewährten Kredite* bzw. Anleihen. Die Sicherung des sozialistischen Kredites durch Übernahme von Nebenverbindlichkeiten verbreitet sich immer mehr, und zwar nicht nur in der Weise, dass diese Verbindlichkeiten von einer anderen sozialistischen Organisation übernommen werden, (so z. B.: für die Verbindlichkeiten eines Betriebes im Rahmen eines Trustes kann auch die Bürgschaftsübernahme des Trustes selbst verlangt werden und auch umgekehrt, bzw. für die Schulden des den Kredit oder die Anleihe unmittelbar verwendenden Betriebes kann die Bürgschaft derjenigen Unternehmen ausbedungen werden, die an der durch den Kredit finanzierte Investition mitarbeiten oder mit dem Kreditnehmer in sonstiger wirtschaftlicher Beziehungen stehen, usw.), sondern auch so, dass die Schuld des Kreditnehmers (Genossenschaft oder eben ein staatlicher Betrieb) durch die Bürgschaftsübernahme einer anderen Genossenschaft, oder sogar eines Bürgers (Mitglied der Genossenschaft), bzw. einer juristischen Person oder Firma (z. B. ein ausländisches Unternehmen), die sich an der aus der Anleihe finanzierten Unternehmung beteiligt, gesichert wird. Die vertraglichen Beziehungen und die Formen der Unternehmungen im neuen Wirtschaftsmechanismus bieten einen breiten Raum für die zweckmässige Anwendung der Bürgschaft in unserer Binnenwirtschaft.

3. Auch die *von einer Bank übernommene Bürgschaft* d.h. die *Bankbürgschaft* hat in unserem Wirtschaftssystem ihren Platz. Bei der Abwicklung des Produktenverkehrs durch Liefer- und sonstige Verträge tritt das Problem der *Sicherung des Kaufpreises* auf, besonders deswegen, da die im neuen System der Lieferverträge erfolgte Veränderung des *Erfüllungsortes* (laut der RegierungsVO 10/1966 ist Erfüllungsort der Niederlassungsort des Bestellers) eine Veränderung des Verrechnungssystems zur Folge hatte: anstatt des früher allgemein praktizierten Inkassos wird die Initiative bei der Zahlung vom Schuldner (dem Käufer) ergriffen; die Hauptform der Zahlung stellt *die Überweisung* dar. In den Fällen, wenn der Verkäufer hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit oder Bereitwilligkeit des Bestellers zum Zahlen begründete Bedenken hat, wird die Frage der Sicherung der Leistung des Kaufpreises vielmehr praktischer, als sie in dem Inkassosystem war. Selbst die neue VO über die Lieferverträge (§ 31) verordnet weitsichtig, dass der Lieferer vom Besteller die vorangehende Leistung einer *Sicherheit* verlangen kann, wenn die rechtzeitige

Gegenleistung *gefährdet ist* und dass er bis zur Leistung der Sicherung seine eigene Leistung zurückbehalten kann.

Die Art und Weise der Sicherheitsleistung ist in der erwähnten Rechtsnorm nicht geregelt. Sie kann so erfolgen, dass die entsprechende Summe auf der Rechnung des Schuldners (des Käufers) von der Bank abgesondert (gesperrt) wird, worüber die Bank eine Bescheinigung (»Deckungsbescheinigung«) ausgibt. Sowohl theoretisch richtiger, als auch praktisch einfacher ist aber die Lösung, dass die Bank im Auftrage des Schuldners zugunsten des Lieferers für den Kaufpreis eine *Bürgschaft* übernimmt.

Die Bankbürgschaft hat auch in den neuartigen Beziehungen zwischen den Aussenhandelsunternehmen und den inländischen Produzenten eine Rolle. Will sich das als Kommissionär importierende Aussenhandelsunternehmen schon zur Zeit der Annahme der Kommission, bzw. seines Vertragsabschlusses mit dem ausländischen Partner sichern, dass der Kommittent den Kaufpreis rechtzeitig zu zahlen bereit und fähig ist, so liegt es auf der Hand, dass zur Gewährung dieser Sicherung eine *Bürgschaftsübernahme* oder aber eine *Bankgarantie* der kontenführenden Bank des Kommittenten in Betracht kommt. So kann man auch die vorzeitige Inanspruchnahme der Geldmittel des Kommittenten vermeiden.

Ausländische Sphäre

1. Was die ausländische Sphäre anbetrifft, hat sich bei der Abwicklung und Finanzierung unserer *Aussenhandelsbeziehungen* die Bedeutung der Bankbürgschaft und der daraus stammenden, schon als ein selbständiger Geschäftstyp auftretenden *Bankgarantie* ausserordentlich erhöht. Diese Erscheinung ist in aller Welt zu beobachten, so ist es kein Zufall, dass die Internationale Handelskammer (Paris), welche durch die Ausarbeitung der (zum letztenmal in 1962 neugefassten) »*Règles*« des Akkreditivs (1933) und gleichzeitig der die einheitliche Auslegung der handelsüblichen Termini bezweckenden »*Incoterms*«, dann durch die Veröffentlichung des *Règlements* hinsichtlich des Dokumenteninkassos (1956) und neuerdings durch seine Neuauflage (1968) dem internationalen Handel, und in erster Linie den dessen finanzielle Seite verrichtenden Banken hervorragende Dienste geleistet hat, — die Ausarbeitung eines einheitlichen »*Règlements*« — hinsichtlich der *Bankgarantie* auf die Tagesordnung setzte.

Die die Bankbürgschaft und die daraus stammende Bankgarantie behandelnde *Literatur* wurde in dem letzten Jahrzehnt in der Welt sehr umfangreich. Diesbezüglich ist besonders beachtenswert, wie sich das als *Bankgarantie* bezeichnete Bankgeschäft in der Praxis der Banken von der Bankbürgschaft trennt, und *verselbständigt*. Auch wegen der Anwendung verschiedener Termini ist es in der Praxis nicht leicht, die einzelnen konkreten Sicherungen juristisch

zu qualifizieren; so muss die Rechtswissenschaft sich die Aufgabe stellen, die genannten Begriffe zu klären, sowie die Begriffsmerkmale zu finden, durch die diese genetisch verwandten, in ihrer Entwicklung jedoch schon unterschiedliche Ziele verfolgenden Institute sich voneinander trennen.

2. Vor der Behandlung der von der *Banken gewährten* Bürgschaft und Garantie in den Aussenhandelsbeziehungen bzw. ihrer Unterscheidung, müssen wir uns kurz der *zugunsten einer Bank übernommenen Bürgschaft* zuwenden, über deren binnenwirtschaftliche Beziehungen schon die Rede war.

In der internationalen Praxis, wenn zur Sicherung eines Bankkredites die Bürgschaftsübernahme eines Dritten erfordert wird, schliessen die Banken regelmässig den Vertrag *unmittelbar* mit dem Bürgen ab. Die zugunsten der Bank übernommene Bürgschaft erstreckt sich oft auch auf die Sicherung von zukünftigen Forderungen, unter Hinweis auf das zwischen der Bank und dem Hauptschuldner bestehende Dauerrechtsverhältnis. (Kreditverhältnis, Kontokorrentverhältnis, Abrechnungskreditsvertrag usw.) Dieser Hinweis auf das konkrete Kreditverhältnis wird häufig durch die Generalklausel ersetzt, laut der die Verpflichtung des Bürgen für alle »aufgrund beliebigen Rechtstitels« entstehenden Schulden erstreckt wird. Es ist jedoch bestritten, ob eine Vereinbarung, die sich ausschliesslich auf zukünftige Forderungen bezieht, gültig ist. Während diese Praxis der österreichischen Banken in einer Entscheidung von 1927 des Obersten Gerichtshofes ihre Grundlage findet, ist die Bürgschaftsübernahme für völlig allgemein bezeichnete, nicht konkretisierte zukünftige Forderungen nach der Rechtsprechung der Bundesrepublik Deutschland ungültig. Allerdings wird die Bezeichnung »Forderungen aus ständigen Geschäftsverbindungen« für bestimmt gehalten.

Aus der Akzessorietät der Bürgschaft folgend kann die Bank Stundung, usw. dem Hauptschuldner nur mit Zustimmung des Bürgen geben, bzw. gelten diese Begünstigungen auch zugunsten des Bürgen. Die Banken behalten sich jedoch in den Bürgschaftsverträgen — durch sog. Freizeichnungsklauseln — das Recht vor, dem Hauptschuldner Stundung gewähren, mit ihm einen Vergleich eingehen sowie Sicherungen freigeben zu können; in diesen Fällen stehen dem Bürgen aus diesen Gründen natürlich keine Einreden zu. Solche Verpflichtungen aber, laut deren der Bürge schon im voraus auf alle möglichen Einreden verzichtet, werden von den Gerichten nicht als gültig anerkannt. Da alle Bürgschaftsverträge seitens der Bank ein Handelsgeschäft darstellen, hat die Bank mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes zu handeln. Die Banken können sich dieser gesetzlichen Verpflichtung (in Ungarn § 276 ZGB) durch »Freizeichnungsklauseln« nicht völlig entziehen. Unabhängig vom Inhalt dieser Klausel, wenn die Bank die handelsübliche Sorgfalt tunlich verletzt, oder aber bei der Befriedigung aus den Deckungen, die den Kredit sichern, bzw. bei der Sicherung des Kredits selbst unter Verletzung dieser Sorgfaltspflicht etwas zu tun unterlässt, und dadurch der Bürge seinen Re-

gressanspruch verliert, stehen dem Bürgen trotz seines Verzichtes Einreden zu, und zwar eben deswegen, da die Bank das Interesse des Bürgen nicht beachtet hat (Versäumnis von Mitteilungen usw.).

Der Bürge kann natürlich alle Einreden erheben, die auch der Hauptschuldner gegenüber der Bank hat. Um die unendlichen Streite aus solchen Einreden zu vermeiden, bedingen die Banken im Bürgschaftsvertrag gewöhnlich aus, dass die Schuldanerkennung des Hauptschuldners auch für den Bürgen wirksam ist. Im Falle nachweisbarer Bösgläubigkeit sind solche Abmachungen natürlich ungültig.

Das Gesagte erleutert, dass der Grundsatz der Akzessorität der Bürgschaft in der Praxis der Bürgschaftsübernahme zugunsten der Banken gewissermassen begrenzt wird und dass *die Bürgschaft sich* von dem Grundgeschäft in bestimmtem Masse *verselbständigen kann*. Besonders die Fälle sind von praktischer Bedeutung, wenn die Bank und der ihr haftende Bürge ihren Sitz in demselben Land haben, dagegen befindet sich der Sitz des Hauptschuldners in einem dritten Land und der Hauptschuldner durch die Normen seines Landes (z. B. devisenrechtliche Beschränkungen) verhindert ist, seiner Verpflichtung nachkommen zu können. In diesen Fällen wird der Bürge von seiner Verpflichtung nicht frei.

Die Verpflichtung des Bürgen teilt das Schicksal der Hauptschuld weder im Falle des Konkurses des Hauptschuldners, noch des diesem gegenüber eröffneten Vergleichsverfahrens. Eben deswegen pflegten die Banken bei den juristischen Personen gewährten Krediten auch die Bürgschaft der Gesellschafter auszubedingen.

In den Bürgschaftsverträgen zugunsten der Banken ist die Verantwortlichkeit des Bürgen in der Regel betragsmässig limitiert. Die Begrenzung schlechthin, dass der Bürge bis zur Höhe des eben in Anspruch genommenen Kredits aufzukommen hat, kann nicht als eine ausreichende Bestimmung betrachtet werden.

Nach dem Zivilrecht mehrerer Staaten kann der Bürge vom Hauptschuldner die Leistung einer Sicherheit verlangen, wenn die Forderung fällig ist und der Gläubiger die Leistung der Schuld nicht fordert. Es gibt jedoch keine solche gesetzliche Regelung, die für den Fall, wenn sich die Leistung des Hauptschuldners hinausschiebt, den Bürgen über seine Bürgschaft hinaus zu weiterer Sicherheitsleistung verpflichtet. Dies wird aber von den Banken gewöhnlich ausbedungen, weiterhin — im mit dem Hauptschuldner abgeschlossenen Kreditvertrag — auch das, wenn der Bürge seiner Verpflichtung zur Sicherheitsleistung auf Aufforderung nicht nachkommt, wird die Kreditrückzahlung sofort fällig.

Es ist noch zu bemerken, wenn bewegliche Sachen zur Sicherung einer Schuld der Bank von einem Dritten übergeben werden, stellt dies nur einen Pfandvertrag, und keine Bürgschaftsübernahme dar.

In der Bankpraxis ist es üblich, dass der Bürge der Bank auch einen *Biankowechsel* übergibt. So hat er doppelte Verbindlichkeit: er ist verpflichtet einerseits aus dem Bürgschaftsvertrag, andererseits aus dem Wechsel. Häufig kommt es vor, dass der Kredit nur durch einen von einem Dritten gegebenen Biankowechsel gesichert wird, ohne die Bürgschaftsübernahme durch diesen Dritten.

Die Verpflichtung aus der Bürgschaftsübernahme *erlöscht* mit dem Verstreichen der vereinbarten Zeit, weiterhin natürlich mit dem Erlöschen der Hauptforderung, sowie der Aufhebung jener Geschäftsverbindung, aus der stammende Schulden durch die Bürgschaft gesichert wurden. Der Bürge wird auch durch die *Verjährung* frei. Wenn die Hauptforderung vor der für die Bürgschaft vereinbarten Frist verjährt, kann der schon im Prozess stehende Bürge die Verjährung nicht mehr einwenden.

3. In den Kreditgeschäften bezüglich der Finanzierung des Handels der sozialistischen Länder mit den kapitalistischen und Entwicklungsländer stellen die *von der Bank übernommene* Bürgschaft (*Bankbürgschaft*) und die daraus entwickelte *Bankgarantie* die meist verbreiteten Formen der Sicherung der vertraglichen Verpflichtungen dar.

a) *Bankbürgschaft*

Die Bankbürgschaft hat sich im Kreise der Bürgschaftsgeschäfte dadurch zum selbständigen Geschäftstyp entwickelt, dass hier die Bürgschaft von einer *Bank* übernommen wird. Oft bietet der Käufer in einem Aussenhandels-geschäft — anstatt ein Akkreditiv zu eröffnen, dessen Kosten nämlich höher sind — zur Sicherung des Kaufpreises eine *Bankbürgschaft* an, da hier die Deckung nicht im voraus immobil gemacht werden muss, und auch die Überweisungskosten entfallen. Beim Export kommt die vom Käufer für Sicherung des Kaufpreises gegebene Bankbürgschaft ebenso häufig vor.

Neben der Bankbürgschaft zur Sicherung des Kaufpreises ist im Aussenhandel die von der Zollbehörde verlangte Bürgschaft zur Sicherung der *Zollschuld* regelmässig praktiziert («Zollbürgschaft»). In mehreren Ländern wird eine Bankbürgschaft zur Sicherung von *öffentlichen Schulden* (wie z. B. Steuer, Frachtgelder) durch Rechtsnorm vorgeschrieben. Auch die Form-erfordernisse werden hierzu geregelt, häufig durch Festlegung eines Muster-formulars. Dieselbe Praxis ist bei der Festlegung der *Bedingungen* von *öffentlichen Arbeiten und Lieferungen*, wie auch bei den durch unsere Aussen-handelsunternehmen vermittelten grossen Exportgeschäften zu beobachten.

Die Bankbürgschaft wird in der Literatur häufig als eine Art der Bankkredite (Bürgschafts- oder Avalkreditvertrag) betrachtet. Zwischen der Bank und dem Kreditnehmer des Avalkredites kommt nämlich eine solche Kreditvereinbarung zustande, wie bei anderen Kreditgewährungen. Dieser *Kredit-*

vertrag stellt in sich noch keine Bürgschaft bzw. Garantie dar, die sind selbständige Geschäfte. Der Gegenstand des Kreditvertrages ist — beim Bankkredit — der »Kredit« der Bank: die Bank verpflichtet sich, entweder eine Anleihe zu geben (Einlagen zu unterbringen), oder Tratte zu akzeptieren, oder aber Bürgschaft oder Garantie zu gewähren.

Die *Bankbürgschaft* — also die *durch eine Bank übernommene Bürgschaft* — ist im Rechtssystem der verschiedenen Länder nicht selbständig geregelt; da aber die Bürgschaft — und zwar auch die im Handelsverkehr übliche *selbstschuldnerische Bürgschaft* — in den Zivil- und Handelsgesetzbüchern im allgemeinen ausreichend detailliert geregelt ist, hat das Institut der Bankbürgschaft seine feste juristische Grundlage und nimmt den Charakter eines selbständigen Geschäftes nur durch die speziellen Bedingungen, rechtlichen Lösungen sowie die in der Bankpraxis entwickelten typischen Formulierungen an.

Von den kapitalistischen Rechtssystemen wird die Bürgschaft — das Institut der selbstschuldnerischen Bürgschaft inbegriffen — im *schweizerischen Obligationenrecht* (Art. 492—512) besonders ausführlich geregelt, ohne jedoch die durch eine Bank übernommene Bürgschaft besonders zu erwähnen. Dagegen sagt das ungarische ZGB aus, dass *die durch eine Bank übernommene Bürgschaft* auch ohne besondere Vereinbarung als selbstschuldnerische Bürgschaft zu betrachten ist. Davon ausgehend, dass in unserer Gesellschaftsordnung die Bürgschaftsübernahme in der Regel keinen Geschäfts-, sondern einen Gefälligkeitscharakter hat, stellt im ZGB die Hauptregel die einfache Bürgschaft dar. Eine Ausnahme davon bildet die *»durch eine Bank übernommene Bürgschaft«*. Sonst ist auch im schweizerischen Recht die einfache Bürgschaft die Hauptregel.

Die Bankbürgschaft ist also in der Regel eine *selbstschuldnerische Bürgschaft*, weil in den Rechtssystemen, wo es nicht durch Gesetz besonders so geordnet ist, das Bankgeschäft als Handelsgeschäft zu betrachten ist und für die im Bereich der letzteren übernommene Bürgschaft im allgemeinen die Regeln der selbstschuldnerischen Bürgschaft vorgeschrieben sind.

Für die Bankbürgschaft — besonders für die Folgen ihrer Akzessorität, den Umfang der Verpflichtung, die Einreden, die Beachtung der Interessen der Bürgen, das Regressrecht der Bürgen, bzw. für die Legalzession, die Rechtsstellung von mehreren Bürgen usw. — gelten prinzipiell die Regeln der ZGB und der HGB der einzelnen Länder über die selbstschuldnerische Bürgschaft.

Im Kreise der im Aussenhandelsverkehr üblichen Bankbürgschaften taucht oft die schon schwerere — international-privatrechtliche — Frage auf, welchen Staates Recht in einem Rechtsstreit auf den Bürgschaftsvertrag anzuwenden sei. Hier gilt zwar das allgemeine Prinzip des IPR, demnach in der Frage des anzuwendenden Rechts in erster Linie die Vereinbarung der Partner entscheidet, — die Parteien unterlassen aber sehr häufig die Klä-

rung dieser Frage, auch dann, wenn sie sich hinsichtlich des Grundgeschäfts, des Kaufs, einem bestimmten Recht oder Gericht unterworfen haben. Nach einer weitverbreiteten Auffassung ist auf den Bürgschaftsvertrag dasselbe Recht anzuwenden, welches in der Beziehung des Gläubigers zum Hauptschuldner gilt, — beim Kauf also — nach der Rechtsordnung zahlreicher Staaten — das Recht des Verkäufers. Bei Kreditgeschäften, die mit dem Warenverkehr verbunden sind, ist es wünschenswert — bei der Finanzierung des Geschäfts wird eine solche Vereinbarung von den Banken oft ausdrücklich verlangt —, dass auf den mit dem Hauptschuldner abgeschlossenen Kaufvertrag und in dessen Rahmen auf das Kreditgeschäft, weiterhin auf die die Sicherung dieses Kredits bezweckende Bankbürgschaft dasselbe Recht angewandt und die Kompetenz desselben Gerichts vereinbart wird.

Ist eine solche Vereinbarung nicht getroffen worden, so sind die Auffassungen hinsichtlich des anzuwendenden Rechts — wie gesagt — abweichend. In weiten Kreisen ist die Auffassung herrschend, nach der hinsichtlich des *Umfanges* der Bürgschaft (also, was der Bürge zu leisten hat), zwar das Recht des Hauptschuldners massgebend ist, dagegen wird nach dem Recht des Bürgschaftsvertrages entschieden, ob der Bürge überhaupt zu leisten hat, also ob seine akzessorische Verpflichtung schon fällig ist.

Das Recht des Landes des Bürgen ist hinsichtlich der Moratorien und der devisa-rechtlichen Beschränkungen anzuwenden. Diesbezüglich ist die Regel des *schweizerischen* Zivilrechts (§ 501) beachtenswert, wonach der in der Schweiz ansässige Bürge einwenden kann, dass die Leistung des im Ausland ansässigen Hauptschuldners durch irgendwelche Bestimmung verhindert ist — es sei denn, dass der Bürge auf diese Einrede verzichtet hat.

b) Die Bankgarantie

Das selbständige Institut der Bankgarantie (*»contract of indemnity«*) hat sich aus der Bankbürgschaft entwickelt. Ihre genaue rechtliche Regelung würden wir in den Gesetzen umsonst suchen. In Ermangelung der selbständigen Regelung greift man zu den Regeln der Bürgschaft, der Garantie, manchmal auch der Versicherung zurück. Im *schweizerischen* Obligationenrecht (§ 111.) und in der italienischen *Codice Civile* (§ 178) gibt es je einen Absatz, der — zwar nicht ausdrücklich hinsichtlich der Banken — das Wesen der Garantie enthält: wer für die Leistung eines anderen eine Verpflichtung übernimmt, hat den aus der Nichtleistung stammenden Schaden zu ersetzen.

Beachtenswert ist weiterhin die Regel des *indischen* Handelsrechts, (§ 124. — dieses Recht fasst meistens die Regeln des ungeschriebenen englischen Rechts zusammen), nach dem eine Partei durch den *»contract of indemnity«* sich verpflichten kann, die Verluste zu ersetzen, die sie oder ein Dritter dem anderen Partner verursachen.

Der § 248 unseres ZGB über die Garantie ist so elastisch formuliert, dass — wie darauf auch die ministerielle Begründung hinweist — darunter nicht nur die *Garantie* für die eigene, sondern auch *für die Leistung anderer* einbezogen werden kann. Andererseits wird in der Begründung betont, dass die Garantie das fast bedingungslose Einstehenmüssen für die Mangelfreiheit einer Sache bedeutet, und in dieser Hinsicht der Gewährleistung nahesteht.

Die Bankgarantie wird in der — neueren — Praxis so verbreitet angewandt, dass man — ähnlich wie bei dem Akkreditiv — über ein durch die Erfordernisse der Praxis entwickeltes neues Rechtsinstitut sprechen kann, wobei die Bestimmung der Wesensmerkmale und die Abgrenzung zu anderen Rechtsinstituten von ähnlichem Charakter — hauptsächlich zu der Bürgschaft — bis zu ihrer gesetzlichen Regelung eine Aufgabe der Rechtswissenschaft ist. Diese Fragen werden in der neueren Literatur verhältnismässig häufig auseinandergesetzt.

Es ist auch zu merken, dass in der Geschäftspraxis zwischen Garantie und Bürgschaft nicht immer klar unterschieden wird. Die Anfangsworte der Bankerklärungen lauten z. B., oft so: »Wir garantieren als Bürge . . .«. Selbst wenn beide Institute demselben wirtschaftlichen Ziel dienen (Risikoverminderung), sind die *juristischen Unterschiede* erheblich. Die können so kurz zusammengefasst werden, dass der *Bürge* die Verpflichtung eines anderen, des Hauptschuldners, erfüllt, der *Garant* kommt dagegen seiner eigenen Verpflichtung nach. Die Bürgschaft ist eine *akzessorische*, Neben-, die Garantie eine *selbständige*, Hauptverbindlichkeit. Dem Garant stehen die Einreden und Einwendungen nicht zu, die der Schuldner aus dem grundlegenden Geschäft erheben kann. Durch die Garantie entsteht kein Rechtsverhältnis zwischen der Bank und dem Schuldner, dessen Leistung von der Bank einem Dritten gegenüber garantiert wird. Gegenüber der Bürgschaft gibt es hier auch keine Legalzession. Die Bank muss sich durch eine besondere Vereinbarung sichern, dass sie für das aufgrund des Garantievertrages Geleistete von dem garantierten Schuldner einen Ersatz erhält (»counter-indemnity«). Das Wesen der Garantie ist also nicht das, dass der Garant im Interesse des Schuldners seine Verpflichtungen übernimmt, sondern, dass der Garant dem Begünstigten für seinen, durch die Nichtleistung des Schuldners herbeigeführten Schaden einen *Ersatz* gewährt.

Dass für die in den Bankgeschäften im Laufe der letzten 15 Jahren entwickelte Bankgarantie nicht die Übernahme der Verpflichtungen des Schuldners, sondern die *Übernahme des Risikos des Gläubigers* charakteristisch ist, zeigen auch diejenigen — im Kapitalismus üblichen — Bankgarantie-Verträge, in denen die Bank — für eine höhere Provision — das Risiko der Honorierung eines Wechsels durch den sozialistischen Partner von dem in einen kapitalistischen Land ansässigen Verkäufer (der in der Regel der Wechselaussteller ist) übernimmt. Das Risiko des Grundgeschäftes kann die Bank nicht übernehmen,

da sie daran nicht beteiligt war. Die Garantie bezieht sich in diesen Fällen auf die — vom Grundgeschäft unabhängige Wechselakzept-Verpflichtung irgendeiner sozialistischen Bank und unterscheidet sich von den sonstigen üblichen Garantien der Wechselhonorierung dadurch, dass die Initiative nicht von dem Akzeptanten sondern von dem Aussteller ausgeht, der auch die Provision zahlt. Der Regress gegen den Akzeptanten ist in diesen Fällen ein Wechselregress, während er in den anderen Fällen der Garantie des Akzeptanten durch eine Garantiekredit-Vereinbarung begründet ist.

Wenn wir das oben über das rechtliche Wesen der Bankgarantie Gesagte mit den typischen Formulierungen der Garantievordrucke der Banken vergleichen, stellt sich heraus, dass in den letzteren doch nicht von irgendeinem Ergebnis oder einem Ersatz die Rede ist, sondern von der Leistung oder Nichtleistung eines Dritten. Die Ursache dessen ist, dass die Bankgarantien — besonders in dem internationalen Warenverkehr — sich auf solche Schäden beziehen, die mit der Leistung oder der Nichtleistung kausal zusammenhängen. In der Tat wäre die garantierte Leistung durch die Leistung der Bank oft nicht ersetzbar, da die Bankleistung nur ein Geldersatz sein kann. *Der Gegenstand der Garantie ist das mit der Leistung des Grundgeschäftes verbundene, im Vertrag betragsmässig bestimmte Interesse des Begünstigten.*

Ob es sich gegebenenfalls um eine Bankbürgschaft oder eine Bankgarantie handelt, kann aufgrund der angewendeten Bezeichnung nicht immer entschieden werden. Es muss auch betont werden, dass zwar die Bürgschaft sich von der Garantie grundsätzlich durch die Akzessorietät unterscheidet, die Bedeutung der rechtlichen Selbständigkeit der Bankgarantie nicht überschätzt werden darf. Selbst wenn die Garantie von anderen Verpflichtungen rechtlich unabhängig ist, *hängen sie in der Mehrheit der Fälle wirtschaftlich zusammen.* Daraus folgt, dass bei der Festlegung und der Auslegung der konkreten Garantieverpflichtung die Hauptverpflichtung, deren Erfüllung oder der aus deren Nichterfüllung aufgetretene Schaden Gegenstand des Garantievertrages ist, von Bedeutung sein kann.

Der rechtliche Zusammenhang zwischen dem Hauptgeschäft und dem Garantievertrag kommt häufig so zum Ausdruck, dass das Hauptgeschäft unter der Bedingung abgeschlossen wird, dass die ordentliche Abwicklung durch eine Bank garantiert wird.

Die erwähnte Bestimmung des Wesens und der Abgrenzungsmerkmale der Bankgarantie ist in erster Linie für die *deutsche* (österreichische, schweizerische) Bankpraxis und Literatur charakteristisch. Dagegen unterscheidet die *englische* juristische Literatur zwischen den beiden Instituten nicht, sondern betont die Identität der Rechtsstellung von »guarantor« und »surety«¹ und

¹ The word "surety" has exactly the same significance as the word "guarantor".
CHORLEY: *Law of Banking*. London, 1947. p. 242.

die Akzessorietät der Bankgarantie.² Dem Begriff, den wir *Garantie* im Sinne des Gesagten nennen, entspricht im englischen Recht der »*contract of indemnity*« (mit dem Inhalt des zitierten indischen Paragraphes). Dem Begriff »*contract of indemnity*« wird im englischen Recht der »*contract of guarantee*« gegenübergestellt, der — ähnlich, wie der »*surety*« — eine sekundäre (*secondary*) Verantwortlichkeit für die Leistung des Hauptschuldners beinhaltet, also der kontinentalen Bürgschaft entspricht.

Eine vom Grundgeschäft unabhängige spezielle *Bankverpflichtung* stellt im englischen Recht das Institut des *unwiderruflichen Akkreditivs* dar. In der Literatur wird sogar die Theorie vertreten, die das Akkreditiv im wesentlichen als eine durch die Bank für die Zahlung des Käufers übernommene Garantie betrachtet und diese Ansicht wird von anderen englischen Autoren³ sehr charakteristisch damit bekämpft, dass die Bankgarantie eine sekundäre Verantwortlichkeit darstellt, während die mit dem Akkreditiv übernommene Verantwortlichkeit der Bank eine primäre ist. Der Ausdruck »Bankgarantie« wird von der englischen Literatur in erster Linie nicht auf die durch eine Bank übernommene, sondern — im Kreise der Bankgeschäfte — auf die die Sicherung eines Bankkredites bezweckende, der Bank gegenüber für den Schuldner übernommene Garantie, Bürgschaft angewendet.

Gleichzeitig gibt es in dem angelsächsischen Rechtssystem auch das Institut »*contract of indemnity*«, dessen Wesen die Übernahme einer selbständigen, primären Garantie, eine Verpflichtung zur Schadloshaltung hinsichtlich des eigenen oder aber der Leistung eines anderen ist, wie es aufgrund seiner in der englischen Rechtspraxis entwickelten Form von dem indischen Schuldrecht von 1872 definiert wurde (§ 124).⁴ Dieser Geschäftstyp wird meistens in der Versicherung angewendet, im Kreise der Bankgeschäfte kommt dem »*letter of indemnity*« nur bei Akkreditivgeschäften eine gewisse Bedeutung zu. Findet die zahlende, bestätigende Bank in den vom Käufer vorgelegten Dokumenten gewisse Mängel auf, so wird sie erst zahlen, bzw. die vorgelegte Tratte negoziieren, wenn der Begünstigte sich durch ein »*letter of indemnity*« verpflichtet, alle Schäden zu beheben, die der Bank durch die Mängel der Dokumente entstehen. Dieses Geschäft und im allgemeinen der »*contract of indemnity*« haben einen *selbständigen* und keinen akzessorischen Charakter.

Der auf dem Kontinent entwickelte selbständige Typ der Bankgarantie wird im angelsächsischen Recht kaum angewendet, hier — wie schon er-

² *The Journal of Business Law*. 1957. p. 137. "In the case of a bank guarantee the bank becomes liable only indirectly or secondarily as guarantor, if the buyer fails to fulfil his obligation". Das Wesen des Garantievertrages ist "to answer the debt, default, or miscarriage of another". (CHORLEY: op. cit. p. 244.)

³ DAVIS: *The law relating to commercial letters of credit*. London, 1960. pp. 59—60; GUTTERIDGE—MEGRAH: *The law of bankers' commercial credits*. London, 1955. p. 17; FALCONBRIDGE: *Banking and Bills of Exchanges*. 1956. pp. 791—792.

⁴ *Handbook of commercial law*. Calcutta, 1957. p. 57. et seq.

wähnt — haben sich die Institute Garantie und Bürgschaft voneinander nicht getrennt. Dass die rechtliche Lage auf diesem Gebiet auch bei den Engländern problematisch ist, zeigt gut der von einem der verbreitetsten englischen Handbüchern des Bankrechts den Managers erteilte Ratschlag:⁵ alle vom Gewöhnten abweichenden Garantieerklärungen müssen von der Rechtsabteilung gesehen werden, um die hier häufig auftretenden »pitfalls« zu vermeiden.

Auch das *französische* Recht kennt — soweit ich nachforschen konnte — kein der in den anderen kontinentalen Staaten entwickelten selbständigen Bankgarantie entsprechendes Institut. Die Akzessorietät von »*cautionnement*« wurde auch in den Bürgschaftsgeschäften der Bankpraxis nicht verändert. Das Wort »garantie« bedeutet in der französischen Rechtssprache im allgemeinen »Versicherung«, »Einstehen für Schaden« und auch der von der Praxis benutzte Ausdruck »*lettre de garantie*« hat einen anderen Inhalt, wie die Garantie bei der Bankgarantie.

2. Pfandrecht

Inländische Sphäre

Von den praktischen Fällen der Anwendung des Pfandrechts in der inneren Sphäre unserer sozialistischen Wirtschaft ist das Pfandrecht zur Sicherung eines Bankkredites (Bankanleihe) von primärer Bedeutung, da aufgrund der Geltung des sozialistischen Kreditmonopols unmittelbare Kreditverhältnisse zwischen Unternehmen und anderen Wirtschaftseinheiten nur ausnahmsweise, in begrenztem Masse entstehen können. Auch unter den durch den *neuen Wirtschaftsmechanismus* herbeigeführten Veränderungen des Kreditwesens bleibt die Lage diesbezüglich unverändert.

a) *Pfandrecht der Bank an beweglichen Sachen*

Was die *Verpfändung* von Vermögensgegenständen anbetrifft, enthält das ungarische ZGB eine spezielle Bestimmung über das »*Pfandrecht zur Sicherung eines Bankkredites*« (§ 262), laut der dieses Recht schon durch die Eröffnung des Bankkredits, *ohne die Übergabe des Pfandes* entsteht. Insoweit weicht also dieses Institut von der allgemeinen Regelung des Faustpfandrechtes ab, wo zur Entstehung des Pfandrechts über den Abschluss des Pfandvertrages hinaus auch die Übergabe des Pfandes notwendig ist (§ 257). Das Pfandrecht wird von der Bank in dem Kreditvertrag ausbedungen und entsteht mit der *Flüssigmachung* des Kredits; die letztere stellt also hier, anstatt der Übergabe, den konstituierenden Akt dar.

⁵ CHORLEY: op. cit. p. 243.

Aufgrund der ministeriellen Begründung zum ZGB, aber auch einer wissenschaftlichen Ansicht⁶ nach, kann man bestreiten, ob es bei dem Pfandrech zur Sicherung eines Bankkredites wirklich um ein Pfandrecht geht — die zum Pfand verschriebene Vermögensgegenstände gehören nämlich zu den Umlaufmitteln im Vermögen des Kreditnehmers (Produktions- oder Handelsunternehmen) und wächseln sich ständig. Diese Mittel dem Produktions- und Umsatzprozess zu entziehen, würde zu der produktiven Ausnutzung der Kapazität im Gegensatz stehen und die planmässige Produktion stören.

Der Erwerb des Pfandrechts ohne die Übergabe des Pfandes — der hinsichtlich des Grundpfandrechts in aller Welt allgemein anerkannt ist — ist ein Problem der Gesetzgebung und der Literatur, dessen Lösung sich seit langem hinzieht. Es wurde mehrmals versucht, nach dem Beispiel des Grundpfandrechts das Institut der *Hypothek an beweglichen Sachen* zu verwirklichen.

Die Realisierung wird am meisten durch die Schwierigkeiten der Organisation eines öffentlichen Buches (*Registers*) ghemmt. Verschiedene Formen der Hypothek an beweglichen Sachen könnten auch an einigen Beispielen aus der früheren ungarischen Gesetzgebung dargestellt werden: die *Schiffshypothek* (Gesetz IX von 1927), die Hypothek zwecks Emission von Industriefpfandbriefen, wodurch auch die *Mobilien* des Industrieunternehmens belastet wurden (Gesetz XXI. von 1928), die *Getreidehypothek* (Gesetz XXII. von 1930), sowie die *gesetzlichen Pfandrechte*, die in den dreissiger Jahren zum Zwecke der Sicherung der den Produzenten gewährten Kontenvorschüsse auf bestimmte Produkte (Zuckerrüben, Saatkorn, Holz usw.) gegeben wurden.

Ausser den Versuchen der Gesetzgeber haben sich die vertraglich vereinbarten Formen des Pfandrechts in erster Linie *in der Praxis der Banken* — schon in den zwanziger- dreissiger Jahren — verbreitet, bei denen man versuchte, die effektive Übergabe des Pfandobjektes auf verschiedene, die Produktion nicht hindernde Weise zu ersetzen, so durch Aufschriften, Lagerung in bestimmten Räumen, durch Anwendung sog. Pfandhalter, oder durch eine andere »symbolische« Übergabe.

Hinsichtlich der verpfändeten, jedoch beim Schuldner gebliebenen Vermögensgegenstände bedingt die Bank regelmässig aus, dass der Schuldner über diese nur mit Zustimmung der Bank verfügen kann. In dem Verpflichtungsschreiben, das bei den Anleihen der Ungarischen Sparkasse an die Bürger angewandt wird, verpflichtet sich der Schuldner oft dazu, dass er die mit der Hilfe der Anleihe beschafften beweglichen Sachen, Produkte, Grundstücke usw. vor der Begleichung der Anleihe und deren Nebenverpflichtungen *nicht* verkauft, verschenkt oder in anderer Weise veräussert, bzw. nicht verpfändet.

⁶ Vgl. VILÁGHY, M.—EÖRSI, GY.: *Magyar polgári jog* (Ungarisches Zivilrecht). Budapest, 1962. pp. 168—169.

Das Pfandrecht zur Sicherung eines Bankkredits sichert der Bank eine *Befriedigungspriorität* (§ 262 Abs. 2. ZGB). Erwirbt das Geldinstitut den Besitz des Pfandes, so kann es seine Forderung aus Anleihe *ohne gerichtliches Verfahren* befriedigen (§ 9. Ab. 2. BankVO)).

Für die Gegenstände des Pfandrechts zur Sicherung eines Bankkredits ist charakteristisch, dass diese während der Produktions- oder Handelstätigkeit des Schuldners sich ständig wechseln (»fluktuierendes Pfand«).

b) *Bankpfandrecht an Forderungen*

Auch *Forderungen* können Gegenstand eines Bankpfandrechtes sein, und zwar sowohl aus Warenlieferungen oder Dienstleistungen stammende und schon geltend gemachte Forderungen als auch aufgrund sonstigen Titels entstandene Forderungen.

Hinsichtlich des an einer übertragbaren Forderung oder einem Recht begründbaren Pfandrechts verordnet das ZGB (§ 263), dass zur Begründung dieses Pfandrechts notwendig ist, die Gründung dem Schuldner der Forderung oder des Rechts *mitzuteilen* und — wenn über die verpfändete Forderung oder das Recht eine Urkunde ausgestellt wurde — diese dem Pfandgläubiger zu *übergeben*.

Es ist fraglich, ob diese Regel auch für das Pfandrecht zur Sicherung eines solchen *Bankkredites* gilt, dessen Gegenstand eine *Forderung* ist, mit besonderer Rücksicht darauf, dass nach dem ZGB die ausführliche Regelung des Pfandrechts zur Sicherung eines Bankkredites in einer besonderen Rechtsnorm erfolgen soll (§ 263 Abs. 3). Da aber in dieser besonderen Norm die genannte Frage nicht einmal berührt wird, bin ich der Meinung, dass die Regel des ZGB über das Pfandrecht an Forderungen auch auf das an einer Forderung begründete Pfandrecht zur Sicherung eines *Bankkredites* angewendet werden muss.

Die Verpfändung einer Forderung stellt auch die Verpfändung von Schuldurkunden über Staatsanleihen und der Sparkassenbücher dar — diese sind bezüglich der Anleihen der Bürger von praktischer Bedeutung.

In der neuen BankVO — im Gegensatz zu der früheren — wird auch das *Wertpapier* ausdrücklich unter den Vermögensgegenständen erwähnt, die zur Sicherung eines Bankkredites verpfändet werden können (§ 9. Abs. 1.).

c) *Gesetzliches Pfandrecht zugunsten der Bank*

Einigen Geldinstituten steht hinsichtlich ihrer Geldforderungen *gesetzliches Pfandrecht* bzw. Befriedigungspriorität zu. Nach der VO mit Gesetzeskraft über die *Ungarische Nationalbank* (1967. (36. tvr. — § 9.) steht der Bank hinsichtlich der in Erfüllung ihrer Aufgaben entstehenden sowohl fälligen als auch der noch nicht fälligen Forderungen auf den Vermögensgegenständen des

Schuldners, die wann auch immer und unter irgendeinem Titel in ihren Besitz geraten sind, *ein gesetzliches Pfandrecht*, und auf den Mobilien des Schuldners, in Rangfolge nach den öffentlichen Schulden, aber allen anderen Gläubigern vorangehend, *eine gesetzliche Befriedigungspriorität* zu. Aufgrund ihres gesetzlichen Pfandrechts befriedigt die Bank ihre Forderung auf die zweckmässigste Weise, ohne Gerichtsverfahren.

Im Falle von Vollstreckung usw. hat auch die *Ungarische Sparkasse eine gesetzliche Befriedigungspriorität* bezüglich der Mobilien des Schuldners bis zur Höhe ihrer fälligen und noch nicht fälligen Forderungen. Diese Priorität steht jedoch der Ungarischen Sparkasse gegenüber dem Gläubiger nicht zu, der an den versteigerten Mobilien ein Faustpfandrecht erworben hat. Bei Kollision von gesetzlichen Befriedigungsprioritätsrechten steht das Prioritätsrecht der Ungarischen Sparkasse in der Rangfolge nach den öffentlichen Schulden und dem Recht der Ungarischen Nationalbank, jedoch vor dem Befriedigungsrecht aller anderen Gläubiger zu (Reg. VO 1850 vom 1. III. 1949. § 7).

d) *Hypothek zur Sicherung eines Bankkredites*

Auch Grundstücke können zur Deckung und Sicherung eines Bankkredites dienen (§§ 8, 9, BankVO). Nachdem das ZGB aussagt, dass Grundstücke ausschliesslich durch Gründung einer *Hypothek* verpfändet werden können (§ 265), gilt es auch für die Sicherung des Bankkredites.

Die Verpfändung eines Grundstücks hat unter unseren sozialistischen Eigentumsverhältnissen meistens bei den Anleihen der Bürger und die Verpfändung *zugunsten einer Bank* bei den von der Ungarischen Sparkasse gewährten Anleihen eine praktische Bedeutung. Die Ungarische Sparkasse verlangt die Verpfändung von Grundstücken zur Sicherung der den Bürgern gewährten *Bau-, Grundstückskaufs-, kleingewerblichen und persönlichen Anleihen* oft mit anderen Sicherheiten zusammen (z. B. Bürgschaft, Zession).

Auf die Hypothek zugunsten der Bank sind die Regeln des ZGB über die Hypothek (§§ 265—269) anzuwenden. Die Hypothek kann ausschliesslich durch Vertrag (und aufgrund dessen durch die Eintragung in das Grundbuch) gegründet werden; in diesem Kreise gibt es *kein gesetzliches Pfandrecht*. Die Regelung des ZGB über das Pfandrecht zur Sicherung eines Bankkredites, laut der das Pfandrecht mit der Flüssigmachung des Bankkredits entsteht (§ 262), kann nicht auf die Hypothek angewendet werden; zu deren Begründung ist ausserhalb des Vertrages auch die Eintragung in das Grundbuch notwendig.

Die zur Sicherung der von der Ungarischen Sparkasse gewährten Bankanleihen eingetragene Hypothek besitzt einen *besonderen rechtlichen Charakter*. (Reg. VO 13 440 von 1948, § 8.) Die zur Sicherung der Bankanleihe eingetragene Hypothek *geht* in Rangfolge den anderen, das Grundstück belastenden Forderungen sowie dem Niessbrauch *voran*, ausgenommen die Haussteuer, die

eine gesetzliche Priorität hat, und die zur Sicherung einer früheren Bankanleihe eingetragene Hypothek. Die Eintragung der Hypothek zur Sicherung solcher Anleihen, sowie die Vollstreckung der eingetragenen Forderung wird durch das in das Grundbuch eingetragene, oder das Grundstück auch ohne Eintragung belastende Veräußerungs- und Belastungsverbot -- oder andere denen entsprechende Beschränkung -- nicht verhindert.

Die Eintragung der Hypothek zur Sicherung zwecks Reparaturen gegebener Bauanleihen ins Grundbuch, sowie die Befriedigung aus der Hypothek wird auch dadurch nicht verhindert, wenn sich herausstellt, dass das Grundstück — dessen Grundbuchsblatt verloren oder zugrundegegangen ist — *nicht im Eigentum des Schuldners* ist, vorausgesetzt, dass die Anleihe in der Tat zur Reparatur angewendet wurde.

Gleichzeitig mit der Sicherung der von der Ungarischen Sparkasse gewährten Anleihen baulichen Charakters (Anleihe für Kaufpreisrückstand) durch Hypothek wird -- aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und des mit dem Schuldner abgeschlossenen Vertrages -- auch ein *Veräußerungs- und Belastungsverbot* ins Grundbuch eingetragen. Die Eintragung des letzteren verfolgt einerseits wirtschaftliche Ziele, andererseits dient sie zur weiteren Sicherung der Zurückzahlung der Anleihe. Durch diese Verbote wird verhindert, dass sich auch solche Personen an der Begünstigungen der Bauanleihen beteiligen, die auf diese Anleihen keinen Anspruch haben.

Ausländische Sphäre

Das Pfandrecht ist nicht nur für die innere Sphäre der sozialistischen Wirtschaft bedeutend, sondern spielt in den *internationalen Wirtschaftsbeziehungen* der sozialistischen Länder, in erster Linie in der Finanzierung und finanziellen Abwicklung des Aussenhandels eine wichtige Rolle.

a) *Pfandrecht an beweglichen Sachen. (Faustpfandrecht)*

Das Faustpfandrecht wird nach Mehrzahl der Rechtsordnungen durch *Übergabe* des zum Pfand gesetzten Gegenstandes gegründet; durch den der Übergabe vorangehenden Pfandvertrag (der in der Regel einen Teil des Kredit- oder Darlehenvertrages darstellt) entsteht lediglich ein schuldrechtlicher Anspruch auf die Inbesitznahme des Pfandes. So ist es auch nach der Hauptregel des ungarischen ZGB-s (§ 257), doch kommt das *Pfandrecht zur Sicherung eines Bankkredits* mit der Flüssigmachung des Kredits, ohne die Übergabe des Pfandes zustande. Diese spezielle Form (die in der BankVO eingehender geregelt ist) wurde im vorigen Kapitel detailliert behandelt. In den Kreditbeziehungen mit dem Ausland jedoch kann diese spezielle Regelung keine besondere Bedeutung erlangen, hier muss man -- sofern die Anwendung

des ungarischen Rechts nicht angenommen wird — auch auf das Pfandrecht zur Sicherung eines Bankkredites die allgemeine Regel anwenden, die aussagt, dass zur Begründung des Faustpfandrechts auch die Besitzübergabe des *Pfandes* notwendig ist. Wir werden noch sehen, dass diese klassische Regel durch die Praxis in mehrerer Hinsicht durchbrochen wurde.

Alle verkehrsfähige Sachen können Gegenstand des Faustpfandrechts sein. Die Beschränkung durch die Festlegung der zur Deckung eines Bankkredites annehmbaren Werte und innerhalb deren die der Mobilien (in Ungarn in der BankVO), kann natürlich nach aussen nicht gelten. In diese, nur für inländische Bankanleihen bestimmte Liste sind solche Mobilien nicht aufgenommen, die in den internationalen Kreditgeschäften — mit dem Warenverkehr verbunden oder ausserhalb dessen — sehr häufig Gegenstand des Pfandvertrages sind; so z. B. *Goldbarren*, *Goldmünzen* oder andere goldene Gegenstände, *Wertpapiere* (besonders Aktien, Obligationen, aber auch Wechsel) und *Warenpapiere*. Die Wertpapiere verkörpern zwar in der Regel eine Forderung, doch ist es besser, bei Inhaberpapieren über *Verpfändung von Mobilien* zu sprechen, als über die Verpfändung einer Forderung. Die die Verfügung über Ware gewährenden Wertpapiere (Konossement, Frachtbrief, Lagerschein) »verkörpern« die Ware, durch die »Verpfändung« dieser Papiere werden also Mobilien verschrieben. In den internationalen Kreditgeschäften kommt nicht selten auch das ausserordentliche Pfandrecht (*pignus irregulare*) vor, so z. B., wenn man fremdes Geld zum Pfand setzt; dieses Geschäft steht aber schon dem Darlehen nahe, besonders, wenn die Früchte (Zinsen) auch dem »Pfandbesitzer« zustehen.

Falls der Pfandgeber (der *nicht* notwendigerweise Begünstigter der Krediteröffnung oder Schuldner der Bankanleihe ist) eine im Eigentum eines Dritten stehende Sache dem Gläubiger übergibt, so ist es gegenüber dem Eigentümer nur wirksam, wenn der Erwerber im guten Glauben war und das Pfand im Handelsverkehr erworben hat (§ 258 ZGB, im allgemeinen entsprechend der Regelung anderer Länder). Das Kriterium des Handelsverkehrs ist bei den Verträgen mit den Banken gegeben, die *Gutgläubigkeit* jedoch — wie die Rechtsprechung zeigt — muss manchmal von der Bank bewiesen werden; die Bestimmungen der Allgemeinen Geschäftsordnung, die den guten Glauben der Bank voraussehen, werden von den Gerichten nicht immer respektiert. So z. B. ist es die Pflicht der Bank bei Namensaktien, wenn in diesen nicht der Pfandgeber genannt wird, die Eigentumslage zu klären.

Das Pfandobjekt wird regelmässig versichert und die Banken bedingen für Schadensfälle meistens auch die Verpfändung des Schadenersatzes aus. (Vgl. unten: Pfandrecht an Forderungen.)

Die Übergabe des Pfandgegenstandes — die in der Mehrzahl der Rechte zur Begründung des Pfandrechts notwendig ist (jedoch in Ungarn eben beim Pfandrecht zur Sicherung eines Bankkredites nicht) — ist in den Fällen ein-

fach, wenn es um bankmässig zu behandelnde Wertgegenstände (Geld, Wertpapiere, in Safe zu bewahrende Werte) geht. In diesen Fällen kann die Übergabe durch die Unterbringung des Vermögensgegenstandes in der Bank, oder bezüglich der schon in der Bank aufbewahrten Gegenstände durch eine entsprechende Vormerkung erfolgen. Bei Bankkrediten zur Finanzierung von Handels- und besonders der uns interessierenden Aussenhandelsgeschäfte pflegt man zur Zeit der Übergabe der Pfandstücke der Bank oder deren Beauftragten in einem Pfandprotokoll (mit einer Inventarerriechung zusammen) festzustellen, in welcher Art *das Verfügungsrecht der Bank über die Ware gesichert wird* (Übergabe von Lagerschlüsseln, Absonderung der verpfändeten Vorräte usw.). Eine Erklärung des Pfandschuldners, dass er über das Pfand nur mit Zustimmung der Bank verfügen kann, reicht nach Mehrzahl der Rechtsordnungen zur Begründung des Pfandrechts nicht aus. (Vgl. aber das unten über das »trust receipt« Gesagte.)

Bei Verpfändung von *Waren* stellt die Übergabe der zur Verfügung berechtigenden Dokumente (Warenpapiere: Konnossement, Frachtbrief, Lagerschein) eine *tatsächliche*, also keine symbolische Übergabe dar.

Trotz der rigorosen Bestimmungen der Gesetze, die die tatsächliche Übergabe verlangen, sind in aller Welt im Handels- und hauptsächlich im Aussenhandelsverkehr solche Modalitäten der Verpfändung von Mobilien — Waren, Lagern, Maschinen, Ladungen — entwickelt, die die tatsächliche Übergabe (oder den damit gleichzusetzenden Akt, der dem Gläubiger eine ausschliessliche Verfügung sichert) durch *symbolische Übergabe* ersetzen. Diese Lösung scheint deswegen erforderlich zu sein, da die verpfändeten Gegenstände so im Produktions- oder im Umsatzprozess verbleiben können, deren Förderung eben durch die Kreditgewährung (Finanzierung) erzielt wurde.

Inwieweit diese »*symbolischen*« *Übergabemodalitäten* von der Rechtsprechung der einzelnen Länder als ein Ersatz der tatsächlichen Übergabe, also einen Begründungsakt des Pfandrechts anerkannt werden, dies könnten wir auf einem sehr umfang- und abwechslungsreichen Material darstellen. Davon müssen wir jedoch absehen und — neben einer Übersicht — uns auf die Betonung einiger wichtigen praktischen Gesichtspunkte beschränken. Zunächst müssen wir uns merken, dass die liberale, die Erfordernisse des Wirtschaftslebens beachtenden richterliche Würdigung in aller Welt durch die Gesetze beschränkt ist (welche Gesetze im Interesse der Rechtssicherheit eine stricte Regelung enthalten), andererseits, — wie es sich aus dem Gesagten ergibt — bei allen konkreten Pfandverträgen, die eine Auslandsbeziehung haben und bei denen die tatsächliche Inbesitznahme verhindert ist, die einschlägigen ausländischen Rechtsnormen und die Rechtsprechung gründlich geprüft werden müssen. Auf die seit Jahrzehnten vorhandenen Bestrebungen zur Ausgestaltung irgendeines Instituts der »*Hypothek an beweglichen Sachen*« haben wir schon im vorigen Kapitel hingewiesen.

b) *Das Zurückbehaltungs- und Pfandrecht der Banken in der angelsächsischen Praxis*

Neben dem *vertraglichen Faustpfandrecht* (pledge) anerkennt die Rechtsprechung des *angelsächsischen* Rechtsgebietes das *Zurückbehaltungsrecht* und das *Pfandrecht der Banken* an den von ihnen besitzten Vermögensgegenständen ihrer Schuldner, auch in Ermangelung einer diesbezüglichen besonderen Vereinbarung (agreement for a pledge).

Dieses *gesetzliche Pfandrecht des Bankiers* wurde in der Praxis aus dem »*lien*« herausgebildet, welches in sich bloss ein Zurückbehaltungsrecht darstellt. Durch das »*banker's lien*« wird die Bank berechtigt auch ohne eine besondere Vereinbarung die besessene Vermögensgegenstände des Schuldners bis zur Begleichung der Schuld zurückzubehalten. Obwohl Gegenstand des *lien* ursprünglich nur körperliche bewegliche Sachen sein konnten (in der Regel Wertpapier des Handelsverkehrs), wird in der Praxis auch dann von »*lien*« gesprochen, wenn die Bank die Kontoforderung ihres Schuldners zurückbehält. Die Praxis hat diesbezüglich auch das Recht der Bank anerkannt, dass die Bank die fällige Verbindlichkeit aus der sich bei ihr befindenden Kontoforderung des Schuldners begleichen kann. Hier fließt das *Aufrechnungsrecht* (right of set-off) mit dem »*lien*« zusammen.

Sonst berechtigt das *lien* — wie schon gesagt — nur zur Zurückhaltung, ohne das Recht zum Verkauf; es ist also schwächer als das *pledge*. Doch hat sich das *banker's lien* in der Rechtsprechung zu einem Institut entwickelt, das die Bank auch zur *Verwertung* des Gegenstandes des *lien* (also nicht nur zur Aufrechnung der Forderung) berechtigt; es wurde also mit dem *pledge* gleichwertig (*implied pledge*), ohne dass dazu eine besondere Vereinbarung notwendig wäre (gesetzliches Pfandrecht).

Das »*banker's lien*« wird dagegen von den Gerichten hinsichtlich der Gegenstände nicht anerkannt, die von dem Partner der Bank mit einer besonderen Bestimmung übergeben wurden, so z. B. weder bezüglich der zur Verwaltung übergebenen Wertpapiere (»*safe custody*«), noch der Kontoforderung zu einem bestimmten Zweck (z. B. zwecks Ratenkaufs der Bank übergebene Summe). Diese Frage ist in der Rechtsprechung und der Literatur heftig umstritten,⁷ z. B. in solchen Fragen, ob auch die durch die Bank inkassierten Zinsen und Werterträge der in Verwahrung gegebenen Wertpapiere (die keinen Gegenstand von *lien* sind) vom Pfandrecht frei sind.

Abweichend vom »*banker's lien*« ist zur Begründung von *pledge* (das im engeren Sinn aufgefasste Pfandrecht an Mobilien) schon ein Pfandvertrag erforderlich. Während zum Gegenstand der ersteren meistens Wertpapiere

⁷ Hinsichtlich der angelsächsischen Rechtsprechung vgl. CHORLEY: op. cit. pp. 226—242.

dienen, können auch sonstige bewegliche Sachen Gegenstand des *pledge* sein, inbegriffen Waren oder die diese verkörpernden Dokumente.

Von den Warenpapieren ist das *bill of lading* sehr häufig Gegenstand des Pfandrechts das Bankiers, besonders bei Bankkrediten, die mit einem Dokumentenakkreditiv verbunden sind. Weil aber mit dem durch Indossament weitergegebenen *bill of lading* nicht nur das Eigentumsrecht der Ware übertragen wird, sondern der Indossat zugleich zum Berechtigten, bzw. Verpflichteten des vom *bill of lading* enthaltenen Frachtvertrages wird,⁸ taucht die Frage auf, ob diese Lage auch bei der Indossierung des *bill of lading* auf die Bank zur pfandrechtlichen Sicherung eines Kredites besteht.

Kann die Bank als Pfandbesitzer des *bill of lading* für die Zahlung der Fracht, der *demurrage* oder anderer Schulden verantwortlich sein? Es gibt auf diese Frage keine eindeutige Antwort. Nach einem Urteil des *House of Lords* besteht diese Verantwortlichkeit nur beim Eigentumsübergang, nicht aber bei Indossament zwecks Verpfändung. Ein anderes englisches Urteil sagt jedoch aus, wenn der Pfandbesitzer den Besitz der Ware zum Zwecke seiner Befriedigung aus dem Pfand erwirbt, wird er auch für die Verbindlichkeiten aus dem Frachtvertrag verantwortlich. Wegen solcher und ähnlicher Probleme setzt die Annahme des *bill of lading* als Pfand von den Banken gründliche Erwägungen, besonders die Klärung der Zahlung des Frachtgeldes voraus.

c) *Pfandrecht an beweglichen Sachen, ohne tatsächliche Inbesitznahme.* »*Trust receipt*«

In der Finanzierungspraxis der Banken wurden auch solche »symbolische« Verpfändungsformen entwickelt, die in den Auslandsbeziehungen, besonders im Aussenhandel von praktischer Bedeutung sind.⁹ Einige Beispiele werden angeführt:

ca) Ein seit lange praktizierter, von den Gerichten (sogar durch einige gesetzliche Bestimmungen) anerkannter, typischer Fall des durch »*symbolische Übergabe*« begründeten Pfandrechts stellt die *Verpfändung von Maschinen und Anlagen* dar, die wegen ihrer Grösse bzw. Verbindung mit dem Gebäude nicht abtransportiert werden können. Bei diesen wird die tatsächliche Übergabe durch gut sichtbare *Aufschriften* ersetzt. (»Pfandbesitz des Geldinstituts X.«). Die Rechtsprechung erkennt diese Form der Verpfändung hinsichtlich von schwer mobilisierbaren Gegenständen — in erster Linie Maschinenanlagen —

⁸ So auch nach dem englischen *Bill of Lading Act* von 1855.

⁹ Wo das Gesetz hinsichtlich einiger beweglicher Sachen ... das Institut »*Hypothek an Mobilien*« kennt (aufgrund der Eintragung in ein öffentliches Buch), erübrigt sich die symbolische Übergabe. Solche Institute sind die in vielen Ländern geregelte *Schiffshypothek* oder in dem schweizerischen ZGB (§ 885) normierte »*Rindvieh-Hypothek*«, die zur Sicherung der Anleihen der Banken oder Genossenschaften durch Eintragung in ein öffentliches Buch gegründet werden kann.

in aller Welt für gültig an. Dies wurde im ABGB (Österreich, von 1811) hinsichtlich der beweglichen Sachen gesetzlich verankert, bei denen eine körperliche Übergabe Zug um Zug nicht möglich ist, es ist aber notwendig, eine Bezeichnung anzuwenden, aus der die Verpfändung für »jedermann« leicht erkennbar ist. (§ 452). Nach diesem Muster ermöglichte später ein anderes österreichisches Gesetz¹⁰ die Verpfändung von Rindern (zwecks Sicherung eines Mastkredites) durch deren Kennzeichnung mit einem »Pfandzeichnen«.¹¹

Im weiteren hat die Rechtsprechung zur Gültigkeit der Verpfändung das Kriterium der »Nichtmobilisierbarkeit« nicht strickt verlangt, sondern hat daneben den Begriff — hauptsächlich bei Betriebsanlagen — *Sachgesamtheit* in den Vordergrund gestellt. So wurde die Erweiterung des Pfandrechts — unter Anwendung entsprechender Kennzeichen — auf die sonst abtransportierbaren Teile der *wirtschaftlichen Einheit* anerkannt, wenn die Abtransportierung die bestimmungsgemässe Funktion, bzw. Benutzung verhindern würde, oder sonst unrationell oder unwirtschaftlich wäre.

cb) Auch die Möglichkeit der Verpfändung eines *Warenlagers* war sehr umstritten.¹² Die Verpfändung durch *Übergabe des Lagerschlüssels* ist zweifelsohne möglich, so wird der Besitz des Pfandes dem Gläubiger gesichert. Die rechtlichen Bestimmungen verlangen keine *Inventarerrichtung* oder *Kennzeichnung*, die werden aber in der Bankpraxis gewöhnlich angewendet, besonders, wenn der Schuldner nach dem Pfandvertrag berechtigt ist, unter Mitwirkung des Geldinstituts Gegenstände zu entnehmen und diese durch gleichwertige Sachen zu ersetzen. Da aber die Banken die Lagerverwaltung ungern auf sich nehmen, wird anstatt der Schlüsselübergabe häufiger vereinbart, dass der Lagerist (oder eine andere bestimmte Person) zum *Treuhänder der Bank* wird, der bezüglich des Pfandgeschäfts ausschliesslich an die Weisungen der Bank gebunden ist.

cc) Die Übergabe, oder — wenn es die Rechtsnorm oder Rechtsprechung gestattet — die symbolische Übergabe kann durch die Erklärung des Schuldners des Pfandvertrages nicht ersetzt werden, dass er mit den sonst in seiner Verfügungsmacht verbleibenden Vermögensgegenständen nur auf bestimmte Weise, unter bestimmten Bedingungen verfahren wird. Auch die Rechtsprechung geht nicht so weit, das wäre mit dem allen gegenüber wirksamen »sachenrechtlichen« Charakter des Pfandrechts nicht vereinbar.

Trotzdem hat sich in der Bankpraxis der Finanzierung der Warenlieferungen ein ähnliches Sicherheitsinstitut entwickelt, das zwar nicht als Pfandrecht qualifiziert werden durfte, jedoch weit mehr zu sein, scheint als eine

¹⁰ »Mastkreditgesetz« vom 30. Juni 1932, BGBI Nr. 210.

¹¹ Im schweizerischen Recht (§ 885 ZGB) wird dasselbe durch Eintragung ins öffentliche Buch gelöst. (Hypothek)

¹² Zu diesem Thema gehört das Institut des in den USA entwickelten »field warehouse« bzw. den aufgrund dessen ausgegebenen Warrant — worüber auch György, E. schreibt: *A hitel biztosítékai* (Sicherungen des Kredits) p. 63.

einfache schuldrechtliche Verpflichtung. Es ist auch wegen seiner Verbreitung beachtenswert. Vielleicht wird die dem Handel so fehlende »Hypothek an Waren« aus diesem Institut zustandekommen. Wir denken hier an das bei den Kreditverträgen des Aussenhandels übliche »*trust receipt*«.

Das im Zusammenhang mit der Finanzierung des Handels (in erster Linie des internationalen Handels) oft vorkommende, »*trust receipt*« genannte Dokument wird vom Käufer ausgestellt. Gegenüber der ihm für die Begleichung des Kaufpreises Kredit gewährenden Bank übernimmt der Käufer hierin verschiedene Verpflichtungen hinsichtlich der Waren, die von der Bank durch die Übergabe der Warenpapiere in seinen Besitz gegeben wurden.

Besonders häufig wird das *trust receipt* beim *Import* im Falle eines *Akkreditivs* angewendet, wenn die das Akkreditiv eröffnende Bank dem Käufer dadurch einen Kredit gewährt, dass sie dem Verkäufer gegen die Dokumente zwar Zahlung leistet, die Dokumenten dem Käufer heraus gibt, ohne die Deckung des Akkreditivs erhalten zu haben. Der Käufer bekommt von der Bank eine Stundung der Zahlung (Kredit), in der Regel so, dass diese Schuld aus dem Preis der weiterverkauften Ware beglichen wird. (Die Bank zahlt dem Verkäufer bei der Übernahme der Dokumente oft nicht bar, sondern nimmt neben den Warenpapieren einen vom Verkäufer auf sie trassierten Wechsel an und der Verkäufer erhält den Kaufpreis unter dessen Aufrechnung.) Zur Deckung des dem Käufer von der Bank so gewährten Kredits dient die Ware bzw. die diese verkörpernden Dokumente. Gibt sie diese dem Käufer heraus, so muss sie sich auf eine andere Weise sichern — und dazu dient eben das *trust receipt*.

Das *trust receipt* kommt auch beim *Export* vor, so z. B. wenn die inkassierende Bank, die die Dokumente nicht gegen Barzahlung (D/P), sondern gegen das Akzept des Käufers (D/A) herausgibt, oder wenn die Bank die Zahlung des Käufers auf andere Weise stundet.

Der Inhalt des *trust receipt* ist — von der Vereinbarung abhängig — unterschiedlich. Die Bank bedingt oft aus, dass der Käufer die Ware nur mit ihrer Zustimmung veräußern darf, dass die Ware auf den Namen der Bank gelagert wird, dass der Bank über die Ware ein Kontrollrecht eingeräumt wird, dass beim Verkauf der Ware oder deren Teil der Gegenwert unmittelbar der Bank zu zahlen ist, usw. Das Wesen der Verpflichtung des Schuldners ist, dass er die Warenpapiere bzw. die ausgelöste Ware für die Bank »in trust« hält, der Bank gegenüber ist er nur *Pfandhalter* der Ware, ganz bis zur Begleichung seiner Schuld (die daraus entstanden ist, dass die Bank den Kaufpreis an seiner Stelle dem Verkäufer ausgezahlt, bzw. dafür eine Wechselverbindlichkeit auf sich genommen hat).

Nach der Rechtsprechung mehrerer Staaten steht der Bank im Falle des Konkurses des Schuldners usw. aufgrund des *trust receipt* ein besonderes Befriedigungsrecht zu. Dieses besondere Befriedigungsrecht des Begünstigten

des *trust receipt* (der Bank) ist im Recht der USA durch Gesetz anerkannt. Dem »*Uniform Trust Receipt Law*« von 1934 des Staates New York, das dies aussagt, hat sich die überwiegende Mehrheit der Staaten angeschlossen. Um über eine »*Hypothek an beweglichen Sachen*« sprechen zu können, wäre nicht mehr erforderlich, als die Verwirklichung irgendeiner öffentlichen Registrierung. Auch ohne diese neigt die englische Rechtsprechung und — wie gezeigt — auch die Gesetzgebung einiger Länder dazu, über die schuldrechtliche Wirkung hinaus eine gewisse *dingliche Wirkung* des *trust receipt* anzuerkennen. Das Institut ist im Prozess der Entstehung.¹³

Die angelsächsische Gerichtspraxis zeigt den Trend, über die Kreditsicherung im Zusammenhang mit dem Akkreditiv hinaus (wo das *trust receipt* ausgebildet worden ist) die Möglichkeit eines Pfandrechts ohne tatsächliche Besitzübergabe anzuerkennen. So ist in der Geschäftspraxis auch der Begriff des »*letter of hypothecation*« entstanden, das vom gesetzten Recht nicht geregelt ist und dieselbe Rolle spielt, wie das *trust receipt*

d) *Pfandrecht an Rechten, hauptsächlich an Forderungen*

In der Praxis werden Kredite nur selten durch Verpfändung von Forderungen gesichert, dazu ist nämlich die *Zession* der Forderungen ein zweckmässigeres Mittel (siehe unten).

Alle verwertbaren Rechte sind verpfändbar, so *Erfindungs-, Patent-, Lizenzrechte* und auch die wirtschaftlich ausnutzbaren Teile des *Urheberrechts*. Von den Rechten aus einem Gesellschaftsverhältnis kann nur der Anteil des Gesellschafters veräussert und verpfändet werden, der ihm beim Aufhören dieses Verhältnisses zusteht. Anders steht es mit den in Aktien verkörperten Interessen, wo die Inhaber-, oder indossablen *Aktien* — ebenso wie andere Wertpapiere — natürlich pfändbar sind. Die Bank kann an *von ihr ausgegebenen* Aktien und Pfandbriefen und sogar an einem von ihr ausgestellten Sparbuch ein Pfandrecht erwerben. (Letzteres ist bestritten.)

Trotz der Verpfändung von Aktien und Geschäftsanteilen stehen diejenigen sonstigen Rechte, die zur Befriedigung des Gläubigers nicht notwendig sind, weiterhin dem Eigentümer zu.

Bei der Verpfändung einer Forderung muss der Verpflichtete davon benachrichtigt werden, im Gegensatz zu der *Zession*, wo das nicht erforderlich ist.¹⁴ Kann die Forderung nur vom Besitzer des Papiers geltend gemacht werden, so muss das Papier gleichzeitig mit der Verpfändung auch übergeben

¹³ "The modern trust receipt is a complicated document, which has so far been very little before the Courts, and there are no doubt many matters in relation to it will still wait to be cleared up", schreibt ein hervorragender englischer Vertreter des Bankrechts. (CHORLEY: op. cit. p. 241.)

¹⁴ Vgl. ZUNFT: *Teilweise Pfändung und Verpfändung von Forderungen*. Neue Juristische Wochenschrift, 1955. p. 441.

werden. Die Banken bedingen gewöhnlich aus, dass die Tatsache der Verpfändung in die Geschäftsbücher des Kreditnehmers — bei der entsprechenden Forderung — eingetragen werden muss.

Gibt man ein *Sparbuch* zur Sicherung, so geht es um die Verpfändung einer *Forderung*.

3. Abtretung, Eigentumsvorbehalt, Sicherungsübereignung

Inländische Sphäre

In der *inneren* Sphäre unseres Wirtschaftslebens ist neben der Bürgschaft, Bankgarantie und den verschiedenen Modalitäten des Pfandrechts die *Zession* von praktischer Bedeutung. Bisher kam diese Form meistens bei den Dahrlehen der Bürger vor, doch hat sie in der durch den *neuen Wirtschaftsmechanismus* determinierten Kreditpraxis auch bei den Bankkrediten für staatliche Betriebe und Genossenschaften eine gewisse Rolle.

Zur Sicherung ihrer, den Bürgern gewährten Anleihen lässt die Ungarische Sparkasse — neben der Vereinbarung anderer Sicherungen — eine der in der Anleiheverpflichtung bestimmten Tilgungsrate entsprechende Summe zu Lasten der Gehaltsforderung des Schuldners durch eine vom diesen unterschriebene Verpflichtung »unwiderruflich« an sie *abtreten*, bis zur völligen Begleichung der Schuld. Der Schuldner stimmt in dieser Verpflichtung auch dazu zu, dass die Lohnstelle seines jeweiligen Arbeitsgebers diese Tilgungsraten aus seinen Gehältern abschlägt und zur Tilgung der Schuld der Sparkasse überweist.

Die Zession kann auch von der Bank (Ungarischen Sparkasse) zur Sicherung einer Verpflichtung aus *Bürgschaftsübernahme* gegenüber der Bank ausbedungen werden.

Unter den Kreditbedingungen des »neuen Mechanismus« kommt es immer häufiger vor, dass sozialistische Organisationen zur Sicherung eines Bankkredites ihre gegenüber Dritten bestehenden Forderungen an die Bank *abtreten*.

Für die Forderungsabtretung zugunsten der Bank gelten die allgemeinen Bestimmungen des ZGB über die Abtretung (§§ 328—331.). Die Benachrichtigung des Verpflichteten von der Abtretung ist eine Voraussetzung der Abtretung selbst, um eine eventuelle Leistung des Schuldners an den ursprünglich Berechtigten auszuschliessen.

Die von dem Zedenten stammende Benachrichtigung beweist unbedingt den Vollzug der Abtretung und macht sie auch gegenüber dem Verpflichteten wirksam. Nach der Benachrichtigung kann der Verpflichtete nur an den Zessionär leisten — sonst besteht die Gefahr einer Doppelleistung. Anders steht es, wenn die Benachrichtigung von dem Zessionär stammt. Bis vom Berechtigten keine Erklärung von der Zession abgegeben wird, kann auch ein Nichtberechtigter als Zessionär auftreten. Der Verpflichtete hat sich von der Abtre-

tung neben der Benachrichtigung vom Zessionär auch auf eine andere Weise zu überzeugen. Tut er es nicht, so kann er im Interesse des Schutzes des ursprünglichen Berechtigten nur auf eigenes Risiko leisten (§ 328 Abs. 4. ZGB). Sieht er die Abtretung nicht genügend bewiesen, kann er auch durch gerichtliche Hinterlegung leisten, wie es aus dem § 287 Abs. 1. ZGB folgt.

Auch in der Sphäre der *Kreditgewährung an staatliche Betriebe und Genossenschaften* ist die Sicherung des Bankkredits durch *Abtretung* möglich. Der Teil der auf den »Forderungbevorschussungskredit« bezüglichen Vereinbarungen, in dem der Betrieb dazu zustimmt, dass die aufgrund bestimmter Forderungen auf sein Konto einfließenden Summen von der Bank ohne weiteres zur Tilgung oder Begleichung aufgerechnet werden können, stellt eigentlich eine *Abtretung* dar, auch dann, wenn davon der »Drittschuldner« nicht benachrichtigt wird.

Unter den Kredit- und Devisenverhältnissen des neuen Wirtschaftsmechanismus kommt der *Abtretung der Devisenforderungen* der Aussenhandels- und der anderen exportierenden Unternehmen an die Bank eine besondere Bedeutung zu. Zur Sicherung des Exportkredites kann auch das Finanzierungs- und Kreditssicherungssystem angewendet werden, innerhalb dessen die »guten« Wertpapiere, in denen die Devisenforderung des auf Kredit exportierenden Unternehmens verkörpert sind, von der Bank »gekauft« (diskontiert) werden; in diesem Fall besteht die Verpflichtung des Schuldners weiter, bis zur Begleichung der Forderung der Bank aus den »gekauften« (diskontierten) Wertpapieren. Vom rechtlichen Gesichtspunkt aus gesehen vermischen sich in dieser Konstruktion verschiedene Rechtsgeschäfte; das wirtschaftliche Wesen ist aber, dass der dem Produktions- bzw. Exportunternehmen gewährte Kredit durch die Veräußerung seiner ausländischen Kaufpreisforderung (Devisen) gesichert wird, welche Veräußerung einen Abtretungscharakter aufweist.

Ausländische Sphäre

Mit Rücksicht auf die Handelsbeziehungen mit dem Ausland müssen noch die in den kapitalistischen Rechtsordnungen und der Bankpraxis entwickelten Formen der Kreditssicherung erwähnt werden.

a) *(Vorläufige) Sicherungsübereignung und Abtretung*

Zur Sicherung der Forderung aus dem Kreditsvertrag kann nicht nur ein Pfandrecht an beweglichen Sachen und Forderungen gegründet werden, sondern diese Sachen und Forderungen können — der Sicherheit wegen — *in das Eigentum* des Gläubigers (der Bank) *übergeben werden*. Diese Form der Sicherung des Kredites hat bezüglich der Eigentumslage gegenüber Dritten eine dingliche Wirkung, in dem Innenverhältnis ist aber die Bank gegenüber dem Schuldner nur *schuldrechtlich* verpflichtet ihr Eigentumsrecht nur im

Rahmen des Vertrages auszuüben. Ihr Eigentum ist auch zeitlich beschränkt, obwohl diese Beschränkung auch nur obligatorischen Charakters ist.

Im Falle der Nichtleistung des Schuldners kann sich der Gläubiger durch Verwertung der auf ihn dinglich übertragenen Sache befriedigen. Die Verwertung erfolgt *unter Mitwirkung des Schuldners*, unter Beachtung seiner Interessen, ebenso, wie bei der Verwertung eines Pfandgegenstandes. In Ermangelung einer besonderen Vereinbarung der Partner sind die Regeln der *Allgemeinen Geschäftsbedingungen* massgebend. Die Vereinbarung ist ungültig, nach der der vorläufige und beschränkte Eigentumsübergang im Falle der Nichtleistung des Schuldners endgültig und unbeschränkt wird.

Eine Veräusserung der zur Sicherung übertragenen Vermögensgegenstände, die mit der Vereinbarung zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger im Gegensatz steht, ist Dritten gegenüber natürlich nicht ungültig, kann jedoch dem Schuldner gegenüber zum Schadenersatz verpflichtet.

Durch die Sicherungsübereignung verliert die Bank das Recht nicht, ihre Forderung im Prozess geltend zu machen und sich aus anderen Vermögensgegenständen des Schuldners befriedigen zu können.

Die Sicherungsübereignung beweglicher Sachen an den Gläubiger hat in der neueren Praxis des *deutschen Rechtsgebietes* eine wachsende Bedeutung erworben; hier wurde auch der Gedanke einer gesetzlichen Regelung aufgeworfen.¹⁵ Ihr Vorteil zeigt sich gegenüber der Hypothek (der sie sehr ähnlich ist) besonders im Falle des gegen den Schuldner geführten Vollstreckung, weil durch die Sicherungsübereignung gesichert werden kann, dass die zur Sicherung dienenden Mobilien (z. B. Maschinen) anstatt der Versteigerung weiterhin im Eigentum des Gläubigers (der Bank), jedoch im Besitz und in der Nutzung des Schuldners verbleiben und so die Bank durch die ununterbrochene Produktion ihre Forderungen früher befriedigen kann.

Gegenüber der Sicherungsübereignung von Mobilien, die erst neuerdings zu einem verbreiteten Sicherungsinstitut wird, sind die ähnliche Übertragung von *Rechten* und besonders die *Abtretung einer Forderung an den Gläubiger* als Sicherheit ein in aller Welt angenommenes und gern angewandtes Mittel der Kreditsicherung. (Oben wurde schon dargestellt, dass dies auch in der inländischen Sphäre gilt, hauptsächlich sichert die Ungarische Sparkasse ihre Anleihen auf diese Weise.) *Die Abtretung einer Forderung* ist gegenüber ihrer Verpfändung auch deswegen bevorzugt, da hier keine Benachrichtigung des Drittschuldners erforderlich ist und weil dadurch dem Gläubiger eine grössere Sicherheit gewährt werden kann.

¹⁵ Vgl. WESTERMANN: *Referat am 41. Deutschen Juristentag* und ASCHER: *Aufgaben des Gesetzgebers bei einer Neuordnung der Sicherungsmittel des gewerblichen Kreditverkehrs*. Deutsche Richterzeitung, 1955. p. 177. Hinsichtlich des neuen Instituts sind die österreichischen Meinungen zurückhaltender, vgl. *Bank-Archiv*, 1954. p. 241.

Das über die Beschränkung des zur Sicherung übereigneten Eigentumsrechts Gesagte sowie die Unwirksamkeit dieser Beschränkung gegenüber Dritten gelten auch für die Lage der Berechtigten einer zur Sicherung übereigneten Forderung. In Ermangelung einer besonderen gesetzlichen Regelung werden in der Praxis auf diese Abtretung die Regeln des Pfandrechts angewendet.

Zur Übereignung der *in Wertpapieren verkörperten Forderungen* ist natürlich die Übergabe der Papiere notwendig, jedoch können bestimmte Rechte (z. B. Stimmrecht) laut Vereinbarung beim Schuldner verbleiben. Zur Wirksamkeit der Übereignung einer *Bankforderung* reicht — nach der Rechtsprechung — die einseitige Tatsache des Schuldners (z. B. Kennzeichnung in seinen Büchern) nicht aus, sondern es ist eine entsprechende Benachrichtigung des Gläubigers mit der Bezeichnung der zu übertragenden Forderungen erforderlich. Eine allgemeine Formel, wie etwa »alle Forderungen nach den Büchern des Schuldners werden abgetreten« genügt nicht. Die Kennzeichnung in den Büchern ist dagegen mit Rücksicht auf die berechtigten Interessen Dritter notwendig. Zur Übertragung einiger Rechte (z. B. Patente) ist auch eine Vormerkung im öffentlichen Buch notwendig, ebenso, wie bei der Verpfändung der Rechte.

Die Vereinbarung, dass der Dritte über die Forderungesabtretung nicht benachrichtigt wird, und dass die übertragene Forderung nicht vom Zessionär, sondern von der ursprünglich berechtigten Person geltend gemacht wird, ist Dritten gegenüber natürlich unwirksam, — so kann die »*stille Abtretung*« kaum als eine Bankdeckung betrachtet werden. Zur Wirksamkeit der Abtretung ist zwar die *Benachrichtigung des Drittschuldners* nicht nötig, kann in Ermangelung deren der Schuldner dem ursprünglich Berechtigten oder dem von ihm bekannten Zessionär dieses Berechtigten leisten; aufgrund dessen stellt also die Abtretung einer Forderung nur dann eine annehmbare Sicherung für die Bank dar, wenn davon auch der Schuldner dieser Forderung in Kenntnis gesetzt wird. Den Schuldner kann sowohl der Zessionär, als auch der Zedent benachrichtigen. Die Banken erfordern regelmässig, dass die Abtretung noch vor der Flüssigmachung des Kredits vom Schuldner zur Kenntnis genommen wird.

b) *Eigentumsvorbehalt zur Sicherung eines Bankkredits*

Das Institut Eigentumsvorbehalt (dessen Möglichkeit fast von allen Rechtsordnungen anerkannt wird, in Ungarn § 370 ZGB) kommt im Handel häufig bei *Ratengeschäften* vor. Er kann aber auch bei Sicherung von *Bankkrediten* eine Rolle spielen im folgenden wird dieses Institut nur diesbezüglich behandelt.

Die einfachste Lösung ist, dass der Warenkauf des Partners der Bank (*Käufer*) durch die Bank finanziert wird (durch Bargeld, Akkreditiv, Akzep-

tierung usw.) und der den Kaufpreis von der Bank aufnehmende *Verkäufer* nicht nur seine Kaufpreisforderung (deren noch nicht bezahlten Teil), sondern auch *das von ihm vorbehaltene Eigentumsrecht* an die Bank überträgt. (In diesen Fällen zahlt die Bank dem Verkäufer im Auftrag des Käufers — neben anderen — nur unter der genannten Bedingung den Kaufpreis, entweder durch Akkreditiv oder sonstiger Weise.) Dies ist bei Finanzierung des Kaufs solcher Mobilien von praktischer Bedeutung, bei denen die Wirksamkeit der Verpfändung — in Ermangelung der tatsächlichen Inbesitznahme oder eines dies ersetzenden, durch die Rechtsprechung anerkannten anderen Aktes — unsicher ist, wie z. B. bei Verpfändung von Maschinen, Traktoren oder importierten Rohstoffen.

Der Eigentumsvorbehalt kann auch den *dem Lieferanten* (Verkäufer) gewährten *Bankkredit* sichern. In diesem Fall tritt der Verkäufer die Kaufpreisforderung zur Sicherung des *ihm* gewährten Kredits an die Bank ab und überträgt an diese gleichzeitig auch das vorbehaltene Eigentumsrecht.

Der an die Bank übertragene Eigentumsvorbehalt zur Sicherung eines Kredites ist seinem juristischen Charakter nach mit der Sicherungsübereignung verwandt. In beiden Fällen ist die Bank *Treuhandeigentümer*, dem, für den Fall, wenn die gesicherten Forderungen nicht beglichen werden, ein Verwertungs- und Befriedigungsrecht zusteht. Der Unterschied ist, dass beim Eigentumsvorbehalt die »Deckung« im Besitz des Schuldners ist, bei der Sicherungsübereignung dagegen ist sie in den Besitz des Gläubigers geraten. Eben deswegen ist üblich, den Eigentumsvorbehalt dann anzuwenden, wenn die Inbesitznahme der Deckung durch die Bank wirtschaftlich unzwecksmässig oder die »symbolische« Begründung des Pfandrechts nicht beruhigend genug ist.

Die Übertragung des Eigentumsvorbehalts kann nur *zusammen mit der Abtretung des Kaufpreises* erfolgen, dagegen wird die Abtretung auch ohne Eigentumsvorbehalt häufig als Sicherheit angewendet. Zwischen dem Eigentumsvorbehalt und der Kaufpreisforderung, bzw. derer Abtretung besteht eine enge Verbindung, so geht mit der *Legalzession* auch das vorbehaltene Eigentumsrecht an den zahlenden Bürgen oder Mitschuldner laut der neueren Rechtspraxis über. Auch hinsichtlich verbrauchbarer Sachen kann man das Eigentum vorbehalten, dieser Eigentumsvorbehalt erlischt natürlich mit der Verarbeitung oder Verwertung. Für diese Fälle wird gewöhnlich ausbedungen, dass an Stelle der Ware ihr *Gegenwert* tritt, dies ist jedoch keine ausreichende Sicherheit, da der Schuldner diesen Gegenwert bekommt.

Da die *Gefahrtragung* auch beim Verkauf unter Eigentumsvorbehalt mit der Besitzübergabe übergeht, erlischt das Recht der Bank zur Befriedigung aus dieser Sicherheit, wenn die Sache zugrunde geht. Ihre Rechte aus der Abtretung des Kaufpreises sowie aus der grundlegenden Kreditgewährung bestehen dagegen weiter.

Gegenüber der früheren Auffassung, dass die Übertragung des vorbehaltenen Eigentumsrechts — eben weil es um Übertragung geht — durch einen Übertragungsakt des Verkäufers erfolgen muss, wird neuerdings immer mehr behauptet, dass das vorbehaltene Eigentumsrecht schon aufgrund einer auf diese und auf die Abtretung bezüglichen Vereinbarung des Zedenten und der Bank übergeht und kein besonderer Übertragungsakt des Verkäufers notwendig ist; so erübrigt sich auch die Benachrichtigung des Kreditnehmers, dass er die Sache zukünftig als Eigentum der Bank besitzt.

Der Eigentumsvorbehalt schützt gegen den Rechtserwerb (Eigentums-, Pfandrecht) gutgläubiger Dritter natürlich nicht. Eben deswegen geben die Banken das ihnen weiterhin zustehende Eigentumsrecht an den vom Schuldner besessenen Sachen möglichst durch besondere Kennzeichnung bekannt.

Geht die Sache zugrunde, so erstreckt sich der Eigentumsvorbehalt auch auf die *Versicherungssumme*. Dies wird in der Regel im Kreditvertrag vereinbart. Eine andere gewöhnliche Vereinbarung — ohne besonderen praktischen Wert — ist, jene dass der Kaufpreis im Falle des Verkaufs ins Eigentum der Bank übergeht.

Aufgrund des Eigentumsvorbehalts steht der Bank in dem gegen den Schuldner geführten Konkurs- oder Vergleichsverfahren ein Rückforderungsrecht (Aussonderungsrecht) zu.

Security of Credit

I. MEZNERICS

The paper deals among the legal institutions destined as securities of credits — first of all banker's credit — with

- 1) *surety and guarantee* (banker's guarantee)
- 2) *statutory lien of banks*
- 3) *assignment of rights to secure banker's loan, reservation of ownership and transfer of property as security.*

In each category the author treats separately the function of the above legal institutions discharged in the *domestic* sphere of socialist economy (in respect of the relationship between the state banks granting credit and the state enterprises, cooperatives receiving it and between banks and individuals) and the modes of securing credit in *international economic relations*. In the latter scope the author deals in detail with the *bank guarantee*, a new institution as evolved in banking practice and particularly with the problem of delimitating *bank guarantee* and *bank surety*.

In the sphere of the securities coming within the orbit of real rights the paper goes into details as regards *statutory lien* and the patterns evolved from *mortgage of chattels* in which the actual handing-over of the pledged property is replaced by a symbolic transmission. A special attention is paid to the institution of the "*trust receipt*" evolved in Anglo-Saxon law and playing an increasingly large role in financing international trade. The (temporary) transfer of ownership as a security and the assignment of claims is a very frequent form of securing banker's credit; the main problems encountered in practice in connection with these issues are discussed in the paper.

In addition to describing the Hungarian regulation of the relating domestic affairs the paper gives an outline of the patterns of credit security codified in the legal systems and evolved by banks' practice in various states.

Гарантии кредита

И. МЕЗНЕРИЧ

Из правовых институтов, служащих обеспечению кредитов — в первую очередь кредитов, предоставляемых банками — статья занимается следующими:

1. *поручительством и гарантией* (банковская гарантия),
2. *право залога*,
3. *уступкой, сохранением права собственности и гарантийной передачей собственности*.

Рассматривая каждый из них автор показывает, с одной стороны, роль этих правовых институтов во *внутренней стороне* социалистического хозяйствования (в соотношении между предоставляющими кредит государственными банками и использующими банковский кредит государственными предприятиями, кооперативами, а также между банками и гражданами), с другой стороны, показывает способы обеспечения кредита, сложившиеся в *международных экономических связях*. В связи с последними автор подробно занимается новым, сложившимся в банковской практике институтом *банковской гарантии*, а именно особенно вопросом разграничения *банковской гарантии и банковского поручительства*.

Из вещных правовых гарантий автор подробно занимается *залоговым правом*, а также такими видами гарантии, сложившимися из *залогового права на движимое имущество*, при которых действительная передача предмета залога заменяется символической передачей. Особое внимание уделяет институту, сложившегося в англо-саксонском праве и приобретающему все больше значение в финансировании международной торговли, институту «trust receipt». Гарантийная (временная) передача собственности, а также уступка требований также являются частыми формами обеспечения предоставляемого банками кредита; статья занимается основными практическими проблемами, возникающими в связи с этими формами.

Помимо венгерского правового регулирования, относящегося ко внутренним отношениям, статья показывает основные виды гарантий кредита, кодифицированные в правовых системах различных стран и сложившиеся в практике банков.

The System of Contracts under the New System of Economic Management

by

A. HARMATHY

The reform of economic management has begun in Hungary on January 1, 1968. The author intends here — on the ground of the available experience — to give a survey of certain more important tendencies of the development of contractual system and to draw from these tendencies conclusions as to the interrelated system of contracts and to the liability for the co-operating party.

The first part of the paper deals with the development of the system of contracts. After the survey of the most important legal rules and the restrictions still in force the author sets forth that no substantial change has occurred with respect to big enterprises, whereas a change can be found in the range of the types of contracts serving the purpose of commodity turnover: in addition to delivery contracts also the significance of the contracts of sale and purchase, contracts of commission and contracts to secure production capacity has increased.

Part II deals with the liability for the co-operating party and with the producer's liability to the consumer making use of the service of the former. As far as the former is concerned it sets forth that though no direct change has occurred in consequence of new legislation, the change in the contractual system bears upon the liability for the co-operating party, this rule of responsibility has only been seldom applied. As far as the producer's responsibility to the consumer is concerned, in the author's opinion, the legal rules should oblige the producers to undertake guarantee for their products.

The reform of the system of economic management brought about substantial changes practically in every field of economic life thus in commodity turnover and its legal forms, as well as, in contracts. The changes in the contractual system are prescribed by a number of legal rules enacted in the recent past. After the period of intensive legislation also the ascertaining how the new legal rules are implemented has become necessary and as far as the legal rules regulating economic relationship are concerned a survey of the development of the contractual system has become indispensable.

These tasks have been taken into consideration in this paper. It is intended by the author to give — on the ground of the available data — a survey of the function of the new contractual system, and — though only a short time has elapsed since the introduction of the reform — to attempt to point to such tendencies that may operate for a long period (that is not only during the period of transition). It would be out of place here to dwell on every problem involved by the contractual system. It is the issue of the chain of contracts which is the central problem of our studies and we shall treat here those phenomena appearing in the field of contractual system which are related

to the topic of the chain of contracts and make the drawing of certain conclusions possible. In civil law the problems of the chain of contracts are to be found in the range of the contracts entered into by state enterprises and co-operatives in such cases where the above mentioned socialist organizations, in order to fulfil their contractual obligation, have recourse to the services or other activity of another or several other organizations: that is among the provisions dealing with the responsibility for the co-operating party; thus we arrive in the last resort at the problem how the rules of the liability for the co-operating party underwent a change as a result of the reform of economic management.

The subject-matter of this paper is treated in two parts. Part I deals with problems of general character involved by the change in contractual system. Part II treats — on the ground of the phenomena appearing in contractual system — the problems of the development and changes of the chain of contracts, that is, the liability for the co-operating party.

Part II gives a short survey of the producing enterprises' responsibility to their consumers.¹

As it may already be seen from the foregoing we deal with the types of contracts on direct commodity turnover and we shall not dwell on a number of types of contracts, which though occupy an important place in economic life but their role in commodity turnover is only of indirect and secondary character (e. g. bankers' loan, carriage, insurance). Another limitation of the subject matter consists in treating predominantly the contracts entered into by socialist organizations (of these, in the first place, contracts between state enterprises) but at the same time, contracts between socialist organizations and private persons are only touched upon briefly, whereas contracts concluded by private persons, *inter se*, are not treated here at all.

I

On the system of contracts

While dealing with the development of contractual system within the reform of economic management, first of all, the most important new legal rules will be summarily surveyed. In the following the tendencies appearing

¹ In my paper I have relied on the study of NIZSALOVSKY, E.: *Az állami vállalatok forgalmi viszonyainak új alakulásához (New developments in the commodity relations of state enterprises)*. *Allam- és Jogtudomány*, 4/1968. However, whereas Nizsalovszky treated the commodity relationships of state enterprises in general, we have narrowed down the scope of our paper and have approached the problems of the contractual system from the aspect of the chain of contracts and liability for the co-operating party. Another difference is that we have intended to survey the phenomena involved by the function of the contractual system.

in course of the implementation of the legal rules will be examined. In this context we shall treat three groups of problems, viz.: the development of contractual relationships, the questions of enterprise organization bearing on the contractual system and the types of contracts.

A.

The difference between the old and new system of economic management will not be extensively treated in this paper. It should, however, be mentioned that under the old system commodity relations were organized in detail by plans directing the commodity turnover to follow a predetermined path, whereas the contracts entered into by partners marked out for this purpose played mostly merely the part of implementing or eventually controlling the directives included in the plan.²

One of the aspects of the most decisive importance of the reform of economic management consists in the change occurring in the domain of planning. Although the national-economic plan has remained the means of the central guidance of economy, but it does not serve any more to decide matters of detail, but instead it determines the pace of development, the principal proportions, the fundamental objectives set for future development and the principal means of economic regulation. Also the system of breaking down the plan has ceased to exist.³ All these, of course, also involve that the relationships of commodity turnover are not prescribed by plan-directives but these are to be organized by the enterprises themselves.

The sale and purchase of industrial products are governed by the mechanism of the market. This turnover may be — as a rule — transacted through several channels: the consumer may buy the product — without any restriction — either from the producer or from a retail enterprise or from a commercial-enterprise selling means of production. The freedom of turnover involves a certain degree of competition.⁴ This fundamental freedom of turnover asserts

² The characteristics of the old system of economic management have been analysed by a number of papers. We refer here only to those which have stressed most markedly the influence of the plan concerning the organization of commodity relationships: BALASSA, Á.: *Új módszerek a népgazdasági tervezésben (New methods in drafting the national economic plan)*. Közgazdasági Szemle, 3/1968. p. 291.; KÁLMÁN, GY.: *A mechanizmus reform és a jogi munka néhány összefüggése*. (Some connections between the reform of economic management and the lawyers activity). Magyar Jog, 4/1968. pp. 215—216.; KÁLMÁN: *A szerződési rendszer az új gazdasági mechanizmusban (Contractual system after the reform of economic management)*. Magyar Jog, 4/1968. pp. 215—216.; KOZMUTZA, P.: *Az értékesítés megszervezésének előkészítése az új gazdasági irányítás rendszerében (The preparation of the organization of sale under the new system of economic management)*. Ipargazdaság, 1/1967. p. 6. and HARMATHY, A.: *A szállítási szerződések rendszeréről. Összefüggés a szállítási szerződések között (On the system of delivery contracts. Interconnection between delivery contracts)*. Állam- és Jogtudomány, 3/1966. p. 451.

³ Resolution no. 22/1967 (VI. 7.) GB on the new system of the organization of national economy.

⁴ Resolution no. 13/1967 (IV. 13) GB on the new order of the circulation of products, Decree no. 25/1967 (VIII. 20) Korm. on the circulation of products.

itself with respect to agricultural produces, as well: producers may sell their produces to anybody, processing industry, purchasing agencies and other organizations purchasing agricultural produces may buy any agricultural product from any producer.⁵

Any tendency attempting to restrict the freedom of purchase and aiming at the restriction of competition shall be prevented: to conclude any contract which would result in the exclusion of certain consumers from purchase or would restrict the purchasers in making their choice among the sources of supply is precluded. Agreements fixing certain prices which would aim at the restriction of competition and would lead to monopoly are also precluded.⁶

There are other legal rules which serve indirectly the purpose of the free organization of commodity turnover, and the development of competition. I will refer here only to certain more important statutory rules. Such a measure intended to ensure contractual freedom is the reorganization of stockpiling companies. Stockpiling companies constituted in the past were important links of the old turnover system based upon compulsory channels of trade. These often performed distributing functions, with an official authority. This function could not be maintained under the new system of economic management, thus the stockpiling companies have been reorganized and companies selling means of production (home trade companies) were substituted for them. Also home trade itself underwent substantial changes: commodities may be directly bought by retail trade enterprises — without any restriction — directly from the producing enterprises, the confining of the scope of activity of the wholesale enterprises to certain geographical units has ceased to exist. Thus retail-trade companies may make agreement with any wholesale company in the country which latter may effect deliveries from its stockpiles to any part of the country.

The authorization of the producing companies to open top-quality shops, and to join the retail trade network has been also an important step.

The new price system also promotes the free development of turnover and market mechanism. This new price system may be described as having — among others — the following characteristics: it puts an end in a substantial field of the fixing of official prices authorizing, at the same time, the parties themselves to agree on the price, it makes the covering of the risks involved by trading activity possible, it puts an end to any clear-cut differentiation between the wholesale and retail trade price-gaps, as well as, between the wholesale price-gaps and the refunding of the expenses of the stockpiling companies, promoting thus a direct contact between the industrial enterprises,

⁵ Government Resolution no. 1020/1967 (VII. 11) Korm. on the turnover and buying up of agricultural products.

⁶ Section 9/1 of Decree no. 25/1967 (VIII. 20.) Korm. and Section 18/1 of Decree no. 56/1967 (XII. 19) Korm.

on the one hand, and retail trade-companies, on the other, it contributes to the expansion of the commercial activity of enterprises engaged in the trade of production means it terminates the detrimental discrimination relating to the price of material used by the co-operative sector for the purpose of production promoting also thus the competitiveness of the co-operatives against state enterprises.

Decisions granting independent right of exportation and importation have exerted an important influence not only on a part of producing enterprises but also on national economy (as a result of these more than 15 enterprises received the right of exporting and importing certain specified products, further 17 enterprises and 4 farmers' co-operatives have been authorized to conduct foreign trade activity of limited scope). The delimitation of the scopes of activity of foreign trade companies has become less strict. Enterprises not authorized to be engaged in foreign trading have been entitled to choose another foreign trade company with which they may be in the future engaged in regular contractual relationship. Outside the scope of foreign trade the strict delimitation of the scopes of activity and the special line of enterprises has been eased and was replaced by the rule that the enterprises shall be authorized to make use in the most economical manner of their productive forces including also such activity that constitutes a sideline as compared to their main line of operation. The provisions of law abolishing the restrictions on planning in building industry and on technological execution also fall within this scope. All these measures serve the purpose that the variety of economic functions be performed by several organizations instead of a single one and that the consumers or purchasers be able to make their choices among these, whereas these organizations compete with each other for the better and better satisfaction of the consumers' demands.⁷

⁷ Resolution no. 13/1967 (IV. 13.) GB. on the new order of the circulation of products, Communiqué no. 101/1967 (AT. 1967. IX. 1.) ÁH. on the circulation of products in 1968, Resolution no. 10.126/1967. GB. on the new industrial price system, Resolution no. 10.130/1966. GB. on the new system of Commercial price-gaps (profit rates), Resolution no. 10.153/1966 GB. on the types of prices under the new price system, Decree no. 56/1967 (XII. 19.) Korm. on price regulation, Directive no. 11/1967/AT. 46/AH on the new commercial profit rates, Resolution no. 21/1967 (V. 25.) GB. and the Resolution no. 36/1967 (IX. 17) GB. on granting independent rights of exportation and importation, Directive no.20/1967. (KkÉ. 28) KKM on the choice of the enterprises conducting foreign trade activity, Decree no. 11/1967 (V. 13.) Korm. on state enterprises, Decree, 9/1967 (III. 12.) Korm. and Decree 7/1967 (X. 19.) ÉVM. on the regulation of contracting in building industry, Government Resolution no. 2050/1967 (IX. 3.) on technological design work, Decree no. 18/1967 (VI. 29.) Korm. on the extension of the scope of the economic activity of agricultural large enterprises, Order no. 5/1967 (VIII. 3.) MÉM on the supplementary activity of agricultural large enterprises. Cf. further: CSIKÓS NAGY, B.: *Az új magyar árrendszér* (New Hungarian price system). *Közgazdasági Szemle*, 3/1968. pp. 278 et ssq., FARKAS, K.: *Az állami vállalat egyes jogi kérdései az új gazdasági mechanizmusban* (Some legal problems concerning state enterprises under the new system of economic management). In: *A jogi kérdések az új gazdaságirányítás köréből* (Legal questions in the field of the new system of economic management). Edited by SZILBEREKY, J.: Budapest, *Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó*, 1967. p. 74; MÓRY, L.: *Verseny és piaci*

B.

The most important legal rules which amount to a general trend reflecting the principle of contractual freedom have been surveyed in the foregoing. In the following, however, we shall dwell on factors showing that beside the new statutory rules a number of features having characterized the old system have survived, up to now the relations of commodity turnover have not been fully transformed.

1. It has already been referred to in the introductory part that we should like to point to such tendencies that will assert themselves for a longer period. Thus we do not intend to give a thoroughgoing analysis of characteristics which appear only in the transitory period of the reform of economic management or to analyze in detail the restrictions thus far maintained. It would be even less justified to devote too much room here to these, because their basis is constituted by the still existing permanent shortage in certain products and the still apparent troubles in the balance of national economy. The starting point of the reform of economic management consists in the fact that this situation is not unalterable, but by the application of new methods, appropriately directing the demand and setting realistic plan targets, these deficiencies will be gradually eliminated.⁸

While dealing with commodity relations and the development of the contractual system these restrictions cannot be left unmentioned. It will be attempted, however, to lay emphasis on those characteristics which will survive for a longer period and to mention the transitory restrictions of contractual system only insofar as it is indispensable to provide full information of the problems involved in this context.

a) The general rules of commodity turnover make the restriction of the free development of contractual system possible by way of authorizing the government — in the interest of national economy — to order a central management with respect to a specified category of commodities or to fix certain quotas, appoint a selling organization, or to prescribe an obligation to enter into contracts.⁹ Similar restrictions prevail in the turnover of agricultural products in the interest of ensuring central stocks and promoting public supply and exportation (e.g. exclusive right of buying up bread-grain, tobacco, wool, hide and skin etc.)¹⁰

As for the narrowing of the scope of *central management* restricting most effectively the free development of commodity turnover interesting data have

hatások az építőiparban (Competition and the influence of market on building industry). Figyelő, 4/1967. p. 4; SCHAGRIN, T.: *A kereskedelmi kapcsolatok új formái* (New types of commercial connections). Figyelő, 4/1968. p. 2.

⁸ The reform of economic management. Guiding principles. The material of session of May 25–27, 1966 of the Central Committee of the Hungarian Socialist Workers' Party.

⁹ Sections 2–5 of the Decree no. 25/1967/VIII. 20.) Korm.

¹⁰ Government Resolution no. 1020/1967 (VII. 11.) Korm.

been published by Béla Csikós-Nagy.¹¹ According to these the number of products falling within the scope of central management have developed as follows:

up to 1950	about 1200
in 1957	600
in 1961	350
in 1967	75

The instruction on the commodity turnover of 1968 prescribed central management already only with respect to fodder, bread-grain and meat available in central stocks;¹² on the strength of the rules concerning the commodity turnover of 1970 central management will only be concerned with meat.¹³

The above cited data show how the reform of economic management has been a great step forward. This holds true with respect to a number of products even in view of certain restrictions of other kind being still in force. We stress here, in the first place, the various cases of the *compulsory conclusion of contract*. The supplier is under obligation to enter into contract in case of delivering products to be used up in individual large-scale investments or products and services serving the purposes of defense industry, or supplying the military forces and bodies or police forces, purchases for the purpose of stockpiling state reserves, certain pharmaceutical products made in Hungary, food-preparations and dressing material for the purpose of sanitary service. In specified cases also the party cooperating with the supplier is under obligation of the compulsory conclusion of contract.¹⁴

The provision of law that at the request of a Hungarian enterprise as a consigner any foreign trade companies are bound to enter into a contract of commission constitutes a general rule.¹⁵ The general contractor appointed to plan individual large-scale investments is bound to conclude a contract of *locatio conductio operis* which obligation devolves on the building contractor also on the ground of appointment, as well, provided that a disputed matter is involved or it is required so by the interest of national economy.¹⁶ The right of the floating organs to instruct the enterprises to take a specified action thus to enter into a contract, if the interest of national economy (national defence, the performance of obligations stipulated in international agreements) could not be at all appropriately ensured by using economic means only, cannot

¹¹ CSIKÓS NAGY B.: *A termékforgalmazás 1968. évi új rendjéről* (On the new system of 1968 of the circulation of products) Figyelő, 26/1967.

¹² Section 2/1 of the Common Directive no. 11/1967 TGE. 12/OT-ÁH.

¹³ Appendix no. 1. to the Directive no. 1/1969 (XII. 28.) ÁH.

¹⁴ Section 3 of the Directive no. 12/1968/TGE. 12/ÁH.

¹⁵ Section 14. of the Decree no. 32/1967 (IX. 23.) Korm. on the contracts concluded at home by companies conducting foreign trade activity.

¹⁶ Section 12/2 of the Decree no. 38/1967 (X. 12.) Korm.; Section 3 of the Government Resolution no. 2050/1967 (IX. 3.) Korm.

be regarded as concrete but as a general authorization.¹⁷ It is to be mentioned last that on the strength of another general rule of the conclusion of contracts, in case of the fixing of purchase quotas the supplier is bound to make a contract with the beneficiary specified by the contract.¹⁸ The range of the obligation to conclude contract has not considerably changed since 1968.

It is worthwhile to touch upon the development of the scope of the application of quotas, because this also has undergone a considerable change. In 1968 there were still a number of products the turnover of which was subjected to the determination of quotas. The range of the turnover thus restricted can of course not be compared with that of the former years, but it was, all the same, significant enough, especially with respect to the category of commodities thus involved.¹⁹ In this context as far as the subject under discussion is concerned, it appears to be less significant that more than 10 products were subjected to the determination of quotas for the purpose of home trade in the interest of the consumers' better supply. On the other hand, in our opinion the regulation of the turnover of certain groups of products was significant. Within this scope there were more than 30 products in case of which quotas were fixed. These were the most important sources of energy, chemical and metallurgical products, timber, products of engineering industry. The beneficiaries of the quota system were in these instances big consumers, whereas beside the beneficiaries also the enterprises from which the purchase of the products could be effected were also specified. Thus, here the freedom of turnover could not assert itself — compulsory channels and the obligation to enter into contract prevailed. This situation was in the first place to be maintained in the instances where imported material were required. In this range chemical industry, within this chemical heavy industry (chemical raw material, synthetic material), metallurgical material and products are to be mentioned first. The obligatory supervision of the orders (by so-called committees of experts) with respect to certain metallurgical and engineering products was, in part, also connected with imported material. In addition to what has been mentioned above it is also to be pointed out that in case of certain kinds of imported timber, as well as, with respect to certain more

¹⁷ Section 24/1 of the Decree no. 11/1967 (V. 13.) Korm. The Decree accords with Resolution no. 4/1967 (III. 24.) GB. on the system required to meet the obligations undertaken in international agreements entered into with socialist countries, on the strength of Section 4 of which in cases where the interest of national economy requires the conclusion of contracts entered into on the ground of quotas fixed in international agreements and the enterprise in question — in spite of economic incentives — fails to enter into the contract: the enterprise may be obliged to enter into such contract.

¹⁸ Section 4/3 of Decree no. 25/1967 (VIII. 20.) Korm.

¹⁹ Cf. in this context the Communiqué no. 101/1967/AT. 1967. IX. 1./ÁH on the circulation of products in 1968 and the paper published in the serial edition: *Az új gazdasági mechanizmus gyakorlata* (Practice under the new system of economic management): FÜRÉSZ, I.—KATÓCS, A.: *A termékforgalmazás új rendje* (The new system of the circulation of products). Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, 1967. pp. 47—95.

important agricultural produces and products of food industry (15) turnover ran along compulsory channels.

As contrasted with what has been expounded above the rules relating to the commodity turnover of 1970 differ considerably from the former ones. It is to be emphasized first, that the number of the groups of products included in the purchase-quotas fixed for the use of producing enterprises has fallen to three, and of these only two may be regarded as basic industrial material to be used up by a number of branches of industry and thus their shortage would make its effect felt within a considerable field. The restrictive measure to the effect that the sale of certain groups of products may be carried out only by a single company or a specified small number of companies prevails also only within a narrower scope (basic foodstuffs and certain kinds of — mostly imported — basic industrial material are concerned here). Lastly the range of the quotas fixed for the home trade has been somewhat narrowed down (these mostly concern building material, of which the available quantity does not cover the demand).²⁰

The above mentioned change is particularly interesting because in Hungary's economic situation no such change has recently occurred which had been susceptible of resulting in the abundance of such commodities that had been scarce only two years ago. Under the circumstances the possibility of reducing the number of restrictive measures signifies, in our opinion, that the central state organs directing national economy consider the indirect economic means (credit, prices, charge for tied-down assets, etc.) suitable to maintain the stability of the order of commodity turnover and national economy.

b) Whereas in the foregoing provisions of the law restricting the free development of contractual system have been dealt with, this paragraph is intended to examine *the actual development of contractual relationships*. The lack of satisfactory quantity of available data, however, constitutes a difficulty. That is why only more or less reliable assumptions may be inferred.

On the development of contractual relationships interesting statistical data were published by Tibor Molnárfi, based upon the analysis of contracts concluded by industrial units under the control of ministries.²¹ These data point, in the first place, to the shortening of contractual periods. One of the tables included in the above mentioned paper will demonstrate this point:

The number of orders in the I—II quarters compared to the percentage of the identical periods of 1967:

²⁰ Decree of the President of the National Price Office no. 1/1969 (XII. 28.) ÁH.

²¹ MOLNÁRFI, T.: *A rendelésállomány a minisztériumi iparban* (Orders in the industry under ministerial control). Figyelő, 20/1968. p. 4. Although the paper deals with orders but — as it appears from its content — it examines only accepted orders that is where also contracts were concluded. As it does not include all the orders which were placed in the period, the number of orders turned down cannot be established therefrom.

Branch	1st quarter	2nd quarter
Metallurgy	100.2	78.1
Engineering industry	101.8	93.9
Chemical industry	97.4	84.9
Wood-working industry	90.9	76.1
Paper-industry	100.1	00.0
Textile industry	89.4	40.2
Leather and skin industry and shoemaking industry	90.3	85.9
Textile-clothing industry	102.3	72.8
the analysed 30 branches altogether	98.4	81.5

The heading including the data of the 1st quarter shows the contracts concluded up to January 20 whereas heading concerning the 2nd quarter includes contracts made up to February 22. These data prove that quarterly contracts did not as a rule tie down the entirety of productive capacity, but stocks in reserve remained which could be used under short-term contracts or contracts stipulating immediate performance. (This is even better proved by the data yielded by the 2nd quarter — in particular with respect to textile industry—but the number of orders might further increase up to the beginning of the quarter.) From the fact — that the value of the contracts concluded up to January 20 was 55 per cent whereas of those concluded up to February 22 was 65 per cent of the entire value of sale in 1967 a conclusion may be drawn as to the proportion of contracts stipulating a term longer than a quarter of a year. On the ground of these data it may be stated that within the branches of industry under examination quarterly contracts were concluded with respect to the overwhelming part of products and it is a relatively small portion of commodities with respect to which the contracts concluded stipulated shorter or only somewhat longer terms.

The data published some time ago by the Central Statistical Office show that as contrasted with the contracts stipulating a term of one year, concluded already before 1968, subsequent to laying down the more important principles of the reform of economic management — the proportion of contracts of a term less than one year gradually increased (these latter concerned in 1965 41 per cent of the value of industrial production, in 1966 this proportion was already 43 per cent and in 1967 46 per cent.^{21/a} This tendency asserted itself, in the first place, in the field of contracts relating to the supply of the products of light industry. This was necessarily so because the demand for the products of light industry depends to a large extent on the changes in fashion and that is why the time of the conclusion of the contract (of the specification of the products to be delivered) should be brought as near as possible to the time of the sale to consumers of the commodities concerned. The data

^{21/a} A publication of the Central Statistical Office: *Az 1969. évi rendelések alakulása az iparban* (The trend of orders in industry in 1969). Budapest, 1969. p. 9.

obtained from the contracts in January 1969 show the continuation of the above mentioned development. Thus the number of contracts having been in force as late as January and to be performed in the second quarter of 1969 (that is, contracts of a term longer than one quarter of a year) did not attain the number of contracts of the same kind concluded a year ago, it amounted only to 96.8 per cent of the former ones.^{21/b}

Statistical data do not only prove the development of a practice resulting in the increase of the number of contracts of less than one year term but demonstrate, at the same time, that the number of contracts of a term of more than a quarter of a year has been thus far fairly considerable. That means also that the process which was stressed by Pál Mészöly — that certain enterprises refused to accept certain orders because they did not want to assume any liability for longer periods, but instead they wanted to satisfy their needs within a short time by means of contracts of purchase and sale — has not become a general trend. (This puts the purchaser in an uncertain and disadvantageous position owing to the lack of proper assortment and supply.)²² Thus in the present period of transition the conclusion of contracts of a relatively long term serves — as a rule — better the interest of the purchaser. It is also in the purchaser's interest that on the strength of the legal rule (restricting the free development of contracts), in case of the interruption of a business connection of longer period serving the interest of production, the Economic Arbitration Committee is authorized to bring about — on the purchaser's request — a contract even against the supplier's wish.²³

It is a very important objective of the contractual system to make the ways of turnover simpler by means of contracts concluded directly between the producer and the consumer enterprise or between the producer and the retail trade company. In this field no statistical data are available; thus only there are certain indications which can be evaluated. Such reference may be found in one paper evaluating the first four months of 1968 in the relation of retail trade.²⁴ According to this the proportion of direct purchase by retail trade from agricultural and industrial producers has increased. Direct links with locally operated enterprises, artisans' co-operatives, state enterprises and co-operative farms have further developed. On the other hand, contracts have been but seldom concluded with industrial big enterprises. In spite of direct purchases made by retail trade, the distribution of goods is carried out mostly

^{21/b} See the above publication of the Central Statistical Office. pp. 9–10.

²² MÉSZÖLY, P.: *A szerződéses szabadság egyes kérdései a termékforgalomban* (Some questions of contractual freedom with respect to the turnover of products). *Döntőbíráskodás*, 11/1967. pp. 401–402. Similarly SEBESTYÉN, T.: *Az új szerződési rendszer féltéve* (Half year of the new contractual system). *Figyelő*, 13/1967. p. 5., 23.; Section 10/1 of the Decree no. 25/1967 (VIII. 20.) Korm.

²³ Government Decree no. 25/1967. (VIII. 20.) Korm. Section 10, para (1).

²⁴ LACZA, G.—MEZEI, GY.: *Mérleg a kereskedelem négy hónapja* (Four months of commerce on the balance). *Figyelő*, 21/1968. p. 2.

through wholesale companies, since these may offer the largest assortment of goods. This is proved also by the statistical datum, that two thirds of the goods required by retail and catering trades have been supplied by wholesalers.²⁵

Also the interviews given by the economic managers of several industrial big enterprises to the weekly "Figyelő" (Observer) on their sales-plans may be considered indications regarding the development of contractual relationships. It is a common feature of these plans that enterprises wish to maintain direct contact with big consumers and 'besides' as far as their purchasing activity is concerned they want to rely upon companies selling instruments of production. The interviewed managers set forth that it would be more advantageous for them to sell in bulk to companies dealing in instruments of production than to be engaged in retail trade. They used to accept small orders only if individual products of particular specifications of quality were involved.²⁶ Thus it may also in this context be experienced that no substantial change has occurred in the economic relationships of big enterprises, since in most cases big consumers were even in the past in direct contact with producers, whereas companies dealing in instruments of production took the place of stockpiling companies. Nevertheless, it is to be mentioned, as a new feature which has exerted, for the time being, no considerable influence on turnover but the importance of which may presumably increase: some products of certain enterprises in light industry are sold only through a single company of retail trade or in the special departments of warehouses. In these instances the producing enterprises get into touch not only with retail trade companies but also directly with the consumers.²⁷ Other industrial enterprises get into direct contact with the consumers by selling their products in top-quality shops. The following data of sale through home trade prove that the commodity turnover in top-quality shops has been thus far relatively small: sales in retail and catering trade enterprises under the control of the Ministry of Home Trade, locally operated enterprises and consumers' cooperatives have constituted 92 per cent of total sale and thus sales by other organizations have amounted only to 8 per cent which has included among others, the trade done by top-quality shops, as well.²⁸

Of the above outlined developments of the contractual system, it is the problem of the duration of terms where a further gradual differentiation is

²⁵ ZALA, F.: *A kereskedelem ágazati irányítása* (The management by branches of commerce). Figyelő, 14/1968. p. 2. *ibid.* SCHAGRIN: *op. cit.*

²⁶ Cf. The interviews made by the Commercial manager of the Company of National Rubber Industry, the manager of the Hungarian Cloth Factory, the general manager of the "Május 1" Clothing Factory and the chief of commercial section of the Company of Paint Industry, Figyelő, 23 and 29/1967. as well as GARAMVÖLGYI, I. *Tek. vállalati előkészületek* (Enterprisal preparations of companies dealing in instruments of production activity, Figyelő, 23/1967. p. 4.

²⁷ Cf. the interviews made with the managers of the Hungarian Cloth Factory and the "Május 1" Clothing Factory, Figyelő, 29/1967. p. 5.

²⁸ ZALA: *op. cit.* p. 2.

to be expected: in cases where the warranted enterprises will gradually change over from the customary quarterly term of contract to other contractual periods meeting better the requirements following from the nature of performance. In compliance with the improvement of the situation of storage and assortment, the proportion of contracts stipulating prompt delivery will eventually increase. Besides, in our opinion, contracts regulating for a longer period the relationships between economic organizations will play an important part in the future as well. The managements of big enterprises ensure beforehand in this way the major part of their purchases and sales, in order to reduce risks. As to the above mentioned other problem of the contractual system in our opinion, a longer period may elapse before the producing enterprises will become more interested in selling retail. Turnover transacted by the intervention of enterprises dealing in instruments of production will even then have a great importance. This is justified, in part, by the circumstance that it would be impractical if producing enterprises undertook the task of the satisfaction of the needs of an important part of consumers and, in part, by the fact that --as Pál Szilágyi rightly put it -- the asynchronism between production and consumption (the divergence in their timing and rate) should be equalized by commerce.²⁹ Up to the full development of the reform of economic management and even thereafter a resolute effort on the part of companies dealing in instruments of production (and to a lesser degree on the part of wholesale companies) to restrict the freedom of market and purchase may be taken into account. The above surveyed rules precluding any agreement to restrict free competition had been applied just to the companies dealing in instruments of production and sometime to wholesale companies, as well.³⁰

What has been set forth in the foregoing has concerned the turnover of industrial products. Although in a lesser degree but the tendency to bring about permanent connections of long duration has asserted itself with respect to agricultural produce, as well. This is reflected by the Government Resolution on the turnover of agricultural produce, on the strength of which the major part of such sales should be transacted by way of agricultural marketing contracts to be concluded by companies processing and buying up farm produce.³¹ This opinion is supported also by the fact that an ever increasing interconnection develops between agriculture and industry. This may be put so that the final marketing of agricultural produce will be more and more often

²⁹ SZILÁGYI P. *A termelőszövetkezetek új formái* (The new forms of dealing in instruments of production), Figyelő, 9/1967. p. 3.

³⁰ Cf. in this context: MAJOROS R.: *Versenykorlátozó rendelkezések szocialista szervezetek között* (Provisions to restrict competition among socialist organizations). *Döntőbíráskodás*, 2/1968. pp. 46–47. SEBESTYÉN: *A verseny érdekében. Döntőbizottsági tapasztalatok az értékesítés monopóliumáról.* (In the interest of competition. Experiences gained at the Arbitration Committees about the monopoly of sale). Figyelő, 8/1968. p. 5. LACZA—MEZEI: op. cit. p. 2.; FÜRÉSZ—KATÓCS: op. cit. p. 31.

³¹ Sections I/2 and III/1 of the Government Resolution no. 1020/1967 (VII. 11.).

carried on through other branches, or so, that industrial enterprises processing agricultural products should ensure their sources of raw material in a more and more organized manner.³²

2. In the foregoing we have intended to survey how the development of the contractual system has differed from the former one, to what extent has the turnover kept moving on the tracks developed under the old system of economic management and where has it departed from the old system. While dealing with this topic one has to treat also the problem how the system of contracts is influenced by the organization of enterprises. In this context we shall touch upon three topics: the role of big enterprises, the situation of the manufacturing units of big enterprises and the part played by unions of companies.

A substantial number of big enterprises is characteristic of the prevailing system of enterprises. This situation came into being as a result of the reorganization in the years of 1963—1964. It was a characteristic feature of this reorganization that it involved rather the concentration of management than that of the production. According to the opinion adopted, as a rule, by politico-economic literature such an extent of concentration was not justified by the stage of development of the forces of production. It has been pointed out that the wide-ranging liquidation of small- and medium-sized enterprises carried out in Hungary did not produce a favourable effect on economic life.³³ Big enterprises often occupy a monopolistic position. To illustrate this it should be mentioned, according to the analyses made by the Central Statistical Office—subsequent to the reorganization with respect to the two third of the categories of all the commodities produced in this period, that only a few enterprises had a hold on more than the half of the gross national production.³⁴ These big enterprises played a decisive part in the conclusion of contracts, since all contracts made either directly with big consumers either — through the intermediary of commercial organs — with small consumers led to big enterprises

³² ERDŐS, S.: *A szocialista élelmiszergazdaság tervszerű integrációja* (Planned integration of socialist food economy). *Gazdaság*, 1/1968. pp. 9—11; HEGEDŰS, M.: *A mezőgazdaság és az ipar kapcsolatai* (Connections between agriculture and industry). *Gazdaság*, 1/1968. p. 45.; LÉNÁRT, L.: *A tsz-ek és a konzervipar új kapcsolatai* (New connections between co-operative farms and tinned-food industry). *Figyelő*, 6/1968. p. 8.

³³ WILCSEK, J.: *A gazdasági verseny helye és szerepe az új gazdasági mechanizmusban* (The place and role of economic competition under the new system of economic management). *Közgazdasági Szemle*, 7—8/1967. pp. 826—830.; TŰB, L.: *Az ipari koncentrációról* (On concentration in industry). *Figyelő*, 18/1967. p. 3.; HORVÁTH, L.: *Tömegtermelés, nagyvállalat, monopóliumok* (Mass production, big enterprises, monopolies). *Pénzügyi Szemle*, 3/1968. p. 215.; ZALA, F.: *A fogyasztási cikkek piaca és a kereskedelem működésének új vonásai* (Consumer's goods on the market and the new features of commerce). *Közgazdasági Szemle*, 4/1967. p. 456. The same situation is shown by: KELLER, L.: *Az állami építőipar koncentrációja és specializációja* (The concentration and specialization in the building industry run by the state). *Ipargazdaság*, 8—9/1967. pp. 57—61.

³⁴ MOLNÁRFI: *Mit jelez a rendelésállomány?* (What conclusion may be drawn from the number of orders?) *Figyelő*, 44/1965. p. 5. For details cf. HARMATHY, A.: *A szállítási szerződések szabályozása a gazdasági mechanizmus változása tükrében* (The regulation of delivery contracts as reflected by the changes involved by the reform of economic management). *Állam- és Jogtudomány*, 2/1966. p. 292.

constituting their meeting-points. This situation has not fundamentally changed by the reform of economic management. Since reorganization is always accompanied with certain jerks and has a disadvantageous influence on economic life — apart from some exception — reorganizations have not taken place.³⁵ This situation has only been slightly changed by the extension of the line of operation of the enterprises and by the authorization of enterprises to engage in sideline activities.

b) Already subsequent to the reorganization it was an often recurring matter of dispute how the economic and legal position of the manufacturing units of big enterprises be determined. The essential point of this problem was what should be the extent of the relative independence of these manufacturing units and how they could be invested with juristic personality. The reform of economic management resulted in the revival of this debate. There have been a number of symptoms pointing to the fact that there have been many big enterprises attempting to diminish a part of the centralized scope of activities. Especially big enterprises built up in a horizontal system may abandon one part of their sales and purchases to their manufacturing units (it is otherwise problematic, how the centralization of this activity has been in fact, implemented). After a while this problem may arise and should be solved not only with respect to certain enterprises but also on general scale.³⁶ If the sale and purchase were transacted (if only partially) on the level of manufacturing units they could practically occupy — without the recognition of their juristic personality — the same position as any other party to the contract. This, on the other hand, renders the choice among different manufacturing units possible complicates to a certain extent the contractual system which had been simplified by the creation of big enterprises and results in

³⁵ WILCSEK: *A gazdasági verseny szerepe az új irányítási rendszerben, különös tekintettel a belkereskedelemre* (The role of economic competition with respect to home trade). *Kereskedelmi Szemle*, 1/1967. pp. 5–7.

³⁶ DEBRECENI, E.—PUSKÁS, B.: *Az önálló gazdasági elszámolás és a vállalaton belüli vezetés tökéletesítésének eszköze* (Independent economic accounting and the improvement of enterprisal management). *Ipargazdaság*, 4/1967. pp. 11–12.; DÖMSÖDI, L.: *A nagyvállalatok és a gyáregységek kapcsolata* (Big enterprises and connections between the manufacturing units). *Figyelő*, 48/1967. p. 4.; GÁGYOR, P.: *Az átszervezés értékelése az erőáramú iparban* (The evaluation of reorganization in heavy power current industry). *Ipargazdaság*, 3/1967. pp. 8–11.; ANTAL, I.: *Szervezési irányzatok a Magyar Kábelművek szervezétének, működésének, vezetési rendszerének kialakításában* (Trends in the development of the organization, function and management of the Hungarian Cable Works). *Ipargazdaság*, 10/1967. pp. 40–43.; PETŐ, M.: *Érdekeltség — vállalaton belül* (Financial interests of the enterprise). *Figyelő*, 52/1967. p. 4. WILCSEK: *Vállalat és gyáregység* (The enterprise and the manufacturing unit). *Figyelő*, 32/1967. p. 3.; KOZMUTZA: *Új mechanizmus a vállalaton belül* (The new system of economic management within the enterprise). *Pénzügyi Szemle*, 7—8/1967. pp. 595–600.; In the domain of law: SOÓS, L.: *A szállítási szerződéses rendszer egyes kérdései az iparirányítás átszervezése után* (Some questions of the system of delivery contracts subsequent to the reorganization of management in industry). *Döntőbíráskodás*, 12/1963. PÉTER, B.: *A részleges jogi személyiség problémája az ipari nagyvállalatoknál* (The problem of partial juristic personality of industrial big enterprises). *Döntőbíráskodás*, 1/1966.; Contributions by HÉCZI, Gy. and SZENTGYÖRGYI, L. to the problem of partial juristic personality, *Döntőbíráskodás*, 9/1966.

a certain loosening of the established system of the aggregation and concentration of various contracts.

c) Finally a new phenomenon brought about by the reform of economic management will be surveyed in short: the organization of unions of companies. In course of the preparation of the reform the opinion developed that the trust is not favourable to the development of multi-channel commodity turnover and that is why only in case of the concentration of vertically connected enterprises or if it is justified by other reasons, the institution of trusts is to be preserved.³⁷ Enterprises and other socialist economic organizations may associate with each other and bring about unions in order to attain common economic goals; unions may be created by ministerial orders, as well.³⁸ It may also be experienced that the place of trusts has been taken by unions (of course, not mere occasional agreements but permanent, organized associations are concerned here).³⁹

The substitution of the middle grade organs of economic management with unions may occur, in the first place, in case of unions brought about by ministerial directives, but in a number of cases similar process has taken place with respect to spontaneous unions. E. g. the Metallurgical Directorate, Telecommunication Directorate, Precision Engineering Directorate under the Ministry of Metallurgy and Machine Industry; the Trust of Pharmaceutical Industry, the Trust of Chemical Industry, the Trust of Fishery, the Trust of Printing Industry, the Trust of Haberdasher Industry, the Trust of Stone-extraction and Gravel-pit Industry and the Trust of Brick-making and Tile Production Industry ceased to exist and at the same time, they were substituted by unions (similar process took its course in coalmining, as well).⁴⁰ According to the available data the above mentioned types of unions play a predominant part in economy.

As far as our topic is concerned, the influence of unions on the contractual system is of primary importance. The following examples of the unions' tasks may contribute to the solution of the above problem. The publication issued by the Ministry of Finances interpreting the rules on the unions included in the Decree no. 11/1967 (V. 13.) Korm. laid down that, among others, the central acceptance and distribution of orders among the enterprises, common purchase and sale may be effectuated by the unions.⁴¹ The activity of the

³⁷ GADÓ, O.: *Trösztök és egyesületek szerepe az ipar gazdálkodásában* (The role of trusts and unions in industry). *Ipargazdaság*, 3/1968. p. 2.

³⁸ Sections 7, 34, 35 of the Decree no. 11/1967 (V. 13.) Korm.

³⁹ As for the lasting and occasional unions of companies. Cf. VILÁGHY, M.: *Az egyesületekről*. (On the unions of companies). *Jogtudományi Közöny*, 9/1967. pp. 510—516.

⁴⁰ The implementation of this change was permitted by a series of Resolutions taken by the Economic Committee: Resolutions no. 20/1967 (V. 27.), 23/1967 (VI. 11), 24/1967 (VI. 24.), 28/1967 (VII. 6.), 29/1967 (VII. 6.) and 30/1967 (VII. 6.) GB.

⁴¹ Communiqué no 318/1967 (Pk. 24) PM. on the interpretation of the provisions of the Decree no. 11/1967 (V. 13.) Korm. on state enterprises with respect to unions of companies and common enterprises.

union Amalgamated Hungarian Coal-mines includes also the distribution among coal-mines of the quotas fixed with respect to the branch of industry, as well as, the scheduling of production.⁴² In the field of pharmaceutical industry the union provides the home market with pharmaceutical products and distributes the sums refunded by the state, the level of which has been fixed with regard to the union. The Union of Hungarian Iron and Steel Industry in addition to the distribution of quotas also co-ordinates the supply of raw material and semi-manufactured goods both by and to the enterprises, co-ordinates convertible capacities and the satisfaction of the needs of the home- and foreign markets. In the field of telecommunication and precision engineering certain tasks specified by directives have been assigned to the union and have been distributed among the enterprises by the same.⁴³ Since the scope of activity of unions extends to entire branches of industry, it may be stated that by guiding and coordinating the turnover of the enterprises agglomerated within their authority, unions restrict — to a certain extent — the part played by the market and promote the preservation of monopolistic positions, that is, they do not exert their influence to promote competition or to create new tracks to be used in commodity turnover.⁴⁴

3. The problem which types of contracts should be applied to the chain of contracts has a paramount importance from the aspect of the contractual system and the chain of contracts, as well. Thus we touch upon this issue, but only to an extent required by our topic.

Under the old system of economic management the method of breaking down the plan — as György Csanádi put it — involved a simple pattern of cooperation making the application only of a small number of contractual types necessary.⁴⁵ After a while also this situation had been modified, but it was only the thoroughgoing reform of economic management which brought about a fundamental change. In our days a variety of economic relationships exist between the enterprises which are to be reflected by the legal rules as well. That is why it has become a general rule that the enterprises themselves may choose the best type of contract required by the characteristics of the commodity turnover transacted by them — compulsory types of contracts have ceased

⁴² Para 2. of the Resolution no. 20/1967 (V. 27.) GB, TAMÁSY, I.: *Új szervezet: Az Egyesült Magyar Szénbányák* (A new organization: the United Hungarian Coal-mines). Figyelő, 29/1967. p. 4.

⁴³ The interviews given by the president of the Pharmaceutical Union and by the general manager of the Metallurgical Directorate of the Ministry of Metallurgy and Machine Industry. Figyelő, 48/1967. p. 5. The fundamental delivery conditions concerning the metallurgical products. The purchaser may place an order whenever he wishes. Figyelő, 14/1968. p. 5., GADÓ: op. cit. pp. 3—4.

⁴⁴ Similarly: GADÓ: op. cit. pp. 3—4.; MAJOROS: op. cit. p. 44.; RÉDEI, J.: *Egyensúly és verseny* (Equilibrium and competition). Figyelő, 3/1968. p. 3.

⁴⁵ CSANÁDI, GY.: *A szerződési rendszer továbbfejlesztésének problémái* (The problems of the further development of the contractual system). In the serial edition: *A jogi kérdések az új gazdaságirányítás köréből* (Legal problems in the field of the new economic management). pp. 11. et seq.

to exist.⁴⁶ In order to transact direct commodity turnover enterprises may use — in addition to delivery contracts — sale and purchase, commission, contract of *locatio conductio operis* and, in particular in the relation of foreign trade companies, partnership contract; also contracts to tie down productive capacity may be mentioned here; as far as agricultural produces are concerned, in addition to marketing (delivery) contracts, also contracts of sale and purchase play an important part. The parties may make freely their choice of the above cited types of contracts. This possibility of free choice is however restricted to a certain extent. Namely, according to the practice of the arbitration committees the enterprises shall not apply any other type of contract than the one which is suitable to the particular type of economic relationship involved (e. g. if an enterprise wanted to bypass the application of a mandatory rule by using a different type of contract.)⁴⁷

As it has been set forth in the foregoing, a tendency has been manifest on the part of enterprises of monopolistic position to enter into contracts of sale and purchase instead of delivery contracts by which they would be bound for a longer period. This trend, however, has not become a general phenomenon. Delivery contracts of quarterly term have maintained their predominant importance. Parallel with the growing supply of goods and the slow termination of monopolistic positions also the possibility of the success of such attempts will diminish. This, however, does not mean that the importance of the contract of sale and purchase would decrease in the future. On the contrary, in our opinion, after the termination of disequilibrium and as a result of the growth of assortment and stocks, and the improvement of storage facilities consumers may expect the quick and unbroken satisfaction of their needs which, in turn, will enable them to reduce their own stocks and to rely upon speedier ways of purchasing, that is, to enter into contracts of sale and purchase. This, however, will be the result of a long development. In our view a development may be expected in course of which the rôle played by the contract of sale and purchase will gradually increase but, at the same time, delivery contracts will survive in the fields important from the point of view of the entirety of national economy (in particular the relationship between big consumers and production is evoked in this context).

Another slowly developing tendency would presumably be that the significance of contracts tying down productive capacity will increase. It is not the injurious tendency of restricting the market which will, in our opinion

⁴⁶ Section 1/2 of the Decree no. 25/1967 (VIII. 20.) Korm. and similarly Para III of Government Resolution no. 1020/1967 (VII. 11.) Korm.

⁴⁷ Döntőbíráskodás (Arbitration) 1/1968 publication no. 1248; The Opinion adopted by the Central Arbitration Committee at the XXXVth National Conference. Cf. further GÖRGEY, M.: *A szállítási szerződés szabályjai módosításának egyes termékforgalmazási összefüggése* (Some interconnections between the amendments of the rules on delivery contracts with respect to commodity turnover). Döntőbíráskodás, 4/1968. pp. 128—129.

survive (when the producers' entire capacity is tied down by trade companies dealing in instruments of production). The co-operation of enterprises shall be ensured even in the period when plan directives will not exist any more and this task will be fulfilled mostly by contracts tying down capacities.⁴⁸

Up to now contracts of commission have not been concluded in any substantial number between home trade companies. It is problematic whether any substantial increase in the importance of such contracts may be expected, since in the view of experts interested in this question, as a result of the change in the products, fashion etc. the scope of these has been confined to the sale of the accumulated stocks of goods.⁴⁹

A different situation has arisen in the range of contracts entered into by companies engaged in foreign trade with home trade companies. In this field in addition to partnership contracts, contracts of commission have been predominant, whereas delivery contracts (especially in foreign trade relations) have constituted exceptional cases.⁵⁰ This is proved also by the following data relating to the types of contracts applied in the first quarter of the year 1968:⁵¹ The percentage of the types of contracts related to the entire turnover:

	Exports	Imports
Contracts of companies		
Authorized to participate in		
Foreign trade entered into with		
Foreign partners	28	14.2
Turnover settled through delivery		
contracts	8.4	10.4
Contracts of commission	25.8	60.6
Partnership contracts	37.8	14.8

⁴⁸As to the recognition and application in practice of what has been mentioned above. Cf.: SZALABÁN, E.: *A szállítási szerződésekről szóló új rendelet kihatásai a Duna Cipőgyár gazdálkodására* (The influence of the new Decree on delivery contracts on the operation of the "Duna" shoe Factory). *Döntőbíráskodás*, 4/1967. p. 128.; GARAMVÖLGYI, I.: *Mai gazdálkodás — holnapi módszerekkel a KGM-ben* (Economic management today by applying the methods of to-morrow in the Ministry of Metallurgy and Machine Industry.) *Figyelő*, 25/1967. p. 5.

⁴⁹KORDA, L.: *Szerződések a belkereskedelemben* (Contracts in home trade). *Kereskedelmi Szemle*, 2/1967. pp. 13–14.; KORDA: *Bizományi szerződés a belkereskedelemben* (Contract of commission in home trade). *Döntőbíráskodás*, 9/1966. p. 324. A similar opinion has been expressed by several economic experts; as an example of this we mention the above cited interview given by the commercial manager of the National Rubber Industry. The Ministry of Metallurgy and Machine Industry in the course of the supervision of the activity of industrial big enterprises kept a watch on the application of the new types of contracts. As a result of this, it has been established that hardly a few contracts of commission were concluded and the other new types of contracts have been but rarely applied. As for this cf. TASS, V.: *A szállítási alapfeltételek az új gazdasági mechanizmusban* (General conditions of delivery under the new system of economic management). *Döntőbíráskodás*, 8/1967. p. 304.

This important part played by contracts of commission and partnership contracts means that the chain of contracts: foreign company–Hungarian foreign trade company–home trade company has fundamentally changed: the separation of the links of chain has been substituted by their linking up, home trade companies have become directly interested in entering into contracts with foreign partners, in the fulfilment of the stipulations included in these contracts and their settlement. This change consisting not only in the modification of legal methods but also in the difference of politico-economic considerations constituting their bases will evidently assert itself for a fairly long period.

II.

On the chain of contracts

In this Part we shall sum up in short our opinion about the liability for the co-operating party and the responsibility of the productive enterprise to the consumer.

1. We have set forth our opinion of the fundamental problems about the liability for the co-operating party taking into consideration Decree No 50/1955 (VIII. 19.) M. T. and the old system of economic management,⁵² but now we return to the most important problem in this context, on the ground of changes having taken place in the meantime. These changes can be felt on the level of both the legal rules relating to this problem and the scope of the contractual system.

a) Of the new legal rules there are two directly providing for this topic and there is a third solving this problem indirectly but in a quite different way. These three legal rules are the Decrees on delivery contracts, the Decree on contracts of *locatio conductio operis* entered into by state enterprises and the Decree on contracts concluded between companies conducting foreign trade activity and internal trade companies.⁵³

The Decree on delivery contracts contains a provision concerning the liability for the cooperating party being essentially identical with the former

⁵⁰ Cf. the Decree no. 32/1967 (IX. 23.) Korm. on the contracts concluded at home by companies displaying foreign trade activity, the Directives no. 17/1967 (KkÉ 22) and 24/1967 (KkÉ 31) KKM. on the granting of the right of exportation and importation to be settled through the enterprises own accounts.

⁵¹ CZEITLER, S.: *A külkereskedelem első negyedére* (Foreign trade in the first quarter of the year). Figyelő, 18/1968. p. 2.

⁵² *A közreműködőért való felelősség alapvető kérdéseiről* (On the fundamental problems of the responsibility for the co-operating party). Allam- és Jogtudomány, 4/1965.

⁵³ Decree no. 10/1966 (II. 14.) Korm., as amended by the Decree 46/1967 (XI. 5.) Korm., Decree 44/1967 (XI. 5.) Korm., Decree 32/1967 (IX. 23.) Korm.

rules relating to this liability. It is only the enforcement of claims which has undergone a more important change: the new Decree provides that while adjudicating the claims arising from a breach of contract the Arbitration Committee may take into consideration every co-operating party's behaviour, as well and it may allow the enforcement of claims against the co-operating parties until the liability of the principal obliger is valid.⁵⁴ The new rule thus solves the problem of the term of the enforcement of claims against the co-operating parties and besides it amounts to an important deviation from the former practice of arbitration committees according to which that in dealing with liability one has to return to the party who has first substantially co-operated with the principal obliger.⁵⁵ It is worth mentioning that the thesis of legal practice adopted with respect to the first co-operating party asserted itself also in the definition of the obligation to enter into contract.⁵⁶

The Decree on the contract of *locatio conductio operis* of the enterprises in addition to laying down, in general, liability for the subcontractor, the co-operating party, also contains provisions as to the prolongation of the term of the enforcement of claims against the subcontractor in a similar way as it is laid down in the above mentioned provision relating to delivery contracts.⁵⁷

The Decree on the contracts concluded at home by enterprises conducting foreign trade activity does not include any provision on the liability for the co-operating party. The failure of a foreign party in fulfilling its obligation as stipulated in the contract, may involve unfavourable consequences for the foreign trade company; this problem shall however not be solved by applying the rules of the bearing of responsibility but rather in compliance with the rules of the division of the risks to be born by the parties.⁵⁸

⁵⁴ Sections 48/4, 48/5 and 57 of the Decree 10/1966 (II. 14.) Korm.

⁵⁵ This thesis was expressed in general by GÖRGEY, M.—HAVASI, Gy.: *A KDB elvi határozatai és iránymutatásai*. (1948—1962) (The Decisions and Guiding Principles of the Central Arbitration Committee), referring to the Opinion of the Central Arbitration Committee published in the 1964 Volume under no. 676.

⁵⁶ This was first laid down in the Joint Opinion no. 114/1966 OT — KDB — MNB (National Planning Office, Central Arbitration Committee, Hungarian National Bank) on the interpretation of certain rules concerning the commodities involving the obligation of entering into a delivery contract. (Döntőbíráskodás 1/1967 and Tervegazdasági Értesítő, 19/1966 but it was included in the Common Directive no. 11/1967/TGÉ. 12., ÁT. 31/OT-ÁH on the preparation of the circulation of products in 1968. In these rules the practice has been adopted — though left unmentioned in the Decision of Principle no. 676 but all the same often applied — that if the first co-operating partner was not a producing enterprise the party co-operating with the latter, had to be found, to which the obligation of entering into contract was extended.

⁵⁷ Sections 21/4 and 25/4 of Decree 44/1967 (XI. 5.) Korm. It should be mentioned that the responsibility for the subcontractor (co-operating party) is treated by this Decree among the general rules of the breach of contract, while the rules on the enforcement of claims within the scope of faulty performance (it is here where the necessity for the prolongation of terms arises). On the other hand, in the Decree on delivery contracts the rule of the responsibility for the co-operating party was placed among the provisions dealing with penalty and the compensation of damages, whereas the prolongation of the term was treated among the common rules of the breach of contract.

⁵⁸ Sections 11, 26, 29 of Decree no. 32/1967 (IX. 23.) Korm.

In connection with the new legal rules it may be stated that the scope of the application of the rules of the liability for the co-operating party (sub-contractor) has substantially narrowed down as a result of the type of contracts concluded by foreign trade companies, where this nevertheless survived, essentially identical fundamental principles assert themselves.

b) The changes occurred in the system of contracts affect in several respects the liability for the co-operating party. It is an important difference — as compared to the former situation — that contractual relationships are no more prescribed by central directives, the obligatory tracks of turnover have ceased to exist and, as a result — though no substantial change is to be expected in the relationships between the big consumer and the producers — small- and medium-sized consumer companies may choose different forms, stipulate various terms and find proper sources. The other change closely connected therewith consists in the application of different types of contracts. The same may presumably occur in the relation of small and medium-sized consumer companies (to say nothing here of foreign trade aspects).

What are the requirements following from the new development in the field of the liability for the co-operating party? As a starting point it will hold true also in the future that this form of liability has become necessary as a result of the progress of social division of labour and specialization. Nevertheless, not all the stages of the division of labour can be approached in this way. The problem here remains the same: what is the unit upon which the responsibility for damages should be shifted?⁵⁹

To answer this question it should be decided what is the extent of lasting co-operation prevailing in production. It is worth mentioning that it is this field where the delimitation between co-operation and other enterprisal relationships has been attempted at by the politico-economic literature, as well.⁶⁰ Whereas economists have made a marked distinction between co-operation and simple purchasing activity, this does not seem necessary in the domain of law. Namely where the different stages of production are not closely inter-related, there the rule of the liability for the co-operating party cannot be found at all: the supplier will be held responsible for his own acts if he does not have the stock necessary to execute the order and is therefore in default or the performance becomes impossible. In case of free commodity turnover the middleman shall bear a stricter responsibility for the stock in hand. Thus, however, only the problems arising from breach of contract consisting in default

⁵⁹ As for the new problems of the regulation of responsibility and of the bearing of damages cf.: EÖRSI: *A gazdaságirányítási rendszer reformjával kapcsolatos felelősségi kérdések* (Problems of responsibility involved by the reform of economic management). In the serial edition: *A jogi kérdések a gazdaságirányítás köréből* (Legal problems involved by the reform of economic management), pp. 45 et seq.

⁶⁰ WILCSEK: *Vállalati tervezés a gazdaságirányítás új rendszerében* (Enterprisal planning under the new system of economic management). Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, 1967. pp. 113–114.

or the impossibility of performance may be solved. Another situation arises in case of faulty performance, when one has to go back to the enterprise causing the fault.⁶¹ The application of the rule of liability for the co-operating party may be convenient here. Nevertheless, one has not to forget that it is not always to the purpose to shift full responsibility on the producer committing the fault, it may be more convenient to choose such links in the chain of contracts that involve a liability of reduced extent which may be shifted elsewhere. In our opinion the demarcation line should be looked for on the level of typical semi-finished products and component parts of widely used mass-products. The manufacturing unit processing or building up these products should in most cases recognize the fault and if it fails to do so it will be responsible for its own fault and not for that of the co-operating party. Where, in turn the fault has been unrecognizable two solutions may be conceived: either the manufacturing unit has directly notified its co-operating partner that in case of the faultiness of the product to be processed a damage greater than the average may arise, or failing such notification, the party should lose its right of shifting the responsibility for any extra-damage because it has omitted to bring into harmony its contracts.⁶² This consideration is supported also by the fact that in course of price regulation official prices have been fixed on the level of these semi-finished products and component parts, whereas in the further stages of production uncontrolled prices prevail.⁶³ Thus the enterprises concerned may settle on the level of the existing price differences the additional expenditure arising from their responsibility.⁶⁴

2. The problems of the chain of contracts arise with respect to the producer's responsibility to the consumer for the defects of quality. This important issue has not been dealt with by Hungarian legal literature in any extensive manner.⁶⁵ Though its timeliness is proved by the fact that in 1967 a

⁶¹ The Resolution no. 43/1967 (XI. 14.) GB. on the forms and methods of central state direction necessary to the ensuring of the high quality of industrial products is aimed to attain this goal.

⁶² The difference in time of the conclusion of contracts cannot constitute any impediment because the conditions of both the purchase and sale are accessible for the parties to the contract. This will be made easier by the system of business regulations now being built up. As for the business regulations cf. KAMPIS, Gy.: *A szállítási alapfeltételekről* (On the general conditions of delivery). *Döntőbíráskodás*, 3/1968. p. 105.; BENÁRD, A.: *A szocialista szervezetek vállalkozási szerződésai* (Contracts of locatio conductio operis entered into by socialist organizations). *Döntőbíráskodás*, 1/1968. p. 7.; SCHMIDT, P.: *Hozzászólás a szállítási alapfeltételek reformjához* (Contribution to the reform of the general conditions of delivery). *Döntőbíráskodás*, 10/1967. p. 387.

⁶³ Cf. Resolution no. 10.126/1966. GB. on the new industrial price system, further: CSIKÓS NAGY: *Az új magyar árrendszer* (The new Hungarian price system). *Közgazdasági Szemle*, 3/1968. pp. 275—276.

⁶⁴ As to the price agreements equalizing the responsibility cf. EÖRSI: op. cit. p. 69.; BAUER, M.: *Az importáló külkereskedelmi vállalat felelőssége a külföldi eladó magatartásáért* (The responsibility or the importing foreign trade company for the behaviour of the foreign seller). *Jogtudományi Közlöny*, 10/1966. p. 513.

⁶⁵ BENEDEK, K.—VILÁGHY, M.: *A Polgári Törvénykönyv a gyakorlatban* (The Civil Code in practice). Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, 1962. p. 162 et seq.

Resolution of the Economic Committee, in 1968 a Law Decree, a Decree and an Order issued jointly by a number of Ministers have treated this issue.⁶⁶

There are three principal possibilities to solve these problems: the increase of the seller's responsibility, the application of the rules concerning the co-operating party or the enactment of a special legal rule on the producer's responsibility. In the recent past a series of debates took place in the Institute for Legal and Administrative Sciences of the Hungarian Academy of Sciences on the problems involved by faulty performance and, among these, also on the producer's responsibility. Since this debate was surveyed by the *Acta Juridica*^{66,a} we shall not go into its details here but instead, we are summing up in brief our opinion as follows.

In our view, while attempting to solve this problem one has to take the objectives of the reform of economic management into consideration. These objectives include also the one that the enterprises should conduct selling and commercial activity instead of the distribution of commodities. Politico-economic literature has recently often dealt with the commercial activity of producing enterprises and in this context the wish has been expressed that the world-wide practice of so-called *marketing* be resorted to in Hungary, too. The concept of marketing comprises a number of activities from market-research to shopping service. It aims at rendering the enterprise capable to accomodate itself in the best possible way to the needs asserting themselves on the market and also exert an influence on the development of needs. One of the above mentioned shopping services is servicing. Political economists point out that the enterprises through their shopping service may obtain very useful information about their products, as well as, of the market, and the above mentioned servicing activity is in itself a lucrative activity.⁶⁷ We have emphasized all these to prove the correctness of the view that the organization of servicing activity should be rendered primarily the task of the producing enterprises. That would be the quickest and simplest way of informing the producers about the deficiencies of their products and of obtaining thus better results in manufacturing. The servicing run by factories is a good way of

⁶⁶ Resolution no. 43/1967 (XI. 14) GB, Law Decree no. 3. of 1968, Decree no. 7/1968 (I. 30.) Korm. Joint Decree no. 4/1969 (III. 30.) BKM — KGM — KIPM — KkM — NIM.

^{66,a} LONTAI, E.—HARMATHY, A.: *Discussion sur quelques questions d'importance de la réglementation relative à l'exécution défectueuse des contrats*. *Acta Juridica*, 3—4/1968. pp. 349—357.

⁶⁷ KISS, E.: *Gondolatok a vállalati marketingről* (Some considerations on enterprisal marketing). *Ipargazdaság*, 4/1968. p. 5.; HORVÁTH, L.: *Tömegtermelés, nagyvállalat, monopólium* (Mass production, big enterprise, monopoly). *Pénzügyi Szemle*, 3/1968. pp. 208—209.; KARDOS, S.: *Önállóan exportáló iparvállalat tapasztalatai* (Experiences gained by an industrial enterprise invested with the right of exportation). *Pénzügyi Szemle*, 3/1967. p. 224.; ZALA, F.: *A fogyasztási cikkek piaca és a kereskedelem működésének új vonásai* (The new features of the marketing of consumers' goods and of the function of commerce). *Közgazdasági Szemle*, 4/1967. p. 457.; PÁL, K.: *Ipari vevőszolgálat* (Industrial shopping service). *Figyelő*, 13/1967. p. 5.

satisfying the claims arising from guarantee. In our opinion producing enterprises should be obliged to meet the requirements following from the guarantee undertaken by them.⁶⁸ (Should the trade company be obliged to organize servicing, it would evidently shift its costs to the producer and it is not clear how it could be turned to the producers advantage if the costs of servicing run by the commercial sector should be borne by the producer.)

Even up to now it has often occurred that the legal rules have prescribed obligatory guarantees with respect to a number of products to provide thus proper protection for the consumers. Also the Decree No 7/1968 (I. 30) Korm. has proceeded along this path. In our opinion this solution should be accepted as a starting point and similarly to the rules adopted by several foreign laws the proper regulation of the producers responsibility and the protection of the consumers interests should be attained by obliging the enterprises to undertake guarantees for their products.

System der Verträge im neuen Mechanismus der Wirtschaftsleitung

A. HARMATHY

Die Reform des Systems der Wirtschaftsleitung ist in Ungarn seit 1. Januar 1968 in Geltung. Der Verfasser setzte sich zum Ziel einige wichtigeren Tendenzen der Entwicklung des Systems der Verträge aufgrund der bisherigen Erfahrungen festzustellen und unter Berücksichtigung dieser Tendenzen hinsichtlich des Systems der miteinander verknüpften Verträge, so der Verantwortlichkeit für den Erfüllungsgehilfen, Folgerungen zu ziehen.

Der erste Teil des Artikels behandelt die Entwicklung des Systems der Verträge. Nach einem Überblick der wichtigsten Rechtsnormen und der immer noch wirkenden Beschränkungen wird dargestellt, dass in den Beziehungen der Handels- und industriellen Grossunternehmen keine wesentlichen Veränderungen vorzufinden sind, dagegen können bezüglich der der Abwicklung des Warenverkehrs dienenden Vertragstypen Veränderungen festgestellt werden: neben den Lieferungsverträgen gewinnen die Kauf-, Kommissions- und Kapazitätsbelastungsverträge an Bedeutung.

Der zweite Teil befasst sich mit der für den Erfüllungsgehilfen bestehenden Verantwortlichkeit und der Haftung der Produzenten gegenüber dem Endverbraucher. Obzwar die neuen Normen hinsichtlich der ersten Frage keine unmittelbare Veränderung gebracht haben, wirkt der Wandel des Systems der Verträge sich doch auf die Verantwortlichkeit für Erfüllungsgehilfen aus: die einschlägigen Normen werden seltener angewendet. Hinsichtlich der Produzentenhaftung schlägt der Verfasser vor, eine Garantieflicht der Produzenten gesetzlich zu verankern.

Система договоров в новой системе управления хозяйством

A. ХАРМАТИ

Реформа системы управления народным хозяйством в Венгрии осуществляется с 1-го января 1968 года. Автор поставил перед собой задачу на основе находящихся в распоряжении на настоящее время опытов попытаться показать некоторые важнейшие

⁶⁸ Thus our opinion differs from the stand taken in the Resolution no. 43/1967 (XI. 14.) GB.

тенденции складывания договорной системы и учитывая эти тенденции сделать несколько выводов в отношении системы примыкающих друг к другу договоров, а также ответственности за сотрудника.

Первая часть статьи занимается сложением системы договоров. После изложения важнейших законодательных актов, действующих пока еще ограниченный автор показывает, что в отношении крупных промышленных и торговых предприятий не произошло существенных изменений, в то же время изменения наблюдаются по линии типов договоров, служащих проведению товарного оборота: помимо договоров поставки возрастает значение договоров купли-продажи, комиссии, договоров по уступке мощностей.

Вторая часть статьи занимается вопросами ответственности за сотрудника, а также ответственности предприятия-производителя перед потребителем. В связи с первым подчеркивает, что хотя новые законодательные акты непосредственно и не вызвали изменений, изменение договорной системы оказывает воздействие и на ответственность за сотрудника: это правило об ответственности реже применяется. А что касается ответственности производителя перед потребителем, по мнению статьи обоснованным было бы, если бы законодательные акты установили обязанности производителей по гарантии.

Rapports entre le développement socio-économique et la délinquance juvénile

par

A. SZABÓ

Maître de recherches à l'Institut des Sciences Juridiques et Politiques de l'Académie des Sciences de Hongrie

Par cette étude à caractère d'un compte-rendu nous voudrions présenter les résultats nationaux d'une recherche comparative internationale. Participent à la recherche: la Yougoslavie, la Pologne, la France et la Hongrie. Ceux qui s'y intéressaient ont été déjà informés à son temps, de l'objectif et de la méthodologie de la recherche. Aux lecteurs qui s'intéressent aussi aux détails, nous recommandons le matériel publié du colloque introduisant la recherche. Pour épargner le temps et la patience de nos lecteurs, nous ne pouvons pourtant pas nous contenter de les renvoyer à d'autres sources; nous nous proposons donc de résumer brièvement tout ce qu'il est utile de connaître des précédents.

Bref résumé chronologique de la recherche

La base de la recherche était le fait d'expérience partiellement vérifié disant que le développement socio-économique montre un certain rapport avec la délinquance juvénile; nous avons formulé ce fait comme hypothèse d'examen. Comme première étape des recherches une analyse statistique a été destinée à relever l'existence et éclairer le caractère et la dimension de ce rapport hypothétique. Comme la deuxième phase des recherches nous avons envisagé une partie dite d'étude de cas, afin de découvrir les facteurs intermédiaires, les canaux possibles des liaisons hypothétiques. Enfin pour contrôler les résultats de l'analyse statistique et de l'étude de cas, nous sommes convenus d'une étude monographique destinée à la reprise de l'analyse statistique et de l'étude de cas sur un terrain déterminé, en traitant le terrain choisi comme groupe de contrôle.

Comme il s'agit ici d'une recherche comparative, il fallait d'abord examiner la validité de nos hypothèses d'examen sur le plan national. Nous avons accepté le principe de base que chaque pays participant exécuterait les examens sur le plan national parallèlement, sur la base d'une méthodologie définie en commun, mais indépendamment l'un de l'autre. Seulement les résultats de ces examens seront comparés ensuite sur le plan international. Cette méthode de comparaison indirecte s'est avérée fructueuse. Les pays participants ont achevé l'analyse statistique, en résultat de laquelle ils ont choisi les unités territoriales nécessaires pour procéder à l'étude de cas: ils ont terminé le recueil

de matériel pour l'étude de cas, certains ont même commencé l'analyse du matériel de ce dernier. De notre part, l'analyse statistique est terminée, le matériel de l'étude de cas a été également rassemblé au moyen de la méthode de questionnaires, et son analyse détaillée est en train. Nous publierons sous peu le matériel complet de l'analyse statistique, sur la base de notre rapport national. Dans cette partie du matériel nous commencerons bientôt la comparaison internationale des résultats des recherches. En ce qui concerne nos partenaires, le groupe de recherche polonais a également terminé l'analyse statistique, et leur partie de l'étude de cas est aussi en état avancé; nos collègues français vont terminer leur rapport statistique national en ces jours et leur étude de cas est pareillement en état avancé; la terminaison du compte-rendu statistique de nos partenaires yougoslaves se fait attendre encore, mais leur partie d'étude de cas est dans une phase plus avancée que la nôtre.

En ce qui suit nous exposerons les hypothèses de recherche, la méthodologie de l'analyse statistique et les résultats de cette analyse. Nous ne pourrons donner des informations concernant les résultats de l'étude de cas qu'au cours de l'année prochaine.

L'hypothèse de recherche

L'hypothèse de recherche repose sur le fait d'expérience valable dans nombre de pays, disant que dans une certaine phase de l'industrialisation la délinquance des zones industrialisées est régulièrement plus haute que la délinquance des territoires non exposés aux effets directs et indirects de l'industrialisation transformant le mode de vie. L'hypothèse de recherche comptait avec le fait d'expérience ultérieur selon lequel l'urbanisation et la concentration considérable de la population aboutissent également à une plus haute contamination criminelle.

Partant de ces faits d'expérience nous devons expliquer, pourquoi et comment la délinquance — une des formes les plus importantes de l'inadaptation sociale — augmente parallèlement et simultanément avec l'évolution socio-économique. Nous devons voir dans la délinquance juvénile la manifestation des difficultés sociales, accompagnant le développement et étant la conséquence nécessaire de ce dernier. L'évolution socio-économique provoque des changements massifs et radicaux avant tout dans l'ordre de la division du travail social, suivis par le regroupement territorial de la population. La mobilité professionnelle et géographique, à son tour, transforme, modifie et change radicalement les cadres habituels du mode de vie, change l'ordre traditionnel des rapports sociaux.

Les groupes sociaux, les familles et les individus affectés par l'évolution socio-économique doivent, dans la nouvelle situation créée par les changements,

s'adapter aux exigences de cette dernière. La reconnaissance des nouvelles exigences, l'intériorisation des normes de conduite adéquates et l'adaptation du comportement à ces normes prend un temps plus ou moins long. De cette façon il se produit une situation antagonique entre la nouvelle situation socio-économique et les formes de conduite conformes à l'ancienne, adoptées sous la pression des exigences anciennes. Du point de vue de l'individu cette situation contradictoire porte en soi la possibilité de conflits; elle est accompagnée de situations ambiguës. Jusqu'à l'adaptation aux nouvelles exigences et normes de conduite conformes à ces exigences, le comportement des individus en question paraît être socialement inadapté ou imparfaitement et défectueusement adapté. La délinquance juvénile est une des formes les plus importantes de la manifestation de l'adaptation sociale imparfaite ou défectueuse.

Après avoir formulé la problématique il fallait, pour organiser la recherche poser la question fondamentale ci-dessous: La corrélation entre l'évolution socio-économique et la délinquance juvénile est-elle un rapport d'ordre général, qui existe d'une manière universelle?

La réponse à cette question peut être obtenue après avoir répondu à ces deux sous-questions:

a) Le rapport entre les deux phénomènes existe-t-il dans tous les pays participants, indépendamment du type de développement socio-économique?

b) Le rapport mentionné existe-t-il dans toutes les catégories de délits ou bien seulement concernant la conduite de certaines catégories de délinquants?

L'existence ou l'inexistence du rapport entre le développement socio-économique et la délinquance juvénile, respectivement le caractère du rapport existant devaient être découverts par la partie statistique de la recherche.

Par contre, la seconde partie de la recherche — l'étude de cas — devait répondre aux questions:

a) si à l'intérieur de la population criminelle examinée ce sont vraiment les couches le plus fortement soumises aux changements socio-économiques, qui sont les plus vulnérable ou non. Si oui, quels sont les facteurs ultérieurs y jouant un rôle?

b) quels facteurs et mécanismes servent d'intermédiaire entre le développement socio-économique et le comportement délinquant des individus; comment se déroule le processus de devenir criminel?

La partie statistique de la recherche devait donc répondre à la question de l'existence ou du manque de rapport entre le développement socio-économique et la délinquance juvénile, tandis que la partie comprenant l'étude de cas avait à décider la question, par quels chaînons de transmission le processus général de l'évolution socio-économique aboutit-il à la conduite délinquante de l'individu et quels sont les facteurs y entrant en ligne de compte?

Problématique et méthodologie de l'analyse statistique

Comme déjà indiqué, l'analyse statistique avait pour tâche de mesurer le développement socio-économique et la délinquance des jeunes groupes d'âge, plus précisément, de constater la présence ou l'absence d'une connexité entre les deux groupes de phénomènes. Pour mesurer la connexité entre phénomènes sociaux, la science statistique a élaboré le moyen dit calcul de corrélations. A l'aide du calcul de corrélations il est possible de constater si deux phénomènes ordonnés dans un certain rang quantitatif augmentent ou diminuent parallèlement et on peut également préciser la mesure de ce mouvement quantitatif en sens parallèle ou inverse, en connaissance de la dispersion (position prise entre deux valeurs extrêmes) des deux groupes de phénomènes. On peut obtenir l'ordre quantitatif des deux phénomènes examinés en rangeant — comme c'était, par exemple, notre cas, — les données de tous nos départements dans un ordre linéaire croissant ou décroissant. Lorsque le développement socio-économique mesuré par la statistique et la contamination criminelle augmentent et diminuent parallèlement, donc une corrélation peut être constatée dans leur mouvement, cette corrélation positive est la preuve statistique de la connexité des deux groupes de phénomènes, la preuve de ce qu'il existe une certaine connexion entre les deux. Comme c'est connu, la corrélation statistique est une sorte spécifique de rapport de détermination. Comme relation stochastique, elle est le refléchissement des régularités des phénomènes sociaux en tant que tendances. Une analyse génétique ultérieure peut démontrer également le lien causal des connexités de corrélation statistique ou au moins il est à supposer avec grande probabilité que le rapport statistique couvre une connexité concrète, multilatère et complexe. En adaptant à nos recherches la terminologie criminologique généralement admise, nous pouvons dire que les composantes du développement socio-économique, dont les détails nous exposerons plus tard, se trouvent dans un rapport de cause à effet avec la délinquance. C'est la phase de recherche ultérieure qui devra recouvrir les mécanismes médiateurs qui agissent entre les facteurs et leurs conséquences comme des causes provoquant ces dernières. Retournons après cette interjection à la problématique concrète de la méthodologie de nos recherches.

C'était une tâche essentielle de rendre mesurable les deux groupes de phénomènes examinés, afin d'obtenir les suites quantitatives nécessaires pour constater la corrélation. En ce qui concerne la délinquance des groupes d'âge jeune, nous ne sommes pas heurtés contre des difficultés particulières, du moment que la statistique judiciaire des mineurs et celle des jeunes adultes (de 14 à 17 ans et de 18 à 24 ans), catégorisée par sexes et enregistrée par délits, était à notre disposition. En connaissance des données relatives à la population des départements, nous pouvons facilement calculer la contamination criminelle pour

10 000 habitants de même âge et de même sexe. Evidemment nous nous sommes dès le début rendu compte du fait que la statistique judiciaire des condamnés ne coïncide pas avec le mouvement effectif de la délinquance, mais il était à supposer qu'elle le reflète avec une précision approximative. Selon les examens préalables, la statistique judiciaire des participants présente beaucoup plus de traits identiques que la statistique policière. C'est pourquoi nous avons décidé à utiliser la statistique des condamnés.

Quant à la question de rendre mesurable le développement socio-économique, le procédé statistique n'était plus si facile. Le concept de la délinquance est exactement défini: la liste des infractions est donnée dans les codes pénaux. Par contre, la notion du développement socio-économique ne peut nullement être considérée comme définie d'une façon univoque. Même si nous avons réussi à élaborer la notion unifiée et logiquement structurée du développement socio-économique, le problème se serait dressé devant nous par la suite, comment rendre mesurable le phénomène éclairci en tant que notion. Ensuite, même si nous étions convenus des éléments particuliers de la mesurabilité, ce sont les indicateurs employés en commun qui auraient présenté des problèmes, puisqu'un matériel statistique permettant l'emploi d'un système commun des indicateurs n'est pas à la disposition de tous les pays participants. Par conséquent nous sommes convenus d'une notion empirique du développement socio-économique, laquelle est à priori mesurable, qui compte dès l'origine sur la mesurabilité, donc des indicateurs qui sont disponibles dans le système statistique de tous les pays participants.

Enfin nous avons pris pour base la notion empirique descriptive du développement socio-économique. Nous avons attaché une importance décisive au processus de l'industrialisation et à la croissance des possibilités d'embauches non-agricoles, donc à la transformation de la structure professionnelle, et, parallèlement avec la transformation de cette dernière, à la modification du niveau des gains et revenus, à l'élargissement des prestations du service social et hygiénique et à la diffusion des moyens de communication de masse, et enfin à la mobilité élevée de la population, respectivement à la transformation de la structure de l'habitat.

Pour faciliter l'orientation nous annexons la liste des indicateurs avec lesquels nous avons voulu mesurer le phénomène de la contamination criminelle et celui du développement socio-économique.

Nous avons mesuré la délinquance des jeunes groupes d'âge dans 9 groupes de variables, dont chacun avec 7 variables. Les 9 groupes de variables étaient les suivants:

- I. Condamnés mineurs (de 14 à 17 ans)
- II. Condamnés garçons mineurs
- III. Condamnés jeunes filles mineures

- IV. Condamnés jeunes adultes (de 18 à 24 ans)
- V. Condamnés jeunes hommes adultes
- VI. Condamnés jeunes femmes adultes
- VII. Condamnés mineurs et jeunes adultes ensemble (de 14 à 24 ans)
- VIII. Condamnés garçons mineurs et jeunes hommes adultes ensemble
- IX. Condamnées jeunes filles mineures et jeunes femmes adultes.

Dans chaque groupe de variables 7 variables ont été employées, à savoir:

- 1. Total des infractions
- 2. Total des infractions contre les biens
- 3. Infractions contre la propriété sociale
- 4. Infractions contre les personnes
- 5. Infractions contre les moeurs
- 6. Infractions provoquant un danger public
- 7. Infractions contre les autorités.

Le nombre des condamnés pour délits a toujours été rapporté à 10 000 habitants du même âge et du même sexe. Tandis que la variable «totale des infractions» renfermait toutes les condamnations, dans les catégories particulières des infractions nous n'avons inclus que les infractions préalablement coordonnées avec nos partenaires. La catégorie des infractions contre la propriété sociale et l'hooliganisme font exception. Les délits rangés dans des groupes d'infractions particuliers sont les suivantes:

- 1. Infractions contre les biens: vol, détournement, escroquerie, détérioration, rapine, recel, infractions de moindre gravité.
- 2. Infractions contre la propriété sociale: vol, détournement, escroquerie, détérioration, rapine, recel, infractions de moindre gravité.
- 3. Infractions contre les personnes: homicide, homicide involontaire, coups et blessures légers, coups et blessures graves, blessures graves par imprudence, diffamation, injure.
- 4. Infractions contre les moeurs: viol, attentat à la pudeur.
- 5. Infractions provoquant un danger public: abus d'armes et d'explosifs, danger causé par la transgression des règles d'une profession, hooliganisme.
- 6. Infractions contre les autorités: violence contre les personnes chargées d'une fonction publique.

Nous avons considéré comme nombre de condamnés la moyenne des années 1963—67, pour éliminer les oscillations temporaires et accidentelles. En ce qui concerne le calcul rapporté à 10 000 hbts du même âge et du même sexe nous avons pris pour base les données calculées par l'Institut des Sciences Démographiques obtenues au cours du recensement en 1960, respectivement pendant la période suivante.

Dans 10 groupes de variables, au total 51 variables ont été employées comme des indices du développement socio-économique. A titre de renseignement nous communiquons la liste détaillée des indices employés:

I. Structure démographique de la population

1. Nombre de la population
2. Nombre de la population de 0 à 14 ans
3. Nombre de la population de 15 à 19 ans
4. Nombre de la population de 60 ans et plus
5. Densité par kilomètre carré
6. Nombre de la population rurale
7. Nombre de la population urbaine

II. Niveau d'instruction de la population

1. Nombre de la population ayant terminé les classes 1 à 4 de l'école primaire
2. Nombre de la population ayant terminé les classes 5 à 8 de l'école primaire
3. Nombre de la population ayant terminé l'école secondaire
4. Nombre de la population ayant terminé l'université ou une école supérieure
5. Nombre de la population sans aucune formation scolaire ou illettrée.
6. Nombre de la population de plus de 7 ans n'ayant pas terminé les 8 classes de l'école primaire.

III. Communication de masse

1. Nombre des journaux et des périodiques pour 1000 hbts
2. Nombre des spectateurs de cinéma à la campagne pour 1000 hbts
3. Nombre des spectateurs de cinéma en villes pour 1000 hbts
4. Nombre des usagers de la T.S.F. pour 1000 hbts
5. Nombre des usagers de la télévision pour 1000 hbts

IV. Données concernant le bien-être de la population

1. Consommation par tête de la population dans le commerce en détail, en Fts.
2. Nombre des voitures et des motos par 1000 hbts
3. Nombre des habitants par 100 logements

V. Répartition de la population active par secteurs économiques

1. Proportion des employés actifs dans l'industrie et dans l'industrie au bâtiment
2. Proportion des employés actifs dans les autres branches de l'économie nationale

3. Proportion des employés actifs dans l'agriculture
4. Proportion des employés actifs non-agricoles

VI. Niveau de revenus et de gains

1. Revenu moyen par tête et par an des ménages d'ouvriers et d'employés
2. Revenu brut par tête et par an des ménages d'ouvriers et d'employés
3. Revenu moyen par tête et par an des ménages paysans
4. Revenu brut par tête et par an des ménages paysans
5. Revenu moyen par tête et par an provenant des coopératives de production agricole

VII. Approvisionnement hygiénique de la population

1. Nombre des médecins et des dentistes par 100 hbts
2. Nombre des lits d'hôpital par 1000 hbts
3. Nombre des décédés de T.B. C. par 100 000 hbts.
4. Nombre des aliénés par 100 000 hbts
5. Mortalité infantile par 1000 hbts nés vivants

VIII. Mobilité de la population

1. Nombre des immigrés en 1966
2. Nombre des immigrés en 1967
3. Nombre des immigrés entre 1960 et 1967
4. Nombre des émigrants en 1966
5. Nombre des émigrants en 1967.
6. Nombre des émigrants entre 1960 et 1967.
7. Solde migratoire
8. Nombre de la population active
9. Employés actifs travaillant en dehors de leur domicile

IX. Nombre et concentration des usines industrielles

1. Nombre des usines industrielles au total
2. Usines industrielles employant moins de 500 travailleurs
3. Nombre des usines employant 500 à 2000 travailleurs
4. Nombre des usines industrielles employant plus que 2000 travailleurs.

X. État moral de la population

1. Nombre des divorces par 1000 hbts
2. Nombre des procès d'aliments par 10 000 hbts
3. Nombre des suicides par 10 000 hbts

La notion empirique et descriptive du développement socio-économique a permis, à l'aide des indices, cités, de mesurer le processus du développement tenant compte de ses effets complexes. — Nous nous sommes évidemment rendu compte dès le début du fait que notre méthode de mesurage relative au développement économique n'était pas capable de satisfaire toutes les exigences d'un mesurage exact de phénomènes économiques. Toutefois ce qui importait pour nous, c'était de rendre mesurable l'ensemble du processus, comme aussi ses effets et ses conséquences, d'une façon caractérisant le phénomène en question dans ses traits essentiels. Notre système d'indices est en tout cas propre à mesurer certains côtés et les processus essentiels de notre développement socio-économique.

Comme déjà mentionné ci-dessus, nous avons dû rendre ces derniers mesurables afin de constater les relations existant entre la délinquance juvénile d'une part et le processus de développement socio-économique d'autre part, ainsi que pour déterminer le sens de leur mouvement, leur direction parallèle ou opposée. Après avoir accompli le devoir de les rendre mesurables, nous nous sommes trouvés en face d'un problème important d'ordre méthodologique. Le problème était le suivant: La délinquance juvénile, respectivement le mouvement global dans la proportion de la participation des jeunes groupes d'âge dans l'ensemble des infractions peuvent être mesurés avec une exactitude approximative. Par contre, aucun des 51 indicateurs utilisés pour mesurer le développement socio-économique n'exprime en soi-même la totalité du processus, il ne reflète que certains côtés du développement. Bien que le développement socio-économique, en tant que processus homogène puisse être caractérisé par quelques indices concernant quelques-uns de ses côtés essentiels, mais dans son ensemble il ne peut pas être réduit à ces indices, au simple total numérique de ceux-ci. En examinant nos variables de plus près, nous sommes aboutis à la conclusion que ce ne sont pas ces variables, mais plutôt des groupes de variables cohérents qui caractérisent certains côtés, certains aspects du développement socio-économique. Les indicateurs employés montrent une variabilité extrême dans leur répartition territoriale. Si nous tenons compte de cette variabilité territoriale, le processus du développement socio-économique se manifestant dans nos indicateurs apparaîtra comme un phénomène tellement complexe qu'il est impossible de l'expliquer à l'aide des méthodes traditionnelles de l'analyse logique et d'en présenter le système de ses connexités intérieures. La méthode qui est capable de dégager les traits caractéristiques généraux d'un phénomène complexe sous sa concrète manière d'être, et de refléter la dimension des traits généraux du phénomène sur la base d'indices partiels, c'est la méthode de l'analyse factorielle.

Les variations territoriales de nos indices relatifs au développement socio-économique devaient être factorisées par groupes de variables pour obtenir ensuite le facteur général du développement socio-économique de nos composan-

tes provenant de tous les groupes de variables. Autrement dit, il fallait chercher derrière les variations territoriales des 10 groupes de variables déjà connus le facteur commun exprimant cette variabilité ou l'exprimant au moins dans une mesure considérable. Sur la base des facteurs partiels ainsi obtenus, dites composantes et de leur répartition territoriale il fallait ensuite calculer le facteur qui était commun à chacun d'eux. Ce facteur commun, c'est-à-dire le facteur général du développement socio-économique est une série de chiffres reflétant l'échelle de développement de nos départements sur la base des indices admis comme traits caractéristiques particuliers du développement socio-économique. Cette échelle contient le rang de développement de chacun de nos départements, rapporté à la moyenne nationale du développement socio-économique.

Un compte-rendu particulier donnera des informations à part sur les opérations effectuées au cours de l'analyse factorielle. Ici il suffit de souligner ce qui est essentiel, notamment qu'à cause de l'impossibilité du mesurage direct du développement comme processus général, c'était dans les côtés particuliers mesurables du développement et dans ses variations territoriales qu'il fallait chercher le trait commun général qui exprime numériquement le côté général du phénomène, mesuré seulement partiellement. La méthode de l'analyse factorielle était employée précisément à cette fin. A l'aide de l'analyse factorielle nous avons pu déterminer aussi l'échelle de développement de nos départements, respectivement la place occupée par eux quant au développement économique et ses conséquences sociales.

Après avoir ordonné les données de nos deux groupes de phénomènes, il fallait examiner la corrélation existant entre eux. Or, il était donné d'une part l'échelle de la contamination criminelle de nos départements et, d'autre part, l'échelle de nos départements résultant du développement socio-économique et des conséquences sociales de celui-ci. Il fallait donc simplement calculer la corrélation de contingence sur la base des deux échelles pour constater si la place occupée dans l'échelle de développement socio-économique détermine ou non la place occupée dans l'échelle de la contamination criminelle. Au calcul de la corrélation de contingence nous avons utilisé la méthode, respectivement le procédé élaborés par Pearson. Vu qu'il s'agissait de corrélations statistiques, il était nécessaire de tenir compte dès le début du fait que la connexité obtenue serait une corrélation stochastique, c'est-à-dire qu'il y aura des départements sortant du régulier. Ces départements devaient être identifiés au moyen de l'analyse dite régionale. Les données relatives au développement socio-économique ont été calculées par l'ordinateur RAZDAN III sur la base du programme préparé par György Németh, spécialiste en mathématiques appliquées, avec la méthode d'analyse de la composante principale de Hotelling.

Résultats de l'analyse statistique

Comme démontré par l'analyse statistique, notre conception était correcte en ce qui concerne l'hypothèse d'examen, la mesurabilité du développement socio-économique et la méthode choisie. Les calculs d'intercorrélation à l'intérieur des groupes de variables ont justifié la supposition que les indices employés étaient bien homogènes, donc il se prêtaient à caractériser suffisamment un côté défini du développement socio-économique. De même, l'analyse des composantes principales obtenues par l'analyse des groupes de variables a également donné des corrélations de haute valeur de contingence, démontrant ainsi qu'ils caractérisaient les divers côtés du développement socio-économique d'une façon homogène. La réduction des 51 variables respectivement indices à 10 composantes principales, pour mieux dire la condensation des informations dans les composantes principales et par conséquent la détermination du facteur de développement socio-économique nous ont permis d'examiner les connexités de la délinquance et du développement socio-économique au niveau global, ainsi que de préciser les composantes principales jouant un rôle décisif dans cette relation générale.

Au cours de l'analyse des indices de développement socio-économique nous pouvions aussi découvrir la manière dont les processus d'importance nationale se présentaient au niveau départemental. Il est apparu par exemple que les conséquences sociales de l'industrialisation ne se bornaient pas au territoire du département où de nouvelles usines industrielles étaient établies. En outre, il s'est révélé aussi que précisément sous l'influence de l'industrialisation il y a des divergences importantes dans la rôle des départements agricoles concernant l'offre d'embauche et la structure professionnelle de la population d'agglomération. Il s'est enfin affirmé que le rythme de l'industrialisation du pays et celui des changements de la structure professionnelle qui en résultent, divergent considérablement du rythme du changement de la structure d'agglomération du pays. Sur la base de l'analyse des composantes principales formées à l'aide de l'analyse factorielle nous avons abouti à la conclusion qu'à côté du facteur général ou principal relatif au développement socio-économique il est nécessaire de former aussi un facteur spécial décrivant et résumant les traits les plus caractéristiques de notre développement. Ces traits caractéristiques peuvent être déterminés par le fait que l'industrialisation a un caractère extensif, conséquemment la restructuration professionnelle s'effectue à cadence rapide, mais que, à cause de la transformation plus lente de la structure d'agglomération, la mobilité géographique de la population est extrêmement accélérée. C'est pourquoi nous avons créé un facteur spécial nommé facteur spécial de développement, qui contient les composantes principales suivantes: degré de la concentration de l'industrie, changements de la structure professionnelle et mobilité de la population.

Par la suite nous faisons connaître les résultats relatifs à l'échelle des départements quant à la contamination criminelle et au développement socio-économique, ainsi que les résultats de l'examen relatifs à la corrélation entre développement et délinquance. La contamination criminelle des départements se présente de façons différentes suivant que nous considérons l'ensemble de la délinquance des jeunes groupes d'âge ou bien la criminalité des groupes de délinquant à l'intérieur de cet ensemble. Nous avons examiné dans chacun des cas séparément les connexités des catégories particulières de délinquants avec le facteur principal et spécial du développement socio-économique, avec les composantes principales obtenues des groupes de variables et avec chacun des variables de ces groupes. C'est pourquoi nous ne communiquons pas l'échelle de contamination criminelle séparément mais seulement ensemble avec les échelles présentant le développement socio-économique puisqu'ainsi aussi la corrélation de contingences apparaît mieux.

Quant au facteur principal du développement socio-économique, l'échelle des départements obtenue à l'aide de l'analyse factorielle est la suivante:

Tableau I

Département	Numéro d'ordre	Indice du développement socio-économique
1. Budapest	1	1 233 212.06
2. Baranya	11	226 649.83
3. Bács-Kiskún	4	315 212.75
4. Békés	9	248 510.82
5. Borsod	3	413 641.19
6. Csongrád	7	264 370.84
7. Fejér	13	215 177.25
8. Győr-Sopron	12	226 134.80
9. Hajdú-Bihar	5	291 243.41
10. Heves	15	191 584.29
11. Komárom	16	175 298.62
12. Nógrád	20	130 744.76
13. Pest	2	450 562.35
14. Somogy	14	197 797.26
15. Szabolcs	6	282 844.48
16. Szolnok	8	251 883.26
17. Tolna	19	140 512.99
18. Vas	17	154 625.94
19. Veszprém	10	228 781.93
20. Zala	18	154 625.94
Valeur moyenne		291 860.46
Valeur de la dispersion		247 793.96

En connexion avec cette échelle nous voudrions souligner une fois de plus, qu'il s'agit d'une échelle obtenue sur la base des indices tenant compte aussi des conséquences sociales du développement économique. Il peut donc arriver que des départements mieux industrialisés obtenaient une place plus reculée que certains départements à caractère agricole, vu que la

mobilité de la population résultant de l'attraction des départements plus industrialisés exerçait une plus grande influence sur la population des départements agricoles que sur celle des départements industriels. L'échelle obtenue contient donc les indices de tous les effets, de toutes les conséquences du développement mesurés par nous, donc elle ne reflète pas simplement un ordre selon le degré d'industrialisation qui caractérise la tendance principale du développement socio-économique. Le problème de l'échelle du degré de l'industrialisation ne constituait pour nous qu'un problème de détail dont la connexion avec la délinquance était analysée sous l'aspect de la corrélation des différentes variables avec la délinquance.

Nous communiquons ci-après l'échelle des départements obtenue sur la base du facteur spécial du développement socio-économique, en rappelant qu'au calcul du facteur nous avons pris pour base la composante principale du degré de la concentration de l'industrie, du changement de la structure professionnelle et de la mobilité de la population.

Tableau II

Département	Numéro d'ordre	Indice obtenue sur la base du facteur spécial du développement socio-économique
1. Budapest	1	228 583.00
2. Baranya	7	67 649.54
3. Bács-Kiskún	4	84 981.81
4. Békés	8	63 453.75
5. Borsod	3	104 206.28
6. Csongrád	9	61 661.76
7. Fejér	11	58 717.08
8. Győr-Sopron	14	49 772.70
9. Hajdú-Bihar	6	71 572.29
10. Heves	15	47 386.48
11. Komárom	16	40 983.10
12. Nógrád	20	42 569.31
13. Pest	2	152 786.94
14. Somogy	12	58 130.92
15. Szabolcs	5	80 132.18
16. Szolnok	10	59 270.28
17. Tolna	17	39 947.08
18. Vas	19	35 187.69
19. Veszprém	13	57 524.23
20. Zala	18	37 666.61
Valeur moyenne		71 604.15
Valeur de la dispersion		46 128.74

En ce qui concerne les relations entre la délinquance et le développement socio-économique, nous publions ci-dessus le tableau de corrélation entre les deux facteurs de développement déjà exposés et la délinquance totale (total des infractions) des différentes catégories de délinquants. Afin de rendre le tableau plus clair, nous nous servons de la notation suivante:

1. Les valeurs dépassant 0.50 sont considérées comme des valeurs de corrélation significative, marquées de 0.50 à 0.59 par X;

2. Les valeurs entre 0.60 et 0.69 sont considérées comme des valeurs de corrélation forte, marquées par XX;

Tableau III

Délinquance totale de la catégorie de criminels	Facteur principal de développe- ment socio- économique	Facteur spécial de développe- ment socio- économique
	valeurs de corrélation	
I. Mineurs ensemble		X
II. Garçons mineurs		X
III. Filles mineures		
IV. Jeunes adultes ensemble	XX	XXX
V. Jeunes hommes adultes	XX	XXX
VI. Jeunes femmes adultes		X
VII. Garçons et hommes de 14 à 24 ans ensemble	X	XXX
VIII. Filles et femmes de 14 à 24 ans ensemble		X
IX. Mineurs et jeunes adultes ensemble ...	XX	XXX

3. Les valeurs entre 0.70 et 0.99 sont considérées comme des valeurs de corrélation très forte, marquées par XXX.

Comme il ressort du tableau de corrélation ci-devant, la délinquance des jeunes groupes d'âge dans son ensemble n'est pas en corrélation avec le facteur principal du développement socio-économique. Sous cet aspect c'est en première ligne la délinquance des jeunes hommes adultes qui montre un rapport de corrélation forte avec le facteur principal de du développement socio-économique. Le rapport de corrélation intense de la délinquance totale des jeunes adultes ainsi que celui de la catégorie de délinquants des garçons mineurs et des jeunes hommes adultes avec le facteur principal du développement socio-économique est la conséquence de la forte corrélation dont nous venons de parler.

Parmi les catégories principales et non composées de délinquants, ni la criminalité des garçons mineurs, ni celle des jeunes filles mineures ou des jeunes femmes adultes ne montrent aucun rapport de corrélation significative avec l'ensemble du développement socio-économique. Quant à la criminalité des catégories secondaires et composées de délinquants dont une des composantes est la criminalité des jeunes hommes adultes, la corrélation avec le facteur principal du développement socio-économique a pour motif la corrélation considérable de cette dernière catégorie de délinquants avec le facteur principal.

Par contre, notre facteur spécial synthétisant la tendance actuelle et caractéristique de notre développement socio-économique montre un rapport de corrélation significative ou très forte avec la délinquance totale de toutes

les catégories principales ou secondaires de délinquants. L'unique exception à cette corrélation qu'on peut considérer comme démontrée, est la catégorie de délinquants des jeunes filles mineures, bien que le rapport positif puisse être constaté dans ce cas aussi, même s'il ne donne pas une valeur statistique significative. Le rapport est positif ici aussi, quoique moins étroit. Une corrélation négative, c'est-à-dire des mouvements à direction contraire, antagonistique, n'étaient démontrables dans aucune des catégories de délinquants. Quant à l'intensité de la corrélation, il faut constater qu'une corrélation fort considérable peut être découverte selon les catégories de délinquants classifiés par âges, notamment chez les jeunes adultes. En ce qui concerne les catégories de délinquants classifiés par sexe, c'est le sexe masculin qui montre une plus grande vulnérabilité envers les conséquences du développement socio-économique.

En poursuivant l'analyse des résultats de la corrélation générale, on peut constater le cercle des composantes principales qui jouent le rôle le plus important dans le processus de détermination examiné. Notre tableau suivant représente également les rapports de corrélation de la délinquance totale des catégories de délinquants, mais cette fois non pas sur le niveau général du développement socio-économique, mais sur celui des connexités partielles constituant ce niveau général, c'est-à-dire sur le niveau des composantes principales synthétisant les effets des groupes de variables particuliers.

Comme le tableau l'indique, parmi les composantes principales du développement socio-économique ce sont le niveau de revenus de la population, sa mobilité ainsi que le degré de la concentration de l'industrie et l'état morale de la population qui montrent une corrélation forte ou considérablement forte ou très forte avec la criminalité totale de toutes ou de presque toutes les catégories principales de délinquants.

Nous avons vu qu'au niveau général du développement socio-économique, c'est-à-dire au niveau du facteur principal du développement socio-économique, la corrélation avec la délinquance totale n'est considérable qu'à l'égard d'une seule catégorie de délinquants. En même temps au niveau du facteur spécial de développement socio-économique la corrélation avec la délinquance totale est significative pour toutes les catégories de délinquants, sauf celle des jeunes filles mineures. Sur la base des données obtenues jusqu'ici nous avons réuissi à identifier les composantes jouant le rôle le plus important au niveau de l'ensemble de la délinquance, ainsi que les catégories de délinquants réagissant le plus sensiblement aux effets du développement socio-économique. Maintenant nous examinerons quelle est la catégorie d'infractions à l'intérieur des groupes de délinquants qui se trouve dans la corrélation la plus intense et la plus considérable avec les facteurs et les composantes principales du développement socio-économique. De telle façon nous réuissirons à identifier les catégories d'infractions qui jouent un rôle médiateur dans la formation de la corrélation générale, de même que les composantes socio-économiques dont le

Tableau IV

Tableau de la corrélation entre les composantes principales du développement socio-économique et la délinquance totale des catégories de délinquants respectives

Délinquance totale de la catégorie de délinquants	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau de revenus et des gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de la concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Mineurs ensemble						X		X	XX	XX
II. Garçons mineurs						X				
III. Jeunes filles mineures								X	X	
IV. Jeunes adultes ensemble	XX	XX				X		XXX	X	XX
V. Jeunes hommes adultes	XX	XX				X		XXX	X	XX
VI. Jeunes femmes adultes								X		XX
VII. Garçons et hommes de 14 à 24 ans ensemble	X	X				XX		XXX	X	XX
VIII. Jeunes filles et femmes de 14 à 24 ans ensemble								X		XXX
IX. Mineurs et jeunes adultes ensemble	X	X				X		XXX	XX	XXX

Tableau V

Catégories d'infractions et composantes principales comme médiatrices entre le développement socio-économique et la délinquance dans la catégorie de délinquants mineurs de 14 à 17 ans

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Total des infractions		X				
II. Infractions contre biens						X
III. Infractions contre la propriété sociale						
IV. Infractions contre les personnes	X	X	X	XX	-X	-X
V. Infractions contre les mœurs	X	-X				-X
VI. Infractions provoquant un danger public						
VII. Infractions contre les autorités						-X

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	V. Répartition de la population active par secteurs économique	VI. Niveau des revenus et des gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Total des infractions		X		X	XX	XX
II. Infractions contre les biens		XX			XX	X
III. Infractions contre la propriété sociale		X				XXX
IV. Infractions contre les personnes		-X		XX		
V. Infractions contre les mœurs		-X		-X		
VI. Infractions provoquant un danger public					X	
VII. Infractions contre les autorités		-X				

Tableau VI

Catégories d'infractions et composantes principales comme médiatrices entre le développement socio-économique et la délinquance dans la catégorie de délinquants garçons mineurs de 14 à 17 ans

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Total des infractions....		XX	-X			
II. Infractions contre les biens						X
III. Infractions contre la propriété sociale						X
IV. Infractions contre les personnes	X	X	X			
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant un danger public						
VII. Infractions contre les autorités.....						

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau des revenus et des gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Total des infractions....		X		X	X	X
II. Infractions contre les biens		X		X	XX	X
III. Infractions contre la propriété sociale		XX				XX
IV. Infractions contre les personnes		-X		X		
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant und danger public.....					X	
VII. Infractions contre les autorités.....				X		

Tableau VII

Catégories d'infractions et composantes principales comme médiatrices entre le développement socio-économique et la délinquance dans la catégorie de délinquants jeunes filles mineures de 14 à 17 ans

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Total des infractions.						
II. Infractions contre les biens						
III. Infractions contre la propriété sociale		X			-X	
IV. Infractions contre les personnes						
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant un danger public						
VII. Infractions contre les autorités.						

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau des revenus et des gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Total des infractions.					X	
II. Infractions contre les biens						
III. Infractions contre la propriété sociale			X			
IV. Infractions contre les personnes	- X					
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant un danger public	- X					
VII. Infractions contre les autorités.	- X					

Tableau VIII

Catégories d'infractions et composantes principales comme médiatrices entre le développement socio-économique et la délinquance dans la catégorie de délinquants jeunes adultes de 18 à 24 ans

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Total des infractions	XX	XXX	XX	XX		
II. Infractions contre les biens	X	XX	X	X		
III. Infractions contre la propriété sociale		X				
IV. Infractions contre les personnes	XX	XX	XX	XX	-X	
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant un danger public	X	X		X		
VII. Infractions contre les autorités						

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau des revenus et des gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Total des infractions		X		XXX	X	XX
II. Infractions contre les biens		XX		XX	X	XX
III. Infractions contre la propriété sociale				X		
IV. Infractions contre les personnes				XX		
V. Infractions contre les mœurs					X	
VI. Infractions provoquant un danger public		XX		X	XX	X
VII. Infractions contre les autorités						

Tableau IX

Catégories d'infractions et composantes principales comme médiatrices entre le développement socio-économique et la délinquance dans la catégorie de délinquants jeunes hommes adultes de 18 à 24 ans

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Total des infractions	XX	XXX	XX	XX		
II. Infractions contre les biens	X	XX		X		
III. Infractions contre la propriété sociale		X				
IV. Infractions contre les personnes			XX	XX		-X
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant un danger public		XX				
VII. Infractions contre les autorités						

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	V. Répartition de la population active par secteurs économique	VI. Niveau des revenus et des gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Total des infractions				XXX	X	XX
II. Infractions contre les biens		XX		XX		XX
III. Infractions contre la propriété sociale	-X	X		X		
IV. Infractions contre les personnes				XX		
V. Infractions contre les mœurs					X	
VI. Infractions provoquant un danger public		XX		XX	X	XX
VII. Infractions contre les autorités						

Tableau X

Catégories d'infractions et composantes principales comme médiatrices entre le développement socio-économique et la délinquance dans la catégorie de délinquants jeunes femmes adultes de 18 à 24 ans

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Total des infractions		X			-X	
II. Infractions contre les biens	X	X				
III. Infractions contre la propriété sociale					X	
IV. Infractions contre les personnes		X				
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant un danger public						
VII. Infractions contre les autorités						

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	V. Répartition de la population active par secteurs économique	VI. Niveau des revenus et des gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Total des infractions				X		XX
II. Infractions contre les biens				X		XXX
III. Infractions contre la propriété sociale						X
IV. Infractions contre les personnes	-X		X			
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant und danger public						
VII. Infractions contre les autorités	-X					

Tableau XI

Catégories d'infractions et composantes principales comme médiatrices entre le développement socio-économique et la délinquance dans la catégorie de délinquants garçons mineurs et jeunes hommes adultes de 14 à 24 ans

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Total des infractions	X	XXX	X	X		
II. Infractions contre les biens						XX
III. Infractions contre la propriété sociale		X				
IV. Infractions contre les personnes	XX	XX	XX	XX	X	-X
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant und danger public		X				
VII. Infractions contre les autorités						

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau des revenus et des gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Total des infractions		XX		XXX	X	XX
II. Infractions contre les biens		XX				
III. Infractions contre la propriété sociale		XX		X		X
IV. Infractions contre les personnes		-X		XX		
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant un danger public		XX		X	X	X
VII. Infractions contre les autorités						

Tableau XII

Catégories d'infractions et composantes principales comme médiatrices entre le développement socio-économique et la délinquance dans la catégorie de délinquants jeunes filles mineures et jeunes femmes adultes de 14 à 24 ans

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Total des infractions.		X				
II. Infractions contre les biens						
III. Infractions contre la propriété sociale					—X	
IV. Infractions contre les personnes					—X	
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant un danger public						
VII. Infractions contre les autorités.						

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau des revenus de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Total des infractions.				X		XXX
II. Infractions contre les biens		X			X	XX
III. Infractions contre la propriété sociale						
IV. Infractions contre les personnes	—X					
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant un danger public		XX				
VII. Infractions contre les autorités.						

Tableau XIII

Catégories d'infractions et composantes principales comme médiatrices entre le développement socio-économique et la délinquance dans la catégorie de délinquants mineurs et jeunes adultes de 24 à 24 ans

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Total des infractions.	XX	XXX	X	XX		
II. Infractions contre les biens	X	XX				
III. Infractions contre la propriété sociale						
IV. Infractions contre les personnes	XX	XX		XX	-X	
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant un danger public		X				
VII. Infractions contre les autorités.						

Délinquance totale du groupe de délinquants et délinquance par catégories d'infractions	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau des revenus et gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Total des infractions.		X		XXX	XX	XXX
II. Infractions contre les biens		XX		XX	XX	XX
III. Infractions contre la propriété sociale		XX		X		
IV. Infractions contre les personnes				XX		
V. Infractions contre les mœurs						
VI. Infractions provoquant un danger public		X		X	X	
VII. Infractions contre les autorités.						

rôle peut être considéré comme décisif à l'intérieur de la corrélation générale. Les tableaux suivants indiquent par groupes de délinquants comment les composantes et les catégories d'infractions servent d'intermédiaire pour la corrélation du développement socio-économique avec la délinquance.

La notation employée dans les tableaux préalables est complétée par le signe de la valeur significative de corrélation négative. Les valeurs négatives sont marquées par le signe «—».

En connaissance des tableaux de corrélation les plus essentiels nous sommes en mesure de résumer l'efficacité des facteurs et des composantes employés au cours de l'analyse et l'étendue de leur effet criminogène; nous pouvons conclure à la sensibilité des groupes de délinquants et à celle des catégories d'infractions à l'effet des facteurs et des composantes. Au cours de la synthèse nous examinerons

1. quelle était la composante exerçant la plus grande influence sur les quatre groupes principaux de délinquants;

2. sur quel groupe de délinquants et sur quelle catégorie d'infractions les composantes les plus importantes agissaient-elles en premier lieu;

3. à l'effet de quelle composante les différentes catégories de délinquants réagissent-elles le plus sensiblement;

4. à l'effet de quelle composante les catégories respectives d'infractions sont-elles les plus sensibles.

Parmi les composantes employées au cours de l'analyse, celles ci-dessous se sont révélées comme des facteurs d'effet général dans la sphère des délinquants et des catégories d'infractions examinés:

la mobilité,

la composante du niveau de revenus et des gains de la population

la composante de la concentration de l'industrie et de l'état moral de la population.

Facteurs d'effet seulement partiel:

la composante de la structure démographique de la population,

le niveau d'instruction,

la composante du bien-être,

l'approvisionnement en moyens de communication de masse et

la composante de la structure professionnelle.

L'examen ultérieur des composantes à effet général donne l'image suivante:

La composante de la mobilité influence tous les groupes de délinquants, en premier lieu le groupe des jeunes hommes adultes qui en sont affectés le plus directement, et en dernier lieu le groupe des jeunes filles mineures. Parmi les catégories d'infractions elle agit surtout sur les infractions contre les personnes et les biens. Elle est également un facteur agissant en général sur la délin-

quance totale des catégories respectives de délinquants. Elle montre en même temps une corrélation négative avec la catégorie des infractions sexuelles.

La composante des revenus influence également tous les groupes de délinquants, sauf les jeunes filles de 14 à 17 ans et les femmes de 18 à 24 ans. Concernant les catégories d'infractions elle agit, dans chaque groupe de délinquants, sur les infractions contre les biens, contre la propriété sociale et sur la catégorie des infractions provoquant un danger public. Elle agit de même sur la délinquance totale des groupes de délinquants. En même temps, sa corrélation est, d'une façon conséquente, négative avec les infractions contre les mœurs et les autorités.

La composante de la concentration industrielle agit sur toutes les catégories de délinquants à l'exception du groupe des jeunes femmes adultes. Parmi les catégories d'infractions elle influence en premier lieu les infractions provoquant un danger public, les infractions contre les biens, et les infractions contre les mœurs. C'est un facteur agissant sur la délinquance totale de toutes les catégories de délinquants.

La composante de l'état moral de la population influence tous les groupes de délinquants sauf celui des jeunes filles mineures. Parmi les infractions sa corrélation est positive surtout avec les infractions contre les biens et les infractions provoquant un danger public. Elle est un facteur influençant la délinquance totale de tous les groupes de délinquants. Par contre, sa corrélation avec les infractions contre les mœurs est conséquemment négative dans chaque groupe de délinquants. Cela s'explique évidemment par le fait que dans le cas où un procès d'aliments est engagé, c'est exceptionnel qu'une procédure pénale soit introduite à cause de l'acte initial.

Parmi les composantes à effet partiel, celle de la structure démographique et celle du niveau d'instruction n'agissent que sur les infractions contre les personnes et elles exercent leur influence sur la délinquance totale par cette voie. C'est pourquoi nous les avons nommées composantes à effet partiel. Parmi les composantes à effet partiel celle de l'approvisionnement en moyens de communication de masse et celle de la structure professionnelle manifestent une corrélation exclusivement négative chez les groupes de délinquants lesquels elles influencent du tout. La composante du bien-être est par contre ambiguë, en tant qu'elle exerce une influence partiellement positive, partiellement négative sur la situation de certaines catégories d'infractions.

En ce qui concerne la manière de réagir ou la «sensibilité aux composantes» des groupes de délinquants, nous pouvons constater que

les garçons mineurs sont sensibles en premier lieu aux composantes de la mobilité, de la moralité, des revenus et de la concentration de l'industrie; par contre les jeunes filles mineures ne réagissent sensiblement à presque aucune des composantes;

le groupe de délinquants jeunes hommes adultes est sensible aux composantes de la mobilité, des revenus, de la concentration de l'industrie, de la moralité et du niveau d'instruction.

Si nous considérons les différentes catégories d'infractions séparément, l'image d'ensemble de la sensibilité aux composantes se constitue comme suit:

la délinquance total est considérablement influencée par les composantes de la mobilité, de la concentration de l'industrie, par celle de l'état moral de la population et par la composante des revenus; la composante démographique, et celle du niveau d'instruction exercent une influence moins importante;

la catégorie des infractions contre les biens est influencée en premier lieu et dans une mesure considérable par les revenus, par la moralité, la mobilité et la concentration de l'industrie; une influence moins importante est exercée par les composantes du bien-être, du niveau d'instruction et de la structure démographique;

les infractions contre la propriété sociale sont sensibles aux composantes de la mobilité et des revenus;

les infractions contre les personnes sont sensibles aux composantes de la mobilité, de la structure démographique et à celle du niveau d'instruction, elles montrent en même temps une considérable corrélation négative avec toutes les autres composantes;

les infractions contre les mœurs ne sont sensibles qu'à la composante de la concentration de l'industrie;

la catégorie des infractions provoquant un danger public est influencée par les composantes des revenus et de la mobilité;

la sensibilité de la catégorie des infractions contre les autorités est tout à fait hétérogène, mais dans le fond elle ne montre qu'une corrélation négative avec les composantes examinées.

Nous connaissons déjà les réactions, l'importance, l'effet et les dimensions de l'effet des composantes, des groupes de délinquants et des catégories d'infractions. Or, nous examinerons les réactions des départements, employés comme unités statistiques au cours de l'analyse. Parmi les unités régionales, Budapest était pris pour unité autonome, vu son importance éminente. Nous avons donc dû opérer avec les données de 20 unités régionales au total. L'examen des réactions des départements vise en premier lieu de localiser nos départements à réactions anormales, ceux qui, dans le cadre de la corrélation statistique générale, ont réagi d'une manière conséquemment irrégulière au cours des opérations essentielles de l'analyse. A ce sujet notre procédé est le suivant: nous mettons en comparaison le rang occupé du point de vue du facteur spécial de développement socio-économique avec celui de la contamination criminelle, par groupes de délinquants, tenant compte de la délinquance totale du groupe envisagé. Sur la base du tableau de rang ainsi obtenu nous construisons le diagramme de rang plus plastique. Le département changeant sa

place au moins par quatre grades au cours de la comparaison sera considéré comme anormal. Le bien-fondé de ce classement est soutenu par le fait que les 20 départements comparés à la moyenne nationale calculée sur la base des critères respectifs peuvent être classés en quatre groupes de rang à 5 membres chacun (p. e. fort industrialisé, industrialisé, médiocrement industrialisé, agricole).

A l'aide des diagrammes précédents nous avons réussi à déterminer les départements qui réagissent d'une façon anormale du point de vue de notre hypothèse. L'anomalie a été constatée sur la base de la présence ou du manque de la conformité de la contamination criminelle avec le niveau de développement. En considérant les quatre groupes fondamentaux de délinquants, les départements anormaux sont les suivants:

1. Départements à contamination criminelle plus haute que prévue:

Baranya	concernant 2 catégories de délinquants
Csongrád	concernant 2 catégories de délinquants
Komárom	concernant 4 catégories de délinquants
Tolna	concernant 4 catégories de délinquants
Vas	concernant 2 catégories de délinquants

2. Départements à contamination criminelle plus basse que prévue:

Békés	concernant 3 catégories de délinquants
Hajdu	concernant 3 catégories de délinquants
Pest	concernant 3 catégories de délinquants
Szabolcs	concernant 2 catégories de délinquants
Szolnok	concernant 2 catégories de délinquants

Il est à voir que tous les départements à contamination criminelle plus basse que prévue sont des départements agricoles qui doivent leur rang de développement éminent non pas au développement industriel sur le territoire du département même, mais à la manifestation des effets du développement industriel en dehors du département, donc à la transformation de la structure professionnelle, avec le maintien simultané de la production agricole du département.

Par contre les départements à contamination criminelle plus haute que prévue sont ou bien des départements dont l'industrie est la plus développée, comme p. e. Komárom, ou bien des départements sur la voie d'une industrialisation rapide, comme les départements Baranya et Csongrád. La haute contamination criminelle des départements Tolna et Vas ne s'explique pas sur la base des composantes employées. Ici il faut prendre en considération des facteurs ultérieurs, comprenant p. e. les traditions criminelles, la subculture régionale de la criminalité, etc.

Pour l'étude de cas et l'examen régional-monographique consécutif nous avons choisi deux départements à haute contamination criminelle anormale, notamment Baranya et Csongrád. Parmi les départements à contamination criminelle

Tableau XIV
Garçons mineurs de 14 à 17 ans

Départements	Place obtenue	Place obtenue	Différence entre le rang du développement et de la délinquance	
	selon la contamina- tion criminelle cal- culée sur la base de la délinquance totale	sur la base du facteur spécial du développe- ment socio- économique		
1. Budapest	1	1	0	0
2. Baranya.....	2	7		5
3. Bács-Kiskun	3	4		1
4. Békés	14	8	6	
5. Borsod	5	3	2	
6. Csongrád	4	9		5
7. Fejér	6	11		5
8. Győr-Sopron	16	14	2	
9. Hajdú-Bihar	13	6	7	
10. Heves	17	15	2	
11. Komárom	9	16		7
12. Nógrád.....	18	20		2
13. Pest	7	2	5	
14. Somogy	12	12	0	0
15. Szabolcs	15	5	10	
16. Szolnok	19	10	9	
17. Tolna	11	17		6
18. Vas	8	19		11
19. Veszprém	10	13		3
20. Zala	20	18	2	

Coefficient de la corrélation de rang: 0.54

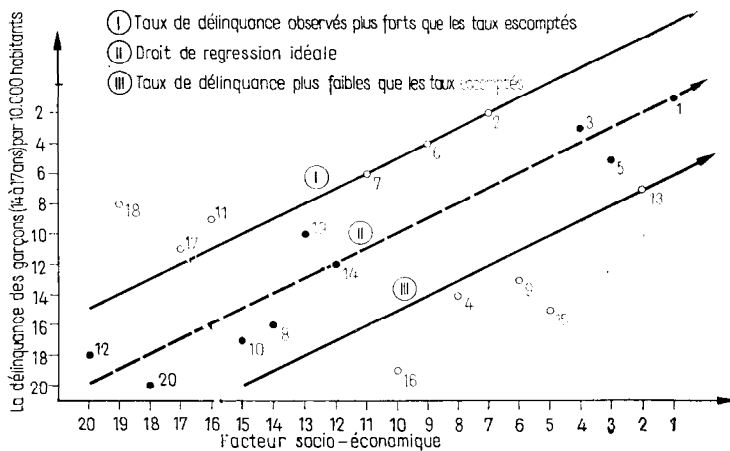


Tableau XV
Jeunes filles mineures de 14 à 17 ans

Départements	Place obtenue	Place obtenue	Différence	
	selon la contamination criminelle calculée sur la base de la délinquance totale	sur la base du facteur spécial du développement socio-économique	entre le rang du développement et de la délinquance	
1. Budapest	1	1	0	0
2. Baranya.....	2	7		5
3. Bács-Kiskun	8	4	4	
4. Békés	14	8	6	
5. Borsod	11	3	8	
6. Csongrád	9	9	0	0
7. Fejér	12	11	1	
8. Győr-Sopron	3	14		11
9. Hajdú-Bihar	6	6	0	0
10. Heves	19	15	4	
11. Komárom	4	16		12
12. Nógrád.....	18	20		2
13. Pest	7	2	5	
14. Somogy	10	12		2
15. Szabolcs	15	5	10	
16. Szolnok	16	10	6	
17. Tolna	5	17		12
18. Vas	13	19		6
19. Veszprém	20	13	7	
20. Zala	17	18		1

Coefficient de la corrélation de rang: 0.38

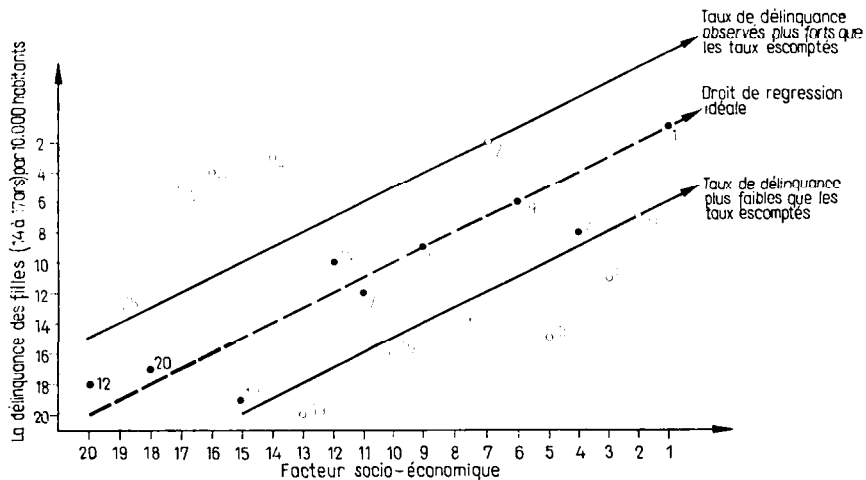


Tableau XVI
Jeunes hommes adultes de 18 à 24 ans

Départements	Place obtenue	Place obtenue	Différence	
	selon la contamination criminelle calculée sur la base de la délinquance totale	sur la base du facteur spécial du développement socio-économique	entre le rang du développement et de la délinquance	
1. Budapest	1	1	0	0
2. Baranya	4	7		3
3. Bács-Kiskun	2	4		2
4. Békés	11	8	3	
5. Borsod	5	3	2	
6. Csongrád	9	9	0	0
7. Fejér	8	11		3
8. Győr-Sopron	16	14	2	
9. Hajdú-Bihar	14	6	8	
10. Heves	18	15	3	
11. Komárom	7	16		9
12. Nógrád	19	20		1
13. Pest	3	2	1	
14. Somogy	10	12		2
15. Szabolcs	6	5	1	
16. Szolnok	13	10	3	
17. Tolna	12	17		5
18. Vas	17	19		2
19. Veszprém	15	13	2	
20. Zala	20	18	2	

Coefficient de la corrélation de rang: 0.77

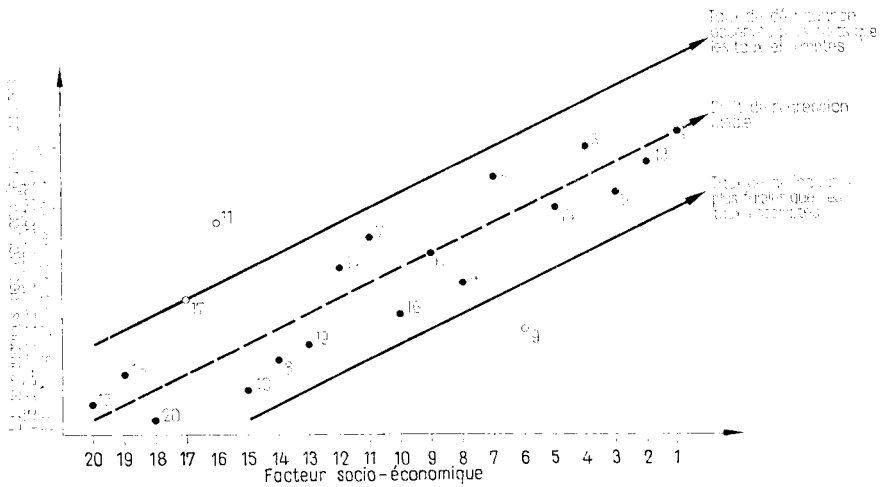


Tableau XVII
Jeunes femmes adultes de 18 à 24 ans

Départements	Place obtenue	Place obtenue	Différence entre le rang du développement et de la délinquance	
	selon la contamina- tion criminelle cal- culée sur la base de la délinquance totale	sur la base du facteur spécial du développe- ment socio- économique		
1. Budapest	1	1	0	0
2. Baranya.....	3	7		4
3. Bács-Kiskun	9	4	5	
4. Békés	14	8	6	
5. Borsod	7	3	4	
6. Csongrád	4	9		5
7. Fejér	12	11	1	
8. Győr-Sopron	20	14	6	
9. Hajdú-Bihar	8	6	2	
10. Heves	19	15	0	0
11. Komárom	2	16		14
12. Nógrád.....	15	20		5
13. Pest	13	2	11	
14. Somogy	10	12		2
15. Szabolcs		5	1	
16. Szolnok	5	10		5
17. Tolna	11	17		6
18. Vas		19		1
19. Veszprém	17	13	4	
20. Zala	16	18		2

Coefficient de la corrélation de rang: 0,54

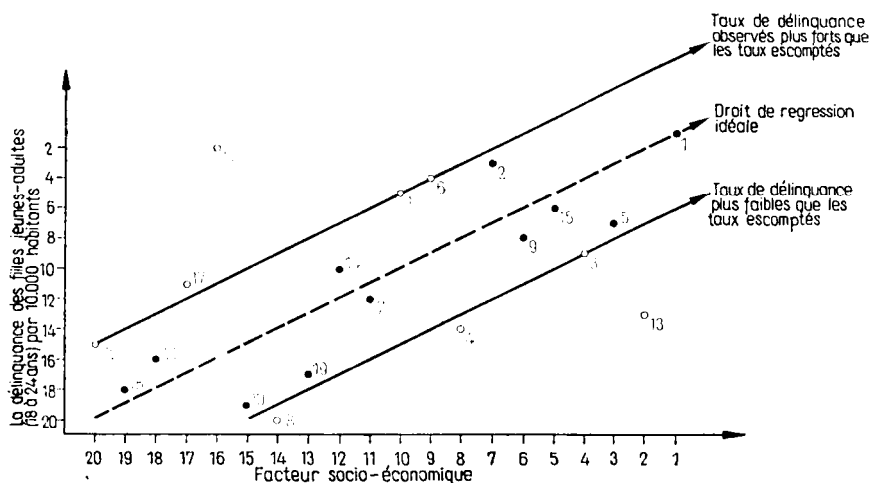


Tableau XVIII

I. Corrélation des infractions contre les biens avec les composantes principales du développement socio-économique

Infractions contre biens des groupes de délinquants	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Mineurs ensemble						X
II. Garçons mineurs		X				X
III. Jeunes filles mineures						
IV. Jeunes adultes ensemble	X	XX	X	X		
V. Jeunes hommes adultes	X	XX		X		
VI. Jeunes femmes adultes	X	X				
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble	X					
VIII. Garçons et hommes de 14 à 24 ans ensemble	X	XX				
IX. Filles de 14 à 24 ans ensemble						XX

Infractions contre biens des groupes de délinquants	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau de revenus et des gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Mineurs ensemble		XX			XX	X
II. Garçons mineurs		X		X	XX	X
III. Jeunes filles mineures						
IV. Jeunes adultes ensemble		XX		XX	X	XX
V. Jeunes hommes adultes		XX		XX		XX
VI. Jeunes femmes adultes				X		XXX
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble		X			X	XX
VIII. Garçons et hommes de 14 à 24 ans ensemble		XX		XX	XX	XX
IX. Filles de 14 à 24 ans ensemble		XX				

II. Corrélation des infractions contre les biens sociaux avec les composantes principales du développement socio-économique

Infractions contre biens des groupes de délinquants	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Mineurs ensemble						
II. Garçons mineurs						X
III. Jeunes filles mineurs		X			-X	
IV. Jeunes adultes ensemble		X			-X	
V. Jeunes hommes adultes		X				
VI. Jeunes femmes adultes					-X	
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble		X				
VIII. Garçons et hommes de 14 à 24 ans ensemble		X				
IX. Filles de 14 à 24 ans ensemble					-X	

Infractions contre biens des groupes de délinquants	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau des revenus et de gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Mineurs ensemble		X				XXX
II. Garçons mineurs		XX				XX
III. Jeunes filles mineures				X		
IV. Jeunes adultes ensemble				X		X
V. Jeunes hommes adultes		X		X		
VI. Jeunes femmes adultes						X
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble		XX		X		X
VIII. Garçons et hommes de 14 à 24 ans ensemble		XX		X		X
IX. Filles de 14 à 24 ans ensemble						XX

III. Corrélation des infractions contre personnes avec les composantes principales du développement socio-économique

Infractions contre biens des groupes de délinquants	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Mineurs ensemble	X	X	X	XX	-X	-X
II. Garçons de 14 à 17 ans ensemble	X	X	X	XX	-X	-X
III. Jeunes filles de 14 à 17 ans						
IV. Jeunes adultes ensemble	XX	XX	XX	X	-X	-X
V. Jeunes hommes de 18 à 24 ans	X	XX	XX	XX	-X	-X
VI. Jeunes femmes de 18 à 24 ans		X				
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble	XX	XX	XX	XX	-X	-X
VIII. Garçons et hommes de 14 à 24 ans ensemble	XX	XX	XX	XX	-X	-X
IX. Filles de 14 à 24 ans					-X	

Infractions contre biens des groupes de délinquants	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau de revenus et de gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Mineurs ensemble		-X		X		
II. Garçons de 14 à 17 ans		-X		X		
III. Jeunes filles de 14 à 17 ans	-X					
IV. Jeunes adultes ensemble		-X		XX		
V. Jeunes hommes de 18 à 24 ans		-X		XX		
VI. Jeunes femmes de 18 à 24 ans	-X			X		
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble		-X		XX		
VIII. Garçons et hommes de 14 à 24 ans ensemble		-X		XX		
IX. Filles de 14 à 24 ans	-X					

IV. Corrélation des infractions contre les mœurs avec les composantes principales du développement socio-économique

Infractions contre biens des groupes de délinquants	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Mineurs ensemble						-- X
II. Garçons de 14 à 17 ans						-- X
III. Jeunes filles de 14 à 17 ans						
IV. Jeunes adultes ensemble						
V. Jeunes hommes de 18 à 24 ans						
VI. Jeunes femmes de 18 à 24 ans						
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble						
VIII. Garçons et hommes de 14 à 24 ans ensemble						
IX. Filles de 14 à 24 ans ensemble						

Infractions contre biens des groupes de délinquants	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau de revenus et de gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Mineurs ensemble		X				X
II. Garçons de 14 à 17 ans			X			-- X
III. Jeunes filles de 14 à 17 ans					X	
IV. Jeunes adultes ensemble					X	
V. Hommes de 18 à 24 ans						
VI. Jeunes femmes de 18 à 24 ans						
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble						
VIII. Hommes et garçons de 14 à 24 ans						
IX. Jeunes femmes et jeunes filles de 14 à 24 ans ensemble						

V. *Corrélation des infractions provoquant un danger public avec les composantes principales du développement socio-économique*

Infractions provoquant un danger public des groupes de délinquants	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Mineurs ensemble						
II. Garçons de 14 à 17 ans ensemble						
III. Jeunes filles de 14 à 17 ans ensemble						
IV. Jeunes adultes ensemble	X	X				
V. Jeunes hommes de 18 à 24 ans ensemble		XX				
VI. Jeunes femmes de 18 à 24 ans						
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble		X				
VIII. Garçons et hommes de 14 à 24 ans ensemble		X				
IX. Filles de 14 à 24 ans ensemble						

Infractions provoquant un danger des groupes public de délinquants	V. Répartition de la population active par secteurs économique	VI. Niveau des revenus et des gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Mineurs ensemble					X	
II. Garçons de 14 à 17 ans ensemble					X	X
III. Jeunes filles de 14 à 17 ans ensemble						
IV. Jeunes adultes		XX		X	XX	
V. Hommes de 18 à 24 ans		XX		XX	X	X
VI. Jeunes femmes de 18 à 24 ans		X				
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble		XX		X	X	X
VIII. Hommes et garçons de 14 à 24 ans ensemble		XX		X	X	X
IX. Jeunes femmes et jeunes filles de 14 à 24 ans						

VI. Corrélation des infractions contre les Autorités avec les composantes principales du développement socio-économique

Infractions contre les autorités des groupes de délinquants	Facteur principal du développement socio-économique	Facteur spécial du développement socio-économique	I. Structure démographique de la population	II. Niveau d'instruction de la population	III. Approvisionnement en moyens de communication de masse	IV. Données du bien-être de la population
I. Mineurs ensemble						
II. Garçons de 14 à 17 ans	X	X				
III. Jeunes filles de 14 à 17 ans						
IV. Jeunes adultes ensemble						
V. Hommes de 18 à 24 ans						
VI. Jeunes femmes de 18 à 24 ans						
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble						
VIII. Hommes et garçons de 14 à 24 ans						
IX. Jeunes femmes et jeunes filles de 14 à 24 ans ensemble						

Infractions contre les Autorités des groupes de délinquants	V. Répartition de la population active par secteurs économiques	VI. Niveau de revenus et des gains de la population	VII. Approvisionnement hygiénique de la population	VIII. Mobilité de la population	IX. Degré de concentration de l'industrie	X. Etat moral de la population
I. Mineurs ensemble						
II. Garçons de 14 à 17 ans ensemble				X		
III. Jeunes filles de 14 à 17 ans	-X					
IV. Jeunes adultes ensemble						
V. Hommes de 18 à 24 ans						
VI. Jeunes femmes de 18 à 24 ans	X					
VII. Mineurs et jeunes adultes ensemble						
VIII. Hommes et garçons de 14 à 24 ans						
IX. Jeunes femmes et jeunes filles de 14 à 24 ans ensemble						

elle plus basse que prévue nous avons effectué l'étude de cas dans le département Szaboles, et c'est ici que nous effectuerons le mesurage régional monographique.

Avant de faire les conclusions, nous jugeons nécessaire de présenter la valeur de la corrélation des catégories respectives de délinquants avec les facteurs et composantes examinés. Ces tableaux aideront à découvrir les catégories d'infractions qui se révèlent en premier lieu comme médiatrices des effets criminogènes du développement socio-économique. Il s'agit donc au fond de la transformation de la structure des tableaux de corrélation présentés ci-haut.

Conséquences à tirer de l'analyse statistique

En connaissance des résultats essentiels de l'analyse statistique nous sommes déjà en mesure de tirer des conséquences soutenues par l'examen:

1. Le développement socio-économique, au niveau global a été mesuré par le facteur principal du développement. Dans ce facteur principal étaient résumées toutes les informations figurant dans notre système d'indicateurs concernant le développement socio-économique et ses effets sociaux. Nous avons examiné l'influence du développement socio-économique exercée sur la délinquance totale des jeunes groupes d'âge, ainsi que sur les catégories fondamentales de délinquants et des catégories respectives des infractions.

Le facteur principal du développement socio-économique (c'est-à-dire le développement au niveau global) n'influence que partiellement la délinquance total des jeunes groupes d'âge, vu que c'est seulement la délinquance totale des jeunes hommes adultes avec laquelle il est dans une corrélation fort significative. En ce qui concerne la délinquance des différentes catégories des jeunes groupes d'âge mesurées non pas globalement, mais par catégories d'infractions, nous trouvons une corrélation fort significative avec la catégories des jeunes hommes dans le groupe d'infractions contre les personnes, et avec le groupe d'âge des jeunes adultes dans la catégorie d'infractions contre les biens.

Selon ce qui précède, le développement socio-économique n'exerce en général aucune influence sur la délinquance des jeunes groupes d'âge, vu qu'il agit sur certaines catégories fondamentales de délinquants et parmi les différentes catégories d'infractions seulement sur quelques-unes de ces dernières, donc sa corrélation et son effet ne sont que particuliers. Concrètement cet effet particulier veut dire que du point de vue de la délinquance totale sa corrélation positive n'est significative qu'avec la délinquance des jeunes hommes adultes, dans la catégorie des infractions contre les personnes avec les garçons et des jeunes hommes, et dans la catégorie des infractions contre les biens avec la délinquance du groupe d'âge des jeunes adultes.

2. Les traits les plus caractéristiques de notre développement ont été mesurés par le facteur spécial du développement socio-économique. Nous

avons condensé dans ce facteur spécial les informations incluses dans notre système d'indicateurs, notamment celles, concernant le développement extensif de l'industrie, la restructuration professionnelle et la mobilité de la population. L'effet du facteur spécial du développement socio-économique sur la délinquance peut être considéré comme une influence de nature générale, vu qu'il montre une corrélation fort considérable avec la délinquance totale des jeunes groupes d'âge. Le groupe d'âge des jeunes filles mineures constitue une exception à cette influence générale exercée sur l'ensemble de la délinquance.

L'influence générale exercée par le facteur spécial du développement socio-économique sur la délinquance totale des jeunes groupes d'âge subsiste aussi à l'égard des différentes catégories d'infractions, vu qu'il montre une corrélation fort considérable avec la délinquance de toutes les catégories fondamentales de délinquants aussi bien concernant les infractions contre les personnes que celles contre les biens. Son influence est seulement partielle dans la catégorie des infractions provoquant un danger public, puisque sa corrélation n'est forte qu'avec la délinquance des membres masculins des jeunes groupes d'âge.

3. Ni le facteur général, ni le facteur spécial du développement socio-économique n'agissent considérablement sur les catégories des infractions contre la propriété sociale, contre les mœurs et contre les autorités. On peut donc constater que le développement socio-économique n'exerce pas d'influence directement mesurable sur ce groupe des infractions.

4. Le processus global du développement socio-économique a été mesuré par le facteur principal, ses traits caractéristiques (côtés généraux concrétisés par rapport à nos conditions données) par le facteur spécial et certains de ses côtés particuliers par les composantes. Parmi les composantes, donc parmi les côtés divers du développement, sont dignes d'une attention particulière la composante de l'élargissement des embauches industrielles, ainsi que les composantes de la mobilité de la population, du niveau des revenus et de l'état moral de la population. La composante du développement industriel, de même que celle de la mobilité et de l'état moral sont dans une corrélation fort significative avec la délinquance totale des jeunes groupes d'âge; à l'intérieur de la délinquance totale elles montrent en outre une corrélation particulièrement forte avec les catégories d'infractions contre les biens, contre les personnes et les infractions provoquant un danger public. Chez la composante du niveau de revenus et des gains nous ne trouvons pas une corrélation d'ordre tellement général avec la délinquance des jeunes groupes d'âge, mais sur le plan partiel elle montre une corrélation forte avec la délinquance des membres masculins des jeunes groupes d'âge.

En nous appuyant sur les résultats de l'analyse statistique nous pouvons en fin de compte d'en tirer la conséquence que l'hypothèse de base de notre examen a été confirmée et justifiée. C'est donc la population la plus affectée

par le processus fondamental du développement économique (industrialisation) et par la conséquence sociale la plus importante de ce dernier (mobilité), qui est la plus encline à la délinquance, à cette forme la plus essentielle de l'inadaptation sociale.

Die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlich-wirtschaftlicher Entwicklung und Jugendkriminalität

A. SZABÓ

Die Abhandlung fasst die Ergebnisse einer internationalen vergleichenden Untersuchung im Bereich der Kriminologie zusammen. Gegenstand der Untersuchung war, welche Auswirkung die gesellschaftlichen Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Kriminalität der verschiedenen Altersgruppen der Jugend hatten. Die mit der Unterstützung der UNESCO durchgeführte Untersuchung beschäftigte sich mit diesem Problem auf einer internationalen vergleichenden Grundlage. In der ersten Phase wurden die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlich-wirtschaftlicher Entwicklung und Jugendkriminalität einer statistischen Analyse unterworfen. Zu diesem Zwecke wurde die Faktoranalyse angewandt. Die Zusammenhänge zwischen den beiden Erscheinungen und die möglichen Varianten dieser Zusammenhänge wurden in allen teilnehmenden Ländern mit Hilfe dieser Methode und aufgrund gemeinsam festgesetzter Kennziffern untersucht. Die Vergleichung der Ergebnisse dieser statistischen Analyse erfolgte auf internationaler Ebene.

Die Abhandlung schildert das Resultat der ungarischen statistischen Analyse und fasst die Hypothesen und Methodologie der Untersuchung kurz zusammen. Die Ergebnisse der als zweite Phase der Untersuchung vorgesehenen Falluntersuchung sind nicht mitgeteilt; der Verfasser begnügt sich, die Zusammenhänge zwischen statistischer Analyse und Falluntersuchung darzustellen. Das Wesentliche dieses Zusammenhanges ist die Aufdeckung des Übermittlungsmechanismus, wodurch die gesellschaftlich-wirtschaftliche Entwicklung auf das Verhalten des Individuums auswirkt. In diesem Rahmen stellt der Verfasser die möglichen Hypothesen, die in Betracht kommen können, in Umrissen dar.

Взаимосвязи общественно-экономического развития и преступности несовершеннолетних

A. САБО

В статье излагаются результаты международного сравнительного криминологического исследования. Тема международного исследования: влияние общественных последствий экономического развития на преступность несовершеннолетних. В исследовании, проводимой под эгидой ЮНЕСКО, тема рассматривается на основе международного сравнения. В первой стадии исследования подвергаются статистическому анализу взаимосвязи между общественно-экономическим развитием и преступностью несовершеннолетних. В процессе статистического анализа использовался метод анализа факторов. С его помощью каждая страна, участвующая в исследовании, на основе совместно установленных индикаторов исследовала связь между двумя вышеуказанными явлениями и её возможные варианты. После этого результаты статистического анализа были подвергнуты международному сравнению. В настоящей статье излагаются результаты венгерского статистического анализа с кратким описанием методологии, и гипотез исследования. Результаты исследования случаев, определенных в качестве второй фазы исследования, статьей еще не затрагиваются, а показывается лишь связь между статистическим анализом и исследованием случаев. Сущность этой связи заключается в раскрытии тех механизмов, посредством которых общественно-экономическое развитие воздействует на поведение индивида. В этих рамках автор показывает лишь возможные гипотезы.

Правовые проблемы сложения экономической интеграции в странах СЭВ

Ф. МАДЛ

Доцент Юридического факультета Будапештского университета им. Лоранта Этвэша

§ 1. *Новая международная хозяйственно-политическая концепция.* 1. Смена эпохи в международных экономических отношениях социалистических стран. 2. То, что до сих пор существовало в странах СЭВ-а (в период экстенсивного развития). 3. О существовавших до сих пор экономических связях между Востоком и Западом. 4. Почему нужно перешагнуть прежние формы. 5. Путь разрешения: организационная реструктуризация. 6. СЭВ формулирует новую концепцию: в направлении экономической интеграции. — § 2. *Новые экономические и правовые формы экономического сотрудничества: совместные учреждения и производственные кооперации (как это было до сих пор).* 7. Межгосударственные совместные хозяйственные учреждения и производственная кооперация в социалистических странах. 8. Объединение на уровне предприятий и формы кооперации в социалистических странах. 9. Объединение предприятий и производственная кооперация в соотношении Восток-Запад. 10. Иностранцы фирмы внутри страны. § 3. *Проблемы и задачи правовой науки.* 11. Социалистическая правовая наука об экономической интеграции в настоящее время. 12. Задачи и проблемы права — правовой науки-направления искания ответа (13—24). 13. Суверенитет. 14. Непосредственные связи. 15. Собственность. 16. Совместные предприятия — объединения на уровне предприятия. 17. Договоры, предусматривающие кооперацию и специализацию. 18. Вопросы финансового и налогового права. 19. Трудовое право, интеллектуальные произведения и условия поставки в совместных хозяйственных организациях. 20. Система капиталовложений, информации. 21. Хозяйственное сотрудничество. 22. Международное частное право. 23. Арбитраж. 24. Связи между Востоком и Западом. 25. Как поступать?

1. Новая международная хозяйственно-политическая концепция

1. Смена эпохи в экономических отношениях социалистических стран.

Те факторы и явления, которые служат предметом настоящей статьи — развер-

* Как известно, экономическая интеграция в социалистических странах пока еще не имеет единой, развитой или сложившейся концепции. Исходные точки — так же, как и объективные экономические условия в отдельных странах — многообразны. Гармонизация и синтетизация являются длительным процессом. Поэтому при рассмотрении правовых вопросов данная статья исходит из более или менее определенной идеи представлений об интеграции; значит, из того, что автор — как это видно в данной работе — считал подходящим для суммирования на основе новых тенденций развития социалистического международного экономического сотрудничества, из некоторых важнейших публикаций СЭВ, далее, из соответствующих экономических и политических заявлений, а также экономической литературы. А поскольку данная картина, эта логическая предпосылка не являются окончательными, то под влиянием новых обстоятельств выдвинутые в статье правовые вопросы могут получить иное освещение. Это относится к *mutatis mutandis* и к *tentativ* характера предложениям, изложенным по отдельным вопросам.

тывающаяся в наши дни перестройка международного хозяйственного механизма европейских социалистических стран, в том числе и в Венгрии — открывают перед нами новые пути, возможно новую эпоху. Наступает новая эпоха в порядке управления социалистическим хозяйством, а также в международных экономических связях социалистических стран. Последнее хозяйственно-политическое мнение, экономическая и юридическая наука все более характеризуются разворачиванием идеи *экономической интеграции*. «Речь идет о вопросе огромного политического значения, --- говорилось недавно на одном важном политическом форуме. Влияет на более широкие общественные отношения наших стран и влияет на мировую экономику... Сейчас дело обстоит так, что экономическое развитие создало саму проблему (т. е. вызвало необходимость социалистической экономической интеграции. — Разрядка моя: Ф. М.) . . ., испытанием нашего политического мышления и дееспособности — притом в международном масштабе — будет то, каким образом будем способны мы влиять на экономические отношения. Наша свобода и обязанность выбора в настоящее время заключается в том, чтобы правильно определить общее направление развития на следующий период . . . Здесь не существует какой-нибудь такой предопределенности, что история дает нам какой-либо приказ и мы должны лишь исполнять его, излишне искать выбор между различными возможностями. Действительно, история дает для нас какой-то приказ, но этот приказ — именно потому, что распространяется на исторический период — носит очень общий характер. Звучит он как-то следующим образом: «Социализм надо уметь привести к победе над капитализмом в мирном соревновании. Социалистическая экономика должна быть поднята на самый высший уровень техники, самой лучшей организации труда, наиболее полной демократии. При социализме рамки национальной экономики не должны определять предел развития науки и производительных сил. В этом заключается сущность приказа.»¹ Как бы то ни было, какой бы то ни был ближайший шаг в будущем, два положения бесспорны. Одно из них это то, что касается вещей исторического характера. Другое это то, что в них, в сложении пути развития истории решающую роль мы имеем и должны иметь. В особенности сознавая то, что в интеграционном процессе социалистических стран международная организация предшествует, вызывает и расширяет интеграцию экономики, а не наоборот. Эта историческая очередность еще больше подчеркивает активную и плодотворную роль наших организацион-

¹ См. статью *Режё Ньерша* о социалистической экономической интеграции (Список литературы: *Nyérës*. На *политическое* значение экономической интеграции социалистических стран особенно указывал Владислав *Гомулка* в связи с политическими интеграционными аспектами интеграции Общего Рынка и вообще решительным продвижением вперед экономических и политических целей Общего Рынка; оценку этого см. в статье *Várkonyi Tivor: Napjaink szocialista Európája. (Социалистическая Европа наших дней: разветвление и интеграция.) Magyar Nemzet, 1968. 31 дек.*

ных и юридических действий.»² В этом праве и правовой науке должно принадлежать слово. Пока достаточно сказать — для простоты вещей —, что поскольку всякий хозяйственно-политический механизм в силу необходимости институционализируется в том или ином определенном правовом порядке, так будет обстоять дело и при готовящемся новом.

Настоящая статья имеет своей целью лишь постановку вопросов и внутри этого желает выдвинуть лишь важнейшие вопросы; те, которыми правовед занимается при исследовании сложения экономических и экономическо-политических процессов как *prima facie*. На первый взгляд это не так уж важный шаг, в самом деле важно, если учесть три обстоятельства. Во-первых, лишь таким образом можем получить всеохватывающую картину о том, что мы должны разработать в деталях. Второе обстоятельство то, что хотя предопределители правового регулирования, так же, как и предопределители хозяйственной политики, в конце-концов вытекают из экономической основы, все же правовые средства должны быть разработаны непосредственно в зависимости от экономическо-политической концепции, поэтому общее взвешивание, знание её просто необходимо. Наконец, третье обстоятельство заключается в том, что и здесь характерным является то, что в отношении научного исследования обычно говорят: т. е. правильная постановка вопроса является первым шагом к даче правильного ответа на него.

2. *Как это было до сих пор (в период экстенсивного развития) в странах СЭВ.* Как я уже подчеркивал, смена эпохи права международных экономических связей зависит от сложения хозяйственно-политической концепции.

Общеизвестно, что в завершающийся в настоящее время в европейских социалистических странах период экстенсивной индустриализации,³ параллельно с осуществлением так называемой *экстенсивной* или *централизованной хозяйственно-политической концепции* и в области международных экономических связей — а также и в механизме СЭВ — господствующим был принцип сотрудничества на уровне публичной власти, непосредственно между государствами, суверенами. В отношении государства СЭВ это обстоятельство сводило к минимуму непосредственное сотрудничество между производственными предприятиями, минимальную организацию производства и рычка на уровне предприятий. Внешнеторговые предприятия были лишь техническими организаторами в осуществлении межгосударственных согла-

² *Имре Вайда* правильно подчеркивает, что экономическая интеграция, с одной стороны, *процесс* (в котором на определенной стадии экономического развития хозяйства стран, относящихся к одинаковой общественной системе, все больше переплетаются, предприятия вступают в связи, перешагивающие пределы страны, на рынке иностранные товары получают одинаковые с отечественными гражданские права и т. д.), а с другой стороны, *организация*, которая дает правовые рамки экономического сотрудничества в будущем, которая в силу своего характера может способствовать прогрессу интеграции и в то же время тормозить, если она нехорошая. (См. Список: Vaida [3])

³ См. такую оценку *Режё Ньерша* (Список: NYERS)

шений. Постепенное сложение производственно-экономической и торговой структуры стран СЭВ — через структуру и мероприятия СЭВ как международный публично-правовой механизм — осуществлялось в сотрудничестве исключительно государств-участников как суверенов. Известно, что в этот период экономического сотрудничества были достигнуты большие результаты; во-первых, внедрение и быстрое развитие новых отраслей промышленности, общее расширение производственных мощностей и осуществление с участием нескольких государств нескольких, важных в международном масштабе совместных планов (нефтепровод «Дружба», замыкание электро-энергетической системы и т. д.). Этот период может быть characterized тем, что при вообще изолированных на уровне производства народных хозяйствах в сотрудничестве на уровне государств — как это говорит Вилаги в своей статье о правовых вопросах сотрудничества между странами СЭВ — создано сообщество по планированию.⁴ В этой связи под планированием, естественно, следует понимать не отражение на международном уровне юридически определенного и властно управляемого внутреннего народнохозяйственного планирования. Субъектами сообщества по планированию были правительства государств. Решения планирующих обществ — соответствующих органов СЭВ — переводили в собственное народное хозяйство правительства. Отдельные решения (рекомендации) как правило не означали формальной международно-правовой обязанности, из чего в процессе исполнения на практике вытекали некоторые трудности, в большинстве же случаев они и без формальных правовых обязанностей имели силу.

3. *Каковы были до сих пор экономические связи между Востоком и Западом.* Что касается отношения Восток-Запад международное разделение труда складывалось *ad hoc* или же стихийно. Какое-либо организованное сотрудничество как на уровне предприятия, так и на уровне государства, уже в принципе находилось вне рамок принципов хозяйственной политики. Деятельность внешнеторговых предприятий в этой области — в рамках контингента соглашений о товарообороте — ограничивалась договорами купли и на такие иные договоры, которые как правило не содержали элемента устойчивого производственного сотрудничества.

Помимо еще не сложившейся сущности принципа мирного сосуществования имелись еще и другие, можно сказать, объективные хозяйственно-политические причины этого, причем с обеих сторон. Со стороны буржуазных стран политика эмбарго, которая ставила под вопрос более серьезное разделение труда на уровне предприятия и вообще любое, в каком-то бы ни было объеме разделение труда. Система эмбарго была лишь хозяйственно-политической проекцией той политической концепции, согласно которой появление социалистических стран лишь историческая случайность, необходимо выступать

⁴ VILAGHY (2), 3—5 p.

за ликвидацию их. И во внешнеполитической концепции социалистических стран господствующим был сильно воинствующий - вряд ли считаемый ко-экзистенциальным - взгляд. Но из тогдашней хозяйственно-политической концепции объективно вытекали такие обстоятельства, которые препятствовали более значительному развитию торговли между Востоком и Западом. Так, например, такое обстоятельство, что торговые поставки Востока-Запада, и вообще единичные сделки на уровне предприятий трудно было бы включить в годовой и пятилетний планы народного хозяйства; они чужды были при существовании концепции центрального, распространяющегося на все существенные элементы планирования. С другой стороны, взгляд капиталистических фирм, их коммерческая политика не намеревались заключать такие сделки на более длительные сроки, которые можно было бы включить в динамику, темп социалистического планового хозяйствования. И так очевидно, что при таких условиях невозможно было создать какую-либо значительную производственную кооперацию.

4. *Почему нужно перешагнуть прежние формы.* Достигнув оптимальных возможностей, вытекающих из народного хозяйства, построенного на международных экономических связях, организованных на уровне суверенов (сильное развитие производительных сил, развертывание малоразвитых или ранее несуществующих отраслей промышленности и т. д.), реально надо было учитывать новые факторы. Эти факторы можно было бы обрисовать в нижеследующем.

а) *Не все государства-члены заинтересованы в одинаковой мере* в экономическом соображении-мероприятии мультилатерального характера, объективно и в первую очередь, например, потому, что они располагают неодинаковой производственной и сырьевой базой. Нельзя, например, сравнивать Советский Союз и Венгрию по сырьевой базе. И во многих иных отношениях большую роль играет неодинаковое положение внутреннего рынка в различных странах. «Бесспорно, — говорит Рэжё Ньерш, — что внутренний рынок стран-членов СЭВ, за исключением Советского Союза, слишком узкий, и это тормозит как раз развитие имеющих наиболее динамичные возможности хозяйственных отраслей. Или же, если все-таки развиваем сильно эти отрасли, тогда производственная структура стран развивается в направлении параллелизма — что за последнее десятилетие стало уже очевидным».⁵

б) *Сильно различается и техническо-производственная технология отдельных стран.* Вследствие изолированности на уровне производства существенное улучшение в этой области наблюдалось лишь частично. Отставание по технологии, несинхронизированность сильно возростали в особенности в отношении Восток-Запад. Отставание по технологии тормозит раз-

⁵ См. в списке литературы: NYERS

витие внешней торговли, потому что в конкуренции снижает способность конкурировать товаров, произведенных менее развитой технологией.⁶

в) *Не все государства-члены СЭВ заинтересованы в одинаковой мере во внешней торговле.* Советский экономист Сенин наглядно показывает это, когда пишет, что в то время как в 1960 году в Советском Союзе из каждых 100 рублей национального дохода на внешнеторговый оборот падает 7 рублей, то в других странах-членах СЭВ это число достигает 28. Советский Союз торопит развитие внешней торговли СЭВ, «дальнейшую экономическую интеграцию стран-членов СЭВ», потому что внешняя торговля СЭВ составляет 60% внешней торговли Советского Союза.⁷ Действительно, для венгерского народного хозяйства особо важное значение имеет развитие внешней торговли, ибо внешнеторговый оборот в нашей стране составляет 30% всего национального дохода.⁸ Одна треть внешнеторгового оборота направлена в несоциалистические, в большей части в развитые капиталистические страны.⁹ В Венгрии в 1964 году по статистическим данным ООН падающий на одного человека внешнеторговый оборот достиг 285 долларов, опередив таким образом Италию, поскольку это число в Италии равнялось 264 долларам. Опередили также в этом и две крупные экономические державы, которые в силу их экономического патенциала меньше заинтересованы во внешней торговле, а именно Советский Союз и США, поскольку вышеуказанный показатель за этот же год в этих державах равнялся соответственно 74 и 250 долларов. Но

⁶ «Почему необходимо открыть более свободный путь концентрации производительных сил в странах СЭВ? Потому, что нынешнее положение не способствует соответствующим образом революционному прогрессу техники в наших странах. Наблюдается изолированность в научных исследованиях, медлительность в производственной кооперации и жесткость во внешней торговле. Научно-технические исследования также оказывают свое воздействие лишь в национальных рамках, в то время как научная кооперация, распределение направлений исследований, свободное продвижение результатов исследований в действительности является одним из основных требований нашей эпохи. И создание заинтересованности в этом ученых, учреждений и предприятий — является основным условием более быстрого развития». См. Список источников: Ньюерс, далее: АРРб (2) стр. 8.

⁷ См. статью Сенина, опубликованную в «Известиях», 14 марта 1968 г. (Список: Сенин).

⁸ Сложение пропорции национального дохода и внешнеторгового оборота в миллионах форинтов: в 1960 году 139.563: 21.715, приблизительно 20%, в 1965 году 173.650 приблизительно 21%; в 1966 году 188.150:37.083, приблизительно 20% (Statistikai Évkönyv), 1966. Издает ЦСУ, Будапешт, 1967. XII. стр. 421; см. стр. 38 и 215). В общественном сознании фигурируют выше упомянутые 30%, что, очевидно, вытекает из того, что вышеприведенные абсолютные цифры внешнеторгового оборота фигурируют в девизном форинте, в то время как цифры национального дохода нет и при сопоставлении девизный форинт в среднем считают со 100% ажио. Конечно, *национальный доход из внешней торговли* составляет не 20 или 30%, а гораздо меньше. А именно: в 1960 году составлял 4827 миллионов (что по сравнению с 139 563 составляет приблизительно 3,5%), в 1963 году 10 334 (в сравнении с 173 650 приблизительно 6,5%), в 1966 году 94 000 (приблизительно 5% из 188 150), см. *Statistikai Évkönyv*, 1966. стр. 38).

⁹ По данным *Statistikai Évkönyv* (Статистического Ежегодника) за 1966 год (стр. 215 — 216) оборот нашей внешней торговли в среднем за период с 1961 — 1965 годы в миллионах форинтах составлял 29 795 девиза форинтов, а в 1966 году 37 083 девиза-форинт, из него на несоциалистические страны падает приблизительно 30%, а на социалистические — 70%.

несмотря на это имеется возможность и для еще большего развития внешней торговли. Об этом свидетельствуют и такие сравнительные данные, как уровень внешней торговли подобно нашей стране более мелких европейских стран. Если вышеприведенное сравнение и кажется лестным для нас, все же довольствоваться этим не можем, если учитывать тот факт, что в 1964 году в таких мелких странах, как Австрия, падающий на одного человека внешне-торговый оборот составлял 486 долларов, в Норвегии 828, в Дании 1034, Голландии 1122, Швейцарии 1153, Швеции 1004, в Бельгии 1287 доллар.¹⁰ Эта действительная степень и ожидаемый уровень нуждаемости во внешней торговле особенно очевидной делает необходимость того, чтобы ускорили развитие уровня техники и технологии. В то же время изолированные на уровне производства народные хозяйства — в особенности в случае мелких или малоразвитых стран — не способны держать шаг с современным развитием техники, и вообще достичь его, а наоборот, попадают в положение устойчивого отставания, отсталости. Без современной техники невозможно быстрое развитие и рыночная конкуренция. Тот, кто не может одержать победу в мелких боях технологии, рискует и тем, что пока остается побежденным и во всей своей экономической борьбе. А современная техника предполагает крупную производственную и технологическую кооперацию, крупное производство.

г) Во многих отраслях промышленности стран-членов СЭВ *развился сильный параллелизм*, что затрудняет динамическое развитие, кооперацию и специализацию; это затрудняет, далее, и то обстоятельство, что нет такой системы хозяйственной заинтересованности, которая побуждала бы государственные органы и предприятия к отысканию и использованию возможностей. С этим параллелизмом производственного базиса тесно связано и то, что во внешней торговле осуществляется тенденция взаимной, двухсторонней нивеляции, что тормозит дифференцированное развитие внешней торговли.¹¹

д) Эта направленная на нивеляцию тенденция («машина за машину», «сырье за сырье») является, естественно, препятствием значительного развития специализации. *Одной из основных причин положения является* отсутствие твердой конвертибельной валюты в странах СЭВ. При отсутствии реального курса, реально измеряющего и выражающего продукцию с точки зрения экономичности её производства средства оплаты за внешнеторговыми транзакциями в силу необходимости скрывается натуральный обмен, доминирует принцип «машину за машину», «сырье за сырье».¹²

е) Правовой характер позиций СЭВ, «*lex imperfecta*» его *рекомендаций*, не во всем были позитивны, говорит, например, Богуславский, поскольку к

¹⁰ О численных показателях, подготовленных на основе *UN Statistical Year book* 1965 года и иных деталях см. СТАНДЖЕ, 31 р.

¹¹ Анализ, данный Режё Ньершем (Список: NYERS) и Анталом Анро (Анро [2]), стр. 8—9.

¹² Там же.

более тесному сотрудничеству, а особенно к специализации производства не означало это довольно тесной связи; эта правовая форма — как правильно отмечает — не обеспечивает в достаточной мере устойчивость и прочность связей, даже в случае соглашений о поставке специализированной продукции,¹³ не говоря уже об области качественно иной и более развитой производственной кооперации, о которой вообще автор мало говорит.

ж) Вплоть до последнего времени в социалистическом экономическом, экономическо-политическом и правовом мышлении господствовал взгляд, который интеграцию оценивал несколько упрощенно в качестве хозяйственно-организационной категории капиталистических стран, интеграцию исторически в некоторой степени отождествлял с интеграцией Общего Рынка.¹⁴ Юридически интеграция большей частью фигурировала лишь как отрицание суверенитета, «любое взаимное ущемление национальной самостоятельности уже в принципе считали чем-то таким запугивающим, о чем и думать нельзя»¹⁵ Лишь в наши дни социалистическим подходом стал взгляд, что интеграция как в социалистических, так и в капиталистических условиях является *объективным процессом*; по выражению *Антала Апро*, как при капитализме, так и при социализме «находит свое отражение объективная тенденция интернационализации экономической жизни».¹⁶ Два-три года тому назад в венгерской экономической науке перспективу, т. е. характер экономического сотрудничества социалистических стран определяли в направлении интеграции, и в этом проводили некоторую параллель с Общим Рынком лишь те, кто в познании процессов развития мирового хозяйства продвинулись далеко вперед и в своих нюансных формулировках хорошо могли разложить на аспекты содержание интеграции.¹⁷ Сейчас уже — познав лучше наши экономические отношения и их международные черты — в венгерском хозяйственно-политическом и экономическом мышлении господствующим можно считать взгляд, выступающий за интеграцию. «Сейчас уже интеграция стала актуальной, — говорится в руководящих факторах хозяйственной политики —, более того, считаем одним из основных вопросов будущего экономического развития. Международную экономическую интеграцию не считаем ни капиталистической, ни социалистической специфичностью. Обе общественные системы порождают её. Является оружием тех мелких и средних стран, экономика которых подвергается сильной конкуренции мирового рынка, и для того, чтобы выдержать её, вынуждены объединяться».¹⁸ Естественно, другое дело, что между исторически осуществленной, т. е. между развивающейся капиталистической и социалистической интеграцией имеются существенные различия.

¹³ Богуславский, стр. 4 – 6.

¹⁴ Подробнее изложение этого см. KÁPLÁR, стр. 1417 и след.

¹⁵ Оценка *Режё Ньерша* (NYERS).

¹⁶ См. APÓ (1), 73., KÁPLÁR, 1919. p. VAJDA (3)

¹⁷ В венгерской литературе см. работы *Каплара* и *Вайды*. (KÁPLÁR, VAJDA).

¹⁸ См. в списке литературы: подобные точки зрения NYERS, VAJDA (3)

Опять-таки естественно и то, что в отношении будущей картины и содержания социалистической экономической интеграции существуют еще довольно различные взгляды.

з) Но то, с чем надо было и надо больше всего считаться, это тот факт, что ввиду всего этого и вследствие многих иных факторов понизился темп прироста мировой торговли, невыгодное влияние чего на народное хозяйство довольно наглядно видно из приведенных цифр. Согласно «Вопросам экономики»¹⁹ темп прироста мировой торговли за последующее за 1955 годом десятилетие сложился следующим образом:

	1956—60 гг.	1961—65 гг.	1956—65 гг.
Вся мировая торговля	6,6	5,2	5,9
Между развитыми капиталистическими странами	8,0	10,0	9,0
Между социалистическими странами	10,8	6,1	8,4

Как видно, в то время, как расширение внешней торговли развитых капиталистических стран постепенно повышалось, в социалистических же странах — в отношении также многих показателей²⁰ — наблюдалось значительное снижение. Если же учитывать еще и тот факт, что в случае развитых капиталистических государств внешнеторговый оборот предприятий, находящихся в иностранной собственности, не фигурирует в качестве отдельного интеграционного фактора в вышеприведенных цифрах, хотя влияние этих предприятий на международное разделение труда довольно значительное (в особенности в таких отраслях промышленности, как электроника, автомобильная промышленность, химическая промышленность), тогда отставание еще более наглядно. В особенности бросается в глаза увеличение внешне-

¹⁹ «Вопросы экономики», 8/1967, 84 р.

²⁰ Интересны данные внешнеторгового оборота, падающего на одного человека, по которым в 1965 году из внешнеторгового оборота, на душу населения падало:

на 3,2 млрд. человек мира	116 долларов на человека
на 0,68 млрд. человек развитых западных капиталистических стран	376 долларов на человека
на 1,1 млрд. населения социалистических стран	39 долларов на человека
на 1,4 млрд. населения развивающихся стран	52 доллара на человека

Если из этих статистических данных опустим внешнюю торговлю Китая, тогда социалистические страны 120 долларами несколько превышают среднюю мировую цифру, сильно отставая все еще от средней цифры развитых западных капиталистических стран, среди которых средняя цифра Общего Рынка (506 долларов) особенно высокая. — Вышеприведенные статистические данные составлены на основе статистических источников ООН. См. (3). СТАНДЖЕ, 25—31. р.

торгового оборота интегрирующего Общего Рынка: если брать 1966 год за 100%, тогда в 1968 году это число достигает 220%, в то время как для капиталистического мира вообще это число составляет за это же время приблизительно 175—180.²¹ Эти данные свидетельствуют об интеграции как возрастающем факторе.

Все это, естественное, можно оценивать и положительно, и для этого мы имеем право. А именно то, что социалистические страны в области внешней торговли располагают огромными, еще неиспользованными запасами. Если в темпе роста временно и наблюдается некоторое падение, вследствие объективно существующих условий, это положение может быть существенно изменено. Возможности, которые могут быть использованы, заключаются в том, что в то время как на долю социалистических стран в мировом производстве падает около 30%, то во внешней торговле в 1966 году на их долю приходилось лишь 11,3%.²² Быстрый рост со стороны социалистических стран происходит, бесспорно, легче, чем в случае развитых капиталистических стран, поскольку доля последних в мировой внешней торговле достигла, можно сказать максимума; в 1964 году составляла 68,1, в 1966 — 69,6%.²³

5. *Путь разрешения: организационная реструктуризация.* Тайна быстрого развития — поскольку это сейчас уже считается все более общим тезисом — заключается, с одной стороны, в развитии организационной структуры внешней торговли, в развертывании оптимальной социалистической экономической интеграции, а с другой стороны, в достижении способного к конкуренции уровня технологии и техники, а этим самым в производстве способной к конкуренции продукции. Одна из желательных характерных черт организационной реструктуризации, как полагаем, может быть сформулирована таким образом, что в организации-установлении международных экономических связей наряду с суверенами *важную и постоянно возрастающую роль должна приобретать непосредственная связь хозяйствующих организаций, дифференцированная система непосредственного сотрудничества между предприятиями.* Выше уже шла речь о том, что не все государства-члены СЭВ заинтересованы в одинаковой мере в том или ином, созданном в сотрудничестве на уровне государств экономическо-политическом мероприятии мультилатерального характера, недоиннакова технико-производственная технология различных стран, различна степень их заинтересованности во внешней торговле. А это вызывает то, что мультилатеральные рекоменда-

²¹ Это означает, что «внутренняя» внешняя торговля Общего Рынка из международного внешнеторгового оборота мира, составляющего 1000 единиц, располагает 271 единицей (по сравнению с прежними 229 единицами, и с тем, что этот удельный вес в США 195, социалистических странах 107 (волевой вес) и 64 внутренний удельный вес). См. *Europe's Place in World Trade. Economic Bulletin for Europe, United Nations, vol 20 (1968), No. 1., et seq. p.*

²² Об обработке статистических источников ООН и относящихся сюда частях см. СТАНДКЕ, 28—29. p.

²³ Там же, 28—29 p.

ции, созданные в правовом механизме традиционного государственного уровня в отношении своих микрохозяйств не в одинаковой мере обоснованы, т. е. не в одинаковой мере необходимы. Уже по той причине, что они издавались без учета непосредственно конкретных, реализующих их предприятий, учета потребностей на уровне предприятий и точек зрения управления хозяйством. К неодинаковой сырьевой и промышленной структуре, к неодинаковым технико-технологическим отношениям на уровне микроструктуры (т. е. на уровне предприятия) лучше, и в отношении заинтересованности дифференцированно приспособляющейся международная экономическая концепция и оптимальный организационный уровень сотрудничества находятся на уровне хозяйствующих организаций. «Нынешнее положение — говорится выше в пункте б) 4 — не способствует надлежащим образом революционному прогрессу техники в наших странах. Наблюдается изолированность в научном исследовании, замедляется производственная кооперация и отсутствует гибкость во внешней торговле. Научно-техническое исследование воздействует почти исключительно в национальных рамках, в то время как научная кооперация, распределение направлений исследований, свободное передвижение результатов исследований в действительности являются одним из основных требований нашего времени. И в этом создание заинтересованности как ученых, так и учреждений и предприятий является основным условием быстрого развития.» И это понятно. Но очевидно и то, что оптимальной организационной схемой в деле заинтересовывания в этом ученых, институтов и предприятий является непосредственная связь данных заинтересованных. Если эта связь осуществляется посредством сложного межгосударственного механизма сотрудничества суверенов, это вызывает медленное перенесение достигнутых результатов в соответствующую научно-техническую структуру другого государства, и меньше всего обеспечивает быстрое и максимально эффективное развитие. Желательным, соответствующим современным принципам экономической политики разрешением является, очевидно, то, что на уровне суверенов создают и путем нормативов регулируют те экономическо-политические и юридические условия, при которых заинтересованные учреждения непосредственно устанавливают свои связи в области технико-технологического сотрудничества, в области концентрации производства и вообще в области кооперации по хозяйствованию. Основная и трудная задача заключается в оптимализации связи между двумя элементами, а именно, функцией государственного управления хозяйством и функцией оперативного хозяйствования. С точки зрения будущего экономических связей социалистических стран одним из решающих звеньев является правильное разрешение этой задачи. Сильное увеличение одного из этих элементов может вызвать такие же проблематичные результаты, что и непропорциональное увеличение роли другого. Одной альфой и амегой осуществления экономической интеграции, вытекающей из целей венгерского народного хозяйства и

венгерской экономической политики, является то, чтобы правильно составили уравнение из этих элементов, таким образом, чтобы на одной стороне всегда стояли те определенные народнохозяйственные интересы (в конечном счете интересы, связанные с оптимальным удовлетворением потребностей), из-за которых возникла необходимость в соответствующей им экономической интеграции.

Это притом лишь одно уравнение. Экономическая интеграция, о которой идет речь, означает и требует создания когерентно взаимосвязанной системы таких и других уравнений. Элементами одного из других уравнений — опять-таки в рамках организационной реструктуризации — является то, в какой мере дифференцируется в процессе интеграции деятельность суверенов государственного уровня. Конечно, в области международного хозяйства государство будет выступать не только как суверенная публичная власть, но и как собственник средств производства. Возможность этого необходимо признать не только в принципе и не только потому, что в отдельных социалистических странах предприятия — по крайней мере на нынешней стадии развития — не имеют права перегруппировать имущественные средства в рамках своего предприятия, в особенности вне пределов страны, не имеют права за счет своих фондов принимать участие в создании нового предприятия потому, что это право принадлежит государству; далее потому, что во многих случаях концентрация может требовать таких значительных расходов на капиталовложения и по объему такого крупного взятия на себя обязанностей, которые предприятие просто не в состоянии, или по иным причинам не может брать на себя. Очевидно, что в таких условиях уже по экономическим причинам желательно, чтобы государство использовало государственные средства (средства центрального бюджета и капиталовложений). А поскольку в таких случаях речь идет о конкретных объектах, хозяйственных капиталовложениях, взаимном взятии обязательств на длительный срок, причем в большей части в области, относящейся к функции хозяйствования — в логической цепи — в логической цепи экономического мышления — по необходимости возникает необходимость подробной юридической институционализации взятия на себя обязательств участвующими государствами (государственными органами), разработка соответствующей системы материальной ответственности и системы гарантий. В таких случаях государство не может облекать себя в принадлежащую суверену — включающую в себя иммунитет и иные черты — одежду обладателя публичной власти. В хозяйственной сфере государство — помимо того, что в международной хозяйственной политике, воплощенной в общих нормативах, выступает, естественно, как суверен — может выступать по-разному. В общей и созданной в качестве хозяйствующего юридического лица единице (например, в общем предприятии) оно может выступать как предприятие, как собственник — акционер и подчиняется правовым принципам функционирования по типу предприятия.

Решительным образом осуществляет в созданной в качестве руководяще-координирующего органа межгосударственной организации — что естественно — принципы суверена, разработанные в кругу их сотрудничества. В случае взятия конкретных договорных обязательств экономического характера — если взятие обязательств не происходит вне рамок гражданско-правового механизма между предприятиями и по отношению суверенов могут быть предусмотрены взятие материальных обязанностей, установление санкций, более четкие формы усиления материальной ответственности. Без этого взятие более крупных экономических обязательств, действующих в направлении интеграции (будет ли это участие в более крупных совместных капиталовложениях и их соответственном использовании, или же участие в той или иной специализации отраслевого характера) могло бы вызывать некоторые проблемы.

Итак, когда мы говорим об экономическом сотрудничестве на уровне государства, в ходе интеграции очевидно, и это будет разворачиваться в более дифференцированных правовых формах, чем это было в традиционном механизме сотрудничества суверенов.

Хотя настоящая статья занимается организационной структурой, мы всегда должны учитывать то, что эти два факта — структура во внешней торговле и конкурентоспособный уровень техники в производстве — тесно взаимосвязаны друг с другом. Динамическая и развивающаяся внешняя торговля стимулирует к более развитой технике и оказывает положительное воздействие на народное хозяйство в целом. Слаборазвитая техника постоянно препятствует развитию в внешней торговле. Нединамическая, жесткая организационная структура внешней торговли влияет непосредственно на производство: не стимулирует в надлежащей мере ни расширение производства, ни повышение технического уровня производства.

Все это особенно наглядным становится, если учитывать, что тенденция движения мирового рынка — как показывает в экономической литературе в Венгрии Имре Вайда²⁴ — возрастает скорее в пользу промышленных товаров (в первую очередь, машины и транспортное оборудование); если мы возьмем 1913 год за 100, цифровой показатель промышленных товаров в 1964—65 годах составляет 414, а в отношении сырья в 1964—65 годах эта цифра по сравнению с 97 в 1913 году составляет 254. Темп прироста торговли промышленными товарами — товарами, предполагаемыми развитый уровень науки и техники — по сравнению с торговлей сырьем выше почти на 100%. При нынешней степени развитости производительных сил все более возрастает необходимость установления перманентных связей между поставщиками и покупателями, в горизонтальной и вертикальной интеграции и установления в минимальном отношении устойчивых договорных связей. Иными словами: необходимость новой организационно-правовой структуры. При современ-

²⁴ Vajda (1), 63 - 65. p.

ной технологии и структуре производственно-рыночных связей, вытекающие из этого выгоды рынка имеют решающее значение. Уравнить эти выгоды возможно лишь постоянным и упорным развитием технологии, эластичной и способной к быстрому движению экономической и правовой структурой. Что касается последней, то она, очевидно, должна приспосабливаться к диктуемой средствами производства формуле, к тому, чтобы наша промышленность и внешняя торговля оптимально включились в различного уровня процессы интегрирования производства и сбыта.

Из вышеизложенного вытекает, что при нынешнем состоянии техники интегрирование производства-сбыта, сильная концентрация материальных сил — все равно в системе объединений или же договорной системе, о деталях речь будет идти позже — являются путями быстрого удовлетворения возрастающих потребностей; это — говоря вообще: непосредственная и устойчивая связь между заинтересованными предприятиями — организационно-правовое требование крупного серийного производства, высококачественного и в то же время дешевого, массового производства. Это хорошо видно на многих отраслях промышленности Советского Союза, а также на организационной структуре производства наиболее развитых капиталистических государств.²⁵

На международном рынке одной из предпосылок конкуренции является, конечно, сильная концентрация материальных сил. Лишь крупные предприятия способны брать на себя международные обязательства. Анализ статистических данных также показывает, что помимо понижающейся пропорции размеров предприятия, вообще понижается зарубежная деятельность и зарубежный оборот более мелких предприятий. В этой связи поразителен тот факт, что рассматривая в среднем функционирующие за границей 25 самые крупные американские фирмы (GMC, FORD, IBM, Standart Oil и т. д.) их зарубежную деятельность за 1967 год, видно, что около 40% их годового

²⁵ При наличии иных многих факторов — между прочим, решительным образом при производственных отношениях, это является причиной того, что, например, в США, где промышленное производство составляет около 33% всего мирового промышленного производства (SERVAN-SCHNEIDER, 61 p.), по годовым данным Treasury Department из 615 700 торговых компаний (в форме акционерных обществ и иных формах товарищеского права), функционирующих в 1952 году, 92,6%, т. е. 570 000 компаний представляли лишь 10,2% промышленного потенциала, в то время как 375 огромных предприятий осуществляли контроль за 56,2% (BAIN, 92—96. p.); из 5 автомашин мира каждый 3 производится в США (SERVAN—SCHNEIDER, 62. p.) и сообразно с этим из 9 фирм по производству автомашин в США в 1956 году первые три производили 86,8% продукции, лишь General Motors располагал удельным весом 42,8% (BAIN, 125. p.); таким образом, производственная кооперация приобретает огромные размеры, что и экономисты капиталистических стран считают олигополистической концентрацией (например, BAIN, 125. p.); для этих размеров характерно сопоставление SERVAN-SCHNEIDER, по которому годовой доход General Motors равняется доходу 30 самых крупных европейских и 10 японских фирм, число служащих первого 730 000, в то время как последних 40 фирм совместно занимают 3,5 миллиона служащих (SERVAN-SCHNEIDER, 62—63. p.). О степени процесса концентрации американского промышленного производства подробнее см. главы данной статьи о западно-восточной интеграции.

оборота и доходов падает на границу.²⁶ Поскольку мелкие и средние государства в особенности нуждаются во внешней торговле, в силу необходимости они заинтересованы особенно в концентрации мощностей путем интеграции. Для нас формула следующая: одним из решающих условий развития национальной экономики является расширение внешней торговли. А развитие внешней торговли в условиях нынешней мировой экономики возможно лишь путем сильной концентрации материальных сил; крупная концентрация материальных сил предполагает крупные источники и широкий рынок, а это может быть достигнуто лишь в процессе интеграции — на высшем уровне процесса индустриализации.²⁷

Требование современной техники и современной организации сбыта произведенной продукции неразделимы, как мы говорим, и это в действительности так. Все же человеческий, организаторский фактор является первоочередным, он охватывает и предыдущий; хорошая организация промышленности и торговли является и путем развития техники. Сейчас в качестве *ceterum censeo* должно войти в сознание, что в этом заключается разгадка вопроса: оптимальная *организация* источников наших сил. Не случайно, один из признанных авторитетов американской промышленной и хозяйственной организации на одной европейской конференции, на которой западно-европейские участники жаловались на отставание Западной Европы, на *technological gap* (брешь в технологии) по сравнению с Америкой, говорил следующее: «Говорить о бреши в технологии неточное выражение; то, о том здесь идет речь, это скорее брешь в организации крупного производства и в хозяйственном руководстве (*gap of management*)... В конце концов это самое созидательное искусство. Искусство искусств, ибо это — искусство *объединения* возможности и таланта. А его функция? Всегда с разумом смотреть на изменения. Общественные, экономические и технологические изменения... и всякое человеческое изменение может быть рационально им организовано».²⁸ Отставание Западной Европы от нынешней американской промышленной революции может быть объяснено по-разному, как на это указывал один французский авторитетный специалист в области промышленности и экономики,

²⁶ Данные публикует самый крупный экономический журнал США *Fortune*. По этим данным, например, 92% дохода Форда за 1967 год происходили из-за границы (отчасти из-за забастовки 1968 года), для ИВМ это число равняется 32%, *Standard Oil* 52. См. *Rose*, 105 p.

²⁷ Действительное значение социалистической интеграции мы познаем тогда, когда в ней видим новую, более высокую стадию процесса индустриализации — пишет Имре Вайда; такую стадию, которой без интеграции достичь не способны, но предпосылки которой — на основе достигнутой индустриализации, наших знаний, культурного уровня и общих интересов социалистических стран — уже назрели, хотя осуществление их требует еще много усилий». См. *VALDA*, (3)

²⁸ См. *SERVAN-SCHREIBER*, (91. p.)

но самый решающий фактор заключается в отсутствии современной организации производства.²⁹

Организация в мировом масштабе производства и сбыта на уровне предприятий в капиталистическом мире сейчас уже приобретает такие размеры, крупные монополии и картелли настолько переплетают мировой рынок, становятся такими мощными, что часто даже для капиталистических правительств становятся неприятными.³⁰ Кроншейн в своей совершенно новой работе «*Das Recht der Internationalen Kartelle*» дает пластическое описание того, что при все более укрепляющейся деятельности правительств капиталистических государств по управлению хозяйством крупные монополии, международные картелли какой огромный и соответственно любым обстоятельствам эластичный правовой механизм построили для организации в мировом масштабе производства и сбыта. Из книги хорошо видно и то, что этим самым капиталистические страны создали с точки зрения развития технологии,

²⁹ Аксома Jacques Maisonrouge на вопрос о том, что «*Quels sont les facteurs du retard européen?*»), звучит лишь следующим образом:» *C'est une absence d'orgaoisation.*» Цит. SERVAN-СНЕРВЕЙЕР, 220—221. р.

³⁰ В качестве единственного примера можно указать здесь на случай с международным хинным картелем, происшедший в 1967 году, что по мнению американской печати привело к кризису и американский рынок хины. Экономическая печать решительно требовала, чтобы государство возбудило процесс против стоящего за кулисами международного хинного картеля. (US Will Probe High Prices of Quinine Cartel Los Angeles Times 1967. 24 марта). Между прочим, дело началось с того, что одно «мелкое» Лос-Анжелесское предприятие обвинили на основе законов об американских антикартелях (на основе законов об антитрестах руководители предприятия могут быть осуждены и к тюремному заключению), потому что стало ясно, что оно заключило запрещенное картельное соглашение. И это лишь «поневоле»; т. е. фирма купила одно английское предприятие и оно было, по существу, членом международного картеля, что у американского покупателя «лишь позже выяснилось». Международный картель, о котором идет речь, товарищество английских, французских, немецких и голландских фирм, который в отношении мирового производства, не считая не так уж крупное американское производство хины, контролирует за всем капиталистическим производством хины, этим смыслом и американский рынок! Результатом продуманной стратегии картелей было то, что против сильного повышения цен на хинин часть федеративных запасов выбросили в утиль за 21 цент, что картель сначала продавал за 63 цента, позже — поскольку стал единственно господствующим на рынке — за два доллара. Дальнейшему повышению цен можно было бы воспрепятствовать опять-таки выбросом государственных запасов. Как показало исследование, члены картеля через картель получили заранее непредвиденную прибыль в сумме 10 миллионов долларов. Подкомиссия Антитрестов Сената потребовались длительные исследования и расследования для того, чтобы компетентное по делам антитрестов министерство юстиции возбудило формальный процесс против международного картеля. Процесс — впервые в практике США — приобрел международные аспекты. Ибо речь шла о том, что США обратится с просьбой к заинтересованным странам, чтобы они на основе своих законов против картелей предприняли согласованное мероприятие по ликвидации договоров международного картеля, ограничивающих рынок и конкуренцию. На это, на весть о том, что для достижения свободной рыночной цены на хинин хотя бы на полтора доллара на рынок будет выброшено большое количество хинина из американских государственных запасов (из фондов, достаточных для производства лекарственных препаратов на несколько десятилетий), голландский посол немедленно заявил: хинная промышленность Голландии желала бы честных и заслуженных мероприятий; дело в том, что «адаптированную» к крупным ценам, очень важную с точки зрения народного хозяйства хинную промышленность т. н. более крупное падение цены привело бы к кризисному положению. Недавно дело обстояло еще таким образом. Во всяком случае это показывает, какой крупной властью обладает международный картель на капиталистическом мировом рынке.

кооперации производства полезную, но во многих иных отношениях довольно спорную организационную структуру, во всяком случае довольно сильную и податливую для того, чтобы их с точки зрения национального хозяйства и общества вредные недостатки официальные органы отдельных государств могли ограничивать лишь с трудом (конечно, если этого они хотят вообще и там, где желают это делать).³¹ Уже и это свидетельствует о том, на это здесь я указываю в связи с наглядным примером, что каковы существенные различия по содержанию имеются между капиталистической экономической интеграцией и складывающейся в социалистических странах формулой экономической интеграции социалистических стран.

6. *СЭВ формулирует новую концепцию: в направлении экономической интеграции.* Но сказанное свидетельствует о двух вещах. С одной стороны, свидетельствует о том, что международные экономические связи в мировом масштабе требуют новых организационных формаций и создают их, и эти формации государство и право должны каким-то образом регулировать. В то же время указывает, с другой стороны, и на то, — если возникающие проблемы мы перенесем в механизм международной торговли социалистических стран, точнее стран-членов СЭВ — что международная производственная и сбытовая кооперация на уровне предприятий при различных производственных отношениях всегда проявляется по-разному и требует различного разрешения. Подход к проблеме, к экономическому явлению, о котором сейчас идет речь, осуществляется с различных полюсов. Экономист и юрист капиталистической страны в условиях чрезвычайно противоречивых отношений международное движение частного капитала желает каким-либо образом канализировать в интересах точно еще не определенных общественно-экономических целей, в то же время постоянно сталкивается с основными законами капиталистического производства.³² *Social engineering* экономиста и юриста социалистической страны заключается в том, чтобы организационную структуру государственно организованного хозяйства и внешней торговли приспособлявали к требованиям современных производительных сил и усиленного удовлетворения потребностей, и при этом их новая

³¹ См. следующие пункты работы: *Die extraterritoriale Anwendung des amerikanischen Antitrustrechts; Die extraterritoriale Anwendung des europäischen Kartellrechts; Inhaltmängel der Anti-Kartellrechte.* (KRONSTEIN, 501 -506. p.)

³² Необходимо сказать, что относительно содержания, функции и целей интеграции и в западных государствах существует много точек зрения, как в экономической, так и в юридической литературе. Самая известная политическая демонстрация относительно конституционной функции деятельности Общего Рынка заключается в немецко-французском противоречии; французы не желают уступить из суверенитета, в супернациональных органах не дают возможность осуществляться запланированным формам по вынесению супернациональных решений, в то время как взгляд в Западной Германии, которого придерживаются большинство, подчеркивает более сильную и последовательную интеграцию; в отношении метода интеграции в экономическо-политическом отношении (подробнее см следующие части настоящей работы) противостоят концепция свободного рыночного хозяйства и «плановое» или «урегулированное рыночное хозяйство» (Подробнее см. KÁRÁR, 1417 -1419. p.)

концепция противопоставляется не основным законом социалистической экономической системы, а назревшей к обновлению концепции организации и управления хозяйством.

По имеющимся до сих пор соображениям социалистическую экономическую интеграцию страны СЭВ — путем своеобразной комбинации координации планирования и урегулированного международного рынка, путем совместного применения принципа рыночной конкурентно-способности и взаимопомощи — не выпустят из рук «государства», точно так же, как и реформы внутренних хозяйственных механизмов не означают какое-либо неограниченное высвобождение товарно-денежных отношений, т. е. рынка.³³ (В качестве примера сошлюсь лишь на один момент. В Венгрии § 7 Постановления Правительства № 11/1967 о предприятиях говорит, что социалистические хозяйственные организации для достижения определенной общей хозяйственной цели могут объединяться, создавать совместное предприятие в форме акционерного общества или общества с ограниченной ответственностью. Значит, это дает возможность для государственных предприятий, чтобы они свои имущественные средства могли перегруппировать вне предприятия, создавали торговый товарищеский оборот хозяйственных субъектов, чтобы при государстве как основателе предприятия возник другой автогенеративный фактор рождения-функционирования предприятий, находящийся под влиянием товарных и рыночных отношений. Но это не означает незаполненный, пустой вексель. Государственный надзор за государственными предприятиями располагает своими непосредственными и косвенными средствами и методами, что и урегулировано в главе VI вышеназванного постановления правительства, посящей заглавие «надзор за государственными предприятиями», а § 38 постановления содержит особые распоряжения в отношении того, что для создания того или иного объединения необходимо получение согласия, разрешения на это соответствующих вышестоящих органов). В то же время известно, что даже те западные экономисты, которые в интеграции желают видеть не «свободное рыночное хозяйство», а «урегулированное рыночное хозяйство», не думают о той степени «регулирования», которая была бы характерна или будет характерна для периода нового механизма порядка управления народным хозяйством социалистических стран, или соответствующего *mutatis mutandis* международного хозяйственного механизма. Не говоря уже о коренным образом отличающемся характере отношений собственности. Это, как видно, в отношении производства и сбыта является усиливающейся концентрацией в качестве мирового явления, международная кооперация на уровне предприятий как две разновидности определенной современными производительными силами объективной закономерности, т. е. появление социализма и капитализма.

Естественно, что страны-члены СЭВ решились на расширение *между-*

³³ См. NYERS,

народной кооперации на уровне предприятия не потому — как это часто утверждают в капиталистических странах —, что эта практика в капиталистических странах дала большой импульс экономическому развитию, а потому, что в народном хозяйстве и в структуре международных связей стран СЭВ сейчас назрели объективные условия этого. Важным элементом этих условий является то, что начался широкий процесс обновления, реформы внутреннего хозяйственного механизма, дифференцированное развертывание этого процесса. Рассматривая это в отношении структуры международных экономических связей, оно нашло свое выражение в позиции партийных и правительственных делегаций стран СЭВ в Москве в 1962 году, где впервые была высказана необходимость в принципиальном отношении усиленного выдвижения на передний план *производственной кооперации, совместных капиталовложений*.³⁴ Это было оправданным к тому, что лишь сейчас начинает развертываться в более широком раз- мере: к социалистической концепции экономической интеграции. Важно, что XXI Сессия СЭВ в декабре 1967 года в Будапеште из основных вопросов и задач (среди которых были такие, как организация обмена опытом, связанным с реформами хозяйственного механизма, международная специализация и кооперация, посредственная валютная система) в интересах дальнейшего развития производства, качества и рентабельности, повышения гибкости хозяйственной жизни особое внимание уделяла *непосредственному международному сотрудничеству между предприятиями социалистических стран, более непосредственной заинтересованности в этом*.³⁵ Центр тяжести был перенесен и на это! Совместные средства производства, с одной стороны, и производственная кооперация на уровне предприятий, с другой, это такие качественно новые факторы, которые здесь уже имеются и которые изменят мир вокруг нас, по крайней мере мир международных экономических связей, а внутри него и наши задачи. В особенности, если возникнут совместные предприятия не только в таком количестве, в таком объеме и с такой компетенцией, как сейчас, но в соответствии с нашими представлениями об интеграции развернется интеграция на уровне предприятий, если решительнее начнется данный процесс, который сейчас мы, хотя еще не с одинаковым внутренним содержанием, называем социалистической экономической интеграцией. Сейчас уже мы должны считаться и с основными элементами этого; ибо не только в экономической литературе, но и в официальных проявлениях венгерской экономической политики вырисовываются те элементы, которые по этому вопросу наше хозяйственное руководство представляет перед общественным

³⁴ См. Основные принципы (1962). Пункт 5) под заглавием: «Сочетание международной специализации производства и комплексного экономического развития отдельных социалистических стран» и другие пункты.

³⁵ Эту оценку находим и у заместителя председателя СМ Антала Апро, который занимает ведущее место в сложении экономических связей Венгрии. (См. Список: Агрó (3), далее, Агрó (1) 275—277. р.

мнением, перед профессионально заинтересованными в этом и внутри СЭВ — в качестве дальнейшего развития сотрудничества в СЭВ. Без предположения этих элементов, как действительного комплекса задач, не могут быть определены соответствующим образом наши юридические задачи.

В упомянутых выше неофициальных хозяйственнополитических высказываниях, в экономической литературе, а также в совместных заявлениях заинтересованных стран³⁶ появляются следующие основные принципы — элементы концепции экономической интеграции:

а) Отправным моментом является то, что запланированная более развитая интеграция исторически строится на существовавшем до сих пор экономическом сотрудничестве стран-членов СЭВ, по методу является его последствием, но не простым его продолжением, а превзойдение его новыми методами соответственно потребностям нового периода развития, потому что достижения периода экстенсивного развития по уже указанным причинам не могут быть старыми методами существенно увеличены. В период интенсивного развития основными источниками экономического развития являются повышение производительности труда, повышение эффективности капиталовложений, расширение международной специализации и внешнего рынка.

б) Развитие интеграции осуществляется с сохранением национальной самостоятельности, это особенно следует подчеркивать. Не может быть речи об умалении принципа суверенности государств. Но это не может означать отрицание того экономического факта, что национальные хозяйства находятся во взаимной зависимости и что усиливающаяся экономическая интерденденция является одной из общих тенденций экономического развития. Её мы должны принимать к сведению и интеграция — как совместное, координированное осуществление интеграционным сообществом определенных функций — должна быть включена в концепцию самостоятельного национального хозяйства. В процессе этого вместо совместного планирования на верхах был бы создан более дифференцированный порядок интеграции, в котором 1. предметом сношения на уровне правительств было бы согласование экономическо-политических решений и нормативов, касающихся международного разделения труда (плановые, таможенные, финансовые вопросы, нормативное регулирование рыночных связей), 2. предметом отраслевых связей координирование концепций отраслевого развития, 3. а предметом связи на уровне предприятий будут различные формы конкретной производственной кооперации.

³⁶ Изложение концепции основывается на известных по данному кругу тем материалах и статьях, прежде всего на следующем: *Основные принципы (1962)*, *коммюнике XXI Будапештской (1967) и XXIII московской (1969) сессий СЭВ*, цитированной уже несколько раз статье *Режё Ньерша* (Список: *НУЕРС*), две работы Антала Апро, см.: Апро (1) стр. 86 и след. («Актуальные вопросы работы СЭВ»), стр. 270 и след. («Наши задачи в области дальнейшего развития международного экономического сотрудничества»), Апро (2) стр. 8—13.

в) Вместо натурального товарооборота следует разработать развитую валютную систему, которая способна будет развивать многосторонний расчет и динамическую специализацию. Необходимо дифференцировать жесткое согласовывание поставок товаров и сделать возможным эластичное движение внешнеторговых цен. Посредством координированного валютного курса и подвижной системы цен может быть создана реальная связь между внутренними и зарубежными ценами.

г) В этом процессе теряет свою почву тот взгляд, который принципом налаживания связей государств делает функцию *механического* «равенства». При сохранении требования реального *равноправия* следует считаться с тем, что во всем не может существовать тождество -- так, например, в методах внутреннего управления, необходимо считаться с тем, что неодинаковы внутренние национальные и иные условия, различны трудовоправовые решения и социального обеспечения, некоторые из стран меньше заинтересованы в том или ином совместном предприятии, чем другие, та или иная страна больше заинтересована в текучести рабочей силы, чем часть других стран и т. д.

д) Создание более благоприятных условий, чем до сих пор, желательно в области научно-технического развития, в области международных вертикальных связей, служащих единству «исследование -- производство -- реализация».

е) Согласованное в международном отношении развитие отдельных отраслей путем новых сооружений, различных совместных предпринимательств является, очевидно, одним из существенных элементов социалистической интеграции.

ж) Постепенное включение различных товаро-денежных отношений в механизм сотрудничества стран СЭВ (заинтересование предприятия и более непосредственное включение его в международную хозяйственную деятельность, постепенное связывание международных рынков, подвижная система цен, обменная валюта как реальное средство международной оплаты, соответствующая разработка банковской и кредитной системы, разработка действенной системы таможенной и т. д.) будут одним из самых дифференцированных средств нового интеграционного процесса.

з) В своей будущей социалистической хозяйственной политике страны СЭВ всегда должны иметь в виду важность их связи с другими социалистическими странами, с развивающимися странами, а также важность экономического сотрудничества и иных форм связи с развитыми капиталистическими странами, необходимость развития этих связей и вообще то, что оптимальное включение в мировое хозяйство в целом является важным экономическим и политическим интересом социалистических стран. «Для народов Европы подчеркивает такой важный документ, как обращение будапештского заседания 1969 года политического совещательного органа Варшавского Договора, -- жизненным вопросом является укрепление экономических . . . связей меж-

ду государствами»; европейские страны должны создать «объективную возможность и необходимость того, — говорится далее в обращении —, чтобы в области использования энергетики, транспорта, водного и воздушного пространства, а также в области здравоохранения реализовали огромные планы, связанные неразрывным образом с благосостоянием населения континента. Это общее дело и это должно быть основой европейского сотрудничества.»³⁷

Эта концепция³⁸ является пока еще программой разработки и постепенного введения единой, когерентной системы мероприятий. В то же время важная программа, которая свою форму приобретет в предварительных дискуссиях и соответствующих решениях стран-членов СЭВ. В настоящее время ведется дискуссия по этому вопросу, в которой активное участие принимает Венгрия своей разработанной концепцией.³⁹ Одним из самых существенных этапов этого процесса была чрезвычайная 23 Сессия СЭВ (Москва, 23—26 апреля 1969 года). На сессии глубоко обсуждалось экономическое сотрудничество стран-членов СЭВ в целом. Сессия анализировала нынешний характер и достигнутые на настоящее время результаты экономики стран СЭВ и сотрудничества между странами-участницами СЭВ, начиная с основных принципов международного разделения труда, через согласование народнохозяйственных планов до дальнейшего улучшения деятельности органов СЭВ. Кроме этого, особо шла речь о том, что когда в интересах дальнейшего повышения достигнутых в настоящее время успехов страны-члены СЭВ переходят к более совершенным методам социалистического хозяйствования... «возникает необходимость в усовершенствовании нынешних форм и методов экономического сотрудничества, а также в отыскании новых, более эффективных форм этого сотрудничества», — говорится в совместном коммюнике сессия. Сессия во многих отношениях указывает и на конкретные новые формы, когда подчеркивает, что «между ведомствами и хозяйственными организациями социалистических стран . . . устанавливаются непосредственные связи», что одной из целей предусмотренных совместных мероприятий является «даль-

³⁷ *Обращение* будапештского (16—17 марта 1969 года) политического бюро Варшавского Договора ко всем государствам Европы. Опубликовано: *Népszabadság, Magyar Nemzet*, 1969, 18 марта.

³⁸ Изложение концепции в опубликованных по этому предметному кругу статьях и материалах, прежде всего в уже цитированной лекции Режé Ньерша.

³⁹ То обстоятельство, что венгерские предложения нашими компетентными органами были высланы соответствующим партийным и правительственным органам стран-членов СЭВ и что эти предложения составляли часть подготовительных дискуссий по интеграции стран СЭВ, известно уже из опубликованной лекции *Режé Ньерша* и иной печати (См. *Иштван Виг*: «Социалистическая экономическая интеграция». — Опубл.: *Magyar Nemzet* 1969. 5 января. — Эта статья в связи с обсуждением бюджета в парламенте публикует связанное с расширением связей СЭВ заявление Режé Ньерша и Антала Апро: «в последующие за 1970 годом годы необходимо сделать более тесным наш экономический союз, т. е. необходимо создать между нашими государствами экономическую интеграцию; это надо и можно подготовить совместной работой; такого направления предложения венгерские партии и правительство подготовили и направили центральным комитетам партий стран-членов СЭВ»).

нейшее развитие эффективного и прочного международного специализированного и кооперации производства», что в различных областях «заинтересованные страны в случае необходимости . . . создают совместные организации», что «участники сессии высказались за широкое развитие связей между министерствами, хозяйственными органами, трестами, предприятиями и иными организациями заинтересованных государств», «считали целесообразным создать банк по капитальному строительству стран СЭВ» и т. д.⁴⁰ Уже этот краткий обзор точек зрения сессии свидетельствует о том, что в действительности во многих отношениях происходит процесс по складыванию новой программы по сотрудничеству. Свидетелями развертывания программы и её результатов мы будем в 70-х годах. Элементы этой программы реальны и рациональны. Еще более реальными и рациональными они становятся и путем разработки соответствующих правовых средств. Отсюда происходит историческая задача права и правовой науки в этой области.

2. Новые экономические и правовые формы экономического сотрудничества: совместные учреждения и производственная кооперация (достигнутые до сих пор результаты)

Развитая картина социалистической экономической интеграции находится еще в процессе становления, действительностью же она станет через продуманные действия долгих лет. Но первые элементы преобразования исторического значения уже имеются налицо. Уже они выдвигают, с одной стороны, конкретные правовые проблемы, с другой стороны, указывают, в каком направлении, какими методами и с каким подходом мы должны искать сложение правовой структуры социалистической экономической интеграции.

7. *Межгосударственные совместные хозяйственные учреждения и производственная кооперация в социалистических странах.* Пока еще и на первых шагах большой вес приобретают межгосударственные совместные учреждения и формы кооперативного сотрудничества.

а) Сейчас уже фактом истории экономики является не только действительно мультилатеральный, потому что «Нефтепровод «Дружба» многоотраслевой и тянется в несколько тысяч километров, но и многое иное. «Экономическая газета» в № 51 за 1966 год дает широкую картину развития новых форм сотрудничества между странами СЭВ за период с 1965—1966 год, в то время как Антал Апро в своей книге о развитии за 20 лет дает картину об экономическом значении и усиливающемся развертывании совместных международных организаций стран-участниц СЭВ.⁴¹ Помимо нефтепровода, который и

⁴⁰ См. «Коммюнике о 23 чрезвычайной сессии СЭВ». *Népszabadság*, 1969. 27 апреля.

⁴¹ См. Апро (1), стр. 75 и след. («Двадцатилетняя деятельность СЭВ»), в особенности стр. 231 и след. («Совместные международные организации социалистических стран».)

для западных фирм означал вызвавшие много споров крупные заказы, в области *мультилатерального сотрудничества* уже тогда было фактом: совместный парк товарных вагонов стран СЭВ, который организывает рациональное международное использование 100 000 товарных вагонов,⁴² Объединенный Институт атомных исследований в Дубне; общий банк стран-участниц СЭВ, который помимо произведения многосторонних расчетов между государствами СЭВ дает возможность для финансирования различных общих мероприятий, более того, совершает банковские сделки и вне стран СЭВ;⁴³ создание замкнутой электроэнергетической системы и её мультилатеральная эксплуатация и т. д. С тех пор был создан ИНТЕРМЕТАЛЛ, о котором в особенности на основе его будущих возможностей — не совсем незаконно экономическая литература говорит как о самом крупном в мире объединении стали, называет «*Mountainunion des Ostens*», ибо на его долю падает роль организатора производства и сбыта свыше 110 миллионов тонн стали в год.⁴⁴ Создано сотрудничество в области производства подшипников, что является очень важным звеном в международном сотрудничестве в области стали и машиностроения, его организующая роль все больше возрастает.⁴⁵ В 1969 году правительства стран-участниц СЭВ — по правовой форме вне рамок СЭВ — подписали международное соглашение о создании Международного Центра по научной и Технической Информации. Задачей этого центра является то, чтобы путем быстрого сбора и передачи информации, относящейся к научным и техническим достижениям, сделать возможным быстрое международное использование научных и технических достижений, современное развитие технологии. Этим самым Центр создает международные условия для того, чтобы в процессе «исследования-производства-реализации» соответствующие отрасли народного хозяйства всегда исходили из самых развитых, самых современных позиций, те отрасли, которые в международном экономическом соревновании желают и призваны выступать более успешно. На первый взгляд кажется, что речь идет не о таком уж важном в экономическом отношении соглашении, в действительности же это может быть одним из факторов важного технологического развития. Это понятно, если учитывать, что производство и сбыт все более непосредственное будут заинтересованы в том, чтобы технология соответствовала самым совре-

⁴² Sztrékov, 43—44. p.

⁴³ Это устанавливают положения Устава Банка, официальные справочники и так освещает и литература; оборот конвертируемых валютных сделок, если 1964 год берем за 100, в 1967 году увеличился на 788%. См. Банк СЭВ, ст. 23—24; *Bulletin 1966*, *Bulletin 1967*, of the *International Bank for Economic Co-operation*, ed. by the BEC, Moscow, 1967; ALTSÜLER, 11. p. NAZARKIN. (См. Список литературы).

⁴⁴ В венгерской экономической литературе см. оценку *Гарамвёльды* (Список лит-ры: GARAMVÖLGYI), из международной печати: *Comecon — Intermetall — die «Mountainunion des Ostens»* Wirtschaftliche Mitteilungen, 25, 1966. 353 et seq.

⁴⁵ В 1964 году с резиденцией в Варшаве была создана организация сотрудничества подшипниковой промышленности с участием Болгарии, ГДР, Польши и Чехословакии.

менным требованиям науки и техники. А это не может быть достигнуто без всесторонней международной информированности.⁴⁶

б) Увеличилось число созданных на межгосударственном уровне двухсторонних общих учреждений и предприятий. В вышеуказанном номере «Экономической газеты» говорится о строительстве в сотрудничестве Советского Союза с Венгрией, Советского Союза с Болгарией, Советского Союза с ГДР венгерской, болгарской и германской атомных электростанций, о сотрудничестве между Советским Союзом и Польшей в области производства калийных удобрений, о металлургической кооперации Чехословакии и Советского Союза. В силу своего значения безусловно заслуживает внимания совместный крупный проект Румынии и Югославии о строительстве электростанции «Железные Ворота» на Дунае: большой идеал Сечени в развитой форме, в условиях техники XX века и при международном экономическом сотрудничестве социалистических стран.

На государственном уровне созданное предпринимательство, но по своей структуре все же иное, ибо приобретающие сильно товарищеский характер АГРОМАШ и ИНТРАНСМАШ являются болгаро-венгерскими предприятиями, т. е. торговыми обществами. АГРОМАШ координирует производство, развитие и сбыт необходимых для выращивания овощей, фруктов и винограда машин.⁴⁷ ИНТРАНСМАШ является общей конторой генеральных подрядчиков по механизации передвижки материалов.⁴⁸

8. *Объединения на уровне предприятий и формы кооперации в социалистических странах.* По своей организационной структуре новый уровень — и для механизма международного экономического сотрудничества в целом перспективу — означают *совместные учреждения и производственные кооперации на уровне предприятий стран СЭВ*. Это приспособление к размерам производства и рынка СЭВ как огромного пространства — экономического единства —, первые шаги процесса интеграционной реструктуризации национальных производственных единиц. Успешное развитие их является одним из залогов быстрого экономического развития социалистических стран.

⁴⁶ Соглашение о создании центра было подписано странами-участницами СЭВ в Москве 27 февраля 1969 года с тем, что центр начнет действовать в сентябре 1969 года с резиденцией в Москве. Свою деятельность — главным образом в кругу разработки координированной международной информационной системы — осуществляет из бюджетных источников, а услуги по предоставлению конкретной информации предоставляет заказчикам в рамках возмездных договоров. См. «Правда», 28 февраля 1969 года статью «Сотрудничество расширится». Для характеристики возможной способности по даче технологической информации Центра сошлюсь лишь на одно: Услуги Центра основываются, отчасти, на информационном базисе Института Научной и технической информации Академии Наук СССР (ВИННИТИ); ВИННИТИ по данным 24 выставки 1969 года в 1968 году получил из 23 стран 150 000 описаний изобретений и обработал их с целью предоставления информации.

⁴⁷ О задачах АГРОМАШ см. соглашение об АГРОМАШ, ст. IV, далее, Соколов, 107—108 р.

⁴⁸ Соглашение об ИНТРАНСМАШ, ст. IV.

а) *Совместных предприятий* существует еще немного. В сотрудничестве с Венгрией, точнее с венгерским предприятием было создано одно международное предприятие: ХАЛДЕХ венгеро-польское акционерное общество.⁴⁹ Такой *совместной организацией между предприятиями*, хотя и не являющейся предприятием, является ОСМОС, в котором помимо венгерского предприятия принимают участие еще польское, болгарское, чехословацкое и предприятие ГДР в координации деятельности заводов по производству строительных машин указанных стран.⁵⁰ В этой области развитие ожидается лишь сейчас. Уже по той причине, что в концепции нового механизма управления хозяйством, например, и в Венгрии, предприятия лишь сейчас получили возможность для того, чтобы объединяясь с другими предприятиями внутри страны могли создавать новое предприятие.⁵¹ Уже сама эта организационная концепция является новой; применение её к новым международным экономическим отношениям, очевидно, позже раскроет её пути и выдвинет связанные с этим проблемы.

б) Помимо совместных учреждений в настоящее время пожалуй самой важной областью интеграции в области производства, развития и сбыта являются быстро развивающиеся различные формы и договоры в области сотрудничества по *кооперации и специализации*. В рамках договоров по кооперации и специализации сохраняющие свою самостоятельность предприятия координируют, совместно организуют развитие своего производства, внутреннее разделение труда участвующих предприятий, их сбыт; связь и сотрудничество между ними обеспечиваются подробным гражданско-правовым договором и соответствующими договорными гарантиями. Это уже второстепенный вопрос, что в рамках такого сотрудничества будет ли создана какая-либо совместная организационная формация (например, бюро по координации, смешанные комиссии) или же необходимое частое сношение в организационном отношении такой формы иметь не будет. Сущность заключается в том, чтобы путем этих форм кооперации существенным образом начал развиваться процесс реструктуризации на международном уровне производства, развития и сбыта. Одной из задач экономической политики СЭВ будет заключаться в разработке на соответствующем уровне условий развития, рамок, размеров и уровней их с тем, чтобы этим самым различные формы кооперации были оптимально выгодны для народного хозяйства отдельных стран.

Кооперация и специализация как институционализированное сотрудни-

⁴⁹ Задачей и предметом ХАЛДЕКС (согласно § 3 Устава) является: использование находящихся на территории Польши шахтных отвалов с целью извлечения угля, а также возможной обработки их, продажа добытого угля; обработка и продажа иных полезных материалов шахт.

⁵⁰ Со стороны Венгрии членом ОСМОС является Предприятие по производству и ремонту машин строительной промышленности Министерства Строительства (*Pesti Hírlap*, 25 марта 1967 г.).

⁵¹ § 7 Постановления о предприятиях.

чество в СЭВ начали приобретать форму после того, как на XIX сессии СЭВ, состоявшейся в феврале 1965 года, было поручено Исполнительному комитету всесторонне рассмотреть вопрос специализации в области машиностроения. В феврале 1966 года СЭВ с участием Югославии этой проблеме посвятила особую конференцию.⁵² За этим последовали 29 заседание (11–15 мая 1967 г.) и 30 заседание (5–7 июня 1967 г.) Исполнительного комитета, где обсуждались уже те условия, при которых специализация и кооперация могут быть созданы для отдельных хозяйственных органов.⁵³ Существенно новым элементом является то, что вместо, и наряду с непосредственной организацией сотрудничества СЭВ занимается экономическо-политическими условиями сотрудничества на уровне предприятий! Дюла Хоргош, министр металлургической и машиностроительной промышленности, в сентябре 1967 года заявил, что Исполком СЭВ принял совместную рекомендацию постоянной комиссии по машиностроению, а также постоянной комиссии по радиотехнической и электронной промышленности по развитию специализации производства и кооперации.⁵⁴ Исполнительный Комитет СЭВ свое 37 заседание (Москва, 25–28 ноября 1968 года) отчасти посвятил также вопросам, связанным с дальнейшим, более эффективным кооперированием и специализацией производства.⁵⁵ В начале 1967 года появляется первый венгерский законодательный акт о договорах по международной специализации и кооперации.⁵⁶ Вопрос о международной производственной кооперации в социалистических странах вскоре приобретает важное место среди пунктов повестки дня правотворчества и привлекает к себе большое внимание.⁵⁷ Сущность же заключается в том, что в различных отраслях промышленности и в действительности началась кооперация в области производства, развития и сбыта, на что уже сейчас указывает длинный перечень относящихся сюда договоров. Укажем лишь на несколько примеров. Завод по изготовлению велосипедов и швейных машин Чепельского Комбината начал переговоры с заводом ТЕХТИМА из ГДР; согласно готовящемуся соглашению венгерская сторона расширяет ассортимент машин швейной промышленности, в то же время ТЕХТИМА прекращает производство некоторых типов и потребности в этом отношении удовлетворяла бы венгерская сторона. Другой такой договор о кооперации между предприя-

⁵² Szónyti, 619. p.

⁵³ См. список литературы: Bandelin — Behr, 1. et seq.; Horgos.

⁵⁴ Horgos, там же.

⁵⁵ Информация содержится в *Magyar Nemzet*, 30 ноября 1968 г.

⁵⁶ См. «Список литературы»: Инструкция о специализации.

⁵⁷ В области правотворчества помимо упомянутой венгерской инструкции о специализации можно сослаться, например, на *Perpektivplan Gesetz* в ГДР, который в пункте III распроясняется о международной экономической кооперации различного уровня, а также на законодательные акты в Югославии: *постановление о сотрудничестве предприятий в зоне таможен, закон о торговом сотрудничестве, закон о предприятиях, закон об имуществе предприятия, закон о налогообложении совместных предприятий, закон об иностранных кредитных сделках* (см. Список литературы). Что касается литературы, см. Список литературы: BALASSA, BALOG, Bandelin — Behr, Bogomolov, Boguszlavszki, Horgos, Kállai, Sirjaev — Ladügin, Szenyin, Szónyi, Tallós, VAJDA

тием Венгрии и ГДР интегрирует мощности в области производства, развития и сбыта участвующих сторон в области производства грузовых машин (прицепов);⁵⁸ в реляции Венгрия—Югославия договоры между производителями по объему (например, совместное производство силосных комбайнов) в 1966 году лишь в области машиностроения и металлургии достигли 4 миллионов долларов;⁵⁹ между Польшей и Чехословакией существует развитая кооперация в области производства тракторов; в польско-венгерском сотрудничестве существует кооперация в области производства грузовых машин, между советской и польской стороной существует кооперация в области производства легковых автомобилей.⁶⁰

9. *Объединение предприятий и производственная кооперация в реляции Восток-Запад.* И в секторе международного распределения труда в реляции Восток-Запад мы являемся свидетелями многих результатов. Главное, что и на этом уровне началась и крепнет кооперация в области производства, развития и сбыта на уровне предприятий, в то время как укрепляется интегрирование экономики стран-участниц СЭВ, являемся участниками и более широкого интегрирования структуры производства и сбыта — главным образом в пределах Европы.

Точки зрения хозяйственной политики и соответствующие этому хозяйственные результаты в странах СЭВ сейчас уже достаточно развиты. Уже в документе СЭВ 1962 года, имеющем важное значение, под заглавием «Основные принципы социалистического международного разделения труда» говорится, что в кругу международной специализации производства социалистические страны должны более эффективно использовать «экономические связи, сложившиеся с другими странами мира, возможности дальнейшего расширения этих связей и установления новых».⁶¹ 23-ая чрезвычайная сессия СЭВ, состоявшаяся в Москве с 23 по 26 апреля 1969 года «высказалась за то, — говорится в коммюнике —, что страны-участницы СЭВ должны развивать взаимновыгодные связи с другими социалистическими странами, со странами мира, независимо от их общественного строя»⁶² Например, в Советском Союзе XX и XXI Съезды партии впервые с всеохватывающим характером подчеркивали, что для дальнейшего экономического развития необходимым является всестороннее использование научно-технических достижений развитых капиталистических стран.⁶³ На XXIII съезде в 1966 году было решительно

⁵⁸ См. Külkereskedelem 8/1968. 257. p.

⁵⁹ KÁLLAI, 252. p.

⁶⁰ См. JAROSZEVICZ, далее, относящуюся сюда информацию министра внешней торговли Йозефа Биро. *Magyar Nemzet*, 1969. febr. 9.

⁶¹ Пункт 6 Основных Принципов СЭВ (1962).

⁶² См. «Коммюнике о 23 чрезвычайной сессии СЭВ». *N pszabads g*, 27 апреля 1969 г.

⁶³ *Entschliessung des Zentralkomitees der KPdSU an dem XX. Parteitag, Berlin, 1956, 169. p.; Entschliessung des XXI. Parteitag der KPdSU zum Referat des Genossen N. S. Chrustschow über die kontrollz ttern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der USSR in den Jahren 1959 bis 1965, Berlin, 1959. 30—153. p.*

подчеркнуто, что в настоящую эпоху научная и техническая революция требует более открытых связей в мировом масштабе и создает условия более интенсивных экономических связей между капиталистическими и социалистическими странами... А это означает также, что необходимо пересмотреть функцию нашей внешней торговли.»⁶⁴ В Чехословакии частью программы акций Коммунистической партии Чехословакии является то, что при укреплении экономических связей стран СЭВ следует развивать и экономическое сотрудничество между Востоком и Западом, притом сверх расширения простейших товарооборотных связей на уровне качественно более развитых связей.⁶⁵ В Югославии Федеративный Исполнительный Совет в марте 1967 года принял тезисы об устойчивом производственном и финансовом сотрудничестве между отечественными и зарубежными предприятиями,⁶⁶ за которыми вскоре последовало детальное законодательство о сотрудничестве предприятий, об общих предприятиях.⁶⁷ В Венгрии в 1967 году в ноябре месяце родилось хозяйственно-политическое решение, в котором говорится, что «и в дальнейшем основным является всестороннее развитие и расширение связей с социалистическими странами. В то же время на взаимовыгодной основе во всех отраслях народного хозяйства целесообразно обеспечить предприятиям возможность, чтобы в интересах расширения международного расширения труда и международной специализации могли создавать и выступать с инициативой о создании в более широком кругу, чем до сих пор, различных форм сотрудничества и кооперации с предприятиями не социалистических стран.»⁶⁸

Сейчас уже в принципе возникает то, что техническое развитие, производство и сбыт, как правило, и в отношении Восток-Запад показывают тенденцию интернационализации. Наряду с понятием и содержанием экономических «связей» между Востоком и Западом сейчас уже появляется понятие и содержание экономического «сотрудничества» между Востоком и Западом. Лишь в качестве примера в этой связи следует указать на то, что во франко-советских экономических связях «связи» как в «официальной» формулировке, так и в действительности подменены «сотрудничеством», это же можно обнаружить и в случае сложения венгеро—австрийских связей,⁶⁹ или же тот

⁶⁴ Понятно, что этим действительно важным проявлениям в реляции восток-запад западная специальная печать уделяет важное внимание. См. *New Directions in the Soviet Economy*. Part I, Economic Policy, 89 th Congress, 2nd Sessio, Washington, 1966. XI. p.; СТАНДКЕ, 25. p.

⁶⁵ Публикуется: *Magyar Nemzet*, 11 апреля 1968. г.

⁶⁶ Публикует: *Magyar Szó*, 16 марта 1967 г.

⁶⁷ Законодательные акты см. в *Legislation Yougoslave* а также статью ВАЛОГ: *Aspects juridiques le l'investissement de resources étrangers dans l'organism action économique yougoslave* (См. Список литературы: *LEGISLATION YOUGOSLAVE*; ВАЛОГ.)

⁶⁸ Абзац 2 введения Решения Экономического Комитета о кооперации предприятий Востока и Запада.

⁶⁹ См. Заявление В. Кириллина и М. Дебре: «Перспектива советско-французского сотрудничества благоприятная». (*Magyar Hirlap*, 9 января 1969 г.); о характере австрий-

факт, что политический совещательный орган Варшавского Договора в своем обращении, принятом на будапештском заседании 1969 года к *европейским странам* говорит о всеохватывающем экономическом сотрудничестве европейских стран,⁷⁰ или же то что, например, венгерская правительственная делегация, возвратившаяся с заседания Европейской Экономической Комиссии ООН, проведенном в Женеве с 9 по 23 апреля 1969 года, о заседании говорила как о таком форуме европейских социалистических и несоциалистических стран, на котором можно было предпринимать шаги «в направлении *способствования сотрудничеству между востоком и западом*».⁷¹

а) В области этих фактов сделаны пока еще начальные, но все же значительные уже шаги и в кругу сложения *совместных предприятий*. В качестве примера можно указать на то, что недавно было создано чехословацко-итальянское совместное предприятие по сбыту на мировом рынке насосов и подобного оборудования под названием SIGMA ITALIANA.⁷² В недавнем прошлом Венгрия в кругу отдельных отраслей промышленности создала несколько совместных предприятий, — правда, все эти предприятия созданы за границей, все же значение их немаловажное.⁷³ В Югославии заключен договор на первый копродукционный завод, согласно которому югославская свинцовая и цинковая шахта, а также металлургический комбинат ТРЕРСА в кооперации с франкфуртской фирмой VARTA в югославской Кошово Митровица создала завод аккумуляторов. В договоре помимо совместных капиталовложений имеются соглашения по вопросам развития, лицензий и регулированию рынка, а также иные соглашения.⁷⁴ Югославия путем совершения совместных капиталовложений и в качестве совместного предприятия создала тракторный завод в Индонезии и Гане.⁷⁵ Болгария и Гвинея создали совместное предприятие по эксплуатации гвинейских лесов и обработке древесины на экспорт.⁷⁶

ско—венгерских экономических связей см. заявления венгерской печати в связи с посещением председателя СМ Ене Фока Австрии (см. *Magyar Nemzet*, 18 мая 1969 года статью: «Большие перспективы в экономическом сотрудничестве Австрии и Венгрии»).

⁷⁰ Обращение опубликовано в газете «*Népszabadság*» 18 марта 1969 г.

⁷¹ См. заявление руководителя правительственной делегации д-ра Яноша Сита, сделанное газете «*Magyar Nemzet*» (под заглавием: «По инициативе Венгрии приняты решение о промышленной кооперации в Женеве», 27 апреля 1969 г.)

⁷² АРАМ, 72. р.

⁷³ Они являются в большей части совместные предприятия МЕДИМПЭКС (см. ЕКВЕР—ЛАСЗАУ, стр. 342 и послед.), но недавно совместное предприятие было создано и в другом секторе, такое, как, например, новое совместное предприятие, созданное между Венгрией и Нигерией, в котором с венгерской стороны принимают участие FERUNION и TESCA, FERTESCO and Consulting Engineering Co. Ltd. (*Külkereskedelem*, 8/1968, стр. 257). См. далее, информацию министра внешней торговли Йожефа Биро: «В два раза увеличится число венгерских предприятий за границей» (*Magyar Nemzet*, 9 февраля 1969 г.)

⁷⁴ *Handelsblatt*, 15 августа 1967 г.; MILUTINOVICS, 62—63. р.

⁷⁵ *Külkereskedelem*, 8/1968. 272. р.

⁷⁶ Там же.

б) В рамках экономических связей между Востоком и Западом на уровне предприятий самой значительной формой является *производственная кооперация*, которая распространяется на согласованную в договоре совместную организацию, координированное определение производства, развития и сбыта той или иной продукции, группы товаров или же той или иной более узкой отрасли. Известны *различные формы кооперации*. Известно, например, советско—французское сотрудничество в области разведки по нефти, в области использования морских источников сил, в области развития техники в области сельскохозяйственной и пищевой промышленности, разработки математических методов хозяйствования предприятия, развития промышленности атомной энергии, в области исследования космоса, самолетостроения и связи. (SECAM).⁷⁷ Одной из самых крупных сделок экономической кооперации Востока и Запада — по мнению американской печати это «сделка века»⁷⁸ — был договор копродукции между советской автомобильной промышленностью и ФИАТ по крупному и быстрому развитию советского производства автомобилей. Советские торговые органы в марте 1957 года заключили договор с английским концерном Plessey; пятилетний генеральный договор был первым соглашением в области производства счетных машин, которое Советский Союз заключил с западной страной; это крупный т. н. «Package deal», который содержит различного вида техническую и промышленную кооперацию, продажи, покупку лицензий и т. д.⁷⁹ Если в соответствии с порядком управления народным хозяйством в Советском Союзе подготовка к заключению договоров — а значит, международная организация производства и рынка — и не входит в компетенцию производственных предприятий, которых это касается, все же носителями устойчивой международной кооперации в конце концов являются они, спецификация и кооперация на уровне производства все же возникает, в этом заключается существенная сторона дела. *Болгария* заключила соглашение с западно-германскими фирмами KELLER и KNAP-RICH, по которому немецкая фирма все производство пишущих машинок перемещает в Пловдив.⁸⁰ В кооперации одного чехословацкого завода и английского CALLAGHAN et SON Ltd. производят машины-автоматы для текстильной промышленности, совместно осуществляют сбыт на мировом рынке и заботятся об услугах, следующих за продажей.⁸¹ *Югославский* завод аккумуляторов (Заграб) заключил договор со шведской фирмой TUDOR

⁷⁷ АДАМ, 73. р.

⁷⁸ Такая формулировка содержится в экономическом отделе одной из самых авторитетных экономической и политической еженедельной газете Америки, *Newsweek*, в то время как в статье *Capitalizing on Communism* жалуется на то, что американские предприятия не уделяют достаточного внимания кооперации с социалистическими странами и поэтому США в этом обещающем соревновании отстает от западноевропейских стран. *Newsweek*, 25 декабря 1967 г.

⁷⁹ АДАМ, 77. р.

⁸⁰ АДАМ, 71. р.

⁸¹ АДАМ, 71. р.

по совместному техническому развитию производства аккумуляторов и качественному увеличению этого производства.⁸² Венгерские предприятия также заключили значительное число договоров по кооперации. Венгерский Кабельный комбинат в 1968 году заключил договор с французской фирмой SAT, который делает возможным, чтобы ВКК производил и экспортировал гораздо совершеннее, чем до сих пор, — пригодные для 960 вместо 60 разговоров — кабели связи. В мае 1968 года был заключен договор о кооперации между KONSUMEX и одной французской фирмой по производству игрушек.⁸³ С точки зрения программы строительства венгерских дорог особого внимания заслуживает кооперационное соглашение, заключенное с одним из членов концерна VOLVO о совместном производстве машин по строительству дорог.⁸⁴ Венгерский МЕДИКОР заключил договор кооперации с западно-германской фирмой по развитию производства и сбыта медицинских инструментов, между западно-германским Крупном и венгерским Чепельским металлургическим комбинатом по производству по венгерскому проекту токарных станков-автоматов;⁸⁵ Будапештский завод радиотехники с фирмой Wollke по координированному расширению производства, развития и сбыта магнитофонов,⁸⁶ договор между MONIMPEX и RASCHE, фирмой Beingen/Rhein по увеличению продажи в ФРГ венгерского вина «Токайски самородни.»⁸⁷ Чрезвычайно интересно, что ОЖИС заключил договор с предприятием агентом Intercooperation с тем, чтобы мог сотрудничать в исследовании возможностей зарубежных коопераций, в подготовке их практического осуществления. Intercooperation принимает участие в разработке конструкций наемных работ, в подготовке коопераций, которые могут быть созданы при производстве различных кооперативных товаров.⁸⁸ Этот перечень можно было бы продолжить, ибо в настоящее время возникло гораздо больше, чем мы перечислили выше, договоров в отношении востока и запада и подготавливаются новые.⁸⁹

10. *Иностранные фирмы внутри страны.* Дальнейшим новым и существенным организационным элементом международных экономических связей — также и в реляции Восток-Запад — функционирование иностранных предприятий внутри той или иной страны осуществляется путем размещения внутри страны их представительств или скорее их филиалов или же их дочерних предприятий. Лишь в качестве примера укажу на следующее.

⁸² MILUTINOVICS, 63. p.

⁸³ *Külkereskedelem*, 7/1968. 229. p.

⁸⁴ *Külkereskedelem*, 8/1968. 257. p.

⁸⁵ *Süddeutsche Zeitung*, Sept. 13. 1966.

⁸⁶ *Magyar Hírlap*, 13 июня 1968. г.

⁸⁷ *Külkereskedelem*, 10/1968. 320 p.

⁸⁸ *Magyar Nemzet*, 1 февраля 1969 г.

⁸⁹ См., например, сообщение газеты *Magyar Hírlap* «Договоры кооперации, переговоры» (13 июня 1968 года), сообщение «*Magyar Nemzet*» О новых соглашениях о кооперации и совместных предприятиях (9 февраля 1969 г.).

Возьмем мирового масштаба IBM. Зарегистрированная в Венгрии фирма является Обществом с ограниченной ответственностью IBM в Венгрии.⁹⁰ Обратное происходит при создании отечественных предприятий за границей. В принципе же, а также с точки зрения постепенного становления международного рынка и производства это также важное явление. Важно это и богато проблемами и в отношении юридических аспектов нового явления, точно так же, как и с практической и принципиальной точек зрения.

§ 3. Проблемы и задачи правовой науки

11. Социалистическая правовая наука об интеграции в настоящее время.

В основных чертах мы уже могли видеть основные элементы тенденции, развертывающейся в международном экономическом сотрудничестве социалистических стран, здесь новая концепция международных экономических связей Венгрии. Невольно возникает вопрос, *как относится ко всему этому социалистическая правовая наука, точнее венгерская правовая наука; что можно показать в качестве сводки о положении?* Речь идет не о том, что правовая наука должна разработать экономические элементы новой структуры, строить дальше обрисованные выше экономическо-структурные учреждения. Часть их сейчас уже имеется налицо, хотя и не в их окончательной форме. Их дальнейшее развитие, качественное и количественное создание их является вопросом решений государств, а отчасти международных экономическо-политических решений. То, что уже сейчас определено, это следующее. *Во-первых*, осуществление в какой-либо форме изложенной выше концепции в основе затрагивает систему наших правовых взглядов, наши многие правовые институты (для примера укажу на суверенитет, собственность); во многих областях требованиям действительности мы должны сопоставлять существовавшие до сих пор категории. *Во-вторых*, созданные до сих пор совместные предпринимательства на уровне предприятий, изложенные структурные формации в своем большинстве таковы, что единичное правовое регулирование их на длительный срок невозможно. Невозможно уже из-за возрастания их количества. А еще и потому, что одним из существенных элементов новой концепции управления хозяйства в целом является то, чтобы вместо единичных административных и правовых мер движения хозяйства на уровне предприятий подчинялось нормативному порядку. В чем же заключается нормативный порядок этой новой структуры относительно изложенных организационных формаций новой концепции международных экономических связей?

⁹⁰ Как известно, IBM (International Business Machines Corporation) является самой крупной фирмой в области электронной промышленности в капиталистическом мире. Общество с Ограниченной ответственностью в Венгрии в кругу своей деятельности издало сейчас на венгерском языке информацию относительно одной крупной группы машин, IBM IBM 360—20, т. е. рекламное издание. *Общее изложение IBM 360—20*, издает Общество с ограниченной ответственностью IBM в Венгрии. Будапешт, 1968. 37 р.

Два десятилетия и на протяжении длительных лет в отношении предприятий право и правовая наука стояли перед задачей, что в организации строящегося в своей основе на общественной собственности народного хозяйства в пределах страны какие правовые структуральные единицы государство должно создавать, каким образом включает их в новый социалистический порядок организации, управления народным хозяйством, каким образом отграничивает структурные единицы народного хозяйства от деятельности зарубежных предприятий. И не только то, как защищается от иностранного дискриминационного реагирования на национализацию. Но и таким образом, что посредством монополии внешней торговли, исключительных международных операций внешнеторговых предприятий каким образом ставить внутренние единицы в независимое положение от колебания международного рынка, от очевидного кризиса капиталистического хозяйства. Государство в механизме внешнеторговых предприятий как порогов хозяйства страны устранило различного вида влияния заграницы на внутренние предприятия, сделало его косвенным и соответственно концепции внутреннего управления хозяйства трансформировало на единицы народного хозяйства. Вторая задача состояла во включении хозрасчетных единиц без того, чтобы возникали какие-либо противоречия, без таких противоречий — в процесс реализации центральной государственной воли в области хозяйства (плановые договоры). В последние годы мы вновь стояли перед новой задачей: в новом хозяйственном механизме значительно расширилась компетенция предприятий, повысилась их действительная самостоятельность вплоть до признания компетенции по объединению, самостоятельному осуществлению капиталовложений, что с организационно-правовой точки зрения вызывает массу новых явлений и новых задач, начиная с создания законодательных актов, относящихся к предприятиям и договорам поставки до того, как обстоит дело сейчас уже с вопросом относительной правоспособности юридических лиц, и каким образом, например, в договорах предприятий может возникнуть из-за нарушения воли — самостоятельной воли — недействительность со всеми её многими правоводогматическими аспектами. В отношении же состояния *de lege lata* процессов по объединению — как на это указывается и в литературе — здесь следует еще ожидать лучшего. В силу всего этого по сравнению с этим в качестве новейшей и более сложной проблемы выступает организационная реструктуризация в международном масштабе. Непосредственное связание народнохозяйственных единиц с зарубежными единицами соответствующих отраслей, более непосредственное включение всего нашего народного хозяйства в социалистическую и несоциалистическую международную экономическую среду вообще, международная кооперация предприятий, в особенности вертикальная и горизонтальная интеграция в международном масштабе на уровне предприятий. Правовое учреждение их в социалистических странах — в особенности в странах СЭВ — является новой, еще неразрешенной задачей.

Среди стран-членов СЭВ, как мне известно, венгерская правовая наука пожалуй быстрее всех реагировала на эту новую проблематику. Прежде всего тем, что в 1968 году была организована международная конференция по новым проблемам экономических связей социалистических стран.⁹¹ Несмотря на это, число написанных на эту тему статей очень незначительно. К ним относится реферат *Миклоша Вилаги*, прочитанный им на вышеуказанной конференции под заглавием «О правовых и организационных вопросах совместных предприятий стран-членов СЭВ».⁹² К этому примыкали два другие реферата конференции: доклад *А. Б. Алтшулера* о правовых вопросах многосторонних расчетов,⁹³ и реферат *Ласло Надь* о проблемах трудового права совместных учреждений.⁹⁴ Подняв несколько основных принципиальных вопросов, это было первым взвешиванием проблем в этой области. В отечественной литературе появилась еще статья *Ласло Силады*, в связи с законодательным актом, относящимся к заключению договоров специализации и кооперации между венгерскими и германскими, а также венгерскими и чехословацкими хозяйственными организациями, которая под заглавием: «Новая правовая форма социалистического международного экономического сотрудничества» всего лишь в объеме двух журнальных страниц рассматривает важнейшие вопросы этого нового института.⁹⁵ Третья статья под заглавием: «О заинтересованности МЕДИМПЭКС за границей», написанная *Тибором Эрдеи* и *Белой Лацаи*, в отношении вопросов, имеющих также важное значение, выдвигает такие, в принципиальном отношении и законодательным путем еще не разрешенные вопросы, что лучше подходит для формы совместного предприятия: акционерное общество или же общество с ограниченной ответственностью.⁹⁶

Это все и, конечно, этого мало. Вряд ли лучше обстоит дело в остальных социалистических странах.⁹⁷ Если это так, и очевидно это так, когда *Миклош Вилаги* в своей статье «Право и экономическая политика» говорит, что хотя сложение права и правовых средств определяет экономическая политика, а как экономическая политика она сама также свои импульсы получает из экономической основы,⁹⁸ тогда наша правовая наука находится в долгу в особенности в отношении соответствующего реагирования на новый механизм международных экономических связей, разработки правовых средств этого механизма. Актуальные задачи правовой науки в этой области сейчас уже происходят не из экономической основы или же только из неё, новая экономи-

⁹¹ О конференции подробно см. LONTAI, 479 et seq.

⁹² Список литературы: VILÁGHY (2).

⁹³ Список литературы: ALTSULER.

⁹⁴ См. Список литературы: NAGY.

⁹⁵ См. Список литературы: SZILÁGYI.

⁹⁶ См. ERDEI—LACZAY.

⁹⁷ До сих пор известна статья BALOG, BOGUSZLAVSZKI, SPILLER (см. Список литературы).

⁹⁸ VILÁGHY (1) стр. 1 и послед.

ческая политика в большей части сформулировала уже и задачи права, а также правовой науки.

Можно было бы сказать, что если правовой науки нет, то позитивное право во всяком случае держало шаг с экономическими результатами. Довольно общим историческим опытом является то, что при важных новых общественно-экономических мероприятиях носители руководства реформы не ждут подробной научной разработки предварительно всех экономических и правовых проблем реформы, ибо это, как правило, требует много времени, это длительная задача. При прокладывании путей, в борьбе за это руководство опирается на образованных с точки зрения экономической науки и права советников, в то же время быстро и решительно принимает необходимые меры; когентная юридическая формулировка, уточнение, подробная научная разработка отдельных элементов реформы следуют после этого, для этого, как правило, имеется уже больше времени. Само по себе и это является чрезвычайно важной научной задачей, ибо для хорошего функционирования юридической структуры нового механизма требуется еще много работы. Необходимо подробно разработать новые институты, необходимо регулировать их отношения к структуре в целом, а также их связь с сохранившимися элементами прежней правовой структуры. Но интересным здесь является то, что по правовой линии в секторе международных экономических связей реформа вряд ли сформулировала что-нибудь. Кроме законодательного акта, относящегося к связям по производственной кооперации,⁹⁹ а также решения экономического комитета о производственной кооперации на уровне предприятий между Востоком и Западом¹⁰⁰ в отношении организационной структуры кооперации другие юридические мероприятия не были приняты. Безусловно, представляли это таким образом, что формулирующие новый механизм новые внутренние законодательные акты, которые делают возможным объединение предприятий и кооперацию в области производства и развития, а также отчасти сохранивший силу торговый закон прошлого столетия и отчасти существующие, а отчасти подвергающиеся постоянному развитию коллизионные юридические нормы, определяют в будущем отправные правовые рамки нового экономического движения и по ходу сложится более дифференцированная правовая структура. Очевидно, необходимо будет в этой области провести значительное правотворчество. Об этом говорят те многие открытые вопросы, которые по ходу должны быть как можно быстрее разрешены в области международного объединения предприятий и производственной кооперации. Это вполне понятно и очевидно, если учитывать тот факт, что впервые представители экономической науки указывали на необходимость

⁹⁹ См. *Инструкцию по специализации и Решение Экономического Комитета по специализации.*

¹⁰⁰ См. *Решение Экономического Комитета о кооперации предприятий Востока и Запада.*

институционального урегулирования новых международных экономических связей, на необходимость правового регулирования новых форм предприятий. В венгерской экономической литературе возникла мысль и о европейском крупном предприятии.¹⁰¹ Эти идеи сейчас явны и для теоретических и практических юристов других, затронутых областей. На упомянутой сегедской международной конференции неоднократно подчеркивалось, что для развития совместных учреждений нынешнее внутреннее правовое регулирование сильно отстает. Или не существует вообще, или существует в форме законов о торговле, пригодных для капиталистических отношений.¹⁰² Здесь я не хочу говорить о существующем в этом отношении положении в других странах СЭВ, не хочу подробно говорить от их имени, но положение у нас не лучше. Лишь попутно укажу на то, что, например, советский закон о предприятии хотя и делает возможным в своих лаконичных распоряжениях объединение между внутренними предприятиями,¹⁰³ но о том, «каким образом» это должно происходить, при каких условиях, как регулируется руководство, нет нормативных распоряжений ни в этом законе, ни в других. Право действительно создающихся объединений определяет договор товарищества как *ins speciale*.¹⁰⁴ Иной вопрос, что со стороны Советского Союза о внутренних предприятиях как субъектах международных товариществ говорить нельзя и соглашения о кооперации и специализации также заключают министерства, а внешне-торговые договоры — внешнеторговые предприятия. Здесь я хотел лишь указать на то, что наши предприятия, совместные учреждения не могут опираться на сложившееся право о товариществах в странах СЭВ. Нет и всеохватывающего международного соглашения, которое определило бы правовые рамки, хотя на это указывалось также на упомянутой сегедской конференции.¹⁰⁵ Международного характера урегулирование договоров кооперации и спецификации — какой-либо международного характера вид регулирования, о котором уже шла речь в указанных выше венгерских законодательных актах¹⁰⁶ — сейчас уже и органы СЭВ считают актуальным.¹⁰⁷

¹⁰¹ VALDA (1), 65—67. p. Встречаются еще более определенные формулировки, что «в дальнейших стадиях развития от СЭВ ждем того, чтобы он создал организационно-правовые рамки международного социалистического крупного предприятия» (VALDA, Имре: *Műtársunk a KGST-től?* (Что мы ждем от СЭВ?), в *Magyar Nemzet*, 31 дек, 1967 г.

¹⁰² LONTAI, 481. p.

¹⁰³ § 10 Положения о советском предприятии (1965).

¹⁰⁴ В настоящее время проводятся подготовительные работы по научной и принципиальной разработке подробного общего регулирования с участием Института государства и права АН СССР.

¹⁰⁵ См. LONTAI, 479—481. p.

¹⁰⁶ См. Список литературы: *Инструкция по специализации*.

¹⁰⁷ За 37 заседании Исполкома СЭВ (в ноябре-декабре 1968 года) в программе и занятой позиции в отношении «общих экономических, внешнеторговых и финансовых вопросов, связанных с дальнейшим развитием специализации производства и кооперации, а также порядка и сроков их разработки» среди актуальных задач говорилось о разработке правовых вопросов, относящихся к подготовке, заключению и исполнению договоров (соглашений, частноправовых договоров), связанных с международной специализацией и кооперацией производства.

Очевидно не случайно — как это было указано и на сегедской конференции — один из видов деятельности по первой унификации права Общего Рынка направлен как раз на урегулирование на международном уровне права совместных предприятий и учреждений.¹⁰⁸ Не случайно, далее, что Югославия была первой страной, которая ввела всеохватывающее правовое регулирование в отношении объединения предприятий и производственной кооперации международного уровня; и здесь выдвинулись впервые практические вопросы этой международной экономической концепции.¹⁰⁹ В целом ряде законодательных актов¹¹⁰ регулируются все те вопросы, которые касаются внутренних объединений хозяйственных органов Югославии, а также объединений югославских и иностранных хозяйственных организаций. Уже само анализирование некоторых проблем показывает, что речь идет о многослойной проблематике. В кругу иностранных физических и юридических лиц законодательные акты содержат единые распоряжения (не проводят различия, например, между капитальным строительством в Югославии предприятия социалистической и несоциалистической страны, сотрудничеством с югославским предприятием). Особенностью Югославии является то, что законодательные акты в кругу совместных капиталовложений и сотрудничества с зарубежными фирмами также осуществляют концепцию самоуправления предприятий и это детально регулируют. Так, например, в позитивно-правовом смысле не идет речь о создании общей собственности, которая в какой-либо форме не находилась бы под исключительным управлением коллектива предприятия, а которым какое-либо иностранное предприятие владело бы

¹⁰⁸ Прежде всего см. проект соглашения, *Projet*, относящийся к европейскому предприятию, подготовленный в 1966 году SANDERS, далее, к принципиально-научным подготовительным работам следующие источники; авторы: *Rapports Européens, Europa-Kolloquium, GROEVEN, SCHOLTEN, LELEUX, LACAN, HOVIN.*

¹⁰⁹ См. *Legislation Yougoslave.*

¹¹⁰ Важнейшие:

Закон об изменении и дополнении основного закона, относящегося к предприятиям (Официальный орган Федеративной Республики Югославии, 31/1967);

основной закон о создании хозяйственных палат и об экономическом сотрудничестве предприятий (Официальный орган ФРЮ, №№ 28/1960, 16/1961, 13/1963, 10/1965, и 31/1967);

закон об имущественных средствах хозяйственных организаций (Официальный орган ФРЮ, №№ 17/1961, 30/1962, 53/1962, 14/1965, 29/1966, 1/1967, 7/1967 и 31/1967);

закон о доходах тех зарубежных физических и юридических лиц, которые осуществляют капиталовложения в югославских хозяйственных организациях, т. е. ведут совместную с югославскими хозяйственными организациями деятельность (Официальный Социалистической орган Федеративной Республики Югославии, № 31/1967);

закон о торговле зарубежных и иных, направленных за границу хозяйственных услугах (Официальный орган Социалистической Федеративной Республики Югославии, №№ 27/1962, 14/1965, 28/1967);

закон о международных кредитных сделках (Официальный орган СФРЮ, № 29/1966);

закон о сделках, касающихся иностранных выплат (закон о валюте) (Официальный орган СФРЮ, № 29/1966);

распоряжение о сотрудничестве зарубежных предприятий в свободных таможенных тарифах (Официальный орган СФРЮ, № 20/1967).

решительным образом. Юридические проблемы этого разрешили таким образом, что иностранный участник не будет собственником совместного предпринимательства, принимает участие в его управлении не на основе правомочий собственника, а он имеет обязательственные права на основе обязательственного договора, возникающего между создающими это предпринимательство двумя органами. Упомянутые законы регулируют максимальные пределы иностранного участия (49%), правовые средства совместного управления, размер материальной ответственности, порядок перечисления прибыли, налогообложение, порядок регистрации совместных предпринимательств и т. д. В кругу возможности сотрудничества зарубежных предприятий с внутренними предприятиями вместо единичных концессий осуществляется нормативный принцип. Это происходит таким образом, что закон говорит, что договор товарищества становится действительным с принятием его на учет при Федеративном Секретариате по Хозяйственным делам. Основными же элементами нормативных предпосылок являются: на учет не принимается договор, если он не соответствует указанным в законе распоряжениям, если он не служит развитию производства, повышению производительности и экспорта, не служит введению новой технологии и новой организации производства, и вообще, если он не расширяет компетенцию югославского хозяйства, если условия деятельности запланированной конкретной единицы не соответствуют тем экономическим условиям, с учетом которых сотрудничество в области международных связей осуществлялось бы, если договор существенно нарушает равенство югославской и иностранной сторон, если иностранный взнос происходит из таких, не финансовых взносов (изобретения, лицензии, технология), которые нереально оценивали; если договор нарушает интересы безопасности и охраны страны. Федеративный Секретариат по Экономическим вопросам в течение 2-х месяцев должен решить вопрос о принятии на учет; Секретариат перед вынесением решения по делам, касающимся безопасности и охраны страны, обращается к компетентному федеративному органу, ответ которого является обязательным без обоснования его. Решение Секретариата в течение 15 дней может быть обжаловано в Федеративный Исполнительный Комитет. Регистр совместных предпринимательств, договоров сотрудничества публичный. В дальнейшем подробном изложении здесь уже нет необходимости. И вообще это не разрешит проблемы, *de lege ferenda* Югославии и остальных стран-членов СЭВ, как бы ни был важен сравнительный материал.

Необходимо считаться с тем, важным с экономической точки зрения фактом, что без более прочного по сравнению с нынешним правового регулирования, без соответствующей правовой уверенности и соответствующих гарантий нельзя ожидать более значительные такие объединения зарубежных предприятий с отечественными хозяйственными органами, которые направлены были бы на совместные капиталовложения и экономическую дея-

тельность внутри пределов нашей страны. Это, очевидно, является одним из объяснений того, что в то время, как мы уже кооперировались, как уже выше видели, во многие иностранные торговые общества, то обратное еще не произошло. Очевидно, эта точка зрения привела Югославию к упомянутому правовому регулированию, и если не в таком большом количестве, но — как мы уже видели — на её территории созданы международные торговые товарищества. На сегедской конференции было подчеркнуто также, что отдельные социалистические страны — из-за соображений, связанных с суверенитетом — воздерживаются по делу интегрированных экономических учреждений отчасти потому, что не будучи таковыми, просто не знают того комплекса законодательных актов, часть материальных мощностей, находящихся под его господством, уступили, когда её выпускают из-под их внутреннего правопорядка и суверенитета.¹¹¹

Разрешение изложенных выше и иных юридических задач, изучение вопросов, связанных с правовым сформулированием экономической интеграции откладывать можно, очевидно, лишь до тех пор, пока начнется процесс интеграции, т. е. подготовка этого процесса.¹¹²

12. *Задачи и проблемы права, правовой науки — направления искания ответа.* Конечно, можно было бы сказать, большой опасности еще не существует. Созданные до сих пор совместные учреждения, созданные главным образом в связи стран-членов СЭВ предприятия и иные общие экономические предпринимательства соответственным образом урегулированы в форме единичных международных договоров или иных единичных юридических документов. Но в том положении, когда уровень экономического сотрудничества перемещается с межгосударственного уровня на уровень предприятий, а с другой стороны, в численном отношении сильно повышается, *единичными* межгосударственными актами оперировать уже невозможно. Не говоря уже о том, что интеграция будет значительно повышать значение межгосударственного взятия экономических обязательств и важность их дифференцированного правового определения. Итак, принятие юридических мероприятий срочно и необходимо. Новый хозяйственный механизм, развертывающиеся на его основе экономические последствия означают такой *вызов в отношении права и юридической науки*, с которым безусловно надо считаться.

Необходимо исходить из того факта, что в действительности еще почти все юридические вопросы ждут своего анализа. *Каковы эти юридические вопросы?* Я не доходил бы до той более общей теоретической проблемы, как относится новая структура управления международных экономических

¹¹¹ См. выступление Фэрэнца Мадла (LONTAT, 481. р. который указывает на некоторые проявления этого воздерживания, см., например, SURPAT — JONEL.)

¹¹² К этому времени страны-члены СЭВ создали совещательный комитет по юридическим вопросам, который призван к осуществлению в некоторой части этой функции. Подробнее см. пункт 25/б настоящей статьи.

связей или до этого структура управления нового внутреннего механизма к экономической основе, является ли это волевым идеологическим отношением и поэтому находится скорее под нашим господством, или же в качестве материального отношения примыкает непосредственно к базису. Хотя этот общий философский экономический вопрос в связи с венгерской реформой управления хозяйством поднимался в правовой науке,¹¹³ более подробное рассмотрение её выходит за рамки круга проблем данной статьи. Далеко вело бы, а возможно еще преждевременно исследование вопроса, какова будет, какова могла бы быть юридическая форма, формулирующая представления об экономической интеграции социалистических стран — в зависимости от состояния соответствующего развития (всехватывающий международный договор, норматива СЭВ, система различных договоров?). Определяющую роль в этом будет принадлежать, очевидно, и тому, каким образом сложатся вопросы содержания интеграции. Но уже сейчас следует исследовать очень много важных вопросов.

13. На переднем плане вопросов — без того, чтобы нижеследующая очердность имела бы своей целью определить какой-либо порядок ценностей — стоит, бесспорно, проблема *суверенитета*. В связи с экономической интеграцией СЭВ суверенитет с различных сторон подвергался уже исследованию, в юридической взаимосвязи же можно сказать совершенно незатронутая область, в то время как при разработке юридических документов международных экономических учреждений — выражено или же скрыто — постоянно «имелся налицо», и это в будущем будет так.¹¹⁴ С одной стороны, выдвинули и это вновь и вновь проявляется при различных проектах, попытка характера интеграции СЭВ — вопрос о том, что «принятие таких решений, создание институтов, которые некоторые руководящие функции, входящие в компетенцию компетентных партий и государств, относили бы к компетенции стоящих над государством органов и организаций, . . . нарушало бы национальную независимость и суверенитет государств-членов»,¹¹⁵ основывающиеся на общей собственности совместные предпринимательства нарушают принцип суверенитета, независимости и невмешательства во внутренние дела друг друга.¹¹⁶ С другой стороны, существует мнение, что суверенитет означает действительную верховную власть, не только вообще над территорией, но и над различными национальными ценностями, хозяйственной мощностью

¹¹³ FISZERE, 13., KNAPP, 21 p., и след. SZAMEL, 10 p. VILÁGNY, (1) 4 p. и след.

¹¹⁴ Это было предметом московской конференции по вопросам экономической науки (см. *Дискуссию о связи государственного суверенитета и экономической интеграции на научной конференции стран-ленов СЭВ*. Информационный материал опубликован в газете «*Népszabadság*» 14 сентября 1967 года; об этом писал *Имре Вайда* в своей важной статье о вопросах интеграции и национального государства [VÁJDA (2), в юридической науке это затрагивал Вилаги в своем докладе на сегедской конференции (VILÁGNY (2) 8. p.) и в прениях Ференц Мадл и Иван Сас (см. LONTAI, стр. 481).

¹¹⁵ См. список литературы: SURPAT — IONEL.

¹¹⁶ MURGESCU, 1269. p.

страны. Но понимаемый с таким содержанием суверенитет означает не только осуществление исключительной власти, но имеет своей целью и увеличение этих национальных ценностей и национальных экономических мощностей. А поскольку в силу наших объективных условий ценой экономического роста является интеграция, интеграция по существу совпадает с завершением суверенитета.¹¹⁷ Выше мы уже встречались с более динамичной формулировкой, которая вместо «функции механического равенства» желает осуществить «реальное равноправие».¹¹⁸ Но вызовет ли это какие-либо изменения в том факте, что при существовании интеграционных органов и учреждений — т. е. если интердепенденция становится активным сотрудничеством — процесс интеграции все же все более уносит с области классического понятия суверенитета, исключительной власти. И для Франции было неожиданным, когда по Римскому Договору — правда, сомногими, сформулированными сложностью и оттенками буржуазного правого мышления организационными и правовыми гарантиями — после переходного периода возникла бы возможность для вынесения решений большинством голосов высшего органа Общего Рынка (*Совета*), для того, чтобы отдельные правомочия внутренних органов, исключительно уполномоченных на осуществление национального суверенитета, перешли к компетенции супернациональных органов. Связанный с этим кризис «люксембургское соглашение» разрешило пока что обойдя основной вопрос. Главное: необходимо стремиться к единокласным точкам зрения. Итак, концепция, скрывающаяся за понятием «классического» суверенитета в развивающемся интеграционном процессе, правда, в относительно «узкой» области (лишь в самой существенной области публично-властных мероприятий, и не в интеграции вообще) все же одержала верх.¹¹⁹

Встает вопрос, не следовало бы все же более дифференцированно сформулировать нашу позицию в отношении суверенитета, чем как это делает упомянутый выше традиционный взгляд или требующие чего-то иного, нового пока еще по известной причине без всякого дальнейшего правового дифференцирования? Это дифференцированное формулирование может иметь широкий спектр. Спектр в целом обрисовать здесь было бы трудно, но отдельные его элементы уже сейчас целесообразно было бы принимать во внимание.

Надо было бы, например, подумать над тем, в рамках международных нормативов нельзя ли, не надо бы ли предположить институционализирование какого-либо *представительного механизма*? Такой механизм значительно увеличил бы вес интеграционных органов как исполнительных, оперативных учреждений, их конституционную структуру, морально-политический авторитет, а это требование обнаруживается уже сейчас. В нем — в форме

¹¹⁷ Список литературы: VAJDA (2).

¹¹⁸ См. Список литературы: NYERS.

¹¹⁹ Подробнее об этом идет речь в последующих главах настоящей статьи о западно-европейской экономической интеграции.

совещания, проявления инициативы, контроля и иных формах — могли бы осуществляться основные принципы демократической системы социалистических стран. Те принципы, которые на практике реализуются во внутренней организационной структуре национального суверенитета.¹²⁰ К кругу этих соображений следует отнести укрепление такой практики, чтобы в механизме введения в действие единичных или общих международных нормативов, изданных органами СЭВ, в особенности формулирующих с правовой точки зрения экономическую интеграцию, соответствующая роль принадлежала внутренним представительным органам (президиуму, государственному собранию). Более важные нормативы (рекомендации, решения, соглашения) должны обсуждаться, утверждаться этими органами, опубликовываться в качестве закона или указа и т. д. Укрепление такой практики вытекает из того конституционного принципа, что органы народного представительства являются хранителями суверенитета и они имеют право и обязанность по важнейшим вопросам, касающимся международных экономических связей страны, в обеспеченных для них конституционных формах высказывать свое мнение, занимать позицию. Здесь хотелось бы указать лишь на один хороший пример складывания в этой области желательной практики. С 1958 года для договоров поставки внешней торговли между предприятиями стран-членов СЭВ руководящими были Общие Условия Поставок 1958 года (ОУП). ОУП, как известно, не что иное, как такого характера, относящийся исключительно ко внешней торговле гражданско-правовой кодекс, каким является — естественно имеющий силу внутри страны — Гражданский Кодекс. Регулирует много таких вопросов — отчасти по-иному — что и Гражданский Кодекс (заключение договора, гарантия, ответственность, санкции, давность и т. д.). Исходя из этого, ОУП с обязательным характером в большей части регулировали такие же вопросы, что и ГК; то, что эти вопросы затрагивают значительный круг заинтересованных субъектов, что в своем регулировании во многих отношениях отличались от ГК, привело бы к тому, что разработанные в сотрудничестве СЭВ ОУП Венгрия ратифицировала бы и объявила бы законодательным актом на уровне закона. Но это не произошло. ОУП были опубликованы в качестве приложения к одной директиве (не постановлению) министра внешней торговли, к директиве Министра внешней торговли № 5/1958 «о введении в действие Общих Условий Поставок, созданных между социалистическими странами Европы». Радостным событием по сравнению с этим было то, что новые ОУП 1968 года, разработанные в Постоянной Ко-

¹²⁰ В венгерской литературе — опять-таки не в юридической, а в экономической — эта идея была выдвинута *Имре Вайда* [Vajda (3)]: авторитет, дееспособность и компетенцию СЭВ в значительной мере повышало бы, если бы при исполнительном комитете имелись органы, наделенные совещательной, контрольной компетенцией, а также представительный и располагающий правом инициативы орган; этим самым СЭВ приспособился бы к демократической системе социалистических стран и одновременно с большим весом представлял бы на международных форумах экономические интересы социалистических стран».

миссии по внешней торговле и которые постоянная комиссия рекомендовала ввести в действие с 1-го января 1969 года, в Венгрии являются законодательным актом на уровне закона, они были введены в действие указом Президиума Народной Республики № 35 за 1968 год.

Выше уже шла речь о том, что в данном положении экономическая интеграция означает и требует некоторой организационной реструктуризации международных экономических связей. *В организационной реструктуризации дифференцированно может выразиться охрана суверенитета.* Основные элементы этого на правовом уровне можно обрисовать в ниже следующем:

На государственном уровне экономического сотрудничества *suí generis* будет возрастать в первую очередь та деятельность государств, которая выражается в определении и сложении путем нормативов непосредственного сотрудничества хозяйственных организаций и иных хозяйственно-политических условий и целей. В создании таких нормативов (соглашений и договоренности, например, об основных принципах непосредственного сотрудничества или создания и функционирования совместных предприятий, о каком-либо совместном важном координирующем экономическом учреждении, о важном совместном предпринимательстве) страны-члены принимают участие как суверенные государства и, естественно, в процессе этого осуществляют сво и интересы и соображения. Созданные таким образом, т. е. путем общих международных нормативов условия не означают ли уже в принципе в области различных совместных предпринимательств более оптимальные предпосылки осуществления суверенитета, чем это существует сейчас?

По уже указанным выше причинам в интеграции возрастает участие государств (государственных органов) во взятии на себя конкретных общих экономических обязанностей; в области сотрудничества на государственном уровне необходимо считаться со значительной непосредственно хозяйственного характера деятельностью. Это может выражаться в координированном сложении той или иной производственной деятельности, предполагающей взаимные материальные обязательства, в общих крупных капиталовложениях, в создании совместного предприятия и т. д. А это, очевидно, вызывает необходимость такой юридической формулировки материальной ответственности государств, которое в кругу функции оперативного хозяйствования необходимо для безопасного ведения хозяйства. Непосредственное участие государства в хозяйствовании как своеобразное и естественное социалистическое явление, с одной стороны, и необходимые в непосредственных хозяйственных операциях правовые гарантии, способность брать на себя обязательства, с другой, это такая функция, в соответствующем разрешении которой заинтересованы все социалистические страны-члены СЭВ, и они сейчас уже идут по пути её оптимального разрешения, начались подготовительные юридические работы.¹²¹ Решение этой проблемы — соответствующее определе-

ние материальной ответственности государства очевидно, опять один элемент защиты суверенитета в его специфическом аспекте.

Дальнейшим существенным элементом ожидаемого нового механизма сотрудничества, планируемой экономической интеграции является то, чтобы в этом сотрудничестве совместное ведение и координированное создание производства, развития торговли и услуг в данных областях переходило скорее на уровень предприятий. *В случае же сотрудничества предприятий проблема суверенитета непосредственно не встает.* Те, кто и в договорных обязательствах, взятых предприятиями, в совместном предприятии, созданном в процессе сотрудничества, т. е. и в отчасти подпадающем под иностранное господство совместном предпринимательстве видят возможность ущемления суверенитета, должны продумать следующее. Они должны больше учитывать тот факт, что предприятия, создающие товарищество, в конечном счете *предприятия суверенного государства*, в конце концов от них зависит, (от внутренних законодательных актов, от принятых с их участием, с их согласия международных нормативов по этому предмету), на каких условиях разрешают иностранные товарищества, каким образом делают возможным размещение внутри страны какого-либо иностранного предприятия. Следовало бы сделать более достоверным то предположение, что предприятие, связанное точками зрения нового механизма на материальную заинтересованность, а также многими иными национальными обязательствами, наверняка бережет каждую копейку и не обязывает себя необдуманно, не обеспеченными правовыми гарантиями договорами. Таким образом тот мелкий элемент суверенитета, который государство через свою экономическую мощь «выносит и за границу», находится в надежных руках. *Предприятие в позиции и положении, которые нельзя предвидеть на уровне суверенов, способно лучше, чем суверен, хозяйствовать порученным ему имуществом.* Путем объединения и кооперации на уровне предприятий несомненно и то, что при отдельных конкретных экономических предпринимательствах данная развитая отрасль нашего народного хозяйства и кооперирующие единицы могут исходить и оперировать сильной правовой позицией в области торговли и в международном масштабе могут приобрести решающую позицию. (Одним из определяющих принципов правовой позиции в торговле является то, что в отношении управления и доходов данного хозяйственного предпринимательства правомочия объединяющихся -- кооперирующихся предприятий или иных хозяйственных органов, правосубъектов складываются в соответствии с

¹²¹ На основе соответствующих подготовительных предложений стран-членов СЭВ на 44 заседании Исполнительного Комитета СЭВ (Москва, 11-16 декабря 1969 года) Исполнительный комитет заявил, что — как об этом пишет газета «Népszabadság» 17 декабря 1969 года под заголовком: «Исполком СЭВ принял важные решения» — «целесообразно разработать ряд мероприятий, целью которых является повышение хозяйственной ответственности сторон за исполнение взаимных обязательств».

пропорцией их материального взноса). Если конкретное хозяйственное предпринимательство же этого предметного круга организовывается в многостороннее *suī generis* сотрудничество государственного уровня, упомянутая правовая позиция в торговле в принципе отпадает, вместо неё вступает возникающая на основе суверенитета международная публично-правовая позиция, речь идет о кооперации на государственном уровне, где должен осуществляться принцип равенства государств. Проявляющееся все-таки торговое правовое действие, или направление его — поскольку речь идет о совместных предпринимательствах, предполагающих конкретное оперативное хозяйствование — может определять и то объективное обстоятельство, что в этой *suī generis* государственной формуле контрибуальная материальная сила (что обычно является основным источником и индикатором торгово-правового действия) безусловно приспособляется к размеру материального патенциала отдельных стран-участников.

Следует также обдумать и разработать вопрос: не целесообразно ли было бы при разработке двухсторонних и многосторонних конвенций о совместных предприятиях в разработку структуры трудовых и социальных условий привлекать высшие государственные органы представительства интересов и профсоюзов трудящихся. Почему же нельзя было бы этот элемент внутренней демократии перенести и на международный уровень?

Известно, что из-за многих возможных преимуществ совместных предпринимательств на уровне государств — в особенности при внутренних экономических условиях и данных условиях развития механизма сотрудничества СЭВ — они сейчас играют большую роль и в будущем нельзя ожидать какое-либо жесткое, то или иное разрешение. Объединение и кооперация на уровне предприятий является лишь одним — хотя и очень важным — из элементов процесса интеграции. Считать же это проблематичным под тем предлогом, что возможный торгово-правовой майорат противоречит суверенитету — в силу уже изложенного — при предпочтении *suī generis* государственного уровня совместных предпринимательств, как единственной другой альтернативы — вряд ли обоснованно.

Из сказанного, пожалуй, видно, в каком направлении следует искать дифференцированное и современное понимание суверенитета, и что при требовании интеграции можно найти рациональный ответ на него.

14. Как это видно из вышеизложенного, одним из существенных и по сравнению с осуществляемым до сих пор международным хозяйственным механизмом новым элементом является развертывание непосредственных экономических связей между соответствующими органами и организациями отдельных стран. *С точки зрения права что значит и каким образом осуществим канал непосредственных связей?* В действительности это гораздо сложнее вопрос, чем кажется на первый взгляд. С первой трудностью встречаемся при искании понятия непосредственных связей. В общем можно было

бы сказать, что непосредственной является такая связь, в возникновении которой между непосредственно сотрудничающими нет никакого органа, не требуется для создания её разрешения вышестоящих органов, поручения, предусмотренного в межгосударственном соглашении. Но это все еще довольно формальное понятие. Без содержания всякое понятие серо, также теория по сравнению с расцветающей жизнью. Первый вопрос, связанный с содержанием этого понятия, заключается в том, о непосредственном сотрудничестве каких субъектов идет речь. И здесь возможны многие варианты. Можно было бы сказать, что одной стороной вещи является вопрос о правомочиях в области торговли внутренних предприятий и связь государственных органов, а значит в конечном счете государства с другими государствами, другая сторона вещи. Ни в одной из этих областей нет особой проблемы. Ибо расширение правомочий в области внешней торговли это простой вопрос внутреннего регулирования, государство суверенно выступать с инициативой установления любой непосредственной связи государственного уровня и поддержания её. Но положение в действительности не так уж просто. В случае предприятий: с одной стороны, создание совместного предприятия или заключение договора специализации кооперации на длительный срок — в отношении развития непосредственных связей — часто внешнеторговые договоры; с другой стороны, речь идет о том, чтобы в этом сотрудничестве кроме внешнеторговых предприятий, а в отдельных случаях без них, принимали участие заинтересованные внутренние производственно-торговые предприятия. В случае государств и государственных органов: с одной стороны, правомочиями и самостоятельной хозяйственной ответственностью, делающими возможным взятие конкретных обязательств, государственные органы должны были бы поступать таким образом, чтобы — заключая друг с другом международные соглашения — гарантировали рациональную уверенность совместных экономических предпринимательств; с другой стороны, тенденция развития требует того, чтобы взятие конкретных материального характера обязательств переходило скорее на уровень предприятия, т. е. расширялся круг хозяйственных органов, управомоченных и на несение международных обязательств, а также расширялась их компетенция в этой области. Социалистическая экономическая интеграция — из сказанного выше — в этой области создает в правовом отношении хорошо охватываемые условия тогда, если международными нормативами и двухсторонне созданными внутренними государственными мероприятиями повышают непосредственные международные экономические правомочия хозяйственных организаций (производственных, торговых предприятий и иных хозяйственных единиц), если расширяют круг наделенных такими правомочиями организаций. При таких обстоятельствах непосредственное принятие обязательств в правовом отношении приобретает форму договоров, детализируемых с точки зрения частного права и соответственным образом гарантированы путем материальной ответственности, име-

ющейся при таких предприятиях. Но поскольку во многих странах-членах СЭВ некоторые хозяйственные организации не уполномочены на высказывание точек зрения по непосредственному принятию обязательств, не имеют права выносить данное экономическое решение, можно себе представить разработку и осуществление такого принципа, согласно которому если по какому-либо вопросу, с одной стороны, правомочие по вынесению решения входит в компетенцию государственного органа, по вынесению решения этот орган правомочие по заключению договора предоставляет той или иной определенной хозяйственной организации, т. е. предоставляет его с тем, что по отношению к зарубежной стороне взятие обязательств означает заключение договора. И при наличии этих вариантов по разрешению важно анализировать вопрос о том, нельзя ли найти иные гарантийные формы непосредственных обязательств государственных органов. Государство суверенно и таким образом может укрепить безопасность обязательств известными в гражданском праве и в торговой практике институтами по обеспечению договора, сняв в этой связи те преимущественные права (иммунитет, не подлежащее обжалованию), которые принадлежат государству как суверену. Следующей проблемой в этом кругу являются соглашения по сотрудничеству, возникающие между различными министерствами и государственными ведомствами стран СЭВ (здесь речь идет не о соглашениях о товарообороте). Эти соглашения хотя с различной интенсивностью, но действительно определяют связи данных органов, связь учреждений и организаций, действующих в данной отрасли, связь между подчиненными им отраслями, в то же время они не являются гражданскоправовыми договорами. В большинстве случаев это формы непосредственной связи. Можно ли их называть институтами гражданского права? Вряд ли, ибо непосредственные имущественные обязательства, как правило, из них не вытекают, принуждение в данном случае вообще не возникает. Можно ли было бы включить их в ряд публичноправовых договоров, в случае чего договаривающимися сторонами в конечном счете являются государства как суверены? На этот вопрос также трудно дать однозначный ответ. А может быть их следует квалифицировать как несуществующие, в правовом смысле не имеющие значения? Или же следует лучше искать пути их юридической институционализации? В терминологии советского права они называются «соглашениями» и, как видно, само собой разумеющиеся юридические категории, а «договор» как договор в узком смысле, как, например, и в венгерском праве. В зависимости от того, какую роль и какой вес они будут иметь в процессе интеграции, возникающие в связи с этим, и отчасти изложенные выше вопросы требуют всестороннего исследования и анализа.

15. В связи с совместными учреждениями возникает один из основных теоретических вопросов *права собственности*, а именно, в материале известных форм собственности и традиционных принципиально-теоретических поло-

жений как следует определить это новое совместное средство производства. Известно, что как в отношении внутри страны, так и зарубежом именно вследствие того положения, что правомочия отдельных хозяйственных органов (предприятий) в отношении имущественных предметов значительно расширились, что предприятия получили правомочие находящиеся в их владении государственные имущественные предметы в форме различных совместных предпринимательств объединить и с кооперативной собственностью, возникло много проблем в связи с принципом единой государственной собственности, в том числе и в венгерской литературе, а также и на международных форумах социалистической правовой науки.¹²² Особенно интересной и невыясненной является конструкция права собственности в случае международного товарищества предприятий. Менее всего выяснена проблематика собственности товариществ между предприятиями востока и запада. Здесь социалистическая форма собственности встречается с капиталистической формой собственности — с капиталистическим присвоением прибыли —, что на первый взгляд во всяком случае кажется проблематичным. В силу правомочия по обязательству или же собственнического правомочия принимает участие иностранный партнер в управлении внутренним совместным предприятием, в присвоении доходов? Точка зрения традиционного торгового права говорит о правомочиях собственника. Оспаривали и оспариваем сейчас тот противоречивый новый капиталистический взгляд, согласно которому собственники акций не являются собственниками и речь идет лишь о фикции собственности, действительную власть осуществляет *management*, а это *power without property* (власть без собственности), как это говорят известные теоретики.¹²³ Тогда где же собственность? Очевидно у предпринимателей, можем сказать. Иное положение было бы в случае наших совместных предпринимательств? И если мы говорим и об обязательственных концессиях, потому что это не противоречит нашим взглядам, потому что в обязательственных отношениях мы уже и так связаны тысячами нитей и с несоциалистическими странами, тогда все разрешено? Что и каким образом отдает из своих правомочий иностранный партнер? В некоторой взаимосвязи отчасти подобные вопросы возникают и в случае совместных предприятий между странами СЭВ. В отношении совместного предприятия, расположенного на территории Венгрии, перечислитель дохода иностранной стороны — занимая венгерских граждан на предприятии — означает во всяком случае присвоение; присвоение части результатов

¹²² См. SÁRÁNDI, 674 et seq.; VILÁGHY (3)574 et seq. SPILLER, 6—7. p. вопрос государственной собственности рассматривали Гвяздоморски и Мадл на международном коллоквиуме, проведенном в г. Печ в 1966 году по вопросам *права и рентабельности*: GWIAZDOMORSKI, 1 et seq.; MÁDL, (1) 142—143. p. эта проблема попутно возникла в отношении совместных предприятий на международной конференции в Сегеде в 1968 году: выступления Альтшулера, Шпиллера и Салоки (см. LONTAI, 482 p.)

¹²³ См. список литературы: ВЕРЛЕ.

человеческого труда вне пределов страны, там, откуда через внутренние национальные каналы перераспределения он не возвращается обратно для отечественных целей. Мы не знаем, и естественно, не можем контролировать, что делает зарубежная сторона с перечисленным ей доходом. Среди стран-членов СЭВ, в ГДР в большом количестве — в общепризнанном и конституцией порядке — действуют с участием государства частные фирмы (полугосударственные предприятия).¹²⁴ Возможно, в перспективе и они могут быть партнерами общих предприятий. Вследствие этого часть перечисленного дохода попадает в частные руки. И это свидетельствует о том, что в случае совместных социалистических предприятий проблематика собственности — помимо того, что присвоение осуществляется непременно за счет отечественных работников — и в отношении иностранного привилегированного довольно сложный вопрос. Этому способствует еще и то, что поскольку СЭВ с правовой точки зрения открытая организация и соответственно соответствующим основным правилам можно примкнуть к уже созданным совместным экономическим учреждениям,¹²⁵ очевидно, этот принцип будет осуществляться и в той новой правовой структуре совместных предприятий, создаваемых между предприятиями, построения которых будет требовать интеграция. А из этого вытекает возможность того, что членом совместного предприятия может быть и предприятие не страны-члена СЭВ. А это является одним новым элементом того, что вопросы права собственности совместных или смешанных предприятий необходимо всесторонне анализировать, и при отыскании их разрешения эти вопросы следует изучать и в совокупности с другими точками зрения. (Таковыми точками зрения являются народнохозяйственные интересы, возможность решающего влияния в делопроизводстве предприятия, в области правомочий коллектива служащих обеспеченность осуществления принципов венгерской экономической и правовой политики, большая роль правового воздействия обязательств и т. д.).

Началом испытательных путей и ответов будет, очевидно, то, чтобы число и объем смешанных предприятий в отдельных отраслях народного хозяйства не превышали определенного уровня. А этот уровень располагается там, где превысив его из экономического потенциала страны (возможно, уже с оттенками суверенитета) уже многое или же отчасти подпало бы под иностранное господство и влияние. Другим таким определителем

¹²⁴ Новая Конституция ГДР отдельно и положительно распоряжается об охране полугосударственных предприятий. (Артикль 14). В 1965 году существовало 7000 таких единиц, которые составляли 40% всех промышленных предприятий и 10% всего промышленного производства. STEIGER: *Legal Problems of Enterprises with State Participation. Law and Legislation in the German Democratic Republic*, 1/1967. 39–40. p.

¹²⁵ Например, в соответствии с 43 статьей Устава Международного Банка Экономического Сотрудничества, с 14 статьей Соглашения о создании ИНТЕРМЕТАЛЛ; в случае торговых или характера торговых совместных учреждений, какими являются ХАЛДЕКС или ИНТРАНСМАШ, это очевидно и без распоряжений законодательных актов, в конкретном случае, в зависимости, естественно, от воли создателей.

этого уровня является тот конституционный принцип — это сейчас уже относится к не чисто социалистическим, смешанным предприятиям —, согласно которому средства производства в своем решающем большинстве находятся в общественной собственности (§ 4 Конституции); значит, совместные предприятия, основывающиеся не исключительно на общественной собственности, не могут достигать того уровня, чтобы они могли быть определяющими в отношении характера социалистической собственности той или иной отрасли; в особенности не могут достигать этот уровень по отношению к народному хозяйству в целом. Так в ГДР число и вес охраняемых конституцией полугосударственных предприятий не может ставить под сомнение социалистический характер народного хозяйства в целом, общий (но не исключительный) общественный характер средств производства.

Дальнейшей попыткой отыскания ответа на вопрос в случае социалистических совместных предприятий может быть то, что созданную таким образом имущественную массу считаем имуществом данного предприятия, сами же предприятия собственностью создающих общее предприятие, в то же время в соответствии с другим — также встречающимся в социалистической литературе — взглядом в лице совместных средств производства возникал бы более высокий по сравнению с известными до сих пор формами типом социалистической собственности. При таком сильно теоретическом взгляде с точки зрения практики более подходящим кажется следующий путь: совместное предприятие возникает при условиях, предусмотренных в относящихся сюда внутренних и международных нормативах, далее, в рамках позиций, хорошо разработанных в основных правилах; в рамках этого решающим является то, какие экономические преимущества в этой связи приобретаем, как охраняем наши экономические интересы и интересы по делопроизводству, как обеспечить соответствующим образом осуществление общих нормативов, выражающих нашу экономическую и социальную политику, как создать оптимальные правовые гарантии рационального развития хозяйства. Значит, сущность заключается в удовлетворительном обеспечении в этих господствующе-динамических отношениях наших целей. На переднем плане находится скорее это, а не статическое состояние собственности. Некоторые социалистические авторы это все отношение понимают в основном как обязательственное (договорное) отношение,^{125/a} что по своему экономическому содержанию по существу не отличается от таких форм внешне-торговых договоров, как договоры кооперации и специализации или же от договора кредита, в котором иностранный партнер находится в гораздо более выгодном — и без всякого риска — положении, чем в договоре товарищества; это обязательно-правовое положение наступает в особенности тогда, если, например, в случае не чисто социалистического смешанного предприятия исходят из того, что внесенные со стороны иностранной стороны имуществен-

^{125/a} BALOG, 12 et seq.

ные предметы будут принадлежать предприятию, в котором в случае большей пропорции взноса их судьбу решающим образом определяет отечественная сторона, в случае же ликвидации предприятия отечественная сторона эти имущественные предметы выкупает. При таких условиях иностранный партнер имеет собственно говоря лишь денежные требования (распределение прибыли и в случае ликвидации предприятия требование пропорционального выкупа), а также имеет право в пользу предприятия, не решающим образом принимать участие в управлении хозяйством предприятия.

Проблема многосторонняя. Одна из существенных частей теории заключается в многостороннем с научной точки зрения анализировании и определении вопроса права собственности. Вторая часть проявляется в области практики. В том, что означают в сложной взаимосвязи между народнохозяйственными интересами и связанными с международным экономическим сотрудничеством и современным распределением труда интересами эти экономические товарищества, и в кругу их для оптимального сложения динамического хозяйствования, распределения и расширенного воспроизводства какую правовую структуру целесообразно создать.

16. Уже сама по себе крупной задачей, вызывающей множество экономических и правовых проблем, является разработка того, какая *правовая структура товарищества на уровне предприятий* соответствует развитию, будущему международных экономических связей стран-членов СЭВ, *какие правовые формы совместных предприятий* становятся необходимыми. Для этого страны-члены СЭВ до сих пор прибегали или к прежним коммерческо-правовым формам, или же, сколько существовало совместных учреждений, столько и *ins speciale*, к единичным международным соглашениям. На сей день не существует еще современных внутренних материально-правовых норм, а также нет международного регулирования общего характера. Проблема же в действительности очень важна и очень многослойна. Начинается с того (приводимое здесь перечисление не означает очередность по важности), необходимо ли и если да, какое-мультилатеральное или билатеральное — международное соглашение для нормативного урегулирования совместных предприятий и развертывания их действия. Продолжается тем, типизация каких форм товарищества желательна, каким образом должен складываться внутри того или иного типа материальный взнос и порядок вынесения решений предприятия и вообще порядок изъявления совместной воли; далее, предусмотрение условий по внесению взносов или отсутствие таких условий, определение оборотоспособности части имущества, компетенция руководящих органов, круг правомочий способности, правомочия служащих как коллектива, порядок распределения и перечисления дохода, регулирование слияния и прекращения и т. д.

Из указанных здесь вопросов хотелось бы указать более подробно на некоторые из них, опять-таки лишь в форме экспериментальных соображений.

В качестве первого вопроса, на каком уровне правового регулирования — пользуясь юридической терминологией: путем какого правового источника — целесообразно искать разрешение этого вопроса. Возможно несколько разрешений. Одно из них уже упомянутое выше мультilaterальное соглашение, такая конвенция, которая содержала бы единое регулирование создания и принципов функционирования совместных предприятий в какой бы то ни было стране они не возникли. Таким путем — точно так, как в отношении внешнеторговых поставок через ОУП — в этой области в СЭВ в целом осуществлялись бы по существу одинаковые правила, а внутреннее право применялось бы постольку, поскольку какой-либо вопрос не регулировала бы конвенция. Это разрешение имеет много преимуществ. Носящий характер мультilaterального и унифицирующий право он лучше всего соответствует основным принципам экономической интеграции. Существовавший до сих пор метод — сколько совместных учреждений, столько особых правовых систем, созданных путем международных соглашений (*ins speciale*) — к товариществам предприятий применим был лишь путем еще большего усложнения правопорядка международных связей. Международной системы норм, относящихся к совместным предприятиям, не существует. В части стран внутреннее право, — как на это уже было указано выше, — права объединения предприятий или не знает или же применяются здесь действующие еще и сейчас нормы старого, отсталого торгового права (такое положение существует, например, в Венгрии, где объединение предприятий происходит использованием формы акционерных обществ закона о торговле прошлого столетия и формы обществ с ограниченной ответственностью, содержащихся в статье У. несколько новейшего закона от 1930 года.) Значит, государства не могут исходить из того, что правовое регулирование совместных предприятий успокоительно было бы разрешено в какой бы то ни было форме. Значит, нужно что-то делать для создания таких предприятий и для успокаивающих условий создания их. Международная конвенция является хорошей формой и для того, что принимающие в её разработке участие страны — на основе имеющих до сих пор опытов, с учетом интересов и соображений участников — могут интегрировать, координировать их экономическо-политические соображения по этому вопросу, совместно могут искать возможные оптимальные, общественно-правовые и иные условия деятельности совместных предприятий. Для действительного создания и рентабельного функционирования таких предприятий помимо конвенции о совместном предприятии необходимо выяснить также и иные вопросы и условия. Такими являются, например, в области финансовых вопросов, обложение налогом, таможенные вопросы, правомочия по соответственному распоряжению средствами оплаты, перечислитель доходов; в другой области, принятие на учет и судебный контроль фирм, организационные рамки публичной подотчетной обязанности; международное передвижение служащих, трудовоправовой статус служащих,

а также урегулирование правоотношений, относящихся к области продуктов умственного труда (авторские труды, изобретения, рационализаторские предложения); форум правовых споров, связанных с совместно хозяйствующими организациями; очень важным условием является также урегулирование отношения с экономической структурой страны-резиденции предприятия (к планированию, к материальному хозяйству, к монополии внешней торговли и. т. д.). Эти вопросы, которые не составляют в узком смысле предмет создания совместного предприятия и внутреннего статута его деятельности, требуют длительной координированной работы и рационально, сравнительно быстро могут быть урегулированы путем международной конвенции. Если путем правового регулирования является не конвенция, тогда эти вопросы разрозненно, без дублировки во времени и пространстве возникают там, где такое предприятие создается при регулировании *ad hoc*, и этот уровень интеграции на уровне предприятий с трудом продвигается вперед или же значительно затягивается. Требуется, очевидно, гораздо больше времени, чем разработка конвенции в сотрудничестве государств. Также необходимо учитывать и то, что разработка той или иной конвенции и условий введения её в действие также требует много времени. Но это не может служить основой против целесообразности и необходимости конвенции. Вряд ли можно оспаривать, что координированные и совместные усилия во всяком случае приводят к результатам, действующим в направлении интеграции быстрее, чем разрозненные единичные мероприятия. Конечно, сама по себе конвенция еще не все, более того, собственно говоря, не означает никаких обязательств по созданию совместных предприятий. Из-за того, что имелся бы подходящий международно-правовой механизм, еще не следует, что государства, их хозяйственные организации должны создавать совместное предприятие, ибо это лишь правовая форма, которая может быть использована. А если для этого нет соответствующих юридических условий, тогда такое совместное предприятие без труда они не могут создать, если даже и желают этого.

Против международной конвенции как формы можно также привести и контраргументы. Одним из них это отсутствие более крупного опыта. Все же на это можно было бы сказать, что все-таки имеются некоторые опыт в области права объединений (внутренние хозяйственные объединения, тресты, товарищества, совместные кооперативные предпринимательства, уже осуществляющие международные совместные учреждения, критически можно оценивать также некоторые организационные и иные разрешения капиталистического права о товариществах), и если мы и полагаемся на разрешение внутреннего права, от этого все еще богаче опытом не будем. Против конвенции говорит и то, что такую конвенцию, которая регулировала бы все вопросы, создать невозможно, невозможно обойтись без вспомогательной внутренней правовой кодификации, значит, лучше было бы испытать сначала внутреннюю кодификацию и на основе приобретенного здесь опыта позднее

создать конвенцию. Это означало бы, что правовые условия создания и деятельности совместного предприятия определяли бы созданные в стране местонахождения его по этому вопросу правовые нормативы и то соглашение, которое заключают стороны-участники (и на их стороне соответствующие государственные органы) с государством места нахождения предприятия. Внутренняя кодификация может быть необходимой и потому, что в той или другой стране, возможно, могут возникнуть и такие совместные предприятия, на которые (в отношении стран некоторых кооперирующихся сторон) конвенция не распространяется, и в таком случае иные, чем нормативы внутреннего характера, нельзя было бы считать руководящими. Во всяком случае, внутренний правовой вопрос, что то или иное государство какой механизм разрешения создает для своих хозяйственных единиц и органов в области международного кооперирования, хотя это, естественно, и конвенция может учитывать и учитывала бы. Одним из самых важных аргументов в пользу внутренней кодификации является то, что она осуществима легче. Не только потому, что разработка международного соглашения отнимает много времени, но и потому, что отпадает трудность, вытекающая из возможных различных точек зрения и мнений. Преимущество еще заключается и в том, что если существует, и это уже разрешение, но при отсутствии тех преимуществ, о которых речь шла уже выше в связи с конвенцией об интеграции *gou ad*.

Следующим, одним из вариантов с точки зрения правового источника является такое международное соглашение, которое пока что сформулировало бы лишь основные принципы, а также то требование, чтобы с учетом их страны СЭВ разработали их внутреннее регулирование, относящееся к совместным учреждениям, и при создании того или иного конкретного учреждения заинтересованные органы и организации конкретные сделки заключали бы в соответствии с ними. Международное соглашение, содержащее такие общие принципы, может способствовать постепенному сближению соответствующих внутренних и международных нормативов *ad hoc* направлению практики в основном в подобном направлении, а также и разработке условий принимаемой позже конвенции.

Другим — также не имеющим характера максимальной программы — вариантом было бы то, чтобы в качестве приложения к упомянутому выше международному соглашению было бы подготовлено примерное положение о совместных учреждениях. (объединении, предприятии, институте). Не исключено, что это и без обязанности по изданию законодательного акта значительно определяло бы и приблизительно в одном направлении создавало бы правовую структуру международных совместных учреждений (организаций). Очевидно также, что такая модель-положение похоже этому воздействию оказывало бы и тогда, если бы оно было опубликовано не в качестве приложения к международному соглашению, а лишь — без всякой нормативно-обязательной силы — в издании недавно созданной юридической консульта-

тивной комиссии СЭВ. Эта форма не известна ни на международном уровне вообще, ни в капиталистическом, ни в социалистическом праве. Если приводимые примеры и не совсем удачные, все же они свидетельствуют в некоторой степени о реальности такого пути. Здесь я имею в виду, например, различные общие условия поставок, разработанные в рамках Европейской Экономической Комиссии ООН отчасти с участием социалистических стран, которые в той или иной отрасли оказывали и оказывают сильное влияние на единое направление сложение внешнеторговых договоров. Из практики социалистических стран можно сослаться, например, на примерный устав болгарских производственных кооперативов 1957 года, который послужил правовой формой и создателем развития организационной и правовой структуры производственных кооперативов. Из несоциалистического мира хотелось бы упомянуть об одной особенности торгового права США. Известно, что с точки зрения частного и коммерческого права 50 штатов суверенны и поэтому в Америке существует 50 видов торгово-правовых систем. Но интегрированный, в действительности единый рынок действует в направлении унификации. Федеральные органы не могут навязать государствам единое право. Поэтому тенденция унификации приобрела иную правовую форму. Юристы и учреждения правовой науки (в организации *American Law Institut*) в отношении важных областей экономических отношений разработали так называемые *model-act* (модели-законы). Одним из них был т. н. единый торговый кодекс (*Uniform Commercial Code*), который отдельные штаты по-очереди переняли (приняли внутренний закон с тождественным с примерным законом текстом), и который таким образом привел к созданию единого для всей территории США торгового права. В таком смысле униформирующую роль играет и тот примерный закон о торговых компаниях (*Model Business Corporative Act*) который является самым новейшим продуктом такого характера деятельности по развитию права и который — конечно очень уж *mutatis mutandis* — имеет своей целью служить как раз разрешению таких, или же подобных проблем, разрешение которых в области правовых проблем международных экономических предпринимательств ищем и мы.

Наконец, в ряду вариантов правовых источников можно говорить и о какой-нибудь форме двухсторонних соглашений, здесь определение «какая-нибудь» означает, является ли такое соглашение общим, всеохватывающим правовым регулированием товариществ между двумя заинтересованными странами или же это единичная договоренность о том или ином совместном экономическом учреждении. На двухстороннем уровне в других областях уже до сих пор достигли многих хороших результатов; здесь в первую очередь имеем в виду двухсторонние соглашения о предоставлении правовой помощи, далее, торгово-консульские соглашения, которые и между социалистическими странами содержат подробное правовое регулирование по многим важным — относящимся к области гражданско-правовых и экономи-

ческо-правовых отношений -- вопросам (например, как раз и по отдельным вопросам юридических лиц).¹²⁶ Нельзя считать иррациональной возможностью, чтобы при данных условиях развития и в объективных условиях лучше заинтересованные в функционировании совместного экономического учреждения две страны быстрее и — по сравнению с разнообразностью проблем, возникающих естественно, в случае мультилатерализма в более простом положении — легче приходили к единому правовому регулированию, чем как это следует предполагать в случае того или иного мультилатерального соглашения. Минус этого состоит лишь в том, что это было бы частичным шагом и результатом, что меньше обнаруживается при многосторонней конвенции. Но это может быть основой приобретения важного опыта, более конкретного сложения правовой позиции отдельных стран, что является важным условием точных и полезных с точки зрения предмета многосторонних переговоров, инициатив.

Рассмотрим здесь еще несколько тентативных соображений *об основных типах* совместных экономических учреждений, *о их некоторых важнейших особенностях*, независимо от того, в форме какого источника права они будут проявляться. Это также относится к важнейшим линиям даваемой картины.

И эта проблема не простая. Не просто и то различие, могут быть (и имеются) межгосударственные совместные хозяйственные учреждения и могут быть (и такие сейчас уже имеются) совместные хозяйственные учреждения между предприятиями или вообще не межгосударственные совместные учреждения. А это подразделение проблематично в силу того, между прочим, обстоятельства, что может встречаться и такое (с исторической точки зрения не было бы новым), что государства также кооперируются в совместное, создаваемое между предприятиями учреждение. Но здесь мы будем исходить из того, что речь идет лишь о типах обединения на уровне предприятий; если же к ним присоединяется государство, то в нем участвует не как суверен, а как предприятие. В этом отношении усложняющим положением вариантом является и то, когда — в силу важности, характера и т. д. дела — совместное предприятие создают исключительно государства. Это также важный вопрос, который следует обсудить, но сейчас мы сосредотачиваем наше внимание не на межгосударственных совместных хозяйственных организациях.

Те экономические и иные, предполагающие и совместное ведение хозяйства (например, в области развития-исследования), цели, которые оптимально могут быть достигнуты путем более или менее тесно организованных совместных учреждений, совместных производственных, торговых и иных организаций, могут быть самыми разнообразными, заранее трудно

¹²⁶ См. МАДЪ, (2), стр. 102 и послед.

типизированными и не могут быть втеснены в рамки одной-двух жестких правовых форм. Все же эти экономические цели, иные цели, требующие совместного хозяйствования (например, цели по развитию и исследованию), варианты в соответствии с природой хозяйственного сотрудничества позволяют создать для них определенные типы организационных правовых форм с тем, чтобы в каждом отдельном случае это соответствовало условиям, природе и целям данного совместного экономического предпринимательства, т. е. установить, какая организационно-правовая форма лучше всего подходит.

Существование применяемых организационно-правовых форм в принципе облегчает избрание конкретной формы, используя хорошо типизированные организационно-правовые каналы, побуждает к оптимальным связям сотрудничества. Применяемые организационно-правовые формы, означая для всех одинаковые нормативные предпосылки, дают стабильные рамки безопасности оборота, единого складывания — оцениваемого каждой экономической единицей — экономических процессов, проявляющихся в сотрудничестве-кооперации, и таким образом являются условием развертывания, единого сложения нормативного управленческого механизма.

А что уже сейчас касается целесообразных форм-типов объединения, организационно-правовое регулирование из природы процессов по экономическому сотрудничеству, из их сходных и отличительных особенностей выхватывает тот существенный элемент, что отдельные процессы экономического сотрудничества *какой степени* организационного единства, организованности требуют (высшую или низшую степень). Такое дифференцирование по степени организованности это то, что в правовом смысле выражается в самой нормативной структуре типа и не, например, в том, какие субъекты (предприятия, кооперативы, государства и т. д.) принимают в нем участие, или же о какой хозяйственной отрасли, т. е. с точки зрения хозяйственного объекта о деятельности какого характера идет речь в данном объединении.

При типизации по организованности, внутренней правовой структуре необходимо подчеркивать, что создателем этого является законодатель. Иными словами, какие именно типы создает, является полностью вопросом занятия точки зрения путем позитивного права. В то же время занятие той или иной точки зрения не может не зависеть от того требования целесообразности, что при создании типов необходим исходить из возможных по типу видов экономического сотрудничества. Ибо правовые формы в конечном счете должны подчиняться тем тождественным и отличительным чертам, которые проявляются в процессах по экономическому сотрудничеству. Следует обратить внимание и на то, что для современного права товариществом характерна сильная эластичность. На практике различные формы во многих отношениях переходят друг в друга; созданные по изолированным формам товарищества могут быть членами друг друга (например, в практике капиталистических стран акционерные общества как участники обществ, находя-

щихся на самой высшей степени организованности — с сохранением их самостоятельности — члены более слабых форм объединений, например, концернов, организованных в форме товариществ, еще менее связанных обществ голдингов, картелей); отдельные типы объединений, как правовые формы, приспосабливаются к характеру деятельности, осуществляемой в данном обществе.

Несмотря на такую эластичность и возможную несвязанность законодателя в области создания типов, все же желательно, чтобы некоторые основные формы право — по самым характерным типам хозяйственного объединения и экономического сотрудничества — нормативно заранее определило. В пользу этого говорит и существовавший до сих пор исторический опыт как в социалистических, так и в капиталистических правовых системах.

Очевидно из всего сказанного вытекало бы, что большее число типов объединений, их форм следует считать целесообразным. Возможно, что в этом отношении уже более развитое послезавтра в области практики по объединению будет идти в этом направлении: возможно, назреет необходимость и в многотипичном регулировании. В литературе по этому вопросу пока дискуссии нет, её следует ожидать. *Миклош Вилаги* в своей, упомянутой выше статье считает целесообразными три типа, подчеркивая также преимущества меньшего количества, но динамически понимаемых типов по сравнению с дифференцированной системой.¹²⁷

Совпадает с этим взглядом, если с точки зрения основных особенностей при данных наших условиях я считаю рациональным *два основные типа. Один из них: совместное предприятие*, располагающее изолированным самостоятельным имуществом, ответственностью, ограничиваемой ответственность, создающих его на взнос по созданию предприятия (вклад, пай), с правомочиями по участию в нем и в распределении прибыли в зависимости от вноса, располагающее юридической личностью, с самостоятельной организационной структурой, наделенной правомочием по волеизъявлению и принятию оперативных мер, имеющее рационально организованный коллектив служащих, располагающее относительно свободным оборотом вкладов и свободной членов. Этот основной тип может служить правовыми рамками в случае таких совместных предпринимательств, для которых необходима единица, осуществляющая устойчивую крупную совместную производственную или иную хозяйственную деятельность. А необходимость такой единицы объясняется двумя обстоятельствами. Одним из них является то, что речь идет о примыкающей к деятельности участников, но все же можно считать самостоятельной и — в силу совместного ведения хозяйства, т. е. необходимого согласования источников сил — самостоятельной дополняющей (входящей в

¹²⁷ VILÁGNY (2), стр. 1 и послед.

профиль или дополняющей его) экономической деятельности (вертикальная интеграция). Другое обстоятельство заключается в том, что объединяющиеся — для удовлетворения существующих экономических потребностей, оптимальному служению им и достижения хозяйственной прибыли — желают вступить в новую отрасль производства, с этой целью объединяют часть своих материальных сил. В особенности экономическое товарищество последней цели может быть осуществимо как правило лишь путем совместного предприятия, находящегося на высокой степени организованности. Конкретной формой и наименованием их могут быть международное акционерное общество, общество с ограниченной ответственностью, международное предприятие и т. д. В этом основном типе может получить соответствующим образом адаптированную правовую форму и совместный исследовательский, проектный и иной обслуживающий институт, центр или агенство, действующие самостоятельно как юридическое лицо.

Второй тип не обязательно располагающее юридической личностью, как правило гражданско-правовое товарищество, т. н. располагающиеся на уровне модели *объединения*, в организационном отношении и с точки зрения имущества менее закрытые формы товариществ. Как и в кругу предыдущего основного типа и формы этого типа могут быть разнообразными в зависимости от того, насколько изолированно или определено их совместное имущество, их правомочия по приобретению имущества, а также и правомочия по несению прав и обязанностей, как складывается не всегда ограниченная ответственность объединяющихся, какую роль играют они в непосредственном ведении дел объединения, какой организационный элемент имеется в объединении, как фигурируют под самостоятельным именем и т. д. На этом уровне появляются общества в тесном смысле этого слова, в которых его участники не только совершенно исчезают за высоко организованным самостоятельным совместным предприятием (например, акционерное общество), общество состоит из таких, сохраняющих имущественную и коммерческую самостоятельность предприятий (участвующих правосубъектов), которые общество создают на свой вид и непосредственно управляют им. Они могут носить название, т. е. соответствующее обозначение правовой структуры — *международных товариществ* или же *международных хозяйственных объединений*.

Эту формулу на тот случай, когда сотрудничающие предприятия желают создать не совместную производственную единицу, а тот или иной элемент их деятельности (развитие, сбыт, снабжение, изучение рынка и т. д.) желают вести координированно и эту свою координирующую деятельность целесообразно организовывать в форме товарищества (на общий счет, сотрудничая в коллегии, имеющей определенную организацию, а не как договаривающиеся стороны с противоположными интересами). Но само товарищество помимо этого иных услуг как правило не предоставляет, не ведет конкретной производственной сбытовой, производственной, по развитию деятельности. Это

осуществляется при сохранивших свою самостоятельность сторонах товарищества и посредством их. В рамках этого могут действовать различные, возможно, созданные лишь на определенное время международные концерны или конзорции. Совместное имущество и аппарат служащих небольшой, создается главным образом какая-либо совместная координирующая контора или отдел; они обеспечивают организацию, исполнение совместных решений и мероприятий, выполнение административно-управленческих задач, ведение совместных счетов и т. д. Поскольку вступающие в товарищество считают необходимым создать в области производства, развития и сбыта в основном самостоятельны единицы, свою деятельность в этой области желают вести более организованно и в едином хозяйственно-организационном порядке, тогда для этого, наверняка, создают совместное учреждение, относящееся к кругу предыдущего основного типа.

Одним из подвариантом этого типа могло бы быть что-то такое, что прежде право о товариществах называло командитным товариществом. Сущность его заключается в том, что часть вступающих в товарищество членов вносит в совместное предпринимательство определенную сумму, но делопроизводством не занимается, отвечает лишь в объеме взноса, имеет право при распределении прибыли лишь в соответствии со взносом. В социалистической юридической литературе также встал вопрос о том, что следует обдумать возможность использования, целевой перегруппировки свободных материальных мощностей в такой форме. В какой-либо такой форме может принимать участие та или иная заинтересованная сторона в целесообразном производстве сырья или иной продукции в другой стране, для отечественного расширения чего необходимо, например, было инвестирование внешней материальной силы; эта сила имеется в каком-либо внешнем хозяйственном органе, в случае предоставления её в распоряжение можно было бы избрать иные формы перечисления дохода с тем, чтобы производящий-хозяйственный орган в первую очередь примкнувшего к нему обеспечивал данным сырьем, продукцией.

17. Говоря о важнейших типах совместных учреждений, подчеркивали, что всегда необходимо стремиться к избранно необходимым для целей экономического сотрудничества и его характера, определяемым природой их самых простых организационно-правовых форм. При избрании организационных правовых форм формы совместных учреждений необходимо видеть совместно с формами непосредственных и устойчивых, договоров (например, с договорами кооперации и специализации) и исследовать их с точки зрения целесообразности их применения. *О договорах кооперации и специализации*, а также о том, что в форме этих договоров о каких важных и по сравнению с совместными хозяйственными учреждениями быстро развивающихся нового типа непосредственных экономических связях идет речь, мы уже встречались выше, с приведением многих примеров. Интересно здесь поднятие вопроса о том, какой современный правовой механизм оптимально служил бы

этой интересной новой главе международной организации, сложения производства, развития и рынка, в которой непосредственное участие предприятий и непосредственные связи предприятий означают новую фигуру. Очевидно, это будет одной из самых важных конкретных областей непосредственных связей, изложенных выше под пунктом 14).

Во внутреннем праве до настоящего времени в этом кругу возникли три правовые нормы. Одна из них Решение Экономической Комиссии № 42/1967 г. о некоторых вопросах международного сотрудничества и производственной кооперации с предприятиями не социалистических стран. Вторая уже упомянутая совместная директива Государственного Планового управления, Министерства металлургии и машиностроения, Министерства Тяжелой промышленности, Министерства Продовольствия, Министерства Внешней Торговли, Министерства Внутренней торговли, Министерства Строительства и Всевенгерской Организации мелкопромышленников 5/1967, действие которой распространяется на венгерские, чехословацкие и ГДР отношения. Это можно считать — как и видно — пионером правотворчества, рождающегося среди множества повитух. После точки зрения, сложившейся на заседании Исполкома СЭВ в мае 1967 года, где подчеркивалось особенно развитие кооперации и специализации производства, это было первым нормативным шагом в интересах развития договоров специализации и кооперации. Поскольку первый шаг был сделан, и поскольку речь идет о международных торговых и не публичноправового характера договорах, и развертывание этого института выдвигает еще много неразрешенных проблем, в особенности в виду того, вытекающего из природы данных связей требования, что для сотрудничества в форме кооперации и специализации и для возможных зарубежных партнеров должен сложиться какой-либо, координированный с регулированием данных стран и синхронизированный с ним нормативный порядок. В этом отношении существенного изменения не означает и то, что вышеуказанную директиву — развив её дальше — в Венгрии заменила другая норматива: Решение Экономической Комиссии № 41/1967 г. («Вестник Министерства Финансов» 1967. № 29 от 24 октября), которое сейчас уже относится к договорам кооперации и специализации, заключаемым со всеми странами СЭВ.

Эти проблемы многосторонние, но не неразрешимые: в отдельных странах СЭВ неодинаков круг тех органов и организаций, которые могут выступать с инициативой заключения таких договоров; с венгерской стороны это непосредственное правомочие принадлежит и предприятиям. Неодинаков порядок подписания таких договоров, процедура по взятиям обязательств; различный подход ко многим вопросам содержания этих договоров; например, в социалистической литературе и профессиональном общественном мнении не сложились еще соответствующие взгляды на то, является ли эта форма договоров особым новым договорным типом, в случае этого какие кон-

кретные последствия означало бы это, имеется ли какая-либо система когерентных санкций, какова взаимосвязь между всеохватывающим, заключенным на несколько лет кодовым договором кооперации и специализации, как рамками с отдельными проявляющимися внутри него договорами поставки, передачи мощностей, договорами лицензии, соглашениями о распределении рынка и т. д.

Каким бы образом ни сложились в этой области правовое мышление и правовое регулирование, пожалуй уже сейчас можно констатировать два факта. Один из них, это то, что договор международной кооперации и специализации — если, рассматривая с точки зрения юридической специальной терминологии, он и подразделяется на несколько особых типов договоров, является их многолицевым конгломератом — является существующим в действительности хозяйственного оборота, приобретающим все более определенную юридическую форму явлением, но который, пожалуй, никогда не будет закрытым и по внутреннему содержанию одноводным в правоводоматичном смысле типом договоров. Его динамическая и эластичная форма пригодна для того, чтобы он мог служить юридически определенными рамками устойчивой кооперации в области производства, развития, технологии и сбыта, притом прежде всего на уровне предприятия. Очевидно, к развитию экономики социалистических стран в более оптимальной кооперации на уровне структуры микроэта форма будет предоставлять самые подходящие каналы. Исходя из этого, следует считать правильным всеохватывающий характер венгерского регулирования: этот институт следует укреплять; исходить из того, что в регулировании нет необходимости, потому что то, что находится внутри договора кооперации, конкретно, (договор поставки, лицензионный договор и т. д.), для этого имеются готовые правовые формы, означало бы, что мы под предлогом нескольких деревьев упускаем из виду целый лес, который со своей взаимосвязанной целостностью качественно иначе создает всю картину данного географического пространства, его морфологию, живой мир, климат, полезность с точки зрения человеческого окружения, его дальнейшее развитие и т. д. Не говоря уже о том, что в социалистических условиях такое общее регулирование имеет роль двигателя-инициатора. А это подбадривает различные организации к избранию и следованию по таким путям. Для этого им необходимо и подбадривание со стороны нормативных актов, поскольку они больше привыкли к высшему управлению, чем капиталистические хозяйственные единицы, появившиеся в свободном маневрировании. Включение и развитие в социалистических условиях качественно новых форм экономических связей и в принципе требует нормативной директивы в области хозяйственной политики государства, управляющего хозяйством в целом.

Другой факт заключается в том, что в ходе дальнейшего развития регулирования большим преимуществом было бы, если бы можно было обеспечить постепенное сближение регулирования отдельных стран. Пожалуй,

одной из самых важных задач органов СЭВ и с развитием интеграции соответствующих учреждений может быть воздействие в направлении гармонизации внутреннего регулирования стран; максимальным было бы если бы путем какой-либо международной нормы в этих договорах хозяйственных органов стран-членов СЭВ возникла развитая синхронизированность. Под этим сейчас мы понимаем то, что соответственным образом сблизилась бы — связались бы уровни — структуры уполномоченных на заключение такого договора и между ними создавалась бы юридически гарантированная и соответствующая обязательным условиям заключения договора структура.

18. Другой существенный правовой аспект совместных учреждений и производственных коопераций располагается в области *финансового права, налогового права и таможенного права*, что также требует выяснения многих вопросов. Обо всем говорить трудно было бы. *Альтшулер* на научном уровне поднял вопрос о том, что в расчетных отношениях стран СЭВ необходимо было бы развивать действительный мультилатерализм.¹²⁸ Как мы уже видели, на необходимость этого указывали и венгерские официальные высказывания. Только таким образом можем сделать более важный шаг в направлении установления твердой валюты, что будет условием действительного развертывания интеграции не механически созданной из уровня капиталистических цен системы цен, сверх этого, и в своем воздействии и самого мультилатерализма. Какой-либо новый порядок создания цен, их регулирования — будучи экономическим вопросом — невозможен без правового регулирования, основывающегося на глубоком сравнительном анализе. В новой системе хозяйственного управления в отдельных странах вместо инкассо с немедленным платежом на передний план выступает *перечисление*, лучше охраняемого потребителя. Этот способ оплаты, поскольку перечисление происходит по инициативе покупателя, стимулирует к качественной поставке товаров. Но в отношении стран СЭВ в соответствии с ОУП безызменно господствует система инкассо с немедленным платежом. Во многих отношениях возник вопрос о том, что это положение в будущем, безусловно, необходимо изменить; необходимы более дифференцированные методы оплаты.¹²⁹

Учитывая то обстоятельство, что «ослабляются» некоторые связанности внутреннего валютного права, с повышением внешнеторговых правомочий появляются новые — имеющие более гражданско-правовой характер — методы в нашем валютном праве (например, штрафы на случай невыгодных импортных сделок),

ослабляется двухсторонняя строгая клиринговая система, постепенно признается идея твердой валюты,

усиливается идея многосторонней клиринговой системы Востока-За-

¹²⁸ ALTSULER, стр. 1 и послед.

¹²⁹ MEZNERICS (2) 450—453; ALTSULER, l. et seq.

пада как институт, служащий способствованию торговли между Востоком и Западом,

даже периферии права не достигла, в смысле заниматься им, и уже важная сделка *switch* (этот фантастический новый, делающий многосторонним клиринг международный клиринг феномен, который как и бога Вольтер, если бы его не было, надо было бы придумать), в которой большей частью социалистическое требование клиринга продают-покупают в глобальных размерах;¹³⁰

в случае твердой валюты возникает органическая связь между внутренними ценами и валютными курсами,

по существу, неограниченной будет возможность покупки валюты гражданами, выезжающими в качестве туристов или в иных целях,

наши предприятия не будут «связаны» в такой мере в отношении иностранных экономических и одновременно финансовых и кредитных сделок,¹³¹

в будущем при Международном Банке экономического сотрудничества или каком-либо новом совместном финансовом учреждении совместные предприятия возможно будут иметь непосредственно собственные счета, непосредственно с ними могут создавать хозяйственные связи,¹³²

как показывает существующая по настоящее время практика, МБЭС производит все больше операций в отношении твердой валюты в странах не

¹³⁰ Сделка *switch* является новой на международном рынке, в то же время быстро развернулась. Основным нынешним центром является в первую очередь Вена. Годовой оборот *switch* сейчас уже достигает 500 миллионов долларов. Сущность её заключается в следующем: в клиринговой системе торговли между Западом и Востоком западный экспортер в какой-либо социалистической стране по клиринговому счету имеет большие требования, что в части случаев не получает непосредственно в твердой валюте; его партнеру нет необходимости в его натуральных поставках. В результате этого торговля между этими двумя сторонами затрудняется, возможно, находится в состоянии зстоя. Здесь наступает *switch*. По сниженной цене покупает, скажем, такое клиринговое требование на 500 тысяч долларов от западного экспортера и ждет до тех пор, пока найдет на западном рынке такого, кому необходимо была бы импортная поставка из данной социалистической страны на сумму 500 тысяч долларов. Этому западному импортеру с понижением цены передает кредит-клиринг на сумму 500 долларов, который за счет его выплачивает социалистическому партнеру. Прибыль *switch* вытекает из дифференции между стоимостью продажи и купли. Таким образом сделка *switch* пригодна для внесения динамики в сравнительно жесткую систему двухсторонних клиринговых расчетов. Как показывают существующие до сих пор опыты — как об этом пишет рубрика экономики «*Newsweek*» от 3 марта 1969 года (стр. 52—53)—возникают и чрезвычайно своеобразные по связи сделки *switch*, посредством сравнительно быстрых операций, так, например, американский покупатель путем требований со стороны Румынии приобрел египетский клиринг-доллар и таким образом — дешево — купил нужную ему египетскую продукцию. Если этим самым кредиты клиринги, о которых идет речь, по их номинальной стоимости и теряли бы свою покупательную способность, все же более постепенно принимают участие в динамике международного денежного оборота.

¹³¹ Что касается валютного права в этом отношении см. *MEZNYRIGS* (2) стр. 431 и послед.

¹³² Принципиальная возможность этого возникла и на сегедской международной конференции в связи с рефератом Альтшулера; в связи с высказанным Фэрэнцем Мадлом Альтшулер высказал мнение о том, что структура банка *pro futuro* пригодна для этого (См. *LONTAI*, 482. p.)

членах СЭВ¹³³, включая все это в процесс развития, необходимо считаться с постепенным преобразованием нашего валютного права, медленным возвращением к прежнему своеобразному характеру валютного права. То, что было действительно до сих пор, и в основном действительно и сейчас, это то, что это — в защите социалистического хозяйства — необходимое средство завтра сложится по-иному. Его роль тусклее пропорционально конкурентоспособности экономики социалистических стран. Со временем очевидным станет и то, что наше валютное право в нынешнем смысле не вообще социалистическая особенность, как сейчас мы утверждаем и сильно противопоставляем подобным регулированиям капиталистических стран, а является необходимым институтом одного периода социалистического развития. Научная разработка метаморфозы валютного права, историческое «тактирование» продуманная и длительная научная задача.

Развитие интеграции, сотрудничества на уровне предприятий, очевидно, сделают актуальным создание *международного банка капитального строительства*, поскольку нынешний Устав МБЭС не делает возможным финансирование совместных предпринимательств, или же внутренних капиталовложений, промышленного развития неразвитых областей.¹³⁴ А такое требование, необходимость в таком организационно-финансирующем учреждении имеется. Без особого, непосредственно оперирующего международного банка эту его функцию, очевидно, должен развивать МБЭС. К этому процессу относится, что на основе решения Совета Банка МБЭС начиная с 1969 года предоставляет кредит не только сроком на один год, но и на 1—5 срок, что Банк в интересах обеспечения кредита в твердой валюте берет кредиты и депозиты и на капиталистических рынках капитала предоставляет их при условии экономичности и рыночных условиях странам-членам СЭВ, что по сравнению с прежней практикой повысили до уровня целесообразности проценты за них и т. д.¹³⁵ Очевидно, потребности практики круг релятивной правоспособности Банка, правомочие правления Банка также будут стеснять в направлении более гибких финансовых операций.

¹³³ По сравнению с 1964 годом операции в твердой валюте в 1967 году достигли 788%. См. *Bulletin of the International Bank for Economic Co-operation*, 1967, Published 1968 in Moscow.

¹³⁴ В соответствии с § 23 *Устава* Банк финансирование строительства, реконструкцию и эксплуатацию промышленных предприятий и иных объектов может производить лишь по поручению заинтересованных стран и за счет ресурсов, выделяемых этими странами. Таких поручений правительства до сих пор не давали и не предоставляли средств такого назначения, в чем сущается противоречие и лишь формальность (в таком сформулировании и такой структуре функции); дело в том, что если сначала самому себе надо предоставить средства, тогда осуществлять такие капиталовложения можно и без посредничества Банка. Этот параграф имел бы смысл тогда, если бы Банк из своей прибыли осуществлял бы такие операции и если бы государства-члены свои свободные средства желали использовать таким путем, что, если и дойдет до этого очередь, рациональны, очевидно, лишь при условиях рыночного банка, т. е. при соответствующих процентах.

¹³⁵ Эти мероприятия (например, среднесрочный кредит) были утверждены на XXII заседании Совета Банка (19 января 1969 года).

Можно было бы перечислять дальше вопросы, входящие в этот круг. Особенно крупным вопросом является международная часть *налогового права*, налогово-правовое положение совместных предпринимательств. Существует взгляд, согласно которому как самостоятельные острова, по крайней мере совместные предприятия социалистических государств следует наделять налогово-правовым иммунитетом, отделить, обособить их по отношению к налоговой системе данной страны. В случае, когда партнером является иностранное предприятие, налогообложению подлежал бы лишь доход иностранного участника, с учетом или без учета того, что вследствие одновременного налогообложения в своей стране оно подпадало бы под двойное налогообложение. Существует и такой взгляд, согласно которому совместное предприятие с точки зрения налогового права должно находиться в положении внутренних предприятий. В кругу правовых вопросов объединений предприятий это чрезвычайно важный вопрос.

Еще более важным вопросом — в особенности до тех пор, пока число совместных предприятий не так уж большое — является разработка с точки зрения таможенного права отмечаемой уже в венгерской концепции целесообразной и *эффективной* таможенной системы СЭВ. Как только таможня становится средством хозяйственной политики, в ходе интеграции необходимо построить её координированную структуру. После многих подготовительных норм Общего Рынка завершённый в 1968 году, состоящий из целого тома кодекса таможенного союза (не говоря уже о связанной с ним юридической литературе) хорошо свидетельствует о том,¹³⁶ — разумеется, *mutatis mutandis* — о какой всеохватывающей и серьезной правовой проблеме, задаче идет или будет идти речь.

19. Коллектив руководителей и работников совместных предприятий по крайней мере отчасти имеет международный состав. Трудовоправовой порядок правовых систем, затрагивающих посредством участников — как об этом уже говорилось выше в иных взаимосвязях — неодинаков. Объективный факт, что в иных отдельных отношениях существенно отличается трудовоправовая и социальная структура стран — членов СЭВ, начиная от правомочий коллективов вплоть до пособий по родам или положения автора служебных изобретений. Вопрос заключается сейчас в том, какая трудовоправовая структура должна быть руководящей для коллектива трудящихся совместного предпринимательства. С ростом числа международных предприятий по таким вопросам просто так предлагать лишь *lex loci laboris*¹³⁷ было бы,

¹³⁶ Валютный кодекс опубликован в официальном издании Европейского Экономического Сообщества (*Journal Officiel*) в № 172 от 1968 года 22 июля 1968 года: *Regelment No 950/1968 du Conseil du 28 juin 1968 relatif au tarif douanier commun*. О подготовительных работах в литературе и специальных, а также об иных подробностях более подробный анализ дают последующие главы настоящей работы о западно-европейской интеграции.

¹³⁷ Обосновывая многочисленными доводами, эту точку зрения высказывает Ласло Надь (Список литературы: НАДУ).

безусловно, аксиоматичным международным частнопровым взглядом, издавелека отражающим действительность, который не считается с интересами участвующих стран. А именно с тем интересом, чтобы для их граждан, работающих на совместном предприятии, обеспечены были хотя бы трудовоправовые и социальные условия отечественного уровня. Но как это сделать? Конечно, иное разрешение напрашивается в отношении в основном делегированных служащих межправительственных международных организаций (большинства существующих в настоящее время совместных учреждений, и таких, которые ведут и оперативную хозяйственную деятельность, например, МБЭС, ИНТЕРМЕТАЛЛ, Международный Центр Научной и технической информации и т. д.), и опять-таки иное в отношении по составу международного коллектива действительных совместных предприятий. Ясно, что в будущих соглашениях, относящихся к совместным предприятиям, необходимо придавать соответствующий вес трудовоправовой структуре. До сих пор в совместных учреждениях в каждом случае создавали *ius speciale*, так называемые кадровые уставы. Какой-либо вид его необходимо разработать и в общем международном регулировании; это означало бы разрешение в отношении тех особых вопросов, к разрешению которых, как правило, являющееся руководящим внутреннее право не дает удовлетворительного ответа. И вообще сильная текучесть рабочей силы будет торопить постепенное сближение, гармонизацию структуры социальных услуг стран, участвующих в интеграции. (правовое разрешение чего — в смысле существующих в настоящее время значительных различий — по настоящее время дают соглашения о предоставлении правовой помощи и в области социального обслуживания). Это показывает опыт и практика Общего Рынка, а в особенности стран Северного Совета, в странах последнего как раз в этой области больше всего продвигается интеграция.¹³⁸

Более чем интересным вопросом является и то, *продукты умственного труда*, входящие в круг промышленной собственности, *под какую систему норм подпадают*. Охрана авторов, а также материальные и правовые условия использования умственных произведений также неодинаковы в отдельных странах. А совместная экономическая организация в силу необходимости будет использовать изобретения авторов различных стран и способствовать их появлению. В то же время может действовать совместное предприятие и в такой стране-участнице, где правовая охрана изобретений не обеспечена надлежащим образом. Как быть в таких случаях, и вообще кому должно принадлежать изобретение? С повышением роли товарных и денежных отношений в техническом развитии предприятий речь идет об очень важном факторе; разрешение может означать лишь разработка гармоничной системы, в которой необходимо стремиться к оптимальному обобщению самых развитых

¹³⁸ Об этом см. последующие главы настоящей статьи о западно-европейской интеграции.

существующих регулирований. Тот взгляд, вытекающий из софийского принципа, согласно которому безвозмездная передача научно-технических достижений служит в пользу в промышленном и техническом отношении слабо-развитых стран, сейчас уже и с точки зрения позитивного права устарел.¹³⁹ В случае совместных предприятий это было бы особенно сомнительным. В большинстве случаев не менее развитые страны осуществляют массовую реализацию развитых технических достижений, а как раз более развитые. Значит, менее развитая страна заинтересована скорее в том, чтобы посредством изобретений совместного предприятия — тем, что предприятие использует его, или продает его пользователям — как патентодержатель приобрела большую материальную компенсацию. Значит, при нынешнем хозяйственно-политическом подходе любое правовое разрешение должно исходить из принципа компенсации.

И при тождественности в основном экономических общественных основ и сходстве структуры планового хозяйства иные *общие условия поставок*, одним словом иная обязательственная правовая структура деятельности совместного предприятия. Перспективная гармонизация права торговли совместных предприятий вскоре также появится на далеком горизонте интеграции. Я не ссылаюсь на международные торговые договоры. Регулирование их определяют ОУП. С появлением международных субъектов мир внутренних договоров более интересен. К примеру, отношение их правомочий по заключению договоров к позитивным отношениям монополии внешней торговли, что также характерно и для мира внешнеторговых договоров и что уже до сих пор вызывало множество проблем при существующих уже совместных учреждениях, ведущих также и непосредственную хозяйственную деятельность.

20. Одним из элементов нового международного хозяйственного механизма является разработка и учреждение *охватывающей информационной системы, относящейся к капиталовложениям*, её правовая формулировка. Информационная система помимо новых капиталовложений должна, очевидно, охватывать все основные хозяйственные факторы и процессы. Совместное планирование на верхах не кажется единственно, или в первую очередь применяемым средством интеграции. Начатую в начале шестидесятых годов на уровне СЭВ более тесную координацию планов — с перспективой совместного планирования на самом высшем уровне — практика и экономическая литература сейчас уже во многих отношениях подвергает сомнению.¹⁴⁰ Сейчас уже и официальные венгерские заявления ставят под

¹³⁹ Об изменении было решено на 30 заседании Исполнительного Комитета СЭВ (Москва, июль 1967 г.). Было предусмотрено, что и при передаче результатов координирующих совместных планов исследований и развития необходимо возместить «некоторую» часть расходов финансирующих стран в программу сотрудничества *ad hoc*, а при передаче результатов в конкретных договорах необходимо регулировать условия финансового характера (приложение № 3 к протоколу 30 заседания Исполнительного Комитета).

¹⁴⁰ HÉTÉNYI, 10. et seq., *Auschn*, 802—803. p.

вопрос совместное планирование.¹⁴¹ В этом плане особенно спорным является тот взгляд, который возник в юридических кругах в отношении совместного планирования. А именно то, чтобы совместные предприятия были субъектами (адресатами) плановых указаний одного вида планирования и планового органа СЭВ,¹⁴² правовое сконструирование чего и без того вряд ли можно полностью обдумать и вызывало бы необозримую бюрократию. Общее планирование, распространяющееся на микроструктуру экономики, вообще охватить в полной мере факты микроструктуры на самом высшем уровне объективно просто невозможно. Помимо того, что далеко проникало бы в мир суверенитета, предполагало бы слишком дорогостоящую и бюрократичную организацию, администрацию.

Задачей верхов, совместных интеграционных межгосударственных организаций в области планирования будет, очевидно, скорее *координирование перспективных планов, разработка, требующих международного соглашения, более крупных капиталовложений, совместных хозяйственных программ, мероприятий в области хозяйственной политики и политики в области внешней торговли, разработка нормативов, включение этих нормативов в правовые системы стран, участвующих в интеграции*. Правовая наука — в кругу дальнейшего развития организации, в области задач и компетенций органов СЭВ — в этой области, по моему мнению, заранее должна заниматься, способствовать оптимальной правовой институционализации. В кругу этого предметом дальнейшего развития, дальнейшей дифференциации будут нынешние формы и порядок волеизъявления учреждений СЭВ — органов СЭВ и совместных межгосударственных учреждений — зачатки чего уже можно наблюдать сейчас.¹⁴³ Соответственно природе вопросов возникнут

¹⁴¹ См. Список литературы: NYERS, APRÓ (2) 9—10. p.

¹⁴² Такого взгляда придерживались на упомянутой сегедской конференции представители ГДР, указывая на то, что «полновластие» предприятий по созданию товариществ не делает излишним роль того или иного государственного уровня учреждения в плановом осуществлении снабжения, проведения валютных операций и иных дел. См. LONTAI, 481—482. p.

¹⁴³ В кругу деятельности созданных до сих пор межправительственных совместных учреждений (какими являются, например, ИНТЕРМЕТАЛЛ, ИНТРАНСМАШ, Международный Центр, Институт Стандартизации) укрепляются формы оперативной хозяйственной деятельности, в кругу которых вместо *рекомендаций* или помимо них развиваются иные формы изъяснения воли (решения, конкретные гражданскоправовые договоры и т. д.). В предметных круг рекомендаций ИНТЕРМЕТАЛЛ-а по уставу не входила бы организация настоящий бирж металла, этим самым значительное увеличение оборота запасов железной руды, посредничество между спросом и предложением, но на практике это является одним из значительных и интересных аспектов его работы. Институт Стандартизации и Постоянная комиссия по делам стандартизации (в механизме их содержится такая важная область, как унификация стандартов, что является важным условием производственной и сбытовой интеграции) в кругу стандартов развили два вида рекомендаций: технические и экономические предпосылки промышленности не всех государств-членов делают возможным обязательное внедрение передовых стандартов; поэтому рекомендации по стандартам, соответствующим таким высоким требованиям, не могут быть в одинаковой мере реальны для всех сторон. В то же время в интеграции необходимо стремиться к стандартам высокого уровня; в таком случае сложилось такое, что такие рекомендации имеются и их подписывают те, кто считает их целесообразными и с учетом их экономики возможными (*опуб-*

нормы, единичные решения, различные рекомендации и чисто информации или предметный круг согласительных совещаний. Правовая разработка их требует точного, адекватного правового отражения действительных экономических процессов и хозяйственно-политических решений на длительный срок.

21. Реформа управления хозяйством выдвинула в затрагиваемых странах на передний план в некоторой степени соревнование между хозяйственными органами, предприятиями и иными производственными и торговыми единицами, экономическое соревнование, желательное и в народном хозяйстве социалистических стран. Как известно, в венгерском праве это получило уже начальное правовое формулирование.¹⁴⁴ Это является одним из элементов того, чтобы хотя бы потребление освободилось из-под господства производства. Необходимость соревнования на другой стороне, выдвигает оттеснение акций по ограничению соревнования, вообще *определение правовых рамок, условий соревнования*. Это в этой связи следует подчеркивать и потому, что обсужденные новые требования, тенденция международных экономических связей — концентрация, интегрирование, договоры, кооперации и специализации, направленные на распределение рынка и производства — сами по себе, и подходя к ним абстрактно, действуют в направлении ограничения соревнования. Как бы ни рассматривать, *договоры по международной спецификации и кооперации*, в то время как они означают концентрацию материальных и духовных сил, одновременно снижают интенсивность конкуренции рынка, ибо одной, сознательно предусмотренной функцией этих договоров является совместная организация и даже распределение рынка,¹⁴⁵ т. е. такая деятельность, которая означает подчинение, манипуляцию рынка потребителей, то, что высказывающий против картелей взгляд желает вытеснить в интересах здоровой конкуренции. При разработке внутренних норм, относящихся к договорам специализации и кооперации — как в отношении Запада, так и в отношении Востока — а в особенности при разработке возможного международного регулирования, в его перспективном развитии нельзя упускать из виду и эту сторону дела. И правовые средства необходимо разработать с учетом оптимального соотношения двойного требования жела-

ликованные рекомендации), приемлемые для всех рекомендации (*компромиссные рекомендации*) создаются в соответствии с нормами СЭВ о традиционной форме возникновения воли. Международный Центр по научной и технической информации пользуется рекомендациями лишь по вопросам, касающимся национальной системы информации, в то время как в кругу оперативных услуг принимает решения, а для исполнения их принимает мероприятия менеджментного характера.

¹⁴⁴ § 18 *Распоряжения Правительства № 56/1967 (19. XII) о регулировании цен* под заглавием: «запрещение соглашений, ограничивающих рынок и направленных на обеспечение незаконных выгод» содержит распоряжения по регулированию соревнования; подобное регулирование содержит § 9 *Распоряжения правительства № 25/1967 (20. VIII) о товарообороте*.

¹⁴⁵ См., например, № 4 Инструкции по стандартизации.

тельной концентрации и кооперации, а также желательного соревнования. Это можно было бы назвать международным правом картелей социалистической интеграции.

22. Объединение и кооперация на уровне предприятий — в особенности до тех пор, пока не существует международной кодификации — выдвигает все больше *международных частноправовых, а именно коллизионно-правовых вопросов*. Их разработка также является актуальной, как на это уже до сих пор указывалось в литературе.¹⁴⁶ Международное регулирование можно себе представить и путем кодификации на международном уровне. Но и это требует проведения предварительных принципиальных работ. Просто предполагать право резиденции или же регистрации — как это делают с изменчивым характером наши соглашения о предоставлении правовой помощи¹⁴⁷ — будет уже мало. Отчасти потому, что различные правовые проблемы совместных предпринимательств (рамки правоспособности, содержание соотношения их с монополией внешней торговли страны расположения, правомочия по участию служащих, положение в области охраны промышленного права, трудово-правовое и социальное положение и т. д.) на основе какого-либо одностороннего ответа *lex* вряд ли разрешимы соответственным образом в соответствии с требованиями действительности. Отчасти потому, что личное право юридических лиц, созданное по какому-либо традиционному примыкающему принципу, обеспечивающее удовлетворительное разрешение, предполагает, что возможные правовые системы располагают развитым, упорядоченным правовым регулированием в отношении права предприятий на объединение и вообще в отношении права товарищества. В действительности же положение не таково. Такое положение вещей опять-таки означает вызов юристу по международному частному праву. Вызов, чтобы он пересмотрел существующие до сих пор формулы — различные положения — *lex* — и привычные категории изучил в контрасте с условиями их возникновения и с теми вопросами, с которыми сейчас необходимо считаться. Сохранить можно лишь то, что выдержит это испытание, от иного груза наш корабль необходимо освободить. Если мы посмотрим коллизионные нормы соглашений о предоставлении правовой помощи, относящиеся к юридическим лицам, взаимно унифицирующие, относящиеся сюда правила внутреннего права, сущность различий между ними, определяющихся главным образом исторически и с точки зрения права, тогда в рамках возможностей можно видеть реальность дифференцированного мультилатерального регулирования в этом кругу. Более интенсивное сотрудничество в области права и правовой науки, более целеустремленная организация предварительных работ скорее могли бы привести нас к международному регулированию, включая и подготовку

¹⁴⁶ См. VILÁGHY (2) 10. p.

¹⁴⁷ Подробнее см.: MÁDL, (2) 101 et seq.

участия в общей конвенции (какой является, например, Гагская Конвенция по коллизонному праву).¹⁴⁸

23. Становление массовым товарищества и кооперации на уровне предприятий в не юридической литературе выдвинуло уже мысль создания какого-то типа арбитража совместного учреждения.¹⁴⁹ Исследование этой проблемы также является актуальной юридической задачей.

Интеграция не только объединение и сотрудничество предприятий будет больше выдвигать на передний план. Уже само по себе, изложенное выше нормативное учреждение интеграции увеличивает число таких правовых споров, проблем по вопросам толкования соглашений, действия решений различных органов и соотношения их с соглашениями и т. д., которые желают и делают возможным вынесение решений беспристрастной и требующей юридической осведомленности коллегией. Далее, интеграция будет увеличивать число более крупных межгосударственных совместных экономических предпринимательств (капиталовложений). Они будут определены в частичных договорах с подробным регулированием прав и обязанностей, возможных компенсаций. Все же все заранее урегулировать невозможно. Пропорционально росту числа таких предпринимательств, наверняка, будет возрастать и число проблем и споров. В кругу совместно хозяйствующих организаций могут возникать споры между членами объединения, между вступающими в товарищество сторонами и совместным учреждением по вопросам толкования договора о создании совместного предпринимательства, возможной международной конвенции и устава, по вопросам делопроизводства, между коллективом и институтом по трудовоправовым вопросам. Итак, создать учрежденный в правовом отношении какой-либо автоматизм по разрешению споров, этим самым снизить до минимума двухсторонние споры, стагнализацию производственно-экономических процессов, более крупные контрверсии является одной из самых существенных проблем будущего. Такие сложные и многоступенчатые правовые механизмы, какой является и продвигающаяся интеграция, вряд ли могут быть разрешением этой проблемы без учреждения в какой-либо форме судебной функции. Помимо уже указанных причин еще и потому, что без этого правовая формула интеграции в неодинаковой практике национальных формул и органов идет в направлении дезинтеграции. Важно, что и в этой области имеется уже некоторый прогресс. Совсем свежей является точка зрения СЭВ, которая была разработана по рекомендации отдельных стран на 44 заседании Исполкома СЭВ в декабре 1969 года. В соответствии с этим необходимо предпринимать меры в интересах дальнейшего улучшения деятельности органов арбитража стран-

¹⁴⁸ 11 часть Гагской Международной Конвенции по Частному праву относится к юридическим лицам, торговым компаниям и зарубежным учреждениям, Подробнее см. отдельные места в списке литературы: МАНД, (2).

¹⁴⁹ Szónyi, 624 p.

членов, а также системы рассмотрения споров, возникающих между хозяйственными организациями стран.¹⁵⁰

24. Правовые вопросы *связей между Востоком и Западом* не являются первоочередным предметом настоящей статьи, все же они составляют часть её. Процесс экономической интеграции социалистических стран проявляется в мировом хозяйстве в целом, разворачивается в активном взаимодействии с несоциалистическими странами. Из этого вытекает, что это имеет, вернее будет иметь и свой дифференцированный правовой механизм. Подробное рассмотрение относящихся сюда вопросов далеко увело бы. Лишь укажу на то, затрагиваемое не раз в статье, обстоятельство, что сам СЭВ и его отдельные совместные экономические учреждения — вовне открытые организации. Конкретное правовое отражение этого, правовое разрешение условий и процесса по присоединению к ним, непосредственных связей вовне означает серьезные проблемы. Это, а также то обстоятельство, что социалистическая экономическая интеграция развивается в активном экономическом взаимодействии с несоциалистическими странами, вызывает необходимость в изучении и слежении за правовым механизмом интеграционного процесса на западе. Рассматривая наши актуальные правовые задачи со стороны связей Востока и Запада, особого внимания заслуживают капиталистические формации объединений предприятий, их новейшие результаты как в материально-правовом, так и коллизионно-правовом отношении. Бесспорно, что в правовых конструкциях товариществ, складывающихся в социалистических условиях, необходимо учитывать и развитые капиталистические разрешения; уже в силу даже того, что думаем о развитии объединений и кооперации на уровне предприятий и в этой реляции, интернационализация хозяйства продвигается вперед и в отношении Восток-Запад; понимая под этим, например, такие процессы действительности, что одни и те же внутренние предприятия создают и поддерживают сотрудничество в виде кооперации и специализации как с социалистическими, так и с западными предприятиями, а в дальнейшем, возможно, создадут товарищество, что является одним, хотя и не достигающим общего уровня экономической интеграции, но бесспорным элементом производственного интегрирования на уровне предприятий.

25. Как же разрешить эти задачи? — звучит сейчас уже следующий вопрос.

а) Из сказанного можно сделать вывод о том, что необходимо быстрое и массовое по размеру внутреннее и международное правотворчество. В действительности же положение не совсем таково. Срочные задачи возникают в первую очередь в кругу научной подготовки дальнейшего развития права. Хотя на первый взгляд здесь имеется какое-то противоречие и в темпе правотворчества. Притом в следующем. В то время как при старом механизме,

¹⁵⁰ Публикует газета «*Népszabadság*» (17 декабря 1969 года). Под заголовком «Важные решения принял Исполком СЭВ».

когда нормативно-создающая роль права была не так уж важна, потому что управление осуществлялось путем издания множества административных актов, правовая инфляция захлестывала экономическую жизнь, как это с правом утверждает и специальная литература,¹⁵¹ то в условиях нового хозяйственного механизма многократно указывается на медлительность правотворчества,¹⁵² в то время как движение, проявляющееся на уровне хозяйственных единиц, новый хозяйственный механизм имел своей целью подвергнуть правовому порядку. Противоречие же в отношении внутренних связей в действительности отчасти лишь кажущееся. Ибо при повышении самостоятельности хозяйственных организаций нет необходимости в таком сильном регулировании, как это было при старом хозяйственном механизме. В то же время и в отношении внутренних отношений бесспорно, что необходимо или необходимо было как можно быстрее разработать гибкий, *строющийся на стабильных элементах*¹⁵³ *новой структуры правопорядок*. В особенности это относится к таким областям международных экономических связей, регулирование которых можно осуществлять отчасти или полностью и внутренним правотворчеством. Ибо без какого-либо надежного правового порядка на практике будут возникать многочисленные неполадки, колебания и внутренние противоречия. Нет необходимости особо доказывать, что вряд ли соответствует нынешним условиям разрешение, существующее, например, в Венгрии, которое совместные предпринимательства втискивает в прокрустово ложе Торгового Закона прошлого столетия. Торговый Закон уже и венгерская правовая наука буржуазного периода называла плохим венгерским переводом немецкого Гандельсгезетцбуха, т. е. нюрнбергского проекта.¹⁵⁴ С тех пор немецкое право о товариществах неоднократно было обновлено,¹⁵⁵ а Венгерский Торговый Закон остался без изменений. Пример также имеет свою формальную ценность, все же хотелось бы указать на следующее. Страны Общего Рынка располагают, как правило, развитым правом о товариществах. И все же экономическая интеграция сделала необходимым разработку конвенции, относящейся к совместному европейскому предприятию (*Societas Europae*), и в ней находим серьезные изменения в направлении развития.¹⁵⁶

¹⁵¹ FICZERE, 19. р. Статья Е. Корунка: *Общественная функция права*. (*Právník*, 3/1965.) Автор определяет содержание этого явления, а именно: что распоряжение было излишним и что «в таком положении, когда почти каждое мероприятие государства носило характер административной директивы, специфика права, правовой формы полностью терялась» См. FICZERE, 18. р.

¹⁵² Например, также и на сегедской конференции 1968 года в отношении международной экономической интеграции (LONTAI, 481. р.)

¹⁵³ См. CSANÁDI, 1404. р.

¹⁵⁴ См. KUNCZ I/1 t., 36—37. р.

¹⁵⁵ В отношении акционерных обществ совсем новая кодификация была закончена в 1965 году законом об акционерных обществах от 6 сентября 1965 года. (*Aktiengesetz*, *Bundesgesetzblatt*, 1965. I. Teil, 1089. et seq.), который вступил в силу вместо принятого не так уж давно, в 1937 году, закона об акционерных обществах.

¹⁵⁶ См. сказанное в сноске 104.

б) Что касается правовой структуры экономической интеграции стран-членов СЭВ, её оптимальной разработки, помимо усиливающегося международного сотрудничества и затрат-капиталовложений¹⁵⁷ логически возникло, чтобы СЭВ создал организационные рамки по принципиально-научной разработке различных правовых вопросов (комиссию, принципиальный отдел, название здесь не имеет значения). Лишь при таком организационном разрешении – придерживаясь программы по интеграции СЭВ, внутренней структуры деятельности, конкретных программ при условии быстрой и точной информации – возможно быстро разработать точки зрения, материалы, имеющие важное значение для стран-членов и поэтому с точки зрения практики больше оцениваемые ими. А до сих пор Юридический Отдел Секретариата СЭВ имел другую задачу. А именно, юридическое обслуживание действующих органов СЭВ – Совета, Исполкома, постоянных комиссий – и Секретариата СЭВ, придача юридической формы актам этих органов.¹⁵⁸ Отрадно, что возникнувшая путем правовой и юридической науки общественности мысль о том, что необходимо будет создать какие-либо международные организационные рамки разработки правовых вопросов, воплотилась в жизнь в конце 1969 года. Исполком СЭВ на своем 44 заседании (11–16 декабря 1969 года) «ввиду того, что с точки зрения дальнейшего углубления экономического, научного и технического сотрудничества большое значение имеет систематическое изучение и разработка правовых проблем этого сотрудничества» создал совещательный комитет по юридическим вопросам.¹⁵⁹

в) В качестве одного из элементов развития следует рассматривать то ожидание и представление, которые направлены на единый учет нормативных актов и иных мероприятий интеграционных органов, международных соглашений стран-членов, а также на построение относящегося к этому соответствующего механизма информации, на систематическую публикацию юридических материалов по отдельным кругам. Первые шаги уже сделаны.¹⁶⁰ Увеличение числа интеграционных документов, в особенности если их адресатами будут и предприятия, а также совместные предприятия, делают необходимой систематическую и быструю информацию. С развитием интеграционной институционализации как раз это требование,

¹⁵⁷ Необходимость этого была высказана единогласно на сегедской конференции 1968 года. (LONTAI, 481 p.).

¹⁵⁸ См. директиву главного Секретаря СЭВ № 497 от 1968 года о функциях и задачах Юридического Бюро Секретариата СЭВ (*О функциональных обязанностях Юридического Бюро Секретариата СЭВ*). Размноженное на рататоре.

¹⁵⁹ Публикует газета «Népszabadság» 17 декабря 1969 года. (*Важные решения принял Исполком СЭВ-а.*)

¹⁶⁰ Это имеет различные формы. Согласно соответствующему решению СЭВ Секретариат СЭВ будет собирать международные соглашения стран-членов и будет давать о них членам СЭВ соответствующую информацию. В годовых Бюллетенях, издаваемых на нескольких языках, СЭВ будет информировать о своей деятельности. Основные юридические документы СЭВ, включая и основные документы совместных учреждений были изданы Издательством Юридической Литературы в Москве и вскоре будет издано новейшее и полное их издание. Составил Институт государства и права АН СССР.

скорее как потребности научной обработки будет вызывать минимальные стандарты быстрой правовой информации.

г) Наконец, уже неоднократно указывалось, что мы должны стремиться к реальному анализу экономического и правового положения с тем, чтобы объективно вытекающие из развертывающихся экономических и общественных процессов организационные и правовые потребности анализировали и подвергали синтезу и противопоставляли их действующим в настоящее время и имеющимся в распоряжении правовым средствам, традиционным правовым категориям. В то же время нельзя заблуждаться среди деревьев повседневной действительности. Со смелостью теории, рассматривающей и лес, с научной автономией, сопоставленной с процессами действительности, о которых идет речь, мы должны стремиться к теоретически когерентным взглядам. *А правовая наука реальная наука*; правильность её положений может подтверждать неправильный логический вывод из аксиом (хотя и он играет важную роль), а в конце концов лишь действительность. Действительность *для права* означают действительные материальные процессы, общественные и экономические отношения, хозяйственные организации (под чем я понимаю, например, степень монополизации той или иной отрасли промышленности, если мы хотим кодифицировать право соревнования), рациональные организационные принципы, когерентные экономическо-политические решения и факты, их естественное требование организационной и правовой формы, действующие нормы, соотношение этих действующих норм с данной общественно-экономической действительностью, контролируемый механизм действия этих вариантов регулирования, т. е. то требование, чтобы право не дало само себе пощечину, соответствовало принципу государственного суверенитета и принципу заинтересованности в экономических транзакциях-инициативах. Верификальная теория в таком смысле означает то, что в разрешении многих наших реальных задач в данный исторический период играет особенно важную роль.

Изложенные выше задачи, бесспорно, очень разветвленные и распространяются почти на все правовые вопросы международных экономических связей социалистических стран. Они затрагивают непосредственно также и многие основные вопросы социалистической правовой науки. Вообще, любой вопрос, можно сказать, является таковым, разрешение которого возможно лишь при комплексном подходе к нему с теорией и практикой. Каждая отдельная работа — точно также как работа автора, которую он готовит по этому предмету —¹⁶¹ может брать на себя лишь ту или иную часть различных, в основном показанных здесь задач. И все же то, что здесь я все же показал почти полную панораму круга проблем (более того, пытался выдвинуть в целом ряде и вариации разрешений, показать направления возможных-вари-

¹⁶¹ Эта подготавливаемая работа направлена, собственно говоря, на правовой механизм гражданско-правового характера интеграции на уровне предприятий.

антов разрешений), имеет ту методологическую а именно, чтобы способствовать ясному формулированию отдельных детальных задач. Частичные задачи, естественно, могут быть поняты, осмыслены лишь во взаимосвязи со всем комплексом проблем.

Список литературы с применяемыми в сносках сокращениями

- Соглашение АГРОМАШ АГРОМАШ Венгеро-Болгарское общество. Соглашение (подписанное 16 декабря 1964 г. в Будапеште) по созданию совместного венгеро-болгарского общества по координации производства и развития машин, необходимых для механизации трудовых процессов по выращиванию овощей, винограда и фунтков, а также сбыту их.
- ALTSULER А. В.: *A KGST tagországai közötti sokoldalú elszámolások jogi kérdései* (Правовые вопросы многосторонних расчетов между странами-членами СЭВ) Реферат сессийской международной конференции 1968 г. Рукопись, стр. 16 (см. LONTAI)
- APRÓ (1) APRÓ ANTAL: *A KGST-országok gazdasági együttműködése és a magyar népgazdaság*. (Экономическое сотрудничество стран СЭВ и венгерское народное хозяйство) Budapest, Kossuth Könyvkiadó, 1968. 306 p.
- APRÓ (2) APRÓ ANTAL: *A nemzeti és nemzetközi érdek összefonódása a szocialista országok gazdasági együttműködésében*. (Переплетение национального и международного интереса в экономическом сотрудничестве социалистических стран. Társadalmi Szemle 12/1968. 1—13. p.
- APRÓ (3) APRÓ ANTAL: *Nemzetközi együttműködés: nemzeti érdek*. (Международное сотрудничество: национальный интерес) Magyar Nemzet 1967. 24 декабря.
- ÁDÁM ADÁM GYÖRGY: *Új vonások a Kelet-Nyugati gazdasági kapcsolatokban*. (Новые черты в экономических связях между Востоком и Западом) Gazdaság, 1/1967. 70. p. и последующие.
- BAIN BAIN, J. S.: *Industrial Organization*. New York, John Wiley and Sons Inc. 1959. XVIII, 643. p.
- BALASSA BALASSA, ÁKOS: *Az érdekelttség problémája a KGST országok közötti gyártásszakosításban*. (Проблема заинтересованности в специализации производства между странами СЭВ) Közgazdasági Szemle, 9/1965. 1013—1029. p.
- BALOG BALOG, N.: *Aspects juridiques de l'investissement de ressources étrangères dans l'organisation économique yougoslavie*. См. *Legislation Yougoslavie*, 12—36. p.
- BANDELIN—BEHR BANDELIN—BEHR: *Internationale Spezialisierung*. Außenhandel, 6/1967. 1—5. p.
- BERLE BERLE, A. A.: JR.: *Power Without Property. A New Development in American Political Economy*. New York, Harcourt-Brace, 1959. 194 p.
- Банк СЭВ *Устав Международного Банка экономического сотрудничества как приложение к «Соглашению о многосторонних расчетах в переводных рублях и организации Международного банка экономического сотрудничества от 22 октября 1963 года, подписанного в г. Москве».*
- БОГОМОЛОВ BOGOMOLOV, O.: *Wirtschaftsreformen und Ökonomische Zusammenarbeit der sozialistischen Länder*. Wirtschaftswissenschaften, 1966. 1352—1360. p.
- Богуславский Богуславский, М. М.: *Правовые формы обеспечения межгосударственной производственной специализации и коопера-*

- ции в странах СЭВ. «Советское государство и право», 8/1966. 3—11 п.
- VAJDA (1) VAJDA, IMRE: *Széleskörű, tervezett európai kooperációt.* (Широкая, запланированная европейская кооперация) *Gazdaság*, 1/1967. 60 p.
- VAJDA (2) VAJDA, IMRE: *Integráció, gazdasági unió és nemzeti állam.* (Интеграция, экономический союз, и национальное государство) *Közgazdasági Szemle*, 4/1968. 393—408. p.
- VAJDA (3) VAJDA, IMRE: *A szocialista gazdasági integráció.* (Социалистическая экономическая интеграция) *Magyar Nemzet*, 1969. март, 16.
- VILÁGHY (1) VILÁGHY, MIKLÓS: *Jog- és gazdaságpolitika.* (Право и экономическая политика), Издаёт Общество по распространению научных знаний. Budapest, 1968. 19. p.
- VILÁGHY (2) VILÁGHY, MIKLÓS: *A KGST államok közös vállalatainak jogi és szervezeti kérdései.* (Правовые и организационные вопросы совместных предприятий государств-членов СЭВ). Реферат, прочитанный на конференции о праговых вопросах международных экономических связей, проведенной 21—23 мая 1968 г. в г. Сегед. (См. Lontai)
- VILÁGHY (3) VILÁGHY, MIKLÓS: *Az állam és vállalata.* (Государство и его предприятие), *Jogtudományi Közlöny*, 10 11/1967. 573—581. p.
- GARAMVÖLGYI GARAMVÖLGYI, ISTVÁN: *Vállalatok, testvérek között.* (Предприятия среди братьев) *Magyarország*, 1/1967.
- GROEBEN GROEBEN, H. von den: *Auf dem Wege zu europäischer Aktiengesellschaft.* *Aktiengesellschaft*, 4/1967. 1. et seq. p.
- GWIAZDOMORSKI GWIAZDOMORSKI, S.: *Az állami tulajdon egysége és a jogi személy jogalanyisága.* (Единство государственной собственности и правосубъективность юридического лица). Реферат, прочитанный на международной конференции в г. Печ в 1966 г. 20 п. (См. Mádl [1]).
- Закон об иностранных кредитных сделках (Югославия) Закон о совместных кредитных сделках с иностранными лицами. Официальный орган, 29/1966. См. *Legislation Jougoslave.*
- Закон о предприятии (Югославия) Закон о внесении изменений в основной закон о предприятии. Официальный орган ФГЮ. 31/1967. См. *Legislation Jougoslave.*
- Закон об имуществе предприятия (Югославия) Закон об имущественных средствах хозяйственных организаций. Официальный орган ФГЮ, 17/1961, 30/1962, 53/1962, 14/1965, 56/1965, 29/1966, 1/1967, 31/1967. См.; *Legislation Jougoslave.*
- Закон о торговом сотрудничестве (Югославия) Закон о единых торговых палатах и коммерческом сотрудничестве в хозяйстве. Официальный орган ФГЮ. 28/1960, 16/1961, 13/1963, 31/1967, 19/1965. См. *Legislation Jougoslave.*
- Инструкция по специализации Совместная директива ГГУ, МММ, МП, МП, МВТ, МВНТ, МС, ВОМ (Tervgazdasági Értesítő, 1) об урегулировании вопросов, связанных с подготовкой и заключением договоров специализации и кооперации между венгерскими и немецкими, венгерскими и чехословацкими хозяйственными организациями.
- KÁLLAI KÁLLAI, PÁL: *A magyar—jugoszláv ipari kooperáció eredményei és problémái.* (Результаты и проблемы венгеро—югославской промышленной кооперации) *Külkereskedelem*, (XI) 8/1967. 251—253. p.
- KÁPLÁR KÁPLÁR, JÓZSEF: *Nemzetközi integráció és külkereskedelem.* (Международная интеграция и внешняя торговля) *Közgazdasági Szemle*, 12/1966. 1417. et seq.
- KNAPP KNAPP, V.: *A termelés irányítása és az állam- és jogtudomány.* (Управление производством и наука государства и права) Budapest, *Közgazdasági és Jogi Kiadó*, 1962. 137 p.

- KRONSTEIN KRONSTEIN, H.: *Das Recht der internationalen Kartelle*. Berlin, Schweitzer Verlag, 1967. XL, 518. p.
- KUNCZ KUNCZ, ÖDÖN: *A magyar kereskedelmi és váltó jog*. (Венгерское торговое и вексельное право), Budapest, Grill Kiadó, 1937. VII. 319/I.
- LACAN LACAN, R. A.: *Pour une société anonyme de type européen*. Caractéristiques essentielles des sociétés anonymes dans les six pays de la CEE. Revue Trimestrielle de Droit Européen, 1967. 319. et seq.
- Legislation Jugoslave Recueil des Lois de la RSF de Yougoslavie, Volume XVII, Legislation sur les Investissements Conjoints des Entreprises. Beograd, 1967.
- LELEUX LELEUX, P.: *Corporation Law in the United States and in the EEC. Some Comments on the Present Situation and Future Prospects*. Common Market Law Review,² 1967. 133—176. p.
- LONTAI LONTAI, ENDRE: *Nemzetközi tudományos kollokvium a nemzetközi gazdasági kapcsolatok jogi kérdéseiről*. (Международный научный коллоквиум по правовым вопросам международных экономических связей). Сегед, 21—23 мая 1968 г.) *Állam- és Jogtudomány*, 3/1968.
- MÁDL (1) MÁDL, FERENC: *Nemzetközi kollokvium a jog és a gazdaságosság kérdéséről*. Pécs, 1966. szeptember 16—17. (Международный коллоквиум по вопросу права и рентабельности. Печ, 16—17 сентября 1966 г.) *Állam- és Jogtudomány*, 1/1967. 135—143. p. Кореферат о государственной собственности см на стр. 142—143.
- MÁDL (2) MÁDL, FERENC: *Külkereskedelmi monopólium — nemzetközi magánjog*. (Монополия внешней торговли — международное частное право). Budapest, Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1966. 307 p.
- MEZNERICS (1) MEZNERICS, IVÁN: *A pénzügyi jog a szocialista gazdaság új rendszerében*. (Финансовое право в новой системе социалистического хозяйства). Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, 1969. 509 p.
- MILUTINOVICS MILUTINOVICS, LÁSZLÓ: *Közös beruházások Jugoszláviában*. (Совместные капиталовложения в Югославии). *Gazdaság*, 1/1968. 59—68. p.
- MURGESCU MURGESCU, C.: *A nemzetközi együttműködés az új technikai és termelés területén*. (Международное сотрудничество в области новой техники и производства). *Vita Economica*, Bukarest, 19—20/1967. Рец. в *Közgazdasági Szemle*, 10/1967. 1267—1269. p.
- NAGY NAGY, LÁSZLÓ: *A munkajogi szabályozás az államközi szervezetek és közös vállalkozások esetében*. (Трудовое регулирование в случае межгосударственных организаций и совместных предпринимательств). Реферат, прочитанный на сегедской международной конференции 1968 г. Рукопись, тезисы, стр. 4. (Рецензию см.)
- NAZARKIN NAZARKIN, K.: *A KGSZ-bank két év után*. (Банк СЭВ спустя два года) *Figyelő*, 1966. márc. 20.
- NYERS NYERS, REZSÓ: *A szocialista gazdasági integráció elvi és gyakorlati kérdései*. (Принципиальные и практические вопросы социалистической экономической интеграции). Лекция в Политической Академии ЦК ВСРП. Budapest, 1969. 22 янв., Опубликована: *Népszabadság*, 1969. 23 янв.
- Основные принципы *Основные принципы международного социалистического распределения труда*. Утверждено на совещании представителей коммунистических и рабочих партий стран-участниц СЭВ в Москве 6—7 июня 1962 г.
- СЭВ (1962) *Gesetz über den Perspektivplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR bis 1970* vom 26 Mai 1967. *Gesetzblatt*, 1967. Teil I. no. 8.
- PERSPEKTIVPLAN
GESETZ (DDR)

- PROJET *Projet d'un Statut d'une Société Anonyme Européenne*, par Sanders, P. Vol. I. (Textes), Vol. II. (Commentaires). Bruxelles, 1966. 206, 422 p. Ротаторское издание ССЕ Commission под номер. 16.205 (I) 66 - F, 1100 (IV) 67 - F.
- Положение о советском предприятии (1965) Положение о советских производственных предприятиях; на венгерском языке см. FICSEK, Постановление о предприятиях Революционного Венгерского Рабоче-Крестьянского Правительства 11/1967 (13. V) о государственном предприятии.
- Решение Экономического Комитета о специализации Решение Экономического Комитета 41/1967 (Pénzügyminisztérium Közlönye, 1967. № 29. 24 окт.) о порядке заключения договоров специализации производства внутри СЭВ.
- Решение Экономического Комитета о кооперации предприятий Востока и Запада Решение Экономического Комитета № 42/1967 (6. XI) о некоторых вопросах кооперации по международному сотрудничеству и производству с предприятиями несоциалистических стран. Akadémiai Közlöny, 20/1967
- RAPPORTS EUROPÉENS *Rapports au Colloque International de Droit Européen*. (Коллоквиум, проведенный по гармонизации права торговых товариществ) Organisé par l'Association Belge pour de Droit Européen, 12—14 October 1961. Ed. Bruylant, Bruxelles, 1962. 412 p.
- ROSE ROSE, ST.: *The Reverting Strategies of Multinationalism*. Fortune, 1968. No Sept. 15., 100. et seq.
- SZAMEL BERÉNYI SÁNDOR—SZAMEL LAJOS—MARTONYI JÁNOS—SZATMÁRI LAJOS: *Magyar államigazgatási jog*. (Венгерское административное право. Часть Особенная. Конспекты для университетов.) Budapest, 1965.
- Сенин Сенин, М.: *Ступени прогресса. О проблемах экономического сотрудничества социалистических стран*. «Известия», 14 марта 1968 г.)
- SZILÁGYI SZILÁGYI LÁSZLÓ: *A szocialista nemzetközi gazdasági együttműködés új formája: a vállalatok közötti szakosítási szerződés*. (Новая форма международного социалистического экономического сотрудничества: договор специализации между предприятиями) *Külkereskedelem*, 6/1967. 21—22. p.
- SZOKOLOV SZOKOLOV, A.: *Az AGROMAS bolgár—magyar vegyes vállalat*. (АГРОМАШ болгаро—венгерское смешанное предприятие.) *Nemzetközi Mezőgazdasági Szemle*, 3/1966 107—108. p.
- SZŐNYI SZŐNYI PÉTER: *A termelés nemzetközi szakosításának és kooperációjának problémái*. (Проблемы международной специализации и кооперации производства) *Közgazdasági Szemle*, 5/1966. 619—624. p.
- SZTREKOV SZTREKOV, I. Sz.: *A KGST közös vasúti kocsiparkjának hatékonysága*. (Эффективность общего вагонного парка СЭВ) *Közlekedéstudományi Szemle*, 1/1967. 43—44. p.
- Соглашение ИНТРАНСМАШ ИНТРАНСМАШ — Венгеро—Болгарское Предприятие. Соглашение, подписанное 16 декабря 1964 г. в Будапеште совместным венгеро—болгарским товариществом по развитию машин по передвижке продукции внутри предприятия и её системы и осуществлению связанной с этим деятельности главного подрядчика.
- TALLÓS TALLÓS, GYÖRGY: *A KGST-országok közötti kereskedelem módszereinek fejlesztéséről*. (О развитии методов торговли между странами СЭВ) *Közgazdasági Szemle*, 1/1966. 1—15. p.
- Устав ХАЛДЕХ ХАЛДЕХ Польско—Венгерское акционерное общество имеет резиденцию в Катовице, создано в соответствии с Уставом, утвержденным Центральной Збутой Веглой и Татабанским Угольным Трестом функционирует в качестве совместного предприятия.

- FIGZERE HAJDÚ: *Az állami vállalatok jogállása egyes szocialista országokban.* (Правовое положение государственных предприятий в отдельных социалистических странах) Издание Института государства и права ВАН. Budapest, 1967. 1—69. p.
- HORGOS GYÖULA: *Új módszerek a KGST-országok termelésének szakosításában.* (Новые методы в специализации производства в странах СЭВ) Népszabadság, 1967. 12. szeptember.
- HOUIN R.: *Le traité de Rome et les Fusions en droit commercial Français.* Annuario di Diritto Comparato e di Studi Legislativi, Anno XXXIV. Vol. XXXIV. (1960.) Fasc. I. p. 84—92.
- CSANÁDI GYÖRGY: *Az állami vállalat jogi helyzete az új gazdasági mechanizmusban.* (Правовое положение государственного предприятия в новом хозяйственном механизме) Közgazdasági Szemle, 12/1966. p. 1401—1416.
- SÁRÁNDI IMRE: *Az új gazdasági mechanizmus és a jog.* (Новый хозяйственный механизм и право) Állam és Igazgatás, 8/1967. p. 673—685.
- SERVAN—SCHREIBER J. J.: *Le défi américain.* Ed. Denoel, Paris, 1967. p. 342
- SCHOLTEN Y.: *The European Company.* Common Market Law Review, 1/1967. p. 9—22.
- Ширяев—Ладугин Ю. С.—Ладугин, Б. Н.: *Новое в экономическом сотрудничестве стран СЭВ.* Изд. «Экономика», Москва, 1965. 105 стр. Рец.: Figyelő, 1966. 16. март.
- SPILLER H.: *Rechtsprobleme gemeinsamer Betriebe sozialistischer Staaten.* Recht im Außenhandel, 6—7/1963. Отдельный оттиск 8. p.
- STANDKE K. H.: *Der Handel mit dem Osten.* Nomos-Verlagsgesellschaft. Baden-Baden, 1968. 245 p.
- SURPAT—JONEL G.—JONEL, N.: *Románia és a szocialista országok gazdasági kapcsolatai.* (Румыния и экономические связи социалистических стран) Probleme Concomite, 2/1968.
- ERDEI TIBOR—LACZAY BÉLA: *A MEDIMPÉX külkereskedelmi érdekeltégeiről.* (О заинтересованности МЕДИМПЭКС во внешней торговле) Külkereskedelem, 11/1968. 342—345. p.
- Európa-Kollokvium *Európa-Kollokvium. Harmonisation des Droits des Sociétés.* Colloqu der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Europarecht. Bad Ems, 5—6 Mai 1967.
- Закон о налогообложении совместных предприятий (Югославия) Закон о налогообложении иностранных капиталовложений и, а также иностранных фирм совместных предприятий. Однотомный орган, 31/1967. См. Legislation Yougoslave.

Juristische Fragen der wirtschaftlichen Integration in den sozialistischen Ländern

von

F. MADL

In den Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe ist in den Systemen der inneren Wirtschaftslenkung eine sukzessive, wenn auch in ihrer Intensität verschiedene Entwicklung im Gange. In Ungarn konkretisiert sich diese Entwicklung in einer Erscheinung mit ziemlich präzisen Umrissen unter der Bezeichnung »Reform der Wirtschaftslenkung«. Diese Reform wurde aufgrund der Überlegung unternommen, dass unter den früheren Verhältnissen des Mechanismus der Wirtschaftslenkung die Produktion nicht mehr in bedeutendem Masse erhöhen zu sein schien; ein erheblicher

Aufschwung der Wirtschaft beanspruchte also die Anwendung neuer Methoden. In dieser Lage führten die sozialistischen Staaten verschiedene Reforme ein; weitere Änderungen, Neuerungen und die Wirtschaftslenkung berührende Massnahmen sind in Ausarbeitung begriffen.

In den vergangenen Jahren wurde eine allgemeine Überzeugung fest, die behauptete, dass die bisher angewandten Kooperationsformen kaum dazu geeignet seien, die weitere intensive Entwicklung des Aussenhandels der RGW-Mitgliedstaaten und die sukzessive Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung in erheblichem Masse fördern zu können. Wegen verschiedener wirtschaftlicher Faktoren kann man eine intensivere Entwicklung allein durch die Anwendung qualitativ verschiedener Methoden erreichen. In den internationalen Wirtschaftsbeziehungen müssen die unmittelbare Kooperation zwischen Betrieben, die Intensität der vertikalen und horizontalen Integration, die ausgeglichene Anwendung der Waren-, Geld und Wertkategorien, die Spezialisierung sowie die verschiedenen Formen der Kooperation auf betrieblicher Ebene eine grössere Rolle spielen. In den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den RGW-Mitgliedstaaten wurden bisher nur einige Elemente dieser Tendenz entwickelt. Natürlich wird sich in den künftigen Jahren auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein neuer Mechanismus herausbilden.

All dies stellt das Recht bzw. die Rechtswissenschaft vor zahlreiche neue Fragen, vor allem vor das Problem der Eigentumsstruktur der gemeinsamen Betriebe, der Souveränität, ihrer verfassungs- und wirtschaftsrechtlichen Aspekte, der nach internationalem Privatrecht und Zivilrecht herauszubildenden Formen der Assoziationen, bis zum Problem des Inhalts der internationalen Kredite und Betriebsverträge. Die Abhandlung analysiert aufgrund und im Rahmen der grundsätzlichen Elemente des neuen internationalen Wirtschaftsmechanismus die prinzipiellen Fragen und sonstige Probleme, die schon zu Beginn in der Praxis und Theorie auf den eben erwähnten Gebieten wahrzunehmen sind. Probleme, an deren Lösung die Rechtswissenschaft früher oder später herangehen muss, um, unter anderen, das rechtliche Instituieren der neuen Kooperationsformen und des Integrationsprozesses der internationalen Arbeitsteilung günstig zu fördern.

Problèmes juridiques de l'intégration économique dans les pays socialistes

F. MÁDL

Dans les Etats membres du Conseil d'entraide économique le développement successif des systèmes de la direction intérieure de l'économie est en cours, même si avec une intensité différente. En Hongrie, ce développement se concrétise dans un phénomène aux contours assez précis, portant le nom de la «réforme de la direction de l'économie». Cette réforme a été entreprise par la considération que dans les conditions antérieures du mécanisme de la direction de l'économie, la production ne semblait pas être susceptible d'être sensiblement augmentée; la nécessité d'un essor considérable de l'économie a exigé ainsi l'application de nouvelles méthodes. Dans cette situation les Etats socialistes ont introduit différentes réformes; autres changements, innovations et mesures intéressant la direction de l'économie y sont en train d'être élaborés.

Dans les dernières années on s'est persuadé quasi généralement de la justesse de l'opinion qui soutenait que des formes jusqu'ici appliquées de la coopération ne sont guère propres à un développement ultérieur sensible du commerce extérieur des pays membres du Conseil d'entraide économique et un développement successif considérable de la division internationale du travail. A cause de différents faits économiques un développement plus intense ne peut être en effet obtenu que par l'application de méthodes qualitativement différents. L'essence de ces méthodes signifie désormais l'affirmation de la nécessité d'une intégration économique. Il s'agit de la nécessité, que dans les relations économiques internationales un rôle plus important doit être assigné à la coopération directe des entreprises, à l'intensification de l'intégration verticale et horizontale, à l'application pondérée des différents catégories des marchandises et de la monnaie, à la spécialisation ainsi qu'aux formes variées de la coopération sur l'échelon des entreprises. De cette tendance seulement quelques éléments ont été intégrés jusqu'ici dans les relations économiques des Etats membres du Conseil d'entraide économique. Evidemment, dans les années prochaines un nouveau mécanisme des relations économiques internationales se formera également.

Tout ceci pose nombre de nouvelles questions au droit et à la science juridique également, à commencer par le problème de la structure de la propriété des entreprises communes, de la souveraineté, des implications de droit public et économiques de cette dernière, des formes de droit international privé et de droit de fond des associations, jusqu'au contenu des crédits internationaux et des contrats de coopération. L'étude, qui est le premier chapitre d'un plus grand ouvrage en préparation, analyse sur la base et dans le cadre des éléments constitutifs du nouveau mécanisme économique international les questions de principe qui se présentent à première vue dans la pratique et dans la doctrine au sujet des problèmes juridiques mentionnés et d'autres problèmes encore; problèmes que la science juridique doit affronter le plus tôt possible. Et ceci, entre autres, aussi pour favoriser l'institutionnalisation juridique des formes nouvelles de la coopération et du processus d'intégration de la division internationale du travail.

Die vergleichende Untersuchung der Rechtsentwicklung im Vordergrund der Rechtsgeschichte

von

P. HORVÁTH

Professor an der Eötvös-Loránd-Universität, Budapest

Die sozialistische Rechtswissenschaft wandte sich in den letzten Jahrzehnten mit grossem Interesse der Anwendung der komparativen Methode zu. Dadurch wurde auch die Erweiterung der komparativen rechtshistorischen Forschungsarbeit angeregt. Für die ungarische Rechtsgeschichtsschreibung ist es besonders wichtig, dass die diesartige Forschungsarbeit erweitert wird. Auf Grund der erreichten Ergebnisse der heimischen Rechtswissenschaft sind wir der Meinung, dass die komparative Forschung in jedem Zeitalter der ungarischen Rechtsgeschichte zeitgemäss und nützlich ist. Es stehen jedoch jene Aufgaben im Vordergrund, die mit der Erforschung der Rechtsentwicklung des bürgerlichen Zeitalters verbunden sind. Als eine solche Aufgabe wird in der Abhandlung die Erforschung der Entstehung der bürgerlichen Rechtsordnung und ihre Entwicklung in den Rechtszweigen und Institutionen betrachtet. Unsere diesbezüglichen Bestrebungen beanspruchen aber die eingehendere Kenntniss der Rechtsentwicklung bei den Nachbarvölkern. Dieser Anspruch setzt jedoch die komparative Untersuchung der konkreten historischen Quellen voraus. So tritt bei uns auf dem Gebiet der komparativen rechtshistorischen Forschungsarbeit die Rechtsentwicklung der Völker in Mittel- und Osteuropa, sowie auf der Balkanhalbinsel in den Vordergrund.

In unseren Tagen ist eine Ausbreitung der rechtshistorischen Forschungsarbeit sowohl im heimischen als auch im internationalen wissenschaftlichen Leben zu beobachten. Die Ursachen dieser Erscheinung sind mit den Forderungen, die an die moderne Rechtswissenschaft gestellt werden, auf eine verwickelte Weise verbunden, sie tragen aber im allgemeinen auch dazu bei, dass der Wirkungskreis der historischen Forschungsarbeit erweitert wird. All das und viele andere Faktoren führen dahin, dass die Untersuchungen, welche die Erforschung der Staats- und Rechtsentwicklung bezwecken, die Grenzen der einzelnen Völker und Staaten immer häufiger überschreiten. Wir sind Zeugen der Entfaltung eines sich weit verbreitenden Anspruches, der auch die Erschliessung der universellen Zusammenhänge der untersuchten Faktoren der Rechtsentwicklung erfordert.

Die genannte Entwicklung der Rechtsgeschichtswissenschaft wird oft auch als eine Art der Wiedergeburt des juristischen Historismus betrachtet, weil durch sie die Forschung eine zunehmende Anregung bekommt und die internationale Zusammenarbeit der Vertreter des gegebenen Wissenschaftszweiges bedeutend erweitert wird. Die Rechtsgeschichtsschreibung der sozialistischen Länder wurde zu einem wichtigen — sogar bestimmenden — Faktor

dieser offensichtlich progressiven Tendenz. Die Festigung der marxistischen Rechtswissenschaft bedeutete nämlich in der Entwicklung der historischen Rechtswissenschaften den Beginn einer neuen Periode. In dieser Epoche wurde die Untersuchung der Rechtsentwicklung der einzelnen Völker und Nationen neu erweckt, die die universellen Zusammenhänge der Rechtsentwicklung angewandt und ergänzt hat. Die marxistische Rechtsgeschichte enthält also seit Beginn ihrer Entfaltung die Verknüpfung der nationalen und universellen Entwicklung, die Untrennbarkeit der nationalen und universellen Werte des gesellschaftlichen Fortschrittes.

Der Historismus der marxistischen Rechtswissenschaft lenkt also unsere Aufmerksamkeit auf die universellen Zusammenhänge der Rechtsentwicklung. Diese Änderung des Aspektes fällt besonders zur Zeit der Entfaltung der Rechtsgeschichtsschreibung sozialistischen Charakters auf. In unserem Land war nach 1945 eine Erscheinungsform dieser Änderung die Wiedererwachung der beschreibenden »allgemeinen Rechtsgeschichte«, der als Muster die bekannte Serie: »Wseobschtschaja istoria gosudarstwa i prawa« diente.¹ Einen ähnlichen Weg betrat — mit einer zeitlichen Verschiebung — auch die Rechtsgeschichtsschreibung der europäischen volksdemokratischen Länder.² Infolge dieser Bestrebungen erschienen umfangreiche Handbücher (oft in 3—4 Bänden) und wurden zum Lehrstoff für die juristische Hochschulbildung in mehreren Semestern. Was den Inhalt und den Aufbau dieser Handbücher anbelangt, waren sie Kompendien für die Weltgeschichte, natürliche im Vordergrund mit der Geschichte der Staats- und Rechtssysteme (oft auch voneinander isoliert). Die Verfasser stützten sich auf die Ergebnisse der vergleichenden rechtshistorischen Forschungen, ohne danach zu trachten, dass eine ausgeprägte komparative Methodik auf einem grösseren Gebiet zur Geltung komme. Trotzdem zeigt sich ein wachsendes Interesse für die komparative Betrachtungsweise, wo hauptsächlich die Identität und Ähnlichkeit (die Verwandtschaft der Völker und wie sie aufeinander angewiesen sind) erforscht werden. Der hauptsächlich deskriptive Stoff hat vor dem aussenstehenden Betrachter diese wertvolle Bestrebung oft verdeckt, ohne die die ersten in marxistischer Auffassung geschriebenen rechtshistorischen Handbücher, wenn auch nur thematisch, kaum hätten konzipiert werden können. Darauf hat auch der polnische Rechtshistoriker Julius Bardach in seiner in der Zeitschrift »Czasopismo Prawno-Historyczne«³ erschienenen Abhandlung überzeugend hingewiesen. Es könnte vielleicht mit Recht behauptet werden, dass eines der wesentlichen Merkmale der sich entfaltenden sozialistischen Rechtsgeschichte der Historis-

¹ Moskau, 1945—1947.

² So die polnische Serie: *Powszechna historia państwa i prawa (Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte)* die rumänische: *Istoria generală statului și dreptului (Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte)* usw.

³ Band XIV, 2/1962, p. 40/41.

mus komparativen Charakters ist, der die nationale Selbstisolierung auflöst. Auf diese Tatsache deuten auch unsere Verhältnisse hin auf die unsere Aufmerksamkeit durch die neuere Forschungsarbeit wiederholt gelenkt wurde.⁴ Imre Szabó behauptet, dass »als ein Zeichen des zunehmenden Interesses für das komparative Recht nach der Befreiung auch der Umstand dient, dass der Gegenstand der Rechtsgeschichte als ungarische und vergleichende Rechtsgeschichte bezeichnet wird.« Diese Periode war zwar für die konkrete vergleichende rechtshistorische Forschungsarbeit ungünstig, trotzdem ist diese Erscheinung in bezug auf die Änderung des Gesichtspunktes des Rechtshistorikers doch beachtenswert. Als Gegenwirkung zum in sich kehrenden Nationalismus und der unwissenschaftlichen Verschliessung der konterrevolutionären Periode trat also der Anspruch auf die komparative Betrachtungsweise instinktmässig in den Vordergrund. Es ist jedoch kein Zufall, dass diese Bestrebung bei uns fast zur selben Zeit erschien, als die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Faktoren immer mehr betont wurden. Der Historismus des sich entwickelnden sozialistischen juristischen Denkens verlangte also ab ovo, dass mit der innerhalb der nationalen Grenzen gebliebenen rechtshistorischen Betrachtungsweise sowohl hinsichtlich der Ursachen der Rechtsentwicklung als auch der Erweiterung der Grenzen der Zusammenhänge radikal abgebrochen wird. In dieser eigenartigen geschichtlichen Situation begann man bei uns zur »allgemeinen Rechtsgeschichte« zurückzukehren, die sich auch auf all die relativ fortschrittlichen Traditionen der »europäischen Rechtsgeschichte« stützte, die durch die bürgerlich-liberale, beziehungsweise positivistische Schule entwickelt wurden.

Das Streben nach der vergleichenden Untersuchung der Rechtsentwicklung war eine Erscheinungsform der sich entwickelnden neuen rechtshistorischen Betrachtungsweise. Allein diese Bestrebung konnte aber nur die Verlegung der methodischen Schwerpunkte zur Folge haben und führte zu dieser Zeit in keinem der europäischen sozialistischen Länder zur Selbständigkeit der vergleichenden Rechtsgeschichte. Nach bestimmter Zeit scheint die komparative rechtsgeschichtliche Richtung sogar enerviert zu werden. Die heimische und internationale Fachliteratur hat bis Mitte der fünfziger Jahre die Weiterentwicklung der Impulse erregende Gedanken allmählich vernachlässigt. Eine Gruppe der Historiker war der Meinung, dass die weit verbreitete »allgemeine Rechtsgeschichte« ein verwirklichtes Ergebnis der neuen Richtung sei, andere haben die rechtsgeschichtliche vergleichende Bestrebung einfach zu den dialektischen Elementen der Methode des Geschichtswissenschaft gerechnet. Der letztere Standpunkt war hauptsächlich darum begründet, weil die

⁴ Siehe SZABÓ I.: *Recueil des travaux relatifs au droit étranger et droit comparé* Volume 4. Die Abhandlung erschien in diesem Band, vgl. vom selben Autor: *Szocialista jogelmélet — népi demokratikus jog (Sozialistische Rechtstheorie — volksdemokratisches Recht)*. Budapest, Közgazdasági és Jogi K. 1967. p. 215.

Vergleichung wahrhaft ein organisches Element jeder wissenschaftlich wertvollen Geschichtsforschungsmethode darstellt. Die Ideen des revolutionären Marxismus haben diese Feststellung wohl vielfach bestätigt. Diese Tatsache wird auch durch die einschlägige neuere sozialistische Fachliteratur nicht bestritten,⁵ doch entstand bezüglich der Probleme der vergleichenden rechtshistorischen Forschungsarbeit eine breite, nunmehr internationale Polemik.

Die neuere komparative rechtshistorische Literatur war nicht die erste, die den Umstand erkannte, dass die die nationalen Grenzen überschreitende rechtshistorische Betrachtungsweise nicht unbedingt vergleichend, und umgekehrt, dass die komparative Rechtsgeschichte nicht in jedem Fall universell ist. Die Geschichtswissenschaft machte schon im vorigen Jahrhundert zwischen beschreibender und vergleichender Geschichte einen Unterschied, worauf Henri Pirenne auf dem V. Internationalen Historikerkongress mit Nachdruck hingewiesen hat.⁶ Die Abgrenzung hat auch auf dem Gebiet der Rechtsgeschichte stattgefunden, ohne dass zwischen den beschreibenden und vergleichenden rechtshistorischen Richtungen eine Spaltung eingetreten wäre. Rodolphe Dareste betrachtete die vergleichenden Untersuchungen noch als Grundstoff der allgemeinen Rechtsgeschichte (*histoire générale du droit*). Diese als ideal zu betrachtende Bestrebung blieb aber bis zu unseren Tagen nur eine Konzeption und nach Meinung des polnischen Rechtshistorikers J. Bardach führte diese Richtung schon um die Jahrhundertwende — hauptsächlich unter dem Einfluss der deutschen kritischen Richtung — zu Werken, in denen die einzelnen Rechtssysteme beschrieben wurden.⁷ Es entspricht der Wahrheit, dass weder die deskriptive »allgemeine Rechtsgeschichte«, noch die mit Hilfe der komparativen Methode zustande gekommene universelle Rechtsgeschichte als Geisteskinde der sozialistischen Rechtsgeschichte zu betrachten sind. Unsere Behauptung ist bloss eine wissenschaftshistorische Feststellung, wenn wir an die früheren Äquivalenten der bereits vor einem Jahrhundert entwickelten »Introduction générale à l'histoire du droit«, der »L'histoire des législations comparées«, der deutschen »Allgemeinen Rechtsgeschichte«, oder der uns gegenwärtig am nächsten stehenden »Wseobschtschaja istorija gosudarstwa i prawa« denken. Die flüchtig erwähnte Suche nach einer allgemeinen Rechtsgeschichte könnte auch noch durch zahlreiche andere Versuche ergänzt werden, unter denen die unter dem Einfluss des Fortschrittsgedankens, des Liberalismus und des Positivismus stehenden Bestrebungen ebenso zu finden sind, wie die

⁵ Siehe z. B.: Зивс, С. И. *О методе сравнительно-исследования в науке о государстве и праве* (Über die komparative Forschungsarbeit in den Staats- und Rechtswissenschaften) Советское Государство и Право, Moskau, 3/1964. pp. 23—25. Косарев, А. И. *Об использовании сравнительного метода в историко-правовом исследовании* (Über die Anwendung der komparativen Methode in der rechtshistorischen Forschungsarbeit) Советское Государство и Право, Moskau, 3/1963. p. 78. usw.

⁶ Siehe: *Compte rendu du V^e Congrès International des Sciences Historiques*. Bruxelles, 1923. p. 31.

⁷ Siehe: *Czasopismo Prawno-Historyczne*, Warszawa, 2/1962. p. 41.

weltrechtshistorischen Panoramen mit Integrationscharakter, welche die Apologetik der bürgerlichen Klasseninteressen verkünden.⁸

Die obigen Hinweise machen es verständlich, dass die »allgemeine Rechtsgeschichte«, die während der Entfaltung der sozialistischen Rechtsgeschichte auftrat, nach einer komplizierten wissenschaftshistorischen Vorgeschichte entstand. Dort, wo diese wissenschaftshistorische Vorgeschichte⁹ auch konkret aufzufinden war, bot sich eine Möglichkeit, die älteren und neuen Elemente der gegebenen Disziplin zu vergleichen. Die allgemeinen rechtshistorischen Bestrebungen, die sich in verhältnismässig kurzer Zeit zu einer wahren Handbuchserie ausbreiteten, waren in vieler Hinsicht neuartig. Keine einzige Richtung der bürgerlichen Periode konnte über die Geschichte der Staats- und Rechtsentwicklung eine so breite Übersicht gewähren. Die Ausbreitung des Horizonts bedeutete nicht nur, dass der sozialistische Historismus in der Rechtsgeschichte auch auf diesem Gebiet notwendigerweise die kontinentalen Grenzen überschritt, sondern er erwies sich hauptsächlich in der Beurteilung der Rechtsentwicklung der Neuzeit und der neuesten Zeit als weit vorwärtsweisend.

Die Ausbreitung des Kreises der Untersuchungen brachte aber stets zunehmende, ungelöste, wissenschaftliche Probleme mit sich. Der Kreis der Analyse wurde durch die Behandlung immer neuer Rechtssysteme erweitert, wodurch allmählich die konkreten Rechtsentwicklungsfaktoren und die komparativen Lösungen in den Hintergrund gedrängt wurden. So wurden die ersten Versuche der »allgemeinen Rechtsgeschichte« stufenweise zu einem Teil der »Weltgeschichte«, der auch die Geschichte der Staatsordnung und der Rechtssysteme kurz behandelt.¹⁰ Auch die Gruppierung der angehäuften Kenntnisse nach Zeitabschnitten konnte die Schwierigkeiten nicht mehr beseitigen. Die unendliche Wiederholung des chronologisch geordneten Stoffes zeigte schon die Unmöglichkeit der deskriptiven »allgemeinen« Rechtsgeschichte. All das wurde eine Zeitlang durch die Notwendigkeit der möglichst vollständigen Sammlung des in Frage stehenden Tatsachenmaterials verdeckt. Die einfachste Gruppierung der Angaben¹¹ bewies schon das Unmöglichwerden der deskriptiven Rechtsgeschichte. Und es ist nicht überraschend, dass auch die gegenwärtige bürgerliche Rechtsgeschichte die Unmöglichkeit der rein chronologischen Beschreibung der verschiedenen Rechtssysteme einstimmig feststellt.¹² Mit den einschlägigen westlichen Stellungnahmen stimmt formell jene in den sozialistischen Fachkreisen bekannte Feststellung überein, nach der »die deskriptive

⁸ Siehe hauptsächlich in bezug auf die letztere Richtung die Arbeiten des Franzosen LÉVY-BRÜHL, der Amerikaner JOHN H., WIGMORE, WILLIAM SEAGLE, usw.

⁹ Deutsch, russisch, tschechisch, polnisch, ungarisch.

¹⁰ BARDACH, J. op. cit. p. 40.

¹¹ z. B. örtliche und zeitliche.

¹² Siehe SEAGLE, W.: *The Quest for Law*. New York, 1941. Vorwort der deutschen Übersetzung; SCHNITZER, A. F.: *Vergleichende Rechtslehre*. Bd. I, Basel, 1961. p. 65/66

Methode nicht geeignet ist, die im welthistorischen Sinne genommene, universelle Rechtsgeschichte darzustellen.¹³ Bei der Suche eines Ausweges weichen die marxistische und bürgerliche rechtsgeschichtliche Auffassung voneinander im Grunde ab. Vor allem müssen die formell gleichen Ansichten abgegrenzt werden. Die ganze Konzeption von W. Seagle, die im Jahre 1941 veröffentlicht wurde, kam zum Beispiel von der Unmöglichkeit der deskriptiven Rechtsgeschichte gerade zur geschichtlichen Integration der Rechtssysteme und wurde dadurch der Verkünder einer der bekanntesten gegenwärtigen bürgerlichen Theorien.¹⁴ Daraus folgt übrigens, dass mit den gegenwärtigen Problemen der juristischen Komparation nicht nur auf dem Gebiet der theoretischen, sondern auch auf dem der historischen Rechtswissenschaften gerechnet werden muss.¹⁵ Um zur Weiterentwicklung der marxistischen »allgemeinen« rechtshistorischen Konzeption zurückzukehren, muss die Erscheinung einer neuen Richtung hervorgehoben werden, deren wesentliche Merkmale die Fortschrittlichkeit des sozialistischen juristischen Historismus überzeugend beweisen. Diese Richtung diene der stufenweisen Beseitigung der deskriptiven »allgemeinen« Rechtsgeschichte und der Entwicklung der universellen Rechtsgeschichte, die durch Anwendung sogenannter repräsentativer Methoden aufgebaut wurde. Als vielleicht am meisten charakteristisches Beispiel dafür kann jenes in zahlreiche Sprachen übersetzte Werk bezeichnet werden, das als ein Lebenswerk zu betrachten ist und vom polnischen Rechtshistoriker Karol Korányi in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre herausgegeben wurde.¹⁶ Charakteristisch für dieses Werk ist der Umstand, dass der Autor nicht mehr versucht, den Anspruch auf Universalität geltend zu machen und dass seine Komponenten auch einzeln zu selbständigen wissenschaftlichen Werken geworden sind.

Von dieser Richtung wurde auf Grund der entsprechend selektierten internationalen wissenschaftlichen Literatur und der grundlegenden Quellen eine Konzeption geschaffen, in der die wichtigsten bestimmenden Faktoren des gesellschaftlichen Fortschritts auf dem Gebiet der Rechtsentwicklung in den Vordergrund traten. Diese Bestrebung zeigte sich schon in der sowjetischen rechtshistorischen Auffassung, die aus dem Titel der Serie »Wseobschtschaja istorija gosudarstwa i prawa« das Kriterium der Universalität ausge-

¹³ Op. cit. Czasopismo Prawno-Historyczne, 1962. p. 45.

¹⁴ Vgl.: Зивс op. cit. p. 34.; Пономарев, В. Н.: *Задачи исторической науки и подготовка научно-педагогических кадров в области истории (Die Aufgaben der Geschichtswissenschaft und die Vorbereitung der wissenschaftlich-pädagogischen Kader auf dem Gebiet der Geschichte)*. Вопросы истории, Москва, 1/1963. pp. 21–22.

¹⁵ Siehe die einschlägigen Stellungnahmen von SIWS und BARDACH. Vgl.: Зивс: op. cit. p. 23.; BARDACH: *Metoda porownawcza (Die komparative Methode)*. p. 53.

¹⁶ Siehe: *Powszechna historia państwa i prawa w zarysie (Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte)*. Bd. I. 1945., Bd. II. 1955., Bd. III. 1959. Warszawa, Wydawnictwo Prawnicze. — Bekanntlich hat die neuere Auflage vier Bände und muß nach dem Tode des namhaften Verfassers erschienen sein. Vgl. die analysierende Schrift über das erwähnte Werk von KLABOUCH, J., *Právny Obzor*, Praha, 9/1959. pp. 567–568.

lassen hat.¹⁷ Der Anspruch auf Übersichtlichkeit¹⁸ förderte die Suche nach einer neuen Methode und erst allmählich wurde die theoretische Begründung der neuen Konzeption bewusst. In dieser Hinsicht ist die Stellungnahme der Konferenz der sowjetischen Rechtshistoriker vom 17—19. Mai 1960 als wegweisend zu betrachten.¹⁹ Diesmal trat die Analyse der für die einzelnen Zeitalter typischen Staats- und Rechtsentwicklungsfaktoren sowie der Rechts- und Staatssysteme, die die Geschichte mitgestalten, in den Vordergrund. Die neue Richtung war bestrebt, die Rechtsentwicklung der neuen und der neuesten Zeit zu verstehen. Dadurch kam der fortschrittliche Charakter des sozialistischen juristischen Historismus mit besonderer Kraft zum Ausdruck. J. Klabouch rechnet übrigens zu dieser Richtung das heimische Handbuch von Bónis—Sarlós, das im Jahre 1957 erschienen ist.²⁰ Hier können ferner das Werk von Wladimir Hanga: »Istoria generală a statului și dreptului«²¹ oder auch das bei uns weniger bekannte rechtshistorische Handbuch von Iwo Jaworski: »Powszechna historia państwa i prawa«²² erwähnt werden.

Wenn man die erwähnten Hauptrichtungen betrachtet, ist es klar, dass die sozialistische Rechtsgeschichte von der Verneinung des deskriptiven Systems nicht zur Beseitigung des universellen Rechtshistorismus gelangte. Im Gegenteil befasste sich die sozialistische Rechtsgeschichte im Besitze des gesammelten konkreten Tatsachenmaterials mit der wissenschaftlichen analysierenden und systematisierenden Arbeit. Diese neuere Richtung der sozialistischen Rechtsgeschichte scheint auch durch die Publikation der oben erwähnten Handbücher die Erwartungen zu bestätigen. Ihre Bedeutung wird aber erst dann erkenntlich, wenn man ihre Rolle in der Entwicklung des Rechtsdenkens betrachtet. Diese Richtung bedeutete eine lebendige Widerlegung derjenigen komparativen Theorien, die die Integration der sogenannten »Weltrechtssysteme« propagieren und natürlich die Rechtsentwicklung bei den osteuropäischen Völkern als einen bedeutenden Faktor des Fortschritts bisher verschwiegen. Das internationale wissenschaftliche Leben hat den neuen sozialistischen rechtshistorischen Aspekt hauptsächlich in der Formulierung der sowjetischen und polnischen Rechtshistoriker²³ kennengelernt, auf Grund dessen die

¹⁷ Siehe die Serie *Staats- und Rechtsgeschichte*, redigiert von TSCHERNILOWSKI, S. M., (1949) von denen ein Band auch in Ungarn erschien (1951), usw. in der Übersetzung von MEŠKO, G.

¹⁸ Es handelt sich hier zumeist um Handbücher, die an den juristischen Hochschulen angewandt wurden.

¹⁹ Siehe: *Московская конференция юристов-историков (Die Konferenz der Rechtshistoriker in Moskau)*. Вестник Московского университета, Серия X. Право 1/1961. pp. 76—77.

²⁰ Siehe: op. cit. p. 569, so auch op. cit. von BARDACH, pp. 42—86.

²¹ Jași, 1956.

²² Wrocław, 1958.

²³ Siehe in erster Reihe die sowjetischen Serien *История государства и права (Staats- und Rechtsgeschichte)*, die den beschreibenden Charakter ausdrückende Verallgemeinerung von 1949 an sogar auch von ihren Titeln strichen. Siehe weiters die Serien von KORÁNYI, K.

Rechtsentwicklung der Völker Mittel- und Osteuropas, beziehungsweise des Balkans — sozusagen — neu entdeckt wurde. So bot sich uns das reiche Material der Rechtsentwicklung der hier lebenden Völker, das zur Entwicklung der Bestrebung nach einer konkreten, komparativen Forschungsarbeit verhältnismässig früh als eine Grundlage diente. Die Ergebnisse von S. W. Juschkow, N. Kolesnizkij, Z. M. Tschernilowskij, W. Prochazka, F. Graus und anderen²⁴ weisen auf den Fortschritt hin, der die komparative Untersuchung der Einzelheiten nach Zeitperioden, Wissenschaftszweigen, Volksgruppen oder gar auf institutioneller Grundlage in Gang setzte. Gleich darauf folgte in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre eine Diskussion über die komparative Methode, die anfangs in der Entwicklung der historischen Rechtswissenschaften als ein von aussen wirkender Faktor erschien. Die wissenschaftshistorischen-methodischen Forschungen und die Rechtssoziologie bewirkten gleichzeitig die Entwicklung einer erweiterten komparativen Forschungsarbeit; dieser Richtung konnte auch die sozialistische Rechtsgeschichte nicht ausweichen.²⁵ Auf die Polemik über die methodischen Fragen reagierten die polnischen und sowjetischen Rechtshistoriker besonders rasch. J. Adamus, J. Bardach, Z. M. Tschernilowskij, A. F. Grabski, A. J. Kosarew, T. Manteuffel und andere traten schon am Ende der fünfziger Jahre mit einer ausgeprägten Konzeption auf.²⁶ Von

²⁴ Siehe Юшков, С. В.: *К проблеме образования феодального государства (Zu den Problemen der Entstehung des feudalen Staates)* Moskau, 1945. p. 71., Колесницкий, М.: *К вопросу о периодизации истории феодального государства. (Zur Frage der Periodisierung der feudalen Staatsgeschichte)* Вопросы Истории, Moskau, 7/1950. pp. 108—125., Черниловский, З. М. *Происхождение раннефеодального государства и права в западно-славянских народах (Die Entstehung des frühfeudalen Staates und Rechts bei den west-slawischen Völkern)*, Moskau, 1963.

²⁵ Siehe aus den einschlägigen Schriften: BYSTRÝCKÝ, R.: *Za marxistickou srovnací právovidu (Für die marxistische komparative Rechtswissenschaft)* Právnik, Praha, 1962.; Данилов, А. И.: *О некоторых вопросах дальнейшего изучения теоретико-методологической проблемы исторической науки (Einige Fragen beim Studium der theoretisch-methodischen Probleme auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft)* Вопросы Истории, 3/1961.; Маркарян, Е. С.: *О значении сравнительно-историческом познании (Über die Bedeutung der historisch-komparativen Erkenntnis)* Вестник Истории Мирской Культуры, Москва 4/1957.; Кечекян, С. Ф.: *К вопросу о роли права в истории (Über die Rolle des Rechts in der Geschichte)* Вопросы Истории, 7/1961.; Зивс: op. cit. Советское Государство и Право, 3/1964.

²⁶ Siehe ADAMUS, J.: *Metoda prawnicza w historii, Zeszyty naukowe U Ł. nauki humanist. (Die juristische Methode in der Geschichte Wissenschaftliche Hefte der Universität in Lwow)*. — społ. s. I. z. 2. 1955. pp. 16—24.; BARDACH: *Z zagadnień ogólnych syntezy państwa i prawa (Über allgemeine Fragen in der Synthese von Staat und Recht)* Czasopismo Prawno-Historyczne, 10/1958. p. 2.; Черниловский: *Об историко-правовых исследованиях польских юристов. (Über die rechtshistorische Forschungsarbeit der polnischen Juristen)* Советское Государство и Прав, 5/1964., GRABSKI: *Metoda porównawcza w badaniach historycznoprawnych Ignacego Benedykta Rakowieckiego (Die komparative Methode in den rechtshistorischen Werken von Ignac Benedykt Rakowiecki)* Zesz. naukowe U Ł seria I, z. 8, Łódz, 1958.; Косарев: op. cit. Советское Государство и Право, 3/1963.; MANTEUFFEL, T.: *O historii powszechnej słow pare (Einige Worte über die allgemeine Geschichte)* Studia historica — w 35-lecie pracy naukowej Henryka Lowmianskiego, Warszawa, 1959. Die Abhandlung von SCHRÖDER, H.: *Über das komparative Prinzip der marxistischen Rechtsgeschichtsmethodik hat neuerdings grosse Aufmerksamkeit erweckt. Siehe Marxistische Beiträge zur Rechtsgeschichte. Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin, 1968. pp. 71—99.*

der Ausbreitung der komparativen rechtshistorischen Forschungsarbeit konnte nunmehr weder die nationale, noch die sogenannte universelle rechtshistorische Forschung getrennt werden. Das beweist übrigens auch die neue Wege und Methoden suchende thematische Diskussionsliteratur,²⁷ die auch in der Erforschung der Rechtsentwicklung neuer und neuester Zeit die Ausbreitung der komparativen Methode anerkannt hat.²⁸

Die Ergebnisse der erwähnten Forschungen boten uns eine bedeutende Unterstützung, um den Fortschritt der komparativen rechtshistorischen Forschungsarbeit besser zu verstehen und die vor uns stehenden Aufgaben in der universellen Geschichte der Rechtsentwicklung lösen zu können. Die Untersuchungen der erwähnten Forscher machen uns aber nicht nur die Verneinung der Selbständigkeit der sogenannten »komparativen Rechtswissenschaft«²⁹ und die Ursachen und Bewegungsgründe der Erscheinung verschiedener komparativer, rechtshistorischer Konzeptionen klar, sondern sie bewegen uns auch zur Anwendung der einschlägigen wertvollen Ergebnisse des bürgerlichen Zeitalters. Die neuen methodischen Grundlegungen machen uns aber darauf aufmerksam, dass die wissenschaftlich begründeten komparativen Methoden auch auf dem Gebiet der rechtshistorischen Forschungsarbeit vielseitig, das heisst individuell und komplex angewandt werden können. Neben der institutionellen und funktionellen Vergleichung, sowie der Vergleichung der einzelnen Rechtszweige verwenden diese Lehren auch die Erforschung der analogen Terminologie und der Reliquien und solche Methoden, die die Rezeption, beziehungsweise die Wechselwirkungen usw. So wurde klar, wie die repräsentative Methode, die Analogie und die Tipologie angewandt werden können.

Der oberflächliche Betrachter könnte der Meinung sein, dass all das bloss ein Mittel der sogenannten universellen, beziehungsweisen allgemeinen rechtshistorischen Forschungsarbeit ist. Aber in der Wirklichkeit bedarf die marxistische Rechtsgeschichte der Vergleichung auch bei der Erforschung der nationalen Spezialitäten und der Erklärung der Einzelheiten der Rechtsentwicklung. Die komparative Mittel anwendende Rechtsgeschichte beansprucht also nicht nur und nicht unbedingt, ihre Behauptungen durch Ähnlichkeiten beziehungs-

²⁷ Siehe Галперин, Г. Б.: *О предмете науки истории государства и права (Der Gegenstand der Staats- und Rechtsgeschichtswissenschaft)* Правоведение, 4/1966.; Курицин, В. М., Рошин, С. Л.: *О предмете и системе курса истории советского государства и права (Gegenstand und System der sowjetischen Staats- und Rechtsgeschichte)* Советское Государство и Права, 12/1961.; Ушаков, А. А.: *К вопросу о предмете, задачах и структуре курса истории государства и права (Gegenstand, Aufgabe und Aufbau der Staats- und Rechtsgeschichte)* Учение Записки, Перм 1961.; Тимов, Ю. Д.; Чустяков, О. И.: *Некоторые вопросы истории государства и права (Einige Fragen der Staats- und Rechtsgeschichte)* Вопросы Истории, 3/1961.

²⁸ Hauptsächlich auf dem Gebiet der systematischen Vergleichung der Rechtsentwicklung in der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern.

²⁹ Sie ist nur eine Methode auch auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft, ebenso wie bei anderen Wissenschaften. Vgl. ВУСТРИЦКИЙ: *op. cit.* Právník, 8/1962. p. 629.; Маркарян: *op. cit.* Вестник Истории, 4/1957. p. 38.; Зивс: *op. cit.* Советское Государство и право, 3/1964 pp. 24—25.

weise Verwandtschaften unterstützt zu haben, sondern auch die Erforschung der Verschiedenheiten. Darum scheint die Untersuchung der Rechtsentwicklung der einzelnen Völker und Nationen im Rahmen der sozialistischen Rechtswissenschaft nicht enerviert zu werden, sondern sich zu entwickeln. Die Wirksamkeit der erwähnten, im engeren Kreis angewandten komparativen rechtshistorischen Mittel wird durch die Forderung noch mehr erhöht, dass von unseren Rechtshistorikern die Erforschung des gesellschaftlichen Fortschrittes, der Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung, die Untersuchung der universellen Zusammenhänge der Rechtsentwicklung beansprucht wird.³⁰ Die theoretische, methodische, beziehungsweise thematische Annäherung an die grundlegende Aufgabe der marxistischen Rechtsgeschichte hat die Wissenschaft gleichfalls zur Ausbreitung der historischen Zusammenhänge angeregt. All diese Bestrebungen führten endlich zur ersten rechtshistorischen Konferenz, die ausdrücklich der komparativen Forschungsarbeit gewidmet wurde und im Jahre 1961 stattgefunden hat.³¹ Es ist natürlich kein Zufall, dass diese Konferenz von den polnischen Rechtshistorikern vorbereitet wurde, da sie in der diesbezüglichen Literatur schon über bedeutende Ergebnisse verfügten. Besonders die Publikationen von T. Manteuffel und J. Bardach³² gaben zur Einberufung einer komparativen rechtshistorischen Konferenz einen direkten Impuls. Nach der Konferenz erschien in der »geschichtlich-rechtshistorischen« Zeitschrift der Polnischen Akademie der Wissenschaften³³ eine Abhandlung unter dem Titel: »Die Anwendung der komparativen Methode auf dem Gebiet der universellen Rechtsgeschichte«. J. Bardach berührte diesen abgegrenzten Problemenkreis auch in Heft 2, 1958 der Zeitschrift »Czasopismo Prawno-Historyczne«³⁴, jetzt gab er aber über die im weiten Kreis erörterten Probleme ein annähernd vollständiges Bild und war bestrebt, die erzielten wichtigsten Resultate zusammenzufassen.³⁵

³⁰ Wie die klassische marxistische Idee hinweist: ». . . wir dürfen die grundlegenden historischen Zusammenhänge nicht vergessen, und sollen jede Frage von jenem Gesichtspunkt aus untersuchen, wie die in Frage stehende Erscheinung in der Geschichte entstand, und welche wichtigeren Etappen ihre Entwicklung kennzeichnen; vom Gesichtspunkt dieser Entwicklung soll untersucht werden, was aus ihr geworden ist.« Vgl. LENIN, W. I.: *Werke*. Bd. 29. Budapest, Szikra, 1953. p. 484.

³¹ Vgl.: КОСАРЕВ: *op. cit.* Советское государство и право, 3/1963. pp. 78.

³² Siehe: MANTEUFFEL: *O historii powszechnej słow pare (Einige Worte über die allgemeine Geschichte)*; siehe ebd. 195). bzw. BARDACH: *Z zagadnień ogólnych syntezy państwa i prawa (Über allgemeine Fragen in der Synthese von Staat und Recht)*. Siehe ebd. 1958.

³³ 2/1962. pp. 9–57.; ebenfalls von BARDACH.

³⁴ Siehe Jahrgang X, Nr. 2, pp. 406–413.

³⁵ Siehe darüber unsere unmittelbar nach dem Erscheinen der Abhandlung herausgegebene Rezension in *Külöldi Jogi Cikkyűjtemény* 3/1963. Über den weiteren Fortschritt der polnischen Rechtsgeschichtsschreibung informiert der Artikel von PIETRZAK, M.: *Posiedzenie naukowe komitetu nauk prawnych poświęcone metodzie porównawczej w historii państwa i prawa*. Vgl. *Czasopismo Prawno-Historyczne* 1/1966. pp. 288–290. (*Die Sitzung der Rechtswissenschaftskommission über die Anwendung der komparativen Methode auf dem Gebiet der Staats- und Rechtsgeschichte*). Vgl. *Czasopismo Prawno-Historyczne*, 1/1966. pp. 288–290.

In dieser oben erwähnten ziemlich langen Abhandlung schilderte er die Konzeption der komparativen Untersuchung in der regionalen Rechtsentwicklung. In dieser Konzeption wurde die komparative Untersuchung der Rechtsentwicklungsfaktoren, die in Zeit und Raum zusammenhängen und in ihrem Charakter gleich sind oder einander nahe stehen, in den Vordergrund gestellt.³⁶ Diese direkt auch auf T. Manteuffels Auffassung³⁷ beruhende Konzeption lässt nicht bezweifeln, dass sie alle bisherigen Richtungen der sozialistischen Rechtsgeschichte einer Erwägung unterzieht. Aufgrund der gezogenen Schlussfolgerungen, so der Unanwendbarkeit der deskriptiven Rechtsgeschichte, ferner des Dogmatismus der institutionellen Methode,³⁸ sowie der Unzulänglichkeit der repräsentativen Lösungen³⁹ erkennt der Verfasser die regionalen Einheiten in der allgemeinen Rechtsentwicklung auf. »Die komparative Forschung, die das Rechtssystem der einzelnen Staatsgruppen analysiert, scheint für uns — schreibt Bardach — besonders zweckmässig zu sein, wenn sich die einzelnen Komponenten in Zeit und Raum miteinander verknüpfen, wenn sie ihrem Charakter nach gleich sind und wenn die realen historischen Bedingungen der gemeinten Wechselwirkungen vorhanden sind.«⁴⁰ Es ist natürlich, — sagt diese Auffassung weiterhin aus — dass sich jede Nation für die Geschichte jener Nation interessiert, die ihr nahe steht und bei der gleiche oder einander nahe liegende Entwicklungsprozesse anzunehmen sind oder eben die Selbständigkeit und Originalität der individuellen (das heisst zum Beispiel der speziell nationalen) Charakterzüge bewiesen werden können. »Es scheint vollkommen begründet zu sein«, dass der in diesem Sinne aufgefasste Regionalismus von der sozialistischen Rechtsgeschichte angenommen wird; er muss aber mit irgendeiner Stufe der ethnischen Verwandtschaft gleichzeitig nicht unbedingt zusammentreffen.⁴¹ Diese Auffassung stellt also das besondere Interesse für die eingehendere Analyse der Rechtsentwicklung bei den benachbarten Völkern in den Vordergrund. Dieses Interesse stellt jedoch keinen Selbstzweck dar, da der Ausgangspunkt »einer solchen Untersuchung« — wie die hervorragenden Vertreter dieser Richtung mit Recht behaupten — in jedem Fall die Rechtsgeschichte des gegebenen Volkes (der Nation) ist; so werden ihre inneren Gesetzmässigkeiten (eventuelle Lücken, beziehungsweise dunkle Flecken) und ihre wirkliche Entwicklung durch die Anwendung der

³⁶ Wenn die angegebenen Kriterien vorhanden sind, bilden diese Rechtsentwicklungsfaktoren zur Anwendung der komparativen Methode »ein natürliches Material«. Siehe BARDACH: *Metoda porownawcza w zastosowaniu do powzecznej historii państwa i prawa* (Die Anwendung der komparativen Methode auf dem Gebiet der allgemeinen Rechtsgeschichte) p. 45.

³⁷ Siehe den Hinweis auf das 1959 erschienene *O historii powszecznej słow pare* (Einige Worte über die allgemeine Geschichte) p. 25., p. 50.

³⁸ Hier ist von Rechtsdogmatik und nicht vom theoretischen Dogmatismus die Rede.

³⁹ Op. cit. pp. 46—47.

⁴⁰ Op. cit. pp. 48—49.

⁴¹ Siehe op. cit. pp. 48., 50—51.

komparativen Methode verständlicher als bisher. Diese Konzeption trennt also den Forscher nicht von der Untersuchung der Rechtsentwicklung eines gegebenen Volkes, im Gegenteil fördert sie die Einfügung der nationalen Entwicklung in die welthistorischen Zusammenhänge dadurch, dass sie auf dem Gebiet der kontrollierten wissenschaftlichen Ergebnisse die noch besser vergleichbaren regionalen Zusammenhänge anwendet.⁴²

Einfach und handgreiflich erscheint die Existenzberechtigung dieser nur in grossen Zügen geschilderten Konzeption, die durch die Feststellung der Zusammenhänge in der Rechtsentwicklung der einzelnen Völker und Nationen ermöglicht, dass man das Ganze eines gegebenen Rechtstyps, beziehungsweise die organisch dazu gehörenden Institutionen besser kennenlernt. Die vergleichende Behandlung der Rechtskultur der verschiedenen (hauptsächlich einander nahestehenden) Völker ist aber in sich nicht neu, wie auch allgemein bekannt ist, dass auch die Wurzel des Rechtshistorismus komparativen Charakters im Zeitalter der Aufklärung oder in vielleicht noch früheren Zeiten liegt. Viele führen die Anfänge der komparativen Richtung auf die Werke von G. W. Leibnitz oder auf das Werk: »Principi di una scienza nuova« des oft vergessenen Rechtsprofessors von Neapel, Giambattista Vico zurück.⁴³ Es kann also als keine Verminderung des Wertes der von uns geschilderten Auffassung angesehen werden, wenn gesagt wird, dass diese auch für uns annehmbare, neuartig abgefasste Konzeption eine sehr wertvolle wissenschaftshistorische Vorgeschichte hat. Vielleicht könnte auch erwähnt werden, dass die Vorgänger grösstenteils die fortschrittlichen Richtungen der gegebenen Wissenschaftszweige vertraten. Auch Julius Bardach hebt den Namen des deutschen Rechtshistorikers Franz Bernhöft hervor,⁴⁴ der schon vor einem Jahrhundert vermutete, dass man in der Geschichte der einzelnen Völker

⁴² Nebenbei ist es zweckmässig zu bemerken, dass die hier festgesetzten Resultate der polnischen Rechtshistoriker auch für uns eine Aufgabe geklärt haben. Besonders bedeutend ist die wissenschaftsgeschichtliche Erforschung der komparativen Methoden, der anschliessenden Schulen und Richtungen. Siehe op. cit. pp. 11—31., 32., 40. Die für die Forscher oft loekende Aufgabe wurde diesmal auf die Darstellung der Hauptrichtungen konzentriert, wodurch die Anwendbarkeit dieser Konzeption besonders hervortritt.

⁴³ Vgl. TROELTSCH, E.: *Der Historismus und seine Probleme. Erstes Buch. Das logische Problem der Geschichtsphilosophie*. Tübingen, 1922. pp. 16—17.; MEINECKE, F.: *Die Entstehung des Historismus*. München, R. Oldenburg Verl., 1959.; MEINECKE: *Werke*. Bd. III. pp. 13, 17, 38 usw.; VICO, G.: *Az új tudomány (Die neue Wissenschaft)*. Budapest, Akadémiai Kiadó, 1963. pp. 585—589., 596—597. usw. — Darauf weist hin KOSVEN, M. O.: *Matriarchatus. Az anyajog kérdéseinek története (Geschichte der Fragen des Mutterrechts)*. Budapest, 1950. pp. 63—65.; BERNAL, J.: *Tudomány és történelem (Wissenschaft und Geschichte)*. Budapest, Gondolat, 1963. pp. 654—656.; BARDACH: op. cit. p. 11.; SZABÓ, I.: *Az összehasonlító jogtudomány (Die vergleichende Rechtswissenschaft)*. In: *Kritikai tanulmányok a modern polgári jogelméletéről (Kritische Abhandlungen über die moderne bürgerliche Rechtstheorie)*. Budapest, Akadémiai Kiadó, 1962. p. 43.; SCHNITZER, A. F.: op. cit. p. 7.; ANCEL, M.: *Az összehasonlító jog modern koncepciója (Die moderne Konzeption des komparativen Rechts)*. Állam- és Jogtudomány, 4/1963. p. 436.

⁴⁴ Franz BERNHÖFT, Professor der Rostocker Universität und Gründer der »Zeitschrift für die vergleichende Rechtswissenschaft«, ist in der Entfaltung der komparativen Tendenzen ein bekannter Name. Siehe BARDACH: op. cit. p. 19.

solche Zusammenhänge finden kann, die den Rang der allgemeinen Gesetze erreichen.⁴⁵ Bernhöft, der ihm nahestehende Georg Cohn und besonders Joseph Kohler, der sich eines grossen internationalen Rufes erfreute, wurden auch schon auf die Untersuchung einzelner, als regional zu betrachtender Komponenten aufmerksam.⁴⁶ Ebenfalls in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sprach Eduard Freeman von der Notwendigkeit »der Rechtsentwicklung, die unter dem Einfluss der gleichen oder nahen Umstände des Daseins steht.«⁴⁷ Darauf weist auch der bekannte europäische Wirtschaftshistoriker M. Kowaljowskij hin, als er den historischen Vergleich »der sich in ähnlichem Entwicklungsstadium befindenden Völker« den reaktionären Bestrebungen der zeitgenössischen nationalen Theorien gegenüberstellt.⁴⁸ Es ist vielleicht kein Zufall, dass Friedrich Engels gerade zur selben Zeit in einem an K. Kautsky gerichteten Brief schrieb, dass er an die Tätigkeit der Vertreter der komparativen Methode Hoffnungen knüpft.⁴⁹

Trotz alledem folgten dem steigenden komparativen Interesse nur sehr bestreitere Ergebnisse. »Ein jeder weiss — zitiert Bardach den französischen Übersetzer des Werkes »Ancient Law« von H. Sumer Maine —, auf welche Weise einige Menschen unter dem Titel der historischen vergleichenden Methode bestrebt waren, ihre nicht begründeten Lehren annehmen zu lassen.«⁵⁰ Viele missbrauchten die Anwendung der historischen komparativen Methode, wodurch auch die Entwicklung des die universellen historischen Zusammenhänge suchenden Rechtsdenkens gelähmt wurde. Unter dem Einfluss der Misserfolge verneinten einzelne Vertreter der reaktionären Richtungen die Möglichkeit der Anwendung der komparativen Methoden, andere versuchten den Vergleich dazu zu benützen, dass sie die Entwicklung der uroriginalen (z. B. germanischen, slawischen, also im allgemeinen an eine Volksgruppe geknüpften), herrschenden Rechtssysteme, beziehungsweise der sogenannten Weltrechtssysteme geschichtlich beweisen. Im besseren Fall hat eine Gruppe der Forscher im Rahmen der deskriptiven allgemeinen Rechtsgeschichte einen gewissen Vergleich angewandt.⁵¹

Auch heute existiert noch die falsche Auffassung, dass es schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine selbständige komparative Wissen-

⁴⁵ Siehe: *Über Zweck und Mittel der vergleichenden Rechtswissenschaft*. Zeitschrift für die vergleichende Rechtswissenschaft, Bd. I.; vgl.: SCHNITZER: op. cit. pp. 14—15.

⁴⁶ So z. B. Die osteuropäischen und asiatischen Rechtsgebiete.

⁴⁷ Das ist das dritte Grundkriterium des Vergleiches bei FREEMANN, E.: *Comparative politics. Lecture I. The range of the comparative sciences*. London, 1873.

⁴⁸ Siehe: *Историческо-сравнительный метод юриспруденции и приемы изучения истории права (Die historisch-komparative Methode der Rechtswissenschaft und ihre Anwendung in der Rechtsgeschichte)*. Москва, 1880. pp. 253—256.

⁴⁹ Siehe den Brief vom 13. Juni 1891 an K. Kautsky. MARX—ENGELS: *Sämtliche Werke*. Bd. XXVIII.

⁵⁰ Was ihnen manchmal auch gelang, wie es COURELLE—SENEUIL, I. C.: im *L'ancien droit* zutreffend schrieb. p. XI.; vgl. BARDACH: op. cit. pp. 19—20. (32)

⁵¹ Nur als Beispiel siehe WINKELMANN, E.: *Allgemeine Verfassungsgeschichte*. Leipzig, 1901.; WILUTZKY, P.: *Vorgeschichte des Rechts*. Bd. 1—2. Wroclaw, 1903. usw.

schaft gab.⁵² In der Wirklichkeit erreichten die Ergebnisse der die komparativen Methoden anwendenden Denker die Schaffung einer entwickelteren Form der allgemeinen Rechtsgeschichte. Im grossen und ganzen herrschte auf dem Gebiet der komparativen Untersuchung der Rechtsentwicklung eine Vielfalt der Richtungen und eine methodische Unklarheit.

Schon in der ersten Hälfte des Jahrhunderts verbreitete sich weit und breit die sogenannte »philologische Richtung«, die auf die Ergebnisse der komparativen Sprachwissenschaft gestützt, nach der komparativen Untersuchung der Rechtsentwicklung der griechischen, römischen und germanischen Völker strebte. Aus dieser Richtung entwickelte sich nur stufenweise die »arische« oder »indogermanische« Theorie, die auch auf dem Gebiet der Rechtsgeschichte zur Quelle vieler Diskussionen wurde. Als eine bedeutende Richtung wird die sogenannte »ethnologische komparative Forschung« betrachtet, die sich auf die frischen Ergebnisse der deskriptiven Ethnographie und Anthropologie⁵³ stützte. Bei den diesbezüglichen Forschungen traten hauptsächlich die uralten primitiven Verhältnisse, die Urzeit der Rechtsentwicklung in den Vordergrund.⁵⁴ Es braucht nicht besonders bewiesen zu werden, dass einige der hier berührten Forschungen auch in der Untersuchung der Rechtsentwicklung zu grundlegenden Änderungen führten und die Ausbreitung der komparativen Methode in grossem Masse förderten. Aber die kritiklose Anwendung der erreichten, oft einer Entdeckung gleichwertigen Ergebnisse konnte doch die Reputation der komparativen Forschungsarbeit schwächen.

Die sogenannte soziologische Richtung bemühte sich, die vielseitige komparative Tendenz zusammenzufassen. Ihre Vertreter gingen von den Zusammenhängen der Geschichte, der Volkskunde, der Wirtschafts- und Rechtswissenschaft aus und waren der Meinung, dass die komparative Forschung die Ergebnisse der erwähnten Wissenschaften konzentriert ausdrücken muss. Die soziologische Richtung erwartete vom Vergleich die Entdeckung solcher allgemeinen Gesetze, die die Qualität der Naturgesetze haben. Trotz der erzielten bedeutenden Resultate der Wissenschaftler H. S. Maine, M. M. Kowaljowskij, P. Winogradow und anderer konnten solche Gesetze nicht entdeckt

⁵² Die im Westen verbreitete ähnliche Auffassung illustriert GENZMER, E.: *Zum Verhältnis von Rechtsgeschichte und Rechtsvergleichung*. Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, 3/1955. p. 326. — Darauf weist hin KULCSÁR, K.: *Történetiség a 20. század jogtudományában (Historismus in der Rechtswissenschaft des 20. Jahrhunderts)*. Siehe: *Kritikai tanulmányok . . . (Kritische Abhandlungen . . .)*. p. 134.; SCHNITZER: op. cit. VII. p. 3. Den gleichen Standpunkt vertritt übrigens MOÓR, Gy.: *A jogtörténet és a jogszociológia módszertana (Methodik der Rechtsgeschichte und der Rechtssoziologie)*. Budapest, 1942. pp. 1—3. und auch KLABOUCH vermutet, dass eine auf die Untersuchung der Kultur der primitiven Völker beschränkte komparative Rechtswissenschaft existiert. Siehe: op. cit. p. 567.

⁵³ So z. B. auf die Ergebnisse von J. J. BACHOFEN, CH. DARWIN, L. H. MORGAN und von anderen.

⁵⁴ Nur als Beispiel können wir auf die Ergebnisse von H. S. MAINE, J. KOHLER, G. L. MAURER, A. H. POST, M. KOWALJOWSKI hinweisen.

werden. Trotzdem machte besonders die ausgedehntere Untersuchung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ursachen grosse Fortschritte und auch die komplexe Analyse der Rechtsentwicklung erweiterte sich. Die erreichten neueren Resultate wurden z. B. auch von der Wirtschaftsgeschichte und der positivistischen Rechtsgeschichte angewandt.

Vom Anfang an enthielt die Rechtsgeschichtswissenschaft zur komparativen Untersuchung der Rechtsentwicklung wahrhaft grosse Möglichkeiten. Die Analogie oder Identität in der Entwicklung der Rechtsinstitutionen, der Rechtspraxis, beziehungsweise der Rechtsquellen hat z. B. auch schon bloss infolge ihrer Wiederholung die Aufmerksamkeit der Forscher erweckt. Der Nationalismus der »historischen Rechtsschule«, die den Beginn der methodischen Rechtsgeschichtsschreibung bedeutet, förderte die komparativen Bestrebungen doch nicht. Diese Art der bürgerlichen Ideologie der Nation stellte vielmehr die Suche nach einem urwüchsigen »völkisch-nationalen« Recht in den Vordergrund.⁵⁵ Auf die Rechtsgeschichte wirkte ferner die sogenannte nur indirekt komparative Gesetzgebung, die durch die Ansprüche der sich entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft gefördert wurde. Diese Richtung hielt sich auch sonst von der Geschichtsforschung fern, weil sie der Beseitigung der traditionellen Rechtsordnung dienen musste. Die hauptsächlich auf deutschem Boden, beziehungsweise in Frankreich entstehenden wissenschaftlichen Zentren (sich z. B. Heidelberg, Paris) und die komparativen Rechtsorgane förderten in erster Linie die Gesetzgebung. Die sich verbreitende komparative Untersuchung bot trotzdem eine gewisse Möglichkeit zur Erweiterung der Untersuchung der Rechtsentwicklung.

Es ist also für die komparativen Richtungen nicht sozialistischen Charakters als allgemein bezeichnend zu betrachten, dass sie die Existenz der regionalen Komponenten der Rechtsentwicklung umgingen oder ausser acht liessen. Es weisen nur Gedankensplitter darauf hin, dass einzelne Vertreter der komparativen Forschung — hauptsächlich unter dem Einfluss der Ergebnisse der Wirtschaftsgeschichte — die regionalen Komponenten in der kontinentalen Rechtsentwicklung schon wahrgenommen haben. Sie betrachteten aber die Rechtsordnung der verschiedenen Zeitalter und Entwicklungsstufen auf statische Weise, also grösstenteils von einem unhistorischen Aspekt aus und versahen sie besonders gerne mit nationalen Eigenschaften. Trotzdem scheint es, dass die einschlägigen neueren marxistischen Untersuchungen einige klare Stellungnahmen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die die regionalen Komponenten der Rechtsentwicklung erkannt haben, mit Recht hervorheben. Hier kann ohne Zweifel die Stellungnahme von Henri Pirenne am V. Inter-

⁵⁵ Für die historisch-juristische Schule »hat der Rechtsvergleich keinen Sinn«. Hierher verweist SCHNITZER: *op. cit.* p. 45.; vgl.: Ке́чекьян: *К вопросу о роли права (Zur Frage der Rolle des Rechts)*. pp. 28—29.

nationalen Historikerkongress in Brüssel erwähnt werden.⁵⁶ In seiner programmatischen Auffassung wünschte er durch die Erweiterung der komparativen Methoden das Verständnis der nationalen Eigenschaften auf wissenschaftlicher Grundlage zu fördern. Der ihm folgende grosse französische Historiker Marc Bloch setzte schon in seiner diesbezüglichen reichen Tätigkeit⁵⁷ die Vergleichung der gleichzeitigen Entwicklungsgeschichte bei den Nachbarvölkern zum Ziel. All das hat sogar in den Lehren der neueren bürgerlichen Komparation unauslöschliche Spuren hinterlassen.⁵⁸

Bei dem regionalen Komponenten in der europäischen Rechtsentwicklung verdient jene Richtung eine besondere Aufmerksamkeit, die sich zwischen den zwei Weltkriegen hauptsächlich in der tschechisch-polnischen Rechtsgeschichte entwickelt hat. Die Tätigkeit von Miroslav Stieber, Theodor Saturnik, Marcell Handelsman und von anderen kennzeichnet jene Richtung, die durch die komparative Analyse der Rechtsentwicklung der im späten Mittelalter entwickelten mittel- und osteuropäischen, mehrere Nationalitäten zusammenfassenden Staaten hervortrat.⁵⁹ Unter dem Einfluss dieser Richtung entfaltete sich eine ansehnliche literarische Tätigkeit, die auch die konkrete Analyse der Rechtsentwicklung der mitteleuropäischen Völker auf die Tagesordnung setzte. Die Grenzen der gewählten regionalen Einheiten blieben natürlich unsicher.⁶⁰ Die konkreten besitz-, erb- und strafrechtlichen komparativen Forschungen bedeuteten aber auch in sich selbst einen wesentlichen Fortschritt.⁶¹ In den Lehren Handelsmans und anderer konnte sich so eine dem heutigen nahestehende methodische Auffassung entwickeln, deren Grundgedanken die Homogenität und Simultaneität der Erscheinungen, die historischen Beziehun-

⁵⁶ BARDACH weist auf seinen Vortrag am V. Internationalen Historikerkongress (Brüssel, 1923) unter dem Titel »De la méthode comparative en histoire« hin. Op. cit. pp. 28—29.

⁵⁷ Siehe op. cit. p. 29. (58).

⁵⁸ Siehe die das in Vordergrund Rücken der Verwandtschaft, der Übernahme, der Vergleich der Rechtsentwicklung »bei den grossen Nachbarvölkern« in den Lehren von SCHNITZER: op. cit. pp. 26., 38—39. usw.

⁵⁹ Siehe STIEBER, M.: *Dějiny soukromého práva ve střední Evropě (Die Geschichte des Rechts in Mitteleuropa)* Praha, 1930.; SATURNÍK, TH.: *Dějiny veřejného práva ve střední Evropě (Die allgemeine Rechtsgeschichte in Mitteleuropa)* Praha, 1931—1933.; HANDELSMAN, M.: *Zagadnienia teoretyczne historii (Theoretische Fragen der Geschichte)* Warszawa 1919.

⁶⁰ Während bei den tschechischen Rechtshistorikern der Begriff »Mitteleuropa« grösstenteils mit der Habsburger-Monarchie übereinstimmt, herrschte bei den Polen der Gedanke der »westeuropäischen« Rechtsentwicklung. Auf diesem Gebiet besteht übrigens die Unsicherheit fast bis heute. Siehe die Abweichung bei den Begriffen »Zentraleuropa« bei PORTSCH, »Mitteleuropa« und »Zwischen-Europa« bei NEUMANN und »East Central Europa« in der englischen Auffassung.

⁶¹ Siehe KORÁNYI, K.: *O niekotorych postanowieniach karnych Statuta litewskiego (Über einige strafrechtliche Bestimmungen des Litauischen Statuts)* z. r. 1529, *Studium prawnoporaunawcze (Komparative Rechtstudien)* Siehe Księga Panitakowa ku uczczeniu 400 rocznicy wydania I. Statuta Litewskiego. Wilna, 1935. von ihm *Podstawy sredniowiecznego prawa spadkowego (Grundlagen des Erbrechts im Mittelalter)* siehe Pamietnik Historyczno-Prwny, 9. 2. Lwow 1930.

gen und der gleiche Entwicklungsstand⁶² waren. Bei einem Teil der Forscher trat der Gedanke der ethnischen, der Rassenverwandtschaft ohne Zweifel in den Hintergrund, aber die bestimmende Rolle der grundlegenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ursachen blieb immer noch ausser acht. Schliesslich wurde die genannte Richtung auch Trägerin einer neu-romantischen Betrachtungsweise, die die mystische, idealistische Anschauung des uralten (slawischen) gesetzgebenden Genius verbreitete. Die Werke von Rudolf Rauscher, Stanislaw Kutrzeba, Karel Kadlec und anderen⁶³ zeigen, dass die kräftigeren komparativen Bestrebungen des bürgerlichen Zeitalters nicht unbedingt Träger progressiver Elemente im juristischen Denken sind. Es steht also von der sozialistischen Auffassung fern, die auftauchenden Erkenntnisse der regionalen Zusammenhänge in der Rechtsentwicklung im allgemeinen als fortschrittliche Tradition aufzufassen. Kaum könnte man zum Beispiel einen progressiven Inhalt in jenen modischen »Integrationslehren«⁶⁴ entdecken, die auch in der Erklärung der Rechtsentwicklung jene Ideen angewandt haben, die die Verbreitung der Rechtsordnung der führenden kapitalistischen Mächte bestätigen.⁶⁵ Die sich dieser Richtung anschliessenden bürgerlichen Historiker — wie das von dem sowjetischen Historiker B. N. Ponomarjow zutreffend erwähnt wird, — wollen jetzt in der ganzen Weltgeschichte die Integration entdecken.⁶⁶ Der Gedanke der Integration spielt unter den komparativen rechtshistorischen Tendenzen dieselbe reaktionäre Rolle, unabhängig davon, in welchem Masse diese Rolle dem Vertreter bewusst wird. Schliesslich muss noch eine auch in unserem Land bekannte Form jener Bestrebungen erwähnt werden, die sich auf die regionalen Zusammenhänge in der Rechtsentwicklung berufen und im Dienste des Irredentismus standen.⁶⁷ Trotz der komparativen Richtungen reaktionären Charakters ist es doch auffallend, dass sich in der schon fast

⁶² Bei ihm: »Kulturniveau« siehe HANDELSMAN, *Zasady metodologii i teorii poznania historycznego (Grundprinzipien in der Methodologie und Theorie der historischen Erkenntnis)* Wyl. 2. Warszawa 1928, auf S. 216 verweist BARDACH op. cit. pp. 29–30. Als Vorgeschichte dieser Auffassung kann in der polnischen Rechtsgeschichtsliteratur erwähnt werden: MAKAREVICZ, J.: *Metoda socjologiczna w historii prawa (Die soziologische Methode in der Rechtsgeschichte)*. Ks. pam. III. zjazdu historykow polskich, Kraków, 1900.

⁶³ Siehe KADLEC, K.: *Introduction à l'étude comparative de l'histoire du droit public des peuples slaves*. Paris, 1933.; KUTRZEBA, ST.: *Duch prastawianskiego prawa w prawach narodow slowianskich (Der Geist des urslawischen Rechts im Recht der slawischen Völker)*. Przegląd Współczesny, 1932.; RAUSCHER, R.: *O vědecké metody při zkoumání soukromého práva u Slovanu v dobách starších (Über die wissenschaftlichen Methoden in der altslawischen Zivilrechtsforschung)*. Bratislava, 1935.

⁶⁴ Siehe z. B. den ganzen Aufbau des op. cit. von SEAGLE; vgl. SCHNITZER: op. cit. pp. 52–53.

⁶⁵ Hierher verweist SZABÓ, I.: op. cit. p. 35.; KULCSÁR: *Történetiség a 20. század jogtudományában (Historismus in der Rechtswissenschaft des 20. Jahrhunderts)*, pp. 342–343.; Зивс: *О методе . . . (Über die Methode . . .)*.

⁶⁶ Понамарев: *Задачи исторической науки (Die Aufgaben der Geschichtswissenschaft)*. Вопросы истории 1/1963. p. 21.

⁶⁷ Die irrführende Auffassung propagierte »den Vergleich der Rechtsordnung der Nachbarvölker« mit nationalem Inhalt. Vgl. SZABÓ, I.: *Az összehasonlító jog (Das vergleichende Recht)*. p. 211.

zwanzig Bände umfassenden und seit 1936 erscheinenden Serie der Gesellschaft »Jean Bodin« die komparative Untersuchung der Rechtsentwicklung in regionalem Rahmen widerspiegelt. Viele Fragen, wie der Feudalismus, das Immunitätsrecht, das Grundbesitzrecht und andere wurden auf diesem Wege ins rechte Licht gestellt, uzv. begrenzt zum Beispiel auf die westeuropäischen, osteuropäischen, nahöstlichen, fernöstlichen, usw. Rechtssysteme.⁶⁸ Diese Themen wurden auf Grund der Referate je nach Staaten bearbeitet und haben die Zweckmässigkeit der Anwendung der komparativen Methoden in der Praxis bestätigt. Es wurde die Möglichkeit einer internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit erkannt und diese Erkenntnis liess diesmal die Komparation im regionalen Rahmen entwickeln.

Wenn man die ausserordentlich vielfältigen Formen der komparativen rechtshistorischen Untersuchungen betrachtet,⁶⁹ kann mit Recht gefragt werden, ob all das die ungarische Rechtsgeschichte beeinflusst hat. Natürlich kann mit Recht gesagt werden, dass die ungarische Rechtsgeschichte von diesem Einfluss nicht unberührt blieb, da die Wurzeln der komparativen Bestrebungen in unserem Lande — wie das von der neueren Forschungsarbeit bewiesen wird — bis zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf jeden Fall zurückzuführen sind. An der Universität hat die sogenannte »Statistik der europäischen Staaten«, in dem allgemeinen Denken hat der Gedanke der Aufklärung und des Fortschrittes die komparative Untersuchung der Rechtsordnung der in Schicksalsgemeinschaft lebenden Völker erweckt. In den Lehren von Béla Barits, Ádám Ferenc Kollár, József Hajnóczy und anderen kann man ohne Zweifel solche komparativen Bestrebungen erkennen, die progressive Lehren enthalten.⁷⁰ All das will natürlich nicht bedeuten, dass ein bestimmter regionaler Aspekt entstanden ist. Sogar die fast ein Jahrhundert später entstehende ungarische Rechtsgeschichtschreibung überliess uns auf diesem Gebiet nur Gedankensplitter positiven Inhalts. So haben unsere Denker, die die Grundlagen der »europäischen Rechtsgeschichte« niedergelegt haben, den Gedanken des »organischen Zusammenhanges« zwischen den Rechtssystemen schon einstimmig bewiesen.⁷¹ Die Anschauung des Positivisten Imre Hajnik zeigt aber auch schon auf diesem Gebiet einen schnellen Fortschritt. Am Anfang der siebziger Jahre betonte Hajnik nur noch die kontinentalen Zusammenhänge,

⁶⁸ Vgl. BARDACH: op. cit. p. 51.

⁶⁹ Eine ausführliche Behandlung wäre im Rahmen dieser Abhandlung kaum möglich.

⁷⁰ Darauf verwiesen wir schon in *Acta Facultatis Politico-Juridicae Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae Tomus IX*, Budapest 1967, pp. 18—20.

⁷¹ Siehe WENZEL, G.: *Európai jogtörténet (Europäische Rechtsgeschichte)*, 1869. III; von ihm *Históriai tanulmányok (Historische Abhandlungen)*. Magyar Acad. Értesítő 1855-ről, Pest, 1855. p. 7.; vgl. ILLÉS, J.: *Hajnik Imre és a magyar jogtörténet (Imre Hajnik und die ungarische Rechtsgeschichte)*. Értekezések a filozófiai és társadalmi tudományok köréből. 1928. pp. 6—7.

»denen sich auch die ungarische Nation nicht entziehen konnte.«⁷² In seiner in den letzten Jahren des Jahrhunderts beendeten historischen Arbeit über die ungarische Gerichtsorganisation und das Prozessrecht stellte er die komparative Betrachtungsweise als ein befolgenswertes Beispiel hin, wodurch die historisch beweisbaren universellen Zusammenhänge zum Mittel des Verständnisses der heimischen Verhältnisse gemacht wurden.⁷³ Weiterhin bietet János Király nur eine zweifellos positive Stellungnahme,⁷⁴ während die Teilforschungen zur komparativen Analyse der untersuchten Fragen auch einen bestimmteren geographischen Rahmen fanden.⁷⁵ Den einschlägigen Bestrebungen haben aber die historisch-juristische Schule, die in sich kehrende nationale Anschauung den Weg versperrt und im allgemeinen wirkte jene reaktionäre juristische allgemeine Betrachtungsweise lähmend, die bis zum Ende des konterrevolutionären Zeitalters der Konservierung eines unwissenschaftlichen, fast alle Zusammenhänge ausschliessenden Weltbildes diente. Es gab einige, die bemüht waren, diese Einseitigkeit gewissermassen zu vermindern und sich durch das Aufwerfen der gleichen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ursachen den Zusammenhängen der mitteleuropäischen feudalen Rechtsgeschichte zuzuwenden.⁷⁶ Besonders grosse Hoffnungen weckte der Auftritt von Antal Murarik, der auch das Recht des ungarischen und der benachbarten slawischen Völker komparativ zu analysieren begann.⁷⁷ All diese Versuche waren aber während der 25jährigen Herrschaft des konterrevolutionären Zeitalters zum Fall verurteilt.

Nur die Entwicklung der letzten 25 Jahren brachte für die ungarische Rechtswissenschaft durch die Beseitigung der sich verschliessenden unwissenschaftlichen Anschauung eine wesentliche Wendung. Wie wir es in der Einleitung schon erwähnten, erkannte unsere Rechtsgeschichtsschreibung die

⁷² Siehe HAJNIK, I.: *A magyar alkotmány és jog az Árpádok alatt* (Die ungarische Verfassung und das Recht zur Zeit der Árpáden). Pest, 1872. p. 17.; vgl. »Die Nationen sind wiederum nur Mitglieder eines grossen Ganzen«; vom selben Verfasser: *Egyetemes európai jogtörténet* (Universelle europäische Rechtsgeschichte). Pest, 1875. p. 3.

⁷³ Die Änderung der Dimensionen des von ihm angewandten Vergleichs kann für uns auch ausserordentlich lehrreich sein; siehe *A magyar bírói szervezet és perjog az Árpád- és vgyesházi királyok alatt* (Die ungarische Gerichtsorganisation und das Prozessrecht in der Zeit der Árpáden und der Könige aus verschiedenen Häusern). Budapest, 1899.

⁷⁴ Siehe: *Adalékok a magyar és az európai tudományos élet kölcsönhatásaihoz. Jogtörténeti részletek.* (Beiträge zu den Wechselwirkungen des ungarischen und europäischen wissenschaftlichen Lebens. Rechtshistorische Details). Sonderabdruck von Jogtudományi Közlöny, 1905. pp. 13 - 15.

⁷⁵ Siehe z. B. die Publikationen von 1891 von DEMKÓ, K.: »*A szepesi jog*« (Das Zipserrrecht). Értekezések a tört. tud. köréből; (Abhandlungen aus der Geschichtswissenschaft), in diesen hat er die komparative Untersuchung der Rechte der mittel- und ost-europäischen Städte in grossem Masse erweitert.

⁷⁶ Siehe die einschlägige ausführliche Analyse in HORVÁTH, P.: *A kelet- és közép-európai népek jogfejlődésének főbb irányai* (Hauptrichtungen der Rechtsentwicklung bei den ost- und mitteleuropäischen Völkern). Budapest, 1968. pp. 66 - 74.

⁷⁷ Siehe sein Werk: *Szláv és magyar jogtörténet* (Slawische und ungarische Rechtsgeschichte). Budapest, 1937. Sein früher Tod hinderte ihn leider daran, seine Bestrebungen auf breiterer Basis zu entfalten.

schweren Versäumnisse des bürgerlichen Zeitalters und war bemüht, ihre Anschauung mit der universellen Geschichte der Rechtsentwicklung zu verbinden. In der Anschauung unserer Forscher gab es in kurzer Zeit solche Änderungen, die zur allgemeinen Verbreitung eines sich erweiternden komparativen Aspektes führten. Die Wiederbelebung der universellen Rechtsgeschichte auf marxistischer Grundlage war nur einer der Begleitfaktoren dieses Fortschrittes.⁷⁸

Die tendenziösen Ideenströmungen des bürgerlichen Zeitalters hoben die individuellen, eigenartigen Merkmale der ungarischen Rechtsentwicklung hervor. Diese Auffassung liess im allgemeinen jene Tatsache ausser acht, dass es kein einziges Volk gibt, das sich hauptsächlich vom Fortschritt der benachbarten Völker hätte unabhängig machen können.⁷⁹ Unsere Rechtsgeschichtsschreibung wandte sich vom Anfang an mit grosser Aufmerksamkeit der Bekämpfung der sich daraus ergebenden Verzerrungen. Auch heute ist diese Aufmerksamkeit zeitgemäss. Sie muss aber mit dem Verständnis besonders der Nachbarvölker und darüber hinaus mit dem der universellen Rechtsentwicklung verknüpft werden. Wie es im richtungweisenden Gedanken der ungarischen Geschichtsschreibung klar abgefasst wurde, ist unsere Aufgabe die ungarische Rechtsentwicklung »in die gesammteuropäische, universelle menschliche Entwicklung« einzureihen, und »die gemeinsamen Faktoren und Zusammenhänge in der Geschichte des ungarischen Volkes und der Nachbarvölker« zu zeigen.⁸⁰ Diese, aber nur diese Zusammenhänge können uns zur Erkenntnis der breiter wirkenden geschichtlichen Gesetzmässigkeiten führen, von der auch die ungarische Rechtsentwicklung keine Ausnahme bildete. Der Weg hierzu führt aber durch »die eingehendere Analyse und Vergleichung der wirklichen historischen Prozesse und der Verhältnisse der ähnlich entwickelten Länder.«⁸¹ Die heimische Geschichtswissenschaft betont gleichstim-

⁷⁸ Als grundlegendes Handbuch siehe BÓNIS, GY.—SARLÓS, M.: *Egyetemes állam- és jogtörténet (Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte)*. Budapest, 1957. p. 494., auf das auch das internationale wissenschaftliche Leben aufmerksam wurde.

⁷⁹ »Die Kultur keines Volkes oder keiner Nation entwickelt sich bloss aus den eigenen inneren immanenten Kräften, sie ist von der Entwicklung der anderen, besonders der Nachbarvölker und Nationen nicht isoliert.« — Siehe SZIGETI, J.: *A magyar szellem-történet bírálatához (Zur Kritik der ungarischen Geistesgeschichte)*. Budapest, Kossuth Verlag, 1964. pp. 171–172.

⁸⁰ Siehe den auch für uns richtunggebenden Gedanken bei PACH, Zs. P.: *Marxista történettudományunk fejlődésének problémái (Probleme in der Entwicklung unserer marxistischen Geschichtswissenschaft)*. Századok, Budapest, 5–6/1964. p. 1012.

⁸¹ Zahlreiche Thesen, die sich an die konkreten Forschungsprobleme der ungarischen Geschichtswissenschaft knüpfen, sind für uns wieder richtunggebend. Unsere Aufgaben »... hoffen wir auf Grund einer vertieften Vergleichung nach der eingehenden Analyse der Verhältnisse in den ähnlich entwickelten Ländern zu lösen«. Siehe ELEKES, L.: *Osztályharc és rendi ellentétek a Mohács előtti Magyarországon (Klassenkampf und ständische Gegensätze in Ungarn vor Mohács)*. Az MTA Filozófiai Tört. Tud. Oszt. Közlemények, 3/1966. p. 184.; ELEKES, L.: *Rendiség és központosítás a feudális államokban (Ständewesen und Zentralisierung in den feudalen Staaten)*. Budapest, Akadémiai Kiadó, 1962. p. 89.

mig, dass dieses eine komparative Untersuchung beanspruchende Gebiet primär auf Mittel- und Osteuropa zu konzentrieren ist.⁸² Auch für unsere Rechtsgeschichte ist ferner der Gedanke richtunggebend, dass das in unserem Land zur Verfügung stehende Quellenmaterial zur Ausarbeitung der gemeinsamen Probleme der mittel- und osteuropäischen Geschichte günstige Möglichkeiten bietet.⁸³ All das verpflichtet uns, die von J. Bardach systematisierte komparative rechtshistorische Methodik komplex anzuwenden, wozu aber auch das eingehende Kennenlernen der Rechtsentwicklung bei den in Frage stehenden Völkern notwendig ist. Das heisst, nur der Vergleich auf Grund einer vielseitigen Untersuchung der konkreten Erscheinungen kann zum Verständnis der Gesetze der Rechtsentwicklung führen.⁸⁴ Denn wie es in einer bekannten Feststellung von Karl Marx heisst: »Wenn wir die Erscheinungen in sich studieren und nachher miteinander vergleichen, werden wir den Schlüssel der Entwicklung leicht finden.«⁸⁵ Ein derartiger Vergleich bietet für unsere Rechtsgeschichtsschreibung wirklich reiche Möglichkeiten, doch muss man sich auch vor der Überwertung der zu erreichenden Resultate hüten. Es ist offensichtlich, dass die wirklichen historischen Beziehungen durch den reinen Vergleich der analogen Erscheinungen noch nicht bewiesen sind.⁸⁶ Erst dann kann das ein Entwicklungsgesetz ausdrückende Resultat des Vergleichs gültig sein, wenn es auch von den Tatsachen bestätigt wird. Ein solches Resultat kann man aber nur dann erwarten, wenn die zu vergleichenden Rechtsentwicklungselemente erforscht sind, ihr Wesen gleich oder nahestehend ist und wenn die gleichen oder analogen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ursachen vorhanden sind, usw.⁸⁷ Es ist ferner klar, dass die sozialistische Auffassung in bezug auf die Typologie der Rechtssysteme nur einen Standpunkt einnehmen kann. Die Grundlage der Klassifizierung kann hier in jedem

⁸² Siehe PACH: *Marxista történettudományunk (Unsere marxistische Geschichtswissenschaft)*. p. 1017.; SZIGETI: op. cit. 1964. pp. 171–172.

⁸³ Vgl. BALOGH, S.—SIMON, P.: *A magyar történettudomány néhány időszervi kérdése (Einige aktuelle Fragen der ungarischen Geschichtswissenschaft)*. Magyar Tudomány, (Budapest) 8–9/1964. p. 488.

⁸⁴ Darauf weist hin Косарев: op. cit. Советское Государство и Право 3/1965. p. 85.; Маркарян: op. cit. Вопросы Истории 7/1966. p. 19.

⁸⁵ »... aber nie werden wir das mit jenem universellen Schlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie erreichen, dessen höchste Tugend nur das ist, dass er über der Geschichte steht.« Siehe MARX: *An die Redaktion der Zeitschrift Ottenschestwennije Sapiski*, im November 1877. *Válogatott levelek (Ausgewählte Briefe)*. Budapest, Szikra, 1949. p. 372.

⁸⁶ »Die Komparation ist kein Beweis« sagt die einschlägige entschiedenste Stellungnahme. Siehe: Косарев: op. cit. pp. 85–86. — Auch BARDACH analysiert die Bedingungen der Gültigkeit der komparativen Lösung. Siehe: *Metoda prounawcza (Die komparative Methode)*. pp. 25, 38, 48 usw. Vgl. noch Кечекян: op. cit. p. 31.

⁸⁷ Viele reihen hierher auch noch die Gleichzeitigkeit, andere verneinen ihre Notwendigkeit. Bis zu unseren Tagen wird als eine modische Auffassung der gleiche »Kulturkreis vorausgesetzt, auf dessen reaktionären Charakter KOSZVEN: op. cit. pp. 347–349.; BARDACH: *Metoda prounawcza (Die komparative Methode)* p. 36. hinweisen. In bezug auf die Bedingungen der regionalen Komparation vgl. op. cit. p. 48. Косарев: op. cit. pp. 80–81.; ähnlich: Маркарян: *Об основных принципах (Über die Grundprinzipien)*. Вопросы истории, 7/1966. p. 21.

Fall (und letzten Endes) die gleiche gesellschaftlich-wirtschaftliche Formation, beziehungsweise der dieser entsprechende Rechtstyp sein.⁸⁸ Die von den bürgerlichen Richtungen mit Vorliebe angewandten geographischen, ethnischen, genetischen⁸⁹ usw. Aufteilungskriterien können nur im Rahmen des grundlegenden Rechtstyps in Frage kommen.

Das Obige in Betracht gezogen kann man das Hervortreten der komparativen rechtshistorischen Forschungen wahrhaft in den progressiven Erneuerungsprozess der Rechtsgeschichtsschreibung eingliedern, was auf allen Gebieten der Forschungsarbeit einer tieferen und komplexeren Erkenntnis der Wirklichkeit dient. Durch die breitere Anwendung der komparativen rechtshistorischen Methode haben wir ernste Möglichkeiten, auch an der Klärung der allgemeinen Zusammenhänge in der europäischen Rechtsentwicklung tätig teilzunehmen. Die tausendjährige Entwicklung des ungarischen Rechts ist mit der Entwicklung der kontinentalen Rechtsordnung untrennbar verbunden. Unserer Rechtsgeschichtsschreibung sind diese Beziehungen nicht unbekannt, oft sind sie aber als bloße Ahnungen zu betrachten. Unsere bürgerliche Fachliteratur hat uns die einschlägigen Erkenntnisse grösstenteils unabgeschlossen hinterlassen, wodurch die Untersuchung der Zusammenhänge zum Beispiel des Lehnrechts, des westlichen kanonischen Rechts oder des Städterechts ihre Aktualität unverändert bewahrt hat.⁹⁰ Wenn wir aber die zu lösenden Aufgaben unserer Rechtsgeschichtsschreibung betrachten, wird es doch offensichtlich, dass die geschichtliche Erforschung des bürgerlichen Staats- und Rechtstyps primär ist. Die Bedeutung der diesbezüglichen komparativen Forschungsarbeit wird auch durch diesen Umstand verständlich. Die Vertreter der Rechtswissenschaft betonen mit Recht, dass die zu erreichenden Resultate nicht nur für die Vergangenheit einen praktischen Wert haben, sondern auch für die Gegenwart, da sich die Gegenwart infolge einer geschichtlichen Notwendigkeit aus der Vergangenheit entwickelt. Das ist eben das Gebiet, wo die sozialistische Rechtsgeschichtsschreibung mit der allgemeinen juristischen Denkungsart unseres Zeitalters schöpferische Beziehungen herstellt. Die Grundlage zu diesen Beziehungen bildet die historische Erforschung des bürgerlichen Rechts der Neuzeit und des sozialistischen Rechts der neuesten Zeit. Diese Feststellung wird auch durch die Fachliteratur der letzten Jahrzehnte unterstützt, und die Rechtsgeschichtsschreibung der sozialistischen Länder erreichte

⁸⁸ Siehe ROZMARYN, ST.: *A jogösszehasonlító kutatások és munkák elméletéből (Aus der Theorie der rechtsvergleichenden Forschungen und Werke)*. Eine gekürzte Rezension der in der *Panstwo i Prawo*, 3/1965. erschienenen Abhandlung in *Külföldi Jogi Cikkyűjtemények*, 3/1966. pp. 387–388.; vgl. Маркарян: op. cit. pp. 27–28.

⁸⁹ Ferner die Rassen-, Religionskriterien und die kulturellen usw. Merkmale.

⁹⁰ Auch die entschiedene Stellungnahme der ungarischen Geschichtswissenschaft zeigt offensichtlich, dass »die marxistische Bearbeitung der einschlägigen Fragen eben vom Gesichtspunkt der Gestaltung der allgemeinen Denkungsart eine sehr aktuelle geschichtswissenschaftliche Frage ist.« Siehe ПАСН: op. cit. Az MTA Társadalmi Tört. Tud. Oszt. Közleményei, 2/1968. p. 317.

eben bei der Untersuchung der erwähnten Zeitalter ihre bedeutendsten Ergebnisse.

Die wichtigsten Aufgaben unserer Rechtsgeschichtsschreibung beanspruchen im allgemeinen die Erweiterung der komparativen Forschungen. Dieser Anspruch darf aber nicht auf das Zeitalter der Herrschaft der Staats- und Rechtsordnung bürgerlichen Charakters beschränkt werden.⁹¹ Die konkrete Untersuchung der Rechtsentwicklung bei den Nachbarvölkern brachte nämlich jene Eigentümlichkeiten der Entwicklung der Rechtsordnung bürgerlichen Charakters an den Tag,⁹² die sich an die Vorgeschichte langer Jahrhunderte knüpfen und auch die Entwicklung der eigenartigen Formen des Überganges im Wesen bestimmten.^{92 a} Die heimische Geschichtswissenschaft erinnert uns daran, dass » . . . unsere wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung seit dem 16. Jahrhundert solche gemeinsame Züge zeigt, die die Untersuchung des ganzen Gebietes nach einheitlichen Gesichtspunkten rechtfertigen.«⁹³ Es ist also offenbar, dass die Entwicklung der bürgerlichen Rechtsordnung immer in bezug auf eine auch näher zu bestimmende regionale Einheit untersucht werden muss, inbegriffen auch die Vorereignisse bis zum 16. und 17. Jahrhundert. Diese vielfältige Aufgabe beansprucht offensichtlich enge und unentbehrliche Beziehungen zwischen der Agrar-, Wirtschafts- und Rechtsgeschichte.

Infolge der fehlenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Bedingungen der radikalen bürgerlichen Umwandlung ist in den Jahrhunderten der Neuzeit bei der Rechtsentwicklung der mittel- und osteuropäischen Völker ein zweifelloses beweisbarer Rückstand wahrzunehmen. Es genügt aber nicht, nur das Weiterleben der feudalen Rechtsordnung durch mehr als drei Jahrhunderte festzustellen. Die verhältnismässig dauerhafte Konservierung der feudalen Rechtsordnung bei dem ungarischen Volk und den Nachbarvölkern hängt nämlich mit der Erscheinung der frühesten, lebensfähigen Elemente der bürgerlichen Rechtsordnung und mit ihrer stufenweisen Verbreitung auf den westlichen Gebieten des Kontinents untrennbar zusammen. Nicht aus den nationalen Eigenarten der in Frage stehenden Völker geht jene Tatsache hervor, dass

⁹¹ Ziemlich allgemein ist doch die Auffassung, die die Entwicklung der bürgerlichen Rechtsordnung in unserem Land und bei den Nachbarvölkern im Fortschritt des letzten Jahrhunderts betrachtet. Auch die Themenwahl der marxistischen Rechtsgeschichtsliteratur erweckt oft den Anschein, dass die zwischen der Herrschaft der feudalen Rechtsordnung und dem sozialistischen Recht bestehende bürgerliche Rechtsentwicklung stellenweise nur die historische Analyse einiger Jahrzehnte rechtfertigt. Die Rechtsgeschichtsschreibung der sozialistischen Länder bemüht sich, diese einseitige Betrachtungsweise zu bekämpfen.

⁹² Hauptsächlich gerade bei den mittel- und osteuropäischen Völkern.

^{92/a} Vielleicht kann gerade hier jene Erkenntnis erwähnt werden, die eine der Schlüsselfragen der ungarischen Geschichte, die Abweichung vom Westen bis zum 15–16. Jahrhundert zurückführt. Siehe PACH: *Nyugat-Európa és a magyarországi agrárfejlődés a 15–17. században* (Die Agrarentwicklung in Westeuropa und in Ungarn im 15–17. Jahrhundert). Budapest, Kossuth, 1963. pp. 5–6.

⁹³ Siehe NIEDERHAUSER, E.: *A jobbágyfelszabadítás Kelet-Európában* (Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Osteuropa). Budapest, Akadémiai Kiadó, 1962. p. 9.

hier bis zur Zeit der Revolutionen von 1848/49 eine der neueren Phase des gesellschaftlichen Fortschrittes entsprechende Rechtsordnung nicht siegen konnte. Die Rechtsentwicklung der mittel- und osteuropäischen Völker hängt auch in den 16—18. Jahrhunderten mit dem Fortschritt des ganzen Kontinents organisch zusammen.⁹⁴ In den geschichtlich notwendigen Zusammenhängen wurden aber vorübergehend die negativen Tendenzen vorherrschend.⁹⁵ Im Westen brachte der Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft die stufenweise Verbreitung des kapitalistischen Rechtstyps mit sich, aber die hinter der frühen bürgerlichen Umwandlung stehenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Kräfte waren noch ungenügend, den ganzen Kontinent umzuformen. Die Rechtsentwicklung reagierte auf die Änderungen in der Gesellschaftsordnung der verschiedenen europäischen Völker empfindlich, was im Westen in der — noch örtlichen — Herrschaft der bürgerlichen Rechtsordnung, im Osten »in der feudalen Anpassung an die kapitalistischen Verhältnisse«⁹⁶ zum Ausdruck kam. So wie an der einen Seite die kapitalistischen Warenverhältnisse allgemein wurden, so verbreiteten sich bei den Völkern östlich der Elbe die Warenproduktionsverhältnisse unter der Gutsherrschaft. Die zwei gegensätzlichen geschichtlichen Tendenzen haben aber die Rechtsentwicklung der europäischen Völker für eine gewisse Zeit geteilt. Auf Grund der komparativen Untersuchung der neuzeitlichen Rechtsordnung der mittel- und osteuropäischen Völker kann man dem die Rechtsentwicklung des ganzen Kontinents bestimmenden Prozess nahekommen.

In der erwähnten Zeitperiode der Rechtsentwicklung bei den heimischen und benachbarten Völkern bekamen die Eigenarten der neuzeitlichen Rechtsgeschichte der mittel- und osteuropäischen Völker einen immer entschiedeneren Charakter.⁹⁷ Diese mehrere Jahrhunderte hindurch wirkenden (meistens negativen) Tendenzen verdeckten und machten die neue Richtung der gesellschaftlichen progressiven Entwicklung lange Zeit auch höchst kompliziert. Viele Jahrhunderte vergingen und die feudale Rechtsordnung konnte nicht gestürzt werden, während im Westen auch die Zeit zur Bildung der klassischen bür-

⁹⁴ Die verwirklichte bürgerliche Rechtsordnung folgte vielmehr den westlichen, hauptsächlich den preussisch-deutschen Mustern, was in allen Zweigen des Rechts, in dem Rückstand des öffentlichen Rechts und auch in der Bewahrung des Justizwesens mit feudalen Elementen offensichtlich ins Auge fällt.

⁹⁵ Vgl. *Történettudományunk helyzete (Die Lage unserer Geschichtswissenschaft)*. Magyar Tudomány, 3/1968, p. 131. Im Licht der neueren Ergebnisse der Wissenschaft sieht man, dass diese »negativen Ereignisse auch in der Geschichte zahlreicher anderer, mittel- und osteuropäischer Länder im 16—18. Jahrhundert aufzufinden sind.« Darauf verweist PACH: op. cit. Századok, 5—6/1964, p. 1019.

⁹⁶ Siehe den treffenden Gedanken: Diese Anpassung konnte zwar einerseits die Wiederverstärkung des Feudalismus mit sich bringen und hat sein Leben verlängert, andererseits enthielt sie aber als sekundäres rückwirkendes Produkt des Kapitalismus auch die Keime des Überganges in den Kapitalismus. Vgl. SZIGETI: op. cit. p. 252.

⁹⁷ Die Wirtschaft in Meierhöfen, die ewige Leibeigenschaft, die Fronarbeit und im allgemeinen die Rückkehr zu den früheren Formen der feudalen Ausbeutung, usw.

gerlichen Rechtsordnung⁹⁸ gekommen ist. Die stärker werdende Krise der feudalen Rechtsordnung bei den mittel- und osteuropäischen Völkern machte aber vom letzten Drittel des 18. Jahrhunderts die Vorgeschichte der bisher unbekanntenen Formen des Überganges zur bürgerlichen Rechtsordnung bemerkbar. Von dieser Zeit an erscheinen und werden allmählich auch auf dem Gebiet der Rechtsentwicklung jene Elemente stärker, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts nach den — mit gewisser zeitlicher Verschiebung — vollzogenen, verspäteten und auf dem Halbweg mehrmals stehen gebliebenen bürgerlichen Umwandlungen voll entfalteteten.

Jene Umwandlung, von der wir *per tangentem* sprechen, brachte in der Geschichte der Menschheit einen Kompromiss in der bürgerlichen Rechtsordnung hervor. Bezüglich der Dimension ist diese Form breiter als die frühe und sogar als die klassische bürgerliche Rechtsordnung, dem Charakter und der Zusammensetzung nach ist sie aber viel heterogener als die vorigen.⁹⁹

Die bisherigen Ergebnisse der Rechtsgeschichtsschreibung zeigen, dass diese Umwandlung, die durch feudale Elemente gekennzeichnet ist, und stellenweise auch die politische und wirtschaftliche Macht der Gutsbesitzerklasse (vorübergehend) konserviert, eine lang andauernde Vorgeschichte hat. Darum brachte das Zeitalter der Krise in der feudalen Rechtsordnung die Vorgeschichte der verspäteten bürgerlichen Umwandlung und gleichzeitig auch die Spezifika der bürgerlichen Rechtsordnung bei den mittel- und osteuropäischen Völkern hervor.¹⁰⁰

Auf diesem Gebiet des Kontinents wurde die tausend Jahre alte Herrschaft der feudalen Rechtsordnung — den konkreten historischen Bedingungen entsprechend — nicht radikal durch gesellschaftliche Revolutionen zunichte, sondern als Resultat der zu Kompromissen führenden verspäteten bürgerlichen Revolution und als Ergebnis der von oben durchgeführten Reformen. Eine lange Krise der Rechtsordnung im preussischen, russischen, österreichischen, beziehungsweise im zerfallenden türkischen Reich ging der Entstehung der bürgerlichen Rechtsordnung in unserem Land und bei den Nachbarvölkern voran. In diesen, oft eine ganze Reihe der Völker unterdrückenden Staaten reiften¹⁰¹ die Bedingungen der Entstehung der bürgerlichen Rechtsordnung. Zu dieser Zeit entstand eine ganze Reihe jener Reformen, die Reichs-

⁹⁸ Als solche kann die französische Rechtsentwicklung betrachtet werden, die in der bürgerlichen Literatur oft als »lateinisch-romanisches Rechtssystem« erwähnt wird.

⁹⁹ Die ungarische Rechtsentwicklung ist ein organischer Teil jener Umwandlung, die auch in der Entwicklung des bürgerlichen Rechts zu einem Weltsystem bedeutend ist.

¹⁰⁰ Siehe das hauptsächlich in dem Entwicklungsprozess der Formen des beschränkten Wareneigentums, der Sicherheit des Umsatzes, der Kredit- und Bankgeschäfte, usw. Es könnte natürlich auch in den anderen Zweigen des Rechts auf die Anwesenheit der Rechtselemente hingewiesen werden, die ausgesprochen mit bürgerlichem Inhalt gefüllt sind, aber nur beschränkt zur Geltung kommen.

¹⁰¹ Auch bei den einzelnen Völkern mit verschiedener Intensität, und oft auch bei demselben Volk mit örtlichen Abweichungen.

Grossmachts- und Staatsinteressen dienten, und jener Zugeständnisse, die dem sich entwickelnden Bürgertum, beziehungsweise jenen kapitalistischen Interessen gemacht wurden, die aus den Warenproduktionsverhältnissen der Gutsherrschaft stammten. Das sind alle historische Erscheinungskomplexe, die die regionalen Zusammenhänge in der Entstehung der mittel- und osteuropäischen Form des bürgerlichen Rechtstyps verständlich machen. In der Erweiterung der komparativen rechtshistorischen Forschungsarbeit müssen wir also ein Mittel sehen, das zum Verständnis der Nachbarvölker führt.¹⁰²

Comparative Study of Legal Development Coming into the Fore in the History of Law

by

P. HORVÁTH

Considerable attention has been devoted in recent decades to the application of comparative methods in socialist jurisprudence. This fact has been an encouragement to extending comparative work in legal history too. The widening of researches in this sphere is particularly important for the historiography of Hungarian law. Relying on the results achieved by the Hungarian science of history in this field it is held that comparative researches are topical and useful in respect of all epochs of Hungarian legal history. The task connected with the study of bourgeois legal evolution are however in the foreground. Such tasks are regarded in the paper the study of the emergence, branches, and institutional development of the bourgeois legal system. The efforts exerted in this sphere require a more thorough-going knowledge of the legal evolution of neighbouring peoples. This requirement, in turn, presupposes a comparative study of historical sources. It follows from the above that researches must focus their attention in comparative legal historiography to legal evolution in Central-Eastern-European countries and the Balkan.

Выдвижение на передний план сравнительного исследования правового развития в области истории права

П. ХОРВАТ

За последнее десятилетие социалистическая правовая наука большое внимание обращает на применение методов сравнения. Это дало толчок и для расширения сравнительного исследования по истории права. Для венгерской истории права особенно важно, чтобы исследовательская работа такого характера получила как можно большее распространение. Поэтому, опираясь на достигнутые нашей исторической наукой в этой области

¹⁰² Die Verantwortung ist unabwendbar, wie das BLOCH, M. vor Jahrzehnten abgefasst hat: »... cessons, si vous le voulez bien, de causer éternellement d'histoire nationale à l'histoire nationale sans nous comprendre«, siehe *Pour une histoire comparée des sociétés européennes*. Revue de synthèse historique, 46/1928. pp. 49–40., denn »... es ist keine wahre Rechtsgeschichte, die mit einem erstarrten Blick bloss auf der Geschichte eines einzigen Volkes beruht«. Die Ideen von Eduard Gans, des grossen Denkers der komparativen Methode, werden von NIZSALOVSKY, E.: zitiert: *Szalay László kodifikációs külföldi kapcsolatai és a sioni epizód (László Szalay, seine ausländischen Beziehungen bezüglich der Kodifikation und die Episode von Sion)*. Allam- és Jogtudomány, 2/1964. p. 179.

результаты, подчеркиваем, что сравнительные исследования являются полезными и актуальными в любую эпоху истории права. Все же на переднем плане стоят задачи, связанные с раскрытием правового развития буржуазного периода. Настоящая статья считает одной из таких задач раскрытие становления буржуазного правового порядка, а также и его отраслевого, институционального развития. А связанные с этим наши стремления требуют более глубокого знания правового развития главным образом соседних народов. Это требование же в свою очередь предполагает сравнительное исследование конкретных исторических источников. Таким образом, для нас в области сравнительно-исследовательской работы по истории права на передний план выступает правовое развитие народов средней и восточной Европы, а также народов, проживающих на Балканском полуострове.

Situation in the Law Application Process

by

K. KULCSÁR

Director of the Research Group of Sociology of the Hungarian Academy of Sciences

The paper is a part of a major work now in preparation which is aimed at working out a system of notions and part-theories susceptible of approaching the sociological issues of law application. If law application is conceived as a decision-making process within an organizational framework, factors which have a bearing — in addition to statutes — on the decision in the law application process must be examined. The paper envisages to ascertain what factors contribute to decision-making in the socio-historical situation in which law is applied and what are those channels which transmit factors, phenomena rooted in the socio-historical situation for those in charge of law application. These channels namely transmit ... in part in a formal manner, e.g. like the single factors of judicial organization, in part in a non-formal manner — expectations politically evaluating the situation for decisions in law application. The paper attempts a conceptual approach of this phenomenon relying in the first place on Hungarian judicature but evaluating international sociological and legal-sociological writings as well.

Law partly becomes a living reality in the process of its application, in its social relations. Hence the social function of law application is of extreme importance, and although on a most general plane it is uniform with the function, or functions of law itself, still the “how” of the ascendancy of the functions of the law will in many respects depend on the law application process and the factors instrumental in this process. In the sociological sense of the term law application is a process conditioned by definite social factors, as the outcome of which owing to the materialization of a legal rule formulated on a general plane, in the shape of concrete decisions legal relations will come into being, change, or cease to exist; social conflicts ripe to be solved the social order specified by a legal norm will take shape or be restored. The knowledge of the legal rules will be spreading, and influenced by the law the environment and wider social consciousness of those concerned by law application will assume a definite form, etc. When now the functional consequences are differentiated yet further, it will be found that law application lends itself readily e. g. for the reinforcement of a definite policy, yet also for provoking confrontation. It is capable of bringing about and strengthening the faith in legal security, yet also in shaking this faith. To sum up, the application of law is the suitable means for the translation of the results to be achiev-

ed by the law into reality, for the promotion of the shaping of these results, yet also for their obstruction and distortion.¹

From what has been said it follows that when beyond a legal rule, those enforcing a legal rule and the case eliciting law application, or beyond the social factors directly attached to all these, other circumstances also cooperate in the law application process, the effect of these will find an expression in a concrete form in the manner, how a legal rule becomes reality, and in the results of law application. The social effect of the application of law, the differentiated character of this effect, are from the very outset an indication of the power and significance of the conditioned nature of the effect. For the Marxist theory of society and jurisprudence it is equally clear that the social conditions amidst which law application takes place have an influence also on the process of the application; the social conditions are therefore not merely the media in which through the intermediary of law application the legal rule becomes reality. The social conditions display activities also in the direction of this realization, among others they also mould application of law. However, so far the investigations of the Marxist theory of law moved on a fairly general plane. Although in these investigations the role of class relations was demonstrated, and in contrast to the model of the application of law created by bourgeois jurisprudence and presenting a purely logical picture which has become disintegrated in the sociology of law, the appraising moment arising from this role was pointed out (in the first place in connexion with the contribution of the consciousness of the law of those applying the law), also the notion of the policy of the application of law appeared, which again was a moment arising from the given social conditions, still appraising these conditions in the process of the application of law. The active role of the social conditions constituting the given socio-historical situation in the course of the application of law is in this way known on the general plane in Marxist legal thinking. However for a more precise exploration of the law application process and the making of this process a conscious one (so increasing its social efficacy), this phenomenon too has to be explored in a more differentiated manner, and its particular factors more precisely defined, and also we have to become acquainted with the dynamics of the totality of the social-historical situation and its particular moments as directed to those applying the law. However, it should be noted that this approach will remain a fairly generalized one, whereas an exact knowledge of the phenomenon can be made complete only by having recourse to the data accumulated in the course of empirical investigations. Hence the approach of the problem

¹ For the problem of a differentiated approach of the functional consequences of law application see: KULCSÁR, K.: *A jogalkalmazás funkcionális elemzése* (Functional analysis of application law). *Allam- és Jogtudomány*, 4/1969. English: *Historical development of the law-applying functions; social conditions and legal evolution*. In: *Hungarian law — comparative law*. Budapest, Akadémiai Kiadó, 1970. pp. 51–75.

on a theoretical plane will serve the ends of future empirical investigations, and in their wake the formulation of more precise theoretical notions as well as a knowledge of the phenomenon within the present limitations and potentialities.

Application of law, as a social activity, manifests itself in the form of a decision-making process taking place within an organizational framework, in which *form* the legal rule to be applied signifies the obligatory element of decision-making. It is not by mere chance that stress is laid on the word form. In fact, as for its social content the application of law, as has been pointed out earlier, is a phenomenon by far more differentiated and manifold than decision-making. However, the approach setting off through the form of decision-making is particularly suitable for helping to grasp the social element effective in decision-making, even beyond the obligatory legal provision, the decision-making person applying the law, and the case resulting in decision-making. As a matter of fact decisions are made by those enforcing the law within an organizational framework; those in charge of law application and making decisions within the organization, occupy a definite status position, in connexion with which expectations partly deriving from the totality of society, — or the agency representing it, partly from the organization applying the law itself, take shape. With the use of a term current in sociology in their totality these expectations produce the content of the law-applying role. Although the “law-applying” role is an abstraction which in reality appears as a judicial role, or a clerical one, discharged in various judicial or public administrative posts. However, this abstraction is nevertheless justified, because in the last resort, in particular in certain respects, so in the settlement of conflicts with the aid of law application, the law-applying activities of the judiciary and the administration are of a uniform character, even when certain differences may be discovered.² How the persons discharged by applying the law carry out their decision-making function (the law application), depends on a number of circumstances which so far have been explored but little. The performance of the decision-making function depends e.g. on the opinion of the individual judge on the judicial activities in general, on the motives or social relationships which influence him in these activities, on his character, abilities, etc., still for the present purpose it depends primarily on the

² It is Thorstein Eekhoff who points at the differences of the typical activities of the judicial and administrative organizations. He has worked out three types of the solution of conflicts through the intervention of third persons. ECKHOFF, T.: *The mediator, the judge and the administrator in conflict-resolution*. — Acta Sociologica, Copenhagen, 1–2 pp. 148–170. — Although Eekhoff has correct ideas of certain traits of the various potentialities of conflict-resolution (although the distinction he has made between judge and administrator is not fully convincing), the law-applying activities of the two organizations are essentially uniform. — See: KULCSÁR K.: *A politikai elem a bírói és államigazgatási jogalkalmazásban* (The political element in judicial and administrative law-application). Jubilee Studies, II. Pécs, 1967.

social conditions which form the given social situation and amidst which the concrete law-applying decision comes into being. Any human activity takes place under certain circumstances, and a considerable part of the processes of activity embracing a decision bearing upon society consciously assess the social factors and conditions in which the decision takes shape. Hence for law-applying decision-making the factors of the given social-historical situation are of particular significance, inasmuch as the consciousness of law-enforcing decision-making is in any case a postulate, even when the degree and extent of this consciousness vary for each case. It is for this reason that the function and significance of the *social-historical* situation in the process of the application of law deserves special study. And here it should be noted that by the notion of a social-historical situation the totality of social conditions and phenomena are understood which, growing up on the soil of a concrete social-economic formation, are characteristic of a certain society in a given period, and which are therefore in the last resort significant for any conscious activity taking place in the given society.

I

However, the linking up of the notion of situation and the process of the application of law immediately cautions to a certain segregation, to a clarification of the current sense of the notion. As a matter of fact situation is a notion by no means unknown in jurisprudence; it is in current use in a number of senses, and accordingly the content of the notion may express a variety of intellectual and social ties. The discovery of these social and intellectual ties, and by this means the precise definition of the so far current sense and content of the notion, are indispensable preconditions of a clearing up of the sense of the notion in which we intend to use it here.

Already here the statement may be advanced that notwithstanding its manifold manifestations the significance of the situation in jurisprudence after all expresses the same social situation, and on this understanding performs a function uniform in all respects. And this function is in a somewhat simplified formulation the emphasis laid on the accidental, the unique as opposed to the general, and referred to the law, the emphasis is more on the specific traits of the legal case than in juxtaposition to the legal rule of a general purpose. The sufficiently known nature of the social and legal bases of this phenomenon supersedes the need for a detailed analysis: the peculiarity of the development of modern bourgeois law, which in a number of forms has introduced into the theory of law its own doctrines also as far as the application of law based on the case is concerned.³

³ See: e.g. KULCSÁR K.: *A szociológiai szemlélet a modern jogelméletben (The sociological approach in the modern theory of law)*. In: *Critical studies of the modern bourgeois theory of law*. Budapest, 1963.

In the modern theory of law the notion of situation in the first place appeared and won an appreciation in the philosophy of law as the part of two currents. It made its appearance in a more generalized form within the framework of *existentialist philosophy of law*, and sporadically, in certain trends of *thinking of the sociology of law*. This duality of manifestation is tied to in all appearance mutually remote tendencies. Although here we cannot argue out in greater detail what will become clear from the valuation of all subsequent analysis of the subject-matter, still the statement may be made that similarities may be discovered in several elements of the existentialist philosophy of law and modern thinking of the sociology of law, and often phenomena which have been described in different terms, are identical, moreover their analysis notwithstanding the divergences in expression point at a uniformity in tackling the problems.⁴ One of these identical, or at least similar elements is the certain central position of the active or operative man. Referred to legal phenomena this means the coming into prominence of the *decision-making process* (even if not always in an identical manner). This moment then inevitably carries the student to the situation comprising the conditions of action, and consequently also to the legal valuation of situation.

As far as existentialist philosophy undertakes an interpretation of the phenomena in law, the results will appear to be so to say predetermined, and to be following from the essence of this school of philosophy. From an analysis of Vilmos Peschka it is evident that this way of thinking could approach law only by "an elimination of the legal rules from law itself",⁵ and with regard to the philosophic peculiarities of existentialism this approach has led in a straight line to situation. Situation is "concrete, unique and unpredictable, consequently free and incalculable"⁶ Cohn, one of the existentialist philosophers of law writes. From this single sentence it is clear that for existentialism only the unique legal norm deriving from a decision of the situation can represent law at all. Still it is also clear that the notion and meaning of situation are wholly unequivocal here, and at the same time something different from the sense in which we propose to use it. "One has to be participant in the concrete situation in order to grasp the fact which we call law".⁷ Hence the person who applies the law, when he is about to apply it, e.g. when he has to make a judicial

⁴ This is clearly demonstrated by Maihofer's theory, according to which in so-called facts of life the law and so also law-enforcement may grasp individuals in a definite peculiarity of theirs, so as seller, buyer, doctor and patient etc. (MAIHOFFER, W.: *Die Natur der Sache. Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*, 2/1958. p. 157.) Modern sociology expresses this position in the notion of man acting in the situation according to a certain role. The difference lies in the fact that sociology, at least with some of its representatives, has come to the recognition that the domination of the role properties is not independent of the individual personality of the acting individual.

⁵ PESCHKA, V.: *Az egzisztencialista jogfilozófia* (The existentialist philosophy of law). In: *Critical studies on the modern bourgeois theory of law*. Budapest, 1963. p. 312.

⁶ COHN, G.: *Existentialismus und Rechtswissenschaft*. Basel, 1955. p. 35.

⁷ *Ibid.* p. 150.

decision, does not set out from some sort of a legal rule, but “lives” over the situation *to which* he applies the law. Then from this experience the law, or legal rule, grows. Although it is Cohn who formulates his thesis in a most clear-cut form and it is in his work where the situation theory of existentialism manifests itself most undisguised, eventually apart from smaller or larger differences hardly affecting the essence, this content finds expression with all existentialist philosophers of law who make use of the notion of situation. Although Fechner points out that a genuine existentialist decision is imaginable only in respect of a situation which cannot be solved on the ground of an earlier decision, i.e. a situation which in fact calls for a new decision,⁸ whereas Maihofer is looking in situation as “the fact of existence” for the nature of things,⁹ they do not differ from Cohn in that they want to discover in situation the sole source of law-creating and law-applying decision. All this also includes a certain element of reality. In fact it could hardly be argued that to decide on given facts in addition to a generalization also unique traits have to be considered, even when occasionally by way of an abstraction from the unique. Still the reason why we have to dissociate ourselves from the notion of situation of the existentialist theory of law is associated partially only with what has been set forth, i.e. that *for existentialism the situation in law is the fact at issue in the case*. Beyond this it should be made clear that what Vilmos Peschka has discovered with deep insight in connexion with the existentialist concept of situation that “situation with its coherences and relations is not some sort of a concrete social condition, but an abstract, artificial structure, which removes its object from the heterogeneous and live texture of its existence, functions, connexions, interrelations, from the real, living and mobile totality. Situation is an ontologically purified condition, freed of concrete social definition, a relation, whose concreteness, simplicity, uniqueness, unpredictability is emphasized by the existentialist. This existentialist notion of situation comprises the essential trait of existentialist philosophy in a condensed form: the subjective abstraction from social conditions, the failure to comprehend the dialectical movement and relation of the unique, the special and the general, i.e. the absolutization and metaphysical emphasis of the one side and moment taken from the relation of these phenomena in a like way as those of agnosticism rejecting the perceptibility of the situation.”¹⁰

The *notion of situation* in the *sociology of law* in many respects is related to that of existentialism and for that matter at the point of origin, viz. that a legal rule comes forth from the situation, i.e. it is an inherent part of situation. However, Llewellyn, who has expounded the situation concept of the sociology of law in his standard work, goes a step further, and this time towards concrete

⁸ FECHNER, E.: *Rechtsphilosophie*. Tübingen, 1956. p. 257.

⁹ See Note 4.

¹⁰ PESCHKA: *op. cit.* pp. 332–333.

social reality, notwithstanding the fact that in his opinion it is the *typical situation of life* that is of importance rather than the uniqueness of a concrete situation. (And it is exactly the turn from the concrete to the typical which has carried him closer to social reality.) Llewellyn speaks already in general terms of the judge's (although in his work he speaks only of the appellate judge) sense for situation, which would help the judge to discover typical facts in the ramifications of the case,¹¹ and from which the correct decision could then be derived. Eventually he quotes a concrete example to demonstrate his position. It is worthwhile to restate this example in a concise form, for it gives an idea in a striking form of how, in what sense and with what function Llewellyn comprehends and wants to apply the concept of situation. Llewellyn analyzes the opinion Justice Cowen laid down in writing in *Hertfield v. Roper*, in 1839, as one which correctly feels the presence of the typical in the given situation of life. The essence of the case may be summed up briefly as follows: A child of two years of age was playing unguarded on the snow-covered highway. The child was run over by a horse-drawn sledge which at a not too great speed slid down a bridge. The child was run over immediately after the sledge had left the bridge. The court held that although the child had suffered severe injuries the driver of the sledge was not responsible for the accident. Although a driver was looking forward, and therefore he could have noticed the child, still it must be admitted that at the same time he had to be somewhat cautious when he was driving his horses down the bridge on a slippery road. Beyond this a snow-covered track on the high-way was the last place in the country where anybody could have thought a child was playing there unguarded. The driver of the sledge could not even be prepared for such an emergency. Llewellyn on commenting on the decision of the court thought that although the decision could be approved as well as disapproved, still it must be taken for granted that the decision was the result of the valuation of the circumstances of a typical situation of life.¹²

Hence Llewellyn's notion of situation has ceased to be as unique as that of existentialism was. The rule-creating force of the typical situation of life is in many respects of a significance in fact differing from that of unique situations. In fact the typical is related to the origin of the rule and so also with the origin of the norm, in particular when the birth of a legal norm takes place in the form of conscious creation.¹³ So we are hardly on the wrong side

¹¹ LLEWELLYN, K. N.: *The Common Law Tradition*. Boston - Toronto, 1960. p. 60.

¹² *Ibid.* pp. 423 et seq.

¹³ "The typical, the type are the forms of the logic of phenomena where in the reflection of the social conditions as the content of the legal norm the difference appears in a concrete form and directly". (PESCHKA, V.: *Jogforrás és jogalkotás* (The source of law and the making of law). Budapest, 1965. p. 334. "Hence in the course of the reflection of the social conditions as the content of the legal norm in all cases the typical as representing the specific has to be grasped and expressed; the typical modes, cases of manifestation of the social conditions, the typical behaviours, typical traits of the activities, acts of men taking part in this typical situation of life". (*Ibid.* p. 337).

when we state that the notion of situation, as developed by Llewellyn, is in fact closely tied to the peculiarities of Anglo-Saxon law, and in particular to the law-making activities of the courts of higher instance. A focal notion of Anglo-Saxon law is the *ratio decidendi* and it is not difficult to discover the relationship between the rule originating from a typical situation of life and the *ratio decidendi*, as it cannot be argued that the *ratio decidendi* can reflect but the typical,¹⁴ and that the unique characteristics of the given decision are already outside the scope of this notion.

Although the activity indicated by Llewellyn's notion may emerge in the course of any application of the law (and not only in Anglo-Saxon administration of justice), in fact law-making by the judge or those responsible for the application of law, in so far as they in fact create a rule of conduct, presupposes a grasp of the typical, it stands to reason that for the present purpose the notions of situation here enumerated, and many others similar to these, are impracticable. As a matter of fact here we have not in mind the situation in connexion with which, or in relation to which, or for the definition or regulation of which judicial or legislative activity takes a shape. I.e. *we do not intend* to study the peculiarities of a situation resulting from the elements of the facts at issue and its bearing on the application of law. The elements and consequences of this meaning of situation jurisprudence has already cast into a conceptual form in the notion of the facts of the case. Both elements and consequences may therefore be tackled with notions of law, and these notions are more or less suitable for a sociological approach. However, we have to remember that this law application as an activity, as a decision making process by itself takes place in a definite situation, under certain circumstances and factors the knowledge and valuation of which is by no means of minor importance for the process as a whole.

The introduction of the notion of situation of this meaning into the study of the process of law application beyond the fact that it embraces a hitherto less conceptualized element of this process, provides facilities also for a study by recourse to the means of sociology. As a matter of fact in this sense situation is a sociological notion, and its introduction contributes to the filling of the gap existing between the legal notion of law application and the sociological methods of study inadequate for an empiric approach of this notion. As a matter of fact the elements of situation, as a sociological notion relevant also in law and jurisprudence are already suitable for an approach by recourse to sociological means. In other words the use of the notion is equally dictated on theoretical grounds, and from methodological considerations following from these.

¹⁴ "The reason and spirit of cases make law, not the letter of particular precedents", said Lord Mansfield. (See e.g. R. V. Daves and Marten, and Bishop of London v. Pfythe). See ALLEN, C. K.: *Law in the making*. Oxford, 1939. p. 207; it is in fact the typical which in this way manifesting itself in the case creates the *ratio decidendi*.

Since, however, this notion of situation is of a sociological character, we have to become acquainted with its sociological content and its use before proceeding to its exploitation in connexion with an investigation into law application.

II

Every human activity, even everyday activity, takes place under certain social circumstances, i.e. in a definable social situation. In the Marxist theory of society this fact is generally known ever since the activities of the classics, in the same way as the fact that these social relations and situation, as created by them are also products of human activity. For Marxism it is also clear that these human activities give expression to objective relations or phenomena. However, for the bourgeois sociological theory which places human activity into the focal point, i.e. for the so-called doctrine of social activity, where situation of necessity has been converted into one of the central categories, situation is not more than a network of human conducts. In the concept of Parsons e.g. the situations where the individual with his activities is referred to others, to expectations manifesting in the behavior of others, or in other functions, evolving from the statuses and roles present in society.¹⁵ Nevertheless Parsons can here comprehend but the surface of normative elements of situation. Surely it is true though that in general situation may appear for the acting Ego also in expectations manifesting themselves in other human activities, i.e. it may have other forms or factors of appearance, still the content of the expectations appearing in the various roles and in the activities corresponding to them has its roots in the *social-historical situation*. Situation may thus be studied also in its profundity, from the superficial normative level down to the social-historical factors defining it. Howard Becker has set himself the task of analysing more profound relations. He emphasizes the principal factors of *social situation* and the essential aspects of the system of values hidden in situation, aspects which lie hidden also in the human behavior corresponding to the situation.¹⁶

Hence in sociology the notion of situation has appeared as part of a definite theoretical concept, to be more precise within the theoretical framework of social activity.¹⁷ Both Parsons and Howard Becker investigate situation in this framework, however, down to different depths. However, the doctrine of social activity, as a sociological theory is unable to grasp the social phenomena in their totality and substance, the most it can do is to appre-

¹⁵ PARSONS, T.: *The social system*. London 1952, pp. 258 et seq.

¹⁶ BECKER, H.: *Soziologie als Wissenschaft vom sozialen Handeln*. Würzburg, sine anno, pp. 287 et seq.

¹⁷ The notion was in this sense developed by social psychology for the first time. See LINTON, R.: *The study of man*. New York 1936.

hend certain aspects. Hence, as a sociological theory the doctrine cannot be accepted in its entirety. However, for the present purpose, even when this sociological theory is subjected to criticism¹⁸ — and this criticism culminates in the circumstances that no sociological theory explaining society comprehensively can be shaped on the ground of social activity — what is of importance is that human activity is actually carried on in some sort of a situation, and consequently we are not averse to the exploitation of the knowledge related to the essence of situation correctly reflecting elements, even if they come into being within a wrong theoretical framework for our own purposes.

If it is true that all human activity goes on amidst definite circumstances, even everyday activity, then this peculiarity cannot be denied to activities displayed in the scope of law. And if it is true that the decision-making attitude of the man in the street to a certain extent consciously takes into account his environment, the various factors of the situation within which he acts, then there is every reason to assume that the aspect of decisions taken in the world of the law and valuating situation or certain elements of it, is even more conscious. In both instances as a matter of course a question to be investigated separately is the degree this conscious valuation of situation or some of its elements has reached. E.g. it may be assumed that in everyday thinking usually little heed is given consciously to the consequences of the decision, or more precisely, the effect of certain elements of situation on the consequences is valued little in a conscious form, or even consciousness or potential consciousness extends merely to the valuation of the effects on the immediate consequences. E.g. it may even occur that the lay element taking part in the administration of justice will value certain elements of situation less consciously than does the professional judge. Still it is not impossible that a conscious appraisal of the elements of situation from the point of view of the consequences of the decision, owing to objective factors, e.g. the want of test means underlying the appraisal, or their imperfection, will be limited. Finally it cannot be ignored that for more or less routine-like decisions of law application the almost habitual activity detracts from, or eliminates, a conscious appraisal associated with the situation. However, in the last resort the statement may be made that in the course of decisions adopted in the sphere of the law those taking part in decision-making more or less consciously reckon with the factors of situation, the effects of these factors on the decision, the consequences of the decision, moreover on the persons taking part in decision-making. Still it is extremely difficult to establish the degree of this consciousness, or the extent to which in the course of decision-making in the process of law application the particular factors of situation find an expression beyond the already formalized elements and channels. An empiric approach of the degree of

¹⁸ See KULCSÁR, K.: *A szociológiai gondolkodás fejlődése* (The development of sociological thinking). Budapest, 1966. pp. 345 et seq.

consciousness is made even more difficult by the circumstance that the reasons for a decision made in the process of law application in a number of cases hardly, or not at all, and not in every respect, agree with reasons adduced in writing. In general here there is of course no question of a conscious misrepresentation, still the process of decision-making itself will not in the majority of cases manifest itself as formalized as an indited motivation. Accordingly there will then hardly be an opportunity for an approach of the effects of the particular elements of the situation by the written material available in the actual decision of those responsible for law application.

The problem of the nature, objective or subjective character of the situation is partly coupled with the conscious and non-conscious character of the appraisal of the situation. As a matter of fact in a sociological writing on the process of decision-making the statement has been made that situation from the very outset would be structured by the observation, and so indirectly the decision too.¹⁹ At another place the statement may be read that it is the construction given to situation which has an effect, and not situation itself.²⁰ From these statements it follows that situation will have an effect not in its direct objectivity, but only in the manner it is observed by the decision-making subject. In this connexion for the decision-making person applying the law situation is now considered being objective. What subjective elements situation embraces, is a question to be answered later. This observation has several peculiarities. György Lukács writes that "it is part of the necessary economy of everyday life that man as long as he is active perceives and values his entire environment on the ground of practical operations (and not on such of the objective essence of the environment)."²¹ The significance of this fact cannot be ignored even when decisions are made in law application either, for although it is in general more conscious than the activities of the common man, still it is human activity and for it the "practical operations" of the environment is of primary significance. However, it is exactly this "practical operations" whence it follows that the observation of situation is by itself valuation, i.e. on the one part the appraisal of the social-historical situation by the law-applying agencies — and those controlling them, passed on to the law-applying individual, and on the other the result of the process of appraisal taking place in the law-applying person. Thus the observation of the situation is also socially determined, and beyond this conditioned by the subject of the law-applying person. In the latter again the most manifold social factors will find an expression.

¹⁹ GORE, W. J.: *Administrative decision-making. A heuristic model*. New York 1964. pp. 62–63.

²⁰ BENTON, M.: *Roles. An introduction to the study of social relations*. London, 1965. p. 135.

²¹ LUKÁCS, GY.: *Az esztétikum sajátossága (The peculiarities of the aesthetic quality)*. Vol. I. Budapest, 1965. p. 38.

Hence the given social-historical situation will through its “practical operations” become a “situation of the application of law”. Thus situation will for those enforcing the law express itself partly through expectations e.g. such of a policy of law, or organizational nature, relying on a definite appraisal, and partly through the direct apprehension of the social conditions, in the course of concrete decision-making. Hence the objectivity of the given social-historical situation cannot be argued, moreover for those responsible for the application of law even the system of expectations originating from appraisal will become objective. The objectivity of neither the one nor the other will be impaired when it finds an expression in the decision through the “observation” of those applying the law. On the other hand the decision-making of those applying the law, if not individually, still in extreme cases even so, yet with a statistical average, may be instrumental in the change of the one element or the other of a law-applying situation. Judicial practice may e.g. produce results in a sense that either the social conditions will be modified or a change will take place in the valuation of these conditions, e.g. in legal policy. Hence decision-making of those applying the law may be active towards situation.

It follows from the sociological valuation of the notion of situation that anybody acting in a situation associated with others will indirectly or directly be forced to adopt a behavior expected by others, i.e. the mere presence of others will prompt him to act in a manner more or less desired by them.²² However, the question remains to be answered, of what kind are the expectations constituting each a situation, whether these are only expectations, or less or even more than expectations, whether the particular elements of situation may be valued as being of uniform weight, and if not, how those which may become decisive could be made more emphatic. It cannot be argued that each situation insists on the one or the other degree of organization.²³ However, nor can it be argued that with the development of society, with its growth in complexity, even a relatively simple situation might become composed of a growing number elements, and an ever more complex fabric of expectations and conditions will manifest itself. Situation will attach itself to the structure of society,²⁴ and consequently the elements and degree of organization will be conditioned by a certain social formation, or its concrete unique manifestation. It is evident that beyond a certain general conditioned state it will depend also on the nature, and even the ends of activities, which

²² MIZRUCHI, E. H.: *The substance of sociology*. New York, 1967, p. 1.

²³ *Ibid.* p. 2.

²⁴ LEDRUT, R.: *Situation de chômage et analyse sociologique de situation*. — Cahiers internationaux de sociologie, janvier—juin, 1961, p. 84. According to Ledrut situation cannot be narrowed down to the external factors, or to external stimuli, i.e. to responses to external conditions. Situation is the function of a certain number of variables, and that of variables which are mutually interacting. (*Op. cit.* p. 85.) I. e. here appears the demand for a joint valuation of the objective and subjective factors.

of the factors, values, expectations present in society will constitute the situation elements of the given activities. However, since content and objective of human activities of the same type may vary dependent on the social conditions, and even do vary, it cannot be doubted that even the elements of the situation of human activity of the same type may vary.

This is in particular the case with human activities which are valued as "organizational" activities, through the agency of which the activity of a certain structure will become reality. Hence situation is of a dynamic character, its movement depends on the changes of social conditions, on the content of activity. In the case of a law-applying situation all these traits are clearly recognizable. As a matter of fact law-applying activity is from the very outset of institutional character, — and for a long time already, i.e. for centuries also an organizational activity, as in general it takes place within organizational boundaries. Still the social functions of the application of law, even beyond a change in the functions of law, moreover independently of their changes, may change and with them all factors, interests, values, expectations finding an expression in a law-applying situation as defined by the fundamental conditions of society will undergo a change. Naturally within the present limitations we cannot undertake a study of the historical development of the social functions of law application, and in a manner corresponding to the types of this function, the shaping of the types of situation which equally reflect the conditions of society and are determined by them, the ends and functions of law-applying activity. As a matter of fact beyond class function springing from the substance of law and of uniform character in any social formation, which at the same time provides the ultimate background for any kind of law-applying activity, a large number of social factors contribute to the shaping of the concrete social position and significance of law-applying activity. These factors partly have their origin in the general line of the development of law. Obviously the social significance and function of the application of law moved on an altogether different track when for the sake of the maintenance of the social order it concentrated primarily round the more general and individual conflicts in society, in the primitive phase of the development of law, and again on different tracks when its society organizing functions were more and more expanding. In the first case the judicial decision may be considered the typical law-applying activity, whereas in the second instance the law-applying character also of the administrative activities have to be taken into account.²⁵ Still even when we concentrate on the law-applying

²⁵ For the law applying quality of administrative decisions see KULCSÁR, K.: *A politikai elem a bírói és államigazgatási jogalkalmazásban* (The political element in the judicial and administrative application). Jubilee Studies. Vol. II. Pécs, 1967. pp. 193 et seq., and pp. 222 et seq.

activity of the court, we cannot overlook that from the initial, more or less loose decision-making activity, occasionally less bound by legal norms, the administration of justice has developed in modern society to decision-making within an organizational framework which may be described by a hierarchically built up, fairly established system of expectation. Finally, again within the confines of the judicial law application, such peculiarities of the legal superstructure of society, as e.g. whether or not comprehensive codes are available, whether or not legislation is lively enough and in permanent activity, or on the contrary there is relatively little legislative activity, or whether the judge has to do with more or less obsolete codes and legal rules, whether or not there is need for judge-made law, etc., are all factors which shape the content of law applying activity and by this draw various elements of the given social-historical situation into the sphere of the law-applying situation.

All things considered we cannot strive after shaping a permanent model of the law-applying situation changing so as to suit the various types of the application of law. All we can do is to define the elements which constitute the situation of the application of law as taking place in Hungarian socialist society, and analyze them.

Still before proceeding to the discussion of the elements of the model to be created, a few remarks will have to be made.

It has already been pointed out that the elements of situation are changing dependent on the social function of the application of law, the organizational framework, the peculiarities of the legal system found in society, etc. However, to this we have to add that the social contents of these elements is in a like way subject to changes. Each element may be dependent on the historical-social situation, i.e. situation in the wider sense, convey changing contents and changing expectations to those applying the law.

It has also been mentioned that the organizational framework of the application of law, in conjunction with the development of society has more and more bearing on the manifestation of the law-applying situation. In this connexion we have to point out also that the expectations appearing as the elements of a law-applying situation find an expression in an increasingly formalized shape, namely in general through institutionalized channels.

We have to emphasize once again that the law-applying situation is conditioned by the wider social-historical situation and for its contents it transmits the peculiarities of this situation. However, for those responsible for law application situation directly manifests itself mostly in this transmitted form, i.e. for practical purposes — in the formalized or non-formalized expectations which today flow mostly through institutionalized channels to those applying the law. However, in the same way as these expectations have been distinguished from the social-historical situation constituting their contents (namely because they transmit the factors of this situation already in an evaluated

form, i.e. shaped according to their specific interests, to those in charge of law, and thus signify indirect and modified desires, conditions, etc.), so also the question will arise whether these expectations ought to be separated from the human behaviours where each element of the law-applying situation appears to those applying the law in a concrete form. The question may appear to be somewhat abstract, although often rather strong practical aspects of it may present themselves. In fact not infrequently a unique human behavior may transmit each element of the situation to those applying the law, and in this case in this behavior occasionally an individual interest appraising the expectations arising from the situation may become instrumental. Still, although in this respect the formative phenomenon of individual attitudes cannot be ignored, we believe that for the purpose of the model to be shaped we have to remain on the level of the expectations. It is true though that by this way the law-applying situation will be vested with a normative significance, but in reality it will appear in this form for those applying the law, who in general will appraise the expectations directed to them in a manner conforming to the law-applying functions,²⁶ interests, ambitions, etc. suiting their own individuality.

Furthermore it is obvious that since it is a case of the application of law, the legal provision to be applied, i.e. the provision which from the very outset, if in the long run only and in a more generalized form expresses the appraisal of the particular elements of the social-historical situation, and which represents the obligatory element in decision-making, does not come within the scope of the law-applying situation. As a matter of fact here the question is exactly, which are the circumstances that shape or influence the application of a legal provision, i.e. the circumstances which beyond the general consideration embodied by the provision are instrumental in decision-making, or in the process of decision-making supplement where this can be done the deficiencies of the provision. (So e.g. when it comes to apply a provision of criminal law, within the limits of the statutory sanctions inflicted for the criminal offence, at the establishment of the degree of the punishment to be meted out, also the expectations of the policy of penal law have to be considered).

²⁶ It was T. L. Becker who tried to typify the law-applying approach in its relation to the judge in so far as he drew a line between the situation-oriented judge, who sees his duty mainly in the settlement of the given case (differently from the idea of this author here situation means the case) and the precedent-oriented judge whose approach to his function concentrated on the correct application of the precedent, i.e. the legal provision. (BECKER, T. L.: *Political behavioralism and modern jurisprudence*. Chicago, 1964. pp. 71 et seq., and p. 99.) In a few experimental investigations in Hungarian courts this author too has discovered moments according to which the judge's approach to his functions may be typified. E.g. we may speak of the "civil servant" type of a judge, whose approach to his functions concentrates on a precise fulfilment of expectations, on the mechanically accurate application of the provisions of the law, and the "decision-making" approach, where decision-making by way of a conscious observation of the social problems is the decisive moment, etc.

The law-applying situation, or beyond this the social-historical situation in many respects contributes to the construction of the legal provision to be applied.²⁷ As a matter of fact there is no doubt that the interpretation of a legal rule in the course of decision-making is of a pragmatic character insofar as those applying the law explore the meaning of the provision suiting the given law-applying situation.

If, however, the provision to be applied has been removed from the *law-applying* situation, the same has to be done with the fact at issue or case to which the provision in question has been applied and which existentialism or the sociology of law considers the sole legally relevant situation. In point of fact the case or the fact at issue even by itself presents several factors of the given social-historical situation uniquely, namely the fact at issue has taken shape on the ground of this situation, and often reflects it in a rather direct way. It is even of more frequent occurrence that the legal rule to be applied is tied to a social-historical situation other than expressed by the given law-applying situation. In fact the legal rules have a relatively longer life (this is the reason why the given law-applying situation shapes the interpretation given to the rule), still it is of relatively rare occurrence, and even so one encountered rather in the course of judicial law application that the case itself is tied to a past social-historical situation. Hence the fact at issue calling for the application of the legal rule, as the case requiring, and also provoking decision-making again cannot be considered part of the law-applying situation, although as will be seen subsequently it may have an influence on the prevalence of certain elements of the law-applying situation.

When after this discussion the law-applying situation has to be defined in general terms, the following statement may be advanced: The law-applying situation is the totality of the formalized and non-formalized expectations and conditions which in either an institutionalized or non-institutionalized form transmit a given general social-historical situation to those applying the law, and which the latter in view of a number of factors take into consideration at the formation of law-applying decision-making. As a matter of course this definition is couched in general terms and in the first place refers to the circumstance that for those applying the law the social-historical situation, or at least a substantial part of it, becomes indirectly, in an evaluated form the situation of their own law-applying activity. The objective of the subsequent discussion, and partly that of the earlier investigations, is to formulate a more accurate definition of the elements of the *law-applying* situation.

²⁷ This is in fact the contents of the interpretation which I. Szabó calls the third side of the historical interpretation. (See SZABÓ, I.: *A jogszabályok értelmezése* (Interpretation of the legal rules). Budapest, 1960. pp. 223 et seq.) The demands of the social-historical situation operated also in the interpretation of the legal rules which the Hungarian popular democratic state has taken over from the bourgeois legal system, at least for a definite period. (Op. cit. pp. 225 et seq.)

III

In a modern society the law is applied in each of its moments within an organizational framework, where the person enforcing the law, e.g. the judge, occupies a *status position* integrated into a definite, *hierarchically* built-up *functional* formation, so that in the course of decision-making he will perform a specific function. The expectations constituting the content of this function, be they defined by society as a whole in a formalized or non-formalized manner (e.g. the statutory provisions applicable to the position of those responsible for law application, or the demands of society, e.g. such as the expectation of the impartiality and honesty of the judge, etc.) or be they narrower organizational expectations (e.g. the dispatch of a certain amount of business, the drawing up of certain reports, etc.), will in each case integrate the decision of those applying the law into a specifically formed organizational pattern of hierarchical structure. Since, however, a law-applying decision, judicial or administrative, may be amended in conformity with the respective statutory provisions, the hierarchical order will be of significance not only in the inner structure of an organization. In fact the hierarchical structure of the law-applying agencies has a considerable influence also on the law-applying decision. From all this the conclusion will be imperative that the expectations attached to a law-applying position will (with differences corresponding to the judicial and administrative positions) open a path to the law-applying decision for the appraisal which the law-applying organization, e.g. the totality of the judiciary, or the administrative agencies transmit to the law-applying decision in the one way or the other. This appraisal, irrespective of whether the law-applying organization shapes it autonomously, or elaborates the evaluation of another political organization and then transmits it, is an appraisal of the given social-historical situation of a political character and based on specific considerations. In this way in particular the statement of Chester Barnard is of particular significance. Accordingly, whereas an individual decision is a socially conditioned psychological process, an organizational decision, in its major aspects, is a social process.²⁸

Otto Brusiin writing on the objective character of law application states that it does not follow from the principle of the autonomous application of law as if the administration of the judiciary were void of an "objectivizing" effect on the application of law. Autonomy merely means that no legally binding directives can be issued to the law-administering agency. However, experience tends to show that legally non-binding expressions of opinion, no matter whether on the part of the administration, or on the part of the law-applying agency, may in certain cases have an appreciable influence. This effect (Autori-

²⁸ BARNARD, C.: *The functions of the executive*. Cambridge, 1960. p. 199.

tätswirkung), which from the point of view of the standards of justice is a positive phenomenon, finds an expression partly through the agencies administering the judiciary, partly through the judicial organs. Where the line should be drawn between the two is merely a matter of convenience, adds Brusiin.²⁹ When now all this is appraised in conjunction with an earlier statement of Brusiin, according to which although judicial "partiality" indicates the influence of legally not recognized power factors on the administration of justice, it has nevertheless to be admitted at the same time that in the last resort the same power factors determine the legal order itself,³⁰ then it will be evident, that he too is aware of the political character of this effect.

Still it remains a rather interesting problem to find out how this effect prevails, or how it finds an expression, and how it is divided between the administrative and judicial agencies of the organization of the administration of justice. As a matter of fact the relations between the administrative agencies and the judiciary have assumed a specific shape. In principle and in the first place, in almost every country, the function of the ministry of justice is beyond a cooperation in the legislation, to provide the personnel and the material means for the administration of justice or the application of law, and not expressly to define the contents of law application. However, with the shaping of the personnel policy, and through the provision of the material means, the departments of justice dispose of substantial means with the aid of which they may effectively intervene also in the determination of the contents of the questions of law application. Still this transmuting of administration into a guidance in essential matters may of course be observed not only in the relations between the administration of the judiciary and the judiciary proper, but almost in every organization where administration is confronted by processes of another type. E.g. in the relation between the management of scientific work and the scientific research work proper the change-over of management, which at the outset merely meant the provision of the personal, material, and financial means, into a guidance of the essence of research work, and the "power" polarization between the managerial and scientific positions to the advantage of the former, have become problems discussed the world over. Polarization of the same sort takes place not only in the relation between positions, but also in that between an organization and another. Thus an organization of an administrative or managerial character gradually changes over into one of guidance even in relations where in principle no guiding activities are implied. And this phenomenon is associated with the simple fact that decision in the empirical sense as accepted by W. Gore and J. W. Dyson, is the normal and expected means directed to the synthetization of the efforts

²⁹ BRUSIIN, O.: *Über die Objektivität der Rechtssprechung*. Helsinki, 1949. pp. 100—101.

³⁰ *Ibid.* p. 34.

and the motives of men who are living and working in bureaucratic organizations.³¹ Even if this statement, in particular in connexion with the application of law may appear to be somewhat simplified, it may be taken for granted that the hierarchical structure of the organization of the administration of justice provides facilities for the peculiarities of the organization and the valuations of men working in it to find an expression in the individual law-applying decision to a lesser or greater degree. This is of course not a purely Hungarian phenomenon, not even one confined to socialist societies: it is one of a by far more general character. However, in a socialist society, being a consciously organized and managed society, these potentialities implied in the relationship between the administration of the judiciary and the judiciary proper are gradually exploited consciously, and in the relation between the two organizations the guidance of the application of law has appeared in a formalized manner.

However, a change of functions may be observed not only in the relation between the administration of the judiciary and the judiciary itself: in many respects similar phenomena will come into prominence also in the relationship between the courts of the lower and higher instances. When the legal systems accepting the precedent system, where creation and shaping of law is not excluded on grounds of principle either are not considered, the function of the courts of appeal was the supervision of the *single* decision of the courts of the first instance, and not the guidance of law application by the lower courts. However, in the sociological sense this relation always implied the potentiality and the reality of actual guidance. In fact the decision of a court of higher instance reversing an earlier decision by the force of the reversing and the potentiality of yet further changes exercised an influence on the application of law by the courts of lower instance. This guiding effect has been institutionalized in the socialist system of the judiciary and in a number of states, so in Hungary, it is provided for even by the constitution.³²

The essential guidance of law application through the organization of

³¹ GORE, W. J.—DYSON, J. W.: *The making of decisions*. Glencoe, 1964. p. 5. It should be noted that the epithet "bureaucratic" given to the term "organization" has no pejorative meaning in the context. It merely refers to a type of organs distinguished by definite-features. In many respects a similar statement may be read in one of the papers of Shapiro, according to whom the judge has ceased to be the successor of Ulpianus or Coke and has become "only one of many government employees, operating in a bureaucratic structure, performing certain governmental services and generally engaging in the same political processes as his fellow public servants". (SHAPIRO, M.: *Political jurisprudence*. — Kentucky Law Journal, 1963—1964. p. 297.)

³² Whereas the socialist constitutions have conferred on the supreme courts policy-making guiding powers, the Regulation of February 13, 1957 concerning the organization and the operations of the Supreme Court of the USSR has entrusted this court with the general supervision of judicial activities. See KOVÁCS, L.: *A szocialista alkotmányfejlődés új elemei* (New elements in the evolution of socialist constitution). Budapest, 1962. p. 330.

justice is mostly nothing else but an appraisal of the phenomena of the social-historical situation, or the more or less formalized transmission of the political appraisal to law application. When here the positions controlling the operations of the law-applying agencies in a procedural sense, yet positions which indirectly influence essential law-applying work, are ignored, a large part of the positions related to the application of law at the same time give an expression to the appraisal of the given social conditions. Nor do the positions taken in the interpretation of legal rules merely indicate an analysis and settlement of the dogmatic problems of law. Often behind these positions the appraisal of the social problem providing ground for the interpretation is present in a definite manner. Hence for the application of law a large portion of the circumstances indicating the situation of the law-applying activity find an expression in an appraised, more or less obligatory form.

When now activities of the organization of the judiciary are made subject to an analysis, before all the guiding functions of the courts of higher instance should be discussed. As a matter of fact the valuation of the social-historical situation always takes place in this context in a formalized manner, and even when it does not take on the legally defined form of a policy-making decision or of the guiding principle, the appraisal appearing in a unique decision will be formalized, too. However, in connexion with the situation evaluating activities of the courts of higher instance the question will arise, whether each decision including a policy-making core expresses a conscious appraisal of the given social-historical relations, and transmits this appraisal in this form to the law-applying agencies of lower instance. In connexion with the positions taken by the departments of justice we have already pointed out that in a guiding activity of an expressly procedural nature, or concealed purely in the construction of legal provisions an exposition of the conscious appraisal of the social conditions, or even a reference to them, will often be omitted, even when this appraisal has taken place in a conscious form. For that matter it is difficult to make sure whether such an appraisal has in fact taken place, or is still wanting. In the event of decisions taken by courts of higher instance, where the motivation may be one embracing a large number of details, the motivation will often retain its express legal character, and will fail to refer to the social circumstances which have given rise to the construction. Notwithstanding in several decisions of the higher courts this social appraisal finds an expression, and so the changes in the social conditions and the development of the appraisal of these conditions may be followed in their track. A rather interesting example is supplied by the guiding principle No 3 of the Supreme Court of Hungary "on the general considerations connected with divorce suits and on the consolidation of judicial practice in such suits."

Until 1955 (according to the judgements included in the Law Reports published in 1956 and including a policy-making core) the Supreme Court

expressly followed in cases of the dissolution of matrimony, in the first place in the valuation of the content of a "serious and sound reason"³³ a practice differing from the one which guiding principle No 3 defined partly as established practice, partly as direction. Until 1955 e.g. courts often dismissed actions for divorce even when the continuance of matrimony obviously meant the maintenance of formal ties, when a change in the sentiments of the spouses was of a degree indicating the formal character of the existing matrimonial union. However, guiding principle No 3 assessing the position of matrimony and the family in the given social conditions (and visibly relying on the relevant results of scientific work) stated that in the event of a "cessation of ties of affection and their swinging over to the opposite, the waiver of common interests, mutual desertion, a formally maintained matrimony will become socially valueless and even harmful; the maintenance of matrimony is wanted by neither common, nor individual interest." Drawing the final conclusions guiding principle No. 3, as is known, considers the common will of the spouses to this end a serious and sound reason for the purpose of a dissolution of matrimony.

The statutorily undefined character of the terms "serious and sound reason" is particularly appropriate for giving an expression to the appraisal observing the given social conditions at filling the content of the term by way of decisions directing the application of law. However the Supreme Court valued the existing social conditions in a similar manner, e.g. when in the authoritative ruling No. XXIX in civil matters the court in a case of maintenance investigated the conditions connected with the continuation of studies of the child and where it spoke not only in general terms of the needs of society in so far these were connected with a continuation of studies, but clearly appealed to considerations of "cultural policy". Still an express appraisal of the given social conditions may be discovered not only in judicial decisions made in the scope of family law. In a decision (Pf. IV. 21241/1963., B.H. 1964/6, 4028) the Supreme Court e.g. held that a case of unfair competition could be established also in the relation between a governmental agency and a private person, "because in the present phase of socialist development the possibility of business competition between them is not excluded." In another decision (Pf. IV. 21343/1964, BH. 1965/6, 4478) in connexion with the establishment of the loss owing to the failure of the enterprise to meet its obligation under a guarantee, the Supreme Court relied mainly on the circumstance that "it was the consequence of the extreme delay of the (defendant) that the plaintiff could not use the irrigation plant on his estate during the very period when there was greatest need for it. As a matter of fact during the whole period

³³ According to Clause (1) §. 18 of the Hungarian Code of Family Law (Act IV of 1952) matrimony should be dissolved when "serious and sound reasons" are present. However, the code does not define such a reason. It is in all cases the function of judicial practice to value the circumstances in conflict with the social end of matrimony as reasons which have eventually disrupted the ties of the spouses.

in question rainfall amounted to 67 millimetres in all." In the same way the social-historical conditions were assessed in the decisions of the Supreme Court when on several occasions reference was made to the interests of national economy and society in connexion with the stipulation of liquidated damages (P. törv. II/B 20248/1964, BH. 1964/8, 4096), or e.g. when position was taken in matters of the building activities of the proprietor in connexion with the amendment of the lease contract (P. törv. III/B. 20307/1964, BH. 1965/1).

In the foregoing so to say at random decisions of the Supreme Court were quoted, where the appraisal of the given social situation is markedly evident from the wording or motivation of the decision. Still several recent or earlier decisions might as well have been quoted, where reference is made to considerations of legal policy. Examples could have been taken from criminal sentences, where in order to establish a danger to society, or in inflicting a penalty often the given social-historical situation has been appraised, or where such an appraisal may be inferred even in want of reference to it. (Such is the case with the memorable decisions of the Supreme Court relating the paragraph 2 b of the Act VII of 1946, where the Court defined the offence of incitement to subversive activities in a form altogether different from the statutory definition). However, what is essential here is not an enumeration of decisions containing a similar appraisal, or an establishment of the number of such decisions. In fact it has already been made clear that such an appraisal is not in all cases a conscious one, nor does the wording of the decision, or its motivation always refer to this appraisal. Attention should be called forth rather to the circumstance that part of the decisions of the Supreme Court do not transmit the requirements or consequences implied by the situation to the courts of lower instance merely as the outcome of the construction given to a legal provision. In each case the Supreme Court makes it clear to the court of lower instance that the construction given to the provision in question follows from the relevant valuation by society. By this the Supreme Court in general enhances the law-applying consciousness of the appraisal of social conditions.

However, the situation appraising and transmitting activity of the supreme organization of the administration of justice (department of justice) is not always as formalized, or if so, not always in the same manner, although these activities being more directly of a political character are tied to the appraisal of the given social conditions perhaps even more than are the decisions of the Supreme Court. In the course of its supervisory activities over the judiciary the department of justice not only collects information of the way justice is administered, but at the same time evaluates the law-applying work of the courts down to the individual judges. This valuation will then find an expression often in a formalized manner. Of a general character such are e.g. the reports on the semiannual work of the courts in Hungary, and in general, pub-

lished in the official gazette of the ministry of justice. Appraisals of each special case, and by this way guidances are published in the form of information on concrete practice in the administration of justice in criminal or civil cases. (Information of this category was published in 1960 on the current practice in offences of endangering life or physical safety, in 1961 on the infliction of reformatory and educative labour, in 1962 on questions in connexion with loans or loans of goods, deeds of gift and contracts for maintenance, in 1963 on the judicial practice in matters of actions for statutory maintenance). However, guidance in the application of law by the judiciary is not given in each case in this formalized manner. The conferences of judges or the chief judges of the courts of law are partly of a formalized character only. In these conference appraisal and guidance are given orally, centred mostly round definite problems. However, in the course of supervisory activities the courts concerned receive direct information also. The conferences held in particular courts may by themselves be such of an appraising nature, or may with the intervention of the principal judge of the court become part of the guiding activities of the administration of the judiciary.

However, when we start from the individual judge an essential difference may be discovered between the two types of guidance, viz. that of the superior courts and the department of justice, hereincluded compliance with these. Whereas guidance by the court of higher instance in the first place affects the *decision* of the judge applying the law rather than his person (although being responsible for law application, i.e. being a person in charge of the administration of justice the judge may be affected by his relation to the decisions of the court of higher instance), the compliance of the individual judge with the guiding activities appearing in the various expectations of the departmental administration of the judiciary will depend in the first place on personal circumstances, i.e. the fulfilment of his ambitions, his valuation, often in the political sense, as a member of a body, and in many respects on his response to expectations of this kind. In the first instance the position taken by the higher court will be binding partly formally, and to a greater extent owing to its being subject to changes, if not in principle, so in point of fact. In the second instance although the guidance of the administration of the judiciary in matters of law application will not be formally binding on those applying the law, still for the simple fact that they perform their functions within the framework of the administration, owing to the peculiarities of organizational relations the various manifestations of the principles of law application will in fact appear to the members of the judiciary as expectations implying a demand of compliance. It is beyond doubt that it is one of the peculiarities of a law-applying decision, judicial or administrative that in its repercussions it affects in most instances others rather than the person making the decision. Still partly for this reason, partly because the decision-making person acts in

the name of society, or rather in that of an organization,³⁴ for the application of law the expectations emanating from society, or from the organization representing the law to society, are of significance. Julius Stone has a deep insight, when he criticizes Jerome Frank, who as is known wants to promote the consciousness of the judge by his psychological training, so that by this way he might consciously treat his own subjective factors. As a matter of fact, Stone points out the wider conditioned character of decision in the context of the judicial institutions, and states that this institutional context, with its manifold factors at the moment of decision-making brings a pressure to bear on the judge of the consciousness that his decision will have social repercussions and therefore he will be responsible for it in person.³⁵ Still with the knowledge of the peculiar traits of responsibility within an organizational framework the conclusion will be obvious that since the judge, and all other persons responsible for the law application (even if not to an equal degree) are living and working within this organizational framework shaping a peculiar type of responsibility, in view of his human nature he will in general incline to a conformity with expectations reducing or influencing the degree of this responsibility.

The organizational framework of the application of law in the first place is uniform with the framework of the judicial administration. However, through this integration into this organization the law-applying agency is also a member of the system of the state-organization, and this fact will have a considerable influence on his work, also as far as the appraisal of the social-historical situation, and its expression in the process of law application are concerned. It will hardly be necessary to enlarge upon the principle long since adopted by the Marxist theory of law, and gradually making headway in the bourgeois theory of law, i.e. on the principle of the unity of the sovereign power. History has demonstrated not only that with both Montesquieu, and his predecessors the principle of the separation of powers had its origin in definite social conditions and political demands but also that the tendency towards a tripartite division of the sovereign power beyond a certain division of labour in its essence has never split up the fundamental unity of the state. At most in conformity with the characteristics of the government organization this tripartite division temporarily allowed the growth of political influences which in certain traits differed from, or were even conflicting with, one another, yet as compared to the fundamental political establishment it has allowed room for action for influences of secondary character. Even in its significance as a guarantee this tripartite division depended on the political situation

³⁴ ECKHOFF, T.—JACOBSEN, K. D.: *Rationality and responsibility in administrative and judicial decision-making*. (Lecture read in the Scandinavian Summer University of 1959. Stereotyped M. S. p. 3.)

³⁵ STONE, J.: *Man and machine in the search for justice*. Stanford Law Review, 1964. pp. 543—544.

moulded by the given social-historical circumstances. It follows from this ultimate unity of the sovereign power that notwithstanding an organizational separation the manifestations of the state and of the political parties directing the state which express the appraisal of the given social-historical situation either as the general policy, or narrowed down to legal policy have a bearing on law application.

The ways of manifestation of this political appraisal appearing on an all-governmental plane, or finding an expression in the activities of the political organization are manifold. In a formalized manner this appraisal may be manifest in party resolutions, or find an expression in a more or less formalized way, e.g. in the accounts rendered by the Procurator-General, or the President of the Supreme Court, and in the parliamentary debate on it, in the local debates (in local councils) on the activities of the law-applying agencies, etc., and in a non-formalized manner in the speeches, addresses of, positions taken up by state or party leaders, politicians. It stands to reason that the political appreciation of the social-historical situation, or some of its factors are formally not binding on the law-applying agencies. Still on the one part, at least in certain respects, an appraisal of this kind will sooner or later find an expression also in the position taken by the judicial authorities, or in the decisions of the courts of higher instance and on the other, the position of the law-applying agencies in the governmental organization will operate towards compliance with such expectations. The effect of the planning of the new system of economic management, and of the positions of a political nature taken in connexion with its introduction, and appraising the given social-economic factors in a novel manner, obviously could be felt in law application preceding the formal introduction of the reform, i.e. before the promulgation of the relevant legislation.³⁶

However, the general political appraisal (expressed on a government or party level) is transmitted to those applying the law through the channels of information of the organizational hierarchy not in all cases, moreover mostly never. It is evident therefore that from this point of view mass communication media will gain in significance, and together with them all sociological factors which influence information received through mass communication media and its effect. However, this problem leads to a more general topic, i.e. to the more general role and significance of information acquired through the agency of mass communication media in the law-applying valuation of social conditions, phenomena and events. As a matter of fact it is beyond

³⁶ A good example in the practice associated with the enforcement of claims based on a breach of contract. As is known, in Hungary Government Decree N^o 10/1966 (II. 14) Korm., except for two cases of minor importance, has made the enforcement of such claims obligatory. Notwithstanding for reason of rather cogent enterprisal interests in many instances such claims have not been enforced. Eventually Government Decree N^o 46/1967 (XI. 5) Korm. has legalized the situation already established in practice.

doubt that in the work of a person in charge of law application, often in his own personal decision, his own valuation of the conditions of society and of its factors particularly relevant for a decision will find a palpable expression. In the formation of this valuation, even beyond the communication of positions of political significance, or one of legal policy, the mass communication media will have an important role to play. Here we do not have in mind only or primarily communications which deal with the problems and phenomena of a particular scope of law application, or with questions directly relevant for the purpose of law application, or just with the circumstance of a particular case. Information received on the various problems of society by itself contributes to the formation of the knowledge of society and social conception of law-applying persons, and this will find conscious, and even non-conscious expression in the decisions made in the course of law application. However, mass communication media not merely pass on information, but provide also a guidance, mostly through the selection of the information material and also through the appraisal expressed by them. However, the abilities, education, social position and connexions, group relations, etc. of the person receiving the information and guidance may to a considerable extent mould their effect. This fact³⁷ generally known in sociology now directs attention to the individual in charge of law application, who, however, is acquainted with, and appraises, the conditions of society or of its particular phenomena on the ground of his own direct (and to a great extent conditioned by his organizational and group relations) experiences and knowledge, and only with the aid of information transmitted by mass communication media, or through the so-called official channels of communication. This fact is of extreme significance in the manner of the observation and appraisal of the social situation, and so indirectly in the development of law application.³⁸

³⁷ It is the so-called two-step flow of communication according to which reception and efficacy of information are to a great extent influenced by the so-called opinion carriers corresponding to the social relations of the receiver of information. See KATZ, E.: *The two-step flow of communication*. — SHRAMM, W. (Ed.): *Mass communications*. Urbana, 1960. pp. 346 – 365.

³⁸ In this connexion several problems of an indirect nature in all events operating on law application may be explored. The graver and sustained contradiction between the official appraisal of the social-historical situation (in particular when it finds an expression in expectations manifesting themselves in a forcible manner) and the appraisal relying on the direct observations of those applying the law may operate e.g. towards a mechanical law application, with the consequential disillusionment of the law-applying agent of his own work and of the results of this work. He will treat his law-applying work with indifference, and his relations to social problems will become superficial and dogmatic. This attitude may have further repercussions. In the person applying the law, in particular in the judge society wants to discover the personification of the legal order, the “living justice” as Aristotle put it. It is for this reason that “whenever a trial judge fails in probity, energy, objectivity, or patience, his failure is observable and cannot but impair public fidelity to law.” (JONES, H. W.: *The trial judge Role analysis and profile*. — *The courts, the public and the law explosion*. Ed. Jones, H. W., Englewood, Cliffs, 1965. pp. 125 et seq.). This statement is of yet greater truth in a socialist society and it is for this reason that there the vocation of the person applying the law (together

IV

From what has been set forth so far it has become clear that the given social-historical situation becomes the totality of immediate conditions which in the widest sense imply the situation of law application, partly in a formalized form also expressing political valuation, or through nonformalized expectations, partly through the valuation of those applying the law. However, the valuations, expectations, conditions expressing the social-historical situation, or its factors, do not operate in the same manner, and in each moment with uniform force in the shaping of the given law-applying decision. When on the one side we set off from the general social-historical situation to the process of law application then we have also to emphasize that certain elements of this general social-historical situation, or rather certain bearings of the valuation giving an expression to these elements in the connexion with the very case underlying decision-making, will in many respects become, *dependent on the case giving rise to decision-making*, part of the concrete law-applying situation. We believe this will be clear, if we remember that the valuations, formalized or directly observed, of the social conditions associated e.g. with demolition will hardly find an expression e.g. in the settlement of a dispute under labour law, or e.g. in an action for liquidated damages, etc., in like way as in the latter instance the decision will hardly be influenced by considerations of penal policy.

If, however, we venture to make the statement that the law-applying situation, in its concrete manifestation, depends on the case giving rise to decision-making, then by this we do not want to say by any means that it is the statutory qualification of the decision that lays stress on certain elements of the situation, whereas it eliminates others. We cannot e.g. discriminate on the ground that we are confronted by a criminal or civil case, or by an administrative law application and not one by the court, i.e. that we have to do with implementing in individual cases an altogether different legal material. It is the social character of the case, its sociological character for that matter that will become relevant for the purpose of the law-applying situation. It is by no means a rare occurrence that in the course of decision-making in a criminal case, e.g. even elements of the social-historical situation will come into prominence which the policy on demolitions has valued in a definite manner, or that a decision in matters of housing (irrespective of whether on the administrative or judicial plane) has drawn the conditions of society as valued by economic policy into the law-applying situation. Hence the typical conditions manifesting themselves in a unique case will come to the fore and establish

with all other factors contributing to its shaping) is of even greater importance for society.

connexion to the elements of the social-historical situation relevant on this consideration, or provoke the valuation of these elements, and thrust into prominence the expectations which follow for those applying the law from the political valuation now become complete.

There still remains the question, to what extent the elements of the situation emphasized in the unique case have a conscious effect in the course of decision-making? The perception of the situation by the person applying the law is not always conscious. Decision-making amidst organizational conditions might as well be routine like, even in applying the law, when the appraisal of the case on the ground of the provision of law, the expectations forthcoming from the organizational framework, and the everyday experience is of an almost automatic nature. It may nevertheless occur that appraisal is not only conscious, but owing to its intensified character it will draw into decision-making not the elements of the situation bound up with the typical traits of the case awaiting settlement, moreover beyond the reasonably relevant situation elements, it will attach decision-making to social factors excessively general as compared to the significance of decision-making. In this manner by attributing excessive significance to the case and decision-making the appraisal will take into consideration the social background of the decision, or at least present it in an exaggerated form. Here we shall quote a single example. In the Law Reports published in 1956 (Law court decisions, October 1953 – December 1955) in decision No. 453 the following has been laid down: "Defendant has not paid part of the consideration for the compulsory deliveries to those doing the delivery. The qualification of the act of defendant as a criminal offence jeopardizing the interests of public supply in conjunction with a breach of civil service duties is lawful. The act of defendant was accompanied by a violation of the interests of the economic order, because the bilateral transaction of the operations associated with produce delivery is equally the interest of the economic order, i.e. on the part of the producer delivery, on the part of the State the payment of the consideration for delivery — the two are an integral entity. Owing to the underhand practices of defendant by his failure to pay the consideration for the deliveries to the producers a certain decline has set in in delivery. It is an extremely aggravating circumstance that defendant with his act has had a politically destructive effect on the worker-peasant alliance." This decision in a rather instructive form demonstrates the overvaluation of the in point of fact non-relevant elements of the situation. As a matter of fact it cannot be argued that the qualification of the act here described as a criminal offence to the prejudice of the interests of public supply is, in view of the statutory provision then in force, at least artificial and the appraisal of the nontypical aspects of the case, in particular the destructive effect on the worker-peasant alliance as alleged by the court decision, at a time when this alliance was shaken exactly by the provisions

on produce delivery and in particular their implementation, hereincluded judicial law application, actually and expressly served the ends of this absurd qualification, and on its ground the infliction of a graver penalty.

This example demonstrates that the overvaluation of the non-typical elements of situation, even though it may be traced back to an uncritical and exaggerated implementation of an in its foundations wrong policy, will not only lead to by themselves dubious results, but at the same time reacts in a negative manner on the social-historical situation itself, and contributes to the crisis of a policy from the very outset relying on a wrong valuation. As a matter of fact it cannot be argued that e.g. judicial practice on the compulsory delivery of produce in this period contributed to the growth and intensification of the political crisis of Hungarian society.

However, in this connexion also another question has to be dealt with briefly. (Briefly is the word, because the question is associated with a problem which so far the Marxist theory of law has failed to treat adequately even in its fundamental traits, namely the problem of justness.) When the law-applying decision is one a rather essential element of which is — owing to the implementation of the legal provision — an *obligatory* element including a definite valuation, then although this obligatory element, i.e. the legal provision to be applied, will dependent on the sphere of law and the respective legal provision allow a certain narrower or wider scope to the “discretion” of those applying the law,³⁹ and the problem of justness cannot emerge but in connexion with the legal provision. (Even when it is meant to be a criticism of the legal provision.) Now it is beyond doubt that the legal provision by itself relies on the political valuation of social conditions, so that in itself it introduces the power element into the process of decision-making. However, the law-applying decision even beyond this obligatory power factor does not merely express the personality of the law-applying agent. Felix S. Cohen in his criticism of the decision-making concept of the American realistic movement writes: “A truly realistic theory of judicial decisions must conceive every decision as something more than an expression of individual personality, as concomitantly and even more importantly a function of social forces, that is to say, as a product of social determinants and an index of social consequences. A judicial decision is a social event. Like the enactment of a Federal statute, or the equipping of police cars with radios, a judicial decision is an intersection of social forces: Behind the decision are social forces that play upon it to give it a resultant momentum and direction; beyond the decision are human activities affected by

³⁹ See KULCSÁR, K.: *A politikai elem a bírói és az államigazgatási jogalkalmazásban* (The political element in the judicial and administrative law application.) Jubilee Studies, Vol. II. Pécs, pp. 217 et seq. For the factors in filling this framework in criminal justice see KULCSÁR, K.—HOÓZ, J.: *A büntetés-kiszabásról* (On the infliction of penalty). Jogtudományi Közlöny, 10/1968.

it. The decision is without significant social dimensions when it is viewed simply at the moment in which it is rendered. Only by probing behind the decision to the forces which it reflects, or projecting beyond the decision the lines of its force upon the future, do we come to an understanding of the meaning of the decision itself. The distinction between "holding" and "dictum" in any decision is not to be discovered by logical inspection of the opinion or by historical inquiry into the actual facts of the case. That distinction involves us in a prediction, a prophecy of the weight that courts will give to future citations of the decision rendered. This is a question not of pure logic but of human psychology, economics, and politics.⁴⁰

The survey of the social components of decision-making, and in particular of its future consequences, irrespective of whether on an individual human, or wider social scale, will on the part of the individual law-applying person at present often encounter considerable difficulties. It is for this reason that the words ever recurring in sentences, viz. that in the opinion of the court an imprisonment of so and so many years is necessary for helping the prisoner to mend his ways, or even in more abstract terms, for the achievement of the social ends of punishment, have to be read with a certain scepticism. A thorough examination of the functional and dysfunctional effects of punishment even in a cursory form, on a general theoretical level, is now in a rudimentary form. One of the results of this examination is e.g. a differentiated penal policy. And as far as the sentences by an individual judge are concerned this valuation leaves much to be desired. Since an essential element of decision-making is an assessment of future consequences,⁴¹ and since, at least at the present state of knowledge, for the individual in charge of law application beyond certain uncontrollable subjective considerations this problem can hardly be solved, the joint appraisal of the two significant traits of decision-making, viz. the inherent social forces and the individual and social phenomena which may take shape as consequences, on a more general level, and the presentation of this to the person applying the law are apt to promote the increase of the consciousness of decision-making in any event. Accordingly this appraisal will in point of principle contribute to the soundness of decision-making, which in the event of law-applying decision-making amounts to its justness.

⁴⁰ COHEN, F. S.: *The Legal Conscience*. New Haven, 1960, pp. 70—71.

⁴¹ Eekhoff and Jacobsen, who by the way describe the model of judicial decision-making very much in the traditional bourgeois liberal acceptation, among others emphasizing that judges cannot be expected to serve definite political ends with their decisions, or to base their decisions on applied theses of social or natural sciences (ECKHOFF—JACOBSEN: *Rationality and responsibility in administrative and judicial decision-making*, p. 28), also confirm that during the last fifty years utilitarian thinking has infiltrated into legal thinking and that the legal provisions, and even legal decisions, are considered means for the achievement of definite ends. However, according to these authors even the consequences of decision-making can be assessed rather on the ground of subjective "intuition", and it would be extremely-difficult to verify their soundness empirically (Op. cit. pp. 31 et seq.)

Hence the shaping of the law-applying situation by way of an appraisal of the factors of the given social-historical situation, and by moulding it into the expectations manifest in a variety of forms will no doubt restrict the autonomy of those applying the law (although as a matter of course this autonomy is present partly in the individual, even if often non-conscious appraisal of the social-historical situation, partly in the appraisal of expectations converting this social-historical situation into a law-applying one, in a law-applying relation to these expectations), still at the same time the presence of quasi-obligatory elements by the side of the legal provision will intensify the potential effects not only on the consciousness of decision-making, but also on the soundness of the decision, even when the prevalence of the personal factors inherent in those applying the law in the process of decision-making can be restricted, even if it cannot be eliminated altogether.

However, the term "*in principle*" encountered in this statement has been used on a dual consideration in this sense limiting real prevalence. Before all in connexion with the personal factor the statement may be advanced though that the expectations indicating the law-applying situation operate towards a uniformity of decision-making, still in view of the specific phenomena of the individual making decisions within an organizational framework it cannot be ignored that in certain cases exactly these expectations, or rather a differentiated compliance with them, gradually introduce subjective factors into decision-making. It is evident that e.g. an "over-conformity" with the expectations originating from some sort of an ambition, or from a peculiar approach to the law-applying functions, or related to other factors, may in certain cases become responsible for an over-valuation of the expectations, which in turn will entail a distorted valuation of the situation, one detached from the typical characteristics of the case, as has been seen in the case analyzed earlier. However, this over-emphasis of personal qualities rooted in their conditioned origin on such organizational circumstances is but one of the reservations against the effects of the expectations indicating the elements of a law-applying situation, valued in a purely rational manner. As a matter of fact, irrespective of whether these expectations manifest themselves expressly in a formalized manner, or as the declaration of the sovereign organization as a whole or the party controlling it, or as expectations suiting the specific organizational conditions of the machinery of the administration of justice, they are in all events of a political nature, i.e. they do not develop formed by definite power interests, like e.g. the legal provisions. If therefore it is demanded that statutes be sound, which is never more than an objective reflection of the given social conditions, and on this understanding a considered choice of the means dependent also on the soundness of the end we are striving for,⁴²

⁴² See KULCSÁR, K.: *A jog nevelő szerepe a szocialista társadalomban* (The educative function of law in socialist society). Budapest 1961. pp. 233 et seq.

then a claim to soundness will emerge also with respect to the valuation leading to expectations constituting the law-applying situation. How the contradictions between the expectations shaped on the ground of an obviously incorrect appraisal and the unique law-applying direct appraisal of the social-historical situations will be solved in concrete law-applying work, may depend to a great extent on the approach of the person in charge of law application to his functions, on his ambitions, and personal qualities, but we cannot here ignore the socially conditioned character of all these. The factors of this socially conditioned character are manifold. To mention only a few, significant are e.g. even if not on the same plane, the class character of the state, the differences between the forms of government, the position and significance of the law-applying organizations in the given political system, the traditions living in the person applying the law, etc.

In conclusion: the general statement may be made that a development can be observed in the history of law application from unique decision-making, often restricted not even by statutory provisions, to the type of decision-making taking place within an organizational framework, consequently embracing a growing number of obligatory elements. This also means that the elements of the situation in which decision-making takes place, in the one way or the other, are increasingly moulded as expectations relying on an appraisal and also including a political core. If we are looking for the historical contents of this process, then we may state that the less the state interfered in the conditions of society, i.e. the less the state strove for a conscious guidance of society, the less the state was in need for introducing obligatory elements into law-applying decision-making over and above statutory provisions. Apart from exceptional cases, mainly cases implying a direct threat to the ruling class, layers, or groups, or conceived as such, for a long time statutes appraising anyhow the typical traits of the fact at issue were sufficient for the settlement of the given issue. However, with the growth of the conscious guidance of society, a development which was by no means a consequence of the subjective sovereign will, but rather something following from the objective development of society, increasingly the valuation of the circumstances, or their assuming a form of more or less obligatory expectations, amidst which law enforcement took place, came into prominence. It will then depend on the degree of the conscious guidance of society, the political system of the given state, the character of government, and also on the organizational structure and traditions of law application how these expectations appraising the social-historical situation will be moulded, to what extent their form will be institutionalized, and how it will prevail, etc. In the socialist societies e.g. increasingly a law-applying policy valuing the historical situation and its formalized expression

is gradually coming into prominence,⁴³ whereas elsewhere this political valuation will prevail rather through channels of a political influencing of the organization of the judiciary, or even the judicial activity, occasionally even through personal ones (e.g. in the United States).⁴⁴ Still today a tendency towards a formalized expression of the law-applying situation is general in all types of modern society, even if this tendency is at many places accompanied e.g. by a change-over of law-application from the traditional judicial path to the administrative path, where the system of organizational valuation and expectations is easier to shape and to implement. However, in order that this conscious valuation might in fact render the unique law-applying decision increasingly conscious, sound and therefore just, this valuation will have to be scientifically well-founded, the policy underlying this valuation must be sound, the form of this valuation must be chosen so as to suit the characteristics of the tools of the law, and also the legal institutions having the character of guarantees have to be developed to a high standard.

L'importance de la situation dans le processus de l'application du droit

par

K. KULCSÁR

L'étude est une partie d'un plus grand ouvrage en préparation dont le but est d'élaborer un système de notions et de théories partielles aptes à rapprocher les problèmes sociologiques de l'application du droit. Si l'application du droit est considérée comme un processus de décision se déroulant dans des cadres organisés, il faut examiner les facteurs qui — en dehors de la norme juridique — exercent une influence sur la décision de ceux qui appliquent le droit. L'étude a pour but de découvrir les facteurs qui dans la situation historique-sociale où l'application du droit a lieu ont une part active à la décision ainsi que les canaux qui transmettent à celui qui applique le droit les facteurs et phénomènes ayant pour base la situation historique-sociale dont il s'agit. Ces canaux communiquent notamment — en partie d'une manière formalisée, comme certains facteurs de l'organisation de justice, en partie sans être formalisés — ce qu'une appréciation politique de la situation attend de la décision prise au cours de l'application du droit. L'étude essaye d'approcher la notion de ce phénomène se basant en premier lieu sur la juridiction hongroise, mais en appréciant aussi la littérature internationale de sociologie et de sociologie du droit.

⁴³ For the relations of penal policy as a branch of the law application policy see HORVÁTH, T.: *A szocialista állam büntető politikájának alkotó tényezői* (Constitutive factors of the penal policy of the socialist state). *Az Állam és Jogtudományi Intézet értesítője*, 4/1960.

⁴⁴ E.g. *Murphy*, who in his work dealing with the politics shaping activities of the judiciary examines, how the Supreme Court can find expression for its own appraisal in the administration of justice by the courts of lower instance, believes that the potentialities concealed in the guidance of the organization of the judiciary are of greatest importance. So e.g. he remarks that the conferences of judges afford a formal opportunity for a cooperation with the courts of lower instance the more because under the general conditions of American society there is a chance for convincing by way of manipulation rather than for an authoritative control. (MURPHY, W. F.: *Elements of judicial strategy*. Chicago, 1964. pp. 94 et seq.). For that matter Shapiro also refers to this function of the Supreme Courts. See SHAPIRO, M.: *Law and Politics in the Supreme Court*. London, 1964. p. 11.

Die Bedeutung der Situation im Rechtsanwendungsprozess

von

K. KULCSÁR

Die Abhandlung ist ein Teil eines grösseren, in Vorbereitung befindlichen Werkes, dessen Ziel die Ausarbeitung eines Begriffssystems und von Teil-Theorien ist, die dazu geeignet sind, den soziologischen Problemen der Rechtsanwendung nahe zu kommen. Fasst man die Rechtsanwendung als einen Entscheidungsprozess auf, der sich innerhalb organischer Rahmen abspielt, müssen jene Faktoren untersucht werden, die — ausser der Rechtsnorm — auf die Entscheidung des Rechtsanwenders auswirken. Der Zweck der Abhandlung ist aufzudecken, welche Faktoren in jener geschichtlich-gesellschaftlichen Situation mitwirken, in der sich die Rechtsanwendung vollzieht, und durch welche Kanäle die in der geschichtlich-gesellschaftlichen Situation verwurzelten Faktoren, Erscheinungen zum Rechtsanwender gelangen. Diese Kanäle übermitteln nämlich — teils in formalisierter Weise, wie z. B. gewisse Faktoren der Justizorganisation, teils aber nicht formalisiert — die Situation politisch bewertende Erwartungen der rechtsanwendenden Entscheidung. Die Abhandlung macht den Versuch — in erster Linie auf die ungarische Rechtsprechung gestützt aber auch die internationale Literatur der Soziologie und Rechtssoziologie bewertend — dieser Erscheinung begrifflich nahe zu kommen.

Recent Hungarian Legislation in the Scope of Intellectual Property

I. Hungarian legislature, on a well considered plan, has tackled the problem of re-codification of the law governing intellectual property. In 1969 three fundamental acts were put on the Statute Book, viz. the Copyright Act and the Patents and Inventions Act and the Trade Mark Act. Preparatory work is conducted to regulate the norms on the socialist system of competition. — In the following some of the considerations determining this lawmaking scheme will be briefly analyzed.

The provisions governing previously the scope under review dated back to many years. Most of them were obsolete, and although in 1945 insignificant amendments had been enacted, this system was far from satisfying actual needs and in the first place the exigencies of a changed social and economic system.

The new regulation is part of the process which is directed at the adequate statutory formulation of the principles of the new system of economic management introduced on January 1, 1968. In the first place the principles have exercised an influence on the statutory regulation of the domain under review, which emphasize a proper harmony of personal, group and social interests, the gradual enforcement of commodity relations and competition, and the prevalence of indirect and automatic methods of incentive.

Finally, by no means in the last resort, a modernization of legislation in the field of intellectual property was postulated

also by the growth and widening of the international relations of Hungary in both a regional and wider sense. Hungary is a party to the relevant international conventions and the volume of her intellectual exports and imports may be termed as considerable.

In the following we shall try to demonstrate and analyze the underlying trends of the new enactments, their methods, as far as this can be done within the limits of this study, and of course without pretence to completeness.

II. Act III of 1969 on copyright in four parts, fourteen chapters and fifty six sections brings under regulation social relations arising in connection with works of literature, sciences and the arts having a bearing on law.

1. Already the structure of the Act throws a light on one of the trends manifest in the Act. The new enactment partly extends the scope of protection under copyright, partly departs from the literature-centred attitude of earlier legislation. In the first, largest part (§§ 1 to 34) the general rules governing all works have been laid down. In the second part the special provisions governing particular literary forms, namely literature (Chapter VI), dramatic works (Chapter VII), musical compositions (Chapter VIII), motion pictures (Chapter IX), further works of fine arts, architecture, technical works and such of applied arts, and photographs (Chapter X), have been included.

A separate Chapter (Chapter XI) deals

with the safeguard of rights of artists, actors, and performers, and with the protection of photographs, illustrations and other audio-visual aids, which as works of science or art are outside the scope of copyright (Chapter XII).

The new enactment takes into consideration the expansion of the scope of intellectual works in the wake of technical development, and draws the conclusions in a consistent form from the changes that have taken place. So motion pictures, artistic photographs, etc. enjoy full protection. Copyright has been extended also to industrial design whose significance has owing to the aesthetic quality demanded from the products of industry grown considerably. The new Act extends protection also to artists and performers in so far as their production cannot be recorded or transmitted unless with their consent. However, it follows as a matter of course that here copyright has been granted to the principal actors (conductors) and the principal participants and contributors. The new enactment guarantees the protection of activities akin with authorship, however, with limitations only, and for a restricted time (fifteen years).

2. A characteristic trait of the new Act is the line drawn between the rights of the authors pertaining to the person and their financial rights.

Chapter II (§§ 8 to 12) of the act brings under regulation the rights of the authors pertaining to the person. The author decides on the publication of his work, further on the indication of his name. He may take action against a contestation of his authorship. In like way any unauthorized use of the work, or changes made on it, infringe rights pertaining to the person. The Act further guarantees the right of the author, by giving proper reasons, to withdraw his work from circulation and to prohibit making use of it. However, a declaration of this kind may expose the maker of it to an action for damages. The Act further emphasizes that the rights pertaining to the person are in

the temporal order unlimited and inalienable.

As regards financial rights, the Act, in Chapter III, defines the fundamental principle that a work cannot be made use of in any form unless by authority of the author, or his assignees. As a principal rule the Act declares that use can be made of a work only against a consideration in terms of money. The Act provides in this context that the use of a "specific" title shall be conditional upon permission (clause [1] § 13). As regards the term of protection following upon the death of the author, the new Act has maintained the term of fifty years, i.e. the term predominant in international practice.

3. As has been pointed out in the motivation of the Bill, the principal objective of the new enactment is "... to bring into harmony the incentive to individual creative energy the safeguard of the personal and financial rights of the authors with the demands of the growth of a socialist society, the considerable increase of the cultural needs of society have been making." From this objective also the limitations of copyright for the benefit of the public may be derived which have been laid down in Chapter IV. (§§ 16 to 24) of the Act. As far as a work once published is concerned such limitations are the free use of the work, unauthorized use, however, against payment of royalties and authorization of use on the ground of social interest.

The Act authorizes the free use of a work even in want of permission granted by the author, or the payment of royalties in the following cases. No permission is required for a faithful quoting of a work at an extent justified by the circumstances, further its adoption for purposes of instruction, or for the popularization of knowledge, or for its use for the purpose of creating a new work. However, this freedom of use does not extend to an adaption for the stage, motion picture, broadcast or television, and to an adaption in the same artistic or literary form.

This scope includes copying and lending in a non-profit yielding form. In the scope of free use the Act provides for certain facilities for use by means of mass communication such as the press, broadcast, or television. In this context the use of news and copy of news items, presentation of objects of art on a definite occasion, etc. is understood. Finally works of literature may be produced in school festivals, on definite occasions in private societies, mass demonstrations, and for private purposes provided that such production "does not serve the purpose of earning a profit or adding to the profit even indirectly" [clause (3) § 21].

Without the agreement of the author, however, against the payment of royalties radio and television may transmit a work once published, or transmit a public performance, record sound and picture of such performances, and make use of the recording on repeated occasions.

Finally when the assignee of the author refuses to agree to the performance of a work once published without giving a proper reason, the agreement may be supplemented by a judgement of a court of law on the ground of social interest [Clause (1) § 24.]

4. A particular sphere where private creative interest and public interest may come into conflict is that of what is called service work, i.e. when works otherwise protected by copyright come into being in employment (so e.g. in motion picture studios, the broadcasting service, scientific institutions, institutes for design, etc.). In principle the Act protects such works in the same way in conformity with the general rules, as personal products, however, by giving a scope to the interests of the employers.

To reconcile the conflicting interests the Act grants a right of use to the employer in respect of works so created. That however, only in the event when the labour contract stipulates the creation of the work in question and when the work comes within the scope of activities of the em-

ployer. Publication as a right pertaining to the person in this case too depends on the author (and so also the use of all other rights pertaining to the person except the right of withdrawal). However, the delivery of the work to the employer is construed as an agreement to publication. In like way with the delivery of the work also the right of use passes to the employer. However, a failure of the author to deliver his work may have consequences under labour law, and even entail disciplinary proceedings. Nevertheless the work cannot be published (§ 14). The right of use remains limited in time.

5. Finally a characteristic trait of the enactment is the attention given to the dynamics of copyright, i.e. the typical, contractual method of translating the right into reality. Here the act goes into details to some extent (Chapter V). Among the general characteristics of contracts of use (publication, broadcasting, etc.) mention should be made of the permissive character of legislation still with the proviso that no departure is permitted from the provisions serving the safeguard of the interests of the author (§ 26). Furthermore a trait of general character is the stipulation of the written form of the contract (§ 27). In particular as far as contracts applying to works to be created in the future are concerned, the stipulations governing the terms, obligation of repair or the acceptance of the risk of unsuccessful repair are of importance.

III. Act II of 1969 on the "Protection of Inventions under Patent Rights" brings under regulation problems connected with the law of inventions in three parts (plus a closing part), and 72 sections. The first part (§§ 1 to 32) deals with inventions and patents from the aspects of substantive law. Part Two (§§ 33 to 66) brings under regulation procedural questions, finally Part Three (§§ 67 to 71) includes the special provisions normative for species of plants and animals.

1. A palpable trend of the new Act is the expansion of the sphere of protection

under patent rights. In addition to technical achievements in the strict sense of the term, patent rights have been extended also to certain species of plants or breeds of animals. A criterion of obtaining patent rights in respect of plants or animals are by the side of the novel character the homogeneity and the relative constancy of the species (clause [2] § 6). On the other hand in agreement with earlier legislation this Act too does not accord patent rights to medicines, products of chemical processes, and products used as foodstuffs. However, even in this case the process itself may be protected by patent rights (para a. clause [3] § 6).

2. As has been pointed out in connexion with the Copyright Act, the Invention Act too draws a line between the rights of the inventors pertaining to the person and their financial rights. The former rights, in like way inalienable, embrace the right to the recognition of the character of an inventor, and to the demonstration of this character, and the right to secrecy and to publication, as the case may be.

3. The legal systems of the socialist countries recognize two variants of the protection of inventions, viz. protection under patent rights, and the protection afforded by an attestation or certificate of invention (discovery). Partly experience accumulated during a period of ten years (1948 to 1957), partly the spirit of the new system of economic management, namely the emphasis on group interest and the recognition of the function of competition, have prompted Hungarian legislation to adopt the traditional form of protection, i.e. the form embodied by patent rights. The motivation of the Bill also emphasizes the function of the institution of patent rights as a form of competition advancing technical development.

4. The patent is an exclusive right, of absolute structure. It is exclusive, but not unlimited. The Act, in conformity with the general notion of socialist law as regards the correlation of rights and obligations,

simultaneously with defining the subjective rights of the inventor, stresses the social aspects of this right, i.e. its character of an obligation. When in § 11 the Act formulates patent as an exclusive right vested in the patentee, and defines the scope of the patent, in clause (3) of the same section the Act goes on declaring that "... the patentee is under an obligation to exploit the invention in a manner and to an extent corresponding to the needs of national economy, or grant a permission to others to do so." As a matter of fact this provision is but the obligation formulated in the Hungarian Civil Code of an exercise of rights in conformity with their social function cast in a concrete form in the given scope of law. The sanction of this obligation is the compulsory permission (§§ 21 to 23), whose regulation is in harmony with the respective provisions of the Paris Convention. The Act recognizes also the exploitation of the invention, under application or patented, for the interests of national defence, against an equitable indemnity (§ 24).

5. In the present age in the majority of instances inventions owe their birth to the planned and concreted research activities within a high-level organization of large collectives, i.e. in general in employment or within the framework of other contractual relations. This is the circumstance where the problem of so-called service invention has its origin. The Act beside bringing under regulation the service inventions extends a more effective protection to the inventor. Although, when the elaboration of methods and solutions coming within the scope of the invention constitutes the express obligation of the inventor under the labour, or any other contract, the patent rights are acquired by the enterprise, the act partly guarantees the rights pertaining to the person to the inventor (the indication of his character of an inventor), partly imposes an obligation of remuneration on the enterprise (§ 9).

6. The growing significance of contrac-

tual relations follows partly from the circumstance that in the socialist system of economy an individual inventor will hardly be in a position to undertake the exploitation of his invention for and on his own account, partly from the fact that in conformity with the idea of the economic reform the new enactment does not recognize an obligation of an inter-enterprisal gratuitous exchange of technical experience. It is for this reason that the Act defines the provisions governing the exploitation of patent rights or the licence agreements in another chapter (§§ 17 to 20).

7. The mass of technical products and the flood of informative matter relating to these, introduce increasing difficulties in checking the inventions described in a patent application for their being novel art. On the other hand with the rapid development of technology, also the rate of obsolescence of new inventions tends to increase. An appropriately chosen method for an examination of patent applications may be apt partly at least to relieve the contradiction between a time absorbing examination and the putting into practice of the invention at an as early a date as possible. As regards the examination of the applications for patent rights the new Act adopts the principle of real examination of the two currently known methods, viz. the examination of the application and full examination. However, the new enactment recognizes two phases of examination. The National Office of Invention carries out a full examination only on the request of the applicant or within the sphere delimited by special statutory provisions. In general only a so-called delayed examination will be undertaken, which will become complete within four years following upon the publication of the application, on the ground of either a protest filed by a third person, or a subsequent examination carried through *ex officio* (§§ 45 to 47, and 51).

8. Finally the appropriate definition of the procedural guarantees deserves special mention. Any decision taken in

this basically administrative procedure may be submitted to judicial proceedings. In view of the specific nature of the cases, and the high degree of professional knowledge required for their settlement, the new enactment has vested exclusive competence and jurisdiction in the Metropolitan Court of Budapest, where a division of three members sits, of whom two have to be in possession of high-degree qualifications in technology.

IV. The third major statute is the Trade Mark Act (Act IX of 1969). It is pointed out in the motivation to the Bill that the healthy competition between enterprises which is expanding in the new system of economic management and which is directed basically at a high-level representation of consumer interests may obtain an important agent by the up-to-date regulation of trade mark law.

1. Chapter I of Part I of the Act (the legal protection of trade marks) provides for the conditions of trade mark protection. The Act extends — compared to earlier regulation — the notion of trade mark, to three-dimension marks and even certain so-called immaterial signs luminous, acoustic effect (Clause [2] § 2).

2. The provision of the Act under which registration involves constitutive consequences is also a change compared to earlier regulation. Trade mark and its legal protection are accorded only to those who effect registration as provided in the relevant rules. (Clause [1] § 4). In this context the Act points out the primarily economic function of trade marks when it lays down that trade mark protection can be accorded only to natural or juristic persons authorized to carry on economic activity. (Clause [2] § 4).

3. In conformity with the trend already mentioned in connection with copyright and patent regulation the Trade Mark Act lays down the essential rules of the contracts of use in connection with trade mark (§§ 8—11). The provision should be pointed out among these according to which the holder of the trade mark, insofar as he has

agreed to the use of trade mark only in respect of goods of specified quality, is authorized without special stipulation to check the quality of goods bearing the trade mark by virtue of permission (Clause [2] §9).

4. Part II of the Act (§§ 20 to 46) provides in detail for the procedure relating to trade mark protection. Just as it has been done in connection with the statutes dealt with in the foregoing the importance of judicial procedure should be emphasized also in this context whereby adequate guarantees are provided for holders of trade marks in respect of basic problems.

V. The Copyright Act and the Patents and Inventions Act have come into force on January 1, 1970, the Trade Mark Act

on July 1, 1970. The regulations for the enforcement of the two former Acts have already been issued, providing mainly for procedural questions. The examination of these provisions would exceed the limits of a brief survey. It can be stated in any case that the three statutes examined earlier and the concomitant regulations for their enforcement mark out the proper way for a longer period in which law-applying practice (in the first place judicial practice) will be capable of resolving practical problems connected with intellectual products in conformity with the requirements of the ideas of the new system of economic management and international cooperation.

E. LONTAI

International Round-table Conference on Major Problems of Comparative Law

(Budapest, 9–12 September, 1969)

The Institute of Legal and Administrative Sciences of the Hungarian Academy of Sciences organized a three-day international round-table conference at Budapest in September, 1969, dealing with major problems of comparative law. The organization of the conference was supported by UNESCO and the International Association of Legal Science whose President, Professor J. N. Hazard and Secretary-general, Professor P. H. Lawson, participated in the discussions.

The participants of the conference from abroad comprised Professor B. T. Blagoyevič, director of the Institute of Comparative Law (Belgrade), Professor X. Blanc-Jouvan (Aix-en-Provence-Marseille), — Professor H. Buch (Brussels), Professor V. Knapp, director of the Institute of Legal and Administrative Sciences of the Czechoslovak Academy of Sciences, (Prague), — Professor K. Lipstein, (Cambridge), Professor S. Luby (Bratislava), Professor A. Malmström (Uppsala), M. Rybicki, director of the Institute of Legal and Administrative Sciences of the Polish Academy of Sciences (Warszawa), W. Seiffert, director of the Institute of Comparative Law of the Academy, Walter Ulbricht (Potsdam-Babelsberg), V. A. Tumanov, head of department in the Institute of Legal and Administrative Sciences of the Academy of Sciences of the Soviet Union (Moscow), Professor L. Vasiliev, director of the Institute of Legal and Administrative Sciences of the Bulgarian Academy of Sciences (Sofia), A. de Vita, assistant in

the Institute of Comparative Law of the University of Florence, and Professor I. Zajtay, former Secretary-general of the IALS (Paris).

The Hungarian participants of the conference consisted of Professors György Antalffy, Ottó Bihari, Miklós Kádár, Imre Sárándi, Mihály Szotáczy and Andor Weltner for the three legal faculties of the Hungarian universities, further Academician Endre Nizsalovszky and Árpád Prandler, Secretary-general of the Hungarian Lawyers' Association. The Institute of Legal and Administrative Sciences, as organizer of the conference, was represented by Imre Szabó, István Kovács, Gyula Eörsi, Zoltán Péteri, Ferenc Mádl, Vanda Lamm and Attila Harmathy.

Three points were put on the agenda of the round-table conference, namely 1. various trends in, and concepts of, comparative law, 2. the teaching of comparative law, and 3. the role of comparative law in contemporary society. Upon the request of the Institute, papers dealing with the particular problems mentioned above were presented by some of the participants and the dispute developed on the basis of the said papers. As the full text of the papers and a summary of the discussion is going to be published in No 1–2, Vol. XIII (1971) of this journal, this short report was only meant to bring the conference and the planned publication of its papers to the attention of the readers concerned.

Die Struktur der Kriminalität in der sozialistischen Gesellschaft

Internationale Arbeitskonferenz der Kriminologen der sozialistischen Länder
an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. (17—23. November 1969)

Das Institut für Staats- und Rechtswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften organisierte zwischen dem 17. und 23. November 1969 eine Arbeitskonferenz mit der Teilnahme von Kriminologen sozialistischer Länder. Die Konferenz war nicht das erste Treffen der Spezialisten der sozialistischen Kriminologie. Die Probleme der Jugend und der jugendlichen Rückfallkriminalität sind schon zweimal an internationalen Konferenzen erörtert worden. Diese Besprechungen waren aber in erster Linie Foren des Informationsaustausches, wo die Teilnehmer über die Ergebnisse der kriminologischen Forschungen berichtet haben. Die kriminologische Gruppe der Abteilung für Strafrecht des Institut für Staats- und Rechtswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften hat diese Arbeitskonferenz einberufen, um auf vergleichender Grundlage internationale kriminologische Forschungen einzuleiten. Die Arbeitskonferenz hatte die Aufgabe, die Richtlinien und Grundlagen eines Programms für eine vergleichende kriminologische Forschung auszuarbeiten. Das Institut hat vorgeschlagen, das Problem der strukturellen Veränderungen der Kriminalität in der geschichtlichen Periode des Aufbaues der sozialistischen Gesellschaft zu untersuchen. Die auf das Forschungsprogramm bezüglichen Vorstellungen hat das Institut den Interessenten in den vorhergehend versandten Thesen bekannt gemacht. Die Arbeitskonferenz hat sowohl in den sozialistischen Ländern, als auch in den Fachkreisen Ungarns grosses Interesse ausgelöst.

An der Arbeit der Konferenz haben teilgenommen:

a) seitens der *Bulgarischen Volksrepublik* die Vertreter des Instituts für Staats- und Rechtswissenschaften der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften

und die des Rates für Kriminologie bei der Obersten Staatsanwaltschaft;

b) seitens der *Deutschen Demokratischen Republik* die Vertreter der Humboldt-Universität zu Berlin und der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft »Walter Ulbricht« zu Potsdam;

c) seitens der *Jugoslawischen Föderativen Republik* der Vertreter des Instituts für Kriminologie und Kriminalistik zu Belgrad;

d) seitens der *Polnischen Volksrepublik* die Vertreter der kriminologischen Sektion des Instituts für Rechtswissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften und der Vertreter des Forschungszentrums für Strafvollziehung;

e) seitens der *Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik* die Vertreter des Instituts für Rechtswissenschaften und die des Instituts für Kriminologie;

f) seitens der *UdSSR* der Vertreter des All-Unionsinstituts für Kriminologie und der des Instituts für Rechtswissenschaften der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften zu Kiew.

Die aktive Teilnahme der ungarischen Fachleute hat den Erfolg der Arbeitskonferenz in grossem Masse gefördert. Es liessen sich die Fakultäten für Staats- und Rechtswissenschaften, das Landesinstitut für Kriminalistik, die Sozialstatistische Abteilung des Statistischen Zentralamtes, das Justizministerium, die Oberste Staatsanwaltschaft und das Innenministerium vertreten.

Die Teilnehmer der Konferenz wurden von Akademiemitglied Imre Szabó, Direktor des Instituts für Staats- und Rechtswissenschaften begrüsst. Tibor Horváth, Leiter der Abteilung für Strafrecht machte die Geschäftsordnung der Arbeitskonferenz bekannt und legte die Koordinationsprobleme der einzuleitenden Forschung in Umrissen dar.

Im Namen der Kriminologischen Grup-

pe der Abteilung für Strafrecht des Instituts hat András Szabó sein die Diskussion einleitendes Hauptreferat vorgetragen.

Die Beratungen und Diskussionen wurden auf Grund der schon früher verstandenen Thesen geführt. Der Gedankengang der Thesen war der folgende:

1. Der Standpunkt der sozialistischen Kriminologie über die Kriminalität ist allgemein bekannt: die Kriminalität ist eine geschichtliche Erscheinung, die angesichts ihres Inhalts und ihrer Form an die Änderungen der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formation gebunden ist. Die Klärung der ideologischen Grundlagen und der methodologischen Vorfragen der sozialistischen Kriminologie, sowie die bereicherten konkreten empirischen Forschungen stellen den Anspruch, mit der umfassenden historischen Analyse der Kriminalität in der historischen Epoche des Aufbaues des Sozialismus anzufangen.

2. Eine umfassende historische Analyse gibt gewiss Antwort auf bedeutsame Fragen, wie: welche konkrete Gesetzmässigkeiten in der Bewegung der Kriminalität wahrzunehmen sind; welches eigenartige Gesicht die Kriminalität in der sozialistischen Gesellschaft besitzt, das gegenüber den früheren gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formationen ein unterscheidendes Merkmal sein kann. Die sozialistische Kriminologie hat auf dem Gebiet der soeben berührten Fragen bereits viel getan. Wir meinen jedoch, dass der Austausch gemeinsamer, sozialistischer Erfahrungen und innerhalb dessen die Aufdeckung der nationalen Eigenschaften durch eine internationale Vergleichung, durch die Einleitung einer gemeinsamen vergleichenden Forschung viel ökonomischer und erfolgreicher zu erreichen sind, als wenn man sich Methoden der sporadischen individuell-fallweisen Initiativen überlässt.

3. Eine internationale vergleichende Forschung auf diesem Gebiet — steckt sie sich reell erreichbare Ziele — beansprucht eine Sukzessivität und ein Vorgehen von Schritt für Schritt. Infolgedessen soll unser unmittelbares Ziel die Untersuchung der

Struktur der Kriminalität in der Periode des Aufbaus des Sozialismus sein. Dies kann für den ersten Schritt angesehen werden, der dazu geeignet ist, ein bedeutsames Moment des Gesamtbildes der Kriminalität zu erfassen. Die Struktur der Kriminalität sehen wir also als einen jener Züge an, aus denen sich das Gesamtbild der Kriminalität zusammensetzt. Gibt es dazu eine Möglichkeit, so soll man innerhalb der gegebenen Forschungsrahmen Schritte einleiten, um die anderen Züge des Gesichts der Kriminalität aufzudecken. Darauf kommen wir später noch zurück.

4. Unter der strukturellen Änderung der Kriminalität verstehen wir die Gliederung der Bewegung der Kriminalität nach bestimmten Typen des Verbrechens (Verbrechenssystem) und Kategorien der Verbrecher (Verbrechenskategorien). Von der näheren Bestimmung (Definition) sprechen wir später noch. Den strukturellen Änderungen der Kriminalität in einer längeren gegebenen Periode kann man — unseres Erachtens — durch die Methode der beschreibenden Statistik nahekommen. Die beschreibende Statistik sehen wir als die grundlegende Methode unserer gemeinsamen Forschung an.

5. In Anbetracht dessen, dass unsere Forschung auf einer international-vergleichenden Ebene geführt wird, bedarf die beschreibend-statistische Analyse als grundlegende Methode einer Ergänzung. Diese Ergänzung dient dem Ziele, die Ergebnisse der in nationalen Rahmen durchgeführten selbständigen statistischen Analyse vergleichen zu können. Die Fragen der Vergleichbarkeit bilden die grundlegende Aufgabe unserer Arbeitskonferenz.

6. Nach der Annäherung der strukturellen Änderungen der Kriminalität durch die beschreibende Statistik und nach der Vergleichung der Ergebnisse muss der Gang der Bewegung dieser Änderungen eigens für sich untersucht werden. Die Erklärung beansprucht schon historische-soziologische Methoden, deren Ausarbeitung die Aufgabe einer dazu berufenen Arbeitsbesprechung sein wird. Wir wenden

also unsere Aufmerksamkeit gegenwärtig den Möglichkeiten und der Methoden der statistischen Vergleichung zu.

7. Die erste zu klärende Frage ist die Vergleichbarkeit der statistischen Angaben. Diesbezüglich können zwei Standpunkte bestehen. Der eine postuliert, dass die Vergleichbarkeit unmöglich sei, da jede Kriminalstatistik (die der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Gerichte) *ab ovo* von dem System des Strafrechts bestimmt ist, aber zwei identische Rechtssysteme gibt es natürlich nicht. Diesen Standpunkt müssen wir wegen zwei Gründen verwerfen. Einerseits sind sich die strafrechtlichen Grundprinzipien und Institutionen der sozialistischen Länder in vielem sehr ähnlich oder sind sogar dieselben, und es gibt unter ihnen mehr Ähnlichkeit, Wesensgleichheit als Verschiedenheit, die sie voneinander trennen würde. Andererseits müssen wir uns aus folgendem Grund auf den Standpunkt der Vergleichbarkeit stellen: trotz jedem formalen Unterschied sind sie in einem bedeutenden Zug identisch: sie bringen auch das Werturteil der gegebenen Gesellschaft zum Ausdruck; das müssen wir als etwas Bestehendes, Seiendes auffassen, und diese »Wert-Relativität« vorausgesetzt, die Ebene zur Vergleichung finden. Das will praktisch so viel sagen, dass man es dem Strafrecht der einzelnen Länder überlassen soll, welche Verhalten es innerhalb der gemeinsamen festgestellten Kategorie der Verbrechen gegen das Eigentum pönalisiert. Durch die Bestimmung der Verbrechen gegen das Eigentum ist das gemeinsame Element vorhanden. Die weitere Frage ist also, auf welcher Ebene die Vergleichung durchgeführt werden soll. Wir meinen, dass es ausser der Ebene der rechtlich-formalen und fallweisen Bestimmung der Verbrechen eine gemeinsame Plattform gibt, die zur Vergleichung den nötigen »gemeinsamen Nenner« darstellt. Unter Verbrechenkategorien verstehen wir Angriffe gegen gewisse Lebensverhältnisse bzw. Rechtsobjekte. Auf dieser Stufe ist messbar, was wir wissen wollen, nämlich die Tendenz der

Kriminalität. Diese Plattform kann soziologische Ebene oder die Gesamtheit jener Verhaltensarten genannt werden, die sich dem vom Recht geschützten Objekt entsprechend gliedern (Lebensverhältnisse). So sind die Gruppen der Verbrechen gegen die Güter der Personen sogar auch im Fall vergleichbar, wenn die Strafgesetze der einzelnen Staaten auch von formalrechtlichem Standpunkt aus nicht einmal in der Bestimmung des Diebstahls gleich sind. Als einheitliche Grundlage zur Vergleichung müssen wir also die Ebene der in jedem der teilnehmenden Länder vom Recht geschützten Objekte auswählen; von den Verschiedenheiten der unter diese gehörenden konkreten Verhaltensarten können wir hingegen absehen. Einige Verbrechenstatbestände, die einen Übergang (Grenzfall) darstellen, oder nicht ganz eindeutige Rechtsobjekte sind, können natürlich Schwierigkeiten verursachen, aber sie können in einer, eigens zu diesem Zwecks zusammengestellten Arbeitsgruppe identifiziert werden. Wir weisen beispielsweise auf die Terrorakte hin, die zugleich als Verbrechen gegen den sozialistischen Staat und gegen die Person behandelt werden können, oder auf die Kategorie der Straftaten gegen die Verwaltung, in der eine Reihe von Handlungen politischen Charakter haben und auch als Angriff gegen die politische Gewalt des Staates qualifiziert werden können. Bei diesen Übergangskategorien ist es Frage einer Vereinigung, wohin sie — in einem Kompromiss — in unsere Klassifikation eingereiht werden sollen. Die Einreihung in die gleiche Kategorie kann typisch durch zwei Fälle erschwert sein: in dem einen Fall kann das konkrete Verbrechen gleichzeitig mehrere Rechtsobjekte verletzen; der andere typische Fall ist, wenn infolge der Qualifizierung zum Täter gleiche Verhaltensarten verschiedenartig beurteilt werden (z. B. ein Terrorakt und z. B. eine von einer Amtsperson begangene Unterschlagung). Ein eigenes Problem ist die Aufnahme der qualifizierten Fälle, wo die Kasuistik ebenfalls Einreihungsprobleme aufwerfen kann.

In diesen Fragen soll man zu einer Vereinbarung gelangen. Was die Form der Vereinbarung betrifft, würden wir vorschlagen, das Ungarische Strafgesetzbuch als Grundlage anzunehmen und das ergänzende System dementsprechend auszubauen. Zu diesem Zwecke sollte man eine Arbeitskommission beauftragen, die technischen Fragen auch in Details zu er-messen.

8. Unseres Erachtens sollen unter Beachtung der Strafkodexe der teilnehmenden Länder die strukturellen Änderungen der Kriminalität im wesentlichen in Beziehung auf folgende Verbrechengruppen untersucht werden:

a) Die Gruppe der politischen Verbrechen, die die Angriffe gegen die Staatsordnung enthält;

b) die Gruppe der Verbrechen gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit der Personen, die, unabhängig von den Verhaltensarten und Schuldformen, sämtliche, gegen die Integrität der Person gerichtete Angriffe enthält;

c) die Gruppe der Straftaten gegen die Güter, die jeden Angriff gegen das gesellschaftliche und persönliche Eigentum in der Form eines Angriffes gegen den Bestand des Eigentums, des Besitzes und des Vermögensgegenstandes enthält;

d) die Gruppe der Verbrechen gegen die Sittlichkeit und gegen die Familie: hierher gehört jeder Angriff, der sich gegen die anerkannten Normen der Moral und gegen die Rechtsinstitutionen der Familie richtet;

e) die Gruppe der Verkehrsverbrechen und der während der Berufsausübung begangenen Gefährdungsdelikte, in die jede Handlung gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit gehört, die infolge des technischen Fortschrittes möglich ist;

f) die Gruppe der Verbrechen gegen die sozialistische Wirtschaft, die die Angriffe gegen die herrschenden wirtschaftspolitischen und wirtschaftsleitenden Methoden umfasst, ungeachtet der Änderungen, die sich in den erwähnten Methoden vollzogen.

Neben den Verbrechenkategorien erachten wir als einen, die Struktur der Kriminalität kennzeichnenden Zug den Anteil jener Verbrechen, die gewaltsam sind, den Charakter eines Angriffes besitzen, jeden Widerstand überwältigen und aggressiv sind. Hier handelt es sich um eine Kategorie, die nicht durch die gleiche Ebene des Rechtsobjektes, sondern durch den allgemeinen äusseren Zug der Begehung vergleichbar ist. Diese Kategorie umfasst d. h. kann sämtliche, nach dem Rechtsobjekt herausgebildete Verbrechengruppen umfassen, von den politischen Verbrechen an, durch die Verbrechen gegen des Leben bis zu den Verbrechen gegen das Eigentum.

Die Gliederung nach der persönlichen Qualifikation der Verbrecher gehört, unseres Erachtens, ebenfalls zur Struktur der Kriminalität. Diesbezüglich sollen zwei bedeutende Probleme untersucht werden. Und zwar:

Erstens der Anteil der Rezipidivisten an der Gesamtkriminalität, der innerhalb der Wiederholung des Verbrechens, den zeitweiligen Änderungen in der Kriminalpolitik entsprechend auch andere persönliche Qualitäten fordert, um vom Strafrecht schwerer zu beurteilt werden; dadurch wird der Verbrecher von der Kategorie jener Verbrecher abgesondert, die ein Verbrechen das erste Mal begangen haben.

Zweitens der Anteil der Jugendlichen, in erster Linie der Minderjährigen, an der Gesamtkriminalität, ungeachtet der unteren Altersgrenze der Strafbarkeit.

9. Zum Feststellen des Prozesses der Kriminalität sind zwei Methoden möglich. Das statistische Registrieren nach den Verbrechen und das Registrieren nach der tatsächlichen Verurteilung. Man kann darüber diskutieren, welches System ein zuverlässigeres Bild über den ganzen Prozess der Kriminalität ergibt. Das Register der Polizei, das meistens nach den Verbrechen registriert, steht der Wirklichkeit zweifellos näher. Im Vergleich zu diesem enthält die Gerichtsstatistik mehr auf Er-

wägung und Selektion beruhende Gesichtspunkte, und spiegelt, infolge ihrer Mittelbarkeit, nur approximativ den wahrhaftigen Prozess der Kriminalität. Unseres Erachtens sollte bei unserer gemeinsamen Forschung die Gerichtsstatistik verwendet werden, aus dem einfachen Grund, dass — unseres Wissens — die Gerichtsstatistik in den sozialistischen Ländern regelmässig geführt und publiziert wurde. Diese Statistik ist ausserdem komplexer, weil die Tatsache der Verurteilung nicht allein das Registrieren nach Verbrechen, sondern auch das nach der Qualität des Verbrechens enthält, was in Hinsicht auf das Gesamtbild der Kriminalität kein zu vernachlässigender Umstand ist.

10. In der Kriminalpolitik der sozialistischen Länder ist ein gemeinsamer Zug wahrzunehmen, und zwar die Tendenz, die weniger schweren Normenverletzungen vom Wege der Gerichte wegzuleiten und auf richterlichem Weg beurteilen zu lassen. Die zahlmässige Gestaltung der Ordnungswidrigkeiten und der durch die Kameradschaftsgerichte beurteilten, »Bagatell-Delikte« bietet uns neben den strukturellen Änderungen der Kriminalität auch zur Ermessung des Geschichtes der Kriminalität einen wichtigen Anhaltspunkt. Als ergänzende Angabe sollten als »deviierende Verhalten« in einer einheitlichen Gruppe, ohne weitere Aufteilung sämtliche, nicht unter richterliche Beurteilung fallende Verhalten aufgenommen werden.

11. Als wir die Struktur der Kriminalität nach den oben herausgebildeten Verbrechen- und Verbrechenskategorien feststellen, interessiert uns, in welchem Verhältnis diese Gruppen zur Gesamtkriminalität stehen. Die bestimmten Kategorien sind also innerhalb der Gesamtkriminalität des gegebenen Jahres bzw. Periode immer nach ihren Prozentsätzen aufzunehmen. Der Begriff der Eigenschaften der Kriminalität sagt natürlich mehr, als der Begriff und der Kreis der Struktur. Deswegen halten wir es für notwendig, noch eine ergänzende Ziffer einzuführen: die kriminelle Infiltriertheit der Bevölkerung in der

Relation der angegebenen Verbrechen- und Verbrechenskategorien, d. h. die Zahl der Verurteilten auf 10.000 oder 100.000 Bewohner gerechnet. Bei dem Rechnen dieser Ziffer muss das Prinzip befolgt werden, dass die kriminelle Infiltriertheit aufgrund der Angaben jener Volkszählung ausgerechnet werden soll, die der gegebenen Periode *voranging*.

Insofern es die statistischen Systeme der einzelnen Länder erlauben, würden wir die Einführung einer Zerlegung nach der persönlichen Qualität der Verurteilten für notwendig erachten, in jedem Fall auf die schon angegebene Struktur bezogen. Dementsprechend wären den Verbrecher- und Verbrechenstypen nach das Geschlecht, das Alter, der Familienstand und die Schulung registriert. Eine weitere Aufgabe wäre, die Nomenklatur des Alters und der Altersgruppen, das System des Registrierens nach Schulung herauszubilden.

12. In dem von uns skizzierten System der Vergleichung gibt es Elemente, die im Falle der Teilnahme an der Forschung als obligatorisch, und andere die als fakultativ anzusehen sind. So ist z. B. die Feststellung der Struktur nach Verbrechen- und Verbrechenskategorien eine obligatorische Grundlage.

13. Unsere einzusetzende Forschung trägt einen geschichtlich-kriminologischen Charakter. Es interessiert uns, wie der Entwicklungsgang der sozialistischen Gesellschaft die Bewegung der Kriminalität determiniert. Wir müssen also vor allem jene geschichtliche Periode genau abgrenzen, die wir untersuchen wollen. Unseres Erachtens soll die zu untersuchende Periode in der Relation unserer Länder nicht mit dem Zeitpunkte übereinstimmen, sondern ihren geschichtlichen Inhalt betreffend. Nach Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre führende Partei, begann in allen sozialistischen Ländern eine geschichtliche Periode, in deren Rahmen wesentlich identische gesellschaftlich-ökonomische und kulturelle Veränderungen stattgefunden

haben. Das Wesentliche dieser Änderungen kann in folgenden zusammengefasst werden: die sozialistische Industrialisierung und der sozialistische Umbau der Landwirtschaft hat begonnen und diese zwei grundlegenden ökonomischen Prozesse hatten eine Reihe von gesellschaftlich-soziologischen Begleiterscheinungen zur Folge.

Die Begleiterscheinungen haben mit den grundlegenden ökonomischen Prozessen zusammen jene eigentümliche Lebensform und Lebensart herausgebildet, die allein unsere Gesellschaften kennzeichnen. Wir erwähnen, nur beispielsweise, folgende Veränderungen: die Klassenstruktur der sozialistischen Gesellschaft kommt zustande und innerhalb dieser können wir Augenzeugen einer neuen gesellschaftlichen Schichtung sein, die die Veränderung des im System der Arbeitsteilung eingenommenen Platzes widerspiegelt. Die Teilnahme an der Produktionstätigkeit und das Einordnen in das Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung formt die Siedlungsstrukturum, verändert das Verhältnis der städtischen-ländlichen Bevölkerung, es bildet sich sukzessiv ein neues System der engeren sozialistischen Gemeinschaften und Strukturen heraus, wie die Familie, die Kollektiven am Arbeitsplatz, das System der Einwohnergemeinschaften usw. Es verändert sich das kulturell-politische Gesamtbild der einzelnen Klassen und Schichten, das eine Folge des neuen Schulungssystems und des Systems der Weiterbildung der erwachsenen Generation ist. Am Boden der moralisch-politischen Einheit bekräftigt sich das System der Normen des sozialistischen Zusammenlebens und die sozialistische gesellschaftliche Kontrolle beginnt sich zu entwickeln. Durch das Aufwachsen einer neuen Generation entsteht eine neue Ordnung der erzieherischen Arbeitsteilung zwischen der Familie und anderen Gemeinschaften der sozialistischen Gesellschaft. Die Gleichberichtigung der Frauen und ihre erhöhte Teilnahme an der Produktionstätigkeit wirkt nicht nur auf die gesellschaftliche Lage der Frauen aus, sondern beeinflusst sowohl die

Struktur der Familie, als auch die Kultur der Kindererziehung. Das schnelle Tempo der gesellschaftlich-ökonomischen Veränderungen beschleunigt die Mobilität der Gesellschaft. Schliesslich, aber nicht zuletzt, entwickelt sich die Organisation der politischen Führung der Gesellschaft und der neue Mechanismus der Machtausübung.

Wenn wir an diese ökonomisch-gesellschaftlich-politischen Veränderungen denken, können wir relativ leicht jene Periode feststellen, die in den teilnehmenden Ländern als zeitlicher Rahmen zu unserer Untersuchung dienen kann. Man kann sagen, dass diese Periode in den volkdemokratischen Ländern vom Jahre der Wendung, das heisst vom Jahre der politischen Machtergreifung bis zu den heutigen Tagen dauert. Diese Wendung findet in der Mehrheit der teilnehmenden Länder bis zum Anfang der 1950-er Jahre statt. Bei der Bestimmung dieser Periode kann also die folgende Formel gelten: »Auf den zweiten Weltkrieg folgend bis zu den heutigen Tagen.« Hinsichtlich der Sowjetunion kann diese Periodisation — wenn wir die Probleme inhaltlich erfassen — keine besonderen Sorgen verursachen, aber die relativ grössere geschichtliche Entfernung der Daten stellt uns gewiss vor Schwierigkeiten. Wir sind der Meinung, dass unsere sowjetischen Kollegen bei der Feststellung der Periode nicht auf die selbe geschichtliche Periode begrenzt werden können, wie die anderen sozialistischen Länder, da sie in der Geschichte mit einem Schritt vor uns gehen. Für uns wäre wichtig, jene Eigentümlichkeiten kennenzulernen, die sich aus dem endgültigen Sieg des Sozialismus und dem Übergang zum Kommunismus ergeben. Wie man in den Zeiten von Marx über die Entwicklung Englands sagen konnte: *fabula de nos narratura*, so können wir heute unter unseren geschichtlichen Verhältnissen dasselbe über die sowjetische Entwicklung sagen.

In Anbetracht dessen, dass die Sowjetunion vom ethnischen Gesichtspunkte aus

viel mehr geschichtet ist, als die anderen sozialistischen Länder — zwischen den einzelnen Unionsrepubliken bestehen vom ethnischen, kulturellen, ökonomischen Gesichtspunkte und von dem der geschichtlichen Traditionen aus grosse Verschiedenheiten — halten wir es für denkbar, dass nur die Daten einiger Republiken, oder einer Republik zur Vergleichung für geeignet beurteilt werden.

14. Das Ungarische Institut übernimmt die Aufgabe, den Ergebnissen der Beratung zufolge, die ausführlichen Dokumente und ihre Beilagen auszuarbeiten und sie zur Verfügung zu stellen.

*

Nach dem Vortragen der Thesen wurde über sie die Diskussion eröffnet. Aus den Worten der Teilnehmer ging hervor, dass die Kriminologen der teilnehmenden Länder der Einsetzung einer gemeinsamen Forschung grosse Wichtigkeit beimessen. Sie haben ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Forschung zum Ausdruck gebracht, und ihre Vorschläge und Bemerkungen bieten die Möglichkeit, ein endgültiges Forschungsprogramm zusammenzustellen. Dem Ziele der Arbeitskonferenz entsprechend haben sich die Diskussionsbeiträge nur auf die wesentlichen Fragen beschränkt, wodurch sie die Klärung der zur Ausarbeitung des Forschungsprogrammes unbedingt notwendigen Grundfragen gefördert haben. Ohne die einzelnen Sprecher dem Namen nach aufzuzählen, summieren wir ihre Meinungen und Standpunkte.

Die Vorschläge und Bemerkungen können in drei Problembereiche gruppiert werden. Diese sind die folgenden:

- a) die Unzulänglichkeit der beschreibend-statistischen Analyse und ihre möglichen Fehlerquellen;
- b) der Begriff der strukturellen Veränderungen der Kriminalität und deren neue Aspekte;
- c) die Notwendigkeit der Einführung der geschichtlich-soziologischen Analyse und deren Grundlagen.

Die Mehrheit der Delegierten wurde sich darüber einig, dass zur Messung der strukturellen Veränderungen der Kriminalität die geschichtlich-beschreibende statistische Methode nur eines der möglichen Mittel, nur eine der möglichen Weisen ist. Ihre Anwendung ist aber unbedingt notwendig und unerlässlich. Gleichzeitig müssen wir damit im Klaren sein, dass die Statistik die tatsächliche Entwicklung und Bewegung der Kriminalität nur mit annähernder Genauigkeit widerspiegelt. Einerseits gelangt das Begehen eines Verbrechens den Strafverfolgungsorganen nicht unbedingt zur Kenntnis, andererseits, sollte es auch in Erfahrung bringen, spielt sich innerhalb des Zeitraumes zwischen Begehen und Verurteilung ein selektiver Bewertungsprozess ab, der nicht mehr die Tatsachen, sondern ihre Bewertung enthält.

Die Kriminalstatistik widerspiegelt die tatsächliche Bewegung der Kriminalität schon deswegen nicht genau, weil das jeweilige System der Statistik bei der Ausarbeitung seines Evidenzhaltungs- und Registrierungssystems das wirksame Strafrechtssystem als Grundlage annimmt, die Strafnormen aber einer ständigen Veränderung ausgesetzt sind. Unter Mitwirkung von formellrechtlichen Faktoren kann also die Kriminalstatistik nur ein annähernd genaues Bild über den wirklichen Verlauf der Kriminalität geben. Nimmt man auch das statistische System als gegeben an, können mehrere zu präzisierende Fragen auftauchen. So z. B. die Frage, ob für die Messung der Kriminalität die Zahl der Verurteilten (oder Verbrecher), oder die der begangenen Straftaten massgebend sein kann. Die Verwendung der Kriminalstatistik für notwendig und unerlässlich gehalten und bei der Relativität der Messung die unerlässliche Selektion für notwendig beurteilt, haben sozusagen alle Delegierten die internationale Vergleichung der nationalen statistischen Ergebnisse für möglich erachtet. In dieser Hinsicht hielten sie als Vergleichungsgrundlage die Gruppierung nach Rechtsgegenständen für annehmbar, doch sahen sie die Herausbildung

statistischer Einheiten innerhalb dieser Gruppierung einer weiteren Diskussion wert und für notwendig an.

Den in den Thesen vorgeschlagenen Strukturbegriff als Grundlage angenommen, haben mehrere Anwesende Ergänzungsvorschläge gemacht. Diese Vorschläge waren im wesentlichen auf die gleichzeitige Untersuchung von Tendenzen und Dynamik der Kriminalität abgezielt, andererseits hielten sie auch für zweckdienlich, die Gestaltung der Kriminalität nach Gebieten und Altersklassen in unser Bezeichnungssystem aufzunehmen. Manche haben auch darauf hingewiesen, dass bei der Messung der strukturellen Veränderungen der Kriminalität nicht allein die strukturelle Umgestaltung der Gesamtkriminalität in Betracht gezogen werden müsse, sondern dass auch die soziologische Charakterumwandlung der einzelnen Verbrechenkategorien, oder Verbrechenstruppen zum Begriff der strukturellen Veränderungen der Kriminalität gehöre. So z. B. ist in der Gestaltung der Verbrechen gegen das Leben die Änderung in der Rolle der Motive, im Zusammenhang mit den als typisch anzusehenden Umwandlungen der Konflikt hervorruhenden Lebenssituationen eine beachtenswerte Erscheinung.

Alle Teilnehmer betonten die Notwendigkeit der geschichtlich-soziologischen Analyse, wir können sogar sagen, dass sie in erster Linie auf ihre Wichtigkeit hinwiesen. Im Vergleich zum in den Thesen entfalteten Standpunkt haben mehrere den Standpunkt eingenommen, in erster Linie diese Forschungen einzuleiten und sie als erste Stufe, als Ausgangspunkt der gemeinsamen Forschung anzusehen. Von den möglichen Formen der geschichtlich-soziologischen Analyse wurden einige auch dargestellt. So z. B. die Zusammenhänge zwischen Urbanisation und Kriminalität, oder die Methode der Messung der Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Phasen

der Industrialisierung und der Gestaltung der Kriminalität.

Die Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge bewertete die Vorschläge zur Herausbildung der endgültigen Form des gemeinsamen Forschungsprogramms. Sie beurteilte zwar die Einführung der geschichtlich-soziologischen Untersuchung als grundlegend wichtig, betonte jedoch, dass zur Einleitung einer Forschung auf internationaler Ebene die wichtigste Vorbedingung die Verfertigung einer die Kriminalität beschreibenden statistischen Zusammenstellung ist. Zur Analyse der Zusammenhänge zwischen soziologisch-gesellschaftlichen Vorgängen und der Kriminalität ist nämlich die Herausbildung der kriminalstatistischen Kennziffern früher oder später unerlässlich, unabhängig davon, mit welcher Methode die Forschung beginnen soll. Infolgedessen ist die Herausbildung des gemeinsamen Systems der geschichtlich-beschreibenden Statistik in diesem Zusammenhang eine unvermeidliche Grundmaterial-Zusammenstellung zur meritorischen Analyse der Forschung. Zugleich ist sie aber als erste Stufe der Forschung ein geeignetes Material, die Erfahrungen und die Technik der gemeinsamen Forschung anzueignen und herauszubilden.

Die Arbeitskonferenz hat den Beschluss einstimmig angenommen, dass das Institut für Staats- und Rechtswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, mit Beachtung der Diskussionsresultate der Arbeitskonferenz und nach Konsultation mit den Beauftragten der teilnehmenden Länder, das endgültige Arbeitsdokument der Forschung bis zum Frühjahr 1970. zusammenstellt. Dieses Arbeitsdokument wird aufgrund einer ausführlichen Diskussion mit den entsprechenden Organen der teilnehmenden Länder zum Arbeitsprogramm der vergleichenden Forschung.

A. SZABÓ

ОБЩЕСТВЕННЫЕ СУДЫ В ЕВРОПЕЙСКИХ СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ СТРАНАХ

(The Social Tribunals in the European Socialist Countries). Moscow, 1968

Изд. Московского Университета р. 152.

In the introductory part of the work the author surveys the significance of the social tribunals and establishes the common features characteristic of such courts in every country. Thus he points out that the social tribunals in every socialist country are based upon the formative force of public opinion and at the same time their function exerts an educational influence on the community, since the order of the decisions taken in the particular cases make the assertion of the educational effect possible. Namely, the statutes regulating the social tribunals do not contain any strict procedural restrictions and the rules on the procedure of the ordinary courts of law do not apply to the proceedings of social tribunals, because this would restrict the direct participation of the workers' communities in deciding the cases before them. All cases are heard by the social tribunals in open court, there is no legal possibility to hear cases in camera. All those present may intervene and give their opinion in the hearing. Social tribunals are supervised by social organizations, in the first place by trade unions. In addition, in most of the socialist countries state organs, courts of law in the first hand, are bound to patronize social tribunals. The educational purpose of the procedure of social tribunals may often be reached already by hearing the case without taking any concrete educational measure. Only when the social tribunals are satisfied that the educational effect implied in the proceedings would in itself be insufficient is the application of the educational measures laid down in the law resorted to.

Starting from the general principles and objectives of social jurisdiction, every country has established its own social tribunals taking into consideration its own potentialities.

Thus, certain problems of the social tribunals of Bulgaria, Hungary, Germany, Poland, Rumania and Czechoslovakia are dealt with by *Anosova, S. V., Olteanu O. M. and Mironov V. K., Filimonov, B. A., Turecky, M. V., Olteanu, O. M. and Mironov V. K.*, respectively. They give thoroughgoing surveys on the organization and function of these tribunals with due respect to the characteristic features of various solutions based not only upon the differing historical fundamentals of the development of the legal institutions of a given country but depending, at the same time, on the solution of legal policy problems; what are the tasks to be achieved by the judicial activity of the workers' communities under particular conditions. Leaving these particularities out of consideration would amount to the same mistake as to disregard the common characteristics of social tribunals. Beside the stressing of common traits by providing an insight into the characteristics of the social tribunals of various countries this work gives proof of a proper scientific approach to the essentials and social structure of the institution in question.

L. TRÓCSÁNYI

CAMERLYNCK, G. H.: *CONTRAT DE TRAVAIL*. Paris, Dalloz, 1968, 588 p.

The introduction of the work provides the reader with a retrospection upon the history of the legislation relating to the institution of labour contract, surveying the legal sources dealing with the legal rules in this field.

Part I deals with the concept and criteria of labour contract. In the author's opinion it is regrettable that neither the Code Civil nor the Code du Travail contains the definition of labour contract. In compliance with common opinion the author means by labour contract the concluding of any contract under which a person undertakes to put his work at another person's disposal in return for payment under the conditions of subordination (p. 45). He compares labour contract with other types of contracts specifying also the performance of some work (*locatio-conductio operis*, contract of agency, partnership contract etc.).

Part II of the work deals in the first place with the parties to labour relations, i. e. with the employer and the employee. The fact is recalled that in modern society the employer's obligations have been multiplied with respect to both the employee and the authorities and the manager's responsibility has increased. In the author's view this determines the social content of the concept of employer (p. 96).

Part III deals with the problems involved by the conclusion of labour contract. It analyses in the first place the criteria of the validity of the labour contract and treats in this context the legal capacity to be employee (the employee as a subject at law), the different problems of consent (*consensus*), the requirements of qualification and the form of labour contract.

Part IV examines the obligations of the parties to the contract. It enumerates the obligations of both the employer and the employee, including the problems relating to the latter in three groups: the characteristics being necessarily concomitant with the performance of labour (personal, conscientious, loyal performance); the employee's inventions (patents); and the problems of the restrictions on competition.

Part V deals with the cases of the suspension of the labour contract, whereas in *Part VI* the cessation of labour relation is discussed. The author stresses in this context in the first place that the conclusion of a labour contract necessarily involves the joining of a professional category which also includes the rules of its termination by way of a notice. He dwells at length on the right of the unilateral termination of labour relation, the various terms of notice, the problem of unlawful termination of labour contract and the issue of the salary (wages) to be paid during the term attached to the notice.

Part VII provides a survey on the specific types of labour contract concluded by journalists, domestic servants, industrial and commercial apprentices.

The chapters of the book analyse the institutions in question with a view to their historical development. Thus the author goes always back to the relevant historical background even while dealing with statutes in force: rendering thus his way of treatment more dynamic. The system of the work is easy to comprehend, the concepts are defined there in a clear-cut way. This work may serve as a very useful book guiding all wanting to go into the details of the French law of labour contracts.

L. TRÓCSÁNYI

RÖPKE, O.: *DER ARBEITNEHMER ALS ERFINDER. SEINE RECHTE UND PFLICHTEN*. Ein Praktischer Ratgeber. Köln, Kohlhammer Verl., 1966. 180 p.

The foreword draws attention to the object and significance of the work. Namely, even in the middle of the fifties the invention of the employee was considered connected with his professional duties which could be availed of by the employer without any extra

pay. The endeavours of the German Trade Unions and other similar organs were necessary, that finally the Act of 1957 on the Employees' Inventions was enacted, regulating the relationship between the employee as inventor and the employer. Under this statute the employee whose invention is made use of by his employer is entitled to claim a due reward, the sum of which depends on the value of the invention. In addition, the employee has direct rights to participate in the proceeds of his achievement, that is, he must have his own share in the returns attained by his employer as a result of making use of his invention. Since 80 per cent of the inventions originate in employees' work, the significance of this rule is evident.

However the provisions of this Act and the guiding principles issued to direct its application have not become common knowledge and thus this book is, in the first place, intended to provide with due information those interested in this problem. Over and beyond this, the systematization of this subject matter helps to make the reader familiar with this important legal material.

The book consists of an introduction and six chapters. The introduction gives information of the most important concepts starting from the notion of technical innovation which may be: invention or innovation proposal. The first comes under the protection of industrial property which may be provided either by patent rights or by copyright in design. As far as innovation proposals are concerned only a relative protection can be required. Inventions fall within two categories: invention connected with labour relationships and so-called free invention.

Chapter I deals with the invention connected with labour relationships. It treats the rights and obligations of the employee as the inventor of an invention connected with his labour relationship (the obligation of official secrecy, prohibition of sale, obligation of registration, the obligation of the cession of the invention to the employer, the right to financial emolument etc.), the instances of the assertion of the employee's claims against his employer, the inventor's rights and obligations regarding his former employer.

Chapter II surveys the employee's rights and obligations devolving upon him from his invention during and after the termination of the employment.

Chapter III treats the problems connected with the protection and realization of free inventions with particular regard to patents and copyright in design and licences. *Chapter IV* draws attention to the topic of innovation proposals, surveying the employee's right and obligations in this context. It is pointed out that the employee is not bound to make all his technical innovations available for his employer without reimbursement and that all his innovation proposals cannot be forthwith considered the fulfilment of his duties as an employee and the employer's rights cannot be extended over these. If an innovation proposal of a particular value is presented it is to be rewarded as a special performance. In *Chapter V* the question is dealt with when may an innovation be considered free and when does it belong to the enterprise. Then the errors which might be committed in this context by the employee and its legal consequences are treated. *Chapter VI* includes fiscal matters.

Two appendices supplement the book; the first comprises the text of the law in force and guiding principles relating to inventions and innovation proposals, whereas the second is a collection of forms. The work is completed by an Index.

The chapters of the book survey in a clear-cut way the position of the employees in the field of patent law relying on the law in force and the relevant judicial practice. The author illustrates the expounding of the subject with practical examples. This work may be useful for both the theoreticians and practising lawyers.

L. TRÓCSÁNYI

MÁŠILKO, V.—VANĚČEK, ST.: DŮVODY ROZVODU V EVROPSKÝCH PRÁVNÍCH ŘÁDECH (GROUNDS FOR DIVORCE IN EUROPEAN LEGAL SYSTEMS). Praha, PUMS., 1968. 192 p.

The authors using the methods of comparative law analyse the grounds for divorce in the laws of 33 European countries and deal in this context with the most important problems of private international law and law of procedure, among others, conflict law, the rules of jurisdiction and the recognition of the validity of decrees of divorce passed by foreign courts.

One part of the work deals with the general rules, whereas the other one contains the special aspects of the subject. *Chapter I* dealing with general rules analyses the legal, sociological and philosophical aspects of divorce. In *chapter II* the importance of the method of comparative law as a means to understand better the family laws of foreign countries is emphasized. In the authors' view comparative law — as contrasted with private international law and particularly conflict law — aims at instructive cognition instead of the solution of problems. In *chapter III* the authors deal with the basic principles of the statutory rule of socialist countries and point to the fact that in every socialist legal system the principle of guilt has been replaced by that of the disruption of marriage that is, an objective criterion has been established to decide whether the matrimonial relationship between the spouses has so much deteriorated that the marriage can no more perform the function assigned to it by society.

Chapter IV analyses the problem of divorce as reflected by Germanic—Roman legal systems, on the one hand, and common law, on the other, and sets forth that whereas divorce in the socialist countries is — as a rule — allowed by the law this cannot be considered a general principle in the countries adopting common law or Germanic—Roman law.

Chapter V analyses the issue of divorce from the aspect of the legal systems of the various religions (Islamic, Roman Catholic and Jewish religions), *Chapter VI* makes distinction between divorce and “separation from bed and board” amounting to less than full divorce. The term “less than full divorce” is considered by the authors to be more appropriate than “limited divorce” used in American jurisprudence or “temporary divorce” a term adopted by Swedish law, to make perceptible the difference between this institution and final divorce. In the authors view “less than full divorce” (*divorcio menos pleno* — in Spanish law) expresses in the best way the meaning of the concept of separation from bed and board.

Chapter VII enumerates the criteria of the grounds for divorce laid down in statutes, then *Chapter VIII* deals with certain other problems concomitant with the dissolution of marriage, as e. g. with the clause of public policy, various problems of jurisdiction and the problem of the recognition of the decisions passed by foreign courts.

In the part of the work dealing with the law in force the legal rules of European countries classified by the countries concerned are surveyed. The collection of the valid legal rules on divorce, summing up the basic rules or at least the most important particulars of divorce law on a world scale, may be considered a supplement to this part of the book.

The work is completed by summaries and lists of authors in foreign languages.

L. TRÓCSÁNYI

MEZGER—BLEI: STRAFRECHT (Criminal law) 1965—1966. München—Berlin, Beck'sche Verlagsbuchhandlung

The work is a new edition of the publication by the late Edmund Mezger, as revised by professor Herman Blei in view of recent legislation, the subsequent development of judicial practice and jurisprudence. The first volume entitled "General Part" had been published in 1965 whereas the second volume appeared in 1966 under the title "Special Part".

The character of the work is best specified as a "concise text book" or "symposium", terms applied by the author himself. Its aim is to encourage the new generation of lawyers to study criminal law and to provide those interested with a useful manual. This is achieved partly by making the orientation in its abundant material easier, by the systematization adopted in the work and partly by raising all the essential problems of criminal law, taking a firm stand on issues of fundamental importance, pointing to the trends of research work, as well, and indicating the sources to be used in such research. The author surveys in the first place statutory material and guiding principles, and by raising certain important problems encourages, at the same time, the reader to speculation and further investigation. Though the book has observed the law in force in the German Federal Republic, the problems raised by it have their impact on criminal sciences as a whole.

In the first part of volume I the author treats the concept of criminal law, its relation to other branches of law, the history of the science of criminal law, the history of German criminal law, the principles of the territorial and personal operation of criminal law in time and space. Part II deals with the concept, categories and the phases of the evolving of crime, as well as with the problems of complicity and agglomerate crime. Part III includes the issue of penalty, namely its concept, penitentiary systems, the aim of penalty, the related theories, as well as the problems of preventive and corrective measures. In the last mentioned context also the problem of the crisis of the so-called duality between penalty and corrective measures is raised. The survey of the development of legislation and the law relating to juvenile offenders in force, together with the *de lege ferenda* aspects concerned, as well as foreign legal material regarding juvenile offenders are to be found in a separate chapter.

Volume II treats in detail the problems of the special part of criminal law; in addition to making the reader acquainted with the legal rules certain underlying issues of comparative law and legal development are revealed. As for his method of treating the subject it is characteristic that the author wants to avoid to treat on the same level questions of importance and non-essential matters, concentrating, instead, his attention to the issues which may arouse the interest of most of his readers. He divides into parts the subject-matter of the work with a view to the interests protected by the law. As the author puts it, he decided for the division by the subject matter despite certain drawbacks of this method because — taking particularly into consideration that the different legal interests are protected by law in a co-ordinated way — the division and systematization of the material of criminal law by laying stress upon the most important and current problems is in the author's opinion the best method to be applied. Under this system the material has been dealt with divided into the following main groups:

Part I deals with offence against persons and morals, treating not only sexual crimes but also libel and slander.

In part II offences against property and forgery are discussed, the latter insofar as it is connected with commodity turnover.

Part III embraces material relating to a certain specific scope of offences against the community taken in the strict sense, (e. g. crimes causing public danger, traffic offences, crimes against the judiciary etc.).

Part IV treats offences against the state and community.

M. LÁZÁR

ПРАВА АВТОРОВ ПРОИЗВЕДЕНИЙ ИЗОБРАЗИТЕЛЬНОГО ИСКУССТВА
IKHSANOV, U. K. (THE COPYRIGHT ON WORKS OF ART). Moskva, 1966. 144 p.

Chapter I of the book deals with the general rules of the *contracts* on artistic creation. It gives a short survey of copyright in general. The authors' discussion concerning the restrictions on the rights of successors, in particular, in the context how far an heir is authorized to make alteration in the original work are particularly interesting. In the author's view no satisfactory reply can be found to this question in the law in force. On the ground of the analysis of the contracts in question he sets forth that it is only on the basis of examining the contents of the different contracts that this question can be answered, namely at present it is only in the field of publishers' contracts where standard contracts as defined in Section 101 of the *Bases* are available. He gives the definition of "work of art" on the ground of Section 96 of the *Bases* and takes issue with the opinion of those (Gordon, Korecky) who consider also social utility to be a conceptual element (p. 13). He goes into the details of the problems of performance and breach of contract. Finally he surveys certain practical consequences of the rules dealing with the unauthorized use of works of art (Section 103--104 of the *Bases*), as well as the debated issues raised by such unauthorized use.

In the following chapter the author treats the problem of the contracts stipulating the *creation of works of art* for the purpose of personal use of exhibition. Of the number of the problems of detail the author touches upon only certain more important of these, such e. g. the characteristics of advance payment and compensation for expenses involved by the costliness of the works of art — as contrasted with literary products; further with the special features of the terms of performance (pp. 39 et seq.) the methods of the establishment of the appropriateness of performance by a competent committee (pp. 41 et seq.) and questions of the transfer of the right of ownership (p. 44). The author treats in a separate Section (pp. 47—58) the characteristic features of contracts relating to the creation of *memorials* particularly the part connected with the different phases of production and the problems concomitant with the so-called right of supervision of the author.

Chapter III analyses the problems of the contracts on the *publication* of the works of art based upon the relevant provisions of the above mentioned standard contracts to be concluded by publishers as approved in 1963, whereas Chapter IV treats the problems of contracts on the use of works of art in connection with *industrial products* and commodities. In this context he offers a number of suggestions which consolidate the artist's rights and position to the effect that the artist should have his own share — free of charge or at cost price — in the industrial products made by making use of his work of art, respectively that this right should be laid down in statute (pp. 116—117).

Finally the last chapter deals with issues connected with works of art made use of in theatrical performances (scenery), (*films* and *telecasts* and of the contracts made to stipulate such use).

Ikhsanov's book has been in the first place written for practical purposes to encourage the further development of copyright in works of art, by way of analysing and evaluating particular contracts and relevant judicial practice the author has promoted

the appropriate framing of standard-contracts as required by the different types of legal relationships. These practical problems may deserve also the attention of Hungarian lawyers interested in this particular field of law. Besides, the work touches — though to a lesser extent — upon certain problems of theoretical significance such as the conceptual elements of works of art or those of unauthorized use of such works (Sections 103—104).

E. LONTAI

TEORIE STÁTU A PRÁVA (THEORY OF STATE AND LAW) Vol. I—II. Edited by Boguszak J., Praha, Orbis, 1967 and 1968. pp. 388—520.

The work has been written by several authors namely Volume I by BOGUSZAK, J., JIČINSKÝ Z., KUČERA, E., SAMALIK, F. and DOLENSKÝ, A.; Volume II, in addition to those mentioned above, by BAUDYSOVA, V. J., KINCL, J., KORUNKA, E., MLYNÁK, Z., POLIVKOVA, Z., PUPTI, E. and VEVERKA, V. The scientific editing has been performed by BOGUSZAK, J.

In *part I* the basic problems of the theory of state and law are surveyed in the first place from the point of view of the state. Thus the social-political substance and functions of state, its various types, as evolved in course of history, the issue of state and revolution, the problems of state power and its mechanism, the sovereignty of state, the principle of territoriality, the constitutional form and the political organizations outside the orbit of state are dealt with. In discussing issues connected with state power and its mechanisms the authors analyse the structure of the political organization of the state, the scope of which includes, in addition to state mechanism, also the non-governmental organization. In the context of state mechanism the book also surveys its different elements (state organs, officials, etc.) and in examining the structure of state power the lack of any model of general validity is pointed out which could be termed as common for all historical types and prevailing forms of state, but instead, only the development of certain categories of structures may be established. It is in this context that the “traditional” concepts of the theory of state are dealt with. In the book’s nomenclature the constitutional form of the state means the method of organization and the structure of state power functions, whereas the relationship between state organs and the population, the characteristics and composition of the supreme state organs and their interrelation play a decisive part in the definition of the concept of the form of government.

While dealing with the basic problems of law the book treats — among others — the substance of law, legal norms, legal consciousness, the relationship between law and morals; then it draws attention to the rule of law as a way of the manifestation of state functions. In the chapter on the sources of law the authors analyse in detail the concept and categories of the sources of law the fundamental principles of Czechoslovak legislation and the part played by normative acts and internal instructions of generally binding force in Czechoslovak law. These are followed by chapters dealing with the structure, categories and effect of legal norms, then legal relations, law application, the legal guarantees of the rule of law and finally the legal system as a whole are dealt with.

In *part II* in the first place the development of state and law up to the XIXth Century is outlined, then the problems of the prevailing systems of law and types of state are discussed. It deals in this context first with the socialist type of state and law. Thus, on the ground of the theoretical conception adopted by Marx, Engels and Lenin, the concept of the dictatorship of the proletariat, the prospect of the withering away of the state and the principal features of the historical development of socialist states are ana-

lyzed. The revolutionary class-democratism of the initial phase of development, the phase of government through administrative directives (the Stalin pattern) are discussed, then the analysis of the conditions promoting the evolving new trend of development of the state of socialist type, including the conception of the state embracing the whole population are analyzed. In this context a special attention is devoted to the characteristics of the Yugoslav political system. An outstanding place is allotted to the scientific concept of the state of socialist type and it is in this context that the position of the individual within the political system, problems of democracy, division of labour in society, expert knowledge, the mechanism of political organization, the process of shaping and implementing governmental policy which reflects sometimes in certain respects also phenomena of opposite character are examined. In treating the law of socialist type in the first place the substance and principal features of socialist law are outlined, then the analysis of the causes of contraventions of law and infringements of the rule of law occurring under socialist conditions and the methods of providing safeguards for the implementation of law are examined by the authors.

In the part dealing with the contemporary bourgeois state and law the authors draw attention, in the first place, to the part played by bourgeoisie in the phase of monopoly capitalism, then they treat the political organization of society and the crisis of parliamentarism. The book gives a survey of the position of the various groups of interests in the bourgeois state, of which there are ones which take on a "pressure group" character.

In the concluding chapter of the book the specific problems of the developing new states are examined; this part may be regarded as the first attempt to give a comprehensive theoretical survey of this subject.

L. TRÓCSÁNYI

JÜTTNER, A.: O KRIMINOLOGII A KRIMINALITE. (On Criminology and Crime)
Praha, Orbis, 1968. 214 p.

The book is intended to introduce the reader into the principal trends and more significant theories of criminology. Namely the knowledge of the ideas of the former criminologists — as the author puts it in the introduction of his book — makes the understanding of more recent theories easier which, in the author's view, are almost without exception based upon one or the other of the former ones and may be considered to be the further development of such theories. The author aims, in the first place, at the delimitation of the subject matter and objective of criminology. He points out the fact that the scope of criminology is defined in different ways by various authors. At present criminology aims at the studying of the perpetrator's personality, the conditions and circumstances of the commitment of the crime and the efficiency of penalty and of other means of the fight against crime. Research work into crime may be divided into the fields of fenomenology, that is, the description of crime as a social phenomenon and etiology, i. e. the establishment of the causes and conditions of this phenomenon. The author evokes that criminology has a wider and a narrower scope. The range of the first one is very wide: it embraces a number of branches of science from anthropology to criminal law the latter, on the other hand, includes only criminal biology and criminal sociology.

The history of criminology is surveyed in the first chapters of the book. *Chapter I* goes back to the XVIIIth century and reviews Beccoria's, Bentham's and La Mettrie's views on crime. In *chapter II* on the positivist school the author deals with Lombroso and the origin of criminal anthropology, further with Ferri and Gafofalo, then he enters

upon Quételet's criminal statistical theory which later on was made use of in the works of Marx and Engels, as well. In *chapter III* the subsequent development of bourgeois criminology, in the first place criminal sociology is discussed. In *chapter IV* the author is concerned with the problems of contemporary socialist criminology, surveying in this context the characteristic criminological problems raised in the literature in the Soviet Union, the German Democratic Republic, the Polish People's Republic and the Czechoslovak Socialist Republic.

Chapter V dealing with the establishment of the scope and causes of crime treats in the first place the system of the Czechoslovak criminal statistics, the relationship between criminal statistics and actual crime and so-called unrevealed (clandestine) crime. The author emphasizes the significance of the biological and sociological approach from the aspect of criminological analysis. In *chapter VI* the problem of recidivism, in the first place, the concept and causes of recidivism are examined the possibility of putting forward prognostic, that is, the prediction of the offender's future behaviour and the means of the campaign against recidivism are analyzed. In *chapter VII* the author considers the development of the commission of crimes and evaluates the data of the criminal statistics of the past years in Czechoslovakia. In *chapter VIII* the author draws attention to the different theories on the causes of crime then he concludes his discussion with the treatment of the problems of crime in the period of the cult of personality.

L. TRÓCSÁNYI

ОБЩАЯ ТЕОРИЯ ГОСУДАРСТВА И ПРАВА (General Theory of State and Law). Volume I. ОБЩАЯ ТЕОРИЯ ГОСУДАРСТВА (General Theory of State). Edited by D. A. КЕРИМОВ—V. S. ПЕТРОВ. Leningrad, Izdatelstvo Leningradskogo Universiteta, 1968. 304 p.

The new text-book published in Leningrad — the second volume of which on legal theory will probably be published in this year — in view of both its subject-matter and method of treatment may be considered a novelty, complying with the new requirements of the socialist view on the general theoretical legal training. This novel character is encountered partly in the substantial extension and intensification of the scope of the problems under discussion and partly in such structural alterations that e.g. the authors — putting earlier practice aside — deal no more with various tenets of bourgeois jurisprudence in a comprehensive chapter, but in discussing the concrete issues in question, setting forth in this way their critical observations in the logical order of sequence adjusted to the subject matter.

Chapter I deals with the theory of state and law as a branch of science. In Kerimov's opinion the theory of state and law is such an unequivocally "coherent politico-legal science" the specific feature of which is that "the laws revealed by it have a methodological significance from the aspect of the development of the various branches of legal science". The author in contrast with the almost unanimous conception prevailing in the socialist countries does not recognize the internal division of the theory of state and law, that is the relative independence of its component parts. The theories on the substance of the concept of state and the historical types of state are dealt with in chapters II and III analysing in this context also the issue of sovereignty in which context Kask, the author of this part, considers that state sovereignty constitutes a category both of political and legal nature. Chapter IV treats the functions of state in a differentiated way, whereas in chapter V the constitutional form of the state and its component elements are discussed. In the following two chapters a thoroughgoing analysis of the character-

ristic features of state mechanism and of the political structure of society is to be found. According to Kerimov's new definition: "The political structure of society is the structure of such governmental and social organizations that perform political functions assigned to each of them by specific methods". These chapters include the analysis of political parties, churches, etc. and also of such organizations as e.g. the John Birch Society. Similarly to the preceding two chapters a new feature is encountered also in this context namely that the authors treat the relationship between the individual and the state in a separate chapter. The last chapter of the book deals with the future of communist statehood.

The value of this text book is substantially increased that in addition to the treatment in the first place of the problems of socialist statehood, the authors analyse in a differentiated way the institutions of bourgeois society and the contemporary theories of bourgeois political sciences including e.g. the views of Laski and Keeton or, on the other hand, the opinion of Toynbee or the debates going on in bourgeois historical science on the substance of feudalism. Besides discussing issues bearing on advanced capitalist states there are special sections in the book dealing with the specific problems of the new countries liberated from colonial oppression. Chapters of new content and subject matter and a new way of approach may be found in this book and the reader has the impression that the authors' endeavours to extend in this comprehensive Leningrad publication the traditional scope of text-books, to raise more intricate problems and to confront in a more differentiated way the Marxist conception with the more significant tenets adopted by bourgeois literature have met with a considerable success.

CS. VARGA

KYBERNETIKA A PRAVO. Bulletin o aplikaci kybernetických metod ve vede o státu a právu a v právní praxi (Cybernetics and Law. A bulletin on the application of cybernetic methods in legal and administrative and judicial practice). Edited by J. ELIÁS. Ustav státu a práva ČSAV, Praha. Vol. I. 1967.

Czechoslovak research workers have played an important part in the development of the science of what is termed legal cybernetics touching upon the borderland between cybernetics and law and aiming at the application to law of the result and methodological principles provided by cybernetics. In addition to the monography "*On the possibility of the application of cybernetic methods to law*" (1963) written by V. KNAPP, a member of the Czechoslovak Academy, a number of other papers and a special issue of the *Acta Universitatis Carolinae* (1965) reflect the result of these studies. Under the auspices of the Institute of Legal and Administrative Sciences of the Czechoslovak Academy of Sciences in 1967 these research workers have founded their own Bulletin entitled *Kybernetika a právo*, making their achievements available in foreign languages as well.

Volume I is introduced by a paper by V. KNAPP (*Contrôle de la gestion des processus sociaux et théorie de la contreréaction*) which after giving the definition of certain general concepts outlines the different patterns of control taking into consideration in the first place the problem of reaction. In this context he analyses the guiding and reacting processes jointly performing the function of regulation as reflected by the multiple-serial models of control and finally he deals with the problems of non-institutional control exercised by the market which, in his opinion, as the typical category of regulation by means of errors has proved to be the most efficient form of control. The entirety of law is approached from the aspect of cybernetics in I. BYSTRINA'S thoroughgoing study (*Conditions de l'examen du système des normes juridiques au point de vue de la cybernétique*).

ae). According to his opinion legal norm is a deontological information expressing such statements of general character that are enacted and made public in a specific way by state organs established for this purpose by another legal norm. The author outlines the types of legal norms and the logical interrelation between a great number of such norms, then he discusses the rules of interpretation not explicitly laid down in legal rules. In keeping with the theory adopted more recently in Czechoslovak literature he sets forth that the pragmatism principle "what is not prohibited, is permitted by the law" should be logically approved of but, at the same time, he does not hold that this conception would amount to the negation of gaps in the law and that the omission of the regulation of certain issues should logically necessarily involve that the conduct in question would remain outside the field of legal regulation. O. WEINBERGER's paper (*Methodology of juridical argumentation and legal cybernetics*) has a similar comprehensive character outlining the characteristics of "legal thought" approached from the aspect of cybernetic methods and also touching upon those aspects of law which may be approached from the point of view of communication theory. He points in a number of cases to those characteristics of legal deductions which differ from the exact mathematical way of thinking, thus e.g. in the case of the ever-present rational nondeductive and non-evident argumentation of key importance, as revealed by Ch. Perelman. In the author's view in case of decisions of such type where these characteristics are manifest to an increased extent, resorting to cybernetic methods in respect of law application would only be possible with extreme difficulty and at excessive costs. The last study published in this volume (*On some possibilities of the theory of information in the sphere of law and management*) is written by V. VRECIAN who attempts to apply the results of the pragmatic and semantic theory of law and administration by way of reducing the quantity of information loading, on the one hand, and by means of the improvement of the forms of communication, on the other.

Each of the studies included in the Bulletin provides the reader with a treatment on a high level of several spheres of this science and also reflects truly the principal trends of the activity of this Czechoslovak research group, the achievements of which despite their extremely abstract character contribute to the obtaining of very substantial practical results.

CS. VARGA

PRACE PRAWNICZE (Legal studies). Krakow, Nakładem Uniwersytetu Jagiellonskiego 1967. 219 p. (Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellonskiego CLX, zeszyt 31.)

The volume here reviewed of the scientific periodical of Krakow reflecting the new achievements of Polish legal science includes eight thoroughgoing dissertations embracing the scope of interest of various branches of law and jurisprudence.

ST. E. NAHLIK concentrating his attention on problems of international purport deals in his paper with the concept of diplomacy and law of diplomacy outlining at the same time the essential phases of historical development providing thus the law of diplomacy with certain prolegomena. P. WYSOCKI, on the other hand analyses certain principal problems of the international economic relationship between the capitalist countries, thus in the first place, the legal-political and economic features of the statics of customs unions, as well as, the problem of international currency, the latter in the context of stabilization. In the domain of the studies of historical character A. LICHEROWICZ in his well documented paper treats the commassation of land subsequent to land reform in the period lasting from the first half of the past century to the outbreak of the first World

War. E. ZWIECHOWSKI criticizes the Polish political orientation of the thirties, appreciates, in the first place, Bobrynski's oeuvre giving an analysis of the synthesis-conception and views on the building of state adopted — in the field of history of administrative sciences — by the historical school of Crakow. Two papers deal with procedural issues, thus Z. DODA analyses — on the ground of the Polish Criminal Code in force and the relevant scientific and practical material — the prohibition of the *reformatio in peius*, whereas W. STORME, a professor at the University of Gent in his fine essay in French, entitled *The Belgian Code of Civil Procedure, a living testimony to a bygone epoch* surveys the problems arisen in context with this Code enacted in 1809 and still in force, together with the trends of the attempts at a new codification in this field.

J. WOLENSKI's interesting paper of theoretical value constitutes a specific endeavour of Polish legal science in which the author tries to examine the legal terms by the means of the so-called reconstructive analysis developed by Carnap and based upon the methods of formal logic, contributing thus to the detailed elaboration of the trend of the logical interpretation of legal rules.

Last but not least ST. WODYKA's paper analysing the legislative work of the Supreme Court of Poland should be pointed out, which contributes substantially to the reanimated scientific debates going on recently in the socialist countries touching also upon the nature of the socialist law-applying methods in general. The author makes a distinction in principle between the proper (real and legally existing), the apparent (assuming specific forms but not exceeding the scope of the application of law) and the specific (seemingly falling within the domain of the application of law but in fact exceeding its limits) categories of the judicial "law-making" activity. As seen from the author's analytical study, the Polish Supreme Court is not engaged in any law-making activity in the proper sense of the word, but, in turn, an apparent (seeming) law-making activity is very characteristic of its functioning, which asserts itself, in the first place, in the elimination of certain deficiencies in the legislation, in filling gaps of law, and in the interpretation of certain elastic provisions of statutory law. The Supreme Court — as he puts it — is authorized to engage in only a seeming but not any proper or specific law-making activity; none the less some manifestations of this latter tendency may occasionally be found in its works, namely where the Supreme Court hold a legal norm to be invalid or where it arrives at the conclusion that there exists a legal norm not laid down by any statute or which runs counter to a statutory rule. In the author's opinion the latter case should — as a rule — be deemed a violation of legality.

CS. VARGA

KEJZEROV, N. M.: ВЛАСТЬ БЕЗ БУДУЩЕГО.—КРИТИКА БУРЖУАЗНЫХ ТЕОРИЙ О БУДУЩЕМ ГОСУДАРСТВА И ПРАВА (Power without future — A critical review of the bourgeois theories on the state and law of the future). Moskva, Издательство "Юридическая литература" 1967. 167 p.

While analysing and criticizing the bourgeois theories no socialist science of state and law should be content with the evaluation of the bourgeois conceptions concerning the political and legal institutions of the past and of our days only, but it should deal, at the same time, with the prognostic of the development of these institutions as they have been evolved by bourgeois jurisprudence. Namely the ideas regarding the perspectives and potentialities of the development of these institutions are mostly rooted in the present and, on the other hand, they react in a certain measure on the prevailing conception and practice. The author of this work has undertaken to give an analysis and cri-

ticism of bourgeois political-legal prognostic, based primarily upon French works, approaching the problems raised by certain complex method and remaining outside the scope of the various branches of science.

In Chapter I criticizing the bourgeois conception of political power the author deals with polycentrism, a conception of R. Aron, then he analyses the theories of social stratification, and the idealist conceptions which attribute power to the transcendental nature of man, the distinction made by bourgeois scientists between political and social power, as well as the bourgeois prognostic of the assertion of power. In chapter II which is devoted to an examination of the trends of the development of bourgeois democracy, the author discusses M. Duverger's theses who holds that democracy is always dependent on a specific technological-economic standard, M. Ginsberg's opinion according to which the apathy of bourgeois democracy points to a tendency aiming at the establishment of oligarchy; then the author analyses the significance of the phenomenon of technocracy, setting forth that this constitutes the public enemy number one of democracy. In chapter III where the relationship between personality and power is analyzed a survey is given of the psychological tendency of bourgeois political sciences, pointing out that this trend manifests itself more and more in the cult of certain outstanding personalities which — as he puts it — results in the phenomenon of the personalization of power, which in the last resort amounts to the repudiation of democracy. The author maintains that the obtaining of a high standard of efficiency — being usually invoked as the justification of personalization — should be linked up with the complete democratization of institutions as its ultimate guarantee. In the last substantial part of the work the author deals — among others — with J. Leclercq's opinion according to which in a modern industrial society revolutions do not assume anymore a political but a technological-economic character. In the concluding part of the book he criticizes on the ground of the analysis of several sociological surveys concerning France, the assumption to be found frequently in bourgeois science that society in bourgeois democracies has gradually become apolitic and indifferent to the problems of society.

Kejzerov's work provides a far-reaching and essentially thorough-going survey of the problem in question, though he narrows down to a certain extent the scope of his research — apart from some exceptions — by omitting the discussion of English and German works and that he fails to examine the bourgeois theories relating to the prognostic of the development of law. The analysis of that subject would nevertheless have been conspicuously interesting, since bourgeois legal prognostic is closely interrelated with the "counter-theories" opposing Marxist theory on the withering away of the state and because the scope of the bourgeois literature on legal prognostic has been in the last decade substantially extended under the impact of the literature relying on Marx's thesis on the withering away of state; at present in addition to French and German writers on jurisprudence, also Anglo-American authors treat this problem primarily in connection with the well-known Marxian theses.

Cs. VARGA

MARXISTISCHE BEITRÄGE ZUR RECHTSGESCHICHTE. Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin, 1968. Herausg. Abteilung Staats- und Rechtsgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin 1968. 236 p.

In course of continuously extending the connections between the legal historians of the European socialist countries the publication of works reflecting the achievements born out of common efforts has often come to the fore. It has been the result of the legal

historians' work in the German Democratic Republic that the publication of their work "Marxistische Beiträge zur Rechtsgeschichte" also reflects this international co-operation. Ten papers — each an important contribution in itself — and the reviews of six works on legal history published in foreign countries have been the work of Soviet, Czech, Slovak, Polish, Hungarian and, of course of the legal historians of the G.D.R. who undertook the work of edition and publication. This work is lasting evidence of the endeavour undertaken by the Editorial Board (Horst Kuntzschke, Ingetrant Melzer, Horst Schröder Werner, Sellnow) encouraging co-operation in the scientific field (op. cit. Vorbemerkungen, pp. 8—9).

The first of the studies is A. BAUMGARTEN's paper *Paul Johann von Feuerbach* which was written in 1933 on the great progressive philosopher. The author raised a worthy monument to the memory of Feuerbach's progressive ideas on criminal law. K. A. Sofronyenko's essay provides an inside view of researches unto the history of Soviet state and law (*Die Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungen zur Geschichte des sowjetischen Staates und Rechts.* op. cit. pp. 25—37). It provides the reader with an ample documentation of the scientific progress making him acquainted with the different phases of the development of Soviet law. Be it said to the author's credit, that he has drawn his readers', attention to the necessity of a historical examination of socialist legal development. The knowledge of the history of Soviet state and law in turn constitutes an indispensable basis to this work. W. SELLNOW's paper (*Zum Problem der Rechtsgeschichte in System von Marx und Engels,* op. cit. pp. 40—70) analysing the theses of undying merit of the classics of Marxism from the aspect of their actuality and with a view to the science of modern legal history deserves a world-wide interest. The author is right to set forth that the works of the classics of Marxism have not lost their fundamental timeliness up to this very day.

H. SCHRÖDER's paper (*Über das komparative Prinzip der marxistischen Rechtsgeschichtsmethodik,* op. cit. pp. 71—99) dealing with the application of a comparative method to legal history has been made timely by a wide-spread international polemic literature. Legal literature in the socialist countries — particularly in the last decade — applied in a considerable measure the comparative method. The author has contributed by adducing new valuable information to our knowledge in this domain. His basic conclusions tally with the Marxist conception hitherto developed. It is a conspicuous merit of this study that it summarizes under a single system the components of the German bourgeois comparative jurisprudence, hitherto known only in fragments. (Cf. the Savigny-school: A. von Feuerbach, E. Gans Fr. Bernhöft, F. Meyer, what relation may be maintained between positivism and German legislation on the one hand and the comparative research into legal history, on the other etc.) Thus the author has drawn the attention on the influence in Germany of the historiography of the comparative method of legal historical research work. The author professes the extension of the comparative legal research work in a close connection with Marxist jurisprudence. In A. CSIZMADIA's paper (*Über die Beziehungen der Rechtsgeschichtswissenschaft zur Geschichtswissenschaft, den Fachrechtszweigen und zur Praxis,* op. cit. pp. 102—114) the relationship between the science of legal history and historical science as well as the former's connections with the different branches of jurisprudence and judicial practice is analyzed. While polemizing with well-known foreign theories the author has repudiated the conception aimed at restricting the sphere of the science of legal history to only an auxiliary science of other branches of science. Our Marxist legal history is devoted to the discovery of internal laws of social development and an increasingly complete exploration of reality and thus the moulding of socialist ideology.

The international reputation of the socialist science of history has been increased

by A. VETULANI'S work (*Das Problem des Bauernrechts im Alten Polen* op. cit. pp. 116—132) dealing with the law relating to peasants in ancient Poland. It treats topics of legal history showing common features, the better understanding of which is a common purpose of German, Czechoslovak, Polish and Hungarian legal historians. The author raises a number of problems concerning the law on peasantry and encourages his readers to elaborate the further details of the subject. He turns his attention primarily to the different phases of legislation on peasantry in the 16th and 17th centuries, grasping thus one of the fundamental problems of the law of the neighbouring countries.

V. VANECEK'S dissertation (*Zur Geschichte der tschechischen Staatlichkeit in den letzten hundert Jahren des Feudalismus*, op. cit. 133—149 pp.) deals with the history of the survival of the independence of the Czech state in the last century of feudalism. The author contrasts the assimilating efforts of the Habsburg dynasty with the development of the Czech movement of liberation up to the era of 1848—1849 revolutions. All these are interesting also for the legal historians of the neighbouring countries as well on account of an interrelation between bourgeois development and the cause of national independence. H. KUNTSCHEK'S work (*Zur Ausgestaltung der staatsbürgerlichen Rechte im deutschen Kaiserrecht von 1871*. Op. cit. pp. 152—171) dealing with the development of the civil rights in the years subsequent to the enactment of the German Imperial Constitution of 1871 is of similar significance. The author provides a lively picture of the concentration of the efforts undertaken by the dynastic "Junker" circles to restrict the civic rights. No essential change could occur in this field before the downfall of the German Empire; then already the revolutional fight of the proletariat could successfully promote the cause of civic rights. The following paper is "The nazi ideology and social policy in the era of the occupation of Czechoslovakia" (*Jaroslav Houser, Die nazistische Ideologie und die Sozialpolitik zur Zeit der Okkupation der Tschechoslowakei*, op. cit. pp., 174—193). The author has touched in a concrete analytical way upon the social political theses of fascist ideology aiming at the same time at the revealing of the motives of these theses. He analyses the different outward forms of fascist racist demagogy and the part played by these in occupied Czechoslovakia. Finally, *Ingetraut Melzer's* work is very instructive, as far as the experiences gained from higher education in Czechoslovakia are concerned; it gives an analysis of the legal historical research work done by law students. The author treats the role of the branches of legal history played in socialist higher legal education with special regard to the useful experiences gained at the universities of the G.D.R.

It is a particular merit of this collection that its authors have made known the socialist legal historical literature of the recent years. In this collection of essays *Karl Rebro's*, a Slovakian legal historian's work on villein socage and on the reformation of the institution of serfdom, *Leonard Bianchi's* work dealing with the legal forms of monopolization and *Andor Csizmadia's* essay on the relationship between the state and the Churches are reviewed (H. Kuntschke, I. Melzer, W. Sellnow). Similar useful information is included in the volume written by H. Schröder on Wolfgang Kunkel's, Adam Wilinski's and Elemér Pólay's works dealing with Roman law. (Cf. op. cit. pp. 216—233) All these point to the fact that the legal historians of the German Democratic Republic have embarked on a valuable period of studying legal history which may also be an important field of international co-operation.

P. HORVÁTH

Bibliographia

HUNGARIAN LEGAL BIBLIOGRAPHY 1969 2nd PART

This bibliography is the continuation of the former one published in our issue No 3-4 of 1969 (Tomus 11. pp. 467-487.). It contains legal works issued as monographs in Hungary between the 1st of July and the 31 of December, 1969, material of periodicals (articles and book reviews) and studies published in collective works.¹

The bibliography gives the English and Russian translations of the original titles, too. If the work listed has a summary in foreign languages, it is also indicated.

The bibliography is edited by Lajos Nagy and Katalin B. Veredy.

ВЕНГЕРСКАЯ ЮРИДИЧЕСКАЯ БИБЛИОГРАФИЯ 1969, 2-ая ЧАСТЬ

Настоящая библиография присоединяется к библиографии, опубликованной в нашем журнале в 3-4 номерах 1969 г. (Том 11. стр. 467-487.) и содержит в себе самостоятельные юридические издания, материалы, опубликованные в сборниках за время с 1 июля до 31 декабря 1969 г.¹

В библиографии наряду с заглавием мы даем английский и русский перевод заглавий. Если имеется резюме на иностранном языке, это отмечается особо.

Библиографию составили Лайош *Надь*—Каталин Б. *Вереди*.

The periodicals and their abbreviations:

Acta Budapest	= Acta Facultatis politico-iuridicae Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Rolando Eötvös nominatae. Bp. 1969. Tomus 11.
ÁI.	= Állam és Igazgatás [State and Administration] 18. year. 1969. Nos 7-12.
ÁJ.	= Állam- és Jogtudomány [Legal and Administrative Sciences] Vol. 12. 1969. Nos 2-3.

Разработанные журналы и их сокращения

Acta Budapest	= Acta Facultatis politico-iuridicae Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Rolando Eötvös nominatae. Bp. 1969. Tomus 11.
ÁI.	= Állam és Igazgatás [Государство и управление] 18. Том. №№ 7-12. 1969 г.
ÁJ.	= Állam- és Jogtudomány [Наука государства и права] 12. Том. № 2-3. 1969 г.

¹ The material for the period 1945-1965 is resumed in the following publication: Bibliography of the Hungarian legal literature. 1945-1965. Budapest, Akadémiai Kiadó 1966. 315 p., and for the period 1966 and following years in *Acta Juridica* Tomus 8, 1966 and following.

¹ Материал от 1945 до 1965 гг. содержит: Bibliography of the Hungarian legal literature. 1945-1965. [Библиография венгерской юридической литературы. 1945-1965.] Budapest, Akadémiai Kiadó, 1966. 315 p., от 1966 и след. гг. — *Acta Juridica* Tomus 8, 1966 и след.

AJurid.	= Acta Juridica Academiae Scientiarum Hungaricae. Tomus 11. 1969. Nos 3—4.	AJurid.	= Acta Juridica Academiae Scientiarum Hungaricae. Tomus 11. 1969. Nos 3—4.
AkadKözl.	= A Magyar Tudományos Akadémia gazdaság- és jogtudományok osztályának közleményei. [Communications of the section of economics and legal sciences of the Hungarian Academy of Sciences.] 1969. Nos 1—4.	AkadKözl.	= A Magyar Tudományos Akadémia gazdaság- és jogtudományok osztályának közleményei. [Известия отдела экономических и юридических наук ВАН.] № 1—4, 1969 г.
JK.	= Jogtudományi Közlöny [Law Journal] 24. year. 1969. Nos 6—12.	JK.	= Jogtudományi Közlöny. [Вестник юридических наук] 24-ый год изд. №№ 6—12. 1969 г.
MTud.	= Magyar Tudomány [Hungarian Science] 1969. Nos 7—12.	MTud.	= Magyar Tudomány [Венгерская наука]. №№ 7—12. 1969 г.
TSz.	= Társadalmi Szemle [Social Review.] 24. year. 1969. Nos 7—12.	TSz.	= Társadalmi Szemle [Общественный обзор] 24-ый год изд. №№ 7—12. 1969 г.

The collective works and their abbreviations² Разработанные сборники и их сокращения²

Acta Budapest	= Acta Facultatis Politico-Juridicae Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Rolando Fötvös nominatae. Tomus 11.
Tomus 11.	Bp. Állami ny. 1969. 175 p.

Other abbreviations — Другие сокращения

Bp.	= Budapest [Будапешт]
compil.	= compiled by [составил]
Dt. Zusammenfassung	= Deutsche Zusammenfassung [German summary] [Немецкое содержание]
ed.	= edition, edited by [издание, под редакцией]
Eng. summary	= English summary [английское содержание]
изд.	= издание, издательство [edition]
köt.	= kötet [volume] [том]
ktár	= könyvtár [library] [библиотека]
ny.	= nyomda [printing house] [типография]
összeáll.	= összeállította [compiled by] [составил]
перераб.	= переработанный [revised]
publ.	= publication, published by [публикует]
публ.	= публикует [publication, published by]
Rés. franç.	= Résumé français [French summary] [французское содержание]
rev.	= revised [переработанный]
Русск. содерж.	= Русское содержание [Russian summary]
szerk.	= szerkesztette [edited by] [издание, под редакцией]
сост.	= составил [compiled by]

² Here we deal only with those collective works which belong to several legal branches. The works pertaining to one single legal branch only are included in their proper branches. The collective works have been analysed, too, and have been placed in the proper legal branch.

² Туда зачисляются только сборники конспектного характера относящиеся к различным отраслям права. Материалы одной отрасли права находятся там. Сборники мы разработаем тоже, аналитические и статьи находятся в соответствующей отрасли права.

Books of Reference — Справочные издания

Collected legislative acts — Сборники законодательства

Hatályos jogszabályok gyűjteménye. 1945—1968. [Közzéteszi a] Magyar Forradalmi Munkás-Paraszt Kormány Titkársága — az Igazságügyminisztérium — a Legfőbb Ügyészség. [Szerk.] Gál Tivadar—Katona Zoltán—Szilbereky Jenő. Lezárva 1968. dec. 31. [Collection of legal statutes in force. 1945—1968. Compiled by a working group composed of officials of the Secretariat of the Government, the Ministry of Justice, and the Procurator General's Office. Edited by Gál Tivadar—Katona Zoltán—Szilbereky Jenő. Closed: December 31, 1968. Публикует: Секретариат Венгерского Революционного Рабоче-крестьянского Правительства — Министерство Юстиции — Генеральная Прокуратура. Ред. Тивадар Гал — Золтан Катона — Енё Силберекки.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1969.

1. köt. Törvények. Országgyűlési határozatok. Törvényerejű rendeletek. Elnöki tanácsi határozatok. [Vol. 1. Acts. Parliamentary resolutions. Law-decrees. Resolutions of the Presidium. Том 1. Законы. Решения Государственного Собрания. Указы. Решения Президиума.] 631 p.

2. köt. Kormányrendeletek és kormányhatározatok. [Vol. 2. Government decrees and government resolutions. Распоряжения правительства и поста новления правительства.] 901 p.

Scientific records — Сборники статей

A Budapesti Eötvös Loránd Tudományegyetem Állam- és Jogtudományi Karának aktái. [A címlapon] Acta Facultatis Politico-Juridicae Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Rolando Eötvös nominatae. 11. köt. [Szerk. a] Kar Tudományos és Módszertani Bizottsága. Вр. Állami ny. 1969. 175 p. — Dt. Zusammenfassung — Русск. содерж.

Legal science series — Серии по юридической науке

Studia iuridica auctoritate Universitatis Pécs publicata. Вр. Tankönyvkiadó 1969.

66. Адам Антал: Проблемы государственноправовых административноправовых договоров в Венгерской Народной Республике. [Problems of contracts in the field of state and administrative law in the Hungarian People's Republic.] 24 p.

Tanácsok könyvtára. [Közzéteszi a] Вр. Hazafias Népfront-Közalkalmazottak Szakszervezete. [Library of councils. [Published by] the Committee of Patriotic Front — Trade Union of Civil Servants. Kecskemét, Bács-Kiskun megyei ny. 1969.

3. Az új gazdasági mechanizmus tanácsokra vonatkozó jogszabályainak gyűjteménye. 1. köt. Szerk. Dallos Ferenc. Lezárva: 1969. márc. 20. [A collection of legal statutes bearing upon the councils and passed in the new system of economic management. Published by the Budapest Committee of the Patriotic Front and the Trade Union of Civil Servants. Vol. 1. Ed. by Dallos Ferenc. Closed: March 20, 1969. Сборник относящихся к советам законодательных актов нового хозяйственного механизма. Публ.: Отечественный народный фронт — Профсоюз Служащих. Том 1. Ред.: Ференц Даллош. По состоянию на 20 марта 1969 г.] 973 p.

4. Az új gazdasági mechanizmus tanácsokra vonatkozó jogszabályainak gyűjteménye. 2. köt. Szerk. Dallos Ferenc. Lezárva: 1969. márc. 20. [A collection of legal statutes bearing upon the councils and passed in the new system of economic management. Published by the Budapest Committee of the Patriotic Front and the Trade Union of Civil Servants. Vol. 2. Ed. by Dallos Ferenc. Closed: March 20, 1969. Сборник относящихся к советам законодательных актов нового хозяйственного механизма. Публ.: Отечественный народный фронт — Профсоюз Служащих. Том 2. Ред.: Ференц Даллош. По состоянию на 20 марта 1969 г.] 766 p.

Bibliographies — Библиография

NAGY L[ajos]—VEREDY K[atalin] B.: Hungarian legal bibliography. 1969. 1st part. Венгерская юридическая библиография 1969. 1-я часть.] A Jurid. 3—4/1969. 467—487.

Lexicalia

Magyar—német jogi és államigazgatási szótár. [Összeáll.] Karscsay Sándor. 2. bőv. kiad. [Hungaro—German legal and administrative dictionary. Compiled by Karscsay, Sándor. 2nd enl. ed., Венгеро немецкий юридический словарь терминологии в области государственного управления. Сост.: Шандор Карчаи. 2-е доп. издание.] Вр.—München, Akadémiai Kiadó—Beck'sche Verl., 1969. 487 p.

I. Theory of State and Law — Теория государства и права

Articles — Статьи

ANTALFFY György: A jogalkotás és a jogalkalmazás állam- és jogelméleti vonatkozásairól. [Aspects of law-making and law application in relation to the theory of state and law. Вопросы правотворчества и применения права в свете теории государства и права.] JK. 10/1969. 505—515.

ANTALFFY György: Machiavelli és az állam tudománya. [Machiavelli and the scientific concept of the state. Макиавелли и наука государства.] AI. 12/1969. 1057—1064.

KULCSÁR Kálmán: A politikai aktivitás társadalmi tényezői. [Social factors of political activity. Общие социальные факторы политической активности]. TSz. 12/1969. 33—46.

KULCSÁR Kálmán: Recherches de sociologie du droit en Hongrie. [Researches in the sociology of law in Hungary. Правосоциологические исследования в Венгрии.] pp. 136—160. = Sociologues hongrois. Études, recherches. Réd. Andreas Hegedüs. [Hungarian sociologists. Essays and researches. Ed. by Hegedüs, András. Венгерские социологи. Статьи и исследования. Ред. Андраш Хегедүш.] Вр. Corvina, 1969. 353 p.

KULCSÁR Kálmán: A Nemzetközi Jogszociológiai Bizottság Konferenciái. [Varese 1968. szept. 8—13, Brüsszel 1969. ápr. 9—12.] [Report on the conferences of the International Committee of Legal Sociology held at Varese on September 8 to 13, 1968, and at Brussels on April 9 to 12, 1969. Конференции Международного Комитета по вопросам социологии права. Варезе, 8—13 сентября 1968 г. Брюссель, 9—12 апреля 1969. г. AkadKözl. 3—4/1959. 427—436.

SAMU Mihály: A Magyar Tanácsköztársaság jogpolitikája és jogalkotása. [Legal policy and legislation in the Hungarian Republic of Councils. Правовая политика и правотворчество Венгерской Советской Республики.] JK. 6/1969. 299—305.

SZABÓ Imre: A kodifikáció időszzerű általános kérdései. [Actual general problems of codification. Актуальные общие вопросы кодификации.] JK. 10/1969. 493—498.

VARGA Csaba: Az elméleti jogi gondolkodás néhány vonása a Magyar Tanácsköztársaságban. [Some features of theoretical legal thinking as manifested during the Hungarian Republic of Councils. Некоторые черты теоретической правовой

мысли в Венгерской Советской Республике.] AJ. 2/1969. 324—334.

Book reviews — Рецензии

Le problème des lacunes en droit. [Codification — gaps in law—analogies. Кодификация — пробел в праве — аналогия.] Ed. Ch. Perelman. Bruxelles, Ed. Emile Bruylant 1968. 554 p. By Varga Csaba — Рец. Varga Csaba. AJ. 3/1969. 566—572.

SARLÓS Béla: A Tanácsköztársaság jogrendszerének kialakulása. [The formation of the legal system of the Hungarian Republic of Councils. Формирование правовой системы Венгерской Советской Республики.] Вр. Közgazd. és Jogi Kiadó, 1969. 448 p. By Varga Csaba — Рец. Varga Csaba. AJ. 2/1969. 358—364; AJurid. 3—4/1969. 439—441.

II. State Law. Constitutional Law — Государственное право

Books — Книжки

NAGYNÉ [NAGY Lászlóné] SZEGVÁRI Katalin: A nők művelődési jogaiért folytatott harc hazánkban. 1777—1918. [On the fight for the cultural rights of women in Hungary. 1777—1918. Борьба за права женщин в области образования в Венгрии. 1777—1918.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1969. 440 p.

SZAMEL Lajos: A közélet tisztaságáról. [On pure public life. О чистоте общественной жизни.] Вр. Kossuth Kiadó, 1969. 222 p.

Articles — Статьи

Адам Антал: Проблемы государственно-правовых и административноправовых договоров в Венгерской Народной Республике. [Problems of contracts in the field of state and administrative law in the Hungarian People's Republic.] Pécs, Pécsi Szikra ny. 1969. 24 p. /Studia iuridica auctoritate Universitatis Pécsi publicata 66./

АДАМ Антал: А социалиста alkotmányosság néhány gyakorlati problémája. [Some practical problems of socialist constitutionality. Несколько практических проблем социалистической конституционности.] JK. 9/1969. 429—436.

CSIZMADIA Andor: A magyar állampolgársági jog fejlődése. [The development of the Hungarian law of citizenship. Раз-

вithe венгерского права по гражданству.] *Ál.* 12/1969. 1075 - 1091.

ВНАРИ Ottó: Alkotmány és államszervezet a Magyar Tanácsköztársaságban. [Constitution and state organization in the Hungarian Republic of Councils. Конституция и государственная организация в Венгерской Советской Республике.] *ЖК.* 6/1969. 275 - 281.

Бнхари О[тто]: Проблемы развития советов в социалистических государствах. [Problems of the development of councils in the socialist state.] *АJurid.* 3 - 4/1969. 295 - 319. -- Eng. summary - Dt. Zusammenfassung.

Húszéves a Magyar Népköztársaság alkotmánya. [Twenty years of the Constitution of the Hungarian People's Republic. Двадцатилетие Конституции Венгерской Народной Республики.] *Ál.* 8/1969. 673 - 679.

KAMPIS György: A jogszabályok mennyiségéről és a jogalkotás trendvonaláról. [On the number of legal rules and the trend of legislation. О количестве нормативных актов и о линии развития правотворчества.] *Ál.* 9/1969. 786 - 802.

PECEZE Ferenc: A szövetséges tanácsok országos gyűlése egybehívásának előzményei. [The antecedents of the convocation of the national assembly of the federal councils. Предпосылки созыва всегосударственного собрания федеративных советов.] *АkadKözl.* 1 - 2/1969. 161 - 181.

SARLÓS Béla: A nemzetek jogai és a föderatív intézmények a Tanácsköztársaság jogrendszerében. [The rights of nations and federal institutions in the legal system of the Hungarian Republic of Councils. Права наций и институты федерации в правовой системе Венгерской Советской Республики.] *ЖК.* 6/1969. 306 - 312.

SCHMIDT Péter: A tanácsok mint képviselői szervek. [The councils as representative organs. Советы как представительные органы.] *TSZ.* 7 - 8/1969. 111 - 117.

Book reviews — Рецензии

ВНАРИ Ottó: A szocialista államszervezet alkotmányos modelljei. [Constitutional models of the socialist organisation of the state. Конституционные модели социалистической государственной организации.] *Вр. Közgazd. és Jogi Kiadó.* 1969. 538 p. *Вр. Takács Imre* — *Рец. Такач Имре.* *Ál.* 10/1969. 952 - 955.

DUVERGER, Maurice: La V^e République. [The 5th Republic. V. Республика.] Paris, Presses Universitaires de France, 1968. 291 p. *Вр. Lőrincz Lajos* — *Рец. Леринц Лайош.* *АЖ.* 2/1969. 354 - 358.

POLAK, Karl: Reden und Aufsätze. Zur Entwicklung der Arbeiter- und Bauern-Macht. [Speeches and studies. To the development of the workers' and peasants' power. Речи и статьи.] Berlin, Staatsverl. der DDR. 1968. 700 p. *Вр. Bajáki Veronika* *Рец. Байяки Вероника* — *Ál.* 8/1969. 763 - 768.

III. Administrative Law — Административное право

Books — Книги

Az egyetemekre, az oktatókra és a hallgatókra vonatkozó jogszabályok. [Összeáll.] *Klement Tamás.* *Lezárva:* 1969. szept. 1. [Legal statutes bearing upon the institution, the instructor staff, and the graduates of universities. Compiled by *Klement, Tamás.* Closed: September 1, 1969. Законодательные акты, относящиеся к университетам, преподавателям и студентам. Составил: Тамаш Клемент. По состоянию на 1 сентября 1969 г.] *Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó.* 1969. 238 p.

Külkereskedelmi áruforgalom vámellenőrzése. Összeáll. *Terpítőkó András* — *Szendrei György* — *Nagy András* stb. [Customs control in the international trade of goods. Таможенный контроль внешнеторгового товарооборота.] *Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó.* 1969. 285 p.

LAKOS Sándor: A tanácsok helye és szerepe a szocialista építés jelenlegi szakaszában. [The place and role of the councils in the present phase of socialist building work. Место и роль советов в нынешней стадии строительства социализма.] *Вр. Kossuth Kiadó.* 1969. 124 p.

LŐRINCZ Lajos: A tudományos kutatások állami irányítása. [The state direction of scientific researches. Государственное управление научными исследованиями.] *Вр. Akadémiai Kiadó.* 1969. 260 p.

MSz Szabványjegyzék. [Közvetési a] Magyar Szabványügyi Hivatal. Szerk. *Laky Kálmánné* — *Ocsenás Ferencé.* *Lezárva* 1968. dec. 31. [List of Hungarian Standards. Published by the Hungarian National Office of Standards. Ed. by *Laky Kálmánné* — *Ocsenás Ferencé.* Closed: December 31, 1968. МС. Перечень венгерских стандартов. Публикует: Венгерское Управление Стандартов. Составили: *Лаки Калманнэ* — *Очешаш Ференцэ.* По состоянию на 31 декабря 1968.] *Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó.* 1969. 931 p.

Az új gazdasági mechanizmus tanácsokra vonatkozó jogszabályainak gyűjteménye. [Közvetési a] *Вр. Hazafias Népfront* — *Közalkalmazottak Szakszervezete.*

1—2. [köt.] Szerk. *Dallos Ferenc*. Lezárva: 1969. márc. 20. [A collection of legal statutes bearing upon the councils and passed in the new system of economic management. Published by the Budapest Committee of the Patriotic Front and the Trade Union of Civil Servants, Vols. 1—2. Ed. by *Dallos Ferenc*. Closed: March 20, 1969. Сборник относящихся к советам законодательных актов нового хозяйственного механизма. Публ.: Отечественный народный фронт — Профсоюз Служащих. Том. 1—2. Ред. Ференц Даллош. По состоянию на 20 марта 1969 г.] Kecskemét, Bács-Kiskun megyei ny. 1969. 973; 766 p. /Tanácsok könyvtára 3—4./

VISKY Károly: Az árak és a szerződések. Az árszabályozó rendelkezések és szerződések kapcsolata az új gazdaságirányítási rendszerben. Lezárva: 1969. július 31. [Prices and contracts. Relations between price regulating rules and contracts in the new system of economic management. Closed: July 31, 1969. Цены и договоры. Связь распоряжений о регулировании цен и договоров в новой системе управления хозяйством. По состоянию на 31 июля 1969 года.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1969. 182 p.

Articles — Статьи

ÁDÁM Antal: A területi koordináció főbb vonásai és problémái. [Main features and problems of the regional co-ordination. Главные черты и проблемы территориальной координации.] *AI*. 7/1969. 577—588.

ÁDÁM Antal: Megállapodások a tanácsi szervek munkájában. [Agreements in the activity of the council organs. Соглашения в работе органов советов.] *AI*. 8/1969. 706—715.

ALBRECHT László: A tanástagok interpellációs joga. [The right of interpellation of the members of councils. Право запроса депутатов в советы.] *AI*. 9/1969. 817—825.

ANTAL József: Az ellenőrzések megállapításának hasznosítása. [Applications of the statements of a control. Использование констатаций проведенного контроля.] *AI*. 7/1969. 654—660.

BERÉNYI Sándor: Az államigazgatási tevékenység néhány elméleti kérdése a gazdaságirányítás új rendszerében. [Some theoretical problems of the state administration activity in the new system of economic management. Некоторые теоретические вопросы административной деятельности при новой системе хозяйственного управления.] *AI*. 8/1969. 680—693.

DOMÁTH Róbert—SZILÁGYI István: A területi igazgatási osztályok felügyeleti

vizsgálatának tapasztalatai. [Experiences of inspection work carried out by the administrative departments of the district councils. Опыт надзорного исследования административных отделов городских районов.] *AI*. 11/1969. 999—1009.

ELIÁS László: Az építésügyi eljárás egyszerűsítése. [Simplification of the building process. Упрощение процедуры по строительству.] *AI*. 8/1969. 721—727.

FICKETE Mihály: A községi integráció és megvalósulásának lehetőségei. [Communal integration and the chances of its realization. Интеграция сёл и возможности её осуществления.] *AI*. 12/1969. 1127—1134.

FICZERE L[ajos]: Consultation hungaro—soviétique sur les problèmes du développement des soviets et les conseils locaux. [A Hungaro—Soviet consultation on the problems of development of the soviets and the local councils. Венгеро-советское совещание о проблемах развития местных советов.] *AJurid.* 3—4/1969. 445—450.

FICZERE Lajos: Szovjet—magyar tanácskozáskor a helyi szovjetek és tanácsok fejlődésének elméleti kérdéseiről. [Budapest, 1968.] [Soviet—Hungarian consultation on theoretical problems on the improvement of functioning of the local soviets and councils. Советско—венгерское совещание по теоретическим вопросам развития местных советов. Будапешт, 1968.] *AJ*. 3/1969. 520—525.

FICZERE Lajos: Szovjet—magyar tanácskozáskor a szovjetek és a helyi tanácsok fejlődésének elméleti kérdéseiről. [Soviet—Hungarian consultation on theoretical problems of the development of the soviets and the local councils. Советско—венгерское совещание по теоретическим вопросам развития местных советов.] *AkadKözl.* 1—2/1969. 37—53.

FODOR Mihály: Néhány gondolat a tanácsi gazdálkodás továbbfejlesztéséről. [Some thoughts about the continued development of council management. Размышление о дальнейшем совершенствовании хозяйственной деятельности местных советов.] *TSZ.* 11/1969. 73—78.

FORJÁN Gyula: A tanácsi önkormányzatok gazdasági alapjai. [Economic foundation of the autonomy of the councils. Экономические основания самоуправления советов.] *AI*. 9/1969. 769—785.

HALÁSZ József: A tanácsi képviselőlet tartalma és a helyi érdekek képviselése. [The substance of council representation and the representation of local interests. Содержание депутатской работы в местных советах и защита местных интересов.] *TSZ.* 9/1969. 84—91.

HALÁSZ J[ózsef]: Administrative and legal problems of the transformation in parish organization. [Административно-правовые проблемы преобразования организации сел.] *AJurid.* 3- 4/1969. 415-437. Dt. Zusammenfassung. — Русск. содерж.

HEIM Ferencé: A tanácsi információs rendszer és feladatai. [The informative system of the councils and its tasks. Информационная система советов и её задачи.] *AI.* 11/1969. 1010-1019.

HETESY György-MARKOS György: A járási szervek közötti koordinációról. [Coordination between district organs. Координация между органами района.] *AI.* 10/1969. 897-903.

HORÁNYI Györgyné: Az ifjúságvédelmi felügyelők és a nevelési tanácsadók tevékenysége a fővárosi kerületekben. [Activity of the supervisors of the protection of youth and of educational advisors in the districts of Budapest. Деятельность инспекторов по охране молодежи и советников-педагогов в районах столицы.] *AI.* 8/1969. 735-741.

KATONA Géza: A főváros helye a tanácsok rendszerében. [The place of Budapest in the system of the councils. Место столицы в системе советов.] *AI.* 8/1969. 694-705.

KISS György: A vezetés vizsgálatának módszerei. [Methods of investigation of the management. Методы исследования руководства.] *AI.* 10/1969. 873-884.

KISS Pál: A minősítés elvi és gyakorlati kérdései. [Theoretical and practical problems of qualification. Принципиальные и практические вопросы квалификации.] *AI.* 9/1969. 803-816.

KOVÁCS Tibor: Településdemográfiai ülészak. [Szombathely, 1969. jún. 10-12.] [Report on a session bearing upon the demography of settlements held at Szombathely on June 10 to 12, 1969. Сессия, посвященная вопросам демографии поселений. Сомбатхей, от 10 до 12 июня 1969.] *AI.* 9/1969. 858-860.

KUBIN József: A községek és nagyközségek gyámhatósági hatásköre. [The competence of villages in the field of guardianship. Компетенция по опеке сел и крупных сел.] *AI.* 11/1969. 1036-1045.

LÁSZLÓ József: A gyermek- és ifjúságvédelem fejlődése. [Development of the protection of the youth. Развитие охраны детей и молодежи.] *AI.* 10/1969. 865-872.

LŐRINCZ Lajos: A hatósági bizonyítványok kiadásának újabb tapasztalatai. [Recent experiences in the issue of official certificates. Новые опыты выдачи ведомственных свидетельств.] *AI.* 10/1969. 942-951.

LUKÁCSY Róbert: Települések városias jellegének kritériumai és vizsgálólási módszerei. [Criteria of the urban character of settlements and the appropriate methods of investigation. Критерии и методы исследования городского характера населенных пунктов.] *AI.* 9/1969. 842-850.

MADARÁSZ Tibor: A városok államigazgatástudományi kategorizálása. [Grouping of towns from the scientific point of view of administrative law. Категоризация городов по науке государственного управления.] *AI.* 11/1969. 976-987.

PÁRAY Gyula: A tanácsi munkára vonatkozó közvéleménykutatás tapasztalatai. [Experiences of public opinion tests related to the activity of the councils. Исследование общественного мнения в отношении деятельности совета.] *AI.* 7/1969. 647-653.

POLGÁR Ferenc: A községi szakigazgatási munka vizsgálatának újabb módszerei. [Recent methods of inspection of the activity of the various administrative organs of the local councils. Новые методы исследования работы по специальному отраслевому управлению в селах.] *AI.* 12/1969. 1065-1074.

RÁCZ Attila: Az igazgatási büntető bíráskodás fejlődésének irányai. [The trends of development of administrative criminal jurisdiction. Направления развития административно-уголовного правосудия.] *AJ.* 3/1969. 498-517.

SÁRI János: A végrehajtó bizottság tisztségviselőinek szerepe a szakigazgatási szervek irányításában. [The role of the functionaries of the executive committee of the councils in the direction of the administrative organs. Роль должностных лиц исполнительных комитетов в руководстве отраслевыми органами.] *AI.* 9/1969. 826-841.

A szakigazgatási szervek hatósági ügyintézése. [Office work of the administrative organs. Ведомственное делопроизводство органов отраслевого управления.] *AI.* 10/1969. 885-896.

TIMÁR László: Joghézagok és értelmezési kérdések a bányakártalanítási eljárásban. [Gaps in law and issues of interpretation in the mining compensation procedure. Правовой пробел и вопросы толкования в процессах по возмещению вреда, причиненного на шахте.] *JK.* 7-8/1969. 384-393.

TÓTH Miklós: Öt éves a Fővárosi Idegenforgalmi Munkabizottság [Five years of the Working Committee on Tourism of Budapest. Пять лет Столичной Рабочей Комиссии по Туризму.] *AI.* 8/1969. 728-734.

VARGA Emil: A magánszemélyek elhe-

lyezésének rendezést igénylő kérdései. [Problems of placement of private persons requiring regulation. Насущные вопросы размещения гаражей и магазинов частных лиц.] *AI.* 8/1969. 716—720.

ZOLTÁN Zoltán: Néhány gondolat a tanácsi önkormányzat értelmezéséről. [Ideas about the meaning of the autonomy of the councils. Некоторые мысли в связи с пониманием самоуправления в местных советах.] *TSZ.* 12/1969. 87—90.

Book reviews *Рецензии*

Tanácsági állásfoglalások. 1. [köt.] Szerk. Varga József. [Standpoints of the authorities. Vol. 1. Ed. Varga József. Установки ведомств. Том 1. Ред. Varga Пожеф.] [Közzéteszi a] Hazafias Népfront és a Közalkalmazottak Szakszervezete. [Вр.] Tanácsos Kiadó, 1969. 464 p. /Tanácsok könyvtára 5./ By *Deszpot Szilárd* — Ред. *Децпот Силард*. *AI.* 8/1969. 759—762.

Az új gazdasági mechanizmus tanácsokra vonatkozó jogszabályainak gyűjteménye. [Közzéteszi a] Вр. Hazafias Népfront — Közalkalmazottak Szakszervezete. 1—2. [köt.] Szerk. Dallos Ferenc. Lezárva: 1969. márc. 20. [A collection of legal statutes bearing upon the councils and passed in the new system of economic management. Published by the Budapest Committee of the Patriotic Front and the Trade Union of Civil Servants. Vols. 1—2. Ed. by Dallos Ferenc. Closed: March 20, 1969. Сборник относящихся к советам законодательных актов нового хозяйственного механизма. Публ.: Отечественный народный фронт — Профсоюз Служащих. Том. 1—2. Ред. Ференц Даллош. По состоянию на 20 марта 1969 г.] Keckskemét, Bács-Kiskun megyei ny. 1969. 973/766 p. /Tanácsok könyvtára 3 4./ By *Márkus István* — Ред. *Маркуш Иштван*. *AI.* 12/1969. 1144—1145.

IV. Financial Law Финансовое право

Articles — *Статьи*

SZÉLL András — SZÁSZ Tamás: A beruházási piac szabályozása. [Regulation of the investment market. Урегулирование рынка по капиталовложениям.] *JK.* 7—8/1969. 352—361.

Book review — *Рецензия*

MEZNERICS Iván: Pénzügyi jog a szocialista gazdaságújítás új rendszerében. [Fi-

nancial law in the new system of socialist economic management. Финансовое право в новой системе социалистического хозяйствования.] Вр. *Közgazdasági és Jogi Kiadó*, 1969. 509 p. By *Nizsalorszky Endre* — Ред. *Эндре Ничаловски*. *AI.* 3/1969. 549—554; By *Újlaky László* — Ред. *Уйлаки Ласло*. *JK.* 9/1969. 482—486; By *Pálosi Miklós* — Ред. *Палоси Миклош*. *AI.* 7/1969. 668—669.

V. Civil Law — Гражданское право

Books — *Книги*

CSANÁDI György: Polgári jog. Közgazdaságtudományi egyetemi tankönyv. [Civil law. A text-book for the University of Economics. Гражданское право. Учебник для университета экономических наук.] Вр. Tankönyvkiadó, 1969. 442 p.

Az új gazdasági mechanizmus tanácsokra vonatkozó jogszabályainak gyűjteménye. [Közzéteszi a] Вр. Hazafias Népfront — Közalkalmazottak Szakszervezete. 1—2. [köt.] Szerk. Dallos Ferenc. Lezárva: 1969. márc. 20. [A collection of legal statutes bearing upon the councils and passed in the new system of economic management. Published by the Budapest Committee of the Patriotic Front and the Trade Union of Civil Servants. Vols. 1—2. Ed. by Dallos Ferenc. Closed: March 20, 1969. Сборник относящихся к советам законодательных актов нового хозяйственного механизма. Публ.: Отечественный народный фронт — Профсоюз Служащих. Том. 1—2. Ред. Ференц Даллош. По состоянию на 20 марта 1969 г.] Keckskemét, Bács-Kiskun megyei ny. 1969. 973/766 p. /Tanácsok könyvtára 3—4./

Articles — *Статьи*

ASZTALOS László: A szerződés létrejötte és érvényessége. [On the conclusion and validity of contracts. Вопросы возникновения и действительности договора.] *Acta Budapest.* *Tomus* 11. 1969. 3—25. — Русск. соерж. — Dt. Zusammenfassung.

BENEDEK Károly: Polgári jogalkotási és elvi irányítási feladatok a Legfelsőbb Bíróság kollégiumi állásfoglalásai tükrében. [Tasks of civil law-making and guidance in matters of principle in the light of the positions taken by the boards of the Supreme Court. Задачи принципиального руководства и правотворчества в области гражданского права в свете руководящих разъяснений коллегии верховного суда.] *JK.* 11/1969. 563—571.

CSANÁDI György: Probleme der Weiterentwicklung des Vertragssystems. [Problems of the development of the contract system. Проблемы дальнейшего развития системы договоров.] pp. 209—231. Einige Fragen der Wirtschaftstheorie und der Heranbildung von Volkswirtschaftlern. — Artikelsammlung aus Anlass des 20 jährigen Bestehens der Karl-Marx-Universität für Ökonomie. [A collection of papers published for the 20th anniversary of the foundation of the Karl Marx University of Economics. Вопросы теории экономики и подготовки экономистов.] Вр. Kossuth Kiadó, 1969. 307 p.

EÖRSI Gyula: A burzsoá magánjogi rendszerek kialakulása. [On the formation of the bourgeois systems of civil law. Сложение буржуазных частноправовых систем.] AkadKözl. 3—4/1969. 245—323.

HARMATHY Attila: A társadalmi munkamegosztásról és a szerződéses rendszerének szerkezeti kérdéseiről. [On the social division of labour and the structural problems of the system of contracts. Общественное разделение труда и структурные вопросы системы договоров.] AJ. 2/1969. 207—236.

HARMATHY Attila: Változások a gazdasági döntőbizottságok gyakorlatából. (A szerződések összefüggéséről.) [Changes in the practice of economic arbitration committees. (On interrelated contracts). Изменения в практике хозяйственных арбитражей. (О взаимосвязи договоров.)] JK. 9/1969. 442—451.

LONTAI Endre: A biztosítási baleset fogalmával összefüggő elvi és gyakorlati problémák. [Theoretical and practical problems related to the concept of accidents covered by insurance. Принципиальные и практические проблемы, связанные с понятием страхового случая.] AJ. 3/1969. 461—494.

LONTAI Endre: A tudományos-műszaki eredmények létrehozását és bevezetését elősegítő polgári jogi intézmények. [Institutions of civil law promoting the realization and introduction of scientific-technical achievements. Гражданскоправовые институты, способствующие созданию и внедрению научно-технических достижений.] AkadKözl. 3—4/1969. 345—370.

NIZSALOVSZKY Endre: A modern biológia és orvostudomány hatása a polgári jogra. [The effects of modern biology and medicine on civil law. Влияние современной биологии и медицинской науки на гражданское право.] AJ. 3/1969. 387—403.

NIZSALOVSZKY Endre: A szervátültetések jogi problémái. [Legal problems of the transplantation. Юридические проблемы

transzplantáció organov.] MTud. 7—8/1969. 449—454.

SÁRÁNDI Imre: Der neue Wirtschaftsmechanismus und einige Institutionen des Zivilrechts. [The new system of economic management and some institutions of civil law. Новый хозяйственный механизм и отдельные институты гражданского права.] AJurid. 3—4/1969. 391—414. — Eng. summary. — Русск. содерж.

SÁRKÖZI Tamás: Az állami tulajdonjog és az állami vállalat. [The right of ownership of the state and state enterprises. Государственное право собственности и государственное предприятие.] AkadKözl. 3—4/1969. 371—426.

SCHÖNWALD Pál: A gazdaságirányítás rendszere a Magyar Tanácsköztársaságban. [The system of economic management in the Hungarian Republic of Councils. Система хозяйственного управления в Венгерской Советской Республике.] JK. 6/1969. 313—321.

VÉKÁS Lajos: A gazdaságirányítás új rendszerének jogi kérdései a Magyar Jogász Szövetség VII. kongresszusának civilisztikai tárgyú tanácskozásain. [Legal problems of the new system of economic management in the discussions of civil law subjects in the 7th Congress of the Hungarian Lawyers' Association. Правовые вопросы новой системы хозяйственного управления на совещаниях по цивилистике VII-го конгресса Ассоциации Венгерских Юристов.] AJ. 8/1969. 750—758.

VERESS Bülcsü: A gazdaságirányítás új rendszere és az előszerződések. [The new system of economic management and the preliminary contracts. Новая система управления хозяйством и предварительные договоры.] JK. 7—8/1969. 333—342.

Book reviews — Рецензии

EÖRSI Gyula: A gazdaságirányítás új rendszerére áttérés jogáról. [On the legal rules concerning the change over to the new system of economic management. О праве перехода к новой системе управления народным хозяйством.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1968. 292 p. Ву Horeczky Károly — Рец. Хорецки Карой JK. 7—8/1969. 420—425.

VI. Labour Law — Трудовое право

Books — Книги

Hatályos munkaügyi jogszabályok. Közzéteszi a Munkaügyi Minisztérium. Lezárva: 1969. szept. 15. [Legal statutes in force in the field of labour law. Closed:

September 15, 1969. Действующие законодательные акты по трудовому праву. По состоянию: 15 сентября, 1969. г.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1969. 1070 p.

JIRKA Ferenc: A családi pótlék szabályai. [Közvetési a] Szakszervezetek Országos Tanácsa. Lezárva: 1968. dec. 31. [Rules on family allowance. Published by the National Trades Union Council. Closed: December 31, 1968. Нормы, относящиеся к надбавкам за членов семьи. Публикует: Всевенгерский Совет Профсоюзов. По состоянию на 31 дек. 1968 г.] Вр. Ságvári ny. 1969. 173 p.

Munkavédelmi jogszabályok gyűjteménye. [Közvetési a] Szakszervezetek Országos Tanácsa. Szerk. Schäffer József. [A collection of legal rules of the protection of labour. Published by the National Trades Union Council. Ed. by Schäffer József. Сборник законодательных актов по охране труда. Публикует: Всевенгерский Совет Профсоюзов. Ред. Йозеф Шэффер.] Вр. Táncsics Kiadó, 1969. 270 p.

NAGY László: A munkaügyi viták szabályai. [Rules of labour disputes. Правила по разрешению трудовых споров.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1969. 359 p.

Az oktatásügyi dolgozók munkaviszonya. Szerk. Hámosi Sándor - Kocsis Kálmán. [Közvetési a] Pedagógusok Szakszervezete. Lezárva: 1969. márc. 1. [Labour relations in public education. Ed. by Hámosi Sándor - Kocsis Kálmán. Published by the Trade Union of the Employees in Public Education. Closed: March 1, 1969. Трудовое отношение работников просвещения. Сост. Шандор Хамоси - Калман Кочис. Публикует: Профессиональный Союз педагогов. По состоянию на 1 марта 1969 г.] Вр. Táncsics Kiadó, 1969. 321 p. /Oktatásügyi dolgozók munkaügyi kisktára 12./

Articles — Статьи

DEÁK László: A munkaügyi vitákkal kapcsolatos ügyészi felügyelet elvi kérdései. [Matters of principle, relating to the procurators' supervision over labour disputes. Принципиальные вопросы прокурорского надзора, связанного с разрешением трудовых споров.] ЖК. 7—8/1969. 394—399.

TÓTH Ferenc: A közalkalmazottak bérendszere és továbbfejlesztésének egyes kérdései. [The salary system of civil servants and some problems of its improvement. Система зарплаты служащих и некоторые вопросы её дальнейшего развития.] АТ. 11/1969. 961—975.

TRÓCSÁNYI László: Az osztrák munkajog egyes alapkérdései. [Some fundamental problems of the Austrian labour law.

Некоторые основные вопросы австрийского трудового права.] А.Ж. 2/1969. 339—345.

TRÓCSÁNYI László: Újabb munkajogviszony-elméletek egyes szocialista országokban. [Recent theories on labour relations in some socialist countries. Новейшие теории трудового правоотношения в отдельных социалистических государствах.] А.Ж. 3/1969. 526—530.

TRÓCSÁNYI László: A Magyar Tanácsköztársaság munkaügyi jogalkotása. [Labour law legislation in the Hungarian Republic of Councils. Правотворчество Венгерской Советской Республики по трудовому праву.] ЖК. 6/1969. 322—326.

Book reviews — Рецензии

SZÁSZY István: Nemzetközi munkajog. Összehasonlító jogi tanulmány. [International labour law. A study in comparative law. Международное трудовое право. Сравнительно-правовая статья.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1969. 667 p. [Bibliogr. 626—643.] Вр. Gáspárdy László. Рец. Гаушарди Ласло МТуд. 11/1969. 724—725.

VII. Family Law — Семейное право

Articles — Статьи

PAP Tibor: A családi jogviszonyok első szocialista rendezése Magyarországon. A Magyar Tanácsköztársaság családjogi jogalkotása. [The first socialist regulation of the legal relationships of the family. Family law legislation in the Hungarian Republic of Councils. Первое социалистическое регулирование семейных правоотношений в Венгрии. — Семейно-правовое правотворчество Венгерской Советской Республики.] ЖК. 6/1969. 293—298.

Book reviews — Рецензии

BACSO Jenő: Az örökbefogadás. [On affiliation. Усыновление.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1968. 483 p. Вр. Lontai Endre — Рец. Лонтаи Эндре. А.Ж. 2/1969. 351—354; Вр. Weiss Emilia — Рец. Веусс Эмилия А.Жур. 3 /4/1969. 441—444.

VIII. Land Law. Law of Co-operative Farms Земельное право. Сельскохозяйственное право

Books — Книги

Útmutató a zártkertrendezésnek az 1967. évi IV. törvény alapján történő végrehajtásához. [Közvetési a] Mezőgaz-

dasági és Élelmezésügyi Minisztérium. [Directions for the execution of the settlement of household garden areas as governed by Act IV. of 1967. Published by the Ministry of Agriculture and Food. Справочник по осуществлению урегулирования закрытых — садов на основе Закона IV от 1967 года. Публ.: Министерство Сельского Хозяйства и Продовольствия.] Вр. Bács-Kiskun megyei ny. 1969. 111 p.

Articles — Статьи

BENCZE János: A mezőgazdasági termelőszövetkezetek belső ellenőrzése. [Internal control in co-operative farms. Внутренний контроль сельскохозяйственных производственных кооперативов.] *Ál.* 10/1969. 924—931.

HÁRSFALVI Rezső: A zártkertrendezés elvi kérdéseiről. [On the problems of principle connected with the rules on gardens in private property in the inner area of villages. Об основных вопросах урегулирования закрытых садов.] *Acta Budapest. Tomus 11.* 1969. 141—169. — Русск. содержание. — Dt. Zusammenfassung.

LÉVAI Tibor: A termelőszövetkezeti törvény végrehajtásának törvényességi tapasztalatairól. [On the experiences of the execution of the act on co-operative farms in respect of legality. Опыты по законности исполнения закона о сельскохозяйственных производственных кооперативах.] *Ál.* 7/1969. 589—599.

MOLNÁR István: A termelőszövetkezetek, társulásaik és területi szövetségeik állami felügyeletének egyes kérdései. [Problems of the supervision of co-operative farms, farmers' production associations and regional unions by the state. Некоторые вопросы государственного надзора над сельскохозяйственными кооперативами, их содружествами и территориальными союзами.] *Ál.* 7/1969. 600—613.

PRUGBERGER Tamás: A mezőgazdasági termelőszövetkezeti vezetői felelősség néhány időszerű elvi és gyakorlati kérdése. [Some topical problems of principle and practice connected with the responsibility of the leaders of co-operative farms. Некоторые актуальные принципиальные и практические вопросы ответственности руководителей сельскохозяйственных производственных кооперативов.] *JK.* 7—8/1969. 342—351.

SÁRMÁN György: Néhány tapasztalat a termelőszövetkezeti társulási formák fejlődési problémáiról. [Experiences in the stages of development of the various forms of association of co-operative farms. Некоторые опыты по проблемам развития

форм сообществ производственных кооперативов.] *Ál.* 12/1969. 1111—1117.

SÜVEGES Márta: A mezőgazdasági szakszövetkezetek közös használatban levő és közös nagyüzemi gazdálkodásba vont földek fogalmi elhatárolása. [Conceptual delimitation of landed property in the common use of co-operative farms and utilized in the form of collective large-scale estates. Разграничение понятий земель общего пользования специальных сельскохозяйственных кооперативов и земель, обращенных в их крупное хозяйство.] *Ál.* 11/1969. 988—998.

SZONDY György: A termelőszövetkezeti vezetőség bizottságának jogköréről. [On the powers of the committee of the governing body of co-operative farms. О правомочиях комиссии руководства производственных кооперативов.] *Ál.* 11/1969. 1020—1029.

VERES József: Mezőgazdasági jogi alapkérdések a Magyar Tanácsköztársaságban. [Basic questions of agricultural law in the Hungarian Republic of Councils. Основные юридические вопросы сельского хозяйства в Венгерской Советской Республике.] *JK.* 6/1969. 327—332.

Book reviews — Рецензии

Mezőgazdasági jog. I. [rész.] Földjog. Egyetemi tankönyv. Írták: Földes Iván — Seres Imre — Molnár Imre — Veres József. Szerk. Seres Imre. [Agricultural law. Part I. Land law. University text-book. By Földes Iván, Seres Imre, Molnár Imre — Veres József. Ed. Seres Imre. Сельскохозяйственное право. Часть 1. Земельное право. Учебник для университетов. Подготовили: Фöldеш Иван — Шереш Имре — Молнар Имре — Вереш Йожеф. Ред. Шереш Имре.] Вр. Tankönyvkiadó, 1969. 385 p. By Tibel Ferenc — Рец. Тибел Ференц. *Ál.* 10/1969. 956—958.

SERES Imre: A mezőgazdasági termelőszövetkezeti tulajdonjog. [Ownership in the co-operative farms. Право собственности в сельскохозяйственных производственных кооперативах.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1968. 426 p. [Bibliogr. passim.] Вр. Molnár István — Рец. Молнар Иштван. *Ál.* 5/1969. 469—472.

IX. Criminal Law. Criminal Sciences — Уголовное право. Вспомогательные науки уголовного права

Books — Книги

Hatályos büntetőjogi tárgyú legfőbb ügyészi iránymutatások és állásfoglalások

gyűjteménye. Lezárva: 1969. jan. 1. [A collection of directives and declarations in force of the Procurator General in the field of criminal law. Closed: January 1, 1969. Сборник действующих руководящих указаний и установок генерального прокурора по уголовным делам. По состоянию на 1 января, 1969.] Вр. Zrínyi ny. 1969. 191 p.

Articles — Статьи

BUDVÁRI Róbert: A társadalmi átalakulás tükröződése az igazságügyi orvostan tartalmában. [The reflection of social transformation in the contents of forensic medicine. Отражение общественного преобразования в содержании судебной медицины.] = A Pécsi Orvostudományi Egyetem évkönyve. 1967—1968. tanév. Szerk. Antal Ernő—Hajnal József. [Yearbook of the Medical University of Pécs. Session 1967—1968. Edited by Antal Ernő—Hajnal József. Ежегодник Печского медицинского университета. 1967—1968. учебный год. Ред. Эрнэ Антал—Йожсф Хайнал.] Pécs, Szikra ny. 1969.

GYÖRGY Júlia: Az akarat működése ép és kóros viszonyok között. [The functioning of will under normal and pathological conditions. Деятельность воли в интактных и патологических условиях.] JK. 11/1969. 572—574.

HORVÁTH Tibor: Jogismeret és a büntetőjog. [The knowledge of law and criminal law. Знание права и уголовное право.] AJ. 3/1969. 405—426.

KÁDÁR Miklós: Tanács Magyarország büntetőjogáról. [The criminal law of the Hungarian Republic of Councils. Об уголовном праве Венгерской Советской Республики.] JK. 6/1969. 282—285.

KÁROLY Endre: A victimológia — a modern kriminológia új irányzata. [Victimology, a new trend of modern criminology. Виктимология — новое направление современной криминологии.] Acta Budapest. Tomus 11. 1969. 125—140. — Русск. содерж. — Dt. Zusammenfassung.

LÁZÁR Miklós: A hivatalos személy fogalmának érvényesülése a gazdaságirányítás új rendszerének viszonyai között. [The use of the notion of official person in the new system of economic management. Осуществление понятия должностного лица в условиях новой системы хозяйственного управления.] JK. 10/1969. 516—523.

SZABÓ András: Társadalmi-gazdasági fejlődés és a fiatalok bűnözés összefüggései. [Relations between social and economic evolution and juvenile delinquency. Взаимосвязи общественно-экономического развития и преступности несовершеннолетних.] AJ. 3/1969. 429—459.

SZEKERES Károly: A chromosoma rendellenességek és a bűnözés kapcsolata. [Relations between chromosome abnormalities and crime. Связь между пороками хромосомы и преступностью.] JK. 11/1969. 597—604.

VÁGÓ Tibor: A bűnözési okok kutatásának és az okok változásainak egyes kérdései a szocializmus viszonyai között. [Problems of the researches into the causes of crime and the changes in these causes under socialist conditions. Некоторые вопросы исследования причин преступности и их изменения в условиях социализма.] JK. 11/1969. 584—596.

VIDA Ferenc: A fizioiogiás affektusnak és az ittasságnak a kóros tudatzavartól eltérő büntetőjogi megítéléséről. [On the different assessment of physiological effects and intoxication from pathological derangement of mind in criminal law. Об отличающейся от патологического замещения сознания уголовноправовой оценке физиологического аффекта и опьянения.] JK. 11/1969. 575—584.

VIGN József: A börtönből szabadult fiatalok utógondozásának néhány tapasztalata. [Some experiences of the aftercare of juveniles released from the prison. Некоторые опыты по дополнительному уходу за несовершеннолетними, освобожденными из тюрьмы.] Acta Budapest. Tomus 11. 1969. 93—103. — Русск. содерж. — Dt. Zusammenfassung.

Book reviews — Рецензии

A büntető törvénykönyv kommentárja. [A commentary on the Penal Code. Комментарий к уголовному Кодексу.] Вр. Közgazd. és Jogi Kiadó, 1968. 1—2. köt. 1626 p. By Lázár Miklós — Рец. Лазар Миклош AJ. 2/1969. 346—351.

Курс советского уголовного права. Том 1. [Сост.] Беляев Н. А. Шаргородский, М. Д. [Handbook of Soviet criminal law. Vol. 1. Ed. Belyaev, N. A.—Sargorodskij, M. D.] Leningrad, 1968. Рец. Хорват Тибор — Вр. Horváth Tibor JK. 11/1969. 612—617.

LÁZÁR Miklós: A közhangulat káros befolyásolásával elkövetett bűntettek. [Crimes committed through the detrimental influencing of public feeling. Преступления, совершенные путем оказания вредного влияния на общественное мнение.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1968. 307 p. By Bodgál Zoltán, Рец. Bodgál Золтан. JK. 7—8/1969. 420—425.

Лейкина Н. С. [ЛЕЙКИНА Н. С.]: Личность преступника и ответственность по уголовному праву. [The personality of

the criminal and responsibility under criminal law.] Leningrad, Izdat. Leningradskogo Universiteta, 1968. 128 p. Рец. *Патера* Антал — Ву *Patera* Antal JK. 11/1969. 617—620.

X. Judicial Organization — Судостроительство

Books — Книги

Hatályos büntetőjogi tárgyú legfőbb ügyészi iránymutatások és állásfoglalások gyűjteménye. Lezárva: 1969. jan. 1. [A collection of directives and declarations in force of the Procurator General in the field of criminal law. Closed: January 1, 1969. Сборник действующих руководящих указаний и установок генерального прокурора по уголовным делам. По состоянию на 1 января, 1969.] Вр. Zrínyi ny. 1969. 191 p.

Articles — Статьи

NÉVAI László: Az igazságszolgáltatási rendszer átalakítása a Magyar Tanácsköztársaságban. [Transformation of the judicial organization in the Hungarian Republic of Councils. Перестройка системы правосудия в Венгерской Советской Республике.] JK. 6/1969. 286—292.

XI. Civil Procedure — Гражданский процесс

Articles — Статьи

NAGY Lajos: Polgári eljárásjogi nemzetközi tudományos konferencia az Eötvös Loránd Tudományegyetem állam- és jogtudományi karán. [Budapest, 1968. okt. 23—25.] [International scientific conference on civil procedure held in the Faculty of Legal and Administrative Sciences of the Lorand Eötvös University from 23 to 25 October, 1968. Международная научная конференция по гражданскому процессуальному праву на юридическом факультете Университета имени Лоранда Этвеша. Будапешт, 1968. 23—25 окт.] AJ. 2/1969. 334—338.

NÉMETH János: A perújítási jogosultság néhány problémája a polgári perben. [Some problems of the legitimacy for revision of judgement in the civil process. Некоторые проблемы права на возобновление дела по вновь открывшимся обстоятельствам в гражданском процессе.] Acta Budapest. Tomus 11. 1969. 105—124. — Русск. содерж. — Dt. Zusammenfassung

NOVÁK István: Polgári eljárásjogi nemzetközi tudományos konferencia. [International scientific conference on the law of civil procedure. Международная научная конференция по гражданскому процессуальному праву.] JK. 7—8/1969. 403—406.

SCHELNITZ György: A tanácsok és alárendelt szerveik perbeli képvisellete. [Representation in civil process of the councils and their subordinate organs. Процессуальное представительство советов и подчиненных им органов.] AI. 5/1969. 440—452.

SCHELNITZ György: A szövetkezetek képvisellete a polgári eljárásban. [The representation of co-operative farms in the civil procedure. Представительство кооперативов в гражданском процессе.] AI. 12/1969. 1102—1110.

Book reviews — Рецензии

NÉVAI László—SZILBEREKY Jenő: Polgári eljárásjog. Egyetemi tankönyv. Szerk. Névai László. [Law of civil procedure. University textbook. Ed. Névai László. Право гражданского процесса. Учебник для вузов. Ред. Невай Ласло.] Вр. Tankönyvkiadó, 1968. 619 p. Ву *Vacsó* Jenő — *Bachó* Ené AJ. 3/1969. 540—548.

XII. Criminal Procedure — Уголовный процесс

Books — Книги

Hatályos büntetőjogi tárgyú legfőbb ügyészi iránymutatások és állásfoglalások gyűjteménye. Lezárva: 1969. jan. 1. [A collection of directives and declarations in force of the Procurator General in the field of criminal law. Closed: January 1, 1969. Сборник действующих руководящих указаний и установок генерального прокурора по уголовным делам. По состоянию на 1 января, 1969.] Вр. Zrínyi ny. 1969. 191 p.

Nemzetközi Bűnügyi Védelmi Szimpózium. [Budapest, 1968. okt. 8—11.] [Közvetteszi az] Országos Ügyvédi Tanács. Előadások és felszólalások. [International symposium of defence counsels held at Budapest on October 9 to 11, 1968. Published by the National Council of barristers. Lectures and the dispute. Summaries in Russian and German. Международный симпозиум защитников по уголовным делам. Будапешт, 9—11 октября 1968. г. Публикует: Венгерский Совет Адвокатов. Док-

лады и выступления.] Вр. Pest megyei ny. Vác. 1969. 239 p. — Русск. содерж. — Dt. Zusammenfassung

Articles — Статьи

CSÉKA Ervin: A megismerési és bizonyítási problematika új vonásai a büntető ügyekben. [New aspects of perception and evidence in criminal cases. Новые черты проблематики познания и доказывания по уголовным делам.] ЖК. 7—8/1969. 366—376.

KIRÁLY Tibor: A bírói megismerés határai a büntető eljárásban. [The limits of judicial comprehension in criminal procedure. Пределы судебного познания в уголовном процессе.] ЖК. 11/1969. 549—562.

KRATOSHWILL Ferenc: A tárgyalás bírói előkészítésének feladata és elhelyezkedése a magyar büntető eljárásban. [The judicial preparation of hearings, its objective and place in the Hungarian criminal procedure. Задача подготовки дела к судебному разбирательству и её место в венгерском уголовном процессе.] ЖК. 7—8/1969. 376—383.

Book reviews — Рецензии

Теория доказательств в советском уголовном процессе. Том 1—2. Ред.: Кочаров, Г. И. — Кудрявцев, В. З. — Минковский, Г. М. [The theory of evidences in the Soviet criminal procedure. Vols. 1—2.] Moszkva, Izdat «Juridiceszkaja Literatura», 1966—1967. 533, 414 p. Ву Nagy Lajos — Рец. Надь Лайош А. 3/1969. 562—565.

XIII. International Law — Международное право

Books — Книги

Magyar külpolitikai évkönyv. A Magyar Népköztársaság nemzetközi kapcsolatai és külpolitikai tevékenysége. 1968. [Közzéteszi a] Külügyminisztérium-Külkereskedelmi Minisztérium stb. [The Yearbook of Hungarian Foreign Policy. International relations and the activity in the field of foreign policy of the Hungarian People's Republic. 1968. Published by the Ministry for Foreign Affairs, the Ministry for Foreign Trade etc. Ежегодник венгерской внешней политики. Международные связи и внешнеполитическая деятельность Венгерской Народной Республики. 1968. Публикует: Министерство Иностранных

Дел — Министерство Внешней Торговли и т. д.] Вр. Kossuth Kiadó, 1969. 398 p.

Magyar—szovjet kapcsolatok. 1945—1948. Dokumentumok. [Közzéteszi a] Külügyminisztérium—Szovjetunió Külügyminisztériuma. [Hungaro—Soviet relations 1945—1948. Documents. Published by the Hungarian and Soviet Ministries for Foreign Affairs. Документы. Публикует Министерство Иностранных Дел Венгрии — Министерство Иностранных Дел СССР.] Вр. Alföldi ny. 1969. 308 p.

Articles — Статьи

HERCZEGH Géza: Az államközi kapcsolatok tudományos vizsgálatának eddigi útjai. [Earlier methods of the scientific investigation of inter-state relations. Пути научно исследования межгосударственных отношений.] А. 2/1969. 237—261.

MÁRKUS Ferenc: A büntető ügyekben nyújtott jogsegély mint a nemzetközi büntetőjog intézménye. [Judicial assistance in criminal cases as an institution of international criminal law. Правовая помощь по уголовным делам как институт международного уголовного права.] А. 2/1969. 310—322.

NÁNDORI Pál: A Horthy-Magyarország nemzetközi jogellenes fegyverkezése. (1928—1934.) [Armament drive in the Horthy-era in Hungary contrary to international law, 1928—1934. Незаконное вооружение Венгрии при режиме Хорти, сталкивающееся с международным правом.] Acta Budapest. Tomus 11. 1969. 27—91. Русск. содерж. — Dt. Zusammenfassung

NÁNDORI Pál: Rendelkezések a hadüzenet jogáról és a békéről. [Provisions on the right for declaration of war and the peace. Распоряжения о праве объявления войны и о мире.] А. 7/1969. 614—627.

Book reviews — Рецензии

NAGY Károly: Az állam elismerése a mai nemzetközi jogban. [Recognition of states in modern international law. Признание государства в современном международном праве.] Szeged, Szegedi ny. 1967. [1968.] 127 p. /Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Tomus 14. Fasc. 6./ Ву Valki László — Рец. Valki Ласло. ЖК. 9/1969. 486—490.

NAGY Károly: A kormány elismerése a mai nemzetközi jogban. [Recognition of governments in modern international law. Признание правительства в современном международном праве.] Szeged, Szegedi ny. 1968. [1969.] 91 p. /Acta Universi-

tatis Szegediensis de Attila József nominatae. Acta juridica et politica. Tom. 15. Fasc. 4. By Valki László — Рец. Валу Ласло. ЖК. 9/1969. 486—490.

XIV. Private International Law — Международное частное право

Articles — Статьи

ASZTALOS László: A rugalmasság fel fogása és az egyes konkrét intézmények szabályozása a nemzetközi magánjogban. [The concept of flexibility and the regulation of some legal institutions in private international law. Концепция гибкости и регулирование отдельных конкретных институтов в международном частном праве.] ЖК. 9/1969. 463—466.

BÁNBEVI Gábor: A hazai kollíziós-jogi szabályozás egyes nemzetközi összefüggései. [Some correlations in the Hungarian regulation of conflicts in international law. О некоторых международных взаимосвязях венгерского коллизиионо-правового регулирования.] ЖК. 9/1969. 466—469.

BOUThA Gy[örgy]: Some borderline problems of copyright with special regard to the protection of industrial property and the law of competition. [Смежные области авторского права с правовой охраной достижении техники и правовым регулированием соревнования.] AJurid. 3—4/1969. 267—293. — Dt. Zusammenfassung. Русск. содерж.

BOUThA Gy[örgy]: Új problémák a szerzői alkotások nemzetközi felhasználása terén. [New problems in the field of the international use of copyright. Новые проблемы в области международного использования авторских произведений.] AkadKözl. 3—4/1969. 325—344.

EÖRSI Gy[ula]: The Hague conventions of 1964 and the international sale of goods. [О Гаагских конференциях по купле-продаже.] AJurid. 3—4/1969. 321—354. — Rés. franç. Русск. содерж.

KRESKAY Ferenc: A nemzetközi magánjog fogalma — a tervezet néhány problémája. [The concept of private international law. Понятие международного частного права — некоторые проблемы проекта.] ЖК. 9/1969. 469—471.

MÁDL Ferenc: A gazdasági integráció jogi struktúrája felé. [On the way toward the legal structure of economic integration. Новая международная хозяйственно-политическая концепция — хозяйственная интеграция — новые правовые задачи в социалистических странах.] AJ. 2/1969. 264—304.

MÁDL Ferenc: Elméleti megfontolások gyakorlati célra nemzetközi magánjogi norma alkotásához. [Theoretical considerations for a practical purpose for framing conflict rules in the field of private international law. Теоретические соображения с практической целью по подготовке международной частно-правовой нормы.] ЖК. 9/1969. 451—463.

XV. History of State and Law. Roman Law. Canon Law — История государства и права. Римское право. Каноническое право.

Articles — Статьи

CSIZMADIA A[ndor]: Les problèmes de l'administration provinciale en Hongrie au XVIII^e siècle. [Problems of provincial administration in Hungary in the 18th century. Проблемы провинциальной администрации в Венгрии в 18 веке.] AJurid. 3—4/1969. 355—389. — Dt. Zusammenfassung. — Русск. содерж.

CSIZMADIA Andor: A magyarországi feudális jogintézmények felszámolásához. A decima megszüntetése. [The way to the liquidation of the feudal legal institutions in Hungary; the abolishment of the tithes. Ликвидация феодальных правовых институтов в Венгрии. Упразднение десятины.] AkadKözl. 1—2/1969. 101—131.

DEGRÉ Alajos: Magyar jogtörténetírás a Horthy-korban. [Hungarian legal historiography in the Horthy era. Венгерская историография в период Хорти.] AkadKözl. 1—2/1969. 77—99.

HORVÁTH Pál: A regionális jogfejlődés összehasonlító vizsgálatának előtérbe kerülése a jogtörténet területén. [The comparative study of regional legal evolution in the foreground of the history of law. Выдвижение на передний план сравнительного исследования регионального правового развития в области истории права.] ЖК. 10/1969. 505—515.

KOVÁCS Kálmán: A magyar jogtörténeti kutatások útja és jelenlegi feladatai. [The development and actual tasks of researches in the history of Hungarian law. Пути и нынешние задачи исследований в области венгерской истории права.] AkadKözl. 1—2/1969. 55—75.

MÁTHÉ Gábor: A bírói hatalom gyakorlásáról szóló 1869:IV. tc. létrejötte és jelentősége a dualizmus jogrendszerében. [The way to the enactment of Act IV of 1869 on the exercise of judicial power and its importance in the legal system of the dualistic era. Возникновение и значение закона IV: 1869 об осуществлении судеб-

ной власти в правовой системе дуализма.] *AkadKözl.* 1—2/1969. 133—159.

VARGYAI Gyula: A katonai közigazgatás és a politikai szabadságjogok kérdése az ellenforradalmi állam keletkezésének időszakában. [Military administration and basic freedom in the period of the coming into existence of the counter-revolutionary state in Hungary. Военное управление и вопрос политических свобод в период возникновения контрреволюционного государства.] *AkadKözl.* 1—2/1969. 183—194.

VARGYAI Gyula: Neopozitívizmus a mai nyugatnémet állam- és jogtörténetírásban. (Néhány észrevétel Hermann Conrad szintéziséről.) [Neopositivism in contemporary historiography of state and law in Western Germany — Reflections on Hermann Conrad's synthesis. Неопозитивизм в современной западногерманской историографии государства и права. Несколько замечаний о синтезе Конрада Германа.] *JK.* 7—8/1969. 412—416.

Book reviews — Рецензии

Marxistische Beiträge zur Rechtsgeschichte. [Marxist contributions to the history of law. Марксистский вклад к истории права.] Berlin, Abteilung Staats- und Rechtsgeschichte der Humboldt-Universität, 1968. 236 p. /Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin, 1968./ By Horváth Pál — Рец. *Хорват* Пал. *AJ.* 3/1969. 555—561.

XVI. Miscellaneous — Смешанное

Articles — Статьи

PRANDLER Árpád: A Magyar Tanácsköztársaság 50. évfordulója alkalmából tartott tudományos ülészak megnyitója. [Opening address at the scientific session on the 50th anniversary of the Hungarian Republic of Councils. Открытие научной сессии, посвященной 50-ой годовщине Венгерской Советской Республики.] *JK.* 6/1969. 273—274.

VÉREBÉLYI Imre: A Magyar Tanácsköztársaság 50. évfordulója alkalmából rendezett tudományos ülészak. [Scientific session on the 50th anniversary of the Hungarian Republic of Councils, Budapest, April 11—12, 1969. Научная сессия в честь 50-ой годовщины Венгерской Со-

ветской Республики.] *ÁI.* 7/1969. 661—667.

VARGA Csaba: A felsőfokú jogi képzés csehszlovákiai rendszeréről. [The system of higher juridical education in Czechoslovakia. О чехословацкой системе высшего юридического образования.] *AJ.* 3/1969. 531—539.

XVII. Documentation — Документация

Periodicals — Журналы

Documentációs Szemle. [Обзор документации. Rundschau für Documentation. Review of Documentation.] *A Jogtudományi Közlöny melléklete.* [Beilage der «Mitteilungen für Rechtswissenschaft». Annexe à la «Revue de Science du Droit.» Supplement to the «Law Journal».] Összeáll. a Magyar Tudományos Akadémia Állam- és Jogtudományi Intézete [Compiled by the Institute for Legal and Administrative Sciences of the Hungarian Academy of Sciences. Приложение к журналу «Вестник юридических наук.»] Szerk. *Alth Guidó.* [Edited by *Alth Guidó.* Red. *Алт Гундо.*] № 52 (5—6/1969.); № 53 (7—8/1969.); № 54—55 (9—12/1969.) Вр. Egyetemi ny. 1969.

Articles — Статьи

FÖLDI Tamás—NAGY Lajos: A társadalomtudományi dokumentációs osztályozás továbbfejlesztése. [Improvement of documentary classification in the field of the social sciences. Дальнейшее развитие документационной классификации в области общественных наук.] *AkadKözl.* 3—4/1969. 443—468.

Jelentősebb külföldi (szocialista) jogszabályokról. [Foreign legal rules (in socialist countries) of major importance. О значительных зарубежных (социалистических) законодательных актах.]

ALTH G[uidó]: Német Demokratikus Köztársaság [German Democratic Republic. Германская Демократическая Республика.] *ÁI.* 5/1969. 473—477.; 9/1969. 861—862.

H[ORVÁTH] A[lna]: Bolgár Népköztársaság [Bulgarian People's Republic. Болгарская Народная Республика.] *ÁI.* 12/1969. 1146.

INDEX

I. MEZNERICS, Die Sicherung des Kredits (И. Мезнерич, Гарантии кредита)	3
A. HARMATHY, The system of contracts under the new system of economic management (А. Хармати, Система договоров в новой системе управления хозяйством)	35
A. SZABÓ, Rapports entre le développement socio-économique et la délinquance juvénile (А. Сабо, Взаимосвязи общественно-экономического развития и преступности несовершеннолетних)	61
Ф. Мадл, Правовые проблемы сложения экономической интеграции в странах СЭВ (F. MÁDL, Juristische Fragen der wirtschaftlichen Integration in den sozialistischen Ländern)	103
P. HORVÁTH, Die vergleichende Untersuchung der Rechtsentwicklung im Vordergrund der Rechtsgeschichte (П. Хорват, Выдвижение на передний план сравнительного исследования правового развития в области истории права)	187
K. KULCSÁR, Situation in the law application process (К. Кульчар, Значение спутации в процессе применения права)	215

Informationes

E. LONTAI, Recent Hungarian legislation in the scope of intellectual property (Э. Лонтан, Новое венгерское регулирование интеллектуальной собственности)	249
--	-----

Varia

International round-table conference on major problems of comparative law (Международная конференция круглого стола об основных проблемах сравнительного права)	255
A. SZABÓ, Internationale Arbeitskonferenz über die Struktur der Kriminalität in der sozialistischen Gesellschaft (А. Сабо, Международная рабочая конференция по вопросам структуры преступности в социалистических странах)	256

Internationalia

Book reviews Рецензии книг	265
---	-----

Bibliographia

L. NAGY - K. VEREDY, Hungarian Legal Bibliography 1969 2nd part (Л. Надь - К. Вэреди, Венгерская юридическая библиография 1969. Часть 2-я)	281
--	-----

Printed in Hungary

A kiadásért felel az Akadémiai Kiadó igazgatója

Műszaki szerkesztő: Farkas Sándor

A kézirat nyomdába érkezett: 1970. IV. 25. — Terjedelem: 26,25 (A/4) ív, 4 ábra

70.69614 Akadémiai Nyomda, Budapest — Felelős vezető: Bernát György

O. BIHARI

THE REPRESENTATIVE ORGANS OF THE SOCIALIST STATE

In English – Approx. 290 pages – 14 × 21 cm – Cloth

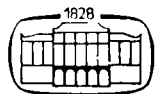
This modern work on constitutional law and politics discusses a very important aspect of socialist state organization: the representative organs of the state, their legal regulations, their role and function and their relationship to other state organs. Ample space is given also to the experiments and results characterizing recent legislation; the administration and the systems of constitutional law in various socialist states are surveyed from this point of view.

H. BOKOR SZEGŐ

NEW STATES AND INTERNATIONAL LAW

In English – Approx. 130 pages – 17 × 25 cm – Cloth

The book analyses one of the most important developments of recent history: the disintegration of the colonial system, from the point of view of international law. Beside surveying the stages of the process during which the colonial and semi-colonial territories gained independence and evolved their own statehood, it also outlines the problems of international law that have subsequently emerged, still awaiting settlement.



AKADÉMIAI KIADÓ, Budapest

The *Acta Juridica* publish papers on jurisprudence in English, French, German and Russian.

The *Acta Juridica* appear twice a year in issues making up one volume (of some 400—500 pp.).

Manuscripts should be addressed to:

Acta Juridica, Budapest V., Alkotmány u. 21.

Correspondence with the editors and publishers should be sent to the same address.

The rate of subscription is \$ 16.00 a volume.

Orders may be placed with „Kultúra” Foreign Trade Company for Books and Newspapers (Budapest I., Fő utca 32. — Account No. 43-790-057-181) or with representatives abroad.

Les *Acta Juridica* publient des travaux du domaine de la jurisprudence en français, anglais, allemand et russe.

Les *Acta Juridica* sont publiés sous forme de fascicules qui seront réunis en un volume (400—500 pp.) par an.

On est prié d'envoyer les manuscrits destinés à la rédaction à l'adresse suivante:

Acta Juridica, Budapest V., Alkotmány u. 21.

Toute correspondance doit être envoyée à cette même adresse.

Le prix de l'abonnement est de \$ 16.00 par volume.

On peut s'abonner à l'Entreprise du Commerce Extérieur de Livres et Journaux «Kultúra» (Budapest I., Fő utca 32. — Compte-courant No. 43-790-057-181) ou à l'étranger chez tous les représentants ou dépositaires.

Die *Acta Juridica* veröffentlichen Abhandlungen aus dem Bereiche der Rechtswissenschaft in deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache.

Die *Acta Juridica* erscheinen halbjährlich in Heften, die jährlich einen Band bilden (400—500 S.).

Die zur Veröffentlichung bestimmten Manuskripte sind an die folgende Adresse zu senden:

Acta Juridica, Budapest V., Alkotmány u. 21.

An die gleiche Anschrift ist auch jede für die Redaktion und den Verlag bestimmte Korrespondenz zu senden. Abonnementspreis pro Band: \$ 16.00.

Bestellbar bei dem Buch- und Zeitungs-Außenhandels-Unternehmen «Kultúra» (Budapest I., Fő utca 32. Bankkonto Nr. 43-790-057-181) oder bei seinen Auslandsvertretungen und Kommissionären.

Reviews of the Hungarian Academy of Sciences are obtainable
at the following addresses:

- ALBANIA**
Drejtorija Qëndrone e Përhapjes
dhe Propagandimit të Librit
Kruza Konferenca e Pëzes
Tirana
- AUSTRALIA**
A. Keesing
Box 4886, GPO
Sydney
- AUSTRIA**
GLOBUS
Höchstädtplatz 3
A-1200 Wien XX
- BELGIUM**
Office International de Librairie
30, Avenue Marnix
Bruxelles 5
Du Monde Entier
5, Place St. Jean
Bruxelles
- BULGARIA**
HEMUS
11 pl Slaveikov
Sofia
- CANADA**
Pannonia Books
2, Spadina Road
Toronto 4, Ont.
- CHINA**
Waiwen Shudian
Peking
P. O. B. 88
- CZECHOSLOVAKIA**
Artia
Ve Smečkách 30
Praha 2
Poštovní Novinová Služba
Dovoz tisku
Vínohradská 46
Praha 2
Maďarská Kultura
Václavské nám. 2
Praha 1
SLOVART A. G.
Gorkého
Bratislava
- DENMARK**
Ejnar Munksagaard
Nørregade 6
Copenhagen
- FINLAND**
Akateeminen Kirjakauppa
Keskuskatu 2
Helsinki
- FRANCE**
Office International de Documentation
et Librairie
48, rue Gay Lussac
Paris 5
- GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC**
Deutscher Buch-Export und Import
Leninstraße 16
Leipzig 701
Zeitungsvertriebsamt
Fruchtstraße 3-4
1004 Berlin
- GERMAN FEDERAL REPUBLIC**
Kunst und Wissen
Erich Bieber
Postfach 46
7 Stuttgart 5.
- GREAT BRITAIN**
Blackwell's Periodicals
Oxenford House
Magdalen Street
Oxford
Collet's Subscription Import
Department
Denington Estate
Wellingsborough, Northants.
Robert Maxwell and Co. Ltd.
4-5 Fitzroy Square
London W. 1
- HOLLAND**
Swetz and Zeitlinger
Keizersgracht 471-487
Amsterdam C.
Martinus Nijhof
Lange Voorhout 9
The Hague
- INDIA**
Hind Book House
66 Babar Road
New Delhi 1
- ITALY**
Santo Vanasia
Via M. Macchi 71
Milano
Libreria Commissionaria Sansoni
Via La Marmora 45
Firenze
- JAPAN**
Kinokuniya Book-Store Co. Ltd.
826 Tsunohazu 1-chome
Shinjuku-ku
Tokyo
Maruzen and Co. Ltd.
P. O. Box 605
Tokyo-Central
- KOREA**
Chulpanmul
Phenjan
- NORWAY**
Tanum-Cammermeyer
Karl Johansgt 41-43
Oslo 1
- POLAND**
RUCH
ul. Wronia 23
Warszawa
- ROUMANIA**
Cartimex
Str. Aristide Briand 14-18
Bucureşti
- SOVIET UNION**
Mezhdunarodnaya Kniga
Moscow G-200
- SWEDEN**
Almquist and Wiksell
Gamla Brogatan 26
S-101 20 Stockholm
- USA**
F. W. Faxon Co. Inc.
15 Southwest Park
Westwood Mass. 02090
Stechert Hafner Inc.
31. East 10th Street
New York, N. Y. 10003
- VIETNAM**
Xunhasaba
19, Tran Quoc Toan
Hanoi
- YUGOSLAVIA**
Forum
Vojvode Mišića broj 1
Novi Sad
Jugoslovenska Knjiga
Terazije 27
Beograd

Acta Juridica

ACADEMIAE
SCIENTIARUM
HUNGARICAE

ADIUVANTIBUS

O. BIHARI, M. KÁDÁR, T. KIRÁLY, F. MÁDL,
L. RÉCZEI, I. SERES, I. SZABÓ

REDIGIT
GY. EÖRSI

TOMUS XII
FASCICULI 3—4



AKADÉMIAI KIADÓ, BUDAPEST
1970

ACTA JURIDICA

A MAGYAR TUDOMÁNYOS AKADÉMIA JOGTUDOMÁNYI KÖZLEMÉNYEI

SZERKESZTŐSÉG ÉS KIADÓHIVATAL: BUDAPEST V., ALKOTMÁNY UTCA 21.

Az *Acta Juridica* német, angol, francia és orosz nyelven közöl értekezéseket az állam- és jogtudományok köréből.

Az *Acta Juridica* félévenként jelenik meg, két kettősfüzet alkot egy kötetet. A közlésre szánt kéziratok a következő címre küldendők:

Acta Juridica, Budapest V., Alkotmány u. 21.

Ugyanerre a címre küldendő minden szerkesztőségi és kiadóhivatali levelezés.

Megrendelhető a belföld számára az Akadémiai Kiadónál (Budapest V., Alkotmány utca 21. Bankszámla 05-915-111-46), a külföld számára pedig a „Kultúra” Könyv és Hírlap Külkereskedelmi Vállalatnál (Budapest I., Fő utca 32. Bankszámla 43-790-057-181. sz.) vagy annak külföldi képviselőinél, bizományosainál.

«*Acta Juridica*» публикуют трактаты из области юридической науки на русском, английском, немецком и французском языках.

«*Acta Juridica*» выходят выпусками, составляющими один том в год (400—500 стр.) Предназначенные для публикации рукописи следует направлять по адресу:

Acta Juridica, Budapest V., Alkotmány u. 21.

По этому же адресу направлять всякую корреспонденцию для редакции и администрации. Подписная цена — \$ 16.00 за том.

Заказы принимает предприятие по внешней торговле книг и газет «*Kultúra*» (Budapest I., Fő utca 32. Текущий счет № 43-790-057-181) или его заграничные представительства и уполномоченные.

I N D E X

I. MEZNERICS, Die Sicherung des Kredits (И. Мезнерич, Гарантии кредита) . . .	3
A. HARMATHY, The system of contracts under the new system of economic management (А. Хармати, Система договоров в новой системе управления хозяйством) . . .	35
A. SZABÓ, Rapports entre le développement socio-économique et la délinquance juvénile (А. Сабо, Взаимосвязи общественно-экономического развития и преступности несовершеннолетних) . . .	61
Ф. Мадл, Правовые проблемы сложения экономической интеграции в странах СЭВ (F. MÁDL, Juristische Fragen der wirtschaftlichen Integration in den sozialistischen Ländern) . . .	103
P. HORVÁTH, Die vergleichende Untersuchung der Rechtsentwicklung im Vordergrund der Rechtsgeschichte (П. Хорват, Выдвижение на передний план сравнительного исследования правового развития в области истории права) . . .	187
K. KULCSÁR, Situation in the law application process (К. Кульчар, Значение ситуации в процессе применения права) . . .	215
M. VILÁGHY, Warenverhältnis und Zivilrecht (М. Вилаги, Товарное отношение и гражданское право) . . .	297
O. BICHARI, Le sens et les formes de l'unité de législation et de l'exécution dans l'Etat socialiste d'aujourd'hui (О. Бихари, Смысл и формы единства законодательства и его исполнения в современном социалистическом государстве) . . .	341
V. PESCHKA, Recht und Wert (В. Пешка, Право и ценность) . . .	375
I. HOÓZ, The impact of population policy measures and the economic situation on birth-rates in the inter-war period in Hungary (И. Хооз, Мероприятия в области демографической политики и влияние экономического положения на рождаемость в Венгрии в период между двумя мировыми войнами) . . .	407

Recensiones

H. VALLADÃO, Direito internacional privado (I. Szászy) (Х. Валладао, Международное частное право) (И. Саси) . . .	437
I. SZÁSZY, International labour law (L. Trócsányi) (И. Саси, Международное трудовое право) Л. Трочани) . . .	438
I. MEZNERICS, Finanzrecht im neuen ökonomischen System des Sozialismus (E. Nizsalovszky) (И. Мезнерич, Финансовое право в новой экономической системе социализма) (Э. Нижаловски) . . .	443

Informationes

E. LONTAI, Recent Hungarian legislation in the [scope of intellectual property (Э. Лонтай, Новое венгерское регулирование интеллектуальной собственности) . . .	259
---	-----

Varia

International round-table conference on major problems of the comparative law (Международная конференция круглого стола об основных проблемах сравнительного права) . . .	255
---	-----

- A. SZABÓ, Internationale Arbeitskonferenz über die Struktur der Kriminalität in der sozialistischen Gesellschaft (A. Саво, Международная рабочая конференция по вопросам структуры преступности в социалистических странах) ... 264

Internationalia

- Book reviews — Рецензии книг 272
Book reviews — Рецензии книг 449

Bibliographia

- L. NAGY—K. VEREDY, Hungarian legal bibliography 1969 2nd part (Л. Надь—К. Вэрэди, Венгерская юридическая библиография 1969. Часть 2) 289
L. NAGY—K. VEREDY, Hungarian legal bibliography 1970 1st part (Л. Надь—К. Вэрэди, Венгерская юридическая библиография 1970. Часть 1) 471

Warenverhältnis und Zivilrecht

von

M. VILÁGHY

Professor an der juristischen Fakultät der Universität »Eötvös Loránd« zu Budapest

Die mit den Korrelationen zwischen Warenverhältnis und Zivilrecht verbundenen Forschungen sind heutzutage von grosser theoretischer und praktischer Bedeutung. Die Untersuchung jener Tendenzen der Wirtschaftsreform, die sich in den europäischen sozialistischen Ländern jüngstens konkretisierten, ermöglicht ein gemeinsames Kennzeichen festzustellen. All diese Tendenzen anerkennen nämlich — mehr oder weniger bewusst —, dass auch unter den Verhältnissen einer sozialistischen Gesellschaft Warenverhältnisse existieren. Infolgedessen soll man daraus auf die Wirtschaftspolitik geltende Folgerungen ziehen und rechtliche Formen herausbilden, die dem Waren-Charakter der ihnen zur Grundlage dienenden Verhältnisse entsprechen. Dies verleiht die Aktualität dem vom praktischen Gesichtspunkt aus gewählten Gegenstand. Aufgrund dieser vorangehenden Erörterungen bespricht der Verfasser die Korrelation zwischen Warenverhältnis und Zivilrecht und reiht sie in drei Teile ein. Vor allem analysiert er das Problem, wie sich die Elemente der Absonderung, die die Warenverhältnisse im allgemeinen kennzeichnen, im Zivilrecht manifestieren. Er untersucht darauf folgend die zivilrechtlichen Ausdrucksformen der von der Absonderung natürlich bedingten Verknüpfungen. Schliesslich werden die Wertelemente dargelegt, wonach die Abhandlung mit einigen allgemeinen Folgerungen endet.

1. Die Forschung der Zusammenhänge zwischen Warenverhältnis und Zivilrecht scheint uns aus theoretischem sowie praktischem Gesichtspunkte gleichfalls aktuelle Aufgabe der Rechtswissenschaft zu sein.

Theoretisch vor allem weil seit das sozialistische Zivilrecht überhaupt existiert, oder wenigstens seitdem es im Zuge der Diskussionen der sozialistischen Rechtswissenschaft, die verschiedene Richtungen vertraten und Ergebnisse hatten, eine grössere Bedeutung erworben hat als es früher besass,¹ blieb es bis heute eine der strittigen und bisher ungelösten Fragen, was die Bedeutung des Warenverhältnisses als materielle Grundlage bezüglich des Zivilrechtes als spezifischrechtliche Ausdrucksform sei. Dass das Warenverhältnis im Zivilrecht von grosser Bedeutung ist, zeigen die verschiedenen Versuche zur Bestimmung des Wesens des Zivilrechts eindeutig.²

¹ Dieser Zeitabschnitt kann von der — sonst aus anderen Gründen viel kritisierten — Tätigkeit von Wischinskij in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre gerechnet werden. Vgl. WISCHINSKIJ, A. J.: *A szovjet állam- és jogtudomány kérdései (Die Fragen der sowjetischen Staats- und Rechtswissenschaft)*. Budapest, 1950. p. 57 et seq. (ungarisch).

² Vgl. VILÁGHY, M.—EÖRSI, GY.: *Magyar polgári jog (Ungarisches Zivilrecht)*. 1962. Bd. I. pp. 8—9.

Jede dieser Bestrebungen ist ein Ausdruck der Tatsache — ob in dieser oder jener Form, jedenfalls jedoch in abstrakter Fassung —, dass die zivilrechtliche Regelung, wenigstens der Methode nach, eine Warenform zur Grundlage hat. Dies kommt auch in der heute allgemein angenommenen Auffassung zum Ausdruck, dass die Parteien im Zivilrecht in der Lage der Gleichberechtigung und Koordination sind³, so ist auch der zuletzt unternommene Versuch, für das Zivilrecht als Charakteristik die sog. »autonome Struktur« zu wählen, und zwar der »kollektiven Struktur« gegenüber, die für die Verhältnisse binnen der Einzelorganisationen bestimmend wäre.⁴ Jede dieser Definitionen bedeutet dem Wesen nach, dass die Parteien in den zivilrechtlichen Verhältnissen voneinander abge sondert ihren Platz haben, gleichzeitig jedoch durch irgendeine rechtliche Tatsache verbunden sind, und so entsteht die gewisse »Gleichberechtigung und Koordination« oder die »autonome Struktur«, die im Zivilrecht vorherrscht. Es gibt jedoch solche Versuche der Bestimmung, welche das Kind beim Namen zu nennen wagen, und entweder ausdrücklich »Ware-Geldverhältnis« oder zumindest »Warenform« erwähnen, — ohne jedoch zu behaupten, dass jedes zivilrechtlich geregelte Rechtsverhältnis zugleich eine Warennatur habe. Diese Unsicherheit und Diskussion, dieses Herumreden um das Warenverhältnis als Gegenstand der zivilrechtlichen Regelung, ist völlig verständlich, wenn wir die Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaftslehre berücksichtigen.⁵ Wie bekannt, gelang Marx im Zuge der Analyse der Ware, durch Ausweisung der in der Ware immanenten anarchistischen Tendenzen zur Entdeckung des Wesens des Kapitalismus, zur Kritik des Kapitalismus und in diesem Wege wies er die Notwendigkeit der sozialistischen Umwandlung nach. Nach solchen vorangehenden Geschehnissen war es nicht einmal theoretisch leicht zu erkennen, dass Arbeitsprodukte mit Warencharakter und Warenverhältnisse auch unter sozialistischen Umständen existieren.

Die Forschung der Zusammenhänge zwischen Warenverhältnis und Zivilrecht erwarb jedoch in den letzten Jahren nicht nur aus theoretischen sondern auch praktischen Gründen eine besondere Bedeutung. Wenn wir die in den europäischen sozialistischen Staaten in diesen Jahren entstandenen wirtschaftlichen Reformbestrebungen betrachten, müssen wir als einen gemeinsamen Zug dieser entdecken: jede Reformbestrebung gründet sich mehr oder weniger auf die Erkenntnis, dass es Produkte von Warennatur und Warenverhältnisse auch unter sozialistischen Umständen gibt. Wenn sie also vorhan-

³ *A szovjet polgári jog (Das sowjetische Zivilrecht)*. Budapest, 1952. Bd. I. pp. 10—11. (ungarisch). BRATUS, S. N.: *A szovjet polgári jog tárgya és rendszere (Gegenstand und System des sowjetischen Zivilrechts)*. Budapest, 1965. p. 4. (ungarisch).

⁴ EÖRSI, GY.: *A szocialista polgári jog alapproblémái (Grundprobleme des sozialistischen Zivilrechts)*. Budapest, 1965. p. 13.

⁵ FRISS, I.: *A szocialista gazdaság törvényei és irányítása. (Gesetze und Lenkung der sozialistischen Wirtschaft)*. Magyar Tudomány, 1967. pp. 423—436.

den sind, muss man aus ihnen wirtschaftspolitische Folgerungen von grösster Tragweite ziehen, und die rechtlichen Formen zu gestalten, dass sie der Warenatur der zugrunde liegenden Verhältnisse entsprechen. Darin liegt die praktische Aktualität des gewählten Themas.

2. Die Ausarbeitung des Themas setzt -- vor den streng juristischen Erörterungen -- gewisse volkswirtschaftliche Kenntnisse voraus, die wir hier ohne eingehende Erläuterungen oder Beweisführung lediglich kurz zusammenfassen. Die marxistische Volkswirtschaftslehre geht im Zuge der Kritik des Kapitalismus davon aus, dass die Ware die häufigste, massenhafte Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise ist, dass alles in der kapitalistischen Gesellschaft Gegenstand von Kauf und Verkauf sein kann. Menschliche Arbeitskraft wird auch Ware, und das ist eben, was den Charakter des Kapitalismus bestimmt. Die Ware als elementares Phänomen wird im allgemeinen als Verbrauchsgegenstand definiert, der nicht für den Eigenbedarf sondern für den Markt hergestellt wird. Der Warenhersteller ist Eigentümer des Produktes, er benötigt ihn aber als Gebrauchswert nicht. Eben deshalb muss er, um seinen Bedarf in anderen Produkten zu decken, seine Produkte um die eines anderen Warenherstellers tauschen, die der andere demgegenüber nicht benötigt.

Die Wareneigentümer sind also, eben weil sie Privateigentümer sind, voneinander zwar isoliert, zugleich jedoch aneinander angewiesen; es muss zwischen ihnen nicht nur eine Isoliertheit, sondern auch eine Verknüpfung bestehen, sonst könnten sie ihre Produkte gegenseitig nicht umtauschen und ihre Bedürfnisse befriedigen. Diese Verknüpfung wird im Tausch ausgedrückt, d. i. in der gegenseitigen und willensbedingten Vereinbarung der Wareneigentümer, wonach sie ihre Waren dem anderen Wareneigentümer überlassen, wogegen der andere Wareneigentümer ähnlicherweise vorgeht. Im Tausch kommt zum Ausdruck, dass die Waren vom verschiedensten Gebrauchswert in einem gewissen Grössenverhältnis einander gleich sind. Marx hat dieses quantitative Verhältnis auf eine in jeder Ware vorhandene Eigenschaft gegründet, nämlich dass jede Ware ein Arbeitsprodukt ist. Das Tauschverhältnis hängt davon ab, wie viele Arbeit zur Herstellung der einzelnen Waren verwendet wurde. Die für die Herstellung der Ware gesellschaftlich benötigte Arbeit ist die Trägerin des Warenwertes, der Tauschwert ist lediglich Ausdruck des Wertes als eines tiefer liegenden Momentes.

Im Warenverhältnis können wir demnach, wenn wir es -- hinsichtlich des Zieles der juristischen Erörterung - auf seine Elemente zerlegen, drei Hauptzüge unterscheiden. Der erste ist, dass in jedem Warenverhältnis eine gewisse *Absonderung* der miteinander in Verbindung stehenden Parteien zum Ausdruck gelangt. Wenn die Partner eines Warenverhältnisses voneinander nicht getrennt wären, würde auch der gegenseitige Tausch ihrer Waren nicht nötig, ja sogar nicht möglich sein. Dieses Tauschverhältnis zeigt -- und

dies ist der zweite charakteristische Zug — gleichzeitig die im Warenverhältnis und zwar in jedem Warenverhältnis immanente *Verknüpfung* ohne die der Tausch der Produkte mit Warencharakter gleichfalls nicht verwirklicht werden könnte. Der dritte Zug endlich — der bei jedem Warenverhältnis vorhanden ist — besteht darin, dass der Tausch der Waren nach Verhältnis der zu ihrer Herstellung gesellschaftlich benötigten Arbeit, also des Wertes vor sich geht.

Ware und Warenverhältnis bildeten in dieser überlieferten, also auf Privateigentum begründeter Form Gegenstand der Marx'schen Analyse und Kritik des Kapitalismus. *In diesem Warenverhältnis* sind diejenigen anarchischen Tendenzen, die die Quelle der wiederholten Krisen der Warenproduktion, besonders der kapitalistischen Warenproduktion bilden, zu entdecken. Zur Abschaffung dieser Anarchie, der Krisen und ihrer Folgen haben Marx und die ihm folgende sozialistische Volkswirtschaftslehre als einzig gangbaren Weg die *zentrale Planung*, die planmäßige, zentral geleitete Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse bezeichnet. Die zentrale Planung schien in dieser Weise lange Zeit in unbedingtem Widerspruch mit Ware und Warenverhältnis zu sein: *entweder Warenverhältnis* (und damit Anarchie) — *oder zentrale Planung* (und damit die planmäßige Befriedigung der Bedürfnisse).

Die neuere, oben bereits erwähnte Erkenntnis jedoch, dass Waren und Warenverhältnisse auch unter sozialistischen Umständen existieren, macht diesen unbedingten Widerspruch, diese unbedingte Alternative der Warenverhältnisse und der zentralen Planung wenigstens fraglich. Die neuesten Ergebnisse der sozialistischen Volkswirtschaftslehre und die auf ihnen beruhenden wirtschaftspolitischen Folgerungen weisen darauf hin, dass Warenverhältnis und zentrale Planung sich nicht unbedingt ausschließen, sondern — zumindest in der Anfangsperiode des Zustandekommens und der Entwicklung der sozialistischen Macht — einander gegenseitig voraussetzen, und ineinander übergehen. Unter solchen Verhältnissen lautet die als richtig erscheinende Formel folgendermassen: *organischer Zusammenschluss der zentralen, planmäßigen Lenkung und der aktiven Rolle des Marktes auf Grund des gesellschaftlichen Eigentums der Produktionsmittel*. Die Hauptziele und Verhältnisse, zu deren Verwirklichung den Markt — hauptsächlich im Wege wirtschaftlicher Mittel — zu beeinflussen nötig und möglich ist, werden durch die zentrale Planung bestimmt. Der Stoff demgegenüber, den die zentrale Planung im Interesse der zentral gesetzten Ziele meistens durch wirtschaftliche Mittel beeinflussen will, ist der Stoff der Warenverhältnisse, also ein Stoff von Warenatur. Die Warenverhältnisse sind nicht nur durch die zentrale Planung und durch die verwendeten wirtschaftlichen Mittel geregelt, sondern wirken zugleich auf den zentralen Plan zurück, fallweise modifizieren, korrigieren ihn. Dieser ganze Mechanismus wiederum, der Mechanismus der organischen Verknüpfung der zentralen Planung und der Warenverhältnisse geht aufgrund des gesellschaftlichen Eigentums der Produktionsmittel vor. Das ist die wirtschaftliche Formel,

von der wir im weiteren ausgehen, und die wir als eine sozialistische Eigenschaft als Ausgangspunkt der rechtlichen Analyse betrachten müssen.

Aufgrund dieses Ausgangspunktes gruppieren wir die Fragen des Zusammenhanges der Warenverhältnisse und des sozialistischen Zivilrechts um drei Teilthemen oder Themengruppen. *Zuerst* untersuchen wir die Frage, wie sich die Momente der *Absonderung*, die für das Warenverhältnis im allgemeinen bezeichnend sind, im Zivilrecht widerspiegeln. *Zweitens* werden die zivilrechtlichen Ausdrucksformen der von der Absonderung natürlich bedingten *Verknüpfung* untersucht, drittens und *zuletzt* untersuchen wir die Rolle der *Wertmomente* im Zivilrecht. Die Analyse dieser drei Fragengruppen wird zum Ende einige allgemeine Folgerungen bezüglich des Zusammenhanges der Warenverhältnisse und des sozialistischen Zivilrechts ermöglichen.

I

Die Absonderung im Zivilrecht

3. Die sozialistische Volkswirtschaftslehre entdeckt das Merkmal der Absonderung im Zuge der Analyse des auf Privateigentum aufgebauten Warenverhältnisses traditionell im Moment des Privateigentumsrechts. Dies hat in der auf der sozialistischen Volkswirtschaftslehre beruhenden sozialistischen Rechtstheorie zu solchen Feststellungen geführt, dass das Merkmal der Absonderung in dem die Stellung des Privateigentums einnehmenden gesellschaftlichen Eigentum nicht mehr zu entdecken ist und die Formel der dinglichen Rechtsverhältnisse absoluter und negativer Struktur, die auf dem Boden des Privateigentums ausgearbeitet wurde, in der sozialistischen Rechtswissenschaft eigentlich nicht mehr verwendbar ist. Aufgrund der Erkenntnis also, wonach Warenverhältnisse auch unter den Umständen des gesellschaftlichen Eigentums existieren, ergibt sich unsere erste Aufgabe zu prüfen, wie sich die Momente der Absonderung im gesellschaftlichen Eigentum melden? In diesem Aufsatz möchten wir den tieferen und die allgemeinsten Fragen der Eigentumsrechtstheorie berührenden Unterschied erörtern, der zwischen der jugoslawischen Lösung einerseits und den in anderen europäischen sozialistischen Ländern gewählten Lösungen andererseits besteht. Wir werden nur jene Frage erörtern, die bezüglich des gesellschaftlichen Eigentumsrechts und dessen rechtlicher Struktur in den anderen europäischen sozialistischen Ländern notwendigerweise gleichförmig auftauchen, und nach der Untersuchung der einschlägigen rechtswissenschaftlichen Literatur als offene Fragen zu betrachten sind.

a) Der Marxismus fasst das Eigentum als Aneignung auf, als eine menschliche Tätigkeit, in deren Zug die Menschen, Menschengruppen oder die

ganze Gesellschaft die Objekte der Natur in Besitz nehmen und sie unmittelbar oder nach verschiedenartiger Umgestaltung, Bearbeitung zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse verwenden. Diese aneignende Tätigkeit -- das Eigentum -- wird nach dem Entstehen und nach der Vervollkommnung des Staatslebens einer sehr komplizierten rechtlichen Regelung unterworfen und spiegelt sich in vielseitigen rechtlichen Formen wider. Unter diesen rechtlichen Formen, die letzten Endes alle einen Eigentums- also Aneignungsmoment ausdrücken, ist das Eigentumsrecht als Institut bzw. das aus dem Eigentumsrecht als Rechtsverhältnis entstehende subjektive Recht von grundlegender Natur. Das Eigentum, d. i. die Aneignung ist in den auf dem System des Privateigentums gebauten Gesellschaften von privatem Charakter, das Eigentumsrecht, ist Privateigentumsrecht. Dieses System wird in den sozialistischen Ländern durch das gesellschaftliche Eigentum bzw. dessen grundlegende rechtliche Ausdrucksform, durch das gesellschaftliche Eigentumsrecht abgelöst. Das Wesen des gesellschaftlichen Eigentums bzw. des gesellschaftlichen Eigentumsrechts besteht darin, dass die Mittel der gesellschaftlichen Produktion die werktätige Gesellschaft selbst besitzt, bzw. über sie verfügt, das Ergebnis der Produktion wird durch die werktätige Gesellschaft angeeignet. In der, auf dem gesellschaftlichen Eigentum aufgebauten Gesellschaftsordnung gibt es also keine Klasse, die lediglich als Eigentümerin der Produktionsmittel auftritt, selbst nicht produziert, sondern im Besitz der dinglichen Voraussetzungen der Produktion die menschliche Arbeitskraft als persönliche Bedingung der Produktion kauft; die unmittelbar Produzierenden sind diejenigen, die als Träger der persönlichen Bedingungen der Produktion zugleich über die dinglichen Voraussetzungen der Produktion verfügen, Eigentümer der Produktionsmittel sind. Aufgrund dieses Gedankenganges, der in allen sozialistischen Ländern vorherrschend ist, unterscheidet man mit Ausnahme von Jugoslawien drei grundlegende Formen des Eigentumsrechts: sozialistisches Staatseigentum und sozialistisches Genossenschaftseigentum für die Produktionsmittel, weiters persönliches Eigentumsrecht als spezifische Form des individuellen Eigentumsrechts für die Gebrauchsgüter.

Sowohl das staatliche wie auch das genossenschaftliche sozialistische Eigentumsrecht wird durch den früher hervorgehobenen Zug charakterisiert, dass es weder in den staatlichen Unternehmen, noch in den Genossenschaften Privatpersonen gibt, die Eigentümer der Produktionsmittel sind, selbst jedoch nicht arbeiten. Beide eigentumsrechtliche Formen drücken das Verfügungsrecht der direkten Produzenten über die Mittel und Ergebnisse der Produktion aus.

Unter solchen Umständen nunmehr, wo die Gesellschaft durch eine komplizierte Arbeitsteilung, durch Bestehen eines wesentlichen Unterschiedes zwischen geistiger und physischer Arbeit, Stadt und Dorf, und selbst durch Bestehen des Staates und Rechtes charakterisiert wird, kann die Gesellschaft

die Produktionsmittel im Interesse der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse noch nicht unmittelbar in Besitz nehmen. Unter den heutigen Verhältnissen benötigt die Gesellschaft zu diesem Zweck eine unter staatliche Zwangsregelung fallende Organisation. Diese Organisation ist in bezug auf die grundlegenden Produktionsmittel eben der sozialistische Staat. Die Rolle der staatlichen Organisation um das sozialistische staatliche Eigentumsrecht besteht also darin, dass die gesellschaftliche Gesamtvolksaneignung, die Verfügung der Gesellschaft über die grundlegenden Produktionsmittel durch die staatliche Organisation vermittelt wird. — Ähnlich ist die Lage auch im Falle der anderen Form des gesellschaftlichen Eigentumsrechts, des genossenschaftlichen sozialistischen Eigentumsrechts. Im Kreise des genossenschaftlichen sozialistischen Eigentumsrechts wird nämlich die gesellschaftliche Gruppen-Aneignung durch die Genossenschaft als eine unter staatliche Zwangsregelung fallende, obwohl nicht staatliche Organisation vermittelt. Wenn wir also die heutigen Formen des gesellschaftlichen Eigentumsrechts betrachten, können wir feststellen, dass jedes gesellschaftliche Eigentumsrecht *unter den heutigen Verhältnissen indirektes, durch die staatliche oder genossenschaftliche Organisation vermitteltes gesellschaftliches Eigentumsrecht ist.*

Die Rolle des Staates einerseits und der genossenschaftlichen Organisation andererseits im genossenschaftlichen Eigentum, im Prozess der gesellschaftlichen Aneignung ist also charakteristisch die Rolle eines *Vermittlungselementes*. Der Staat, bzw. die Genossenschaft sind Mittel in der Hand der direkten Produzenten für den Zweck, dass sie die Produktionsmittel mit ihrer Hilfe in der Hand halten und über die Ergebnisse der Produktion verfügen. Diese Rolle des Vermittlungselementes ist jedoch — eben weil es in den erörterten Gesellschaften Staat und Recht gibt — nicht so untergeordnet wie es laut grammatischer Bedeutung des Wortes oberflächlich erscheint. Da die wirtschaftlichen Vorgänge in der Gesellschaft durch Staat und Recht geregelt werden, regeln diese gleichfalls auch die Verhältnisse der staatlichen und genossenschaftlichen Organisation, näher die Vermittlerrolle, die einerseits die staatliche andererseits die genossenschaftliche Organisation im Gange der gesellschaftlichen Aneignung spielen. Das Eigentumsrecht als Rechtsinstitut ist nunmehr unter den die Aneignung regelnden rechtlichen Formen grundlegend. Das Eigentumsrecht unterscheidet sich von anderen, den Prozess der Aneignung ausdrückenden rechtlichen Formen darin, dass die Aneignung in erster Reihe, primär über den Filter des Eigentumsrechts gehen soll, um als Gegenstand jedweder anderer Rechtsinstitute dienen zu können. Daraus folgt zwangsweise, dass das Recht das Vermittlungsmittel, die vermittelnde Organisation zum Eigentümer erklären soll. Das Mittel also, das in der Hand des Subjektes des Aneignungsprozesses, der werktätigen Gesellschaft ist, erscheint im Spiegelbild des Rechtes als Subjekt der Aneignung, als Eigentümer. Das kann auch nicht anders sein. Solange die gesellschaftliche Aneig-

nung durch eine unter staatliche Zwangsregelung fallende Organisation vermittelt, ist diese Organisation notwendigerweise das primäre Moment in der rechtlichen Regelung, und als Subjekte des gesellschaftlichen Eigentumsrechts treten ebenso notwendigerweise der Staat bzw. die Genossenschaft auf. Die immanenten Erfordernisse des gesellschaftlichen Gepräges und der rechtlichen Regelung des Aneignungsvorganges sind also in dialektischem Widerspruch: sie schliessen sich aus, aber unter den heutigen Umständen setzen sich zugleich gegenseitig voraus. Die gesellschaftliche Aneignung kann auf der heutigen Entwicklungsstufe anderswie nicht verwirklicht werden, als durch Vermittlung einer unter staatliche Zwangsregelung fallenden Organisation, wie eine durch diese Organisation vermittelte gesellschaftliche Aneignung. Es ist eine Notwendigkeit weiters, dass diese gesellschaftliche — also durch die staatliche bzw. genossenschaftliche Organisation vermittelte — Aneignung in ihren wesentlichen Umständen unter rechtliche Regelung fällt. Wenn sie wiederum rechtlich geregelt werden soll, ist unter den verwendeten rechtlichen Formen das Eigentumsrecht notwendigerweise grundlegend bzw. umgekehrt, die im Zuge der rechtlichen Regelung verwendete primäre — alles andere bestimmende — rechtliche Form nennen wir Eigentumsrecht. Da aber die gesellschaftliche Aneignung durch die unter staatliche Zwangsregelung fallende Organisation vermittelt wird, muss das Recht diese Organisation unbedingt als Eigentümer ansehen, um die Regelung des Aneignungsvorganges überhaupt zu ermöglichen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass die Subjekte der durch die unmittelbaren Produzenten, die Werk tätigen verwirklichten gesellschaftlichen Aneignung auf der Ebene der rechtlichen Formen nicht die direkten Produzenten selbst, sondern die ihnen als Mittel dienende staatliche bzw. genossenschaftliche Organisation seien.

Die gesellschaftliche Aneignung und deren staatliche bzw. genossenschaftliche Vermittlung jedoch schliessen sich nicht nur aus, sondern setzen sich gegenseitig voraus. Der Staat bzw. die Genossenschaft können nur dann und soweit wirklich eine gesellschaftliche Aneignung vermitteln, wenn und soweit sie wirklich den Interessen der Werk tätigen, der unmittelbaren Produzenten dienen, wenn sie also hinsichtlich ihrer Funktion tatsächlich Mittel der gesellschaftlichen Aneignung sind. *Dieses Gepräge als Mittel spiegelt sich also vor allem in dem Verhältnis wider, in dem die unmittelbaren Produzenten mit der rechtlich als Eigentümer erscheinenden Organisation, mit dem Staat bzw. der Genossenschaft sind.* Wenn und inwieweit die direkten Produzenten die staatliche bzw. genossenschaftliche Organisation wirklich als Mittel der Aneignung verwenden können, das praktisch soviel bedeutet, dass sie über sie wirklich verfügen können, dann und insoweit ist dieses Vermittlungselement ein wirkliches Mittel der Transmission, dann vermittelt der Staat bzw. die Genossenschaft die Aneignung der direkten Produzenten. Dieses Verfügungsrecht der unmittelbaren Produzenten, die Möglichkeit der Verwendung der Organisation

als Mittel werden *in dem demokratischen Verhältnis ausgedrückt, das zwischen den unmittelbaren Produzenten und der vermittelnden Organisation besteht*. Von der gesellschaftlichen Aneignung folgt also auf der heutigen Entwicklungsstufe deren vermitteltes Gepräge notwendigerweise, es folgt jedoch gleichfalls, dass die Gesellschaft dieses Mittel der Vermittlung demokratisch unter ihrer Herrschaft halten kann. *Eigentumsrecht und Demokratie sind unter sozialistischen Umständen untrennbar*.

b) Nach diesen allgemeinen Feststellungen bezüglich beider Formen des gesellschaftlichen Eigentumsrechts richten wir im weiteren unser Augenmerk vor allem auf die Eigentümlichkeiten des Staatlich-Gesamtvolkseigentumsrechts. In diesem Kreise taucht vor allem die Frage auf, ob die *ganze* staatliche Organisation die gesellschaftliche Aneignung vermittelt, oder lediglich der Teil dieser Organisation, wo der durch die Arbeit hergestellte Mehrwert entsteht, also das staatliche Unternehmen oder noch genauer das materielle Güter herstellende staatliche Unternehmen. Die Frage hat nicht nur irgendeine formell-dogmatische Bedeutung. Die Auffassung nämlich, wonach die gesellschaftliche Aneignung im Kreise des staatlichen sozialistischen Eigentumsrechts nur durch das produzierende staatliche Unternehmen als Organisation vermittelt wird, gelangt praktisch zur Konzeption des Gruppeneigentumsrechts, bringt also das staatlich-gesamtnationale Eigentumsrecht mit dem genossenschaftlichen Gruppeneigentumsrecht auf ein gemeinsames Niveau, und beschränkt das gesamt-volkseigene Mass der Aneignung auf ein Gruppenmass. Wenn wir diese offensichtlich irriige Auffassung vermeiden wollen, müssen wir notwendigerweise zur Folgerung gelangen, dass die gesellschaftliche Aneignung im Kreise des staatlich-gesamtnationalen Eigentumsrechts nicht nur durch das produzierende staatliche Unternehmen, sondern *durch die ganze staatliche Organisation* vermittelt wird. Darauf weist auch der Umstand hin, dass der Staat den Erwerb der staatlichen Unternehmen als solcher entzieht und zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse verwendet.

Daraus folgt freilich gleichfalls, dass *der Bürger des sozialistischen Staates nicht als Werktätiger, sondern in seiner Eigenschaft als Staatsbürger an der Aneignungstätigkeit teilnimmt, die die staatliche Organisation vermittelt*. Wenn es nicht so geschähe, würden wir wiederum zur Konzeption des Gruppeneigentums gelangen, und müssten die Werktätigen der nicht-staatlichen Organisationen, also z. B. die Mitglieder der Genossenschaften oder die noch oder nicht mehr Arbeitenden vom Kreise des staatlichen Eigentumsrechts ausschliessen, was gleichfalls unrichtig wäre. Im Zusammenhang damit weiters, dass die Eigentümerrolle des Bürgers eines sozialistischen Staates in dem Aneignungsprozess durch die Staatsbürgerschaft als Eigenschaft vermittelt wird, gelangen wir von der Seite des Instituts des Eigentumsrechts zu den Fragen der politischen Demokratie. Wir müssen näher die These aufstellen, wonach Grad und Erscheinungsformen der politischen Demokratie einen direkten Zu-

sammenhang mit dem gesellschaftlichen Gepräge des staatlichen sozialistischen Eigentumsrechts aufweisen: je breiter und je reicher an Formen die politische Demokratie im Kreise der direkten Produzenten, der Werktätigen erscheint, umso vollendeter vermittelt die staatliche Organisation als Ganze die das Wesen des gesellschaftlichen Eigentumsrechts ausmachende Gesamtvolksaneignung.

Wenn aber im Kreise des staatlichen sozialistischen Eigentumsrechts die Gesamtvolksaneignung nicht nur durch das staatliche produzierende Unternehmen, sondern auch die ganze staatliche Organisation vermittelt wird, *wie ist die eigenartige Lage des staatlichen Unternehmens, besonders die des produzierenden Unternehmens zu erklären?* Die ältere Auffassung hat das staatliche Unternehmen einfach in das Netz der staatlichen Organisationen eingereiht, und binnen dieses Netzes das Verhältnis der staatlichen Unternehmen und anderer staatlichen Organe als eine Über- und Unterordnung öffentlich-rechtlicher, verwaltungsrechtlicher Natur bzw. in entsprechenden Fällen als das Verhältnis der Koordination ähnlicher Natur aufgefasst. Diese Auffassung erwies sich im Lichte der neuen Erkenntnis, die binnen der ganzen sozialistischen Wirtschaft den Wirkungskreis der Warenverhältnisse auszudehnen bestrebt war, als irrig. In allen europäischen sozialistischen Staaten sind solche Bestrebungen zu beobachten, die die Minderung der verbindlichen sog. Planziffer und Erweiterung der Selbständigkeit des staatlichen Unternehmens und Ausbau seiner gesicherten Rechtslage zum Ziel setzen. All das weist darauf hin, dass das staatliche Unternehmen nicht einfach in das System der staatlichen Organisationen einzuordnen ist, weil es kein Staatsorgan in dem Sinne ist, wie die staatsrechtlichen oder verwaltungsrechtlichen Organe.

Unter den theoretischen Bestrebungen, die eigenartige Rechtslage des staatlichen Unternehmens auszudrücken, taucht in zahlreichen sozialistischen Staaten immer häufiger die Konzeption des Unternehmenseigentums auf, die man verschiedenartig mit der unverändert für richtig gehaltenen und von uns auch bejahten Grundauffassung zu übereinstimmen bestrebt ist, wonach der Vermittler der Gesamtvolksaneignung die ganze staatliche Organisation ist, das Subjekt des Gesamtvolkseigentumsrechts ist also der Staat. Einer dieser Versuche besteht darin, dass wir die Konzeption des »geteilten Eigentums« feudalen Ursprungs wieder beleben, mit dem Unterschied, dass der Staat Eigentümer der Unternehmen, letztere demgegenüber Eigentümer der unter ihrer Verfügung stehenden Güter sind. Der Staat als ganzes ist also auch ein Eigentümer, das Unternehmen selbst gleichfalls, letzteres jedoch ist ein Eigentum des Staates, während die Produktionsmittel direkt dem Unternehmen gehören. Wir halten diese Konzeption unsererseits für mechanistisch-formalistisch. Das Unternehmen, im soziologischen Sinne irgendeine organische und organisierte Verbindung von Personen und Dingen, ist ein Kollektiv, das über bestimmte, von dem Staat zur Verfügung gestellte Mittel verfügt, mit

ihnen wirtschaftet. Es ist einfach dazu nicht geeignet, dass wir es im zivilrechtlichen Sinne als Eigentum des Staates auffassen. Wir dürfen eigentlich nicht vergessen, was im Unternehmen das wesentlichste ist, nämlich das menschliche Element, das durch den Staat organisierte Kollektiv, das die Produktionsmittel in Betrieb hält. Das Wesen des Unternehmens, seine Rechtslage können wir richtig als eine Einheit der persönlichen und dinglichen Bedingungen der Produktion auffassen. Wir können also das Verhältnis des Staates und seines Unternehmens in zivilrechtlichem Sinne keinesfalls wie irgendein Verhältnis des Obereigentümers und Untereigentümers auffassen.

Damit wir die Rechtslage des staatlichen Unternehmens — anstatt unnötigen und zwecklosen Wiederbelebens alter Kategorien — wahrheitsgetreu auffassen können, müssen wir die reale Lage des staatlichen Unternehmens in der Staatsorganisation bzw. in dem durch die staatliche Organisation vermittelten Aneignungsprozess in konkreter Weise analysieren. Diese konkrete Analyse ergibt als ein Hauptmoment, dass das staatliche Unternehmen ein Teil der ganzen staatlichen Organisation ist, von der wir früher festgestellt haben, dass sie Vermittlerin des gesellschaftlichen Gesamtvolksaneignungsprozesses ist. Dass das staatliche Unternehmen kein beliebiges, sondern staatliches Unternehmen und so ein Element des zusammenhängenden Netzes der staatlichen Organe ist, bildet einen der wesentlichen Züge der Rechtslage des staatlichen Unternehmens. Diese Rechtslage lässt sich jedoch durch dieses Element allein nicht vollständig ausdrücken, weil in diesem Falle kaum zu erklären wäre, warum es sich von anderen Arten staatlicher Organe absondert, und eine gesicherte Rechtslage hat. Die Rechtslage des staatlichen Unternehmens hat über die staatliche Eigenschaft hinaus einen spezifischen, besonderen Zug, der erklären kann, warum und wieweit das staatliche Unternehmen ein eigenartiges Organ des sozialistischen Staates sei. Eben von dieser Eigenschaft hängt die richtige Auffassung der Rechtslage des staatlichen Unternehmens ab. Sie besteht unseres Erachtens darin, dass das staatliche Unternehmen das Organ des Staates ist, in dessen Wege der Staat im Prozess der gesellschaftlichen Aneignung als Wareneigentümer auftritt. Mit dem Ausdruck von Marx — als »Wärter« bestimmter Waren, der benötigt wird, weil die Waren selbst nicht zu Markte gehen können. Damit ist die Eigenheit der Rechtslage des staatlichen Unternehmens zu erklären, dass es sich von anderen Organen, besonders von denen staatsrechtlich-verwaltungsrechtlicher Natur absondert, dass es gesicherten Rechtsstatus hat usw.

Dass der Staat im Wege des staatlichen Unternehmens als staatlichen Organs auf dem Markt als Wareneigentümer auftritt, bedeutet freilich keinesfalls, dass der Staat selbst, oder andere staatliche Organe, die selber juristische Personen sind, an dem zivilrechtlichen Verkehr nicht teilnehmen könnten, also keine einzelne vermögensrechtliche Zirkulationsgeschäfte schliessen würden. Im Falle des Staates oder anderer staatlichen Organe mit juristischer

Persönlichkeit ist dieses Verfahren eine Ausnahme, für die Funktionen und Struktur des fraglichen Staatsorgans nicht bezeichnend, und bildet nur einen akzessorischen Zug der Rechtslage des betreffenden Staatsorgans. Im Falle des staatlichen Unternehmens demgegenüber ist dieser anderswo akzessorischer Zug charakteristisch, kommt massenhaft vor, das ist eben, was das staatliche Unternehmen von anderen staatlichen Organen funktionell unterscheidet.

Die Rechtslage des staatlichen Unternehmens wird laut unserer Auffassung durch eine eigenartige Duplizität charakterisiert. Es ist einerseits ein Teil der ganzen staatlichen Organisation, andererseits ist es im Kreise der staatlichen Organisation, die die Aneignung seitens des Gesamtvolkes im ganzen vermittelt, spezifisch ein Vermittler des Momentes des Wareneigentümers, eben darum sondert es sich von der Gesamtheit der staatlichen Organisation ab, und ist binnen dieser in einer gesicherten, verhältnismässig selbständigen Lage. Nur mit der Einheit dieser zwei Züge: der staatlichen Eigenschaft und der spezifischen Funktion des Wareneigentümers kann man die Rechtslage des staatlichen Unternehmens richtig auffassen.

Aufgrund dieser Auffassung müssen wir, unseres Erachtens, die von Wenediktow aufgestellte und von meisten heutigen sozialistischen Zivil- bzw. Wirtschaftsgesetzbüchern angenommene Kategorie der sog. operativen Verwaltung für überholt qualifizieren. Die Kategorie der operativen Verwaltung wies auf die Lage des staatlichen Unternehmens (und meistens der anderen staatlichen Organe) hin, dass sie einerseits keine Eigentümer der ihnen anvertrauten Vermögensgegenstände sind, andererseits verpflichtet sind, die ihnen im Wege der Staatsgewalt zugewiesenen Aufgaben durchzuführen und können im Bereich dieser Aufgaben subjektive Rechte zugleich erwerben. Diese Kategorie ist nach unserer Beurteilung überholt, weil sie die verhältnismässig selbständige Rechtsstellung des staatlichen Unternehmens binnen der ganzen staatlichen Organisation, also das Merkmal des Wareneigentümers, das das staatliche Unternehmen in der ganzen staatlichen Organisation spezifisch vermittelt, nicht entsprechend ausdrückt. Diese Kategorie ist, meines Erachtens, nicht einmal nötig. Das staatliche Unternehmen ist nämlich in der Wahrheit kein Eigentümer der abstrakt betrachteten ganzen Gesellschaft gegenüber, die gesamt nationale gesellschaftliche Aneignung wird ja nicht nur durch das staatliche Unternehmen, sondern durch die ganze staatliche Organisation vermittelt. Es ist kein Eigentümer der staatlichen Organisation als Gesamtheit, bzw. dem abstrakt betrachteten Staate gegenüber, weil es lediglich ein Teil der staatlichen Organisation ist, die Vermögensgegenstände vom Staate bezieht, sein Erwerb grundsätzlich dem Staate zusteht usw. *Andererseits ist das staatliche Unternehmen nach aussen, dritten Personen und sowohl staatlichen, wie genossenschaftlichen Organisationen gegenüber Eigentümer der ihm anvertrauten Vermögensgegenstände, verfährt also nach denselben Normen, die sich auf die Wareneigentümer im allgemeinen beziehen.*

c) Im Falle des *genossenschaftlichen sozialistischen Eigentumsrechts* als einer anderen Form des gesellschaftlichen Eigentumsrechts scheint die Erklärung des gesellschaftlichen Charakters wie auch des Momentes des Wareneigentümers leichter zu sein, als beim staatlichen sozialistischen Eigentumsrecht. Der Grund dafür ist vor allem, dass die rechtliche Struktur der Genossenschaft, des als Eigentümerin wirkenden Vermittlungselementes wesentlich einfacher ist, als die der staatlichen Organisation. Ausserdem weisen wir darauf hin, dass die Bedeutung, sogar das Vorhandensein des Warenmomentes im Verhältnis der staatlichen Unternehmen lange fraglich war, während im Falle der Genossenschaften seit längerer Zeit nicht mehr strittig ist, dass sie Wareneigentümerinnen und Trägerinnen von Warenverhältnissen sind. Die Kompliziertheit der Rechtslage der die gesellschaftliche Aneignung vermittelnden Organisation im Falle der staatlichen Organisationen wird nicht so sehr durch die Anzahl der staatlichen Organisationen und ihrer abweichenden Aufgaben bedingt, als vielmehr dadurch, dass der Staat nicht nur das gesellschaftliche Eigentum vermittelt und in dieser Eigenschaft Eigentümer ist, sondern auch Träger der öffentlichen Gewalt, während die Genossenschaft lediglich Wareneigentümerin ist, und ihr öffentliche Gewalt in keiner Beziehung zusteht.

In der Organisation der Genossenschaft jedoch erscheint *eine Art Duplizität*, die in gewissem Sinne mit der Duplizität in der Rechtslage des staatlichen Unternehmens eine Parallele bildet. Diese Duplizität offenbart sich darin, dass *die Genossenschaft nicht nur eine Wareneigentümerin, sondern wenigstens im Falle der Produktionsgenossenschaften auch eine Arbeitsorganisation ist*. Das Mitglied einer Genossenschaft nimmt eben darum eine doppelte Rechtsstellung ein: es ist einerseits Mitglied der Genossenschaft und aus dieser Eigenschaft stehen ihm gewisse Rechte zu, bzw. belasten ihn gewisse Verpflichtungen, andererseits ist es werktätig in der Genossenschaft, und in dieser Eigenschaft stehen ihm gleichfalls gewisse Rechte zu, bzw. belasten ihn Verpflichtungen. Die Genossenschaft ist also als Organisation im Falle der Produktionsgenossenschaften Wareneigentümerin und Arbeitsorganisation, im Falle der Konsumgenossenschaften Wareneigentümerin und Konsumgemeinschaft zugleich.⁶

⁶ Eine konkrete Analyse der inneren und äusseren Verhältnisse der Genossenschaft als Organisation zeigt ganz klar, dass wir von einem abstrakten, einheitlichen »Genossenschaftsrecht« in wissenschaftlichem Sinne nicht sprechen können. Die Genossenschaft als gesellschaftliches und rechtliches Institut ist in einer einzigen Beziehung einheitlich, namentlich darin, dass jede Genossenschaft — unter sozialistischen Verhältnissen — Subjekt eines gesellschaftlichen Gruppeneigentumsrechts ist, weiters dass alle Genossenschaften Wareneigentümerinnen sind. *Soweit* und nur *soweit* bilden die Genossenschaft und ihre rechtliche Regelung eine relative Einheit, und fügen sich organisch in den Kreis der Wareneigentümer im Sinne des sozialistischen Zivilrechts ein. Darum ist es begründet, dass die sozialistischen ZGB-s unter anderem auch die Verhältnisse der Genossenschaften als *Wareneigentümer* regeln. Man kann aber nicht vergessen, dass *gewisse Arten der Genossenschaften*, namentlich die Produktionsgenossenschaften nicht nur Wareneigentümer, sondern auch eigenartige Arbeitsorganisationen sind. *Soweit* und nur *soweit* drücken die

Die in der Rechtslage der Genossenschaft als Organisation vorhandene Duplizität wirkt auf die Mitglieder der Genossenschaften weiter. Nicht nur die Genossenschaft selbst, sondern auch die Mitglieder zeigen eine doppelte Rechtsstellung: einerseits sind sie Mitglieder der Genossenschaft, andererseits deren Werk tätige und Konsumenten. Wenn wir nunmehr die Frage aufwerfen, wie die Genossenschaft als Produktions- und Konsumgemeinschaft die gesellschaftliche Aneignung vermittelt, können wir feststellen, dass die Mitglieder der Genossenschaft nicht als Werk tätige, sondern als Mitglieder, in ihrem letzteren Verhältnis an dem Aneignungsvorgang teilnehmen, den die Genossenschaft für das in ihr vereinte Kollektiv vermittelt. Wenn es nicht so wäre, würden diejenigen Mitglieder der Genossenschaft, die keine Werk tätigen sind, an dem gesellschaftlichen Aneignungsprozess nicht teilnehmen, was den Tatsachen keinesfalls entspricht. Das Genossenschaftsmitglied nimmt dadurch, dass es Mitglied ist, an der gesellschaftlichen Aneignung, die die Genossenschaft vermittelt, teil und ist zugleich Eigentümer der unter der Verfügung der Genossenschaft stehenden Güter. Daraus folgt natürlich wiederum, dass die Formen und das Ausmass der genossenschaftlichen Demokratie einen direkten Zusammenhang mit dem Eigentümer-Charakter der Genossenschaftsmitglieder, mit dem gesellschaftlichen Gepräge des genossenschaftlichen Eigentums haben. Die Genossenschaft als Organisation ist dann und in dem Masse fähig, die gesellschaftliche Aneignung wirklich zu vermitteln, wenn und soweit sie tatsächlich die Rolle des Mittels in der Vermittlung der gesellschaftlichen Aneignung spielt, da also die Mitglieder die Genossenschaft als eine Organisation von Mittel-Gepräge in der Tat unter ihrer Herrschaft halten.

d) Unter den Eigentumsrechtsformen des Sozialismus nimmt das persönliche Eigentumsrecht ausser den zwei Formen des gesellschaftlichen Eigentumsrechts eine besonders wichtige Stellung ein. Es ist eine unter sozialisti-

Produktionsgenossenschaften auch spezifische, im Falle anderer Genossenschaften nicht vorhandene Verhältnisse aus. Im Falle der Konsumgenossenschaften sind nämlich die Mitglieder der Genossenschaft nicht als Werk tätige, sondern gleichfalls als Eigentümer Mitglieder der Konsumgenossenschaft. Eben darum kann im Falle der Letzteren nur das Moment des Wareneigentums so in den äusseren wie inneren Verhältnissen der Genossenschaft eine Rolle spielen. Im Falle der Produktionsgenossenschaften ist die Genossenschaft demgegenüber nur nach aussen, im Verhältnis zu anderen Personen eine Wareneigentümerin, während für ihre innere Verhältnisse eben eine Art der gesellschaftlichen Organisierung der Arbeitskraft von Warennatur bezeichnend ist. Aus diesem heterogenen Gepräge der Genossenschaften folgt, dass die Genossenschaften als Wareneigentümerinnen Subjekte des Zivilrechts und der zivilrechtlichen Gesetzgebung sind. Diese ihre Beziehung ist wirklich allgemein, und kann von den einzelnen Typen der Genossenschaften abstrahiert werden.

Die Produktionsgenossenschaften (und zwar gewerbliche ebenso wie landwirtschaftliche) sind dagegen, eben zufolge ihrer für die inneren Verhältnisse bezeichnenden Arbeitsorganisation, auch Objekte von anderen Rechtszweigen. Dies ist der Grund dafür, dass die inneren Verhältnisse der Arbeitsorganisation der landwirtschaftlichen und eventuell auch die der gewerblichen Produktionsgenossenschaften durch besondere Gesetze geregelt werden. Die entgegengesetzte — unseres Erachtens unbegründete — Auffassung kann zu einem ernstesten theoretischen und praktischen Chaos führen.

schen Bedingungen bekannte, also im Grunde auf Verbrauchsgüter bezogene Form des individuellen Eigentumsrechts. Vom gesellschaftlichen Eigentumsrecht abweichend bildet das persönliche Eigentumsrecht im Grunde genommen und im Ganzen ein Eigentumsrecht von Verbrauchsnatur. Seine rechtliche Form zeigt auf ersten Blick viele Züge, die mit dem überlieferten Wareneigentum und besonders mit dem von den kapitalistischen Gesetzbüchern bekannten Wareneigentum verwandt sind. Die grundlegende Differenz jedoch, die wir an dieser Stelle betonen müssen, weil das persönliche Eigentumsrecht von vielen und ständig mit dem privaten Eigentumsrecht verwechselt wird, besteht darin, dass die Quelle des persönlichen Eigentumsrechts *die Eigenschaft der Bürger des sozialistischen Staates als Werktätige bildet*. Während also der Bürger eines sozialistischen Staates nicht als Werktätiger sondern als Staatsbürger an der durch die staatliche Organisation vermittelten gesamtnationalen Aneignung beteiligt ist, bzw. als Mitglied an der durch die Genossenschaft vermittelten Gruppenaneignung teilnimmt, ist er gerade nicht in seiner Eigenschaft als Staatsbürger bzw. Mitglied der Genossenschaft, sondern allein als Werktätiger Subjekt des persönlichen Eigentumsrechts. Eben das Verbrauchsgepräge des persönlichen Eigentumsrechts erklärt, warum die sozialistische Gesetzgebung den Kreis der Objekte des persönlichen Eigentumsrechts in der Weise bestimmt, dass *es nicht ins private Eigentumsrecht umgestaltet werden* und so Kapital bilden kann. Diese Regeln des persönlichen Eigentumsrechts sind von grundlegender Bedeutung, nicht aber diejenigen, die man so auszulegen pflegt, dass sie in den Gesetzbüchern sozusagen wortwörtlich identisch mit den ähnlichen Regeln der kapitalistischen Gesetzbücher sind (z. B. Besitz-, Nutzungs-, Verfügungsbefugnis usw.). Das Gepräge der Letzteren wird eben durch die erwähnten Umstände bestimmt. Die letzteren Regeln beweisen andererseits, dass das persönliche Eigentumsrecht - binnen des erwähnten Kreises - ein Wareneigentumsrecht ist, und die Objekte des persönlichen Eigentumsrechts, deren Quelle letzten Endes in jedem Falle in irgendeinem Verteilungsverhältnis sozialistischer Natur, bzw. in dem demzufolge entstehenden »Arbeitslohn« in weiterem Sinne zu suchen ist, Warenbeschaffenheit haben.

Die Warenbeschaffenheit der Objekte des persönlichen Eigentumsrechts zeigt sich nicht nur in dem Verkehr unter Lebenden, sondern auch in der Möglichkeit des Erwerbs von Todes wegen, in der Erbfolge. Die Erbfolge drückt natürlich kein Tauschverhältnis aus, und die Objekte der Erbschaft gelangen im allgemeinen nicht als Ergebnis eines Tauschverhältnisses zu den Erben. Dies dient für breite Kreise als Leitmotiv zur Annahme, dass das Rechtsinstitut der Erbschaft wie es im Zivilrecht geregelt wird, eine Art Ausnahme der für allgemein gültig betrachteten Erkenntnis gegenüber darstellt, wonach das Zivilrecht Warenverhältnisse regelt. Das ist jedoch eine aus oberflächlicher Betrachtung der die Erbfolge begründenden Verhältnisse stammende, irrtümliche Be-

hauptung. Die Erbfolge als Rechtsinstitut ist geschichtlich betrachtet ein Produkt des Privateigentums, genauer das Endmoment der Entwicklung des Privateigentums. Das Privateigentum besteht längst, da nicht nur die Möglichkeit der Übertragung der Eigentumsobjekte unter Lebenden, sondern die von Todes wegen anerkannt wird. Das ist der Grund dafür, dass es solche primitive Rechtssysteme gibt, die bereits das Privateigentum kennen, ohne jedoch Rechtsregel bezüglich Erbschaft zu beinhalten. Das gegebene Rechtssystem blieb eben in seinem »Interimszustand« da, in dem bereits das Privateigentum rechtlich vorhanden ist, die Möglichkeit des Eigentumsüberganges von Todes wegen jedoch noch nicht entwickelt wurde. Die Erbfolge ist jedenfalls ein kennzeichnendes Merkmal des Bestehens des Waren-Privatrechts und der immanenten Möglichkeit des Eigentumsüberganges, obgleich Marx die Erbfolge keinesfalls zufällig eine »abergläubische Übertreibung« des Privateigentums genannt hat. *Das Wesen der Erbfolge besteht darin, dass das gegebene Eigentumssystem unabhängig von der Person des Einzeleigentümers auch in dem Falle unverändert bleibt, wenn der Eigentümer stirbt.* Daraus folgt natürlich ebenfalls, dass die Erbfolge nicht durch deren mögliche Formen bestimmt wird, sondern durch die Objekte der Erbfolge, nicht dadurch, wer vererbt, sondern was vererblich ist.

Der Zusammenhang der Erbfolge des persönlichen Eigentumsrechts mit den durch das Zivilrecht geregelten Warenverhältnissen und zwar ein notwendiger Zusammenhang, zeigt sich vor allem in den Objekten der Erbfolge, also in den entscheidenden Momenten der Erbfolge, die das Rechtsinstitut bestimmen. Diese Objekte sind unter sozialistischen Bedingungen zugleich Objekte des persönlichen Eigentumsrechts. Sie haben Warengestalt, der Erblasser hat sie als Waren erworben, so werden sie auch durch den Erben verschafft. Die Objekte des persönlichen Eigentumsrechts sind nicht nur unter Lebenden, sondern auch als Nachlass von Warennatur. Der zwangsweise Zusammenhang der Erbfolge mit den Warenverhältnissen zeigt sich jedoch nicht nur in den Objekten der Erbfolge, sondern auch in der Art und den rechtlichen Formen der Erbfolge als Vermögenserwerbs. Die Erbfolge — wenn wir das Wesen ihrer rechtlichen Form betrachten — bedeutet den Übergang des Eigentumsrechts und anderer von diesem abhängigen subjektiven Rechte von Todes wegen, die Änderung des Subjektes des Eigentumsrechts und der von ihm bedingten anderen Vermögensrechtsverhältnisse. Dieser Eigentumsübergang, die Änderung des Subjektes konnte sich jedoch nur im Bereich des Wareneigentums auf dem Boden der Warenverhältnisse entwickeln. Wie der Werdegang des Erbrechts klar beweist, hat man die Erbfolge erst dann »erlernt«, nachdem man die Objekte der Natur unter Lebenden zu übertragen (tauschen) »erlernt« hat. Die Erbfolge ist geschichtlich nichts anderes als die Abstraktion der in dem Tauschverhältnis immanenten Änderung des Eigentümers von dem Tausch selbst, die Verselbständigung der Änderung des Eigen-

tümers. Wir können also die Ansichten, die das Rechtsinstitut der Erbfolge im Zivilrecht für eine Art Ausnahme vom allgemeinen Grundsatz der Regelung der Warenverhältnisse halten, keinesfalls guthießen.

4. Letzten Endes müssen wir zur Schlussfolgerung gelangen, dass jede Hauptform des sozialistischen eigentumsrechtlichen Systems ein Wareneigentumsrecht ist, und dieses Wareneigentumsrecht bietet die Rechtsregeln, mit denen das Zivilrecht das Moment der in jedem Warenverhältnis vorhandenen Absonderung in erster Reihe spiegelt. Dieses Wareneigentumsrecht ist jedoch kein beliebiges Wareneigentumsrecht, kein Waren-Privateigentumsrecht mehr. Das Waren-Privateigentumsrecht verwandelte sich in gesellschaftliches Wareneigentumsrecht und persönliches Wareneigentumsrecht, und das ist eben, was das Gepräge des sozialistischen Wareneigentumsrechts bestimmt. Der inhaltliche Unterschied zwischen Waren-Privateigentumsrecht und sozialistischem Wareneigentumsrecht besteht darin, dass in keiner Form des sozialistischen Wareneigentumsrechts die Person zu finden ist, die bloss Eigentümer, jedoch kein Werkträger ist, sondern in jeder eigentumsrechtlichen Form letzten Endes die Einheit der Eigenschaften des Eigentümers und des Werktragers verwirklicht wird. Der Form nach ist die Eigentümlichkeit des sozialistischen Wareneigentumsrechts, dass es nunmehr keinesfalls als ein abstraktes, undifferenziertes Wareneigentumsrecht, sondern als ein stark differenziertes, sich in allen eigentumsrechtlichen Formen verschiedenartig offenbarendes Wareneigentumsrecht zu qualifizieren ist. Die Eigenheiten des Warencharakters der produktionsartigen Eigentumsrechtsformen werden durch das zugrundeliegende gesellschaftliche Verhältnis, die Eigentümlichkeiten des staatsbürgerlichen bzw. genossenschaftlichen Mitgliedsverhältnisses bestimmt. Hinter den beiden Verhältnissen ist letzten Endes je eine Form des gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisses zu finden. Im Falle des persönlichen Eigentumsrechts endlich ist es grundsätzlich gleichgültig, ob der Werktrager in staatlichem oder genossenschaftlichem Arbeitsverhältnis steht. Das persönliche Eigentumsrecht drückt einheitlich die eigentumsrechtlichen Folgen von Verbrauchsnatur des in beiden Eigentumsrechtsformen von Produktionsgepräge entwickelten gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisses aus.

Die Einheit und zugleich die stark differenzierte Art des sozialistischen Wareneigentumsrechts bilden den Grund für die zwei Hauptirrtümer, die man bezüglich der Beurteilung des Charakters des sozialistischen Zivilrechts begehen kann. Eine Art dieser Irrtümer entsteht, wenn jemand nur das in jeder sozialistischen Eigentumsrechtsform vorhandenen Warenmoment hervorhebt, und dies von dem konkreten Verhältnis abstrahiert, das in gegebenem Fall durch das Warenmoment ausgedrückt wird. Das Moment der Absonderung ist freilich in allen sozialistischen Eigentumsrechtsformen vorhanden, daraus folgt jedoch nicht, dass es überall einheitlich erscheint, dass man das Eigentumsrecht selbst irgendwie von den konkreten Eigenschaften ab-

strahieren könnte, die in gegebenen Fällen das Gepräge des Wareneigentumsrechts bestimmen. Diese falsche Abstraktion führt zu der formalen Folgerung, dass das Warengeräge, welches in den kapitalistischen eigentumsrechtlichen Formen vorherrscht, in den sozialistischen Eigentumsrechtsformen unverändert vorhanden ist, also eigentlich nichts geändert wurde, und das sozialistische Zivilrecht ehrlich ausgedrückt nichts anderes ist, als ein umbenanntes Privatrecht. Die Unhaltbarkeit dieses Standpunktes wird durch die konkrete Analyse klar bewiesen. Der andere Irrtum besteht darin, dass man eben die konkrete Eigentümlichkeit, das in den einzelnen Eigentumsrechtsformen begriffene Warenmoment übertrieben betont und soweit gelangt, dass die zwei eigentumsrechtlichen Formen von Produktionsnatur, in denen das Warenmoment bloss eine Seite des Eigentumsrechts bildet, der dritten Eigentumsrechtsform, dem persönlichen Eigentumsrecht grundverschieden gegenübersteht, da das Wesen des Letzteren das Warenmoment sei ohne dass der Zusammenhang des Eigentumsrechts mit dem Rechtsverhältnis wesentlich wäre. Diese Auffassung sieht im persönlichen Eigentumsrecht ein umbenanntes Privateigentumsrecht, und gelangt zur Schlussfolgerung, dass die ersten zwei Eigentumsrechtsformen von Produktionsnatur von der Dritten, vom persönlichen Privateigentumsrecht scharf getrennt werden müssen. Diese Konzeption ist die Quelle der unter sozialistischen Umständen wiederholt auftauchenden Theorie des Wirtschaftsrechtes. Es ist offenbar, dass es sich im Falle beider irrümlichen extremen Auffassungen um die unrichtige Beurteilung der Verbindung zwischen Warenverhältnis und Zivilrecht handelt. Die marxistische Rechtsauffassung kann jedoch nur das Ergebnis einer konkreten Analyse der konkreten Tatsachen sein. Diese konkrete Analyse weist in den einzelnen Formen des sozialistischen Eigentumsrechtssystems die abweichenden Eigenschaften und die Identitäten zugleich aus. Eben diese Identität, die Freiheit jeder Form des sozialistischen eigentumsrechtlichen Systems von der Ausbeutung sowie das in jeder Form des sozialistischen Eigentumsrechts einheitlich vorhandene Warenmoment bilden den Grund für die Einheit des sozialistischen Zivilrechts.

5. Das Moment der Absonderung wird im sozialistischen Zivilrecht nicht nur durch die Kategorie des Eigentumsrechts, sondern auch durch die des Eigentümers des Rechtssubjektes, der *Person* reflektiert.

Das Wareneigentumsrecht muss notwendigerweise vom Wareneigentumsrecht anderer abgesondert werden, damit der Tausch zu verwirklichen sei. Nachdem aber – wieder mit dem Ausdruck von Marx – die Waren nicht selber auf den Markt gehen, müssen wir nach ihren Hütern sehen. Das Wareneigentumsrecht kann nur so abgesondert werden, wenn der Wareneigentümer selbst abgesondert wird. Das ist die Erklärung der Kategorie des Rechtssubjektes, der Person im Zivilrecht: *die Person ist die Abstraktion der Qualität als Eigentümer*. Person ist, wer Wareneigentümer ist oder sein kann.

Ein bezeichnendes und geschichtlich dokumentiertes Beispiel dafür ist die erste Ausgestaltung der Kategorie der Person im römischen Recht. Der Ausdruck »homo« bedeutete ursprünglich den Menschen als physisch-biologisches Wesen und war völlig gleichbedeutend mit dem Ausdruck »persona«, der als Synonym von »homo«, gleichfalls einfach Menschen bedeutete. Sobald aber die erste Form des Waren-Privateigentumsrechts d. i. das System des Sklaven-Eigentumsrechts entstand und gefestigt wurde, gehen »persona« und »homo« zu zwei Begriffen auseinander, indem die »persona« nicht mehr einfach Menschen, sondern freien Menschen, d. i. Wareneigentümer, während »homo« rechtlich Sklaven bedeutet. Daher der klassische Text: »servus personam non habet« (der Sklave besitzt keine Rechtspersönlichkeit). Das Rechtssubjekt drückte also bereits im ersten rechtlich exakten Sinne das Gepräge des Wareneigentümers, genauer, den Menschen aus, soweit er Wareneigentümer ist. Derselbe Prozess ist auch in der Entwicklung des feudalen Privatrechts festzustellen, wo beweisbar ist, dass die Rechtspersönlichkeit des Menschen seine in dem gegebenen System des Eigentumsrechts eingenommene Stellung ausdrückt. Eben daher ist es andererseits selbstverständlich, dass die Rechtspersönlichkeit formell einheitlich und allgemein wird, da die Warenverhältnisse allgemein, auf alles und jedermann ausgedehnt werden, da die formelle Rechtsgleichheit eine notwendige Bedingung der kapitalistischen Produktionsart bzw. des diese ausdrückenden Rechtssystems wird: sie drückt formell dieselbe Eigenschaft des Eigentümers für jedes Mitglied der Gesellschaft aus. Diese formelle, abstrakte gleiche Rechtssubjektivität ist jedoch in der Praxis gar nicht gleich und nicht abstrakt. Für den Privateigentümer der Produktionsmittel ist nämlich diese Rechtspersönlichkeit die Abstraktion des Eigentumsrechts auf den Produktionsmitteln, für den »Eigentümer« der Arbeitskraft aber nur die Abstraktion der Möglichkeit, Arbeit zu nehmen und des dadurch ermöglichten Eigentumserwerbs. Die formelle Rechtsgleichheit ist also äusserst geeignet, die gesellschaftliche Ungleichheit auszudrücken und gleichzeitig auch zu tarnen.

Unter sozialistischen Umständen drückt die Kategorie des Rechtssubjektes unverändert die Qualität Wareneigentümer aus, der Inhalt dieses Wareneigentumsrechts bzw. dieser Qualität ist jedoch ganz anders — diese Erkenntnis ist unerlässlich, wenn wir das Wesen des sozialistischen Zivilrechts begreifen wollen. Das Wareneigentumsrecht über Produktionsmittel ist nämlich in der Hand des Staates und der Genossenschaften, die Kategorie des Rechtssubjektes kann also für letztere die Qualität des gesellschaftlichen Eigentümers und nur diese ausdrücken. Im Falle der Einzelpersonen demgegenüber bildet die Kategorie des Rechtssubjektes den Ausdruck der Qualität als Wareneigentümer über durch Arbeit erworbene Verbrauchsgüter. Im Gegensatz zur Kategorie der im Privatrecht bekannten Rechtspersönlichkeit, deren notwendige Abstraktheit und Fähigkeit zur Verhüllung des gesellschaftlichen

Unterschiedes in ihrem Hintergrund wir oben betont haben, ist die Kategorie des zivilrechtlichen Rechtssubjektes wohl allgemein jedoch nicht abstrakt mehr, sondern sehr konkret. Diese Rechtspersönlichkeit drückt bezüglich der Produktionsmittel aus, dass die Einzelperson von dem Eigentumsrecht direkt ausgeschlossen ist, und nur als Staatsbürger bzw. als Mitglied einer Genossenschaft an dem gesellschaftlichen Eigentumsrecht teilnimmt. Für die persönlichen Gebrauchsgüter jedoch drückt die Kategorie des Rechtssubjektes das freie Verfügungsrecht über durch Arbeit erworbene Güter aus und weil das Recht auf Arbeit praktisch verwirklicht wurde, ist die zivilrechtliche Rechtspersönlichkeit auch in diesem Bezug nicht abstrakt, sondern konkret. Wir nehmen an, dass dies der reale Inhalt der theoretischen Diskussion in der sowjetischen Rechtswissenschaft ist, die um das Problem der abstrakten und konkreten Rechtsfähigkeit geführt wurde. In diesem Streit hat der Standpunkt von Bratus gesiegt, der sich für die abstrakte Rechtsfähigkeit bekannte, gegenüber Agarkow, der eine ziemlich verschwommen konzipierte konkrete Rechtsfähigkeit forderte. Unserer Meinung nach war der Standpunkt von Bratus eigentlich nicht auf die Abstraktheit der Rechtsfähigkeit sondern auf deren Allgemeinheit ausgerichtet, und in diesem Sinne hatte er unbedingt recht. Die Gedanken von Agarkow andererseits sind in der Hinsicht richtig, dass die zivilrechtliche Rechtsfähigkeit unter sozialistischen Umständen in dem oben erwähnten Sinne zugleich konkret ist.

Die unter sozialistischen Verhältnissen allgemeine, zugleich konkrete Kategorie der Rechtspersönlichkeit im Zivilrecht bedeutet jedoch gleichzeitig, dass die Beziehung zwischen beiden traditionell ausgestalteten Arten der Rechtssubjekte: das Verhältnis der physischen und juristischen Personen geändert worden ist. Die Rechtspersönlichkeit der juristischen Person ist – etwas übertrieben – unter sozialistischen Umständen Ausdruck der Wareneigentümer-Eigenschaft an Produktionsmitteln, die der physischen Person ist aber in demselben Sinne die Verallgemeinerung der Eigentümer-Eigenschaft. Aus dem allgemein bekannten Verhältnis dieser beiden Objekte des Eigentumsrechts ist zu erklären, warum die sozialistische Theorie des Zivilrechts so grosses Gewicht auf die Forschung des Problems der juristischen Person legt.

Was nunmehr die funktionelle Bedeutung der Kategorie der juristischen Personen betrifft, ist es nicht schwer die Parallele zwischen dieser und der Kategorie der Rechtspersönlichkeit der physischen Personen aufzustellen. Auf die Entwicklungsgeschichte der Letzteren im römischen Recht haben wir bereits hingewiesen. Das Rechtssubjekt, die »persona« hat ursprünglich den freien Einzelmenschen, den Menschen als Wareneigentümer ausgedrückt, wir könnten mit heutigem Wortgebrauch sagen: die Rechtspersönlichkeit der physischen Person, obgleich dieser Ausdruck selbst aus dem Mittelalter stammt. In der Entwicklung der Rechtspersönlichkeit der juristischen Perso-

nen war nunmehr ein neuer, im rechtlichen Sinne hervorragender Schritt vorwärts, dass das römische Recht und die römische Rechtswissenschaft, die die Kategorie der »persona« zuerst lediglich auf die physischen Personen aufgebaut haben — offensichtlich auf Einwirkung der Gegebenheiten der gesellschaftlichen Entwicklung — später nicht nur die Rechtspersönlichkeit des Einzel-Wareneigentümers, sondern auch *die des organisierten Gesamteigentums* entwickelt hat. So entstand im römischen Recht der Begriff der »Universitas«. Diese bedeutete aus vermögensrechtlich-strukturellem Gesichtspunkt eine Art des Miteigentums, deren Organisiertheit dadurch gesichert wurde, dass die ganze Gemeinschaft im Rechtsverkehr durch einen oder mehrere Vertreter sich offenbarte, wodurch das Bestehen und die Handlungsfreiheit der Gemeinschaft von der Person vom Dasein und Beschlüssen der Einzel-eigentümer unabhängig wurde. Wieweit dieses geschichtlich erste Gebilde der juristischen Person eine Art des Miteigentums ausdrückte, können wir dadurch genügend beweisen, dass die Römer selbst nicht dessen bewusst waren, dass sie eine qualitativ neue rechtliche Kategorie entdeckt und entwickelt haben. Sie unterschieden bewusst nie zwischen Universitas und deren Mitgliedern, Municipium und Municipales, Collegium und Sodales, die Universitas war für sie gleichbedeutend mit der Gesamtheit ihrer Mitglieder. Für die Römer war also der Miteigentumscharakter der juristischen Person noch nicht verschwommen. Erst im Mittelalter, unter dem Einfluss der scholastischen Philosophie und des auf deren Einwirkung in Bologna wiederbelebten römisch-rechtlichen und kirchenrechtlichen Denkens entstand die Unterscheidung zwischen »persona naturalis« und »persona moralis«, deren weltlich gewordene, im Zuge des XIX. Jh. modernisierte Version die Unterscheidung zwischen physischen und juristischen Personen wurde. Im Werdegang dieser rechtlichen Kategorien wurde auch im juristischen Denken das Gepräge der juristischen Person als Eigentumsgemeinschaft verwischt.

Wenn wir jedoch der Kategorie der juristischen Persönlichkeit ihre geschichtlich konkrete Bedeutung -- aufgrund der historischen Analyse -- wieder zurückgeben, genauer: wenn wir diese Kategorie wieder sinnvoll machen, nachdem ihre Bedeutung durch die Jahrhunderte des abstrakt-metaphysischen juristischen Denkens verloren ging, ist es nicht schwer die Frage zu beantworten, die bei uns und auch anderswo viel Sorge bereitet, wann eine bestimmte Organisation notwendigerweise juristische Person werden soll. Ob nämlich der Staat eine gewisse Organisation für juristische Person erklären, als solche anerkennen soll oder nicht, ist keinesfalls Frage des in voluntaristischem Sinne aufgefassten staatlichen Beschlusses. Es handelt sich nicht darum, ob der Staat eine bestimmte Organisation beliebig als juristische Person anerkennt oder nicht. Wie Marx einmal sagte, die Menschen machen selbst ihre Geschichte, jedoch unter gesellschaftlich bestimmten Bedingungen. Diese Bedingungen setzen die Bedürfnisse voraus, die befriedigt werden sollen, und

mittelbar wenn auch nicht automatisch - diejenigen Rechtsformen und Möglichkeiten, die geeignet sind, diese gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Im Werdegang der Warenverhältnisse tritt die Kategorie der juristischen Person geschichtlich in dem Moment auf, da die Absonderung des Gesamteigentums von den Personen der Organisationen notwendig wird, da die Warenverhältnisse zur Entwicklungsstufe gelangen, wo es in ihrer normalen Abwicklung ständige Hemmungen, Unsicherheiten auftreten würden, falls ihr Schicksal fortwährend von den Miteigentümern abhinge. In diesem Falle nämlich könnte der immer massenhafter werdende Warenverkehr nur über Stockungen und Umwege abgewickelt werden, was wegen des erreichten Niveaus des Warenverkehrs, seines Massencharakters, mit der glatten Abwicklung verknüpften Interesses klassenbedingter Natur nicht mehr zu dulden ist. Dieses gesellschaftliche Bedürfnis wurde und wird mit Hilfe der Kategorie der juristischen Person befriedigt, sofern sie das innere Rechtsverhältnis der Miteigentümer untereinander organisatorisch von dem Eigentumsrecht, das die Gemeinschaft als Ganzes ausübt, von dem durch das Ganze abgewickelten Warenverhältnis unabhängig macht. Weiter befriedigt die juristische Person dieses Bedürfnis in der Weise, dass sie die Eigentumsgemeinschaft *als Ganzes* in ein separates Rechtssubjekt umwandelt, hinter dem die inneren Verhältnisse der Miteigentümer je nach der Verschiedenheit der Fälle ungestört abgewickelt werden können, ohne dass es in der Funktion der ganzen Organisation Störungen verursachen würde. Das Entstehen des Rechtssubjektes wird dadurch manifestiert, dass die Organisation einen selbständigen Namen bekommt, unter ihrem eigenen Namen am bürgerlichen Verkehr technisch mit Einfügung des Rechtsinstituts der Vertretung teilnimmt: die Organisation als Ganzes wird durch ständige Vertreter ausgedrückt, die im Interesse der störungsfreien Abwicklung der Warenverhältnisse vermitteln. Aus all dem folgt, dass die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit in allen Fällen notwendig ist, da der gesellschaftliche Bedarf fordert, dass die Organisation in ihrem eigenen Namen an dem bürgerlichen Verkehr teilnimmt, die inneren Rechtsverhältnisse von den äusseren getrennt werden, da die Eventualitäten der inneren Rechtsverhältnisse die Gestaltung der äusseren Rechtsverhältnisse nicht beeinflussen dürfen, weil die inneren Rechtsverhältnisse die Aussenstehenden, die mit der Organisation in Verbindung tretenden Drittpersonen nicht berühren bzw. ihre Rechtsstellung nicht beeinträchtigen. Das Erfordernis der Trennung von inneren und äusseren Rechtsverhältnissen, der daraus folgenden Stabilität der Organisation, und der glatten, störungsfreien Abwicklung der Warenverhältnisse, dieser Bedarf steckt hinter der Kategorie der juristischen Persönlichkeit. Wenn und insoweit dieses Bedürfnis irgendwo und in irgendeinem Sinne auftauchte, *muss* der Staat die juristische Persönlichkeit anerkennen, widrigenfalls entstehen unvermeidliche Störungen und Schwierigkeiten in den Warenverhältnissen. Das ist das wissenschaftliche

Gesetz der Entwicklung und Anwendung der juristischen Person als rechtlichen Form.

Unter sozialistischen Umständen ist der Charakter der juristischen Person als Eigentumsgemeinschaft in dem erörterten Sinne in der zivilrechtlichen Persönlichkeit des Staates, der Genossenschaften, gesellschaftlichen Organisationen und Vereine, also in allen Fällen, da die Organisation in gewissem Sinne Mitglieder hat, klar und eindeutig zu sehen. Im Falle des Staates wird dieses »Mitgliedsverhältnis« freilich eine Relation der öffentlichen Gewalt und erscheint als ein Verhältnis der Staatsbürgerschaft. Im Falle der Produktionsgenossenschaften gesellt sich das Mitgliedsverhältnis zum Arbeitsverhältnis, erscheint also damit in einer Einheit. Viel fraglicher ist - wie es oben teilweise schon erwähnt war - die juristische Persönlichkeit der staatlichen Organisationen, besonders die der staatlichen Unternehmen. Wenn wir davon ausgehen, dass die juristische Persönlichkeit eigentlich eine Eigentumsgemeinschaft ist, und zwar deren höhere Form, in der die inneren Rechtsverhältnisse der Miteigentümer im Interesse ihrer glatten und schnellen Abwicklung von den Äusseren sich trennen, kann sehr fraglich sein, ob dieses organisierte Verhältnis der Eigentumsgemeinschaft in der juristischen Persönlichkeit der staatlichen Organe, insbesondere der staatlichen Unternehmen besteht bzw. in welchem Sinne es vorhanden ist. Wir haben bereits oben festgestellt, dass die staatlichen Unternehmen diejenigen Organe des Staates sind, durch die der Staat als Wareneigentümer auf dem Markt erscheint, als solcher in Verbindungen, Warenverhältnisse, besonders Tauschverhältnisse mit anderen Wareneigentümern eingeht, fallweise mit anderen staatlichen Unternehmen, also mit anderen Organisationen, durch die der Staat gleichfalls als Wareneigentümer auf dem Markt auftritt. Worin besteht der Ausdruck der höheren Form der juristischen Persönlichkeit der organisierten Eigentumsgemeinschaft im Falle des staatlichen Unternehmens, wenn sie überhaupt vorhanden ist? Warum ist die juristische Persönlichkeit des staatlichen Unternehmens wenn dieser Satz für staatliche Unternehmen überhaupt gültig ist Ausdruck einer höheren Form der organisierten Eigentumsgemeinschaft? Wir haben oben bereits gleichfalls festgestellt, dass ein Moment der Rechtslage des staatlichen Unternehmens im Gepräge des Wareneigentümers (nach aussen), das Andere im staatlichen Gepräge (nach innen bzw. oben) besteht. Das Moment der Eigentumsgemeinschaft - wenn überhaupt davon die Rede sein kann - muss in der Eigenschaft des Wareneigentümers zum Ausdruck gelangen. Als Wareneigentümer tritt jedoch das Unternehmen nur nach aussen, gegen Drittpersonen, anderen staatlichen Unternehmen usw. auf. Nach aussen demgegenüber kann man die Eigentumsgemeinschaft nicht anerkennen, weil dies unvermeidlich zu der Konzeption des Gruppeneigentums führen würde. Wir müssten nämlich anerkennen, dass die Gesamtheit der Werk tätigen im staatlichen Unternehmen kein einfaches Kollektiv der Werk tätigen ist, son-

dem ein wirkliches Eigentümerkollektiv und dies könnten wir nur um den Preis tun, dass wir das Aneignungsmoment, also das Eigentum im materiellen Sinne mit dem Eigentumsrecht im rechtlichen Sinne verwechseln würden. Im staatlichen Unternehmen gibt es also nach aussen kein Moment der Eigentumsgemeinschaft, dieser Weg ist also nicht gangbar. Wenn es aber nach aussen keine solche Eigentumsgemeinschaft besteht, kann sie nach innen bzw. oben vorhanden sein. Vielleicht besteht das Moment der Eigentumsgemeinschaft in der Rechtslage des staatlichen Unternehmens eben im staatlichen Gepräge des Unternehmens. Es ist nicht schwer einzusehen, dass es wirklich so ist. Vom staatlichen Unternehmen ist die Feststellung nunmehr allgemein akzeptiert, wonach es eine Unternehmung des Staates ist, davon haben wir den Satz abgeleitet, dass der Staat durch das staatliche Unternehmen als Wareneigentümer auf dem Markt auftritt. Wenn es aber so ist, *offenbart sich in der juristischen Persönlichkeit des staatlichen Unternehmens die Eigentumsgemeinschaft, die unter sozialistischen Umständen im Ganzen des Staates zum Ausdruck kommt*. Der Staat im Ganzen ist der Eigentümer der grundlegenden Produktionsmittel, der Staat im Ganzen »unternimmt« in jedem einzelnen staatlichen Unternehmen. Der Staat im Ganzen ist jedoch von dieser Seite betrachtet nichts anderes als die Eigentumsgemeinschaft der ganzen Gesellschaft, des ganzen werktätigen Volkes, aller Staatsbürger. Das Moment der Eigentumsgemeinschaft ist also zugleich hinter der juristischen Persönlichkeit des staatlichen Unternehmens vorhanden, jedoch in einem komplizierteren, schwerer erkenntlichen Sinne, der eine tiefere Analyse erfordert. Wie wir oben ausgeführt haben, wird das Eigentumsrecht der Mitglieder der Gesellschaft an den staatlichen Unternehmen durch ihre Staatsbürgerschaft vermittelt. Also: in vollem Einklang damit müssen wir behaupten, *die Gesamtheit der Staatsbürger als Eigentümer -- das ist die Eigentumsgemeinschaft, die in der juristischen Persönlichkeit eines jeden staatlichen Unternehmens zum Ausdruck kommt*. Es ist wieder eine andere Frage, ob diese juristische Persönlichkeit -- sonst in demselben Sinne -- aus Zweckmässigkeitsgründen auf solche staatliche Organe auszudehnen ist, die keine wirtschaftliche Rechnungsführung haben, sondern im System des Haushaltes wirtschaften. Das Gepräge der Eigentumsgemeinschaft zeigt sich auch in diesen Organen im staatlichen Charakter, in der Gemeinschaft der Staatsbürger als Eigentümer.

II

Die Verknüpfung im bürgerlichen Recht

6. Die grundlegende Widerspiegelung des rechtlichen Ausdruckes des Tauschverhältnisses d. i. der zur Verknüpfung der Wareneigentumsrechte dienenden Rechtsformel, die noch auf dem Boden des Privateigentums tra-

ditionell entstand, ist der Vertrag, genauer, der Warenvertrag, der die Warenmomente des Tauschverhältnisses spiegelt. Der Warenvertrag als rechtliches Gebilde drückt seinem materiellen Inhalt nach ein Tauschverhältnis aus, ein solches Tauschverhältnis, das aus dem Willen der einzelnen Wareneigentümer als Vertragspartner entstand. Der Warenvertrag ist also eine *willkürliche* Form des in allen Warenverhältnissen vorhandenen Verknüpfungsmomentes: die willensbedingte Verknüpfung der Wareneigentümer für den Zweck des Tausches ihrer Waren.

Unter sozialistischen Umständen erfolgt die Ausgestaltung der vertraglichen Bindungen der staatlichen Unternehmen untereinander in meisten europäischen sozialistischen Ländern mittels der Vertragstypengruppe »Planverträge« oder »Wirtschaftsverträge«. Hierher gehören vor allem die im Kreise der Abwicklung des Produktenverkehrs verwendeten Lieferverträge, weiters die Verträge, die in den sozialistischen Rechtssystemen unter verschiedenen Namen für Investitionen und Erneuerungen benützt werden. Diese Vertragsgruppe, die von den dreissiger Jahren in der Sowjetunion entwickelt wurde, ging in die Rechtssysteme der meisten europäischen sozialistischen Länder über.

Der historische Vorgänger gleichen Namens des Grundtyps des Planvertrages, des Liefervertrages war nicht einmal in der Wirtschaftspraxis gewisser kapitalistischer Länder unbekannt. Obgleich kein kapitalistisches Rechtssystem diese Art des Vertrages als einen gesetzlichen (bekannten) Vertragstyp geregelt hat, entstanden jedenfalls bereits unter kapitalistischen Umständen solche charakteristische Merkmale, die die hierher eingereihten atypischen Vertragsarten bzw. Mischverträge gemeinsam charakterisierten. Das entscheidende Moment dieser gemeinsamen Eigenschaften besteht darin, dass jeder »Liefer«-Vertrag unter kapitalistischen Verhältnissen ein *befristeter Vertrag* ist, also die Lieferung zu einem späteren Zeitpunkt nach Vertragsabschluss erfolgt. Ausser dem befristeten Charakter ist das andere Merkmal des traditionell bekannten »Liefer«-Vertrages, dass er immer auf *Übereignung des Eigentumsrechts einer Sache als Gegenleistung* hinzielt. Endlich besteht die dritte Eigenschaft darin, dass dieser befristete, auf Übereignung einer Sache als Gegenleistung hinzielende Vertrag *sowohl zum Typ der Kaufverträge wie zu dem der Werkverträge gehören kann*. Die Lieferung kann also direkt vom Lager erfolgen, also in der Weise, dass es sich um Übereignung des Eigentumsrechtes von Fertigprodukten handelt, da der Vertrag eigentlich ein *befristeter Kaufvertrag* ist, oder so, dass der Lieferer selbst oder mit Beteiligung von Nachbeauftragten die Sache herstellt oder herstellen lässt, die er zum ausbedungenen Termin zu liefern verpflichtet ist. In diesem Falle handelt es sich also um die Garantierung von einem Arbeitserfolg, um einen *befristeten Werkvertrag*. Das charakteristische Merkmal des traditionellen Liefervertrages ist demnach, dass er *von der rechtlichen Qualifizierung der Übereignung der Sache*, d. i. von

dem Umstand, ob der Lieferer eine fertige Sache liefert (Kauf) oder eine herzustellende Sache bzw. Arbeitserfolg garantiert (Werkvertrag), *absicht*. Eben diese Abstrahierung bietet über die Befristung hinaus das entscheidende Merkmal des Liefervertrages weshalb im rechtlich laischen Sprachgebrauch des Wirtschaftslebens dieser Vertragstyp entstand. Für den kapitalistischen Besteller ist nur wesentlich, dass er die bestellte Sache zum ausbedungenen Termin bekommt, ob es dann als Kauf- oder Werkvertrag qualifiziert wird, ist für ihn gleichgültig. Der Liefervertrag ist eben aus diesem Grunde unter kapitalistischen Umständen eine laische Benennung. Es ist darauf zurückzuführen, dass die Gesetzbücher zufolge der Bestrebung nach juristischer Exaktheit diesen Vertragstyp nicht benannt haben, obgleich diese Benennung in der Praxis oft vorkam. Wenn im Zusammenhange mit dem Vertrag irgendein Rechtsstreit oder ein anderes Problem auftauchte, das sachgemässe Beurteilung erforderte, war die Aufgabe des ausgebildeten Juristen zu entscheiden, ob es sich im gegebenen Falle um einen befristeten Kauf- oder einen ähnlich befristeten Werkvertrag handelt.

Dieser unter kapitalistischen Umständen bereits entwickelte, obgleich dort nicht gesetzlich benannte Vertragstyp ging von den dreissiger Jahren angefangen in das Rechtssystem der Sowjetunion über. Warum es zu dieser Zeit in der Sowjetunion begründet war, ist leicht begreifbar. In der Sowjetunion wurde nämlich in diesen Jahren die Methode *der Aufgliederung des zentral festgelegten Planes auf dem Wege der öffentlichen Gewalt* entwickelt, während das Unternehmen unmittelbar berührender, auf diesem Wege festgelegter Plantyp der Jahresplan wurde. Der Hauptzug des auf Kalenderjahr oder bisweilen kürzere Zeiträume aufgegliederten Planes aus dem Gesichtspunkte der Gestaltung der Verpflichtungen eines jeden Unternehmens war, dass es seine Planverpflichtungen den höheren Organen gegenüber für eine festgesetzte Frist, im allgemeinen für das Jahresende erfüllen musste. Damit man nunmehr für die Unternehmen den überall so festgesetzten Plan mit der ständigen Kooperation der Unternehmen vereinigen könne, benötigte man eine Vertragsart, dessen *Hauptmerkmal die Befristung* war, während das Problem der genaueren Qualifizierung, der Kauf- oder Werkvertragseseigenschaft des Vertrages in den Hintergrund gedrängt wurde. Der Mangel der rechtlichen Qualifizierung war dabei zu dieser Zeit für die Beurteilung der Rechtslage der staatlichen Unternehmen sogar vorteilhaft, diese waren ja laut traditioneller Auffassung des staatlichen sozialistischen Eigentumsrechts keine Eigentümer, so konnte der Produktenverkehr unter ihnen *keine Änderung der Eigentümer bedeuten*. Darum war die gesetzliche Benennung einer Vertragsart, in der die rechtliche Qualifizierung traditionell nicht genau war, vorteilhaft. Der heute in den sozialistischen Staaten bekannte Liefervertrag ist also nichts anderes, als die *Verknüpfung des befristeten Kaufvertrages und des befristeten Werkvertrages mit dem staatsgewaltlichen System der Volkswirtschaftsplanung und der*

übertieferten Auffassung der staatlichen Eigentumsrechte bzw. der Rechtslage des staatlichen Unternehmens.

Ausser bezüglich der Lieferverträge im engeren Sinne können wir eigentlich dasselbe über die übrigen wirtschaftlichen Vertragsarten behaupten, in welchen die werkvertragsartigen Leistungen überwiegend sind. Die letztgenannten Verträge sind eben dadurch mit den Lieferverträgen im engeren Sinn verknüpft, dass *es sich in beiden Fällen um die Organisation der termingebundenen Leistungen der plangebundenen Unternehmungen handelt.*

Eben zufolge dieser engen Verknüpfung der Planverträge und Wirtschaftsverträge mit der durch die öffentliche Gewalt festgesetzter Planverpflichtung bzw. der überlieferten Auffassung der Rechtslage des staatlichen Unternehmens wird die Frage begründet, ob die Kategorie der bisher bekannten Planverträge oder Wirtschaftsverträge auch weiterhin innerhalb unserer Rechtsordnung unter solchen Umständen bestehen kann, wo die Unternehmen im allgemeinen nicht mehr unmittelbar planverpflichtet sind, weiters als wir das staatliche Unternehmen nicht einfach als ein (beliebiges) Organ des Staates auffassen, sondern als eine Unternehmung des Staates, also ein Organ wodurch der Staat auf dem Markt als Wareneigentümer erscheint. Wenn keine durch administrative Mittel verhängte und durch die öffentliche Gewalt festgesetzte Planverpflichtung mehr besteht, hört das entscheidende Moment auf, das die prinzipielle Grundlage dieses Vertragstyps bildete. Es gibt keinen zergliederten Plan, keinen mit dem zergliederten Plan zusammenhängenden Planvertrag bzw. Wirtschaftsvertrag mehr. In derselben Richtung wirkt auch die im Entstehen begriffene neuartige Auffassung der Rechtslage der staatlichen Unternehmen. Wenn das staatliche Unternehmen kein beliebiges staatliche Organ mehr ist, sondern eine Unternehmung des Staates, also ein Organ, wodurch der Staat auf dem Markt als Wareneigentümer auftritt, muss man anerkennen, dass das staatliche Unternehmen über die Vermögensobjekte, die in seine Verwaltung gegeben wurden, als Eigentümer verfügt. In diesem Augenblick aber wird auch der andere Pfeiler aus rechtlichem Gesichtspunkt gestürzt, worauf neben der öffentlich-rechtlichen, administrativen Planung die Kategorie des Planvertrages oder des Wirtschaftsvertrages gebaut wurde. Es bleibt also das dritte Merkmal des überlieferten Planvertrages bestehen, dass es sich in allen hierher gehörenden Fällen um einen Vertrag mit Leistungstermin handelt, diese Vertragsart also geeignet sein kann, als Mittel der langfristigen Organisation der Verbindungen unter den Unternehmen zu dienen. Die Termingebundenheit allein erfordert jedoch keine eigenartige, aus rechtlichem Gesichtspunkte laische Vertragsart. So wie der traditionelle Liefervertrag lediglich eine die Verknüpfung des befristeten Kaufs, bzw. des befristeten Werkvertrages bezweckende laische Kategorie war, setzen *die Aufhebung der Planung durch öffentliche Gewalt und das Entstehen der neuartigen Auffassung bezüglich gesicherter Rechtsstellung der staatlichen*

Unternehmen diese Vertragsart in den Kreis des laiiischen wirtschaftlichen Sprachgebrauchs zurück. Die Verträge zwischen staatlichen Unternehmen können also aus rechtlichem Gesichtspunkte—unter welchen Benennungen immer wieder befristete Kauf- bzw. Werkverträge sein, ohne dass wir wegen dieser Umgestaltung der Vertragsformen um die feste Organisierung der Warenverbindungen zwischen staatlichen Unternehmen besorgt sein müssten.

Die Aufhebung des Systems der Planung durch öffentliche Gewalt kann jedoch nicht auf einmal, über Nacht vollzogen werden. *Der Planvertrag bzw. Wirtschaftsvertrag mit dem bisher bekannten Inhalt kann auch weiterhin während der stufenweisen Abschaffung dieses Systems der Planung auf den Gebieten weiter bestehen bleiben, wo dem Unternehmen irgendeine, im Wege der öffentlichen Gewalt festgesetzte Verpflichtung zum Vertragsabschluss obliegt.* Eine solche Verpflichtung kann im sog. Kontingentsystem, oder im System der Zuteilungen usw. begründet werden. Wo und insoweit ein solches System weiterhin besteht, wird offensichtlich auch der traditionelle Planvertrag verbleiben. Wo jedoch eine solche, im Wege der öffentlichen Gewalt bestätigte Produktverteilung nicht mehr vorhanden ist, kann der Planvertrag bzw. der Wirtschaftsvertrag nur als dieselbe laiiische Formel weiterbestehen, wie sie unter kapitalistischen Umständen war. Diese laiiische Formel kann freilich durch die Gewohnheit, rechtliche Inertie usw. stark unterstützt werden.

Weder der Kauf- noch der Werkvertrag erschöpft jedoch diejenigen Möglichkeiten, unter denen die auf dem Boden des gesellschaftlichen Eigentums entwickelten Tauschverhältnisse zustandekommen können. Die Steigerung der Selbständigkeit der Unternehmen, die Ermächtigung zur freien Gestaltung der Marktverbindungen bringt notwendigerweise mit sich, dass die *Vertragsfreiheit auch unter den Unternehmen in vollem Umfang anerkannt werden soll*, also das Prinzip, wonach die Parteien ihre Rechtsverhältnisse binnen der gesetzlichen Beschränkungen durch Vertrag nach ihrer Einsicht regeln dürfen. Dies bedeutet, dass die zwischen staatlichen Unternehmen zustandekommenen Verträge typisch, atypisch bzw. gemischt in gleicher Weise sein können, je nachdem es die Natur der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse, die von denen entspringenden Bedürfnisse erfordern. Alle möglichen Typen der Gestaltung der Warenverhältnisse vor auszusehen, ist laut Erfahrungen der Rechtsgeschichte völlig unmöglich. Eben unter Einwirkung dieser Erfahrungen, genauer der Entwicklung, Ausdehnung der Marktverhältnisse lösten sich die einst taxativ festgesetzten Vertragstypen stufenweise in jedem Falle auf, da sich die Warenverhältnisse unter den wirtschaftenden Einheiten in breiterem Kreise zu entwickeln begannen. Die Rechtsgeschichte überhaupt lehrt uns, dass die *gebundenen Vertragstypen auf den niedrigen Entwicklungsstund bzw. Beschränktheit der Warenverhältnisse hinweisen.* Die Entwicklung der Warenverhältnisse, der Abbau der Beschränkungen erfordern notwendiger-

weise den Abstand vom Prinzip der Typengebundenheit und die Anerkennung der Vertragstypenfreiheit.

In dem Verhältnis der Unternehmen können sich freilich auch in der Zukunft neuartige, eigenartige Vertragstypen entwickeln. Das war auch in der Vergangenheit möglich, wird auch in der Zukunft möglich sein, weil es in der Gestaltung der Warenverhältnisse eine Erleichterung bedeutet, wenn man das Rechtsverhältnis in allen Einzelheiten nicht von neuem zu regeln genötigt wird, sondern mit einer Verweisung auf allgemeine Regeln eines bereits entstandenen Typs sich begnügen kann, und gegebenenfalls nur die abweichenden Elemente des einzelnen Rechtsverhältnisses festsetzen darf. Dies war eben das gesellschaftliche Bedürfnis, das auch in der Vergangenheit zur Ausgestaltung der Vertragstypen führte. Diese Bedürfnisse meldeten sich auf dem Gebiet des Rechtes immer so, dass sich bestimmte Vertragsbedingungen wiederholten, massenhaft wurden, und *von diesen massenhaft gewordenen Vertragsbedingungen Vertragstypen entstanden*. Das ist offensichtlich der Weg der Ausgestaltung von neuen Vertragstypen auch unter den Verhältnissen der sozialistischen Warenwirtschaft.

Der Werdegang der rechtlichen Regelung aller Vertragsarten zeigt endlich, dass der Struktur der Tauschverhältnisse, die Methode der rechtlichen Regelung betrachtet, im allgemeinen die *dispositive Regelung* entspricht. Die Regeln müssen sogar auf höchster Stufe, also auch im Rahmen der als Verallgemeinerung der von unten zustandekommenen massenhaften Initiativen erscheinenden Vertragstypen im allgemeinen dispositiv sein — das jedoch auch unter den Umständen der sozialistischen Warenwirtschaft nicht verhindern kann, dass die Beschränkungen mittels kogenter Normen festgesetzt werden.

7. Eine andere Grundform der rechtlichen Spiegelung der Tauschverhältnisse im Zivilrecht ist über den Warenvertrag hinaus die *zivilrechtliche Verantwortlichkeit*. Das Tauschverhältnis ist seiner wirtschaftlichen Struktur nach ein Verhältnis der Äquivalenz, d. i. eine gesellschaftliche Verbindung, in der die Ware als ein Wertobjekt mit einer anderen Ware bzw. Geldsumme den Machthaber wechselt. Diese Natur der Äquivalenz im Warenverhältnis, in der Rechtssprache: die synallagmatische Natur spiegelt sich unter den im Recht gekannten Formen der Verantwortlichkeit, in der Verantwortlichkeit für den Gleichwert, in der *zivilrechtlichen Verantwortlichkeit*. Unter sozialistischen Umständen jedoch handelt es sich nicht um beliebige Warenverhältnisse oder Wareneigentümer. Der »Wärter« der Ware, der Wareneigentümer ist unter solchen Umständen meistens ein sozialistisches, staatliches Unternehmen bzw. eine Genossenschaft. Das staatliche Unternehmen und die Genossenschaft aber bedeuten gleichfalls eine bestimmte Art Menschengruppe, ein Kollektiv. Die Haftung des Kollektivs als Organisation im Zuge der Verantwortung anderen Kollektiven und Einzelpersonen gegenüber wirft

die reale oder potentielle, ganze oder teilweise *Umwälzung* der nach aussen eingegangenen Verantwortlichkeit auf die einzelnen Mitglieder des Kollektivs, auf diejenigen, die an der Abwicklung des Warenverhältnisses in irgendeinem Sinne beteiligt sind. Diese zweite Form der Verantwortlichkeit, die mit dem Warenverhältnis bzw. der synallagmatischen Verantwortlichkeit notwendigerweise verbunden ist, besteht in der Haftung des Werkstätigen des staatlichen Unternehmens bzw. des Mitglieds einer Genossenschaft dem Unternehmen bzw. der Genossenschaft gegenüber. Diese Haftung, deren Grund das Arbeitsverhältnis ist, die wir darum *Haftung aus dem Arbeitskreis* nennen können, knüpft sich notwendigerweise, zufolge der bereits erwähnten Natur der sozialistischen Warenverhältnisse an die auf dem Warenverhältnis beruhende synallagmatische Verantwortlichkeit. Sie ist nicht unbedingt tnis eine Verantwortlichkeit für den Gleichwert, weil das Ausmass der Haftung grundsätzlich nicht notwendigerweise den ganzen verursachten Schaden umfängt, ihr Ausgangspunkt ist jedoch jedenfalls der Gleichwert. Endlich knüpft sich die dritte Form der Verantwortlichkeit an das Warenverhältnis quasi von aussen, und bedeutet den imperativen Eingriff der staatlichen öffentlichen Gewalt in den Fällen, wo die Tätigkeit bestimmter Personen oder einer Organisation das durch den Staat vertretene Gesamtinteresse in kleinerem oder grösserem Masse verletzt. In diesen Fällen handelt es sich um eine *Verantwortlichkeit der öffentlichen Gewalt gegenüber*. Hierher können die verschiedenen administrativ-polizeilichen Typen der Verantwortlichkeit, weiters die strafrechtliche Verantwortung eingereiht werden.⁷

Diese Formen der Verantwortlichkeit einzeln betrachtet entspricht die Verantwortlichkeit für den Gleichwert der Natur der Warenverhältnisse am meisten, sie folgt daraus sogar notwendigerweise. Überall wo, und insoweit Warenverhältnisse vorhanden sind, muss auch diese Aequivalenzhaftung bestehen, also die Form der Verantwortlichkeit, in der die unter diesem Rechts-

⁷ Diese Dreigliederung der rechtlichen Verantwortlichkeit läuft parallel mit der Auffassung von Gyula Eörsi, der strafrechtliche und staatsrechtlich-verwaltungsrechtliche, zivilrechtliche, weiters arbeitsrechtliche und LPG-rechtliche Verantwortlichkeiten unterscheidet. (Vgl. *A polgári jogi felelősség kézikönyve -- Handbuch der zivilrechtlichen Haftung*. Budapest, 1966. p. 28.) Diese Parallele ist schon an sich relativ, deckt jedoch — laut Beurteilung des Verfassers dieses Aufsatzes — jedenfalls grundlegende Unterschiede der Anschauungen und Methoden. Gyula Eörsi differenziert die Verantwortlichkeitssysteme und ihre Gestalten laut ihrer *Funktion*. Der Verfasser dieses Aufsatzes geht demgegenüber *von der Natur der Gesellschaftsverhältnisse* aus, die die Haftungsverhältnisse begründen. Die rechtlichen Formen, unter ihnen die Verantwortlichkeitsformen, sowie die Funktionen dieser Formen können nur Folgen der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnissen sein. Hinter der formellen Parallele steckt also ein tiefgreifender Unterschied der Anschauungen. Dies ist übrigens nicht nur in dieser Hinsicht auszuweisen, sondern auch in der allgemeinen Betrachtungsweise, wie der Verfasser dieses Aufsatzes einerseits und Gyula Eörsi andererseits die auch in dieser Studie erörterten grundsätzlichen Probleme auffassen. (Vgl. *A szocialista polgári jog alapproblémái - Grundprobleme des sozialistischen Zivilrechts*).

titel verwendete Sanktion mit dem verursachten Schaden oder Rechtsnachteil gleichwertig ist. Die Äquivalenzhaftung ist weiters ihrem prinzipiellen Grunde nach *in jedem Falle eine deliktuelle, subjektive Verantwortlichkeit*. Das Prinzip des Verschuldens folgt von dem willensbedingten Charakter des Tauschverhältnisses selbst. So wie das Tauschverhältnis nicht allein ein einfaches Äquivalenzverhältnis, sondern auch den Umstand bedeutet, dass die Waren aus dem Willen ihrer Wärter getauscht werden, spielt dieses subjektive Moment (natürlich mit umgekehrtem Vorzeichen) auch dann eine zentrale Rolle, wenn es sich um eine sanktionierte Form des Tauschverhältnisses handelt, d. i. wenn der Wareneigentümer unter dem Titel der rechtlichen Verantwortlichkeit für den verursachten Schaden oder anderen Rechtsnachteil einstehen soll. Die Äquivalenzhaftung auf dem Grunde des Warenverhältnisses bedeutet weiters nicht nur von der objektiven Seite des Verhältnisses gesehen eine in der Form des Wertes pauschalisierte Haftung, sondern sie ist die gleiche *durchschnittlich gestaltete Haftung* auch aus der subjektiven Seite des Verhältnisses betrachtet. Diese durchschnittliche Gestaltung des subjektiven Momentes bedeutet näher soviel, dass die deliktuelle Verantwortlichkeit eben zufolge der Natur der Äquivalenzhaftung – sich nie in die Untersuchung der Fähigkeiten, Bildung usw. der verantwortlichen Personen einlassen kann. Das Verschulden kann und muss freilich zu der gegebenen Lage ins Verhältnis gebracht, also bis zu einem gewissen Masse konkretisiert oder jedenfalls relativisiert werden. Dieses relativ festgestellte Mass des Verschuldens wird jedoch noch immer eine durchschnittliche, von den konkreten Fähigkeiten, von der Bildung der verantwortlichen Person abstrahierte Haftung sein.

Die unserer Meinung nach notwendigerweise subjektive Natur der Verantwortlichkeit für den Gleichwert steht in scheinbarem Gegensatz damit, dass in den europäischen Rechtssystemen in den letzten 150 Jahren, eben als Folge des Fortschrittes der Produktion der Grossindustrie die sog. objektive Haftung erschien, also eine Art der Haftung, die – laut traditioneller Auffassung – von dem Verschulden unabhängig ist. Diese Entwicklung bzw. die Unterscheidung zwischen subjektiver und objektiver Haftung haben bereits viele Sorgen in der Rechtswissenschaft verursacht, und besonders die prinzipiellen Grundlagen blieben bis heute umstritten. Ohne das Gebiet der Diskussion zu berühren, die unter den Vertretern der bürgerlichen Rechtswissenschaft im Gange war und ist, kann die Auffassung in der sozialistischen Rechtswissenschaft als allgemein angenommen betrachtet werden, wonach die zivilrechtliche Verantwortlichkeit ihre Grundlage notwendigerweise im Verschulden hat. Die traditionell scharfe Gegenüberstellung der subjektiven und objektiven Haftung können wir unsererseits nicht gutheissen. In der Wahrheit handelt es sich unserer Auffassung nach darum, dass *die Entwicklung der Formen der Verantwortlichkeit in den europäischen Rechtssystemen sich stufenweise den Verhältnissen der grossindustriellen Produktion anpasste*, den

eigenartigen Umständen also, die eben unter solchen Verhältnissen die Lage des Geschädigten bzw. Schadenstifters charakterisieren. Die sog. *objektive Haftung* ist eigentlich also gleichfalls eine auf Verschulden gegründete, der Natur der Warenverhältnisse entsprechende, subjektive Verantwortlichkeit, sie ist nur die Anpassung der Haftung zu den Verhältnissen, die für die Grossindustrie kennzeichnend sind. Unter solchen Umständen ist der Geschädigte nicht nur imstande das Verschulden des Schadenstifters in überliefertem Sinne zu beweisen (man könnte diese Schwierigkeit mit Umwendung der Beweislast beheben), sondern der Schadenstifter selbst kann sich auch nicht wie gewöhnlich exkulpieren, sondern allein mit denjenigen Umständen, die zufolge der in der Grossindustrie gesteigerten Möglichkeit der Abwehr wirklich geeignet sind seine Schuldlosigkeit zu beweisen. Die so entstehenden und heute nunmehr für alle europäischen Rechtssysteme bezeichnenden zwei Arten der Haftung sind *in beiden Fällen Verschuldenshaftungen*, der Unterschied zwischen ihnen besteht nur darin, dass die Möglichkeit der Entschuldigung, bzw. der Grad des Verschuldens wegen der abweichenden Umstände verschieden ist: milder in den gewöhnlich für allgemein gehaltenen Fällen der Verantwortlichkeit, strenger in denen, die unter Umständen der Grossindustrie auftauchen. Es ist selbstverständlich, dass diese zweite, im allgemeinen als objektiv betrachtete Form der Haftung zur Zeit ihres Erscheinens als eine grundsätzlich neue, grundverschiedene Form dem System der Verantwortung gegenüber aufgefasst wurde, die die europäischen Rechtssysteme von der Zeit des römischen Rechtes an traditionell kannten, und die nicht einfach subjektiv sondern mit der Beweislast bezüglich Verschuldens an der Seite des Geschädigten verknüpft war. Diesem Verantwortlichkeitssystem gegenüber scheint das neu aufgetauchte System der objektiven Haftung nicht nur in der Abgrenzung der Entschuldigungsgründe, sondern auch soweit neu zu sein, dass es die Pflicht der Entschuldigung, die Beweislast auf den Schadenstifter umwälzte. Darauf ist es zurückzuführen, dass die Kluft zwischen beiden Haftungsformen in den Rechtssystemen, die über die subjektive Verantwortlichkeit hinaus auch die Regel der den Geschädigten belastenden Beweispflicht aufrechterhielten, auch heute grösser zu sein scheint. Längst wurde jedoch bewiesen, dass die subjektiv begründete Verantwortlichkeit auch dann subjektiv bleiben kann, wenn die Beweislast umgekehrt wird, und nunmehr den Schadenstifter belastet. In diesem Augenblick besteht der Unterschied zwischen den beiden Haftungsformen nur darin, dass der Schadenstifter sich im Falle der milderen Verantwortlichkeit mit jedweden Umstand entschuldigen kann, während dies bei schwereren Verantwortungsfällen nur durch taxativ festgesetzte Ursachen ermöglicht wird. Von hierher ist es nur ein Schritt zur Erkenntnis, dass *das anfangs aus historischen Gründen für grundsätzlich anders, objektiv gehaltene Haftungssystem eigentlich nichts anderes ist, als die Verwendung der subjektiven Haftung unter den Umständen der Grossindustrie*. Endlich ist es

selbstverständlich, dass diese schwerere Haftung (wie sonst jede rechtliche Form) — nach ihrem Entstehen — gleich allgemein zu werden begann, und geeignet wurde, andere spezifische Haftungsfälle zu regeln, die von irgendeiner Seite den Verhältnissen der Grossindustrie ähnlich waren.

Von der Verantwortlichkeit für den Gleichwert, die sich zu den Warenverhältnissen direkt anschliesst, der Natur derselben entspricht, unterscheidet sich grundsätzlich die Form der Verantwortlichkeit, die im Zusammenhange mit den Arbeitsverhältnissen, auf deren Boden entsteht. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, welche dieser Haftung als Grundlage dienen, enthalten in der sozialistischen Ordnung *keine Warennatur*, eben darum kann von einer Äquivalenzhaftung keine Rede sein. Die subjektive Grundlage der Verantwortung ist gleichfalls nicht von Warennatur, weil *das Verschulden nicht durchschnittlich gestaltet, sondern individualisiert ist*. Im Falle der Haftung aus dem Arbeitsverhältnis erscheint das Verschulden, das in formalem Sinne gleichmässig die Grundlage für die Äquivalenzhaftung und für die Haftung aus Arbeitsverhältnis bildet, tatsächlich mit verschiedenem qualitativem Inhalt im einen und anderen Falle. Bei der Verantwortlichkeit für den Gleichwert ist das Verschuldensmoment auf einen typisierten, durchschnittlich gestalteten Massstab des Verschuldens aufgebaut, und eben dieses Merkmal drückt die Warennatur der zugrunde liegenden Verhältnisse aus. Im Falle der Haftung aus dem Arbeitsverhältnis demgegenüber — eben weil es sich nicht um Warenverhältnisse handelt — muss man aufgrund der Erwägung der ganzen Haftung und Lage des zu Verantwortung gezogenen Werk tätigen die Grenze ziehen, unterhalb welcher von Verschulden keine Rede sein kann, überhalb welcher aber die verantwortliche Person bereits als schuldig qualifiziert wird. Aus dem Umstand, dass die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse keine Warennatur haben, folgt, dass dem zur Verantwortlichkeit gezogenen Werk tätigen gegenüber das Verschulden sowie die die Haftung begründenden Tatsachen *zu beweisen sind*, von einem Entschuldigungssystem der Haftung also keine Rede sein kann. Endlich ist es auch durch die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu erklären, dass das Mass der Verantwortlichkeit *nicht einmal grundsätzlich* die Gleichwertigkeit ist, sogar die verwendete Sanktion nicht unbedingt, in erster Reihe nicht von materieller, sondern von persönlicher Natur ist. Insofern aber die Haftung materiell ist und zufolge des notwendigen Zusammenhanges mit den Warenverhältnissen unter sozialistischen Umständen oft vorkommt, muss die materielle Seite der Haftung aus dem Arbeitskreis an den Gleichwert geknüpft werden, davon ausgehen. Diese Anknüpfung bedeutet soviel, dass *das normale Mass der Haftung aus dem Arbeitsverhältnis irgendeine aus der Gleichwertigkeit ausgehende Teilhaftung ist*, die freilich fallweise abweichend in der Rechtsregel festgesetzt werden kann, ausnahmsweise, in schwereren Fällen sogar mit der Bedingung, dass die Haftung bis zum Gleichwert (zur Erstattung des ganzen verursachten

Schadens) erhöht werde. Diese Ausnahmen ändern natürlich nichts daran, dass die Haftung aus dem Arbeitsverhältnis sich wohl an die Äquivalenzhaftung aus dem Warenverhältnis knüpft, jedoch grundsätzlich und notwendigerweise ein abweichendes Gepräge hat.

Endlich weisen wir nur kurz darauf hin, dass die Verantwortlichkeit der öffentlichen Gewalt gegenüber, die sich nur von aussen und ausnahmsweise an das Warenverhältnis schliesst, weder die Rolle der Äquivalenzhaftung, noch die der Haftung aus Arbeitsverhältnis übernehmen kann. Während die Letzteren — eine nach aussen, andere nach innen — unter sozialistischen Umständen der notwendigerweise sanktionierten Bewegung der Warenverhältnisse folgen, wird die Verantwortlichkeit der öffentlichen Gewalt gegenüber nur im Falle der Verwirklichung gewisser verhältnismässig in exakter Weise festgesetzten Tatbestände geltendgemacht. Über diesen Hinweis hinaus gehört die ausführlichere Erörterung dieser Art der Verantwortlichkeit nicht mehr zu den Aufgaben dieser Studie.

III

Wertmomente im Zivilrecht

8. Unter den im Zivilrecht ausgedrückten rechtlich geregelten Wertmomenten ist das erste und wichtigste zweifellos *der Preis*. Der Preis ist ein Wertmoment, das sich an die willensbedingte Form des Warenverhältnisses schliesst, die wir oben ausführlich erörtert haben. Eben darum ist es grundsätzlich keine Aufgabe des Zivilrechts, den Preis im Wege der öffentlichen Gewalt festzusetzen. Die Preisregelung bildet nach ihrer Lage im Rechtssystem keinen Bestandteil des Zivilrechts. Trotzdem bestehen zwischen der Preisregelung und dem Zivilrecht sehr wesentliche Zusammenhänge. Einer dieser Zusammenhänge besteht darin, dass die Frage auftaucht, wie sich der Inhalt des bürgerlichen Rechtsverhältnisses in dem Falle gestaltet, wenn der Gegenwert, der Preis in irgendeiner Form im Wege der öffentlichen Gewalt festgesetzt wird. Dies kann natürlich wieder unter sehr verschiedentliche Beurteilungen fallen je nachdem wie der Inhalt der Preisregelung durch die öffentliche Gewalt gestaltet wird. In dieser Hinsicht müssen wir — die Erfahrungen der sozialistischen Rechtssysteme in Betracht gezogen — vor allem demgemäss unterscheiden, ob die Preisregelung durch die öffentliche Gewalt ein- oder zweiseitig ist, also ob ihre Geltung sich auf eine Partei oder auf beide Parteien

bzw. beide Vertragspartner erstreckt. Die einseitige Preisregelung seitens der öffentlichen Behörde hat aus dem Gesichtspunkte des bürgerlichen Rechts keine direkte Bedeutung. Diese Art der Preisregelung (z. B. die Festsetzung von Kalkulationsfaktoren, oder nur auf eine Partei verbindlichen Richtpreisen usw.) bedeutet bloss Verpflichtungen der öffentlichen Behörde gegenüber, die eben darum in dieser Form auf dem Gebiet des Zivilrechts bzw. des dadurch geregelten Warenverhältnisses mittels zivilrechtlicher Sanktionen nicht gewährleistet werden können. Dies bedeutet praktisch soviel, dass eine Partei aufgrund einer solchen, einseitig verpflichtenden Preisregelung keinen Anspruch bzw. Mehranspruch der anderen Partei gegenüber erheben, keine zivilrechtliche Verantwortlichkeit gegen die Andere geltendmachen kann, sondern das Rechtsverhältnis gestaltet sich grundsätzlich so, als wenn eine Preisregelung von öffentlicher Gewalt gar nicht erfolgt wäre. Die Einhaltung dieser Preisregel, ihre Geltendmachung im Warenverhältnis, bzw. das Entstehen im Falle ihrer Verletzung ist ausschliesslich die Sache derjenigen Partei, der die Rechtsregelung adressiert ist. Auf das Gebiet des Zivilrechts tritt diese Preisregelung nur in dem Falle ein, wenn sie an alle Teilnehmer des Tauschverhältnisses gerichtet ist, für alle gewisse Verpflichtungen bezüglich der Preisgestaltung festsetzt. Der Inhalt dieser Regelung kann freilich sehr verschieden sein: Festsetzung eines Fixpreises, eines maximalen oder minimalen Preises.

In solchen Fällen ist es die Aufgabe des Zivilrechts, die Frage zu regeln, wie sich der Inhalt des Rechtsverhältnisses gestaltet, wenn die Parteien diese bilaterale bzw. multilaterale Preisregel der öffentlichen Gewalt verletzen. Grundsätzlich könnte man wohl den Standpunkt einnehmen, dass auch die Preisregeln dieser Art keine direkte zivilrechtliche Sanktionen haben, sondern der Inhalt des Rechtsverhältnisses und die zufolge der eventuellen Verletzung der Preisregeln entstehende (polizeiliche oder strafrechtliche) Verantwortlichkeit der öffentlichen Gewalt gegenüber voneinander unabhängig sind. Das Rechtsverhältnis gestaltet sich also inhaltlich in der Weise, wie die Parteien es vereinbarten, eine andere Frage ist jedoch, dass sie dem Staat gegenüber laut der Regeln der speziellen Verantwortlichkeit eintreten müssen. Eine solche scharfe Trennung zwischen Preisregelung und Zivilrecht ist jedoch nur grundsätzlich möglich, praktisch kommt es nicht vor (die Trennung hängt sonst auch davon ab, wie die Rechtsregel verfügt). Die Wirksamkeit der Preisregelung seitens der öffentlichen Gewalt wäre nämlich wesentlich vermindert, wenn nicht vernichtet dadurch, dass der Inhalt des zivilrechtlichen Rechtsverhältnisses von der Preisregelung unabhängig bestimmt wäre. Darum muss auch das Zivilrecht behilflich sein, damit die Preisregelung seitens der öffentlichen Gewalt wirklich zur Geltung komme. Das Zivilrecht kann diese Hilfe vor allem dadurch leisten, dass es den Vertrag für ungültig erklärt, soweit er gegen die Bestimmungen der verbindlichen Preisregelung verstösst. Nach

der Verwendung der Ungültigkeitssanktion bieten sich grundsätzlich wieder zwei Möglichkeiten. Entweder begnügt sich das Zivilrecht mit der partiellen Ungültigerklärung des Vertrages, der die Preisregelung verletzt, in welchem Falle eine weitere und hier nicht zu erörternde Frage ist, was mit dem ganzen Vertrag zufolge der partiellen Ungültigkeit geschieht, oder es ergänzt die Ungültigkeitsregel grundsätzlich negativen Inhalts mit einer Regel positiver Natur: es wird bestimmt, wie sich das Rechtsverhältnis anstatt der ungültig gewordenen Bedingung gestaltet. Letztere Lösung begründet vollständig die Harmonie der Preisregelung aus öffentlicher Gewalt und des Zivilrechts, auch unser Rechtssystem hat diesen Weg gewählt.

Die verbindliche Preisregelung ist jedoch nur eine der Möglichkeiten, die in Verbindung mit dem Problem des Preises als willensbedingten Wertes auftauchen. Die Preisregelung seitens der öffentlichen Gewalt wirft diese Frage gewissermassen von aussen dadurch auf, dass das zivilrechtliche Rechtsverhältnis zufolge des Eingriffes von aussen nachteilig beurteilt wird. Dieselbe Möglichkeit kann jedoch gleichsam binnen des Zivilrechts entstehen, also auf dem willkürlichen Boden des Warenverhältnisses, wenn sich zwischen der Leistung und Gegenleistung ein auffallend grosser Wertunterschied zeigt. Das ist der Fall der bei uns *antisynallagmatisch* genannten Verträge. Das auffallende Missverhältnis der Leistung und Gegenleistung - wenigstens in gewissen Fällen - bewegt die meisten modernen Rechtssysteme, kapitalistische wie sozialistische gleichermaßen, zum Eingriff. Die Zeit ist längst vorbei, da sich das Privatrecht im Kapitalismus des freien Wettbewerbs nicht darum kümmerte, wie sich das Verhältnis der Leistungen zwischen den Parteien gestaltet. Wenigstens in solchen Fällen, da sich eine Partei die Lage der anderen ausnützend auffallenden, unproportionierten Vorteil ausbedingt, sprechen die meisten Rechtssysteme von Wucher, und machen dessen Folgen auch in der rechtlichen Regelung des Warenverhältnisses geltend. Die in dem ungarischen Rechtssystem angewandte Lösung jedoch, wonach der antisynallagmatische Vertrag über die Grenzen des Wuchers hinaus, also auch dann unter Sanktion fällt, wenn es sich nicht um die Absicht des Wuchers handelt, sondern ein einfaches objektives Missverhältnis besteht, wird nicht allgemein akzeptiert. Der antisynallagmatische Vertrag, der sonst historische Vorgänger in den europäischen Rechtssystemen hat, ist ein relativ neues Rechtsinstitut im ungarischen Zivilrecht. Die Erfahrungen der vergangenen letzten Jahre sind noch nicht genug, eine Meinung mit dem Anspruch auf Authentizität darüber zu begründen, ob eine Sanktion, die mit der Struktur des Warenverhältnisses grundsätzlich harmonisiert, sogar dem abstrakten strukturellen Schema des Warenverhältnisses sozusagen direkt folgt, sich bewähren wird. Soviel scheint sicher zu sein, dass auch in dieser Hinsicht sehr viel von der Gerichtspraxis abhängig ist. Wenn die Rechtsprechung das Institut des antisynallagmatischen Vertrages kleinlich verwendet, also in der Weise, dass das Moment des im

Warenverhältnis notwendigerweise immanenten Risikos vernichtet wird, bringt sie gewiss mehr Schaden als Vorteil. Wenn aber die gerichtliche Praxis sich so gestaltet, dass dieses Institut grosszügig, unter Beachtung der Natur der Warenverhältnisse, also wirklich nur auf die auffallenden, hervorstechenden Fälle angewendet wird, kann sich das Institut grundsätzlich bewähren. Es steht laut Erfahrungen heute bereits fest, dass der antisynallagmatische Vertrag weitere dogmatische Ausarbeitung beansprucht. In Grenzfällen kann dieses Institut mit anderen zivilrechtlichen Instituten in sehr nahe Verbindung geraten (z. B. mit den Regeln der mangelhaften Leistung), und die Abgrenzung der Praxis Schwierigkeiten verursachen.

Die subjektive Form des antisynallagmatischen Vertrags, der Wucher ist in zahlreichen modernen europäischen Rechtssystemen als ein bewährtes Rechtsinstitut bekannt. Das Zivilrecht kann bezüglich der rechtlichen Regelung des Wuchervertrages grundsätzlich zwei verschiedenartige Lösungen wählen. Eine ist die subjektive Bestimmung des Tatbestandes des Wuchervertrages, also die Regelung, wonach von einem Wuchervertrag nur dann die Rede sein kann, wenn der Bewucherte gegen den Vertrag mit dem Beweis auftritt, dass der Wucherer seine Leichtsinngigkeit, Unerfahrenheit, also im allgemeinen seine subjektiven Mängel ausnutzend die Vorteile des Wuchers für sich ausbedungen hat. Die andere Lösung ist, wenn wir von der taxativen Aufzählung dieser subjektiven Momente absehen, und den Wucher schon für feststellbar halten, wenn der Wucherer mit Ausnutzung der Lage der anderen Partei für sich einen unangemessenen Vorteil ausbedingt. Die zwei Arten der Lösungen bedeuten grundsätzlich auch zwei verschiedene Grade der Beurteilung des Wuchers. Es ist selbstverständlich, dass das ungarische Recht bei einer solchen Wahl den letzteren Standpunkt einnimmt.

9. Eine andere Form der im zivilrechtlichen Rechtsverhältnis liegenden Wertmomente, und zwar eine Sanktionsform ist der *Schadenersatz*, der sich direkt dem Rechtsverhältnis der Verantwortung als einer sanktionierten Form der im Warenverhältnis liegenden Möglichkeit bzw. Notwendigkeit der Verknüpfung anschliesst. Der Schadenersatz ist natürlich nicht die einzige Möglichkeit der zivilrechtlichen Sanktion, und zugleich nicht die einzige Folge des Rechtsverhältnisses der Verantwortlichkeit. Jedenfalls ist es die typischste, am häufigsten verwendete zivilrechtliche Sanktion, die man nicht ohne Grund dem Preis gegenübergestellt — *Sanktionsgleichwert* nennen kann.

In Verbindung mit dem Schadenersatz als Sanktionsgleichwert tauchen zahlreiche theoretische Probleme auf. Wir versuchen an dieser Stelle nur die wichtigsten von ihnen hervorzuheben. Die Erfahrungen der Gesetzgebung, die Regeln der sozialistischen sowie kapitalistischen Gesetzbücher weisen gleichfalls darauf hin, dass ein Hauptmerkmal der Schadenersatzsanktionen im

Gleichwertscharakter des Schadenersatzes besteht, also in der Eigenschaft, dass der Schadenersatz grundsätzlich dem angerichteten Schaden gleichwertig sein muss. Im Schadenersatz ist zweifellos der Gedanke der Wiederherstellung des vorigen Standes vorhanden, die in gewissen Zivilgesetzbüchern, so auch in dem ungarischen, ausdrücklich erwähnt wird. Durch den Schadenersatz wird im allgemeinen der vorige Zustand nicht natural wiederhergestellt, sondern der durch die Rechtsverletzung angerichtete Schaden wird um Geld erlöst. Der Gleichwertscharakter des zivilrechtlichen Schadenersatzes war nunmehr in einigen sozialistischen Rechtssystemen nicht immer klar; ob die auf die Figur der Warenverhältnisse zugeschnittene Verantwortlichkeit bzw. der daraus folgende Schadenersatz notwendigerweise gleichwertig mit dem angerichteten Schaden sein soll. Wenn vielleicht in der Gesetzgebung nicht, in der Rechtsprechung und in gewissen rechtspolitischen Erwägungen jedoch oft tauchen solche Ideen auf, wonach bei der Beurteilung der Verantwortlichkeit im allgemeinen einzelne isolierte Verhalten zur Untersuchung hervorzuheben nicht richtig ist, sondern im Besitze von entsprechenden ausgedehnten Informationen das ganze Verhalten der handelnden Person, das Gesamtergebnis ihrer Tätigkeit zu erwägen genötigt wird. Die derartigen Ideen weisen immer darauf hin, dass der unbedingt notwendige Zusammenhang zwischen dem zivilrechtlichen Schadenersatz und der auf dem Warenverhältnis beruhenden Verantwortlichkeit nicht einleuchtend ist, dass um die Verwendung der zivilrechtlichen und darum Gleichwertshaftung solche Ideen auftauchen, die eben bei den nicht-warenartigen Haftungsformen, im Kreise des grundsätzlich persönlichen Einstehens begründet sein können. Der Grundgedanke der Feststellung eines Schadenersatzes im Kreise des Warenverhältnisses kann nur sein, dass das Zivilrecht in dem es ein Warenverhältnis regelt, dieses Warenverhältnis im Kreise der Verantwortlichkeit sozusagen umdreht: es verbindet die Parteien, die im Tauschverhältnis mit einem nicht-sanktionierten Charakter, also willensbedingt ohnehin verbunden sind, nunmehr aber mit sanktioniertem Gepräge. Dies bedeutet klarer ausgedrückt, dass das Zivilrecht den Schadenstifter zu einem mit dem angerichteten Schaden gleichwertigen und keinesfalls grösseren Schadenersatz verpflichtet. Bei der Gleichwertigkeit des Schadenersatzes mit dem angerichteten Schaden haben ausser der Schadenstiftung keine andere Verhalten irgendeine Bedeutung. Dieses Gepräge der Gleichwertigkeit als allgemeine Regel kann freilich der Schaffung einer solchen Norm nicht im Wege stehen, die das Gericht ermächtigt, in Ausnahmefällen, besonders wenn der volle Schadenersatz den Schadenstifter sehr schwer, unerträglich belasten würde, die Summe des Schadenersatzes zu ermässigen. Diese Möglichkeit, die in den modernen Zivilgesetzbüchern wiederholt vorkommt, ist jedenfalls eine Ausnahme, sogar als ein selten verwendbares Verfahren, das den grundsätzlichen Gleichwertscharakter des Schadenersatzes nicht beeinträchtigen kann.

Ein zweites, wesentlich schwereres prinzipielles Problem, das charakteristisch in den europäischen sozialistischen Rechtssystemen auftaucht, hängt mit dem Grundsatz der sog. realen Erfüllung zusammen. In engerem Sinne bedeutet dieser Grundsatz, dass das Geld im Kreise der Vertragsverhältnisse die Ware nicht ersetzt, man muss also die Naturalerfüllung des Vertrages erzwingen, solange dies überhaupt möglich ist, und eine Abfindung in Geld nur ausnahmsweise, in äusserstem Falle ermöglicht werden kann. Die sozialistischen Rechtssysteme gehen bei der Geltendmachung dieses Grundsatzes soweit, dass sie in gewissem Kreise, besonders im Verhältnis der staatlichen Unternehmen die Ersetzung der Naturalerfüllung durch Abfindung in Geld auch in dem Falle ausschliessen, wenn dies die Parteien vereinbaren. Nach unserer Beurteilung folgt diese Auslegung der Realerfüllung von den Grundsätzen des sozialistischen Rechtssystems nicht unbedingt, es ist in erster Reihe die Folge des Umstandes, dass der Wirtschaftsmechanismus der sozialistischen Gesellschaft, und natürlich die Zivilgesetzbücher, als die rechtlichen Ausprägungen desselben, für eine gewisse Zeit auf die Knappheit der Warenverhältnisse aufgebaut wurden. Unter den neuen Umständen, da auch das sozialistische Rechtssystem ein grösseres Gewicht auf die Selbständigkeit der Unternehmen, auf die Belebung der Warenverhältnisse und damit im Zusammenhang auf die entsprechende, dies fördernde Gesetzgebung legt, wird unseres Erachtens nicht mehr begründet sein, die Möglichkeit der Abfindung der Naturalerfüllung im Geld im Kreise der Vertragserfüllung so streng auszuschliessen.

Die letzte Frage endlich, die wir bei der Untersuchung der Verbindungen zwischen Warenverhältnis und Schadenersatz erörtern möchten, ist das Problem des Ersatzes eines Schadens, der nicht das Vermögen trifft. Die sozialistischen Rechtssysteme vertreten in dieser Hinsicht mehr oder weniger einheitlich den Standpunkt, wonach immaterielle Werte in Geld nicht auszudrücken und darum nicht abzugelten sind. Eine Entschädigung in Geld für einen Schaden, der nicht das Vermögen trifft, kann also nicht gewährt werden. Es wäre schwer die Überzeugungskraft der Logik dieses Gedankenganges zu leugnen. Wir nehmen auch den Standpunkt ein, dass es grundsätzlich unmöglich ist, den Schadenersatz in zivilrechtlichem Sinne für die Sanktionierung der immateriellen Interessenverletzungen zu verwenden. Trotzdem ist auch die Erfahrung beachtenswert, dass die Verhängung eines materiellen Nachteils auf den Schadenstifter eines nicht das Vermögen treffenden Schadens ein sehr wirksames Vergeltungs- und Erziehungsmittel, letzten Endes also ein sehr bedeutendes Mittel der Vorbeugung einer solchen Interessenverletzung sein kann. Darum halten wir die Verwendung einer Art »Schmerzensgeld« unter den Instituten der Verantwortlichkeit für immaterielle Interessenverletzungen für erwägungswert, ohne dass wir die Idee der Entschuldigung in Geld für nicht das Vermögen treffende Nachteile unterstützen möchten. Zweifellos ist dieses »Schmerzensgeld« kein Schadenersatz, und wird nie geeignet sein die

immateriellen Schaden abzugelten — einfach weil es überhaupt nicht möglich ist. Ein solches Mittel kann jedoch in solchen gesellschaftlichen Systemen, in denen die Waren- und Geldverhältnisse im Interesse der Steigerung der Wirksamkeit der Verantwortlichkeit eine grössere Rolle spielen, sehr wirksam verwendet werden.

Im Kreise der Verbindung zwischen Warenverhältnis und Zivilrecht — besonders wenn diese Verbindung gegebenenfalls von der Seite der Wirtschaftspolitik auftaucht — verdient die Frage *der Wirksamkeit der Verantwortlichkeit* im allgemeinen grosse Beachtung. Keine Formation der sozialistischen Wirtschaftspolitik entbehrt nämlich die Regelung der Verantwortlichkeit. Trotzdem ist es öfters festzustellen, dass die Geltendmachung der Verantwortlichkeit für kleine Dinge, eine diesbezügliche kleinliche Praxis eine Verantwortungslosigkeit in grossen Dingen deckt. Darum müssen wir das ganze System der Verantwortung, darin die Regelung der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit vor allem in der Beziehung untersuchen, wie wir die rechtliche Verantwortung im allgemeinen und die zivilrechtliche Verantwortlichkeit insbesondere wirksamer gestalten und feststellen können, worin die allgemeinen Bedingungen der Wirksamkeit einer gegebenen Verantwortungsform bestehen.

Die Erfahrung zeigt nach unserer Beurteilung, dass die rechtliche Verantwortlichkeit insofern wirksam ist, als das gegebene System der Verantwortlichkeit in seinen Grundsätzen, in der positiv-rechtlichen Regelung und Praxis zugleich *zwei wichtigen Erfordernissen* entspricht. *Die gegebene Form der Verantwortlichkeit muss erstens mit der objektiven Natur der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse übereinstimmen, zweitens soll die verwendete Sanktion der verübten Rechtsverletzung angemessen sein.* Diese zwei Erfordernisse melden sich freilich in einer Einheit, es handelt sich ja um zwei Seiten desselben Erfordernisses, doch scheint es möglich zu sein, die zwei Erfordernisse für die ausführliche Darstellung gesondert zu prüfen.

Auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens bedeutet das Erfordernis, wonach die verwendete Form der Verantwortlichkeit der Natur der Gesellschaftsverhältnisse entsprechen soll, dass die Verantwortung im Kreise der Verhältnisse des Wirtschaftslebens vor allem Warenform anzunehmen hat. Diese warenförmige Verantwortung, die Gleichwertshaftung ist aber dann wirksam, wenn die Wareneigentümer-Organisationen wirklich Interesse am regelrechten Verfahren haben, wenn also das vom Gesichtspunkt des Gemeininteresses erwünschte Verfahren ihnen nicht von aussen angezwungen werden muss, sondern ihren Eigeninteressen auferlegt wird.

Die ständigen Anweisungen um jeden Preis, und die im Falle der Verletzung dieser verwendeten Sanktionen von behördlicher Natur sind unter anderem auch daher unwirksam, weil hinter ihnen das wirkliche Interesse fehlt, und die verwendete Form nicht oder nicht genügend mit der Warennatur der zugrunde liegenden Verhältnisse rechnet. Nachdem aber das Waren-

verhältnis unter sozialistischen Umständen in der Verbindung der Kollektive untereinander erscheint, die inneren Verhältnisse der Kollektive jedoch keine Warenverhältnisse sind, mit denen aber notwendigerweise zusammenhängen, kann auch die Gleichwertshaftung von Warenform nur dann wirksam sein, wenn sie ins Innere des Unternehmens bzw. der Genossenschaft vordringen und hier in eine Verantwortlichkeit aus dem Arbeitsverhältnis umwandelt werden kann. Diese Verantwortung aus dem Arbeitsverhältnis kann jedoch wiederum *nur in dem Falle wirksam sein, wenn das dem Gemeininteresse entsprechende Verfahren einerseits das Interesse des Unternehmens, andererseits das des Werkstätigen wirklich vertritt, wenn es also eben darum nur ausnahmsweise zur Verwendung einer jeden Form kommt*. Noch mehr ausnahmsweise verwendet kann nur die Verantwortlichkeit, die sich den Warenverhältnissen von aussen nähert, besonders die strafrechtliche Verantwortung wirksam sein. Die strafrechtliche Verantwortung ist im allgemeinen nicht geeignet ein wirksames Mittel der systematischen Sanktionierung der Warenverhältnisse oder der Arbeitsverhältnisse zu sein. Sie entspricht der Natur der zugrunde liegenden Verhältnisse nur dann, wenn die Intervention der Staatsgewalt gegen die den Gang der Waren- und Arbeitsverhältnisse schwer störenden Handlungen ausnahmsweise wirklich begründet ist.

Das andere Erfordernis, das nur mit dem ersten zusammen die Wirksamkeit des Systems der Verantwortlichkeit sichern kann, hängt vom Mass der verwendeten Sanktion ab. Im Falle der Verantwortlichkeit von Warennatur ist die Wahlfreiheit des Gesetzgebers freilich grundsätzlich beschränkt, weil die Verantwortlichkeit prinzipiell von Gleichwertsnatur ist. Wenn aber der Gesetzgeber — wie es unter den modernen wirtschaftlichen Verhältnissen und besonders um die Verwendung der Schadenersatz-Sanktionen ordnungsgemäss geschieht — den Schadenersatz in einem Pauschalbetrag, als Konventionalstrafe oder von ähnlichem Gepräge festlegt, kann das Mass der Sanktion hinsichtlich der Wirksamkeit der Verantwortlichkeit eine wesentlich grössere Rolle spielen. Noch intensiver ist der Zusammenhang des Masses der Sanktion mit der Wirksamkeit der Verantwortung im Falle der Verantwortlichkeit aus dem Arbeitskreis und von der öffentlichen Gewalt. Die zu niedrige Sanktion ergibt eine Unbekümmertheit, die zu hohe eine stumpfe Ergebung und Fatalismus. Die mobilisierende Wirkung der Sanktion wird in beiden Fällen geschwächt, die Wirksamkeit der Verantwortlichkeit verhindert.

Die beiden Erfordernisse können freilich nur zusammen und einheitlich wirken. Das Hinab- oder Hinaufsetzen der Verantwortungssanktion allein hilft nicht, wenn die gegebene Verantwortungsform der Natur der zugrunde liegenden Verhältnisse nicht entspricht. Umgekehrt ist die der Natur der zugrunde liegenden Verhältnisse entsprechende Sanktion gleichfalls nicht wirksam, wenn sie zu hoch oder zu niedrig ist.

IV

Schlussfolgerungen

10. Durch obige Ausführungen wollte ich eigentlich eine einzige These beweisen: jede Erscheinung, jedes Grundinstitut des Zivilrechts stammt letzten Endes vom Warenverhältnis als realem Grund, von dessen Widerspiegelung im Rechte, und ist daraus zu erklären. All die Unsicherheiten, strittige Fragen, die sich bisher unter sozialistischen Umständen bezüglich der Stellung des Zivilrechts im Rechtssystem und dessen Grundinstitute zeigten und bis heute immer wieder auftauchen, sind im Grunde darauf zurückzuführen, dass Rolle und Stellung der Warenverhältnisse im sozialistischen Gesellschaftssystem nicht geklärt waren. Es ist nicht zu behaupten, dass die neuste Literatur der Volkswirtschaftslehre, die sonst in zahlreichen Fragen hervorragende Erfolge erzielt hat, diese Unsicherheit völlig aufgeklärt hätte. Zahlreiche Fragen der Volkswirtschaftslehre sind noch zu klären, deren Lösung die Vorbedingung zur Klärung bzw. vollkommeneren Klärung zahlreicher Fragen der Zivilrechtswissenschaft bilden. So entbehren wir besonders die vielseitige und tiefgreifende theoretische volkswirtschaftliche Analyse der unter sozialistischen Bedingungen hergestellten und in Verkehr gebrachten Waren sowie der Warenverbindungen, wie sie in den Werken von Marx für Waren und Warenverhältnisse entstanden auf dem Boden des Privateigentums zu Verfügung steht. Freilich darf und soll die Zivilrechtswissenschaft, solange die Theorie der Volkswirtschaftslehre diese Arbeit durchführt, keinesfalls untätig warten, die bisherigen Ergebnisse der Volkswirtschaftslehre haben ja befruchtend auf die Wissenschaft des Zivilrechts ausgewirkt. Eine volkswirtschaftliche Analyse mit dem Anspruch des entsprechenden wissenschaftlichen Niveaus kann jedoch der Jurist nicht durchführen.

Wenn es uns in unseren Ausführungen gelungen ist, zu beweisen, dass das Zivilrecht in seinem vermögensrechtlichen Teil nichts anderes ist, als die direkte rechtliche Spiegelung der Warenverhältnisse, sind nur noch einige Schritte nötig, dass wir einen Ausblick auf diejenigen nicht-vermögensrechtlichen Verhältnisse haben, die in den Kreis der zivilrechtlichen Regelung gehören, und deren unzertrennlicher Zusammenhang mit den Warenverhältnissen allgemein bekannt ist und keiner weiteren Beweisführung bedarf. Für diese nicht-vermögensrechtlichen Verhältnisse — wie wir es an anderer Stelle zu beweisen versuchten — ist bezeichnend, dass das Zivilrecht auf diese nicht-vermögensrechtlichen, persönlichen Verhältnisse die für die Warenverhältnisse charakteristische, spezifisch-zivilrechtliche Regelungsmethode ausdehnt und diese nicht-vermögensrechtlichen Verhältnisse in Warenform, in der für die Spiegelung der Warenverhältnisse bezeichnenden Art regelt.

Wenn wir diese zwei Ergebnisse miteinander in Korrelation bringen, steht die vollständige Definition des Wesens — oder sogar Begriffes — des sozialistischen Zivilrechts vor uns. Das Zivilrecht ist demnach der Zweig des sozialistischen Rechtssystems, der die Warenverhältnisse unter sozialistischen Umständen, sowie die mit denselben unzertrennlich zusammenhängenden nicht-vermögensrechtlichen (persönlichen) Verhältnisse mit einer der Spiegelung der Warenform entsprechenden Methode regelt.

Rapport de marchandises et droit civil

M. VILÁGHY

Les recherches sur des correlations entre les rapports de marchandises et le droit civil ont actuellement une haute importance non seulement théorique, mais aussi pratique. L'étude des tendances de réforme économique qui se sont concrétisées tout récemment dans les pays socialistes européens, permet de relever un trait de caractéristique commun notamment que toutes ces tendances ont de commun la reconnaissance — plus ou moins consciente — qu'il existe des rapports de marchandises même dans les conditions d'une société socialiste. Et cela étant ainsi, il faut en tirer des conclusions valables sur la politique d'économie et développer les formes juridiques de façon qu'elles soient conformes au caractère de marchandise des rapports leur servant de base. C'est ceci qui donne de l'actualité au sujet choisi au point de vue pratique. Prenant prétexte de ces prémisses, l'auteur traite les questions de corrélation entre les rapports de marchandises et le droit civil socialiste en les groupant en trois parts. Tout d'abord il soumet à l'étude le problème, comment les éléments de séparation qui caractérisent en général le rapport de marchandises se traduisent dans le droit civil. Il examine ensuite les expressions de droit civil de la liaison qui est supposée naturellement par la séparation. Pour terminer, les éléments de valeur font l'objet de l'étude laquelle se termine en tirant quelques conclusions générales

Товарное отношение и гражданское право

М. ВИЛАГИ

Изучение взаимосвязей между товарным отношением и гражданским правом в последние годы приобрело важное значение не только с точки зрения теории, но и практики. Если мы проследим за стремлениями экономических реформ, сложившимися в последние годы в европейских социалистических странах, в качестве общих черт всех этих реформ можем выделить следующее: каждое из этих стремлений поконится на познании того, что продукция, имеющая характер товара, и товарные отношения существуют и при социализме. Если же они имеются, тогда из них необходимо сделать важные хозяйственно-политические выводы и правовые формы необходимо сделать такими, чтобы они соответствовали товарной природе лежащих в их основе товарных отношений. В этом состоит актуальность темы с точки зрения практики. Исходя из этой предпосылки, вопросы взаимосвязей между товарными отношениями и гражданским правом автор статьи рассматривает в связи с тремя частными темами. В первую очередь исследует вопрос, как отражаются отличительные признаки, характерные для товарного отношения вообще в гражданском праве. В качестве второго вопроса исследует гражданско-правовые методы выражения естественно предполагаемого посредством отмежевания, соединения, наконец, в третьих, рассматривает моменты ценности. В заключение делает несколько общих выводов.

Le sens et les formes de l'unité de la législation et de l'exécution dans l'Etat socialiste d'aujourd'hui

par

O. BIHARI

Professeur à la Faculté de Droit de l'Université à Pécs

Après un court aperçu des conceptions et de la pratique bourgeoises en droit public et après l'analyse des chemins jusqu'ici parcourus par la théorie socialiste lors de son développement, l'étude esquisse les problèmes actuels relatifs aux relations entre les éléments de représentation et techniques, c'est-à-dire les problèmes de la fonction du parlement et du gouvernement.

En ce qui concerne les relations entre parlement et gouvernement il y a trois sortes de réglementation, notamment: *a)* Un des pôles est représenté par la solution tchécoslovaque, visant à attacher l'activité du gouvernement étroitement aux fonctions de l'Assemblée nationale, pour qu'elle soit essentiellement au service — à la préparation et exécution — de ces fonctions. *b)* A l'autre pôle se trouve la solution allemande, en vertu de laquelle le conseil des ministres est un organe autonome de la science de l'organisation, en conséquence de quoi son rôle change considérablement. *c)* A mi-chemin sont situés les modèles reflétant une division de travail à niveaux différents.

Les formes anciennes de l'unité de législation et d'exécution, pouvoir d'Etat et administration, ne sont plus utilisables. Le nouveau contenu de cette unité c'est l'unification, de l'élément politique et technique dans la législation créatrice du droit, l'exercice du pouvoir normatif à plusieurs échelons, la division du travail et sur cette base l'établissement de méthodes rationnelles et enfin la consolidation des attributions de contrôle de l'organe représentatif, entre autres par voie de l'activation de ses propres institutions.

I

Les origines révolutionnaires de l'Etat bourgeois témoignent de la victoire du monisme parlementaire. La méfiance envers les organes judiciaires et administratifs et, d'autre part, la confiance mise en les parlements représentant le Tiers-Etat progressiste entraînaient la formation univoque de la hiérarchie d'Etat. Jean-Paul Marat, un des révolutionnaires les plus conséquents de la Révolution française écrivit non sans raison au début de 1789 déjà: «La nation représentée étant le souverain légitime, le législateur suprême, doit seul faire les lois fondamentales de l'Etat, rectifier la Constitution et veiller à la conservation de son ouvrage. C'est donc à elle que les ministres doivent être comptables de leur administration.»¹ D'ailleurs il avait en vue aussi des organes remplaçant le Parlement en proposant d' «instituer un comité qui resterait réuni aussi dans son absence».

¹ MARAT, J.-P.: *Offrande à la patrie*. Dans: MARAT: *Textes choisis*. Paris, 1950. p. 9.

Mais la revendication révolutionnaire du monisme parlementaire commençait à être critiquée par la bourgeoisie dans la mesure où se formait l'appareil bureaucratique permanent de la bourgeoisie dont elle se servait d'une manière de plus en plus conséquente contre les masses révolutionnaires, donc le prolétariat. Après la chute de la Révolution, la création d'un contre-poids du parlement, l'établissement d'un «pouvoir neutre» devenait une revendication de la bourgeoisie conservatrice. Benjamin Constant, un des «inventeurs» du pouvoir neutre, déclara en 1816 que le pouvoir voulu par le peuple et exercé au nom du peuple abuserait de cette position faute d'être contrôlé efficacement. «Il est facile à l'autorité d'opprimer le peuple comme sujet, pour le forcer à manifester comme souverain la volonté qu'elle lui prescrit.»² C'est pourquoi qu'il veut, par exemple, maintenir la responsabilité ministérielle non pas devant le représentatif mais devant la nation. Le parlement a été culbuté du sommet du pouvoir et dégradé à un simple mécanisme législatif par la mentalité de la bourgeoisie qui diminuait souvent radicalement même cette attribution, à l'instar de l'exemple américain. C'est pourquoi tant de savants bourgeois de la fin du siècle, et de ce siècle même, affirmaient que l'ancien caractère illimité de la compétence du parlement n'était plus «moderne», n'était pas rationnel, donc il était inutilisable pour l'Etat bourgeois d'aujourd'hui. Hans Peters, un des porte-drapeau de cette pensée écrivit pour cette raison en 1952: «Die Identifizierung von Volk und Parlament, wie sie in sinnwidriger Fortbildung des Rousseau'schen Begriffs der Demokratie in Osteuropa . . . praktiziert wird, ist . . . nicht fortschrittlich, sondern beruht noch auf der Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts.»³

La diminution des droits des organes représentatifs, surtout de ceux des parlements représentatifs aboutissait enfin à ce que la bureaucratie de l'appareil administratif prenait le dessus sur ces derniers et que l'administration devenait un mécanisme incontrôlable. (C'est en connexion avec ce phénomène le modèle dit de l'Etat administratif où le centre du pouvoir réel est l'administration centrale.) Dans la mesure où l'autorité du parlement diminuait (et on faisait tout pour y arriver, à l'intérieur et en dehors du parlement également) le mécanisme bureaucratique nommé, disposant du pouvoir effectif, l'emportait sur lui. Ce parlementarisme était critiqué par Marx et Lénine non seulement parce que les couches de travailleurs, en première ligne la classe ouvrière, étaient froustrées de leur représentation au moyen de manèges techniques, mais aussi parce que cet organe, qui était si puissant lors de la naissance de l'Etat bourgeois, devenait une dépendance sans pouvoirs et de plus, la dépendance d'un mécanisme étatique non-élu, privilégié et bureaucratique.

² CONSTANT, B.: *Cours de politique constitutionnelle*. Paris, 1851. vol. I. p. 13.

³ PETERS, H.: *Der Kampf um den Verwaltungsstaat und Verwaltung in Theorie und Wirklichkeit*. Festschrift für Wilhelm Laforet, München, 1952. p. 23.

Je pourrais donc dire que Marx marchait sur les traces des radicaux révolutionnaires, antérieurs de presque un siècle, lorsqu'il a voulu établir dans l'Etat socialiste de transition une organisation nouvelle, étendant le pouvoir du représentatif vraiment populaire, contrôlable par le peuple, sur tout l'appareil étatique, organisation dans laquelle cesserait la pratique des trucs politiques de la restauration, c'est-à-dire le règne de la bureaucratie prétendument neutre et indifférente à la politique, mais qui en réalité fait de la politique d'une façon bien conséquente. La Commune de Paris, précurseur de l'Etat socialiste, servait d'un bon exemple aussi de ce point de vue, en plaçant au centre de toute son activité étatique un organe représentatif élu, contrôlé et extrêmement actif, chargé de nombreuses fonctions nouvelles. Selon Marx, «Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt.»⁴

Analysons plus profondément la première proposition. En quoi consiste la première objection de Marx contre les organes antérieurs et qu'est-ce qu'il propose pour les remplacer? Premièrement, il oppose les corps à caractère parlementaire aux corps travailleurs. Donc, selon lui les organes parlementaires n'étaient pas des corps travailleurs. Il met à l'actif des organes de la Commune ce caractère non-parlementaire: travail législatif et exécutif dans les organes élus. Que les organes représentatifs soient donc des organes législatifs et exécutifs à la fois. Mais entre les deux phrases que je viens de citer nous trouvons encore quelques thèses qui sont plus essentielles qu'on n'a pensé jusqu'ici. Donc il dit que la police, cet organe si puissant «. . . wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt.»⁵ Il ajoute ensuite que la même chose s'était passée aussi dans le domaine de l'administration. Il ne s'agissait donc pas du tout de liquider ces organes, de les priver de leurs fonctions. Mais il s'agissait certainement de ce que cet organe était subordonné à la Commune, organe représentatif, avec toutes les conséquences hiérarchiques de la subordination. Les expressions «corps travailleur» et fonction d'«exécution» cachent donc la conception que l'organe représentatif destiné à occuper la place de l'ancien parlement doit devenir organe de travail, organe exécutif, en cessant forcément d'être un mécanisme législatif, mécanisme purement technique de la législation, mais ayant à étendre ses tentacules dans deux directions: vers les électeurs, en se réglant sur leurs instructions, et vers l'organisme administratif spécialisé de l'exécution, en le soumettant à son contrôle rigoureux, pour qu'il devienne un «corps travailleur».

⁴ MARX, K.—ENGELS, F.: *Ausgewählte Schriften*. Vol. 1. Moskau, 1950. p. 491.

⁵ MARX—ENGELS: op. cit., ibid.

Cette pensée est encore plus élucidée par Lénine dans «L'Etat et la révolution» où il écrit:

«La Commune remplace le parlementarisme corrompu et pourri de la société bourgeoise par des corps dans lesquels le droit de l'opinion et celui de la consultation libre ne dégénère pas en tromperie, parce que les députés doivent travailler eux-mêmes, ils doivent exécuter leurs lois eux-mêmes, ils contrôlent eux-mêmes comment cela fonctionne dans la pratique et ils assument la responsabilité directement devant leurs électeurs. Les institutions de la représentation subsistent, mais le parlementarisme comme système séparé, comme séparation des activités législatives et exécutives, comme position privilégiée des députés ne subsiste pas.»⁶ Donc la question de l'unité de la législation et de l'exécution est soulevée ici de nouveau, notamment dans le sens que les députés exécutent les lois (Lénine n'a dit rien de plus précis des formes de cela), ils contrôlent l'opportunité, l'exécutabilité et l'exécution des lois. Mais Lénine s'oppose à la manière de voir de tous ceux qui veulent, d'une façon anarchique, supprimer toute sorte d'administration et de subordination. Il a critiqué seulement la situation privilégiée de la légion de fonctionnaires. Mais, comme il écrit, «après avoir ébranlé les capitalistes et écrasé le mécanisme bureaucratique de l'Etat d'aujourd'hui, voici devant nous le mécanisme délivré de ses «parasites», muni d'une technique parfaite qui peut être très bien mis en marche par les travailleurs unis, de la sorte qu'ils emploient des techniciens, des inspecteurs et des comptables . . .»⁷ La pensée de Lénine porte donc sur l'«unité» de la législation et de l'administration, de l'organisme étatique à technique parfaite et spécialisé, c'est-à-dire sur l'appareil d'Etat politiquement subordonné, responsable, contrôlé et dirigé. Le motif sousentendu en est de toute évidence, que la société socialiste doit dès le début être délivrée de l'autoritarisme incontrôlable, aliéné de tout caractère populaire de l'appareil d'Etat. Il est néanmoins clair qu'en poursuivant ce but il fallait expérimenter, essayer d'appliquer des formes d'organisme étatique, des solutions de plus en plus nouvelles pour prévenir la naissance d'une autonomie nuisible du secteur administratif et spécialisé de l'appareil d'Etat.

Au point de vue de notre sujet il n'est nullement à négliger que précisément sous ce rapport l'organisme d'Etat socialiste n'avait presque aucun précédent. Pour mieux dire, toutes les formes antérieures étaient inutilisables, puisqu'elles présupposaient des objectifs par trop divergents. Même si nous admettons que la tentative de la Commune de Paris a trouvé en principe beaucoup de sympathie à la gauche socialiste, donc parmi les bolcheviks, elle n'était pourtant pas un modèle pratiquement utilisable, vu son caractère

⁶ Ленин, В. И.: *Сочинения* (LÉNINE: *Oeuvres*). Vol. 25. Moscou, 1953. 396. p.

⁷ Ленин: *op. cit.*, p. 398.

transitoire et ses formes réalisées sur un terrain restreint. Concernant les tendances de développement du parlementarisme bourgeois nous venons d'expliquer qu'il était totalement impossible de les suivre. Dans la littérature hongroise du droit constitutionnel István Kovács ramène les formes spéciales de l'édification de l'Etat soviétique au manque de traditions parlementaires. «Le fait que la structure de séparation des pouvoirs attachée au parlementarisme manquait à peu près totalement de racines, contribuait considérablement à l'union de la fonction législative et exécutive,» écrit-il.⁸ Quant au manque de traditions parlementaires dans les conditions de la Russie et en général de l'Europe orientale il faut donner raison à Kovács, mais il est évident que dans ce cas il s'agit seulement d'une question de détail psychologique et non pas du problème fondamental déjà mentionné. Le fait que lors de la naissance du pouvoir soviétique on n'a même pas rappelé les formes traditionnelles du contrôle parlementaire tient à ce qu'on cherchait sciemment de formes nouvelles dans une atmosphère expressément anti-parlementaire.

Sous ce rapport je considère comme particulièrement caractéristique quelques tentatives entreprises en 1922, et surtout les articles 67-68 de la Constitution d'Arménie, mettant en lumière la tendance des formes de solution. Selon ce texte les délégués des soviets et des congrès ainsi que les membres des comités exécutifs doivent 1° participer aux sessions, 2° travailler dans les commissions et sections, 3° exécuter les décisions des sessions et présidiats respectifs, 4° rendre compte régulièrement de leur propre travail et de l'activité de l'organe correspondant, 5° exécuter sans hésitation les ordres supérieurs. (Il faut remarquer que le VII^e congrès des soviets de la Fédération de Russie déclara dans sa décision sur l'édification soviétique, déjà à la fin de 1919, que les délégués devaient rendre compte à leurs électeurs au moins chaque deux semaines et s'ils y manquaient deux fois, ils perdaient leur mandat.)

Tout cela montre que pendant la première période on avait l'intention de réaliser l'unité du législatif et de l'exécutif surtout en associant les délégués des organes représentatifs à l'activité de l'appareil spécialisé; on voulait donc qu'ils participent à l'exécution et en soient responsables. C'était la première réalisation de la pensée originelle de l'unification, caractéristique de l'époque révolutionnaire.

Tandis qu'à cette époque de la recherche des formes on maintenait le principe de l'unité du législatif et de l'exécutif — particulièrement par le fait qu'on n'avait pas, comme c'était le cas plus tard, séparé les organes représentatifs et les organes exécutifs de l'administration — ce modèle fut transformé totalement en 1936. Il est bien caractéristique que la Constitution de 1924 fait apparaître le Présidium du Comité exécutif central, donc un des organes

⁸ Kovács, I.: *A szocialista alkotmányfejlődés új elemei (Nouveaux éléments du développement constitutionnel socialiste)*. Budapest, 1962. p. 271.

suppléants, comme l'organe suprême de législation, d'exécution et de disposition pendant la période entre deux séances du Comité exécutif central, et que le Conseil des Commissaires du peuple y figure comme organe d'exécution et de disposition du Comité exécutif central. Jusqu'à 1936 le droit constitutionnel soviétique ignorait l'exclusivité du pouvoir législatif.⁹ Tout cela montre que ce principe — soutenu aussi par l'incertitude des compétences — subsistait et que pour unifier les fonctions, on faisait usage en première ligne de la désintégration du modèle d'organisation.

Le modèle d'organisme d'Etat de 1936 n'a choisi cette pratique ni en général, ni dans les détails. Comme il est démontré plus haut, jusqu'à 1936 la division verticale des compétences entre les organes centraux n'a pas eu lieu et les limites en étaient partout effacées, parce que le droit de législation revenait à plusieurs organes (au Congrès des Soviets de l'Union Soviétique, au Comité exécutif central et à son Présidium), tandis que le pouvoir exécutif s'est étendu également d'en bas (du Conseil des commissaires du peuple) vers le haut (jusqu'au Comité exécutif central). Par contre, la Constitution de 1936 a institué, au moins à ce niveau, des catégories rigides, en empruntant maintes fois certaines parties de la phraséologie constitutionnelle de l'usage parlementaire européen. C'est pourquoi le schème d'organisme d'Etat de la Constitution évoque, même dans ses désignations, la triade de Montesquieu — complétée par l'organisme du ministère public. Cette constitution ne parle plus de l'unité du législatif et de l'exécutif. J'ai déjà mentionné le trait caractéristique de l'article 14: il ne fait aucune mention de l'activité d'exécution, comme ne le font même les articles 30 à 32 contenant les traits fondamentaux des attributions du Soviet suprême, ni l'article 49 prévoyant les compétences du Présidium du Soviet suprême. D'autre part, étant donné que l'article 32 déclare qu'«en Union Soviétique le pouvoir législatif est exercé exclusivement par le Soviet suprême de l'Union Soviétique», il est évident que la compétence qu'on peut formellement qualifier de pouvoir législatif ne pouvait passer aux mains du Conseil des commissaires du peuple, déclaré expressément organe suprême d'exécution et de disposition non plus.

Il ne serait pas indiqué d'examiner ici la délégation réelle du pouvoir de «législation» véritable, donc celle de la création des normes juridiques de la plus haute valeur, dans l'organisme constitutionnel soviétique de 1936. Ici je ne désire que souligner qu'en 1936 ce principe constitutionnel passait en arrière-plan et que sa place fut occupée par le principe de la séparation rigide dans l'organisme d'Etat. Les catégories, telles les organes du pouvoir d'Etat, les organes de l'administration d'Etat reflètent clairement la prétention à un nouveau *modèle d'Etat «divisé»* qui peut néanmoins être caractérisé par la primauté d'un organe ou de l'autre (et sur ce point il peut dévier de la pensée

⁹ Cf. BIHARI, O.: *Az államhatalmi-képviselési szervek elmélete (Théorie des organes représentatifs du pouvoir d'Etat)*. Budapest, 1963. p. 102.

originelle de Montesquieu de la même façon que la faisaient dans le sens opposé certaines constitutions du XIX^e siècle, notamment celles de la restauration monarchique, ainsi que celles des républiques parlementaires). Mais la primauté est réalisée à cette époque par d'autres moyens que dans le modèle de 1918—1924.

Il y a lieu de remarquer que ce changement de signification était dûment suivi par la doctrine soviétique de droit constitutionnel. On y souligne en général la primauté des organes représentatifs — donc celle du Soviet suprême — et on juxtapose à ce principe le problème des organes représentatifs comme corps travailleurs et le devoir des délégués de participer non seulement à la législation mais de seconder aussi l'exécution. (Donc p.e. Lépéchkine, en caractérisant les organes représentatifs soviétiques relève d'une part la «plénitude des pouvoirs» de ces organes, à savoir que la compétence de tout autre organe soviétique tire son origine de ces organes-ci. D'autre part, ces organes contrôlent l'activité entière des organes d'exécution et de disposition et, enfin, ces organes représentatifs — à l'opposé de tout organe représentatif bourgeois — sont des organes de travail. Il voit dans ce dernier trait caractéristique la réalisation de l'exemple de la Commune de Paris.)¹⁰ Tikhomirov prend une attitude encore plus marquante dans un de ses articles les plus intéressants sur ce sujet: «Comme il est connu, c'est tout le système des Soviets suprêmes et locaux dans leur unité qui est en connexion avec les organes exécutifs. A part cela, l'activité étatique des organes suprêmes du pouvoir s'exprime non seulement dans la législation, bien que la Constitution de 1936 de l'Union Soviétique n'ait confirmé que cette seule forme de son activité. En même temps il ne serait guère convenable d'opposer artificiellement l'activité législative à l'activité exécutive des organes suprêmes du pouvoir et d'en parler comme d'une perspective souhaitable de l'intervention dans une sphère particulière de l'administration.»¹¹ La prise de position citée tire donc les dernières conséquences de la Constitution de 1936, en tant qu'elle ne distingue pas les rapports existant entre les différents organes d'Etat: elle conçoit la relation entre l'organe placé au sommet de l'organisme représentatif et exerçant le pouvoir d'Etat et les organes administratifs au fond également comme un problème technique de la division du travail.

Par conséquent une des lignes du développement nous a d'une façon curieuse conduit à la *négation* non seulement pratique mais aussi théorique de l'unité du législatif et de l'exécutif. Le chemin de l'évolution menait de la

¹⁰ Лепешкин, А. И.—Ким, А. И.—Мишин, Н. Г.—Романов, П. И.: *Курс советского государственного права.* (Лепешкин, А. И.—Ким, А. И.—Мишин, Н. Г.—Романов, П. И.: *Cours du droit constitutionnel soviétique.*) Vol. 2. Moscou, 1962. pp. 263—267.

¹¹ Тихомиров, Ю. А.: *Разделение властей или разделение труда?* (Тихомиров, Ю. А.: *Séparation des pouvoirs ou division du travail?*) Sovietskoie Gosouudarstvo i Pravo, 1/1967. p. 17.

revendication d'une unité totale, notamment des fonctions exécutives des délégués et des commissions des Soviets, à travers le parallélisme des compétences, jusqu'à la délimitation des différents types des organes d'Etat. Néanmoins, dans la doctrine soviétique du droit constitutionnel personne n'a pensé de contester dans ce contexte que le centre du mécanisme étatique fût la représentation. Mais on a tenté de réaliser cette conception dans d'autres rapports avec les organes d'exécution et de disposition.

Ce qui est curieux, c'est le fait que l'évolution décrite ne peut nullement être considérée comme l'unique variante possible — malgré qu'elle soit logiquement inattaquable. Il vaut donc la peine d'examiner les causes de la nouvelle ligne de l'évolution et les effets qu'elle a produits sur le nouveau modèle de l'organisme d'Etat de nos jours.

Ici je pense en première ligne non pas à la solution yougoslave qui de ce point de vue ne peut être considérée que comme une variante de la solution d'avant 1936. L'article 163 de la Constitution fédérale caractérise la Skoupchtina fédérale comme l'organe suprême du pouvoir et de l'autogestion sociale. Mais Jovan Djordjević y ajoute que cet organe a le caractère législatif-exécutif; en même temps cependant l'énumération de ses fonctions ne contient aucune attribution exécutive prise au sens étroit. Le texte de la Constitution parle seulement des suivantes attributions plus importantes: pouvoir constituant, législation, prise de décisions, adoption du plan social, du budget fédéral et des comptes de clôture, ratification des traités et des conventions internationaux les plus importants, etc. Mais, d'autre part, il apparaît du texte de la Constitution (article 225), de même que des explications de Djordjević, que la fonction exécutive est déléguée par l'organe suprême représentatif de la Fédération à d'autres organes, surtout au Conseil exécutif de la Fédération. («La nouvelle Constitution maintient l'institution du Conseil exécutif fédéral, organe collégial de l'Assemblée fédérale, auquel celle-ci confie le soin d'exercer, sous son contrôle, la fonction politico-exécutive.»)¹² Au fond, elle conserve donc l'unité, c'est-à-dire l'unification apparente; en même temps cependant, quant à l'essence, elle ne dépasse pas le système de contrôle des autres constitutions socialistes. Du reste, la doctrine de droit constitutionnel yougoslave n'insistait pas trop sur ce sujet.

Des discussions d'une toute autre nature commençaient en Tchécoslovaquie, déjà avant l'adoption de la Constitution de 1960, concernant les types principaux des organes d'Etat et leurs rapports réciproques. Les résultats de ces discussions peuvent être retrouvés d'une part dans la Constitution même, d'autre part dans les études interprétant la Constitution ainsi que dans les règles de droit postérieures. Le texte de la Constitution est relativement

¹² DJORDJEVIĆ, J.: *Introduction. Constitution de la République Socialiste Fédérative de Yougoslavie.* Recueil des lois de la RSF de Yougoslavie, Vol. VII. Beograd, 1963. p. XIV.

conservateur sous ce rapport, parce qu'il caractérise les unités principales de l'organisme d'Etat de la façon suivante: l'Assemblée nationale est l'organe suprême du pouvoir d'Etat, le seul corps législatif national; le Président de la République est le représentant du pouvoir d'Etat au sommet de l'Etat; le gouvernement est l'organe exécutif suprême du pouvoir d'Etat; le Conseil national slovaque est l'organe national du pouvoir d'Etat et de l'administration en Slovaquie; les comités nationaux sont les organes du pouvoir d'Etat et de l'administration dans les différentes unités territoriales, etc. Il y a deux circonstances remarquables dans cette énumération: le parallélisme dans la définition du Conseil national de Slovaquie et dans celle des comités nationaux et la mise en relief simultanée du caractère de pouvoir d'Etat et d'administration d'Etat. (Il est vrai que sur le plan national la séparation était visiblement totale; dans le cas du Conseil national de Slovaquie cette union reflète plutôt que cet organe est plus rapproché des organes locaux que de l'Assemblée nationale: cela signifiait une certaine dégradation assez sensible.)

Comme il apparaît de la Constitution, l'unité du pouvoir et de l'administration d'Etat, en d'autres termes celle de la création du droit et de l'exécution, a été mise en relief en première lieu sur le plan des comités nationaux. Mais les commentaires et les études postérieurs ne laissent pas de doute sur le fait, qu'on envisageait, déjà à l'époque de l'établissement de la Constitution, de plus grands changements du modèle précisément sous ce rapport. Même si en énumérant les corps représentatifs du peuple travailleur (Assemblée nationale, Conseil national de Slovaquie et comités nationaux) l'article 2, alinéa (3) de la Constitution a déclaré que «les pouvoirs des autres organes d'Etat émanent de ces organes représentatifs», cette formule de la primauté n'était pas considérée comme suffisante par la doctrine. Cette thèse constitutionnelle d'une importance décisive a été énoncée comme une thèse générale surtout par Pavel Levit (prise de position dont la cristallisation constitutionnelle n'est à découvrir qu'en dessous du niveau des organes centraux) lorsqu'il a écrit dans son étude: «... la nouvelle Constitution ignore la ligne de démarcation traditionnelle entre le législatif et l'exécutif...»¹³ Mais plus tard la littérature tchécoslovaque s'occupait encore plus amplement de cette question. Selon Vladimír Delong «Der Begriff des Organs der Staatsgewalt drückt in erster Linie die führende Stellung der Vertretungskörperschaften in dem System des sozialistischen Staatsapparats aus: Organe der Staatsgewalt sind also im eigentlichen und genauen Sinne des Wortes die Vertretungskörperschaften. Die grundlegende

¹³ LEVIT, P.: *Les organes suprêmes de l'Etat dans la nouvelle Constitution*. Bulletin de Droit Tchécoslovaque, 1—2/1960. p. 70. La même position a été prise par Procházka, «... la nouvelle Constitution abandonne... l'ancienne délimitation nette entre les organes du pouvoir d'Etat et les organes de l'administration d'Etat» — et il a renvoyé au débat à l'Assemblée nationale où on a appelé l'attention au principe léninien de l'unité de la décision et de l'exécution, de l'unité du pouvoir d'Etat et de l'administration; PROCHÁZKA, V.: *La constitution socialiste de la Tchécoslovaquie et le chemin y ayant conduit*. Bulletin de Droit Tchécoslovaque, 1—2/1960. pp. 38—39.

Forderung des sozialistischen Volksvertretungssystems ist das Postulat der Einheit von Beschluss und Vollzug: die Anwendung dieses Postulats auf den Aufbau der Staatsorgane führt zur Überwindung der organisatorischen Abtrennung der Verwaltung von den Vertretungskörperschaften und zur Schöpfung einheitlicher Organe der Staatsgewalt und der Verwaltung.»¹⁴ En polémisant avec lui, Bertelmann fit appel à la réforme constitutionnelle de 1936 et affirma que la séparation des organes du pouvoir d'Etat et de ceux de l'administration est devenue la source d'erreurs et de thèses nébuleuses: en vérité le formalisme, la minimisation sont devenus caractéristiques pour le fonctionnement des corps représentatifs. En parlant de la Constitution il met en relief que l'attribut «organes du pouvoir d'Etat» désignait non seulement la position hiérarchique mais aussi la spécificité de ces organes, donc dans le cas de l'Assemblée nationale, en dehors de la législation, il désignait aussi la direction et le contrôle suprême des affaires de l'Etat, la ratification des plans, la vérification et le contrôle de leur réalisation (concernant les comités nationaux, cette désignation signifiait, en dehors de la création de normes obligatoires à l'égard de tous, aussi les nominations, le financement et la direction des services publics). Selon Bertelmann la séparation antérieure a nié l'unité des corps représentatifs et de leurs secteurs exécutifs, en mettant à leur place l'unité des comités exécutifs et de leurs sections, bien qu'il y fût une différence beaucoup plus grande entre ces derniers qu'entre les premiers.¹⁵

Qu'est-ce que la doctrine du droit constitutionnel tchécoslovaque entendait sous l'unité du pouvoir et de l'administration d'Etat? Levít en donne une image très détaillée dans son étude déjà mentionnée, où il explique que le pouvoir du peuple, unique et indivisible, rend impossible toute séparation des pouvoirs, tout système de freins et de contrepoids. Les rapports des organes suprêmes d'Etat sont «. . . des rapports de division du travail et de la responsabilité et des rapports de collaboration et coopération . . .». Il fait apparaître comme caractéristique la disposition de l'article 70, alinéa (2) de la Constitution qui prévoit «que le gouvernement et ses membres s'acquittent de leurs tâches en étroite collaboration et coopération avec l'Assemblée nationale et ses organes». Parmi les thèses de Levít, je dois relever celle qui dit que «Même dans les rapports entre les organes suprêmes de l'Etat, la Constitution ignore la ligne de démarcation traditionnelle entre le législatif et l'exécutif, elle ne reconnaît pas leur séparation intentionnelle, typique pour le parlementarisme bourgeois. Sur le plan national la nouvelle Constitution confirme l'étroite connexion de la législation et de l'exécution, l'indivisibilité du processus législatif et de son

¹⁴ DELONG, V.: *Orgány socialistického státu a státní správy (Organes de l'Etat et de l'administration d'Etat socialiste)*. Acta Universitatis Carolinae Iuridica 2., 1962. pp. 107—108.

¹⁵ BERTELMANN, K.: *K problematice pojetí orgánu státní moci a správy (Aux problèmes de la notion de l'organe du pouvoir d'Etat et de l'organe de l'administration d'Etat)*. Právník, 8/1964. pp. 738—739.

application pratique.» Il renvoie à l'article 40, alinéa (2) de la Constitution, aux termes duquel «l'Assemblée nationale contribue par son activité et par le travail de ses organes et des députés activement à l'accomplissement des tâches de l'Etat socialiste», ainsi qu' à l'article 56 où se trouve le serment des députés, comprenant l'engagement de faire leur mieux pour réaliser la Constitution et les autres lois.¹⁶

La tendance du développement de l'organisme d'Etat tchécoslovaque dévie donc considérablement de celles mentionnées plus haut, et elle met en relief quelques problèmes vraiment dignes d'attention. Nous devons réfléchir sans doute sur l'exemple donné par Levít disant qu'il est difficile de délimiter au cours de la planification de l'économie nationale la législation et les travaux préparatoires de celle-ci ainsi que l'exécution de la loi aux niveaux différents. Si nous abordons sans partie prise la question de l'unité ou de la séparation de la législation et de l'exécution il apparaît que chacune des deux variantes a ses difficultés et ses avantages.

La forme choisie comme solution par la Constitution soviétique de 1936 et par les modèles qui l'ont suivi, avait pour but de remplacer un mécanisme en réalité inexistant -- ou au moins devenu insignifiant -- par un modèle dans lequel la division des attributions était en principe plus facile à comprendre. On ne cherchait nullement à instituer quelque séparation abstraite des pouvoirs, on voulait plutôt fixer le standard de la division du travail. La Constitution soviétique de 1936 et les constitutions socialistes suivantes s'efforçaient également d'établir des rapports de travail entre l'organe en position dirigeante et les organes administratifs (et autres).

Ici comme ailleurs la question de la *réalité des compétences* est en connexion avec le fait que l'objet de notre examen est une décision à effet juridique ainsi qu'avec la question de savoir, quel est l'organe qui est autorisé à prendre une décision de tel caractère. De ce point de vue la séparation des compétences est importante et inévitable pour savoir par quel organe et en quelle forme sont créées les normes qui sont obligatoires à leur égard, à moins que nous ne voulions relâcher la légalité (quant à la connaissance du droit ce n'est nullement indifférent pour les citoyens). La réglementation des compétences, la séparation de la prise des actes à effet juridique de tous les actes intermédiaires est une question de la légalité et de la constitutionnalité, marquant dans une certaine mesure le niveau de la législation.

Mais il n'est pas à nier que tout cela n'épuise pas tous les problèmes de la législation. C'est notamment un facteur politico-sociologique qui rend compliquée la question qui d'ailleurs paraît être des plus simples. En effet, n'est pas à négliger la question de savoir, quel est l'organe *prenant réellement les décisions*; si c'est l'organe ayant pris la décision à effet juridique donc qui a formellement

¹⁶ LEVIT: op. cit. p. 70.

le droit de décider ou quelqu'autre organe faisant partie de l'organisme d'Etat ou bien un organe se trouvant en dehors de ce dernier. Cela peut même rendre incertaines les attributions elles-mêmes et transformer l'organe compétent en un organe qui donne un consentement purement formel. Mais la même chose peut arriver à chaque décision, lorsque se produisent de dissonances entre la réglementation juridique et les forces réelles de la société. Le modèle tchécoslovaque a mis à jour cette dissonance seulement à un certain lieu et sous un certain rapport: entre les organes représentatifs du pouvoir d'Etat et ceux de l'administration. Un facteur sociologique a été transformé en une question relevant de la théorie d'Etat (en le principe de Lénine concernant la législation et exécution) et en une formule constitutionnelle qui est la négation de la diversité et de la divisibilité de la fonction du pouvoir d'Etat et de celle de l'administration. L'exemple cité, l'indivisibilité du processus de la planification étatique de l'économie nationale est vraiment exact, mais il est un fait politico-sociologique et non pas un fait de caractère juridique et constitutionnel.

Ainsi que j'ai déjà signalé au début de mes explications, pour pouvoir répondre à la question posée il faut tenir compte de nombre de facteurs. Dans ce cas l'évolution historique est vraiment *magistra vitae*. Les tentatives, leurs succès et échecs, nos anciennes prises de positions catégoriques, puis nos reculs, le déblaiement toujours recommencé du terrain constituent la base de la recherche de notre modèle actuel.

II

Les problèmes mentionnés se cristallisaient pour la première fois — et de la façon la plus facile à démontrer — dans la réglementation juridique. Conformément à notre sujet, nous avons donc à examiner en première ligne la plus importante catégorie de la création du droit, notamment la *création des lois proprement dites et les actes qui les complètent*. La complication du problème résulte surtout du fait que ces actes juridiques, malgré qu'ils ont en général un contenu *politique* de première importance comprennent, chacun en raison de son objet, des questions fort *spéciales*, donc des éléments dont la discussion démocratique est à peine possible. Dans la plupart des pays socialistes il y a toujours moins en moins d'actes législatifs de caractère «solennel» qui par conséquent ne contiennent pas de dispositions réelles, ni de sanctions. Dans notre système actuel de notions la loi est sans doute une *norme* — ayant plus ou moins le caractère de loi-cadre — réglant des *questions spéciales* et entremêlée de *décisions politiques*. Elle n'est pas exclusivement d'ordre spécial, professionnel, puisque ces décisions-ci sont également au service du développement d'une société ayant des objectifs définis; d'autre part elles ne sont pas des actes purement politiques non plus, étant donné que les objectifs politiques peuvent et doivent être réalisés eux aussi sur différents terrains spéciaux.

De cette *dualité du contenu* de la loi découle la procédure technique de la législation. Quant aux aspects politiques du projet de loi, il est évident qu'il faut prendre une décision politique. (Même au cours de la préparation il faut tendre à ce que les objectifs politiques du projet de loi soient discutés par l'opinion publique la plus large possible.) Au reste, étant donné le niveau de développement actuel des terrains spécialisés, ces décisions ne peuvent être préparées que par des équipes scientifiques, tandis qu'en même temps il faut faire des efforts à ce que, en dehors de l'exactitude de la préparation des décisions, le texte des projets soit compréhensible pour chacun des citoyens et qu'il soit possible de contrôler, dans la phase de la préparation déjà, si les objectifs politiques originaux ont été observés. Il est également naturel que certains objectifs peuvent et doivent être modifiés au cours des étapes différentes de la préparation, en tenant compte des conditions de leur réalisabilité.

Où faut-il préparer et décider les questions appartenant à la *sphère politique du projet de loi*? Dans la société socialiste trois secteurs de la préparation peuvent entrer en ligne de compte, à savoir les *organes politico-sociaux*, en première ligne la force politique dirigeante de la société, le parti marxiste-léniniste, capable de déployer l'optimum d'une activité politico-scientifique; ensuite, comme deuxième secteur, *les autres organisations et mouvements de masse à caractère politique*, y compris dans certains pays socialistes les autres partis aussi, et enfin, dans le troisième secteur, les *commissions* et les autres organes préparatoires des *organes représentatifs* ayant la qualité pour prendre des décisions ainsi que les *actes de démocratie directe*, des plébiscites et des référenda consultatifs. Ces organes et institutions participant à la préparation peuvent jouer de rôles différents suivant le temps, l'objet (et le pays), mais jusqu'ici la pratique a montré que l'activité de préparation se concentre chez eux.

Quant aux sphères politiques du projet de loi, dans chaque pays où la souveraineté du peuple est exercée sous la forme de représentation populaire, la décision doit être prise par l'organe suprême représentatif du pouvoir d'Etat. Cette décision doit être réelle aussi dans le sens qu'au sein de l'organe dont il s'agit la majorité doit prendre parti pour l'une ou l'autre alternative de la proposition non pas automatiquement, mais étant réellement convaincue de ce que la proposition préparée est convenable. Aux termes de la Constitution c'est dans ce sens et avec *ce contenu* que la décision revient à l'organe suprême de la représentation populaire, incarnant et exprimant la souveraineté du peuple.

Il faut aussi prendre en considération que les organes de ce type sont constitués de délégués de professions bien différentes, appartenant aux couches les plus différentes de la population. Par le fait de l'élection, la population octroie un *mandat politique* à ses délégués, à ses représentants. Les organes

ayant le caractère de Front populaire, les organisations et les mouvements de masse donnent des mandats politiques aux délégués. Il n'est pas exclu que de délégués à haute qualification scientifique soient élus par les citoyens, mais la base principale de l'élection n'est pas le degré des connaissances scientifiques mais la confiance politique et l'engagement pris. C'est pourquoi je soutiens que le devoir principal des organes représentatifs suprêmes est la prise de décisions politiques à effet juridique.

La coordination de la préparation et de la décision politique et technique constitue une tâche compliquée qu'on ne doit pas négliger. C'est pour cette raison que les organismes politiques (partis, autres organisations et mouvements de masse, organes représentatifs), afin de stabiliser leur position, cherchent à former leurs propres équipes de spécialistes sur lesquelles ils prennent appui, lorsqu'ils s'agit de contrôler si le travail des organes professionnels soit conforme à la ligne de conduite politique et de savoir, si leurs propres objectifs politiques puissent être réalisés avec les moyens disponibles. C'est donc la première forme d'organisation établissant un équilibre dans ce domaine: les efforts accomplis par les organes politiques, dont des organes représentatifs, pour remplir effectivement leur fonction ainsi que les mesures d'organisation et substantielles prises à cet effet. La Constitution tchécoslovaque de 1960 (article 54, alinéa (3)) rend possible que les commissions de l'Assemblée nationale s'assurent le concours «de savants, de novateurs, de spécialistes, de techniciens... ainsi que d'autres travailleurs de l'avant-garde de la vie économique et culturelles». Il est tout de même évident que la commission d'un organe représentatif, puisse-t-il élargir ses cadres dans n'importe quelle mesure, ne pourra pas disposer des mêmes connaissances professionnelles et possibilités de recherches, qu'une institution scientifique ou un organe composé de spécialistes établi exprès à cette fin. Ces organes politiques exercent donc leur activité dans la phase de la préparation, comme dans celle de la proposition ou projet de la décision, concernant la sphère politique de la règle de droit, notamment de la loi.

La préparation de la décision et la décision elle-même ne peuvent pas être limitées à la considération de la justesse et de l'opportunité de la ligne politique du projet ou de la proposition de loi, mais il faut aussi rendre possible d'une manière ou d'une autre, que concernant les aspects techniques puisse être prise également une décision qui les admet ou rejette. Mais une telle décision ne peut pas être remise sans conditions dans les mains des organes et institutions démocratiquement créés et exprimant la souveraineté du peuple. Cette partie de la préparation doit être confiée à des experts qui sont à trouver ou bien au sein des organes administratifs eux-mêmes ou au moins dans des instituts dont la direction appartient dans la plupart des pays socialistes aux organes administratifs. Ceux-ci sont en première lieu des organes spécialisés de l'administration; leur organisation même les rend capables de préparer la meilleure

décision. Mais c'est précisément cette décision d'ordre technique qui est la plus problématique aussi, puisqu'on ne peut pas, comme j'ai déjà rappelé, s'attendre à une décision réelle sous ce rapport de la part de l'organe représentatif démocratiquement élu. Mais où est alors la clef de la solution ?

Or, nous devons admettre avant tout qu'étant donné le niveau de développement actuel de la technique et le nombre énorme des problèmes à régler, il n'est guère possible et opportun de compter sur un grand nombre de lois à caractère casuistique. Il est même techniquement irréalisable de discuter en masse des projets de loi détaillés, vu que leurs dispositions de détail appartiennent pour la plupart à la sphère des décisions techniques et non pas politiques. Cela rend vraiment compréhensible que dans les pays socialistes (sauf certaines lois d'une importance purement juridico-politique, comme le Code pénal, les codes de procédure, le Code du travail etc.) les lois-cadres sont en prépondérance et qu'à part cela une création de droit à plusieurs échelons s'est instituée sur la base de la loi. Dans ce cas la loi contient les objectifs politiques et les dispositions spéciales les plus importantes destinées à leur réalisation: les règles détaillées, pour ainsi dire la technologie de la réalisation sont comprises par des dispositions d'exécution reposant sur l'autorisation octroyée aux organes inférieurs par la loi. (La législation à plusieurs échelons implique naturellement l'observation la plus rigoureuse de la légalité et le contrôle de cette dernière de la part de l'organe suprême représentatif ainsi que les formes les plus différentes de la sauvegarde de la légalité, comme p.e. celle exercée par l'organisme des procureurs d'Etat.)

Nous n'avons pas encore répondu à la question, quel est le rôle de l'organe représentatif concernant les problèmes techniques qui restent dans les projets de loi, malgré leur qualité expresse d'une réglementation-cadre. A mon avis l'organe représentatif doit (avec une certaine prudence reposant aussi sur le contrôle entrepris par ses propres organes) prendre appui sur les organes administratifs, ce qui veut dire que, quant aux aspects techniques de la décision, il doit au fond prendre acte de la décision préalable des organes administratifs centraux qui lui sont responsables et qui s'en tiennent à sa ligne de conduite politique. Il doit donc pratiquement renoncer à une discussion approfondie des questions techniques spéciales, car il ne pourrait guère éviter d'être superficiel en cette matière. C'est en effet conforme à la situation réelle dans la plupart des pays socialistes où le conseil des ministres, le plus souvent initiateur du projet de loi, prend même une décision formelle concernant les questions techniques: il n'est pas de coutume d'ouvrir un débat relatif aux parties spéciales au sein des organes représentatifs suprêmes du pouvoir d'Etat. Tandis que dans leurs séances plénières ces organes discutent amplement le contenu politique des projets de loi, sous les rapports techniques et spécialisés du projet une telle discussion n'a guère lieu.

J'ai mentionné déjà que les organes politiques cherchent à organiser au

moins un minimum d'un contrôle des aspects spécialisés de leur décision. Il est en même temps naturel, que les organes spécialisés des administrations chargés de préparer et de prendre la décision, s'efforcent également de *conformer* leur activité *aux objectifs politiques*. Comme la connaissance et l'appréciation des objectifs politiques ne constituent pas du tout un monopole, l'intérêt porté à la politique est nécessaire et il est une des conditions des solutions techniques convenables. Je tiens à souligner que relativement aux projets de loi les décisions politiques sont prises par les organes et institutions politiques (donc, du point de vue du droit constitutionnel, en première lieu par les organes représentatifs suprêmes du pouvoir d'Etat).

La création du droit à *plusieurs échelons* démontre que pour des raisons pratiques de la division du travail (ce qui néanmoins n'est pas un simple problème technique mais bien une question fondamentale de la pratique constitutionnelle) il y a des liens étroits entre les organes suprêmes représentatifs du pouvoir d'Etat et les organes d'administration dans le domaine de la législation — des liens qu'on ne peut pas apercevoir dans la Constitution. A mon avis ici il ne s'agit pas seulement de ce que les auteurs tchécoslovaques cités essayent de formuler, mais d'un fait politico-sociologique et des exigences qui en découlent: de la *stabilisation de la partie la plus importante des décisions politico-juridiques chez l'organe représentatif suprême* et en même temps de *l'association des organes inférieurs, mais centraux, des administrations spécialisées à la préparation des décisions d'ordre spécifique* et à la décision concernant leur qualité *d'émettre des normes de détail sur la base des lois*.

La doctrine socialiste du droit constitutionnel est déjà depuis longtemps préoccupée par l'incertitude de la distinction de la compétence des organes représentatifs du pouvoir d'Etat et de celle des organes administratifs. (J'ai déjà parlé de la manifestation de cette incertitude en Tchécoslovaquie, mais d'autres spécialistes du droit constitutionnel s'occupaient également beaucoup de l'absence de la solution de cette question, comme p.e. Scheremet,¹⁷ Lazarev,¹⁸ Tikhomirov¹⁹ et d'autres juristes soviétiques.) Moi j'ai exprimé cette incertitude dans ma «Théorie des organes représentatifs du pouvoir d'Etat»²⁰ en disant qu' «il est impossible de tracer une limite théorique entre les fonctions des organes représentatifs du pouvoir d'Etat et les organes administratifs, surtout les organes administratifs à compétence générale . . . Les expériences historiques et la certitude de l'édification d'Etat socialiste montrent que la compétence des organes représentatifs du pouvoir d'Etat ne peut pas être prise

¹⁷ SCHEREMET, K. F.: *Der XXIII. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der Sowjets. Staat und Recht*, 9/1966. pp. 1448—1449.

¹⁸ Лазарев, В. Н.: *О компетенции органа советского государства* (LAZAREV, V. N.: *De la compétence de l'organe d'Etat soviétique*). *Sovietskoie Gosoudarstvo i Pravo*, 10/1964. p. 51.

¹⁹ ТИХОМИРОВ: *op. cit. ibid.*

²⁰ BIHARI: *op. cit.* pp. 116—118.

dans un sens absolu et être séparée d'une façon permanente de la compétence des organes administratifs. Faute de signes distinctifs absolus, la définition de cette compétence doit donc être confiée aux organes d'Etat.» A titre complémentaire j'ai ensuite pris position dans le sens, que l'organe représentatif suprême du pouvoir d'Etat doit prévoir dans une loi les tâches rentrant dans la compétence exclusive ou non-exclusive des organes représentatifs suivant la logique de la division technique du travail.

Je maintiens cette thèse encore aujourd'hui, en ce qui concerne notamment la législation. Pour assurer le fonctionnement des organes d'Etat socialistes et le développement du démocratisme socialiste il est de première importance de définir les matières législatives: il est indispensable que les normes fondamentales rentrant dans ce domaine soient créées par l'organe représentatif suprême du pouvoir d'Etat et qu'il soit permis à cet organe 1° de déterminer les objectifs politiques du domaine à régler dans les cadres de la loi et 2° de décider la profondeur dans laquelle il veut régler lui-même les questions spéciales et le niveau des organes auxquels il veut permettre de prendre aussi des décisions formelles (son propre organe suppléant, organe administratif à compétence générale ou à compétence spéciale).

En toute cette matière la définition des *matières exclusivement législatives* appartient au niveau *constitutionnel*. De la compétence exclusive de la législation il ne s'ensuit pas que tous les problèmes minutieux du sujet respectif doivent être réglés par l'organe représentatif suprême du pouvoir d'Etat, mais que la norme fondamentale contenant les objectifs politiques et les cadres des décisions techniques doit être prise dans la forme d'une loi et que c'est l'organe suprême de la représentation populaire qui doit donner son autorisation à l'organe qui aura qualité pour émettre les règles de détail dans une forme obligatoire.

Par contre, la question de la division de travail exposée plus haut n'est pas un problème de la Constitution mais celui de la technique législative: en effet les organes politiques, entre eux l'organe suprême de la représentation populaire lui-même, doivent exercer leur influence sur la décision des questions techniques avec une certaine modération. C'est-à-dire cet organe suprême doit tenir compte du fait que les organes administratifs créés par lui directement ou indirectement, se prêtent mieux à préparer les problèmes techniques et à y prendre une décision adéquate que les organes politiques démocratiquement formés. Son influence quant aux décisions pratiques peut et doit s'étendre tout au plus sur le contrôle de la réalisation des objectifs politiques dans les dispositions techniques. Etant donné que dans la structure des règles de droit les sphères politiques et techniques ne se séparent pas, cette activité de l'organe représentatif ne peut pas être exercée d'une façon mécanique. Mais si nous suivons attentivement l'activité parlementaire animée des années dernières dans les pays socialistes, nous trouvons justifiée cette exigence, parce que les

députés eux-mêmes examinent dans leurs interventions aux débats d'un projet de loi presque sans exception le côté politique de la proposition et les manifestations concrètes de celui-ci. Au cours de la préparation également, les organes effectuant ce travail comme des organes propres de l'organe représentatif, et aussi les commissions de celui-ci — comme p.e. les différentes commissions parlementaires — saisissent nécessairement le côté politique de la question. L'article 203 de la Constitution fédérale yougoslave est bien caractéristique de ce point de vue: cet article, en énumérant les devoirs des commissions du Conseil fédéral met en première place le devoir qu'«elles discutent les questions générales de la politique et fassent des propositions y relatives à la scoupchtina»: c'est dans la suite qu'il parle de l'étude des projets de loi. Sans doute les deux tâches s'influencent réciproquement de la sorte, que les projets de loi sont examinés par ces organes également sous l'aspect des principes généraux de la politique.

D'ailleurs, une question au fond secondaire, mais touchant à ce domaine, est celle de l'initiative de la loi, qui montre d'une manière très caractéristique les organes ou institutions — politiques ou d'une orientation éminemment technique — dont la participation au processus de la législation est considérée par les constitutions et les autres règles de droit socialistes comme une tâche importante. Cela vaut la peine d'observer la modification des idées constitutionnelles pendant les vingt dernières années; on en peut tirer bien de conclusions concernant la manière et la tendance de l'élargissement du droit de l'initiative de la loi.

La première conception manifestée dans les constitutions des démocraties populaires suit presque entièrement le chemin tracé par le parlementarisme bourgeois. (La Constitution de l'URSS ne mentionnait pas le droit d'initiative de loi.) La Constitution hongroise et la Constitution polonaise (de 1952) ont octroyé le droit d'initiative à l'organe présidentiel (conseil présidentiel, respectivement conseil d'Etat), au gouvernement et aux députés. Je dois mentionner qu'en présence d'une telle réglementation il était tout à fait évident que parmi ces organes le gouvernement était presque le seul à faire usage de ce droit, parce que l'organe présidentiel n'avait aucun appareil considérable: les différents groupes de députés n'étaient pas munis de ce droit non plus et on n'essayait pas d'activiser leur intérêt dans cette direction. (D'autre part les députés ne se jugeaient pas assez préparés et informés pour cette activité.) Les deux constitutions socialistes nées en 1960 visaient à élargir dans plusieurs directions le cercle des organes et des institutions autorisés à l'initiative. Ainsi l'article 19 de la Constitution mongole a octroyé l'initiative de loi, outre la triade habituelle (dans ce cas le présidium du Grand Houral populaire, le conseil des ministres et les députés) aussi aux commissions permanentes du Grand Houral populaire et à la Cour suprême. En vertu de son article 52, la Constitution tchécoslovaque élargissait ces cadres au-delà des organes habituels

(notamment le présidium de l'Assemblée nationale, le président de la République, le gouvernement et les députés) en y ajoutant également les commissions de l'Assemblée nationale ainsi que le Conseil national Slovaque.

Entretemps en Union Soviétique de diverses règles de droit particulières donnaient le droit d'initiative de loi aux deux chambres du Soviet suprême, au Présidium du Soviet suprême, aux commissions permanentes des chambres, aux députés eux-mêmes, à la Cour suprême de l'Union et au procureur suprême de l'Union Soviétique. Le trait le plus intéressant de cette évolution est que justement ces deux derniers organes sont en mesure d'apercevoir les règles de droit les plus problématiques, inadéquates, périmées et causant des soucis considérables sous l'aspect de la politique de droit, ainsi que de connaître les sphères sans réglementation juridique ou inadéquatement réglées. Cette fois le droit d'initiative fut étendu principalement dans cette direction-ci ainsi que dans la direction des collectifs et des commissions des chambres.

La porte la plus large est ouverte par l'article 182 de la Constitution fédérale de Yougoslavie de 1963. Il octroie le droit d'initiative de loi aux députés, à chacun dans son propre conseil; au Conseil exécutif fédéral; aux commissions des conseils, aussi dans les relations avec d'autres conseils; aux organes d'autogestion; aux organisations socio-politiques; aux associations; aux citoyens et à la Cour constitutionnelle de Yougoslavie (cette dernière en vertu de l'article 242). Dans cette énumération il est remarquable que la Constitution a donné le droit dit de proposition de loi en première ligne aux députés, au Conseil exécutif fédéral et aux commissions des conseils, ensuite elle a également rendu possible que d'autres organes, institutions, etc. puissent également en prendre l'initiative, d'où on peut voir que la Constitution a soumis l'initiative de loi à peu de formalités, étant donné qu'elle n'a pas précisé de plus près les organes (non-administratifs) autres que la skoupehtina et elle n'a même pas fixé le nombre minimum des citoyens qualifiés à prendre l'initiative. A part de cela il est encore digne de considération l'absence totale des attributions des organes des administrations spécialisées, alors que les droits dont jouissent les institutions politiques et sociales en la matière, ne sont limités d'aucune manière.

Deux récentes règles de droit, une constitution et un règlement intérieur ont tenté de donner une réponse moderne à ce problème de la préparation de la loi. L'article 68 du règlement intérieur de la Grande Assemblée nationale, adopté en 1965 sur la base de la Constitution roumaine, a attribué parmi les organes d'Etat le droit d'initiative de lois au conseil d'Etat et au conseil des ministres: au sein de l'organe représentatif les mêmes attributions ont été octroyées aux commissions permanentes de la Grande assemblée nationale mais chacune seulement concernant les questions rentrant dans leur compétence — et aux groupes de députés comptant 35 membres au moins. Par cela les commissions permanentes ont reçu un droit d'initiative satisfaisant, mais,

comme ces commissions représentent la spécialisation au sein de l'organe représentatif, elles font naturellement valoir cette spécialisation aussi à l'égard des propositions de loi. D'autre part la disposition en question rend également réalisable les attributions des députés en la matière: ces attributions purement formelles et irréelles quant aux députés isolés, peuvent être rendues effectives par un groupe plus grand de députés. En effet, les informations étendues dont disposent ces groupes, ainsi que leurs relations avec les organes spécialisés peuvent changer la situation des députés dans ce domaine.

L'article 65 de la Constitution de 1968 de la République Démocratique Allemande maintient l'autorisation traditionnelle du Conseil d'Etat et du conseil des ministres concernant l'initiative de loi, et donne la même autorisation aux commissions de la Chambre populaire (sans aucune restriction). Mais il est plus intéressant que ce droit, accordé aussi aux députés, a été également lié à certains groupements: cette activité peut être exercée par des députés des partis et organisations de masse représentés dans la Chambre populaire — qui représentent en ce cas la volonté du parti ou de l'organisation de masse évidemment comme une fraction de parti respectivement d'organisation de masse. Cette solution est une tentative intéressante d'un pays socialiste de donner de substance au régime politique à *plusieurs partis*. C'est également intéressant et caractéristique pour la tendance fondamentale de la nouvelle Constitution allemande (cf. l'opinion exprimée dans le chapitre 3 de la Part II concernant la position constitutionnelle des syndicats) qu'elle confère le droit d'initiative de loi à la Fédération Libre des Syndicats Allemands comme unique institution en dehors de l'organe représentatif.

Si nous comparons les récentes dispositions constitutionnelles et autres ayant trait au droit d'initiative, il apparaît clairement qu'elles sont caractérisées non seulement par l'augmentation considérable du nombre des organes et institutions, etc. y autorisés, mais aussi par le fait, que ce nombre ne s'est pas augmenté dans une certaine direction: dans celle des organes administratifs.

Tandis que différents organes se trouvant jusqu'ici en dehors de la constitution et même des groupements vagues (comme p. e. «les citoyens» en vertu de la Constitution yougoslave) ont reçu ce droit, les organes qui n'exprimaient pas expressément une ouverture vers la démocratie, y compris aussi les institutions scientifiques, en sont restés exclus. Bien entendu cela n'est pas un motif suffisant pour ne pas prendre connaissance de la véritable initiative de la loi, qui est exercée dans la plupart des pays socialistes par le gouvernement. En dernière analyse cela résulte du fait que c'est cet organe qui dispose du meilleur appareil pour la préparation des lois (ministères spéciaux, instituts et organes spécialisés subordonnés aux ministères). De plus, le gouvernement, qui est un organe directement élu par l'organe de la représentation populaire est en même temps une institution intermédiaire entre l'organe représentatif politique et démocratique du pouvoir d'Etat et les organes typiquement spé-

cialisés des administrations, et il est lui-même apte à prendre de décisions politiques. D'autre part, la participation des dirigeants des organes des administrations spécialisées des ministères, d'autres organes centraux, des secrétariats d'Etat, des secrétariats, des commissions d'Etat, en leur qualité de ministre, de secrétaire d'Etat, etc. leur permet de réunir les expériences et les opinions des administrations spécialisées.

Le gouvernement est donc un organe réellement qualifié pour essayer de coordonner cette double exigence dans la phase finale de la préparation de la loi et pour faire usage de son droit d'initiative de prime abord de telle façon que ce ne soit pas la tâche de l'organe représentatif seul, que de synthétiser les aspects politiques et techniques des projets. Cela permettra au gouvernement de contrebalancer les vues purement spécialisées, aptes à préparer seulement les décisions techniques, des administrations ainsi que la perspective nécessairement partielle des organes politiques, y compris les organes suprêmes de la représentation populaire. Le gouvernement est donc situé au *carrefour de deux routes* et aussi sa structure le rend apte à remplir la fonction qui en découle. Les membres du gouvernement sont en effet élus par l'organe représentatif suprême: il est donc de ce point de vue un organe à structure démocratique. (Les divergences éventuelles ne touchent qu'aux détails: bien qu'en vertu de la Constitution tchécoslovaque par exemple, le gouvernement est nommé par le président de la République, le gouvernement doit, en présentant son programme à l'Assemblée nationale, solliciter le consentement de celle-ci; il existe donc une institution analogue au vote de confiance. Même si en vertu de l'article 80 de la Constitution de la République Démocratique Allemande c'est le Président du Conseil d'Etat qui fait sa proposition concernant la personne du président du conseil des ministres, ce dernier et les membres du Conseil des ministres sont élus par la Chambre populaire. En vertu de l'article 226. de la Constitution yougoslave le président de la République propose un des députés à la présidence du Conseil exécutif fédéral, la Commission des élections et nominations en donne son avis et le Conseil fédéral élit le président et les membres du Conseil exécutif fédéral parmi les membres de la skoupchtina.) Selon ce qui précède le gouvernement est attaché sous ce rapport aux organes représentatifs. (Bien qu'il ne soit pas généralement exigé qu'il soit élu parmi les membres de ces derniers.) D'autre part, ses membres se «superposent» aux rouages des organes d'administration spécialisés comme les dirigeants de celles-ci. Par les méthodes qu'il applique, le gouvernement est donc d'une part *le contre-poids de l'administration spécialisée et de l'organisation démocratique des organes représentatifs*, d'autre part *il neutralise les antinomies entre les deux pôles de l'organisme d'Etat*, notamment entre les organes politiques démocratiques et l'appareil administratif spécialisé.

Cette position-clé qui revient au gouvernement dans la législation fut assez tôt reconnue dans les pays socialistes et la surestimation de ce rôle se

manifestait par le droit d'initiative de loi, bien que constitutionnellement limité, mais en fait à peu près exclusif du gouvernement. L'histoire de la constitution anglaise démontre comment le régime du gouvernement parlementaire pouvait-il devenir un parlementarisme guidé par le gouvernement. La possibilité de bons offices, offerte par des mesures gouvernementales reposant sur la Constitution de 1936 et ensuite sur son modèle, a prouvé dans la plupart des démocraties populaires, que tout cela pouvait être considérablement dépassé dans le domaine de la législation. Les contrepois employés précisément ici — comme p. e. le droit d'initiative des Cours suprêmes, des organisations politiques et sociales — peuvent, pourvu qu'on en exploite les possibilités, permettre au gouvernement d'exercer ses droits constitutionnels et de remplir ses obligations *sans dépasser*, dans le domaine de la législation, les limites tracées dans tous les pays socialistes par les attributions et possibilités de l'organe représentatif suprême découlant de la souveraineté du peuple.

Si je trouve naturel que sur la base de la conception constitutionnelle socialiste exprimée dans les constitutions (même dans la Constitution tchécoslovaque) le gouvernement joue un rôle considérable dans la préparation de la législation grâce à sa qualité particulièrement appropriée à cet effet, sans pouvoir cependant remplacer dans ses décisions les décisions politiques de l'organe représentatif suprême, — de la même façon et pour la même raison ce n'est toutefois pas compatible avec le constitutionnalisme socialiste que ce soit le gouvernement qui émet les normes principales dans les matières législatives, dans le cadre de son activité «d'exécution et de disposition». Il peut le faire lorsqu'une loi (ou décret-loi) à quelques paragraphes se limite seulement à la délégation du pouvoir législatif ou bien lorsqu'il crée lui-même des normes primaires en se référant aux dispositions générales de la Constitution ou d'autres lois. La législation à plusieurs échelons ne peut nullement signifier la délégation totale du pouvoir législatif, c'est-à-dire du pouvoir d'émettre des normes d'un rang supérieur dans une question donnée: cet échelonnement signifie seulement qu'après la fixation des principes de base par une loi, c'est le gouvernement, respectivement les organes centraux de l'administration qui doivent élaborer et prendre dans la due forme les règles de détail relatives aux questions techniques, spécialisées. Le dépassement de ce principe de base comporterait la limitation des droits souverains et du monopole législatif déclaré par la Constitution et revenant à l'organe représentatif suprême. C'est une question constitutionnelle que de déterminer les problèmes, les domaines à régler, concernant lesquels la loi fondamentale déclare le monopole du législatif. Le constituant doit prendre en considération que le catalogue des matières législatives souligne la position éminente de l'organe représentatif suprême du pouvoir d'Etat dans l'organisme d'Etat et que les droits découlant de la souveraineté soient susceptibles d'être exercés; là, où tout cela n'est pas exigé, il est bien probable qu'au lieu du gouvernement il suffise seulement l'activité

dirigeante simplement technique de l'administration spécialisée (bien que l'étendue antérieure de cette activité a été fort limitée par les processus de décentralisation et par suite des changements apportés au système du mécanisme de la direction de l'économie).

Nous avons sans doute reçu une image très compliquée du domaine de la législation. D'une part nous devons constater en résumé que dans les pays socialistes les principes de base constitutionnels postulent la fixation constitutionnelle des matières législatives conformément au principe de la souveraineté du peuple ainsi que la création d'un système législatif et exécutif adéquat. D'autre part il faut garantir qu'au cours du processus de la législation les sphères politiques et techniques soient intégrées dans leurs corrélations dans les normes. La préparation des décisions politiques est le devoir des organes et institutions politiques et concernant cette partie des projets de loi les organes représentatifs suprêmes doivent en tout état de cause réserver la décision réelle pour eux-mêmes, tandis que concernant les questions techniques ils doivent seulement apprécier si les décisions sont conformes aux objectifs politiques exprimés par la loi. Dans ces conditions — qu'il faut accepter précisément à cause de la spécialisation de la science moderne — la législation exige une exécution technique à plusieurs échelons. Les cadres de ce processus doivent être fixés, aux différents niveaux, également par les organes législatifs, ceux du pouvoir d'Etat. La création du droit à plusieurs échelons doit donc d'ordinaire avoir sa source dans une loi, sauf le cas où il s'agit d'une direction purement technique. De cette façon, l'organe suprême représentatif du pouvoir d'Etat doit avoir sa main sur le processus tout entier.

III.

Nous avons essayé d'obtenir une vue d'ensemble de l'activité législative de l'organe qui se trouve au sommet de l'organisme représentatif du pouvoir d'Etat et, en connexion avec cela, du fonctionnement des organes exécutifs. Nous n'avons pas pu tirer toutes les conséquences concernant l'unité et la séparation des fonctions des organes suprêmes représentatifs du pouvoir d'Etat et des organes exécutifs, parce que la législation est loin d'être la seule activité caractérisant les organes du pouvoir d'Etat. Nous devons donc tenir compte aussi des autres fonctions de l'organe suprême de la représentation populaire, aussi bien que de celles des organes administratifs, notamment du gouvernement, qui est un organe central à compétences générales.

En cherchant le modèle constitutionnel proprement dit, nous devons découvrir dans la constitution les tâches autres que législatives concernant lesquelles les constitutions prévoient pour l'organe suprême représentatif et pour le gouvernement une activité commune. (Il est vrai que István Kovács range la préparation des actes des organes suprêmes représentatifs du pouvoir

d'Etat également parmi les activités gouvernementales,²¹ mais je ne désire pas discuter ici cette question, vu que j'ai déjà analysé tous les aspects de la nature de la participation à la législation.) Il est vraiment caractéristique que l'article 66 de la Constitution de 1936 de l'URSS nomme l'organe suprême de l'administration d'Etat, indiqué par l'article 64, simplement comme l'organe suprême d'exécution et de disposition du pouvoir d'Etat de l'Union Soviétique — le gouvernement de l'Union Soviétique. Je souligne cette caractéristique, parce que depuis 1918 le terme «gouvernement» n'avait pas été employé dans les constitutions et aussi cette fois on le mentionne quasi en passant dans un article où aucune définition de l'organe n'est donnée. Mais c'est un fait certain, que jusqu'en 1936 la position réelle du Conseil des Commissaires du peuple au sein de l'organisme d'Etat s'est affermie, étant donné qu'il est devenu en effet le sommet de l'organisme d'Etat correspondant au sommet du Parti, aussi dans sa composition. Plus tard ce terme devenait général et figurait, de plus en plus souvent, dans le texte des constitutions aussi. Parmi les constitutions d'Asie orientale, l'article 47 de la Constitution chinoise de 1954 nomme le Conseil d'Etat, «c'est-à-dire» le Gouvernement Central du Peuple, l'organe exécutif de l'organe suprême du pouvoir d'Etat, l'organe suprême de l'administration d'Etat. La Constitution vietnamienne de 1960 nomme cet organe dès le début Conseil du Gouvernement. Dans les pays socialistes d'Europe, l'article 29 de la Constitution polonaise de 1952, qui est toujours en vigueur, donne au conseil des ministres le nom de gouvernement de la République Populaire de Pologne. En conséquence des modifications portées à la Constitution hongroise par la Loi N° II de 1957, le conseil des ministres est nommé par la Constitution en maintenant aussi cette dénomination — gouvernement révolutionnaire des ouvriers et des paysans hongrois. Selon la Constitution tchécoslovaque de 1960 l'organe suprême de l'exécutif porte expressément le nom de gouvernement (article 66). Sans vouloir pousser trop loin les conclusions à tirer de l'emploi de certaines expressions, je dois constater que les termes «gouvernement» et semblables passaient au premier plan dès qu'un pouvoir plus grand s'est concentré par rapport au passé, dans les mains de l'organe suprême de l'administration d'Etat, notamment lorsque les organes représentatifs ainsi que leurs organes suppléants subissaient une crise de plus ou moins longue durée. (Il vaut bien rappeler ici que cette tendance avait pris son origine dans la guerre civile, comme c'est mentionné dans l'ouvrage de Gourvitch.²²)

En revenant sur les compétences, mettons en parallèle quelques dispositions constitutionnelles relatives aux organes suprêmes du pouvoir d'Etat et

²¹ BEÉR, J.—KOVÁCS, I.—SZAMEL, L.: *Magyar államjog (Droit constitutionnel hongrois)*. Budapest, 1960. p. 326.

²² Гурвич, Т. С.: *История советской конституции*. (GOURVITCH, GH. S.: *Histoire de la Constitution soviétique*). Moscou, 1923. p. 67.

à ceux de l'administration d'Etat. Comme c'est connu, la Constitution de 1936 de l'Union Soviétique n'énumère pas les attributions du Soviet suprême, mais elle renvoie à l'article 14, notamment aux attributions générales de la Fédération y contenues. Elle donne par contre une énumération d'autant plus ample des attributions du Présidium du Soviet suprême. La comparaison est rendue difficile par le fait que la Constitution confère au Soviet suprême les attributions visées à l'article 14 seulement dans la mesure où en vertu de la Constitution elles ne rentrent pas dans la compétence d'un autre organe responsable devant lui, comme le Présidium, le conseil des ministres ou les ministères. Par conséquent, le fait qu'une attribution quelconque est conférée, par n'importe quelle disposition de la Constitution, p. ex. au conseil des ministres, supprime automatiquement l'autorité de l'organe représentatif suprême du pouvoir d'Etat concernant cette matière. Cette solution catégorique reflète très nettement la séparation des compétences par la Constitution, séparation qui était à l'origine rigide et inflexible. (C'est le modèle constitutionnel; l'on sait qu'à cause des lacunes de la réglementation des compétences constitutionnelles la pratique suivait un autre chemin.)

Quant aux attributions du conseil des ministres, la Constitution, dans les articles 66 et 68, les divise en deux groupes. L'article 66 dit seulement que cet organe a le droit de prendre des décrets et de décisions sur la base des lois en vigueur et en vue de leur exécution, et qu'il surveille leur mise en oeuvre. Une autre part de la Constitution résume en six points les autres éléments de la compétence, dont deux sont typiquement d'ordre administratif-organisateur-directeur; ce sont la coordination et la direction du travail des ministères et d'autres organes subordonnés à la Fédération et aux Républiques fédératives, ainsi que la création de commissions spéciales et de directions générales subordonnées à lui-même pour exécuter des tâches culturelles, de défense nationale et économiques. Parmi les quatre autres attributions qui restent, une ne dévie pas dans sa forme de la fonction habituelle des organes administratifs (ce qui est l'exécution et la disposition). C'est la prise des mesures nécessaires pour la réalisation du plan d'économie nationale et du budget d'Etat, ainsi que pour la stabilisation du système monétaire et du régime des crédits. Comme le plan d'économie nationale et le budget sont adoptés par le Soviet suprême sous la forme de loi, il est évident que dans ce domaine le conseil des ministres exerce une forme de la législation à plusieurs échelons, bien que cette fonction obtienne en conséquence de l'activité économique-organisatrice de l'Etat soviétique beaucoup plus d'importance que l'exécution d'une loi moins importante.

Concernant le plan de l'économie nationale et le budget, le conseil des ministres reçoit dans les lois seulement des directives générales, dont l'exécution n'est pas une question de la légalité non plus. Le but à atteindre c'est la réalisation des objectifs annuels (budgétaires) et à longue échéance de l'éco-

nomie planifiée, et non pas l'attachement à certaines formes méthodologiques. Le conseil des ministres est responsable des *résultats* de l'exécution avant tout devant l'organe suprême du pouvoir d'Etat. Au cas d'un changement de la situation économique, il peut et doit prendre des dispositions opératives aux fins de la réalisation des objectifs du plan et du budget. Formellement il s'agit donc d'une simple exécution d'une loi, en réalité cependant il s'agit dans ce cas d'une tâche moins limitée.

Les points *d)* et *e)* de l'article 68 sont liés aux points *a)* et *e)* de l'article 14 déjà mentionné. Tandis que la compétence du Soviet suprême au sujet du point antérieur comprend la «représentation de l'URSS dans les relations internationales . . .», le conseil des ministres «exerce la direction générale dans les relations avec les pays étrangers.» La césure entre les deux fonctions est marquée par le fait que le Soviet suprême exerce son droit de représentation générale en concluant, ratifiant et promulguant les traités internationaux, tandis que la direction de l'activité de politique extérieure incombe déjà au conseil des ministres. Dans le deuxième groupe on a résumé les compétences du Soviet suprême telles que l'organisation de la défense nationale, le commandement de toutes les forces armées, l'émission de directives pour l'organisation des troupes des républiques fédératives, tandis que le conseil des ministres décide le contingent annuel des citoyens à appeler sous les drapeaux et il dirige l'édification générale de la force armée du pays. Dans tous les deux cas nous sommes donc en face d'une division graduelle du travail. De cette façon la Constitution de 1936 a donc chargé l'organe suprême de la représentation populaire des devoirs-cadres, tandis que l'organe suprême de l'administration a obtenu une compétence plus opérative. Il est curieux que l'alinéa *c)* de l'article 68 fait exception de ce système: il se réfère en effet aux affaires intérieures et il n'a pas de correspondant dans l'article 14 (sauvegarde de l'ordre public, défense des intérêts de l'Etat et garantie des droits des citoyens). Il semble que le constituant voulait dès le début confier ce domaine d'activité au conseil des ministres.

Parmi les constitutions plus anciennes la loi fondamentale polonaise n'énumère pas les attributions du Sejm, organe représentatif suprême: par contre, elle règle d'une façon assez détaillée, dans l'article 32, celles du conseil des ministres. Parmi ces attributions les suivantes ont le caractère simplement administratif et exécutif: la coordination et la direction de l'activité des ministères et des autres organes leur subordonnés (alinéa 1), l'application des lois (alinéa 14), la réalisation du plan d'économie nationale et l'exécution du budget d'Etat (alinéa 5, -- en tenant compte aussi des réserves mentionnées plus haut), émission de décrets, prise de décisions sur la base des lois aux fins de leur exécution (alinéa 8), ainsi que la direction de l'activité des présidiums des conseils du peuple (alinéa 11). Nous pouvons considérer comme fonction préparatoire l'adoption du projet du budget d'Etat et celle des projets

du plan d'économie nationale et leur présentation au Sejm (alinéa 2), ainsi que la présentation du rapport annuel sur l'exécution du budget d'Etat au Sejm (alinéa 6). Le conseil des ministres a quelque peu plus d'autonomie quant à l'adoption des plans annuels de l'économie nationale, bien que ceux-ci soient également liés aux plans s'étendant sur plusieurs années (alinéa 3). Dans trois domaines nous trouvons aussi des compétences autonomes spécifiques: concernant les affaires intérieures (défense de l'ordre public, des intérêts d'Etat et des droits des citoyens — alinéa 7), concernant les affaires extérieures (détermination de la ligne de conduite générale des relations avec les pays étrangers — alinéa 9) et la défense nationale (renforcement de la capacité de défense du pays et détermination de la ligne de conduite générale de l'organisation des forces armées, la fixation du contingent annuel des citoyens à appeler sous les drapeaux pour service actif).

Sous ce rapport la structure de la Constitution hongroise diffère totalement des précédentes vue que dans son article 10, alinéa (3) elle prévoit, même si pas trop catégoriquement, les compétences qui sont propres au parlement, mais elle ne parle que très sommairement des attributions du conseil des ministres. Il vaut la peine pourtant de donner quelques exemples des deux sortes de compétences. L'article 14, alinéa (1) de la constitution renvoie la législation dans la compétence exclusive du parlement: en conformité avec ceci l'article 25, alinéa (1), point *b*) déclare que le conseil des ministres pourvoit à l'exécution des lois (et aussi à celle des décrets-lois du Conseil Présidentiel de la République populaire). Ici il s'agit alors nettement d'une création de droit à plusieurs échelons. L'article 10, alinéa (3) attribue à l'Assemblée nationale le droit d'établir le plan d'économie nationale. En vertu de l'article 25, alinéa (1), point *c*) la mise en oeuvre des lois et du plan relève de la compétence du conseil des ministres. En même temps, en vertu de l'article 10, alinéa (3), point *f*), l'Assemblée nationale crée et supprime les ministères et elle détermine et modifie les compétences des ministères: le travail des ministères et des organes leur directement subordonnés est dirigé par le conseil des ministres (article 25, alinéa (1), point *a*)). Après cette énumération restreinte, la Constitution hongroise donne une autorisation générale de compléter les attributions du conseil des ministres par une règle de droit (sans la définir de plus près). (Je dois remarquer que cette attribution n'est pas réelle, comme il n'est pas encore arrivé que l'Assemblée nationale eût déterminé les compétences de ministères, sans compter que même la loi spéciale destinée à l'énumération des ministères et prévue par la loi N° II de 1957 modifiant la Constitution, n'a pas été émise.)

Les nouvelles constitutions socialistes contiennent des solutions très variées. Les constitutions mongole, yougoslave et roumaine énumèrent d'une façon détaillée les compétences de l'organe représentatif suprême et celles de l'organe suprême de l'administration d'Etat. La Constitution tchécoslovaque ne fait que rappeler les attributions de l'Assemblée nationale et précise plutôt

les compétences du gouvernement, tandis que la nouvelle Constitution allemande ne renvoie que très parcimonieusement à la compétence du conseil des ministres. La Constitution tchécoslovaque a, en effet, confié à l'Assemblée nationale une fonction générale et sept fonctions particulières: la fonction générale est la discussion des problèmes principaux de la politique intérieure et extérieure de l'Etat et la prise de décisions y relatives (article 40, alinéa (1)), tandis que les tâches particulières sont: l'adoption de la constitution, la création de lois (ainsi que la surveillance de leur exécution); l'adoption du plan à longue échéance du développement de l'économie nationale et l'adoption du budget (y compris le contrôle de leur réalisation et la discussion du rapport du gouvernement relatif à la réalisation des plans annuels et des comptes de fin d'exercice), des fonctions électorales (l'élection du président de la République, l'adoption du programme du gouvernement, lequel acte a un caractère similaire, l'élection de la Cour suprême); la conclusion de traités internationaux: institution de ministères et d'autres organes centraux; discussion de l'activité des comités nationaux, prise de mesures relatives à leur structure et au perfectionnement de leur travail et enfin la déclaration de guerre (articles 40, 41, 42, 43, 44, 46, 47, 48 et 49 de la Constitution). En connexion avec la fonction générale de l'Assemblée nationale, l'article 68 de la Constitution impose au gouvernement la tâche d'organiser et d'assurer l'accomplissement des devoirs de l'Etat socialiste dans le domaine de l'édification économique et culturelle, du rehaussement du niveau de vie, de la consolidation de la sécurité du pays et du développement de la politique extérieure pacifique. Il est bien instructif que chacune des attributions particulières du gouvernement correspond exactement à celles de l'Assemblée nationale, à un niveau plus bas de l'exécution ou de la préparation (exception faite aux traités internationaux et à la déclaration de guerre, où le président de la république possède un pouvoir plus étendu). Cette précision de la Constitution tchécoslovaque laisse à conclure à ce que les rapports de l'Assemblée nationale et du gouvernement ont été réglés sous le signe d'une *nette subordination et coopération*.

La Constitution mongole énumère en onze points les attributions du Grand Hural populaire et en 10 points celles du conseil des ministres. Les deux listes ne sont plus si étroitement liés que dans la Constitution tchécoslovaque et il paraît que dans quelques cas le pouvoir du conseil des ministres devient indépendant de celle de l'organe suprême du pouvoir d'Etat. Parmi les attributions en question il ne s'agit pas toujours de tâches à grande portée (p. e. homologation des prototypes d'estampilles et autorisation de la fabrication des estampilles portant les armoiries d'Etat sur la base du point *j*) de l'article 41).

Il résulte des efforts faits par la Constitution yougoslave pour circonscrire précisément les attributions, que le Conseil exécutif de la Fédération, organe suprême de l'exécutif a reçu de considérables compétences autonomes

dans le domaine de l'administration et de l'exécution (article 228.). Le Conseil établit par exemple indépendamment les principes généraux de la structure interne des organes administratifs de la Fédération; il peut créer des organes fédéraux d'administration, pourvue que la loi n'en statue pas; il abroge les dispositions des organes d'administration fédérale si elles sont contraires à une loi, à un décret fédéral ou à une autre disposition du Conseil exécutif de la Fédération. Bien que le Conseil exécutif de la Fédération exerce aussi des activités préparatoires et exécutives dans d'autres domaines, il est caractérisé pourtant par ses fonctions autonomes. D'autre part, l'article 164 de la Constitution énumère nombre d'attributions de la skoupchtina qui n'ont pas trait à l'administration (fonctions électorales, fixation des frontières, décision de la guerre et de la paix, etc.).

La Constitution roumaine énumère 24 attributions de la Grande Assemblée nationale et seulement 11 attributions du conseil des ministres. Cette différence importante résulte en première ligne de ce que dans la liste des attributions de la Grande Assemblée nationale l'article 43 de la Constitution a consacré des points séparés à l'élection, à la révocation et au contrôle de chacun des organes plus importants. Nous préférons cette fois d'examiner quels sont les domaines dans lesquels cette Constitution attribue des compétences autonomes au conseil des ministres. Celles-ci peuvent être résumées comme suit: prise de mesures générales pour la réalisation de la politique intérieure et extérieure de l'Etat (la compétence de la Grande Assemblée nationale, notamment le point No. 19, embrasse également un des aspects de la politique extérieure: la détermination de la ligne de conduite générale de la politique extérieure, mais dans le domaine de la politique intérieure elle ne confère pas une telle attribution à l'organe suprême du pouvoir d'Etat); création d'organisations économiques, d'entreprises et d'institutions d'Etat à importance nationale (si nous ne considérons pas cette tâche comme un des moyens de la réalisation du plan de l'économie nationale); sauvegarde de l'ordre public; défense des intérêts de l'Etat et des droits des citoyens; l'organisation générale des forces armées et la fixation du cadre annuel des classes des citoyens à appeler sous les drapeaux (conformément aux décisions du Conseil de la Défense), et enfin l'assistance prêtée à l'activité des organisations sociales et des organisations de masse.

La Constitution de 1968 de la République Démocratique Allemande consacre relativement peu de terrain à l'organisme d'Etat et à la spécification des attributions des différents organes. Conformément à cela elle prévoit de devoirs d'ordre général pour la Chambre Populaire: fixation des objectifs du développement; création de règles fondamentales de la coopération des citoyens, des communautés et des organes d'Etat; détermination des principes de base de l'activité des autres organes centraux; élection de certains organes; ratification des traités internationaux et proclamation de l'état de défense

(articles 49 à 52). Par contre, les articles 78 et 79 donnent au fond des attributions organisatrices et des fonctions en connexion avec les prognoses scientifiques du plan au conseil des ministres, étant donné les compétences étendues du Conseil d'Etat, dont plusieurs rentrent dans la compétence du conseil des ministres dans d'autres pays socialistes, comme celles contenues aux articles 70, 71 et 73. Dans le cadre de ses compétences organisatrices, le conseil des ministres dirige, coordonne et contrôle l'activité des ministères et des autres organes d'Etat centraux, ainsi que celle des conseils de district (organes d'exécution et de disposition) et prend des décisions concernant la conclusion et la dénonciation des traités internationaux.

Il était inévitable de faire connaître les dispositions de quelques constitutions anciennes et récentes pour démontrer dans quelle mesure sont encore amorphes les rapports constitutionnels entre l'organe suprême représentatif du pouvoir d'Etat et l'organe situé au sommet de l'organisme administratif. Nous ne sommes même pas en mesure de constater la tendance générale se manifestant dans les modèles constitutionnels, proches l'un de l'autre. En résumant les lignes principales de la réglementation intervenue jusqu'à présent, nous trouvons les solutions suivantes:

a) Un des pôles est représenté par la solution tchécoslovaque, visant à *attacher* l'activité du gouvernement étroitement aux fonctions de l'assemblée nationale, pour qu'elle soit essentiellement au service -- à la préparation et exécution -- de ces fonctions.

b) A l'autre pôle nous trouvons la solution allemande, en vertu de laquelle le conseil des ministres est un organe autonome de la science de l'organisation, en conséquence de quoi son rôle change considérablement, vu qu'il est l'organe d'Etat ayant à réaliser les conquêtes de la science d'organisation.

c) A mi-chemin sont situés les modèles reflétant une division de travail à niveaux différents. Naturellement il dépend des idées politiques du moment de la création de la constitution quel sera le modèle adopté par la loi fondamentale donnée. Il est possible que la compétence réelle, effectivement exercée par le conseil des ministres, du gouvernement, sera essentiellement modifiée sur la base de l'autorisation générale insérée dans la Constitution. Comme j'ai mentionné déjà en considération de l'article 25, alinéa (1) de la Constitution hongroise, il semble comme si la compétence du conseil des ministres n'était pas trop large. Mais le fait que les compétences sont définies dans des limites très larges et, d'autre part, que la disposition du point b) prévoit que le conseil des ministres «s'acquitte de toutes les tâches renvoyées dans sa compétence par des règles de droit» offrent des possibilités à peu près illimitées pour qu'il puisse élargir sa compétence.

En tout cas il est à constater que les différents conseils des ministres peuvent étendre leurs compétences dans deux directions suivant la forme de la réglementation constitutionnelle:

a) lorsque la compétence de l'organe représentatif suprême n'est pas réglée d'une façon détaillée ou qu'on n'a pas fixé au moins ses attributions exclusives, la compétence de l'organe suprême de l'administration s'empîète sur le domaine de la législation (dans le sens général) et sur la direction étatique «aux dépens» de l'organe représentatif (ce qui veut dire que l'organe suprême représentatif ne bénéficie pas de ses droits qui ne sont pas expressément prévus, ces derniers étant exercés par le conseil des ministres). Dans la plupart des cas cette situation ne résulte pas du droit constitutionnel, mais de la pratique constitutionnelle, sans toutefois léser formellement la constitution;

b) lorsque la compétence de l'organe suprême de la représentation populaire a été définie assez strictement, on élargit les attributions de l'organe suprême administratif en première ligne dans la direction de l'activité organisatrice, et ceci souvent aux dépens des organes administratifs spécialisés, parce qu'aujourd'hui les fonctions accrues dans le domaine de l'économie ne permettent pas de résoudre les problèmes économiques de plus grande portée dans le cadre d'un seul ministère ou d'un autre organe administratif. Il est curieux que pour le cas où le conseil des ministres, à cause de la situation ci-dessus mentionnée sous le point a) ne peut pas s'acquitter de cette fonction coordinatrice-organisatrice à l'aide de ses propres organes spéciaux, il a été créé une autre *base de coordination* à compétence assez large. De cette façon la fonction de l'administration économique générale est descendue d'un degré et elle s'insère entre le conseil des ministres et les administrations centrales. Cette solution a donc considérablement compliqué, et complique toujours, l'ordre des compétences et de l'hierarchie du modèle constitutionnel. Il vaut d'autant plus de nous occuper des expériences y relatives et des conclusions à en tirer, que ces questions touchent dans la plupart des pays aux problèmes de la réforme du mécanisme économique.

Or, la direction de l'économie possède aussi un organisme central qui est situé en dehors du cadre du modèle constitutionnel: mais comme nous l'avons vu, il s'est produit une interaction très étroite entre l'organisme constitutionnel et extraconstitutionnel. Ici il s'agit en premier lieu des organes centraux de l'administration spécialisée, notamment de ceux à caractère économique. Les administrations économiques spécialisées — étant en effet des organismes spécialisés de la direction et de la gestion économique dans la plupart des pays socialistes — ont varié pendant les cinq décennies de l'existence de l'organisme d'Etat socialiste, ayant eu deux formes générales: d'une part la direction par secteurs, qui a rendu nécessaire une gestion spécialisée à outrance, donc très difficile à coordonner et, d'autre part, la direction par fonctions, diminuant nécessairement la spécialisation de la gestion technique et parallèlement aussi sa centralisation. La direction par secteurs prend notamment la forme d'une direction étroitement centralisée, parce qu'autrement rien ne justifie la division minutieuse des secteurs et la direction par instructions données aux or-

ganes inférieurs et aux unités d'entreprises. Dans ce cas il manque bien une base de coordination dans l'organisme d'Etat. L'organe de coordination peut être ou bien le gouvernement lui-même, ou un de ses organes ou comités et enfin un organe de planification et de coordination, donc un organe fonctionnel à compétence autonome, mais subordonné à l'organe suprême de l'administration.

Mais parallèlement avec la liquidation totale ou partielle de la direction par secteurs dans l'organisme central de l'administration et avec la prépondérance croissante de la direction par fonctions, se diminue aussi la nature compliquée des organes administratifs supérieurs, étant donné que la conduite multiple, exigeant une grande variété de méthodes, agissant dans plusieurs directions, disparaît aussi à l'intérieur de l'organisme des ministères. (Ici nous n'avons pas à traiter la direction administrative nommée territoriale, parce qu'elle équivaut au fond à une décentralisation ou déconcentration plus ou moins importante.) Dans ce cas les anciens organes *coordinateurs* se transforment surtout en organes *scientifiques de la planification et de la coordination à l'échelle nationale*, déployant une activité synthétique, politiquement motivée et exercée à haut niveau, ce que devient le devoir réel de l'organe suprême de l'administration. Dans ces conditions la coordination monte nécessairement à chaque niveau à un plus haut échelon.

Lorsque ce processus -- limitant au moins l'extrême centralisation -- amène d'autre part l'augmentation des attributions constitutionnelles, respectivement la réalisation des droits existants de l'organe suprême de la représentation populaire, comme évolution du démocratisme socialiste, alors il se crée un modèle bien remarquable. Désormais il est possible que l'organe suprême de la représentation populaire légifère dans un domaine de plus en plus large des rapports sociaux (précision des principes, fondements et cadres des lois), qu'il établisse et contrôle les organes d'Etat centraux les plus importants, qu'il prenne les décisions économiques les plus considérables (surtout en ce qui concerne leurs aspects politiques) et contrôle au moins indirectement leur exécution. Pour autant qu'on fixera ses compétences exclusives (dont les matières législatives), l'organe suppléant ne sera en effet qu'un instrument de l'organe représentatif, servant à exercer ses fonctions de contrôle et les autres fonctions. La place de l'organe suprême de l'administration serait désignée d'une part par sa position-clé dans la préparation des règles juridiques et dans la législation à plusieurs échelons ainsi que, d'autre part, par son rôle de coordination à l'échelle nationale et ceci d'autant plus que pendant la dernière décennie, en vertu de la constitution on élitait pour membres de cet organe non seulement des ministres, mais aussi des dirigeants de plusieurs organes centraux fonctionnels. (De plus, en Union Soviétique même les présidents des conseils des ministres des républiques fédératives devenaient également membres du conseil des ministres.) La fonction de coordination est en effet l'acti-

vité du plus haut rang pour un organe à compétence générale, parce que la synthèse globale et la prise de dispositions dans ce domaine est la méthode la plus convenable de la direction réelle. Je dois tout de même rappeler, qu'en la matière il ne s'agit pas simplement de la coordination des tâches communes de deux branches d'administration. La coordination doit être élargie le plus intensément possible. Avec cette méthode les organes scientifiques de la planification peuvent devenir des organes qualifiés pour préparer de pronostics vraiment scientifiques. Dans un tel modèle les ministères et les autres organes centraux de l'administration réaliseront en premier lieu une direction fonctionnelle en conséquence de la décentralisation, ce qui soutiendrait ainsi l'autonomie des organisations économiques et autres.

Ce sont donc les conclusions à tirer de l'évolution des modèles socialistes de l'organisme d'État. A la base de ce modèle de direction suprême nous trouvons des principes modernes: développement du démocratisme socialiste chez les organes représentatifs, intensification de la fonction coordinatrice au lieu du système des instructions centralisées, création d'une base pour la planification scientifique, division de travail dans la législation et dans la direction. Nous en trouvons les éléments dans presque chaque pays socialiste. Mon résumé est plutôt la synthèse de leurs conséquences.

Les formes anciennes de l'unité de législation et d'exécution, pouvoir d'État et administration, ne sont plus utilisables. Le nouveau contenu de cette unité — s'il vaut la peine de rester attaché à cette expression — c'est *l'unification de l'élément politique et technique dans la législation créatrice du droit, l'exercice du pouvoir normatif à plusieurs échelons, la division du travail et sur cette base l'établissement de méthodes rationnelles, et enfin la consolidation des attributions de contrôle de l'organe représentatif*, entre autres par voie de l'activation de ses propres institutions.

Sinn und Formen der Einheit von Gesetzgebung und Exekutive im heutigen sozialistischen Staat

O. BIHARI

In der Studie wird — neben einem Überblick über die bürgerliche Staatsrechtslehre und staatsrechtliche Praxis — die bisherige Entwicklung der sozialistischen Theorie analysiert, sowie das Verhältnis zwischen dem politischen und fachlichem Element bzw. das Problem der Funktionen des Parlaments und der Regierung behandelt. Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung wird in den sozialistischen Staaten nach den folgenden drei Varianten verfassungsmässig geregelt: a) Einen der Pole stellt die tschechoslowakische Lösung dar, die eine enge Verbindung zwischen der Regierungstätigkeit und den Funktionen der Nationalversammlung erzielt, so dass die Tätigkeit der Regierung diesen Funktionen dient, diese vorbereitet und durchführt. b) Der andere Pol ist die Lösung der DDR, nach der der Ministerrat ein selbständiges wissenschaftlich organisatorisches Organ — mit entsprechend veränderter Rolle — ist. c) Zwischen den zwei Polen befinden sich Modelle, die verschiedene Grade der Arbeitsteilung aufweisen. Die älteren Formen der Einheit der Gesetzgebung und Exekutive, der Staatsgewalt und der Verwaltung sind heute schon unbrauchbar. Den neuen Inhalt dieser Einheit stellen die

Vereinheitlichung des politischen und des fachlichen Elements in der Gesetzgebung, das vielgestufte System der Rechtssetzung, die Arbeitsteilung, und daraus folgend die Anwendung rationeller Methoden und die Verstärkung der Kontrollbefugnisse der Vertretungsorgane — u. a. durch Aktivisierung ihrer eigenen Einrichtungen — dar.

Смысль и формы единства законодательства и его исполнения в современном социалистическом государстве

О. БИХАРИ

Статья показывает соотношение между элементами представительства и специализации, т. е. современную проблематику функций парламента и правительства — на основе просмотра буржуазных теорий и практики по государственному праву, а также и анализа развития социалистической теории.

В социалистических странах существуют три вида конституционного регулирования соотношений парламента и правительства: *а)* На одном полюсе стоит чехословацкая конструкция, которая стремится к тому, чтобы деятельность правительства тесно примыкала к функциям национального собрания, чтобы оно было по существу их обслуживающим — подготовителем и исполнителем. *б)* На другом полюсе стоит германская конструкция, по которой совет министров является самостоятельным организационно-научным органом, и в соответствии с этим, его роль значительно изменилась. *в)* Между этими двумя полюсами могут быть расположены модели, отражающие различную степень разделения труда.

Прежние формы единства законодательства и его исполнения, государственной власти и государственного управления в настоящее время уже не применимы. Это единство имеет теперь своим новым содержанием унификацию политического элемента со специализацией в законодательстве, многостепенность в правотворчестве, разделение труда и на основе этого закрепление рациональных методов, и наконец, укрепление контрольных правомочий представительного органа — между прочем, путем активизации своих учреждений.

Recht und Wert

von

V. PESCHKA

Wissenschaftlicher Gruppenleiter im Institut für Staats- und Rechtswissenschaften
der Ungarischen Akademie der Wissenschaften

Die Abhandlung analysiert vor allem den Zusammenhang zwischen Recht und Wert als die Beziehung zwischen positivem Recht und Naturrecht. Nach dieser Einleitung untersucht der Verfasser, welche Rolle der Wert in seiner Beziehung zum Recht, besonders in der Rechtssetzung und Rechtsanwendung spielt. Das eigentliche Thema der Abhandlung ist jedoch die Klärung der Frage, was die Bewertung des Rechts bedeutet. Im Laufe dessen unterwirft er zuerst jene Konzeptionen einer kritischen Analyse, die den Wertmassstab des Rechts im Naturrecht sehen. In den Erörterungen über den Wertmassstab des Rechts untersucht der Verfasser den absoluten und relativen, objektiven und subjektiven, materiellen und formellen Charakter des Wertmassstabes des Rechts. In seinen Untersuchungen macht er den Versuch, die Beziehung zwischen Recht und Wert erneut im Lichte der Marxschen Lehren darzustellen. Im Rahmen dessen sucht er den Wertmassstab des Rechts in der Richtung des Marxschen Begriffs des menschlichen Wesens.

1. Recht und Wert als die Beziehung zwischen positivem Recht und Naturrecht. — 2. Das Recht und die Bewertung. — 3. Das Naturrecht als Wertmassstab des Rechts. — 4. Ist der Wertmassstab des Rechts absolut oder relativ, objektiv oder subjektiv? — 5. Der materielle oder formelle Charakter des Wertmassstabes des Rechts. — 6. Neuer Versuch zur marxistischen Klärung der Beziehungen zwischen Recht und Wert.

1. Titel und Gegenstand dieser Abhandlung bedürfen einiger vorausgeschickter, einschränkender Bemerkungen. Der Zusammenhang zwischen Recht und Wert lässt nämlich ein Thema vermuten, das in seiner vollen rechtstheoretisch-geschichtlichen Übersicht auf jeden Fall eine monographische Bearbeitung andeutet. Da hier keine Möglichkeit dazu besteht, auch nur jene bedeutsamsten Konzeptionen der modernen Rechtsphilosophie zu untersuchen, die zur Bewertung des Rechts einen Versuch machen, müssen wir uns damit befriedigen, die wichtigsten Fragen der Bewertung des Rechts im Zusammenhang zwischen *positivem Recht und Naturrecht* zu beleuchten, wobei wir von der zutreffenden Feststellung von Imre Szabó ausgehen, die besagt, das gemeinsame Element jedes Naturrechts sei, »dass es eine spezifische Ausdrucksform eines auf das bestehende bzw. auf das zu schaffende Recht bezogenen bewertenden Standpunktes ist.«¹ Wir müssen aber betonen, dass die

¹ SZABÓ, I.: *Az állampolgári alapjogok elméletének kialakulása és fejlődése. (Az állampolgárok alapjogai és köteleiségei.) (Die Herausbildung und Entwicklung der Theorie über die Grundrechte der Staatsbürger. In: Die Grundrechte und Pflichten der Staatsbürger.)* Budapest, 1965. 31. p.

Analyse des Rechts als Gegenstand der Bewertung, wie einer der Beziehungen zwischen positivem Recht und Naturrecht, allein angesichts ihrer theoretisch-geschichtlichen Konkretetheit, nicht aber der in den Problembereich des Rechts und Werts gehörenden eigentlichen wesentlichen Fragen die Einschränkung der Problematik darstellt. Untersuchen wir die Beziehung zwischen positivem Recht und Naturrecht als Verhältnis zwischen Recht und Wert, so abstrahieren wir den konkreten, geschichtlichen Reichtum der tatsächlichen und theoretischen Beziehungen, die den Zusammenhang zwischen Recht und Wert darstellen, in jene Allgemeinheit des Zusammenhanges zwischen Naturrecht und positivem Recht, entsprechend der das Naturrecht überhaupt im Bereich von Recht und Staat als in bestimmter Weise gekennzeichnete und begründete Richtige erscheint² und versuchen auf diesem Gebiet das Geschichtliche in eine logische Form zu konzentrieren und in ihr auszudrücken.³ Wir sind nämlich der Überzeugung — und die nachfolgenden Erörterungen sind berufen, dies zu beweisen —, dass die Beziehung zwischen positivem Recht und Naturrecht als Wertrelation alle wesentlichen Fragen des Verhältnisses zwischen Recht und Wert enthält, die in bezug auf die verschiedenen Inhalte und Werte, in zahllosen philosophischen und rechtstheoretischen Versuchen, die den Zusammenhang zwischen Recht und Wert analysieren, auf verschiedenen philosophischen Grundlagen und in verschiedenen philosophischen Erörterungen auftreten (Wertbegriff, der absolute und relative Charakter des Wertes, der Wert des Rechts usw.).

Bevor wir auf die Untersuchung des Verhältnisses zwischen Recht und Wert auf der Grundlage des Zusammenhanges zwischen Naturrecht und positivem Recht eingehen, ist es notwendig, einige Fragen klarzulegen. Man muss nämlich unbedingt davon sprechen, welchen Platz das Verhältnis zwischen Recht und Wert, die Bewertung des Rechts in der *Problematik der marxistischen Rechtslehre* einnimmt. Dies scheint besonders begründet zu sein, wenn man in Betracht zieht, dass die marxistische Rechtsphilosophie diese Frage lange Zeit hindurch ziemlich vernachlässigte, aus seinem Untersuchungsgebiet sogar — als eine unberechtigte und unwissenschaftliche — einfach ausschliesst.⁴ Es ist aber wohlbekannt, dass mit der im wesentlichen am XX. Parteitag der KPdSU begonnenen Renaissance der marxistischen Philosophie, mit ihrer humanisierenden Tendenz und mit den jüngsten, auf die Schaffung irgendeiner marxistischen Wertphilosophie gerichteten Bestreben⁵ im Zusam-

² RYFFEL, H.: *Das Problem des Naturrechts heute*. (MAIHOFFER, W.: *Naturrecht oder Rechtspositivismus*. Darmstadt, 1962. 494. p.).

³ MARX—ENGELS: *Ausgewählte Schriften*. Bd. I. Berlin, 1953. 348. p.

⁴ S.: SZABÓ, I.: *A burzsoá állam- és jogbölcselet Magyarországon*. (*Die bürgerliche Staats- und Rechtsphilosophie in Ungarn*.) Budapest, 1955. 358—360. p.

⁵ S.: TUGARINOW, W. P.: *Über die Werte des Lebens und der Kultur*. Berlin, 1962.; Дровницкий, О. Г.: Проблема ценности и марксистская философия. *Voprossi Filosofii*, 7/1966. 33—44. p.; HELLER, A.: *Érték és történelem (Wert und Geschichte)*. Budapest, 1969.

menhang, wuchs auch in der marxistischen Rechtstheorie das Interesse für axiologische Fragen, die sich auf das Recht beziehen.⁶ Deswegen bedeuten unsere nachfolgenden Erörterungen nicht allein die Analyse des Verhältnisses zwischen Naturrecht und positivem Recht als Wertbeziehung, sondern einen Versuch, die Probleme des Rechts und Wertes, der juristischen Axiologie unter dem Aspekt der marxistischen Philosophie zu beleuchten.

2. Wert und Bewertung äussern sich im Zusammenhang mit dem Recht in mehreren Beziehungen; diese Relationen sind in der Rechtsliteratur oft ziemlich vermischt. Untersuchen wir das Recht als eine spezifische Widerspiegelung der gesellschaftlichen Verhältnisse, als eine eigenartige gesellschaftliche Objektivation in seiner Genese, in seinem Entwicklungsprozess, so sehen wir, dass die Bewertungsmomente und die Bewertung in dem spezifischen und zusammengesetzten Widerspiegelungsprozess der gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen die *Rechtsnorm entsteht*, eine bedeutsame Rolle spielen. Die Bewertung des kausalen Zusammenhanges von einem bestimmten Gesichtspunkt aus ist zur Zwecksetzung und Normsetzung in der Regel ein unerlässliches dialektisches Moment; nicht anders ist das im Falle der Rechtsnormen: »... das Recht, welches auch dadurch gekennzeichnet ist, dass es ein bewusstes Erzeugnis der Menschen darstellt, nicht nur die ontologischen Kenntnisse, die die Menschen über gesellschaftliche Handlungen und Umstände erworben haben, sondern auch Werturteile widerspiegelt, die sich aus der Deutung dieser Handlungen und Umstände ergeben, und zwar durch ihre Bewertung, durch Wertungsoperationen.«⁷ In welcher Richtung und mit welchem Charakter der Gesetzgeber den bestehenden und zu ordnenden gesellschaftlichen Inhalt regelt, wird grundsätzlich durch die den Interessen und dem Willen der herrschenden Klasse entsprechend erfolgende Bewertung dieses gesellschaftlichen Inhaltes bestimmt. Im Gesetzgebungsprozess bewertet der Gesetzgeber die verschiedenen menschlichen Verhalten und Relationen aufgrund der Interessen und des Willens der herrschenden Klasse und regelt sie vom Ergebnis dieser Bewertung bedingt.

Die Bewertung ist aber nicht allein in der Genese der *Rechtsnormen*, sondern auch zu ihrer *Realisierung*, Anwendung und Beachtung ein wichtiges

⁶ NASCHITZ, A. M.: *Wert- und Wertungsfragen im Recht. Versuch einer Anwendung der Wertphilosophie auf dem Gebiete des Rechts im Lichte der marxistischen Rechtsphilosophie*. Revue Roumaine des Sciences Sociales, Série de Sciences Juridique, 1965/1.; PÉTERI, Z.: *Az „újjaéledt” természetjog néhány jogelméleti kérdése a második világháború után (Kritikai tanulmányok a modern polgári jogelméletéről)*. (Einige rechtstheoretische Fragen des »neubelebten« Naturrechts nach dem zweiten Weltkrieg. In: *Kritische Abhandlungen über die moderne bürgerliche Rechtstheorie*). Budapest, 1963. 274—275. p.; PÉTERI: *Die Kategorie des Wertes und das sozialistische Recht*. Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität, Jena, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 3/1966. 427—431. p.; SZABÓ: *Szocialista jogelmélet — népi demokratikus jog (Sozialistische Rechtstheorie — volksdemokratisches Recht)*. Budapest, 1967. 52—53. p.; OPALEK, K.—WROBLEWSKI, J.: *Axiology: Dilemma between legal positivism and natural law*. Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht, 2—3/1968. 353—366. p.

⁷ NASCHITZ: op. cit. 5. p.

und unerlässliches Moment. Ja, wir können die Rechtsanwendung eigentlich auch als einen eigentümlichen Bewertungsprozess auffassen. In der Rechtsanwendung, gerade so wie in der Rechtssetzung handelt es sich um die Bewertung gewisser menschlicher Verhalten und Relationen. Während aber in der Rechtssetzung die Bewertung des gesellschaftlichen Inhaltes ein bedeutungsvolles Element des Entstehens der Rechtsnorm, die Rechtsnorm sozusagen das Ergebnis dieser Bewertung ist, wird in der Rechtsanwendung die Bewertung gesellschaftlicher Verhältnisse und konkreter menschlicher Verhalten gerade das Ergebnis der im Gesetzgebungsprozess verwirklichten Bewertung sein und aufgrund der Rechtsnorm durchgeführt. In der Rechtsanwendung als Bewertungsprozess spielt die Rechtsnorm die Rolle des Wertmassstabes, das Ergebnis der auf ihrem Grund erfolgten Bewertung wird aber die Entscheidung des Rechtsanwenders sein. Die Rechtsanwendung kann also für einen Bewertungsprozess angesehen werden, in dem die konkreten menschlichen Verhalten und Relationen aufgrund der Rechtsnorm als Wertmassstab bewertet werden. Natürlich sind im Rechtsanwendungsprozess noch andersartige bewertende Momente vorhanden, so z. B. die Bewertung des Wertmassstabs der Rechtsnorm mit einem anderen Mass. Dieser Prozess kann sich jedoch im wesentlichen im Laufe der Rechtssetzung abspielen, es ändert sich bloss das Subjekt der Bewertung: in dem einen Fall ist der Gesetzgeber, im anderen der Rechtsanwender oder ein anderes Rechtssubjekt derjenige, der die Rechtsnorm bewertet. Der Gegenstand der Bewertung ist in diesem Fall aber sowohl im Prozess der Rechtssetzung wie auch in dem der Rechtsanwendung das Recht, die Rechtsnorm selbst; man spricht also in beiden Fällen von der Bewertung des Rechts. Diese Wertrelation, in der das *Recht der Gegenstand der Bewertung ist* -- obwohl es geradeso ein Moment der Gesetzgebung und des Rechtsanwendungsprozesses sein kann, wie die übrigen, erwähnten Bewertungen -- muss man von jenen Wertrelationen unterscheiden, wo das Recht einerseits als ihr Ergebnis, andererseits als ihr Wertmassstab auftritt. Natürlich gehören auch jene Zusammenhänge organisch zur Problematik von Recht, Wert und Bewertung, wo das Recht entweder als Ergebnis oder als Wertmassstab funktioniert. Es ist auch nicht zu bestreiten, dass diese Wertmomente und Bewertungen sowohl zur Genese wie auch zur Realisierung des Rechts und überhaupt zur Erfassung des Rechts als gesellschaftlicher Objektivität unerlässlich sind. Spricht man aber von einem Zusammenhang zwischen Recht und Wert, von einer rechtlichen Axiologie, so schwebt uns vor allem jene Wertrelation vor, darin das Recht den Gegenstand der Bewertung darstellt. Dies ist der Sinn auch jener Bewertungsrelation, in der als Gegenstand das positive Recht, als Wertmassstab das Naturrecht figuriert: in der Beziehung zwischen Naturrecht und positivem Recht als Wertrelation stehen wir der aufgrund des Naturrechts erfolgten Bewertung des positiven Rechts gegenüber. Wie wichtig es ist, die Wertbeziehung, in der das Recht als Gegen-

stand der Bewertung figuriert, von jenen Wertrelationen zu unterscheiden, wo das Recht als Ergebnis der Bewertung oder als Wertmassstab funktioniert, steht in Kelsens Erörterungen ganz klar, wo er das Verhältnis zwischen Recht und Wert, besonders aber die Beziehung zwischen Naturrecht und positivem Recht analysiert. Obwohl Kelsen den Zusammenhang zwischen positivem Recht und Naturrecht — lässt man ihre Geltung ausser acht — als Wertrelation für möglich hält,⁸ verwechselt er jedoch dadurch, dass er die Wertrelation, in der das positive Recht als Wert, als Wertmassstab von Verhalten auftritt, mit jener Wertrelation, deren Gegenstand gerade das positive Recht ist, und gelangt schliesslich zur Folgerung, dass das positive Recht als Wert weder einen Wert besässe — denn das sei ein Pleonasmus — noch einen negativen Wert — denn das sei in sich ein Widerspruch — haben könne. »Es liegt somit . . . überhaupt keine Bewertung des positiven Rechts durch das Naturrecht, das heisst die Beurteilung einer gültigen Norm durch eine andere Norm vor. Wie könnte auch eine Norm, die einen Wert konstituiert — und jede gültige Norm konstituiert einen Wert, — wie könnte ein Wert bewertet werden, wie könnte ein Wert einen Wert oder gar einen negativen Wert haben! Ein wertvoller Wert ist ein Pleonasmus, ein wertwidriger Wert ein Widerspruch in sich selbst.«⁹ Hier übersieht Kelsen bloss jene Tatsache, dass die Rechtsnorm in Beziehung konkreter menschlicher Verhalten als Wert, genauer als Wertmassstab funktionieren kann, was mit anderen Worten nur soviel bedeutet, dass sie gültig ist, und zugleich in einer anderen Wertrelation als Gegenstand der Bewertung auftreten kann. Der Charakter und das Ergebnis dieser Bewertung ändert unmittelbar gar nichts daran, dass die Rechtsnorm in der früheren Relation als Wertmassstab fungiert. Wodurch Kelsen getäuscht wird, ist die Unbeachtung des relativen Charakters der Wertverhältnisse sowie die Gleichstellung von Geltung und Wert. Die Geltung des positiven Rechts hängt tatsächlich nicht unmittelbar vom Naturrecht ab, das positive Recht kann sich aber in der Relation des Naturrechts als Wertmassstab trotzdem für wertvoll oder wertwidrig erweisen: die Wertrelation ist kein normatives Verhältnis, wie es Kelsen meint.

Es ist kein Novum, wenn wir die prägnante Erscheinung des Rechts als Gegenstand der Bewertungsrelation in der Rechtsphilosophie als ein bedeutendes, selbständiges Problem zu den um die Jahrhundertwende erörterten rechtsphilosophischen Strebungen (Rickert, Scheler, N. Hartmann usw.) in Beziehung stellen. Die in den kapitalistischen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnissen erfolgenden bedeutenden Änderungen, die die Umwandlung zum Monopolkapitalismus begleiten, kamen — unter anderem — als ein Zeichen des Weltanschauungsbedürfnisses der Beachtung der inhaltlichen Fragen

⁸ KELSEN, H.: *General theory of law and state*. Cambridge, (Mass.), 1949. 414. p.

⁹ KELSEN: *Reine Rechtslehre*. Wien, 1960. 359. p.

dadurch zum Ausdruck, dass die Probleme der Wertphilosophie in den Vordergrund traten. Das lässt sich schon in den wertphilosophischen Versuchen der neukantianischen philosophischen Schule zu Baden gut beobachten, sowie in den auf diese gestützten rechtsphilosophischen Konzeptionen der Neokantianer (Radbruch, Moór usw.). Untersucht man das Verhältnis zwischen Recht und Wert als Problem der modernen Rechtsphilosophie, kann man nicht versäumen, Rudolf Stammler zu erwähnen. Seine Lehre über »das richtige Recht« steht an der Spitze jener rechtsphilosophischen Versuche, die in unserem Jahrhundert das Recht als Gegenstand der Bewertungsrelation darstellten. Alle modernen rechtsphilosophischen Bestrebungen, die das Recht aufgrund verschiedenster Wertmassstäbe bewerten -- obwohl ihr Mass vom formalen Wertmassstab Stammlers bedeutend abweicht, da sie ja in erster Linie materielle Werte voraussetzen -- suchen bewusst oder unbewusst, eingestanden oder negierend, im wesentlichen das richtige Recht. Wertvolles und richtiges Recht sind synonyme Begriffe in der modernen Rechtsphilosophie.

3. In der Wertrelation tritt als problematisch, als zu beurteilendes natürlicherweise immer der Gegenstand der Bewertung auf, also das, was wir bewerten. Nicht anders ist das im Falle des positiven Rechts und Naturrechts als Wertrelation, wo das positive Recht (das Recht) den Gegenstand der Bewertungsrelation bildet. Das eigentliche Problem bzw. die Frage ist also, ob das als Gegenstand der Bewertung vorliegende positive Recht wertvoll oder wertwidrig, mit anderen Worten richtig oder unrichtig ist. Die Untersuchung richtet sich also auf das positive Recht und erforscht, welche Qualität das positive Recht vorweist. Das Endziel und das Resultat der ganzen Bewertungsoperation ist die Beurteilung, die Qualifizierung des positiven Rechts. Trotzdem ist das Hauptproblem jedes rechtsphilosophischen Versuches, der auf die Forschung des Zusammenhanges zwischen Recht und Wert gerichtet ist, in paradoxer Weise in erster Linie nicht die Feststellung des Wertes vom positiven Recht, sondern das, womit und woran er das positive Recht messen soll. In der Bezeichnung der zwei Pole der Wertrelation stellt nicht der Gegenstand der Bewertung, sondern der Wertmassstab den neuralgischen Punkt der Beziehung zwischen Recht und Wert dar. So ist es auch im Falle des positiven Rechts und Naturrechts als Wertrelation, und wir betonen, es handelt sich hier jetzt nicht um die ontologische Frage, ob das Naturrecht existiere, sondern allein darum, ob das *Naturrecht für einen Wert anzusehen sei*, und wenn ja, welchen Charakter er besitze und welcher sein Wirkungsbereich sei usw. Kann das Naturrecht einen Wert darstellen, der zur Bewertung des positiven Rechts als Grundlage, als Massstab diene?

Überblicken wir vor allem kurz jene Konzeptionen der modernen Rechtsphilosophie, die das Naturrecht für einen Wertmassstab des positiven Rechts ansehen. Wir können uns natürlich nicht verlocken lassen, auch nur die bedeutsamsten Versuche der modernen Rechtsphilosophie der Reihe nach zu

untersuchen, die den Wert des positiven Rechts aufgrund des Naturrechts feststellen. Da es nicht unsere Aufgabe ist, eine Geschichte der modernen Rechtsphilosophie zu schreiben, begnügen wir uns damit, die typischen Tendenzen der modernen naturrechtlichen Konzeptionen, die das Verhältnis zwischen Naturrecht und positivem Recht für eine Wertrelation ansehen, in ihren Umrissen zu schildern und sie für unsere Erörterungen als Ausgangspunkt zu wählen. Eines der bedeutsamsten Kennzeichen der modernen naturrechtlichen Auffassung ist die Abwendung von dem einen absoluten, ewigen, unveränderlichen Wert vertretenden Naturrecht in der Richtung eines *relativen, wechselnden Naturrechts*. Kelsen stellt richtig und mit Recht fest, dass »An analysis of its specific method shows that, again and again, natural-law theory has been inclined, directly, to abandon or weaken the postulate of immutability. In place of, or in addition to, the absolute natural law, it contends there is a merely hypothetical-relative natural law which is variable and adjustable to special circumstances.«¹⁰ Unter den modernen naturrechtlichen Konzeptionen gibt es viele, die das positive Recht mit dem relativen, wechselnden Naturrecht als Wert messen. »Die 'ewigen' Rechte — sagt Riezler¹¹ — haben ihre Heimstätte in der Poesie und in der Rhetorik.« Den wechselnden Charakter des Naturrechts, seine Relativität und Subjektivität bringt am prägnantesten und vielleicht in der extremsten Form die sogenannte existenzialistische naturrechtliche Auffassung zum Ausdruck.¹² Ihr entsprechend bedeutete das Naturrecht »in der Tat . . . immer mehr Zukunftsrecht als ewig ruhendes Recht.«¹³ Dieses zukünftige Naturrecht mit werdendem Inhalt gründet Fechner auf die Existenzphilosophie als er betont: »Es handelt sich dabei weder um ein Naturrecht, dessen Inhalt gegeben ist, noch um ein Naturrecht mit wechselndem Inhalt, sondern um ein Naturrecht mit werdendem Inhalt, an dem der Mensch entscheidenden Anteil hat, . . . ein Naturrecht, das sich als wagendes und werdendes erst *in und nach der Tat* als richtig erweist und das gewagt werden muss, um überhaupt zu sein, ein Naturrecht, das in seinem Ursprung subjektiv, in seinem Ziel objektiv ist.«¹⁴ Eine der typischen theoretischen Tendenzen im modernen Naturrecht sieht also das Naturrecht als Wert, mit dem das positive Recht zu messen, zu bewerten ist, für etwas wechselndes, relatives und subjektives an.

All dies bedeutet durchaus nicht, als ob die naturrechtlichen Konzeptionen, die für den Massstab des positiven Rechts — der Orthodoxie der traditionellen Naturrechtslehre treu — das Naturrecht als einen *absoluten und*

¹⁰ KELSEN: *General theory of law and state*. 397. p.

¹¹ RIEZLER, E.: *Der totgesagte Positivismus*. (MAIHOFFER: op. cit. 243. p.).

¹² S.: PESCHKA, V.: *Az egzisztencialista jogfilozófia (Kritikai tanulmányok a modern polgári jogelméletéről)* (*Die existenzialistische Rechtsphilosophie*. In: *Kritische Abhandlungen über die moderne bürgerliche Rechtstheorie*). Budapest, 1963. 324—336. p.

¹³ SPRANGER, E.: *Zur Frage der Erneuerung des Naturrechts*. (MAIHOFFER: op. cit. 97. p.).

¹⁴ FECHNER, F.: *Rechtsphilosophie*. Tübingen, 1956. 261. p.

unveränderlichen Wert bezeichnen, in der modernen Rechtsphilosophie keine bedeutende Rolle spielten. »Das Naturrecht erhebt die Forderung von sich, *unveränderliche* Massstäbe zu besitzen.«¹⁵ Das Naturrecht sei ein zeitloser, überzeitlicher, unveränderlicher Wert.¹⁶ Meinten wir, die prägnante moderne rechtsphilosophische Ausdrucksform des relativen, wechselnden Naturrechts in den Lehren der existenzialistischen Rechtsphilosophie zu entdecken, wird es kaum überraschend wirken, wenn wir den typischen und bedeutenden Repräsentanten der modernen rechtsphilosophischen Auffassung, der das absolute und zeitlose Naturrecht als Mass des positiven Rechts ansieht, in Helmut Coing bezeichnen. Seine Kritik gegenüber die existenzialistische naturrechtliche Konzeption konkludiert nämlich geradewegs dahin, dass die gesellschaftliche Welt nicht täglich neuerbaut werde; »Hier alles auf die existentielle Entscheidung des Subjekts aus der konkreten Situation schieben, hiesse das Chaos herbeiführen, bedeutete jedenfalls das Recht zerstören.«¹⁷ Laut Coing habe das überzeitliche, unveränderliche Naturrecht, an das das positive Recht zu messen ist, einerseits die apriorische Rechtsidee, andererseits die typischen gesellschaftlichen Situationen zur Grundlage. Unter apriorischer Rechtsidee — die er im wesentlichen der platonischen Ideenlehre nach erörtert — versteht Coing den »ethischen, für die Ausgestaltung der Rechtsordnung normativen Gehalt des Rechts.«¹⁸ Auf diesen apriorischen ethischen Grundeinsichten beruht das Naturrecht: diese geben ihm die Ziele.¹⁹ Die Rechtsidee kann und soll das Naturrecht als einen überzeitlichen Massstab des positiven Rechts aus diesen apriorischen ethischen Forderungen ableiten. Dies ist deswegen möglich, da die Gesellschaftsordnung mit typischen, wiederkehrenden Problemen zu tun hat, die eine überzeitliche Konstanz haben. »Wir müssen also davon ausgehen, dass es typische soziale Situationen und Beziehungen gibt, die auch jenseits der Grenzen einer bestimmten Epoche oder Kultur wiederkehren. Diese Erscheinung beruht letzten Endes darauf, dass es gewisse Grundstrukturen in der Natur des Menschen und ebenso gewisse konstante Faktoren in der Umwelt des Menschen gibt.«²⁰ Auf diese typischen Situationen können aufgrund der apriorischen ethischen Grundeinsichten rechtliche Grundsätze festgestellt werden, die eine überzeitliche Geltung besitzen: »In unserem Zusammenhang ist wichtig, dass diese — empirisch festgestellten typischen Probleme und Lösungen bei *a priori* festliegenden ethischen Zielen es ermöglichen, *Rechtsgrundsätze* aufzustellen, die über die individuelle Situation hin-

¹⁵ AUER, A.: *Der Mensch und das Recht* (MAIHOFFER: op. cit. 473. p.).

¹⁶ HEYDTE, F. A.: *Vom Wesen des Naturrechts*. ARSPh. 1957. XLIII./2. 215. p.; COING, H.: *Um die Erneuerung des Naturrechts*. (MAIHOFFER: op. cit. 115. p.); VERDROSS, A.: *Was ist Recht?* (MAIHOFFER: op. cit. 313. p.) usw.

¹⁷ COING: op. cit. 115. p.

¹⁸ COING: *Grundzüge der Rechtsphilosophie*. 1951. 94. p.

¹⁹ COING: *Um die Erneuerung des Naturrechts*. 115. p.

²⁰ COING: *Grundzüge der Rechtsphilosophie*. 160. p.

aus Geltung beanspruchen können. Sie machen daher Naturrecht möglich.«²¹ Bei Coing ist also das Naturrecht als ein zum Massstab des positiven Rechts dienender Wert, aufgrund der typischen, wiederkehrenden gesellschaftlichen Situationen, Probleme und Lösungen sowie der apriorischen Rechtsidee möglich. Auf diese Weise tritt das Naturrecht gegenüber dem positiven Recht als ein überzeitlicher, unveränderlicher, absoluter und objektiver Wert auf.

Unter diesen erwähnten modernen naturrechtlichen Auffassungen reiht sich etwa jene naturrechtliche Tendenz ein, die dem »Naturrecht mit wechselndem Inhalt« Stammlers im wesentlichen sehr ähnlich, ein formelles, prozedurales Naturrecht als Wert voraussetzt, an dem gemessen sich das positive Recht für richtig oder unrichtig erweist. Während aber Stammler den allgemeinen, apriorischen, formellen Grundgedanken des Rechtsbegriffes zum Wert des positiven Rechts erhebt,²² sieht die prozedurale naturrechtliche Konzeption gewisse formelle Verfahrensregeln als Massstab für das positive Recht an: »Die Kriterien für die Entstehung wirklichen Rechts sind eben ganz allgemeine Verfahrensregeln, und sie beanspruchen als solche doch eben konsequenterweise auch Allgemeingültigkeit im Sinne des alten Naturrechts.«²³ Die Auffassung über prozedurales Naturrecht knüpft sich an L. L. Fullers Namen. Fuller unterscheidet das inhaltliche Naturrecht, die äussere Moralität des Rechts von der inneren Moralität des Rechts, vom prozeduralen Naturrecht, das — seiner Meinung nach — zutreffend zum Ausdruck bringe, dass es sich nicht um die inhaltlichen (materiellen) Ziele der Rechtsnormen handle, »but with the ways in which a system of rules for governing human conduct must be constructed and administered if it is to be efficacious and at the same time remain what it purports to be.«²⁴ Das sei die Vorbedingung des prozeduralen, formellen Naturrechts »for any meaningful appraisal of the justice of law.«²⁵

4. Absolut und relativ, objektiv und subjektiv, materiell und formell

dies sind jene dialektischen Gegensätze, die die früher geschilderten, typischen modernen rechtsphilosophischen Konzeptionen über das Naturrecht als Wert, als Wertmassstab des positiven Rechts, offen oder getarnt enthalten. Es scheint begründet zu sein, jetzt diese herausgehobenen, dialektischen Momente der Beziehung zwischen Naturrecht und positivem Recht als Wertrelation eingehender zu untersuchen.

Wie ausserordentlich problematisch das für die Richtigkeit des positiven Rechts den Massstab darstellende Naturrecht in jener Beziehung ist, ob es für einen absoluten Wert oder bloss relativen Wert anzusehen sei, deckt uns ganz klar Hans Ryffel auf. Er bringt nämlich die Frage, ob das Naturrecht als

²¹ COING: *Um die Erneuerung des Naturrechts*. 115. p.

²² S.: STAMMLER, R.: *A helyes jog (Das richtige Recht)*. Budapest, 1908. 11—12. p.

²³ FRIEDRICH, C. J.: *Die Philosophie des Rechts in historischer Perspektive*. Berlin, Göttingen, Heidelberg, 1955. 114. p.

²⁴ FULLER, L. L.: *The morality of law*. New-Haven, London, 1965. 97. p.

²⁵ FULLER: op. cit. 157. p.

Wertmassstab absolut oder relativ sei, mit seinem materiellen oder formellen Charakter in Zusammenhang: »... darf man heute wohl sagen, dass das Naturrecht entweder als Blankett oder dann als relative Wertposition erscheint. Wenn die Naturrechtsätze wirklich absoluten Charakter besitzen sollen, so verwandeln sie sich in blosser Blankette, die kein inhaltliches Verhalten vorzuschreiben vermögen. Besitzen dagegen die Sätze des Naturrechts einen Inhalt, so kann deren absoluter und allgemeingültiger Charakter nicht aufrechterhalten werden...«²⁶ Was bedeutet das Naturrecht als relativer Wert auf das positive Recht bezogen? Ryffel betont, dass ein inhaltliche Vorschriften enthaltendes Naturrecht nur als ein relativer Wert vorstellbar sei. Das relative Naturrecht stellt, wie gesagt, vor allem ein Naturrecht mit wechselndem Inhalt dar, mit anderen Worten, es ist ein Naturrecht, das mehrere, verschiedene Inhalte besitzt. So gibt es Naturrechte mit verschiedenem Inhalt, die zum Massstab des positiven Rechts dienen können. Das relative Naturrecht — wie Ryffel auch darauf aufmerksam macht²⁷ — stellt einen Wertpluralismus dar. In der Beziehung des positiven Rechts tritt als Massstab der Richtigkeit ein Naturrecht auf, das mehrere, verschiedene, relative Inhalte haben kann. Es existiert also kein ewiges, unveränderliches Naturrecht, an dem, als absoluten Wertmassstab, das positive Recht zu messen wäre; im Laufe der Geschichte bzw. mit der Änderung der konkreten Situationen umwandelt sich auch der Inhalt des Naturrechts, insofern wird sein Inhalt relativ, und ist als Wertmassstab des positiven Rechts auch nicht mehr absolut. Das Naturrecht mit wechselndem Inhalt als relativer Wertmassstab hat hinsichtlich der Feststellung des richtigen positiven Rechts kaum einen Wert mehr: in bezug auf den Wert des positiven Rechts ergibt es eine ziemliche Ungewissheit. Das positive Recht kann sich von dem als Massstab angewandten Inhalt des Naturrechts abhängig für wertvoll, richtig und zugleich wertlos, unrichtig erweisen. Das relative Naturrecht — wie im allgemeinen jeder relative Wert — ist geeignet, jedes positive Recht zu jeder Zeit zu rechtfertigen oder zu verwerfen, besonders wenn man auch das nicht vergisst, dass der relative Wert und der Gedanke des Naturrechts in der Regel mit dem Subjektivismus und Agnostizismus zusammen auftreten. Es genügt hier an den agnostischen und subjektiven Charakter des neukantianischen Wertrelativismus allein, oder an den irrationalistischen Subjektivismus des Existenzialismus zu erinnern. Was Lenin betont, als er den erkenntnistheoretischen Relativismus kritisiert, gilt auch auf den Wertrelativismus, auf den Relativismus jener modernen rechtsphilosophischen Konzeptionen, die das Naturrecht mit relativem Charakter als den Massstab zur Richtigkeit des positiven Rechts voraussetzen: »Denn den Relativismus zur Grundlage der Erkenntnistheorie machen, heisst unvermeidlich sich entweder zum absoluten Skeptizismus, zum Agnostizismus

²⁶ RYFFEL: op. cit. 518. p.

²⁷ RYFFEL: op. cit. 519—520. p.

und zur Sophistik oder zum Subjektivismus verdammen. Der Relativismus als Grundlage der Erkenntnistheorie bedeutet nicht nur die Anerkennung der Relativität unserer Kenntnisse, sondern auch die Leugnung irgendeines objektiven, unabhängig von der Menschheit existierenden Masses oder Modells, dem sich unsere relative Erkenntnis nähert.«²⁸ Während der erkenntnistheoretische Relativismus die vom erkennenden Subjekt unabhängig existierende objektive Wirklichkeit bezweifelt, verkünden die Vertreter des Wertrelativismus, dass die Werte nicht objektiv existieren, sondern das bewertende Subjekt gewissen Beschaffenheiten bestimmter Gegenstände einen Wert verleiht; jeder Wert entsteht durch die Stellungnahme einzelner Personen oder Personengruppen gegenüber bestimmten Gegenständen.²⁹ Ein prägnantes Beispiel für Relativismus, Subjektivismus und Agnostizismus, die sich in der Beziehung der Werte manifestieren, ist Gustav Radbruchs relativistische Rechtsphilosophie;³⁰ von jener Rechtsphilosophie des Wertrelativismus, die als gedankliche Vorbedingung der Demokratie ablehnt, »sich mit einer bestimmten politischen Auffassung zu identifizieren . . ., weil sie ein eindeutiges Kriterium für die Richtigkeit politischer Anschauungen nicht kennt . . .«³¹, stellt Klenner geistvoll fest, dass dies nichts anderes sei, als die »Theorie eines selbstmörderischen Demokraten«.³²

Trotzdem ist es unbestreitbar, dass der als Mass des positiven Rechts auftretende Gedanke des relativen Naturrechts, der rechtliche Wertrelativismus eine die Wirklichkeit der Rechtsinstitutionen, der Rechtssituationen und der Rechtsentwicklung besser ausdrückende, zu ihr näher stehende Konzeption zu sein scheint, als jene Auffassung, die den absoluten Wert, das ewige und unveränderliche Naturrecht voraussetzt. Jene rasche und bedeutungsvolle Änderung in den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnissen, die sich seit der Jahrhundertwende in der Umwandlung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus vollzogen hat, um von den radikalen gesellschaftlichen Änderungen ganz zu schweigen, die infolge der sozialistischen Revolutionen eingetreten sind, liess ihre Spuren auch in den Rechtssystemen vermerken und hatte eine gleiche tiefgreifende Veränderung der Rechtsnormen, Rechtsinstitutionen und der Rechtsverhältnisse zur Folge. Eine ganz selbstverständliche Konsequenz all dessen war, dass sich dies auf irgendwelche Weise in der Beurteilung des Rechts, in der Wertrelation zwischen Recht und Wert bzw.

²⁸ LENIN: *Materialismus und Empirio-kritizismus*. Berlin, 1952. 125–126. p.

²⁹ REININGER: *Wertphilosophie und Ethik*. 1946. 46. p.; KRAFT, V.: *Die Grundlagen einer wissenschaftlichen Wertlehre*. 1951. 17. p. (S.: VERDROSS: op. cit. 191. p.)

³⁰ PÉTERI: *Gustav Radbruch és a relativista jogfilozófia néhány kérdése. (Kritikai tanulmányok a modern polgári jogelméletéről.) (Gustav Radbruch und einige Fragen der relativistischen Rechtsphilosophie. In: Kritische Abhandlungen über die moderne bürgerliche Rechtstheorie.)* 351–400. p.

³¹ RADBRUCH, G.: *Rechtsphilosophie*. Stuttgart, 1950. 84. p.

³² KLENNER, H.: *Lenins »Empirio-kritizismus« und die Grundfrage der Rechtstheorie. Staat und Recht, 10/1967. 1624. pp.*

zwischen Naturrecht und positivem Recht zeige. Die konkrete Geschichtlichkeit des positiven Rechts schien allein durch das sein Mass darstellende Naturrecht und überhaupt durch die Relativität und das Historisieren verständlich zu sein. Die Relativität des Naturrechts als Wertmassstabs des positiven Rechts und überhaupt der Wertrelativismus im Recht ist also die spezifische rechtsphilosophische Erscheinungsform einer bedeutsamen und in unserem Jahrhundert besonders kraftvoll auftretenden Eigentümlichkeit, der konkreten Geschichtlichkeit der wirklichen gesellschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse.

Für die marxistische Rechtsphilosophie war die konkrete Geschichtlichkeit des Rechts, nämlich, dass das Recht eine gesellschaftliche Objektivation ist, die auf einem bestimmten Entwicklungsgrad der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse entsteht, dass die Entwicklung dieser Verhältnisse auch die Rechtsentwicklung grundsätzlich bestimmt, dass das Recht sowohl in seinem Inhalt als auch in seiner Form den objektiven Gesetzmässigkeiten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung unterworfen ist und die Interessen und den Willen der jeweiligen herrschenden Klasse ausdrückt, nie zweifelhaft. Die Klassiker des Marxismus haben darauf hingewiesen, dass die wirtschaftliche Basis der Gesellschaft ihren rechtlichen Überbau, ihr Rechtssystem immer herausbilde, das den gegebenen Produktionsverhältnissen und der herrschenden Klasse der Gesellschaft entspreche.³³ »Das Recht — schreibt Marx³⁴ — kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und die dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.« Wir irren uns vielleicht nicht, wenn wir behaupten, dass in der marxistischen Rechtsphilosophie gerade die konkrete Geschichtlichkeit des Rechts zu jenen Folgerungen führt, dass es einerseits gar nicht richtig sei, die Frage der Bewertung, der Richtigkeit des Rechts überhaupt aufzuwerfen,³⁵ andererseits, dass der Wert des Rechts, seine Richtigkeit oder Unrichtigkeit durch seine Beziehungen zur wirtschaftlichen Basis und zu den wirtschaftlichen und Produktionsverhältnissen bestimmt sei.³⁶ Jene marxistische rechtsphilosophische Konzeption nämlich, die die Kategorie der Richtigkeit, der Bewertung aus der Rechtsphilosophie ausschliesst, hält den Materialismus der marxistischen Rechtsphilosophie vor Augen, und kritisiert oder verwirft aufgrund dessen jeden idealistischen Wert, sei er relativ oder absolut, als das Mass der Richtigkeit des Rechts. Da die marxistische Philosophie jene Kategorien ausarbeitete, die

³³ S.: MARX—ENGELS: *Ausgewählte Schriften*. Bd. I. Berlin, 1953. 39, 337, 338. p.

³⁴ MARX—ENGELS: *Ausgewählte Schriften*. Bd. II. Berlin, 1953. 17. p.

³⁵ S.: SZABÓ: *A burzsoá állam- és jogbölcselet Magyarországon (Die bürgerliche Staats- und Rechtsphilosophie in Ungarn)*. 359. p.

³⁶ S.: VAS, T.: *A szocialista jogalkotás főbb kérdései (Die bedeutsamsten Fragen der sozialistischen Rechtssetzung)*. Jogtudományi Közlöny, 11—12/1958. 430. p.; PÉTERI: *Az „újjaéledt” természetjog néhány jogelméleti kérdése a második világháború után (Einige rechtstheoretische Fragen des »neubelebten« Naturrechts nach dem zweiten Weltkrieg)*. 274. p.

die gegenseitigen Zusammenhänge zwischen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnissen und den verschiedenen Ansichten und Institutionen adäquat widerspiegeln, ist die Bestrebung der marxistischen Rechtsphilosophie sogar selbstverständlich, die Rechtsanschauungen, -institutionen und -verhältnisse innerhalb dieses Kategoriensystems zu beleuchten und zu analysieren: »Die Frage der „Richtigkeit“ . . . wird in der marxistischen Sozialwissenschaft als die Frage der Widerspiegelung, der Wechselwirkung zwischen Basis und Überbau, als die Rückwirkung des Überbaues, d. h. der Folge als aktiven Grundes, als die Frage, wie das Recht ihrer Basis dient gelöst, ohne dass der philosophische Begriff der „Richtigkeit“ in welcher immer für einer Beziehung nötig wäre, ohne dass es „richtig“ wäre, ihn aufzuwerfen.«³⁷ In der Erklärung der rechtlichen Erscheinungen durch Kategorien der Basis und des Überbaues wird die konkrete Geschichtlichkeit des Rechts scharf betont, nämlich, dass die Anschauungen über Recht und seine Institutionen Folgen der Änderungen in der wirtschaftlichen Basis seien, weiterhin, dass das Recht seine gesellschaftliche Rolle und Funktion nur erfülle, wenn es der Stabilisierung, der Kräftigung und Entwicklung seiner jeweiligen konkreten Basis, der gegebenen wirtschaftlichen und Produktionsverhältnisse diene. Die rückwirkende, aktive Funktion des rechtlichen Überbaues enthält also — wie wir sahen — jenes Moment, das in die Richtung der Bewertung des Rechts verweist. Aus all dem folgen zwei Tatsachen ganz klar: einerseits die konkrete Geschichtlichkeit des Rechts, andererseits die darin wurzelnde Relativität des aufblinkenden Bewertungsmomentes. In diesem Zusammenhang erscheint es tatsächlich als zweifelhaft, die Kategorien des Wertes, der Bewertung, der Richtigkeit in bezug auf das Recht aufzuwerfen und anzuwenden: das kann nämlich in gewissem Sinne nichts anderes bedeuten, wie die synonyme Bezeichnung der Begriffe der marxistischen Philosophie: Basis und Überbau. Beachtet man die Beziehung zwischen Recht und Wert, weiterhin das, was wir früher über die Werte und Bewertungen von relativem Charakter gesagt haben, kann man sogar jene Voraussetzung wagen, dass im Grunde jener marxistischen Konzeption, die es für überflüssig und zu unterlassen erachtet, die Frage des Wertes, der Bewertung und der Richtigkeit auf das Recht bezogen aufzuwerfen, jene Erkenntnis verborgen ist, dass die Beziehung relativer Werte auf das Recht — wie gesagt — auch ohnedies zu einem nichtssagenden Ergebnis führt, wodurch die Ausschliessung solchartiger Kategorien aus der marxistischen Rechtsphilosophie von vornherein begründet und berechtigt sein wird. Um jedes Missverständnis zu vermeiden, ist einerseits zu betonen, dass es unrichtig wäre, daraus die Folgerung zu ziehen, dass die Anwendung der Kategorien von Basis und Überbau zur Beleuchtung rechtlicher Erscheinungen ebenfalls zu einem gleichen Resultat führe, andererseits, dass infolge der auf das

³⁷ SZABÓ: op. cit. 359. p.

Recht bezogenen negativen Beurteilung des relativen Wertes bzw. Bewertung die Beziehung zwischen Recht und Wert aus der marxistischen Rechtsphilosophie unvermeidlich verbannt sein würde. Die Untersuchung der rechtlichen Erscheinungen im Beziehungssystem von Basis und Überbau zielt überhaupt nicht auf die Bewertung des Rechts ab. Diese Kategorien der marxistischen Philosophie sind gerade zur Aufdeckung der konkreten Geschichtlichkeit, der gesellschaftlichen Determiniertheit und der konkreten gesellschaftlichen Rolle und Funktion des Rechts, der rechtlichen Erscheinungen, Institutionen und Verhältnisse berufen. Wir können die ausgesprochene und unzweideutige Konkretheit und Geschichtlichkeit der Relation von Basis und Überbau nicht oft genug betonen, nämlich, dass sie geradezu zum Ausdruck dessen dient, dass der rechtliche Überbau die Folge einer bestimmten wirtschaftlichen Basis ist, dass mit der Änderung dieser Basis sich auch die rechtlichen Anschauungen und Rechtsinstitutionen ändern, dass diese Rechtsinstitutionen und Rechtsverhältnisse geradewegs im Dienste der gegebenen konkreten gesellschaftlich-wissenschaftlichen Verhältnisse stehen. Aus all dem wird es klar, dass die Beziehung zwischen Basis und rechtlichem Überbau in ihrer konkreten Geschichtlichkeit zu jeder Zeit einen relativen Charakter hat: die bestimmten rechtlichen Anschauungen, Rechtsverhältnisse und Rechtsinstitutionen treten immer in der Beziehung zu einer gegebenen wirtschaftlichen Basis als Überbau auf. Taucht also innerhalb dieser Relation das Moment der Bewertung auf: inwieweit das Recht einerseits die Produktions- und Wirtschaftsordnung adäquat ausdrücke, in welchem Masse es andererseits der gegebenen wirtschaftlichen Basis diene, kann dies nur relativ sein. Daraus kann jedoch allein die Folgerung gezogen werden, dass die Bewertung, die einen relativen Charakter hat und einen der Beziehungen zwischen Basis und rechtlichem Überbau eine andere Bezeichnung verleiht, in der marxistischen Rechtsphilosophie zweifelhaft ist, nicht aber jene, dass die Untersuchung der Relation zwischen Recht und Wert für die marxistische Rechtsphilosophie überhaupt überflüssig wäre. Kann man nämlich das Recht unter dem Aspekt der marxistischen Philosophie mit einem anderen Wert messen, der etwas anderes und mehr sagt, als die Bewertung des Rechts ausschliesslich im Beziehungssystem von Basis und Überbau, ist der Zusammenhang zwischen Recht und Wert, neben der geschilderten Beziehung zwischen Basis und Überbau bzw. mit ihr zusammen auch für die marxistische Rechtsphilosophie ein wahrhaftiges und zu lösendes Problem. In der selben Richtung sucht im wesentlichen die Stellung des Wertproblems in der marxistischen Rechtsphilosophie in seinen jüngsten Werken auch Inre Szabó -- der früher, wie schon bekannt, die Beziehung zwischen Recht und Wert nicht als ein Problem der marxistischen Rechtsphilosophie ansah --, indem er feststellt, dass die marxistische Rechtstheorie, obwohl sie die Theorie des »richtigen Rechts« als eine Richtung der modernen bürgerlichen Rechtsphilosophie verwirft, deswegen die Frage, welcher der objektiv

feststellbare und zugleich erwünschte Weg der Rechtsentwicklung sei, aus ihrem Untersuchungsbereich doch nicht verbannen kann.«³⁸

Nach all dem Gesagten ist es — unseres Erachtens — nicht nötig, die andere Konzeption der marxistischen Rechtsphilosophie über die Relation zwischen Recht und Wert eingehender zu analysieren, die diese Relation im wesentlichen als eine der Beziehungen des Zusammenhanges zwischen Basis und rechtlichem Überbau auffasst und als solche ihre objektive Grundlage ebenfalls in der konkreten Geschichtlichkeit des Rechts erblickt. Das Wesentliche dieser marxistischen rechtsphilosophischen Konzeption liegt darin, dass das Recht an den in seiner Grundlage liegenden Produktions- und wirtschaftlichen Verhältnissen zu messen sei, und dass die Richtigkeit, der Wert bzw. die Unrichtigkeit oder Unwert des Rechts durch jenen Umstand entschieden wird, inwiefern die Rechtsnormen und Rechtsinstitutionen die Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnisse ausdrücken, inwieweit sie diesen entsprechen, in welchem Masse sie zur Festigung, zur Entwicklung der wirtschaftlichen Basis beitragen: »Das Problem der Richtigkeit und mit ihr zusammen der Bewertung kann in der sozialistischen Rechtstheorie nur in der Beziehung der Widerspiegelung, andererseits der aktiven, auf die materielle Basis der Gesellschaft rückwirkenden Rolle der Ideen auftauchen . . .«³⁹ Diese Auffassung der marxistischen Rechtsphilosophie hält — wie schon erwähnt — jene tatsächlich bestehenden, wesenhaften Eigenschaften des Rechts als gesellschaftlicher Objektivation vor Augen, dass das Recht ein Produkt der Produktions- und wirtschaftlichen Verhältnisse sei, dass die Umwandlung dieser Verhältnisse die Änderung des Rechts mit sich bringe, und dass die gesellschaftliche Rolle und Funktion des Rechts geradezu der wirkungsvollste Schutz und die Kräftigung dieser Produktions- und wirtschaftlichen Verhältnisse sei. Der Wert, die Richtigkeit des Rechts wird also infolgedessen dadurch entschieden, inwieweit es seiner gesellschaftlichen Bestimmung entspricht. Nun aber, da jede gesellschaftliche Formation nur ein Rechtssystem hat und zwar ein Recht, das die Interessen und den Willen der herrschenden Klasse der Gesellschaft zum Ausdruck bringt, gibt die Bewertung dieses Rechts aufgrund seiner Entsprechung den gegebenen Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnissen allein darüber Information, wie aktiv, wirksam, in diesem Sinne richtig bzw. weniger effektiv oder unrichtig das in Frage stehende Rechtssystem der gegebenen wirtschaftlichen Basis, der herrschenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ordnung diene. Da es so viele gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ordnungen wie Rechtssysteme gibt, und den Wert jedes Rechtes seine Entsprechung den determinierenden Produktions- und wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmt, existieren in diesem Zusammenhang und in diesem Sinne selbst-

³⁸ SZABÓ: *Szocialista jogelmélet — népi demokratikus jog (Sozialistische Rechtstheorie — volksdemokratisches Recht)*. 52. p.

³⁹ PÉTERI: op. cit. 274. p.

verständlich gleichzeitig mehrere richtige, wertvolle Rechte, ja dasselbe Rechtssystem kann sich sogar im Vergleich zu den verschiedenen wirtschaftlichen Basen für richtig oder unrichtig erweisen. Auf diese Weise hat der Wert des Rechts, an seiner jeweiligen wirtschaftlichen Basis gemessen, einen relativen Charakter. Relativ im Sinne, dass die wechselnde jeweilige Basis jener Massstab ist, wonach das Recht bewertet wird, demzufolge verschiedene Rechtsnormen und Rechtsinstitutionen zugleich richtig oder unrichtig sein können, davon abhängig, aufgrund welcher wirtschaftlichen Basis sie beurteilt werden. Es bedarf kaum einer weiteren Erklärung, dass auf diese Art — wie das in der Regel bei jedem relativen Wert bzw. Bewertung der Fall ist — jedes Recht gerechtfertigt bzw. negativ bewertet werden kann. Wir können es trotzdem nicht versäumen, auf jene bedeutsamen Momente hinzuweisen, die diese Wertkonzeption der marxistischen Rechtsphilosophie von den erwähnten modernen naturrechtlichen und anderen Auffassungen der bürgerlichen Rechtsphilosophie unterscheiden, die ebenfalls relative Werte bzw. Bewertung voraussetzen. Vor allem ist zu betonen, dass diese Wertkonzeption der marxistischen Rechtsphilosophie von relativem Charakter, als sie das Recht an ihrer gegebenen wirtschaftlichen Basis misst, vor das Recht eigentlich einen objektiven Wertmassstab stellt, und insofern vermeidet sie den Subjektivismus der erwähnten, modernen relativistischen Richtungen der Rechtsphilosophie. Die Richtigkeit und Unrichtigkeit des Rechts, der dem Recht und der Bewertung zugrunde liegende Massstab, der Zusammenhang zwischen Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnissen sind objektiv vorhanden und werden nicht vom bewertenden Subjekt erschaffen. Eine weitere Folge davon ist, dass die Bewertung innerhalb der gegebenen objektiven Relation die reale Situation zum Ausdruck bringt, indem sie den Charakter der Beziehung zwischen Recht und der vorhandenen wirtschaftlichen Basis beleuchtet. Deswegen hat diese Wertrelation überhaupt erst dann einen Sinn und Nutzen, wenn das Recht immer an seiner eigenen und nicht an einer anderen wirtschaftlichen Basis gemessen wird. In diesem Falle kann nämlich die Bewertung hinsichtlich der Umwandlung, Formierung und Änderung des Rechts in der Beziehung zu den bestimmenden Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnissen die Orientierung ermöglichen. Trotz ihrer Objektivität und ihrer zweifellosen Nützlichkeit im gegebenen Bereich, trägt diese Wertrelation jedoch infolge ihrer Relativität auch ihre Schranken in sich, nämlich, dass sie allein in bezug auf die gegebene gesellschaftlich-wirtschaftliche Formation, die Interessen und den Willen der darin herrschenden Klasse relevant ist. Mit anderen Worten heisst das soviel, dass die Bewertung des Rechts auf diese Weise bloss innerhalb der Rahmen seiner relativen, geschichtlichen Konkretheit bleibt, d. h. der konkrete Wert des Rechts nur in der Beziehung zur gegebenen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ordnung in Frage kommen und seine Formierung allein aufgrund dessen erfolgen kann. Man darf natürlich nicht vergessen, dass

sich die wesenhafte und eigentliche Rolle und Bestimmung des Rechts gerade in dieser konkreten Geschichtlichkeit, und zwar darin offenbart, dass es die bestehende gesellschaftlich-wirtschaftliche Ordnung und die Interessen der herrschenden Klasse auszudrücken und diesen zu dienen hat. Insofern scheinen also die Beurteilung des Rechts aufgrund seiner wirtschaftlichen Basis und seine Bewertung – davon bedingt, ob es dieser Basis entspricht – richtig zu sein. Dieser objektive und materialistische Wertrelativismus trägt jedoch die Gefahr in sich, dass das Recht – ungeachtet dessen, welchen Inhalt und Charakter die Produktions- und wirtschaftlichen Verhältnisse haben, und um welche Gesellschaftsordnung es sich handelt, da ja dies die wirtschaftliche Basis des in Frage stehenden Rechtssystems bildet – allein mit ihr verglichen wird. Daraus kann sich aber in einem extremen Fall z. B. das überraschende Resultat ergeben, dass die Richtigkeit, der Wert des Rechts aufgrund jener Tatsache festgestellt wird, dass es unterdrückenden, ausbeutenden, unmenschlichen Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnissen entspricht, und zwar – um jedes Missverständnis zu vermeiden, möchten wir betonen – so, dass das gegebene Rechtssystem umso wertvoller, richtiger sein wird, je mehr, je adäquater es die erwähnten Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnisse ausdrückt und je wirksamer es zu ihrer Aufrechterhaltung beiträgt. Man denke nur daran, zu welchem grotesker und bestürzender Konklusion wir aufgrund dieser Wertkonzeption z. B. im Hinblick auf das Rechtssystem des faschistischen Deutschlands geraten könnten.

Bevor wir unseren wagemutigen Versuch fortsetzen, die Beziehung zwischen Recht und Wert aufgrund der materialistischen Dialektik zu klären und im Gange dessen in den Gedankenbereich der modernen rechtsphilosophischen Auffassungen einzutreten, die das Recht an einem absoluten Wert messen, ist es angezeigt und wird den Überblick jedenfalls erleichtern, wenn wir die Momente festsetzen, die wir in den bisherigen Erörterungen für jene bezeichnet haben, die bei der weiteren Herausbildung unseres Standpunktes über die Beziehung zwischen Recht und Wert Anhaltspunkte sein können. Aus den bisherigen Erörterungen sind zwei Fragen auf jeden Fall klar: die Grundlage der Bewertung des Rechts kann *weder relativ noch subjektiv* sein. Man kann also den Wert des Rechts aufgrund wechselnder, abweichender, verschiedener Wertmassstäbe nicht feststellen, denn die Voraussetzung solcher relativen Wertmassstäbe hat zur Folge, dass jedes Recht zu jeder Zeit für richtig und zugleich unrichtig, für wertvoll und wertlos qualifiziert werden kann. Der zur Bewertung des Rechts zum Grunde liegende Wertmassstab kann keineswegs subjektiv sein, wie auch die Relation zwischen Recht und Wert nicht subjektiv ist. Die Beziehung sowohl zwischen Wertmassstab und Wert des Rechts, wie auch zwischen Recht und der Grundlage seiner Bewertung hat einen objektiven Charakter, was soviel bedeutet, dass die Grundlage der Bewertung vom Bewusstsein des bewertenden Subjekts unabhängig exi-

stiert, infolgedessen auch die Beziehung zwischen Recht und diesem objektiven Recht unabhängig vom Bewusstsein des bewertenden Subjekts besteht, d. h. das Recht steht, unabhängig vom Bewusstsein des bewertenden Subjekts, mit dem objektiven Wert im Einklang, entspricht ihm oder nicht. Das Bewusstsein, die Bewertung des bewertenden Subjekts schafft keine Relation zwischen Recht und Wert, bringt sie nicht zustande, sondern erkennt diese nur, bringt sie zum Ausdruck, spiegelt sie in einer spezifischen Art wider. »*Der Wert ist also eine gesellschaftlich-ontologische Kategorie* und als solche objektiv: er hat keine Objektivität der Natur — allein eine aus der Natur stammende Bedingung —, aber er hat eine gesellschaftliche Objektivität. Er ist unabhängig von der Bewertung einzelner Menschen, aber nicht unabhängig von der Aktivität der Menschen, er ist ja die Ausprägung, die Resultante gesellschaftlicher Verhältnisse.«⁴⁰

5. Unsere Erörterungen, durch die wir versuchen, die Beziehung zwischen Recht und Wert aufgrund der materialistischen Dialektik zu klären, zeigen also in die Richtung des *objektiven* und *absoluten* Charakters des dem Recht gegenübergestellten Wertmassstabes. Bei dem eigentlichen Gegenstand unserer Untersuchung, bei der Analyse der Beziehung zwischen Naturrecht und positivem Recht als Wertrelation geblieben, haben wir schon auf die modernen rechtsphilosophischen Tendenzen hingewiesen, die das positive Recht aufgrund eines als objektiver und absoluter Wertmassstab angesehenen Naturrechts beurteilen. Ein ansehnlicher Teil dieser Tendenzen sieht die Objektivität und Absolutheit des Naturrechts, das der Bewertung des positiven Rechts zum Grunde liegt, darin, dass dieses Naturrecht irgendeines, über den wirklichen Menschen, gesellschaftlichen Verhältnissen und Institutionen stehenden, von diesen unabhängigen und insofern objektiven, absoluten Wesens bzw. Geistes die Stimme, die Ausstrahlung Gottes sei: »Die göttliche Vernunft erschafft denkend die Wesenheit der Dinge. Der göttliche Wille setzt sie unmittelbar als *causa prima* oder mittelbar durch die Zweitursachen ins Dasein. Das ist fundamental für die Möglichkeit des Naturrechts . . . Die Wesensformen der Dinge sind unveränderlich, weil sie Gedanken des unveränderlichen Gottes sind.«⁴¹ Die in erster Linie neothomistischen Versuche der modernen Rechtsphilosophie, die den objektiven und absoluten Charakter des Naturrechts als Wertmassstab auf diese Weise fundieren, unterscheiden sich nicht von der bereits klassischen theologischen naturrechtlichen Auffassung, denn sie begründen, genauso wie diese, die Objektivität und Absolutheit des als Massstab für das positive Recht vorausgesetzten Naturrechts auf objektiv idealistische Art. Für diesen Versuch, der die Beziehung zwischen Recht und Wert mit Hilfe der materialistischen Dialektik analysiert, ergeben sich mehrere bedeutsame Folgerungen: vor allem, dass er sich nicht mit der Objektivität

⁴⁰ HELLER: op. cit. 12. p.

⁴¹ ROMMEN, H.: *Die ewige Wiederkehr des Naturrechts*. München, 1947. 178. p.

des Wertes im allgemeinen begnügen kann, sondern die materialistische Fundierung des objektiven Wertes zu beanspruchen hat. Für die materialistische Rechtsphilosophie ist also nicht allein die auf objektiv idealistische Art begründete Objektivität des Naturrechts unannehmbar, sondern jede Wertkonzeption (M. Scheler, A. Meinong, N. Hartmann), die die Objektivität der Werte, irgendein objektives Wertsystem mit gleicher idealistischer Konstruktion erschafft und behauptet, dass die Werte vom bewertenden Subjekt unabhängig als »Ideales Sein« bestehen: »ein *an sich bestehendes Reich der Werte* gibt einen echten Kosmos noctos, der ebenso jenseits der Wirklichkeit wie jenseits des Bewusstseins besteht.«⁴² Die marxistische Rechtsphilosophie, die dem Wert einen objektiven Charakter beimisst, insofern sie ihn vom Bewusstsein, von der Bewertung des bewertenden Subjekts für unabhängig ansieht, trennt den Wert von der objektiven Wirklichkeit, den wirtschaftlichen Verhältnissen der Menschen nicht los, sondern leitet ihn aus diesen objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen ab und fasst ihn in seinem Zusammenhang mit diesen auf.

Obwohl in der theoretischen Gründung nicht frei vom objektiven Idealismus (apriorische Rechtsidee), ist doch beachtenswert und gibt zu denken, was Helmut Coing über die Typizität der menschlichen und gesellschaftlichen Situationen und über gewisse konstante Faktoren sagt, als er den absoluten Charakter des Naturrechts, Massstab des positiven Rechts, untersucht. Das Wesentliche seiner Konzeption, die er über das Naturrecht als absoluten Wert zur Beurteilung des positiven Rechts erörtert, ist, dass die absolute und überzeitliche Geltung des Naturrechts als Wert durch die typischen wiederkehrenden gesellschaftlichen Situationen und Beziehungen sowie gewisse konstante Faktoren der menschlichen Natur und seiner Umwelt gegründet seien.⁴³ Diese Theorie Coings, d. h. die kritische Untersuchung dieser Auffassung über das Naturrecht mit absolutem Charakter als Wert, kann umso eher auf ein Interesse Anspruch erheben, da man - lässt man auf unzulässige Weise jene wesentlichen und entscheidenden Unterschiede ausser acht, die die besprochenen rechtsphilosophischen Konzeptionen in ihrer theoretischen Begründung und in ihrem Inhalt voneinander trennen - feststellen kann, dass die von Coing erwähnten Momente, wie wiederkehrende, typische, konstante, allgemeine, menschliche Elemente, Faktoren, Beziehungen u. dgl. auch in jenen Bestreben der marxistischen Rechtsphilosophie aufzufinden sind, die zur Bewertung des Rechts irgendeinen absoluten Wertmassstab suchen. In ihrer gedankenreichen Abhandlung über die Problematik von Recht und Wert setzt Anita Naschitz neben den zur Beurteilung des Rechts dienenden und von Klasseninteressen determinierten Werten mit relativem Charakter bzw. als Momente dieser auch Werte voraus, die sich nicht von Zeit zu Zeit ändern,⁴⁴ die auch

⁴² HARTMANN, N.: *Ethik*. Berlin, Leipzig, 1935. 140. p.

⁴³ S.: COING: *Grundzüge der Rechtsphilosophie*. 160. p.

⁴⁴ NASCHITZ: op. cit. 14. p.

bestimmte allgemein-menschliche Elemente enthalten.⁴⁵ »Die historische Behandlung des Wertproblems schliesst . . . in der dialektisch-materialistischen Auffassung nicht die Möglichkeit aus, dass die ethischen, sozialpolitischen, juristischen usw. Werte gewiss auch allgemein-menschliche Elemente enthalten.«⁴⁶ Während aber Coing das den Massstab des positiven Rechts darstellende Naturrecht mit absolutem Charakter aufgrund der typischen, wiederkehrenden und konstanten gesellschaftlichen Faktoren von der apriorischen Rechtsidee ableitet, sieht Naschitz die allgemein-menschliche Elemente enthaltenden Werte in jenen Grundprinzipien und Regelungen des positiven Rechts, die allgemein-menschliche Interessen ausdrücken und in den verschiedenen Rechtstypen wiederkehren bzw. konstant sind: »Es ist unzweifelhaft — und die ganze geschichtliche Entwicklung des Rechtes liefert den Beweis dafür —, dass es ausser den den juridischen Regelungen der verschiedenen Rechtstypen eigenen inhaltlichen Verschiedenheiten gewisse Prinzipien und Regelungen gibt, die sich in mehreren oder sogar in allen historischen Rechtstypen wiederfinden.«⁴⁷

Die modernen rechtsphilosophischen Konzeptionen, die den absoluten Charakter des zur Bewertung des Rechts dienenden Wertmassstabs mit den typischen, wiederkehrenden, konstanten, allgemein-menschlichen Faktoren und Momenten erklären, werfen so manche wichtige Fragen auf, ohne deren Beantwortung die Klärung der Beziehung zwischen Recht und Wert mittels der materialistischen Dialektik kaum vorzustellen ist: Können für den Wertmassstab des Rechts gewisse konstante, wiederkehrende, allgemein-menschliche Momente, Faktoren als Wert angesehen werden? Ist es ein formeller oder materieller Wert, der zum Massstab des Rechtes dient? Ist dieser Wert ausser- oder innerhalb des Rechtes zu suchen? Was die konstanten allgemein-menschlichen Faktoren und Elemente, also den für das Recht als Massstab dienenden absoluten Wert betrifft, ist gegenüber den modernen rechtsphilosophischen Konzeptionen, die im Naturrecht als Wertmassstab des positiven Rechts die Verkörperung irgendwelcher, angeblich überzeitlicher, etwas »Allgemein-Menschliches« ausdrückender Grundprinzipien und Normen sehen, vor allem zu betonen, dass die marxistische Philosophie diese verwirrte, täuschende Kategorie des philosophischen Idealismus, den Begriff des »Allgemein-Menschlichen« ablehnt: ». . . fixiert der philosophische Idealismus den Begriff des »Allgemein-Menschlichen« in einer unzulässig überhistorischen Weise dadurch, indem bestimmte jeweils aus den ideologischen Bedürfnissen einer gegebenen geschichtlichen Lage entsprungene und so verallgemeinerte Züge der Menschen diese begriffliche Weihe erhalten und den besonderen oder partikularen Eigenschaften, Beschaffenheiten etc. der Menschen mechanisch,

⁴⁵ Op. cit. 13. p.

⁴⁶ Op. cit.

⁴⁷ Op. cit. 17. p.

starr gegenübergestellt werden.«⁴⁸ Dieses Allgemein-Menschliche hat nicht allein in der ästhetischen Theorie und Praxis, sondern auch in der Rechtstheorie und Rechtspraxis zur Folge, »... dass die Menschheit darin zu den konkreten Formen der menschlichen Beziehungen, vor allem zu Klasse und Nation, in einen ausschliessenden metaphysischen Gegensatz gesetzt wird. Indem nun diese konkreten Bindungen und Verbindungen der Menschheit... auf ein Niveau des Sekundären, des gedanklich zu vernachlässigenden herabgesetzt werden, entsteht zwangsläufig eine blasse, abgezogene, blutlose Konzeption vom Menschen selbst.«⁴⁹ Das zeigt sich sehr gut bei jenen modernen rechtsphilosophischen Konzeptionen, die das den Massstab des positiven Rechts darstellende Naturrecht auf die allgemein menschlichen Faktoren gründen. Auch in diesen verschwindet nicht nur das Naturrecht, sondern die Klassengebundenheit des auf dessen Grund beurteilten positiven Rechts, und sie erschaffen ewige, überzeitliche, allgemeine Rechte der Menschen, die in ihrer allgemeinen Abstraktheit formell und nichtssagend werden. Es genügt hier bloss auf jene, aus dem römischen Recht stammenden, abstrakten Rechtsgrundprinzipien zu verweisen, die in fast jeder naturrechtlichen Konzeption, so auch bei Coing, Kriterien der den Massstab des positiven Rechts darstellenden Gerechtigkeit sind: »honeste vivere«, »neminem laedere«, »suum cuique tribuere«.

Wir haben es schon erwähnt und können nicht oft genug betonen, dass jene allgemein-menschlichen, konstanten Momente, die Naschitz als Wert erwähnt, trotz all ihrer Ähnlichkeit mit der Kategorie des »Allgemein-Menschlichen« des philosophischen Idealismus nicht identisch sind. Naschitz betont nämlich, dass dieses Allgemein-Menschliche nicht irgendein ewiges, abstraktes menschliches Wesen, sondern gesellschaftlich-rechtliche Momente bedeutet, die einen wechselnden, konkret-historischen Inhalt besitzen: »... diese Werte nicht aus einem abstrakten menschlichen Wesen abgeleitet sind, sondern aus den realen Interessen der Menschen, als in der Gesellschaft lebender Wesen. Wie wir schon hervorgehoben haben, sind diese Interessen allen Menschen gemein, aber sie bekommen in jeder historischen Epoche, welche die Menschheit durchlaufen hat, einen historisch-konkreten Inhalt.«⁵⁰ Als Naschitz gewisse, im Recht anwesende, abstrakte, formelle, konstante Elemente für allgemein Menschliches ansieht, das einen Wert darstellt, kommt sie im wesentlichen doch an den naturrechtlichen Gedanken nahe, von dem Engels folgendes sagt: »... vergleicht in ihrer weitem Entwicklung die Rechtssysteme verschiedner Völker und verschiedner Zeiten miteinander, nicht als Abdrücke der jedesmaligen ökonomischen Verhältnisse, sondern als Systeme, die ihre Begründung

⁴⁸ LUKÁCS, G.: *Die Eigenart des Ästhetischen*. Hbd. I., Neuwied a. R., Berlin Spandau, 1963. 574. p.

⁴⁹ Op. cit. 587. p.

⁵⁰ NASCHITZ: op. cit. 19. p.

in sich selbst finden. Die Vergleichenng setzt Gemeinsames voraus: Diese findet sich, indem die Juristen das mehr oder weniger Gemeinschaftliche aller dieser Rechtssysteme als *Naturrecht* zusammenstellen.⁵¹ Es ist wahr, dass Naschitz - und gerade darin liegt der wesentliche Unterschied, der ihre Auffassung von den naturrechtlichen Konzeptionen trennt - die Rechtssysteme für von den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmt hält und ihre konkrete Geschichtlichkeit betont, doch fasst sie die in den Rechtssystemen auffindbaren konstanten Elemente als allgemein Menschliches, als einen Wert auf, so erklärt sie das Recht einerseits aus dem Recht selbst, beurteilt es an sich selbst; andererseits hebt sie äusserst blutlose, abstrakte, formelle Momente heraus, die kaum dazu geeignet sind, den Wert, die Richtigkeit des Rechts festzustellen. Auf diese Weise erhalten wir zur Beurteilung des Rechts einen formellen, dem Recht innewohnenden Wert. Der formelle, abstrakte Wert kann aber - wie das von Ryffel charakterisierte »Blanketten-Naturrecht«⁵² - kein Massstab für das positive Recht sein, da er in seiner formellen Abstraktheit jedweden rechtlichen Inhalt rechtfertigen kann. Hart, als er die ebenfalls formelle naturrechtliche Konzeption Fullers über die innere Moralität kritisiert, schreibt zutreffend: »It is unfortunately compatible with very great iniquity«.⁵³ Naschitz sieht die Gefahren dieses Formalismus aber klar und zeigt an prägnanten Beispielen (Schutz des Lebens und der persönlichen Sicherheit des Menschen, Schadenersatz, Eigentum usw.), dass diese allgemeinmenschlichen, konstanten Elemente des Rechts im Laufe der Geschichte mit dem verschiedensten und abweichendsten Inhalt aufgetreten sind.⁵⁴ So besagen diese abstrakten, formellen, allgemeinmenschlichen Momente aber den Wert, die Richtigkeit eines Rechtssystems betreffend gar nichts: diese konstanten, abstrakten, formellen Elemente können die verschiedensten Inhalte ausdrücken. Jene wesentliche Eigenschaft der Dialektik des Inhalts und der Form, dass der Inhalt gegenüber der Form primär und bestimmend ist, kann man bei der Untersuchung des Rechts bzw. der Beziehung zwischen Recht und Wert ausser acht lassen: »Das Recht und die Rechtsnorm kann nicht bloss als ein formeller Befehl ohne gesellschaftlichen Inhalt, als die Gesamtheit leerer Wörter aufgefasst und von jenen gesellschaftlichen Verhältnissen abstrahiert werden, unter denen es zur Geltung kommt. Wird z. B. dieselbe, sich auf den Schutz der Gesellschaftsordnung beziehende Rechtsnorm in verschiedenen Gesellschaftsordnungen angewendet, ist die scheinbar gleiche Rechtsnorm mit ihrem gesellschaftlichen Inhalt schon nicht mehr identisch; die Verhältnisse, unter denen und für die sie gilt, sind nicht die gleichen, noch ist der Inhalt der das Menschenleben schützenden Rechtsnorm unveränderten

⁵¹ MARX—ENGELS: *Ausgewählte Schriften*. Bd. I., Berlin, 1953. 592. p.

⁵² S.: RYFFEL: op. cit. 518. p.

⁵³ HART: *The concept of law*. 1961. 202. p.

⁵⁴ NASCHITZ: op. cit. 18. 22. p.

Textes gleich, wenn sie in verschiedenen Systemen gilt, denn auch die Art ihrer Anwendung und Auslegung wird dadurch beeinflusst, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen sie zur Geltung kommt — obwohl der Unterschied hier natürlich schwerer festzustellen ist. Die Rechtsnorm ist also immer eine gehaltvolle Form.«⁵⁵ All dies bedeutet natürlich weder das Bestreiten der sich im Recht manifestierenden Kontinuität noch dessen, dass im Recht konstante Elemente aufzufinden seien, von denen auch Naschitz sprach. Hier handelt es sich nur darum, dass diese konstanten Momente infolge ihres abstrakt-formellen Charakters zur Feststellung des Wertes des Rechts nicht geeignet sind, bzw. dass sie an sich noch für keinen rechtlichen Wert angesehen werden können.

Das Gesagte zusammenfassend kann man also feststellen, dass jene Theorie der marxistischen Rechtsphilosophie, die das Rechtssystem einerseits mit den sich aus den spezifischen Klasseninteressen ergebenden Werten, andererseits mit Werten vergleicht, die die in diesen Klasseninteressen sich manifestierenden allgemein-menschlichen Interessen ausdrücken, und die Quelle beider im Recht selbst findet, das Recht entweder an einem inhaltlichen, aber relativen Wertmassstab misst oder hiezu einen absoluten und formellen Massstab anwendet. Und obzwar sie sowohl das Recht als auch den Wert auf materialistische Art erklärt, deckt sie die Dialektik des Absoluten und Relativen, des Inhalts und der Form, der Konkretheit und der Historizität in der Beziehung zwischen Recht und Wert nicht restlos auf. So stehen wir einmal einer in materialistischer Art ausgelegten relativistischen Wertkonzeption, andermal wieder den materialistischen Varianten des Stammerschen »Naturrechts mit wechselndem Inhalt« gegenüber. Der Kern des Problems ist also auch weiterhin jene Frage, worin jener materielle, absolute und objektive Wertmassstab besteht, mit dem der Wert des in seiner historischen Konkretheit auftretenden Rechts festzustellen ist. Aus der Analyse der relativistischen Wertkonzeptionen gelangten wir früher zur Konklusion, dass dieser Wertmassstab weder subjektiv noch relativ sein kann. Die Untersuchung der Konzeptionen von absolutem und objektivem Charakter hat uns davon überzeugt, dass die Objektivität des Wertes nicht idealistisch begründet, der Wert nicht formell sein kann, sondern einen Inhalt haben muss, dass man diesen Wert nicht innerhalb des Rechts, sondern — wie darauf Klenner richtig hinweist⁵⁶ — ausserhalb des Rechts zu suchen hat und schliesslich, dass dieser Wert so absolut sein muss, dass er aufgehoben auch das Moment der Relativität enthalte.

6. Untersucht man also die Beziehung zwischen Recht und Wert unter dem Aspekt der marxistischen Rechtsphilosophie und forscht nach jenem Wertmassstab, aufgrund dessen der Wert, die Richtigkeit des Rechts — die er-

⁵⁵ SZABÓ: *Szocialista jogelmélet — népi demokrtiakus jog (Sozialistische Rechtstheorie — volksdemokratisches Recht)*, 282. p.

⁵⁶ KLENNER: op. cit. 1624. p.

wähnten dialektischen Gegensätze beachtet – festzustellen ist, wird es klar, dass man weder in jener Richtung des marxistischen rechtsphilosophischen Versuches, die diesen Massstab des Rechts in der jeweiligen wirtschaftlichen Basis sieht, noch auf jenem Weg vorwärtskommen kann, der für den Wertmassstab des Rechts das die allgemein-menschlichen Interessen ausdrückende Allgemein-Menschliche bezeichnet. Wir entbehren aber doch nicht jedes Ausgangspunktes und Kompasses, als wir die Grundlage zur Bewertung des Rechts suchen, denn die Konzeption der marxistischen Rechtstheorie, die den Massstab der Richtigkeit des Rechts nicht etwa in einem abstrakten, formellen, inhaltslosen Richtigkeitswertmassstab, sondern in der Adäquatheit der Widerspiegelung der sich entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnisse zu entdecken meint,⁵⁷ kann – unserer Erwägung nach – zum Ausgangspunkt der weiteren Analyse dienen. Der Wesensinhalt dieser marxistischen rechtstheoretischen Auffassung kann darin bezeichnet werden, dass die Richtigkeit des Rechts »Nicht einen Vergleich zu irgendeinem abstrakten Massstab bedeutet . . ., sondern ausschliesslich jene gesellschaftliche Forderung andeutet, dass die Gesetzgebung die sich entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnisse richtig zu widerspiegeln habe.«⁵⁸ Den Wertmesser des Rechts stellen also »die sich entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnisse« dar; das Recht erweist sich für richtig, wenn es diese in Entwicklung befindlichen gesellschaftlichen Verhältnisse adäquat widerspiegelt. Diese Konzeption unterscheidet sich dem Anschein nach kaum vom erwähnten Standpunkt der marxistischen Rechtstheorie, der die jeweilige wirtschaftliche Basis der Gesellschaft als den Wertmesser des Rechts bestimmt. Wie wenig dies aber so ist, wird nicht allein daraus ersichtlich, dass die Bezeichnung »gesellschaftliche Verhältnisse« ein viel breiteres Gebiet umfasst, als die wirtschaftliche Basis, sondern auch aus jener Tatsache, dass man kaum sagen kann, jede wirtschaftliche Basis befinde sich ständig in *Entwicklung*. Dieser Meinung gibt Kálmán Kulcsár Ausdruck, als er betont, dass mit der Richtigkeit des Rechts verbunden unter »adäquater Spiegelung die Widerspiegelung der *sich entwickelnden* gesellschaftlichen Verhältnisse und nicht die im Augenblick gegebene Situation mit all ihren eventuellen und zufälligen Zügen zusammen zu verstehen ist . . .«⁵⁹ Halten wir aber die Bestimmung des Wertmassstabes des Rechts in den »*sich entwickelnden* gesellschaftlichen Verhältnissen« doch nicht für vollständig befriedigend, und weitere Untersuchungen für notwendig, das ist auf paradoxe Art – gerade dem Attribut »*sich entwickelnde*« zuzuschreiben. Die Kategorie der Ent-

⁵⁷ S.: KULCSÁR, K.: *A jog nevelő szerepe a szocialista társadalomban (Die erzieherische Funktion des Rechts in der sozialistischen Gesellschaft)*. Budapest, 1961. 230–235. p.; KULCSÁR: *A szituáció jelentősége a jogalkalmazás folyamatában (Die Bedeutung der Situation im Gange der Rechtsanwendung)*. *Allam- és Jogtudomány*, 4/1968. 567–568. p.

⁵⁸ KULCSÁR: *A jog nevelő szerepe a szocialista társadalomban (Die erzieherische Funktion des Rechts in der sozialistischen Gesellschaft)*. 231. p.

⁵⁹ Op. cit. 234. p. (Hervorgehoben von mir – V. P.)

wicklung kann nämlich in der abstrakten Unbestimmtheit ihrer Allgemeinheit sowohl ihres Inhalts als auch ihrer Richtung und Perspektive betreffend noch weitere Fragen und Zweifel aufwerfen. Die Unterscheidung der sich entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnisse als des Wertmassstabes des Rechts von der wirtschaftlichen Basis ist in der Beziehung der Entwicklung auch nur dann möglich, wenn wir dieser Entwicklung einen gewissen Inhalt und eine gewisse Richtung voraussetzen. Ist diese Entwicklung in ihrer abstrakten Unbestimmtheit mit der Änderung identisch und infolgedessen eine Änderung sowohl in positive wie negative Richtung bzw. mit positivem oder negativem Inhalt, also die einen Rückschritt enthält (was — wie es zu sehen war — an sich schon einen Vergleich zu etwas, also eine Bewertung bedeutet), ist sie zur Bewertung des Rechts kaum geeignet. Bei der Untersuchung des Wertmassstabes des Rechts müssen wir einen weiteren Schritt unternehmen und sowohl die Richtung als auch den Inhalt der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen; das hat man dann, letzten Endes, als Grundlage der Bewertung des Rechts anzusehen. Der Marxismus fasst die Geschichte, die Gesamtheit der historisch-gesellschaftlichen Verhältnisse als einen einheitlichen Prozess mit bestimmter Richtung auf: er geht davon aus, dass der Entwicklungsgang der Menschheit von Gesetzmässigkeiten geleitet wird, die seine einheitliche Richtung, seine Entwicklungstendenz bestimmen. Diese Resultante der menschlichen Entwicklung fasste Marx in der Kategorie »menschliches Wesen« zusammen. Die Entwicklung der Geschichte der Menschheit zeigt in die Richtung der immer vollständigeren Verwirklichung und Aneignung des menschlichen Wesens. So tritt der Kommunismus bei Marx als »die positive Aufhebung des *Privateigentums* — als der menschlichen *Selbstentfremdung* — und deswegen wie die effektive *Aneignung* des *menschlichen* Wesens durch den Menschen und für den Menschen . . .«⁶⁰ auf. Das Wesen des Menschen besteht nach Marx — wie das von György Márkus gezeigt wurde — „in der Arbeit, in seiner Gesellschaftlichkeit und seiner Bewusstheit sowie in jener Universalität, die diese drei Momente umfasst und sich in allen dreien manifestiert.«⁶¹ Hält man die Beziehung zwischen Recht und Wert vor Augen, sind von dem Marxschen Begriff des menschlichen Wesens hauptsächlich zwei Charakteristiken hervorzuheben: seine Historizität und seine Gesellschaftlichkeit. Bei Marx bedeutet nämlich das menschliche Wesen nicht die Gesamtheit der von der historischen Entwicklung der Menschheit unberührten, für jeden Menschen charakteristischen, unveränderlichen, abstrakten, grundsätzlichen und allgemeinen Merkmale. Die von Marx bezeichneten Komponenten des menschlichen Wesens sind einerseits Ergebnisse der ununterbro-

⁶⁰ MARX: *Gazdasági-filozófiai kéziratok 1844-ből (Wirtschaftliche-philosophische Schriften von 1844.)* Budapest, 1962. 68. p.

⁶¹ MÁRKUS, GY.: *Marxizmus és antropológia (Marxismus und Anthropologie)*. Budapest, 1966. 49. p.

chenen gesellschaftlich-historischen Entwicklung, die sich ständig verändern und nicht ein für immer gegebene ewige Züge sind; andererseits sind sie nicht in den einzelnen, von der Gesellschaft isolierten Individuen aufzufinden, sondern in der dialektischen Beziehung zwischen Individuum und menschlicher Gattung. Gerade dies betont Marx gegenüber der Feuerbachschen Auffassung des menschlichen Wesens, als er ihren Fehler vermerkt, »vom geschichtlichen Verlauf zu abstrahieren« und solcherweise bei Feuerbach das menschliche Wesen »nur als „Gattung“ als innere, stumme, die vielen Individuen *natürlich* verbindende Allgemeinheit« aufgefasst wird. Wo doch »das menschliche Wesen . . . kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum ist. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.«⁶² Es ist besonders wichtig die Historizität und Gesellschaftlichkeit der Marxschen Auffassung über das menschliche Wesen gegenüber jene rechtsphilosophischen Konzeptionen zu betonen, die den Massstab des Rechts – wie wir wissen – im Begriff des Allgemein-Menschlichen sehen. Der von Marx erörterte Begriff des menschlichen Wesens steht sowohl in Hinsicht seiner Historizität wie seiner Gesellschaftlichkeit im Gegensatz zur Kategorie des Allgemein-Menschlichen: »Was . . . Marx als Gattung bezeichnet, ist vor allem etwas sich gesellschaftlich-geschichtlich ununterbrochen Wandelndes, ist weder in erlösender Allgemeinheit aus dem Entwicklungsprozess herausgehoben noch eine Abstraktion, die der Einzelheit und der Besonderheit ausschliessend gegenübersteht; die Gattung befindet sich also subjektiv wie objektiv ununterbrochen inmitten eines Prozesses, sie sieht ein niemals gleichbleibendes Ergebnis der Wechselbeziehungen zwischen grösseren und kleineren, mehr oder weniger naturhaften oder höher organisierten menschlichen Gemeinschaften bis hinunter zu den Taten, Gedanken und Gefühlen eines jeden Einzelnen, die alle – das Endergebnis modifizierend, daran bildend – in dieses einmünden.«⁶³ Das so aufgefasste, sich in der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung herausgestaltende und verwirklichende menschliche Wesen bedeutet für den Marxismus den Massstab der geschichtlichen Entwicklung. Die Richtung der historischen Entwicklung wird vom menschlichen Wesen gezeigt; die gesellschaftlichen Verhältnisse sind als *sich entwickelnde* anzusehen, wenn sich in ihnen das menschliche Wesen bzw. die Komponenten dieses Wesens immer vollständiger, restloser entfalten und verwirklichen. Auf diesen Marxschen Begriff des menschlichen Wesens ist jene Wertkonzeption der marxistischen Philosophie aufgebaut, die wir zur Durchleuchtung der Beziehung zwischen Recht und Wert für wegweisend ansehen. Ihr entsprechend ist als menschlicher Wert zu qualifizieren, »was zum Gattungswesen des Menschen gehört und was unmittelbar oder mittelbar zur Entfaltung des Gattungswesens beiträgt . . . all das was diese Wesenskomponente in jedweder Sphäre

⁶² MARX—ENGELS: *Die deutsche Ideologie*. Berlin, 1953. 594—595. p.

⁶³ LUKÁCS: op. cit. Hbd. I. 574. p.

im Vergleich zum jeweiligen gegenwärtigen Zustand bereichert: ist als Wert, und im Gegenteil, alles, was die in der Entwicklung eines gegebenen Wesenskomponenten erreichte Stufe unmittelbar oder mittelbar rückgängig macht: als Unwert anzusehen.«⁶⁴ Wert und Unwert, Richtigkeit und Unrichtigkeit des Rechts wird dadurch entschieden, inwieweit es zur Entfaltung und Verwirklichung des menschlichen Wesens beiträgt, das heisst konkret, die gesellschaftliche Rolle und Funktion des Rechts beachtet, wie es die sich in der Richtung der Entfaltung und Verwirklichung des menschlichen Wesens entwickelnden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse widerspiegelt und ihnen dient.

Die Anwendung dieser marxistischen Wertkonzeption auf das Recht bedarf weiterer konkreter und ausführlicher Erörterungen, unter besonderer Beachtung jener Momente, dialektischer Gegensätze, die wir früher, bei der Untersuchung der Beziehung zwischen Recht und Wert, im Zusammenhang mit den verschiedenen rechtsphilosophischen Versuchen als problematisch andeuteten. So müssen wir vor allem die marxistische Kategorie des menschlichen Wesens als Wertmassstab des Rechts in bezug auf die Dialektik von Absolutem und Relativem einer Analyse unterziehen. Das Gattungswesen des Menschen als Grundlage der Bewertung des Rechts hat insofern einen absoluten Charakter, als wir diesen Marxschen Begriff jeweilig für den einheitlichen Wertmassstab jeder gesellschaftlichen Erscheinung, Objektivierung und jedes Verhältnisses ansehen und keine voneinander abweichenden aber gleichermassen berechtigten, relativen Massstäbe voraussetzen, von denen stets das bewertende Subjekt die Auswahl trifft. Im Rahmen unserer Wertkonzeptionen ist also auf diese Art nicht möglich, dass dieselbe Rechtsnorm oder dasselbe Rechtssystem von dem ausgewählten Wertmassstab abhängig, also subjektiv, in ein und demselben Zeitpunkt und an ein und demselben Ort gleicherweise richtig und unrichtig sei. Die unsererseits angenommene marxistische Wertkonzeption ist also absolut, da sie bekanntlich als Grundlage der Bewertung einen einzigen Wertmassstab bezeichnet: *die Marxsche Kategorie des menschlichen Wesens*. Dieser absolute Charakter des Wertmassstabes — wie darüber schon gesprochen wurde — schliesst weder die relativen Momente noch die Geschichtlichkeit aus. Ja, im Gegenteil, das grundsätzliche Charakteristikum des von Marx erörterten menschlichen Wesens ist sein ununterbrochenes Wandeln, seine Geschichtlichkeit: das menschliche Wesen ist »nicht das, was der Menschheit und noch weniger dem einzelnen Individuum jeweilig „inwohnt“, sondern die sukzessive und fortlaufende Verwirklichung der in der Menschheit, in der menschlichen Gattung steckenden Möglichkeiten.«⁶⁵ Insofern enthält auch dieser Wertmassstab aufgehoben die relativen Elemente der Geschichtlichkeit. Noch prägnanter treten die Momente der Relativität

⁶⁴ HELLER: op. cit. 12. p.

⁶⁵ Op. cit.

bei dem anderen Pol der Wertbeziehung, das als Gegenstand der Bewertung figurierende Recht bzw. den Wert des Rechts betreffend auf. Im Laufe unserer Erörterungen haben wir die historische Konkretheit, die gesellschaftlich-historische Bestimmtheit des Rechts ständig betont. Diese wesentliche Eigenschaft des Rechts darf auch bei seiner Bewertung nicht vergessen werden, wenn wir, wie gesagt, auch nicht gutheissen, den Wert des Rechts aufgrund dieser historischen Konkretheit zu bestimmen. Den Wert des Rechts von der Entsprechung seiner jeweiligen wirtschaftlichen Basis abhängig festzustellen, führt, wie wir das schon dargelegt haben, zur vollständigen Relativisierung dieses Wertes. Solchermassen kann jeglicher rechtliche Inhalt gerechtfertigt bzw. verworfen werden. Wird dagegen der Wert des jeweilig in der konkreten Geschichtlichkeit auftretenden Rechts immer und überall aufgrund eines einzigen Massstabes, des im Marxschen Sinne aufgefassten menschlichen Wesens festgestellt, entscheidet die Entsprechung des Rechts seiner wirtschaftlichen Basis an sich noch nicht seinen Wert oder Unrichtigkeit. Zwischen dem Wert des Rechts und seiner Entsprechung der wirtschaftlichen Basis sind die verschiedensten Relationen möglich, und zwar, letzten Endes vom Wert der jeweiligen wirtschaftlichen Basis bedingt. In der rechtsphilosophischen Konzeption, die die Beziehung zwischen Recht und Wert zu klären versucht und die auf die Marxsche Auffassung des menschlichen Wesens baut, erhält das Recht eine seiner Geschichtlichkeit, seiner in der objektiven Wirklichkeit erfüllten Funktion entsprechende Stellung. Der Ausgangspunkt, der unsere Untersuchungen bestimmt, ist nämlich, dass die Menschen auch im Rechtsleben und in der Rechtspraxis, unter den rechtlichen Objektivationen und Verhältnissen keine Werte wählen, sondern konkreten Ideen und Zielen folgen.⁶⁶ Das Rechtssystem, die Rechtsverhältnisse, die Rechtssetzung und die Rechtsanwendung, also der ganze rechtliche Überbau wird von den konkreten praktischen gesellschaftlichen Bedürfnissen, Aufgaben und Zielen, letzten Endes von den wirtschaftlichen und Produktionsverhältnissen bestimmt. Sowohl der Gesetzgeber, wie auch der Rechtsanwender gehen im Laufe ihrer Tätigkeit nicht von Werten, sondern von konkreten praktischen Zielen und Aufgaben aus. Diese historische Konkretheit und Bestimmtheit des Rechts, die sich in seinem Verhältnis zur gegebenen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ordnung ausdrücken, treten den Wert des Rechts betreffend in äusserst zusammengesetzten und komplizierten Beziehungen auf. Der Wert des Rechts kann sich sowohl vom Zeitpunkt seines historischen Auftretens wie vom Charakter der ihm zu Grunde liegenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse, wie auch davon abhängig, wie es diesen Verhältnissen entspricht, verschiedenartig gestalten. Die Tatsache an sich, dass das Recht mit der gegebenen Wirtschaftsordnung im Einklang steht, besagt hinsichtlich seines Wertes

⁶⁶ S.: HELLER: op. cit. 20. p.

noch gar nichts, wenn es von ihr - und dies zu betonen ist ebenfalls angezeigt - auch nicht unabhängig ist. Das Recht kann den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnissen, die seine Grundlage ergeben, aufs weiteste entsprechen, und man darf es doch nicht für wertvoll oder richtig ansehen, wenn sich Charakter, Inhalt und Entwicklungstendenz dieser gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Richtung der Entfaltung und Verwirklichung des menschlichen Wesens, sondern eventuell gerade im Gegensatz dazu auswirken. Es wäre jedoch unrichtig, diesen Satz zu verkehren und darauf zu folgern, dass sich eine Rechtsnorm oder ein Rechtssystem, das in den die Entfaltung und Verwirklichung des menschlichen Wesens darstellenden, wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnissen gründet, dementsprechend immer als wertvoll und richtig erweist. Um die konkreten Relationen entsprechend der Wirklichkeit zu erörtern, sind weitere Einschränkungen notwendig.

Vor allem soll hier auf die Marxschen Feststellungen über die ungleichmässige Entwicklung und relative Selbständigkeit der gesellschaftlichen Sphären und Objektivationen erinnert werden.⁶⁷ Aufgrund dessen kann in bezug auf das Recht und seinen Wert einerseits festgestellt werden, dass Fälle, Situationen und Momente vorkommen können, wo zwischen Charakter und Wert des Rechts und der ihm zugrunde liegenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse Unterschiede, sogar Gegensätze vorkommen. Seien es eine wirtschaftliche Basis, die sich am menschlichen Wesen gemessen als positiv, oder gesellschaftliche und Produktionsverhältnisse, deren Wert sich als negativ erweisen, können in dieser Beziehung sowohl wertvolle, richtige wie unrichtige, wertlose Rechtsnormen vorausgesetzt werden. Die Marxsche Regel der ungleichmässigen Entwicklung und der relativen Selbständigkeit bedeutet andererseits, dass das Recht als heterogene Sphäre an sich und in seiner Gänze nicht wertvoll oder wertlos, obwohl eine Werterscheinung ist, insofern als sich in ihm ein Gewoge der Werterhöhung und Wertverminderung vollzieht.⁶⁸ Auf dieser Erkenntnis beruht im wesentlichen auch jener naturrechtliche Standpunkt, wonach das positive Recht das Naturrecht nicht in seiner vollständigen Verwirklichung in sich trägt.⁶⁹ Innerhalb eines gegebenen Rechts bzw. Rechtssystems können also wertvolle, auf die Entfaltung des menschlichen Wesens gerichtete und wertlose, das menschliche Wesen zur Entartung führende Momente ebenfalls vorkommen. Dessen tatsächliche Grundlage sehen wir in einer sich im Recht kraftvoll und im Vergleich zu anderen Objektivationen in erhöhtem Grade manifestierenden, historischen Konkretheit, im Klassencharakter des Rechts sowie in seinem unmittelbaren Kontakt mit der staatlichen, politischen Sphäre. Der unmittelbare Zusammenhang des

⁶⁷ S.: MARX-ENGELS: *Ausgewählte Schriften*. Bd. II. Berlin, 1953. 463. p.

⁶⁸ HELLER: *op. cit.* 12, 15. p.

⁶⁹ S.: MESSNER: *Das Naturrecht*. Innsbruck, Wien, München, 1960. 350. p.; ROMMEN: *op. cit.* 255-256., 260. p.

Rechts mit den Klasseninteressen, mit den Interessen und Aufgaben des Staates und der Politik läuft sowohl in der rechtlichen Regelung wie in der Rechtsausübung parallel mit den unmittelbaren Folgen der von Lenin so oft betonten vielseitigen, lebendigen »Schlauheit«, der Seitensprünge der Geschichte, des gesellschaftlich-politischen Lebens. Dadurch werden in das Recht notwendigerweise Momente eingeführt, die vom Gesichtspunkt der gegebenen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ordnung und Verhältnisse aus vermeidbar sein könnten, die aber hinsichtlich der Entfaltung und Verwirklichung des menschlichen Wesens nicht als positiv beurteilt werden können. Das ist sogar in einer gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ordnung bzw. in einem Rechtssystem wahrzunehmen, wo die Tendenz und das Wesentliche der allgemeinen Entwicklung gegen die Verwirklichung des menschlichen Gattungswesens deutet. So erweisen sich das Rechtssystem der sozialistischen Staaten in seiner Gänze und ihre Rechtsnormen und Rechtsinstitutionen aus den Lehren der Geschichte folgend in dieser Wertrelation auch nicht eindeutig und restlos als wertvoll.

Halten wir die Relativität der einzelnen Momente des Rechts vor Augen, die der gesellschaftlich-historischen Konkretheit ihres Wertes entspringt, kann man noch weiter gehen und feststellen, dass jene Rechtsnormen, Rechtsinstitutionen, rechtlichen Inhalte und Elemente, die sich einmal in einer bestimmten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formation (oder in einer gewissen Periode derselben) vom Gesichtspunkt der Verwirklichung des menschlichen Wesens aus als wertvoll, als *Wert* erwiesen haben, sich im Laufe der gesellschaftlich-historischen Entwicklung nicht notwendigerweise immer und in jedem Rechtssystem als einen Wert erwiesen. Dies bedeutet einerseits, dass in der gesellschaftlich-historischen Bewegung auch die Werte des Rechts einem ständigen Gewoge, einer Erhöhung und Verminderung ausgesetzt sind, dass gewisse rechtliche Werte mit der Zeit vollkommen verschwinden, andere wiederum auftauchen und sich erneuern können;⁷⁰ andererseits, dass der Wert der Rechtsnormen, Rechtsinstitutionen und Rechtsverhältnisse immer von ihrem gesellschaftlich-historischen Inhalt abhängt. Deswegen kann man von keinen konstanten, abstrakten, formellen rechtlichen Elementen sprechen, die einen für ewig geltenden Wert besitzen. Es genügt hier bloss auf die Ordnung, Sicherheit, Gerechtigkeit usw. als Werte hinzuweisen, die in den verschiedenen rechtsphilosophischen Werttheorien, besonders aber im Naturrecht sehr oft glorifiziert werden. Es ist kaum zu bezweifeln, dass der Wert der Ordnung, Sicherheit, Gerechtigkeit durch ihren jeweiligen gesellschaftlichen Inhalt entschieden wird, der zeigt nämlich, ob sich diese Rechtsordnung, Sicherheit und Gerechtigkeit als unmittelbare oder mittelbare Ursachen oder als eine Bedingung des menschlichen Gattungswesens erweisen oder nicht. Viel mehr noch ist das in der eingestanden formellen,⁷¹ extremen rechtsphilosophischen

⁷⁰ HELLER: *op. cit.* 11. p.

⁷¹ KELSEN: *Reine Rechtslehre*. 67. p.

Wertkonzeption Kelsens zu perzipieren. Laut Kelsen stellt nämlich die formelle, von ihrem Inhalt unabhängig aufgefasste Rechtsnorm den rechtlichen Wert dar. In Kelsens Wertkonzeption ist der einzige bestimmbar Wert der formelle Wert, die Tatsache der Norm. Der ethische Wert des Rechts besteht darin, dass es eine Norm ist. »Denn das Recht konstituiert gerade dadurch einen Wert, dass es Norm ist: Es konstituiert den *Rechtswert*, der zugleich ein relativer – Moralwert ist; womit jedoch nichts anderes gesagt wird, als das Recht Norm ist.«⁷² Wo doch die Rechtsnorm – wie wir darauf schon hingewiesen haben – kein Wert an sich, sondern nur in jenem Sinne eine Werterscheinung ist, dass sie Träger eines Wertes, wertvoll sein kann. Der Wert der Rechtsnorm hängt davon ab, inwieweit sie in ihrer gesellschaftlich-historischen Konkretheit zur Verwirklichung des Gattungswesens des Menschen beiträgt. Dieser Wert oder Unwert der Rechtsnorm kann aber immer erst mit Beachtung ihres konkreten gesellschaftlichen Inhalts festgestellt werden. Ein Kritiker Kelsens schreibt zutreffend: Würde die Rechtsnorm an sich, ihren Inhalt unbeachtet, als Form einen Wert darstellen, sei das mit der apriorischen Legitimität, mit der Rechtfertigung jeder Rechtsnorm, jedes Rechtssystems eindeutig.⁷³

Wollen wir das Wesentliche unserer Erörterungen, durch die wir versuchten, die Beziehung zwischen Recht und Wert innerhalb der auf die Marx'sche Kategorie des menschlichen Wesens gegründeten Wertkonzeption kurz zusammenfassen, können wir also feststellen, dass der dem Recht gegenüber auftretende Wertmesser eine absolute, objektive, also vom Bewusstsein des Individuums unabhängig bestehende, nicht bloss formelle, sondern materielle, inhaltliche Erscheinung ist, die die relativen Momente der Historizität aufgehoben und auf eine immer höhere Stufe erhebend enthält, und deren eigentümliche Relation mit dem Recht, ihre Wertbeziehung zu ihm, ob das Recht in dieser Beziehung eine positive oder negative Rolle spielt, ebenfalls nur objektiv besteht; und in dieser Wertrelation, deren Gegenstand das Recht ist, werden die Normen, die Institutionen die Momente des Rechts in ihrem konkreten Inhalt als wertvoll, richtig oder wertlos, unrichtig, mit anderen Worten als Wert oder Unwert qualifiziert, demzufolge sich das Recht als eine, Werte enthaltende Erscheinung, eine Werterscheinung erweist. So treten also die Rechtsnormen und Rechtsinstitutionen, die Erscheinungen und Verhältnisse des Rechts in der konkreten historisch-gesellschaftlichen Bewegung, in ihren Beziehungen zur einheitlichen, bestimmten Entwicklungstendenz dieses historisch-gesellschaftlichen Prozesses als Wert oder Unwert auf und werden aufgrund dessen als richtig oder unrichtig qualifiziert.

⁷² KELSEN: op. cit. 67–68. p.

⁷³ LALAGUNA, E.: *Bemerkungen zum II. Kapitel der »Reinen Rechtslehre« Hans Kelsens*. Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, 3/1968. 387. p.

Law and Value

V. PESCHKA

The interconnection between law and value is discussed in the first place as a relation between positive law and natural law. After this introductory discussion the author goes on to examine what function valuation is discharging particularly in law-making and law application. The subject proper of the paper is the description what the valuation of law means. In this context first conceptions which regard natural law as the standard of law valuation are critically analysed. In discussing the standard of valuation the author examines the absolute or relative, objective or subjective, material or formal nature of such standard. This part of the discussion is devoted to an attempt to throw light upon a new Marxist explanation of law and value. In doing this the author seeks the standard of valuation of law in the direction of the Marxist concept of human substance.

Право и ценность

В. ПЕШКА

Связь между правом и ценностью статья исследует прежде всего как связь между позитивным и естественным правом. После этих исходных соображений автор исследует роль оценки в связи с правом, в особенности в правотворчестве и применении права. По существу же темой статьи является раскрытие того, что означает оценка права. В процессе этого критически анализирует прежде всего те концепции, которые меркой ценности права считают естественное право. Рассматривая мерку ценности права, автор исследует абсолютный и релятивный, объективный и субъективный, материальный и формальный характер мерки ценности права. Здесь делает попытку дать новейшее марксистское освещение связи между правом и ценностью. В рамках этого мерку ценности ищет в направлении марксистского понятия человеческой сущности.

The Impact of Population Policy Measures and the Economic Situation on Birth-Rates in the Inter-war Period in Hungary

by

I. Hoóz

Professor of Law, School, University of Pécs

Prompted by the increasing pace of population increase politicians and branches of science concerned with man have come to direct attention towards population issues. Factors and means which affect or have a bearing on fertility are probed into with growing intensity with a view to further as much as possible the shaping and implementation of a government population policy. In addition, a critical analysis of the theoretical basis on which earlier measures were founded also contributes to organizing social action.

The author surveys briefly birth-rates and comes to the conclusion that they had shown in Hungary a diminishing trend from 1870 up to the end of the period under study.

It is held by him that although economic factors had an effect on birth-rate this is not to be ascribed to business cycles to which the agricultural population is hardly sensitive. A major rôle was played in the trend of birth-rates by social and financial standing.

The second part of the paper is devoted to problems of theory connected with actions taken to increase birth-rate. First he discusses problems of the legal regulation of contraception, then the function of family allowance. The provisions on family allowance in Hungary are described and their effect is also dealt with.

The system of family allowances was introduced in Hungary in 1912 but it comprised, in the main, only civil servants. The author holds that the population policy applied in the last 6-7 years of the period under review was undoubtedly successful with regard to that relatively small section of society. Its major shortcoming was, however, that it did not extend to the wider and poorer strata of the population.

Introduction

Child-birth is a significant event not only in family life but likewise for society because it constitutes the basic factor of its existence and -- in conjunction with death-rate -- it determines the natural growth of population.

Both factors are, however, changing in various periods and states. This phenomenon draws attention to the fact that the rate of population growth in a given society is dependent upon the standard of the material and cultural existence of society and production relations for these very largely mould individual attitudes, conducts e. g. also in respect of determining the number of offsprings. Since the rate of the population increase involves far-reaching consequences for the labour force, cultural and social facilities, military strength, investment projects, domestic and foreign policy etc. of a given country,

important state interests attach to the number of population and the rate of population growth. Individual interests and state interest shaped by the factors now listed are frequently at variance: in certain countries sometimes the large growth of the population is a burden sometimes its slowing down or coming to a standstill gives cause for alarm. Accordingly the state which is efficiently enforcing its interests, can never remain indifferent towards the trend of the rate of population growth. Just as the state's activity which gives expression to interests and the corresponding will of the ruling class discharge a decisive role in shaping economic, social and cultural conditions, actions connected with population policy constitute a part of the state's policy and make the trend of the rate of population growth to serve state interests. While in the early historical periods changes in the number of population involved certain concrete actions (migration, the killing of the old and ailing) only, in later periods also thinkers (e.g. Plato, Aristotle) concerned themselves with this problem. Subsequently in the Middle Ages and particularly with the rising of capitalism the factors bearing upon the population and their import came to be studied and were applied with increasing frequency. Numerous measures of such nature, furthering expansive population policy were introduced in Hungary in the inter-war period. These were warranted in part by the long-lasting diminishing trend of birth-rates which had become as low by that time as to remain below the fertility level needed to replace procreative generations and in part by nationalistic considerations.

As the birth-rate is still very low in this country the significance of state intervention has not diminished but is growing to an increasing extent. The regulation of a number of issues relating to the population (number, composition, territorial distribution etc.) requires state intervention also in the process of building socialism. The shaping of a more effective population policy and the organization of social action needed in the sphere now discussed may be furthered by a critical analysis of the theoretical foundations of earlier population policy measures for useful experience may be gained in this way for the fight against phenomena which, — although no doubt different as regards their class substance — appear in an identical form and display identical trend.

A whole complex lies in the background of the mere figures relating to births for changes in these figures result from the sum total of economic, mental, public health etc. phenomena. The fact notwithstanding that a large number of methods have been evolved and are used to make distinction between these factors and assess their impact, the discovery of a mass of regularities is still a task to be coped with in the future. As it would be impossible to embark upon analysing the impact of all factors in such a relatively short paper only the effect of economic phenomena and legal regulation will be discussed.

1. The trend of the number of births

The following table shows the trend of the number and ratio of live birth¹

Year, annual average	Live births	
	number	per thousand
1911—14	266 822	34.3
1914	270 690	34.2
1915	187 734	23.6
1916	135 443	17.0
1917	130 817	16.5
1918	127 894	16.3
1919	217 431	27.6
1920	249 459	31.4
1921—25	240 161	29.4
1926—30	221 594	26.0
1931—35	198 025	22.4
1936—40	182 444	20.2
1941	177 047	19.0
1942	187 187	20.0
1943	173 295	18.4

The figures direct attention to the diminishing trend of birth numbers. Since not only the rates but also absolute numbers were diminishing age-groups were becoming smaller in numbers. When these age-groups constantly decreasing in numbers reach adult age or at least constitute the majority of the population the number of population starts gradually decreasing.

The diminishing of birth-rates began not in the years after World War I but much before. The about 45 per cent birth-rate of the 'seventies fell by the middle 'eighties to 40 per cent by the years before World War I to 34 per cent. Although larger or smaller fluctuations arose during that period too the trend-line displays a gradual decrease. The rates were much changed within short periods first by World War I and its aftermath. During the war years birth-rate fell about by half compared to earlier years, in other words owing to the drop-out of births the country suffered a loss — within four years — amounting to two entire age-groups.

In the inter-war period now under review major changes occurred in the birth-rate trend. It is calculated that between 1915 and June 1919 1 million 40 thousand babies ought to have been born in the present territory of Hungary

¹ Only live births will be analysed in the paper. The ratio of stillborn was between 2.3 per cent and 2.9 per cent in the period under survey and may therefore be regarded as relatively stationary. The comparison was not impaired by the change in the definition of "stillborn". Comparison on an international plane involves more difficulties because the evaluation of the notion was and is effected in manifold ways.

instead of the 491,000 actually born. The deficiency is thus 549.000 babies. To this should be added the weakened procreative power caused by war diseases and injuries and premature deaths. When all these are taken into account the deficiency of births caused by the war may be rated at 1 million. This extraordinary absence of births was the result of the lack of conception caused by the husbands' military service, wounding or being taken prisoner, the falling number of marriages during the war, war casualties and the rising death-rates in parts of the country behind the front-line.

It was expected that this gap will be filled by the post-war birth-rate trend. People's disposition toward marriage in these years increased as to reach a new peak filling thereby not the gap but the number of marriages was nearly 40.000 more than could be expected on the ground of the pre-war rates. As the fertility of marriages was strongly on the decline during the war years, when the impediments had come to an end the wish to make good the missed births revived.

The fact that a part of war prisoners had already returned and that the ratio of males of a propagative age was high among the immigrants etc. may have operated as a stimulation. The birth-rates were rising also on account of the births of the so-called *Ersatzkinder* because parents wanted to have children in the place of those lost in consequence of the great infant and small child mortality. A large-scale change for the better in birth-rate trend did not follow all these notwithstanding. Although the number of births had started to rise in August, 1919 but this rising lasted only up to the middle of 1922. Still the birth-rates of pre-war years were not attained even in these years. Consequently this rising was not only incapable to make good the losses caused by the war but failed to bring about any substantial increase — compared to the then existing nadir. Birth-rate began to fall already in 1922 and this trend continued to prevail up to the end of the period under review. During these 22 years birth-rate fell to its two-third for while in 1921 birth rate was 31.8 per cent (the highest figure in that period) in 1943 it was as low as 18.4 per cent (which was lowest rate as well). Not only birth-rates but also the absolute number of births were falling in almost the same proportion.

A process similar to the one in Hungary was taking place almost all over Europe. Birth-rates began to rise then became stationary then again a fall followed. In this period Hungarian birth-rates remained favourable when compared to those in Western Europe but were low in comparison with Rumania and Yugoslavia. When birth-rates are considered Hungary was closer to Western countries while on the ground of the figures of mortality and particularly infant mortality she came near the backward countries. While the lowest birth-rate in Great-Britain was 75 per cent of the pre-war (1913), in Italy, Germany, Belgium it was half of the pre-war, in Hungary, France the corresponding figure was about 40 per cent, in Rumania one-third, etc.

2. The impact of economic factors on the number of births

It was the war and its consequences which shaped in a most powerful manner the beginnings of the period the number of births in which is now surveyed. Besides these decisive factors the role played by other moments should not be left out of consideration. The effect of the latter was no doubt smaller but should not be by-passed because these may enhance or lessen the rôle of the basic factor. Their discovery and analysis may thus provide an opportunity for a more precise evaluation of the war's effect.

An attempt will now be made to identify within this complex of elements the consequences involved by the economic situation and the changes in it.

Economic situation has a bearing in itself on the trend of the number of births for individuals' decisions are influenced by their general social and financial standing. Their earlier attitude may undergo modification under the impact of intervening changes. Economic situation affects disposition towards procreation in the first place that its turn for the better-respectively worse-renders family support easier - or more difficult - increases or lessens confidence in the future the wish to have children respectively the chances of their support and upbringing. No decisive effect should, however, be attached to favourable or unfavourable economic changes in a single year. As it is shown by the data on birth-rates far-reaching changes in the economic situation extending over a long period did not significantly affect the trend of birth-rates. The living conditions, financial position, thinking etc. of an entire population are determined frequently by mutually contradictory factors when these factors may produce also a contrary effect - as will be seen -- among different population groups.

When the impact of economic changes on population trends is surveyed the examination usually extends to two factors. On the one hand, the impact of changes occurred in the country's economic situation, the volume of output employment and on the other hand, the population trends in different population groups living in different financial conditions will be analysed.

When the times of the changes occurred in such phenomena are examined it is found that the birth-rate trend in Hungary was rather independent of *fluctuations in economic activity*. A single fundamental lesson can be drawn from birth statistics viz. disposition towards child-bearing was declining over decades in a way at that this process was not checked by the years of boom and not speeded up by the years of slump. This pattern, however, was not uniform in every country. The impact of business cycles on population growth was analysed by numerous researchers who applied different methods and arrived at different results. The description of all the methods or results cannot now be undertaken here because these are dependent on the characteristics of the given period and area consequently the feasibility of exploiting the experi-

ence thus obtained is limited. The researches made and the results attained by D. Kirk² should, however, be referred to because these contain experiences which can be of use for us too.

D. Kirk found the following correlation between the economic changes occurred in the United States between 1920 and 1941, fertility, and the trend on the number of births:³

Correlations of Percentage Deviations from Trends of Fertility, Nuptiality and Economic Indexes

Period	Independent variable	Dependent variable	Correlation Coefficient ^a	
			method I	method II
1920-41	Per capita income	Fertility ^b	0.74	0.77
	Industrial production	Fertility ^b	0.73	0.76
	Employment ^c	Fertility ^b	0.73	0.76

^a Methods as described in text

^b Fertility data related to economic indexes of preceding year

^c For Method I, employment measured by unemployment as per cent of civilian labor force

The correlation between birth-rates and various economic phenomena appears to be rather close according to both methods. (Divergencies between the three phenomena and the two methods³ are negligible.) These are the most momentuous economic phenomena in industrial countries the effect of which on population is but slightly impaired by other factors. The fact notwithstanding that correlation co-efficients display a close interdependence it cannot be categorically stated — as it is pointed out also by Kirk's critics⁴ — that major changes occurring in fertility are functionally correlated with business cycles for the long-term trend of marriages and births appears to be completely independent of economic conditions. Otherwise Kirk himself stresses that economic changes should be considered rather as creating important influences on and not as the principal causes of fertility trends. Since the phenomena are more or less determined by employment they exert by far less impact in agricultural than in developed industrial countries. The difficulty in assessing the effect brought about by economic changes lies in the fact that business fluctuation produces contrary effects among the different strata of population. Among urban population the disposition towards child-bearing among civil servants is the most significant. This is remarkable for the reason that the civil servants' living standards are practically almost entirely independ-

² KIRK, D.: *The influence of business cycles on marriage and birth-rates, demographic and economic change in developed countries*. A report of the national Bureau of Economic Research. Princeton, Princeton University Press, 1960. pp. 241-257.

³ He applied a one-year lag in comparison.

⁴ See e.g. LEVINE, A. I.: *Economic science and population theory*. Population Studies, 1965. pp. 139-154.

ent of business cycles. As their salaries are determined not by the laws of supply and demand they do not always benefit from economic boom. This namely — usually — involves soaring prices which is as a rule unfavourable for them. This change for the better should be attributed rather to new factors, viz. the rise in the efficiency and extension of the scope of family protection arrangements. This is borne out, in part, by the absence of major changes as regards agricultural population although the effect of industrial boom could have been felt also by that group, but this group was not covered by family protection arrangements.

The trend of birth-rates of populations living in differing socio-economic conditions, the differences between birth-rates and the causes to which these can be traced back are important factors for population policy.

Statistics cannot undertake to make surveys of *financial standing* or *income*. Surveys are made though in respect of particular property or sources of income but this does not amount to saying that we are familiar in an exact manner with these factors. Other methods were tested therefore to assess the impact of financial standing. Thorough-going surveys in this field were conducted by Béla Földes⁵ who selected the correlation between financial standing and changes in the population as a subject for one of his lectures. He came to the conclusion in this lecture of his that the practice of more well-to-do areas (right bank of the Danube, the region between the Danube and the Tisza rivers, the Maros estuary) and the rich quarters in Budapest (Vth borough) substantially differ from that of the poorer strata as regards births (and also other population changes).

Occupation plays an important part in these differences. Occupation is a complex notion in itself because it presupposes certain earning opportunities, level of education and a corresponding demographical structure (family status, sex, etc.) residence etc. Therefore when the birth-rates of the principal occupation groups are analysed and compared this, in fact, means in the main the registration of the consequences of the different variations of these factors.

Data from any year of the period under review show that the trend will be seen as essentially unchanged. Birth-rate is exceedingly high in every year in the period under survey in the groups of miners, agricultural population and day labourers, whereas among the occupations belonging to commerce and banking, civil servants and self employed categories it was much below the national rates. The joint impact of economic and social causes may be even better ascertained if the changes in social categories are examined from year to year. Before drawing far-reaching conclusions from the data a circumstance

⁵ FÖLDES, B.: *Az anyagi és társadalmi helyzet befolyása a házasságkötésre, a születésekre és halálesetekre* (*The impact of financial and social standing on marriage, birth and death*). Statisztikai előadások, Új sorozat, (Statistical lectures, New series), Budapest, pp. 149—182.

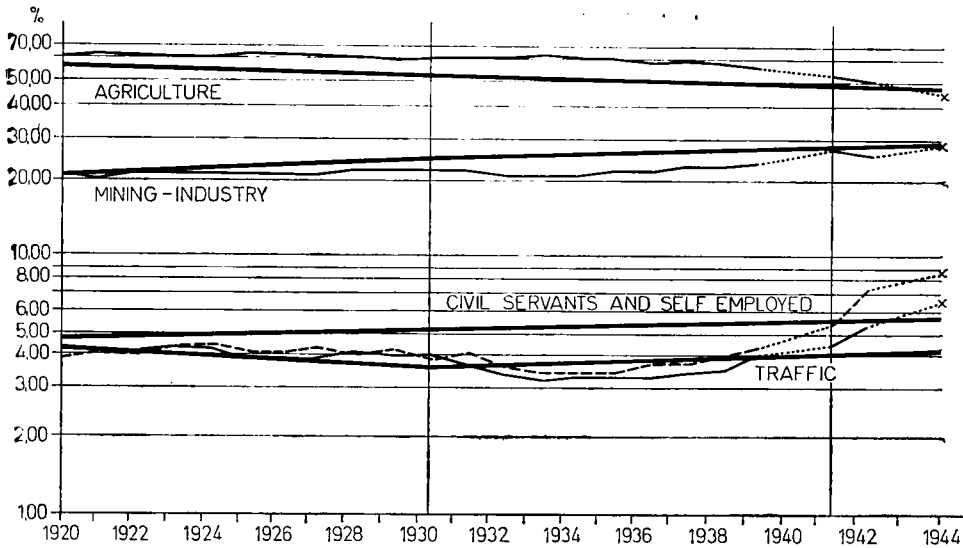
should be recalled which provides, in itself, some explanation for the diverging fall in birth-rates among certain groups. This is the very simple cause namely that when birth-rate is higher the possibility of a fall in birth-rate is likewise higher. The number of children did, however, not fall to such a large extent because the favourable trend of infant mortality made its effect felt to an increasing degree. Despite the fall of birth-rates in all groups the order of sequence did not change.

As it may be seen from the data the considerable differences among the principal occupation groups indicate that the aggregate of socio-economic elements, bearing on births, has an effect of varying degree on habits adopted in various categories. In addition to factors having an impact on the entirety of a principal group there are some which — owing to their special nature — affect the practice of a single stratum. These may be different to a far-reaching degree and they could be verified more precisely only if the population's birth-rate were examined also in a more detailed classification.

It may be seen from the diagram that the trend of birth rate is falling most steeply among the agricultural population for the overall economic situation could not provide new means of livelihood either by distributing land or by creating jobs for the increased population in other branches of the national economy. This notwithstanding more than 6 per cent of the new-born children belonged to the agricultural population during the entire period. This means that the rate of newly-born children was higher than the significance of that group within the entire population. The thick lines on the diagram show the ratio of the population belonging to the different principal occupation groups by censuses the thin lines show the annual ratio of live births. The assumption was used as a point of departure that changes in the ratio of a principal group proceed between two censuses in the form of one-direction gradual changes. If that is so the graph showing the distribution of live births illustrates whether or not the births correspond to the population ratio of the principal occupation groups.

The general conclusion may be drawn from the diagram that these index-numbers are not subject within each occupation category to the common factor, viz. the economic situation. Economic changes -- as can be seen -- had but a slight effect on the disposition towards child-bearing among the agricultural population for it was gradually falling during practically the whole period. Economic cycles are obvious contributory factors in the considerable fluctuation characteristic of other categories.

Birth-rates in the entire population coming under the second principal group are lower than those of the agricultural population. The living conditions of miners and transport employees are nearest to those of the agricultural population and that is the reason why the disposition towards child-bearing of these groups is almost identical with that of the agricultural population.



The distribution of births in Hungary in the percentage of the father's (mother's) profession

Population trends among commercial employees were nearer to the civil servants. The ratio of independent tradesmen in this category whose financial interests required small families is high.

The high birth-rate among the industrial proletariat is brought about by the same interests as among the agricultural proletariat. In the period under survey changes were caused also by the prohibition of child labour for under the impact of these the economic value of children underwent changes. The consequences of such provisions were suffered in the first place by the urban proletariat for the increasing burdens of bringing up children were not lessened by social benefits.

Birth-rate among the intelligentsia or its disposition towards child-bearing were moulded by special factors too. The impact of these was interwoven with general social, economic and cultural effects and appeared therefore not only in a dynamic but also in a static way. The dynamic affect was discernible in the period under survey in that the birth-rates continued to fall and the static one in that birth-rate was always the lowest in that group. Birth-rate among civil servants was more favourable already in these years and subsequently (due mainly to conscious population policy measures) not only the fall in birth-rate could be checked but an increase in disposition towards child-bearing also followed.

3. Actions to increase the number of births

Population policy measures directed at influencing the increase in population were intended at the outset to regulate the number of marriages for — owing to the high rate of births in wedlock — this would have almost

automatically resulted in attaining the objective as desired. In the period under survey the endeavours at birth control or at having a small family the increase or decrease in the number of marriages did not in itself change the birth-rate the fact notwithstanding that more than 90 per cent of the children were born in wedlock. Population policy therefore in order to achieve its objectives was resorting to an increasing extent to action directly influencing the number of births although the increase of the number of marriages continued to be held as an important end. Various benefits and allowances came to be connected not with the conclusion of marriage but were made dependent on the number of children. Legal regulation was extended to an increasing number of factors relating to the birth, support, upbringing, jobs of children with a view to counterbalance or neutralize any factors affecting fall in birth-rate. The main categories of these measures will now be dealt with.

a) *Problems of the legal regulation of the use of contraceptives*

The attention of population policy, for the reasons described above, came to be directed towards issues relating to child-birth. The measures connected with conception capacity, sexual potency and the number of conceptions must be deemed significant because these have a direct or indirect bearing on birth-rate.⁶

When the statutes in force in the period under survey are examined one is surprised to find the inconsistency which evolved in this field of the criminal law. While namely abortion was a grave punishable offence there were no criminal law provisions against medical intervention which has caused sterility or impotency, medical information and propaganda serving the avoidance of pregnancy, etc.⁷

These problems, however, became ever more timely particularly since such a surgical method of sterilization had been evolved by which procreative power was extinguished but the possibility of sexual activity was left intact. Sterilization therefore became a device of birth control to be reckoned with whether it was intended to be applied for eugenics or other reasons. No provisions on the issue can be found in the Criminal Code then in force; only provi-

⁶ It should, however, be deemed to be an exaggeration that "the principal cause of the rapid decline in the increase of the nation is on the one hand the proliferation of the use of appliances for the prevention of pregnancy and on the other hand the spreading of abortion in major proportions"; KISS, J.: *Az új szülészeti rendtartás törvénytervezetének ismertetése (Review of the new obstetrical regulation)*. Népegészségügy, 1934. pp. 341—344.

⁷ SCHULZ, A.: *A nő művi meddővé tételének (sterilizáció) jogi vonatkozásai (The legal aspects of making women sterile in a procured manner [sterilization])*. Orvosképzés, 5—6/1933. ; HORVÁTH, T.: *Az élet, testi épség, egészség büntetőjogi védelme (The criminal law protection of life, physical integrity and health)*. Budapest, 1965. p. 483.

sions on grave physical injury refer to acts as crimes which result in the loss or uselessness of procreative power. The production, propaganda and trading of contraceptives were regulated in several countries by that time. While such acts were prohibited in some states, totally or in part, in other states overt support was lent to actions which could result in the reduction of the number of conceptions.⁸

In Hungary the trading of contraceptives (appliances and chemicals) was limited or prohibited under pain of punishment but publicity given to the use of contraceptives was also a punishable offence. Under Act No XIV of 1914 (on the press) which complemented the Criminal Code he who either in explicit or covert terms recommends method or opportunity serving abortion or the prevention of procreation shall commit a misdemeanour. The person found guilty could be inflicted upon a penalty not exceeding one year imprisonment and fine by the courts. No data are available whether these penalties were, and if so, how many times actually applied.

The state thus saw the implementation of its program advocating the increase of birth-rate mainly in the prevention of the use of contraceptives.

Although such measures cannot be expected to attain major results even if complied with still should not be considered unnecessary. Where the availability of the most efficient methods is limited and where the reliable information on birth-control is prohibited population cannot but resort to the simpler methods of averting conception or does not pursue the practice of birth control. If only the latter mentioned possibilities are open efforts at limitations will no doubt lose some of its effect. Prohibition of information on averting conception involves the increased danger of induced abortions.

It is not only the states pursuing an expansive population policy but almost all states oppose in one form or other induced abortion. The central point of this issue is whether the mother has or has no right to make dispositions about her embryo. Replies to this question may be divided into two main groups: "An embryo is a new life from the moment of its conception which the state is bound to protect in its own interests because its very existence is at stake" while the other group considers this view superstitious. It considers qualifying abortion a punishable offence as hypocrisy and brutal unlawfulness of militarism and capitalism. It is held by the adherents of this group that an embryo is but a part, an accessory of the woman's body who may leave or remove it at her will like a malignant tumor. That to which view is law-making in states nearer "very closely depends in every social system on the dominant criminal law concept on the one hand and the social interests attaching to the family and socially accepted order of sexual relationships and the concomitant

⁸ For more details see VISKI, L.: *A születésszabályozás kérdése a jog tükrében (The problem of birth-control in the light of law)*. Születésszabályozás, (*Birth control*), Budapest, 1958. pp. 133—172.

moral views on the other".⁹ States pursuing an expansive population policy – as was Hungary in the inter-war period – adopted the first view. Act No V of 1878 (Criminal Code) contains provisions on the crime of abortion. Under its Section 285: A pregnant woman who procures an abortion with intent, kills her embryo or causes another person to do it, in case she has become pregnant unmarried shall be punishable with imprisonment not exceeding two years, in the contrary case with imprisonment not exceeding three years.

The person who has committed the crime with the consent of the pregnant woman shall be punishable in like manner; in case it was committed against monetary consideration he shall be punishable with imprisonment not exceeding five years.

Under Section 286 the person who without the consent of the pregnant woman procures an abortion or kills an embryo shall be punishable with imprisonment not exceeding five years, in case the woman has died as a result shall be punishable with imprisonment ranging from ten to fifteen years.

Under the law not only the accomplished act but also attempt and the accessory before the fact were also punishable. According to the Criminal Code impunity was secured only if the act has been committed "in extreme need to save the life of the perpetrator or his next-of-kin from immediate danger which has arisen in a not culpable way and cannot be averted in any other manner". Under Section 75 only acts committed with intent constitute crimes.

The relating literature did not adopt such a rigid view. The reasons which, when extant, could serve as a ground to perform abortions – on the strength of medical opinion and with medical intervention – were worked out in detail. It was held that this could be resorted to when so indicated by medical, ethical, social and eugenics reasons. Under the Criminal Code only the medical (therapy) indication could be taken into account in extreme need. The Criminal Code precluded the consideration of the social indication although the reasons of mass abortions are to be found in the social conditions and it was forced upon the population by the social, moral and mainly economic factors evolved in feudal-capitalist Hungary.

"We demand the unconditional repeal of all such statutes which penalize abortion or the distribution of medical works on preventive measures." etc. "Such statutes do not heal the wounds of capitalism but render them particularly malignant which are especially grave for the oppressed masses" writes Lenin on the subject.¹⁰ The disregard for social grounds involved detrimental consequences in many cases for it increased the number of abortions procured

⁹ HORVÁTH, T.: *A Nemzetközi Büntetőjogi Társaság IX. Kongresszusa a család és a nemi erkölcs elleni bűncselekmények büntetőjogi szabályozásáról* (*The IXth Congress of the International Criminal Law Association on the regulation of crimes against family and sexual morals*). *Jogtudományi Közlöny*, 1964. p. 662.

¹⁰ Works, Vol. 19. Budapest, 1955. p. 228.

in an unlawful way. Abortions performed by unscrupulous quacks meant a serious danger for the pregnant women's life, health, working capacity and subsequent conceptions. In this manner it was not only the embryo who was exterminated but also the health, eventually the life of the pregnant woman fell victim to such acts.

I think that these statutory provisions gave expression to the view that abortion violates state interests involved in population increase. Such a view was voiced also by jurists: e.g. Pál Angyal justified the necessity of making abortion a punishable offence that "this is required, in addition to Christian morality by the state interest attaching to population increase".¹¹ In this sense the encouragement of population increase was made in this field a direct task of criminal law.

The Criminal Code should be considered deficient also in the respect that it did not contain prohibition barring medical activity. There is no provision whatever as to whether a physician may apply or recommend, and when, abortion.

It appears that there is a certain contradiction between the Criminal Code under which all abortions were qualified crimes and Section 47 of the Public Health Act under which the practitioner's freedom of choosing the method of treatment was unlimited. The misgivings of conscientious, painstaking practitioners caused by the above criminal law provisions were justified. On the other hand those who carried out abortions could, and not without success, adduce their unlimited right laid down in the Public Health Act.

Sections 285 and 286 of the Criminal Code could not be applied from another aspect with the severity as was considered necessary. The number of processes ending in the conviction of persons found guilty of abortion was increasing. While prior to World War I in the then territory of the country (in the average of 1904–1913) about 100 persons were convicted for abortion, during the inter-war period taking several years the number of convictions was:

1926 : 194; 1929 : 285; 1934 : 460; 1937 : 483.

As it is seen the number of convictions was increasing but this still means but a fraction of the abortions performed.

The dispute is still going on among criminalists whether criminal law can be a tool of population policy.

It may be justified on logical grounds that also such persons avail themselves of the opportunity of lawful abortion who would earlier have been reluctant to procure unlawful abortion, having in mind criminal law provisions. Criminal law is incapable to directly influence the trend of population increase

¹¹ *Az ember élete elleni bűncselekmények és a párviadal (Crimes against human life and the duel)*. Budapest, without year, p. 69.

but, in order to secure an adequate number of healthy progenies criminal law must uphold the social interests attaching to birth control.¹²

Criminal law therefore may be a tool susceptible of implementing population policy objectives irrespective of whether this purpose is pursued by it for it achieves this result from the objective aspect. And this is what matters for population policy.

To give effect to the Criminal Code provisions was rendered difficult not only by that abortion could be concealed to a very large extent but also by the fact that neither the spirit nor the letter of the Criminal Code satisfied the judges' sense of justice. Judicial practice produced relatively mild sentences which very seldom reached the upper limit of the penalty applicable under law. In 70 - 80 per cent of the cases the milder variety of imprisonment (ranging from 1 to 6 months) was meted out and when the penalty of a more severe imprisonment was inflicted the sentence seldom exceeded one year.

b) *The role of family allowance in influencing birth-rate*

On preceding pages criminal law provisions have been dealt with by which the state endeavoured to prohibit the use of contraceptives and abortion with a view to secure the normal trend of population increase. Various means are available to give effect to the social interest involved in birth-rate. Among the economic means it is family allowance which is of the greatest importance. Thus when population policy measures are discussed family allowance comes first in mind which benefit was introduced with the explicit purpose of reducing the inequality of the burden of families resulting from the number of children and of promoting thereby the increase in population.

One of the purposes of paying family allowance is to improve the child's living conditions. Usually, however, another purpose is also implied in such an allowance.

In countries where it has so far been introduced fertility is low and it was intended that the pace of population increase should be stepped up also by paying such an allowance. This type of social assistance started on the road of development or began spreading rapidly in the 'twenties (9 schemes were introduced by the end of the 'twenties) but as a system it had been known much earlier.

If family allowance is paid for the first purpose it should be paid for the first child too. Large families are more in need of support than the small ones and if the state is unable to support every family then it is rather the large families who should be supported. It should nevertheless be kept in mind that one

¹² ELDRIDGE, H. T.: *Population policies*. A survey of recent developments. Under the auspices of Committee on investigation of population policies. (Washington), The International Union for the Scientific Study of Population, 1954. p. 27.

or two children, under similar conditions, benefit as much from the allowance as five or six children. Inasmuch as no allowance is paid for the first child a large percentage of children is automatically excluded from that type of direct assistance.

When allowance schemes preferring the second purpose are laid out the case of the first child is not as clear as that. Taking into consideration the given mortality conditions, the distribution of the population according to family status, marital sterility and births out of wedlock the average number of children born in wedlock necessary to maintain the level of a given number of population is somewhere between two and three. The conclusion was drawn by some from these calculation that payment of family allowance is warranted only where growth is discernible, i.e. starting with the third or fourth child. For those who have financial considerations in mind this view may seem attractive. It should at the same time be remembered that founding of a family means very often serious financial difficulties or is retarded by such. Young married couples in financial difficulties put off the birth of the first child until attaining improved conditions and in many instances they either will have no children or will have only one. Family allowance always carries a certain incentive and it is conducive to introduce it at the outset because the purpose of the growth in population is equally served if the ratio of families with children is larger and if the families are larger. In several instances combined schemes were introduced. Certain benefits (layette, child-care allowance etc.) are granted to all children while family allowance proper is paid only above a certain number of children.

In countries where the intention is to limit fertility but to lend support to children's upbringing assistance is given up to a certain number (e.g. three) of children. No support is given for children above that number. It appears that a family allowance scheme by which the allowance increases (particularly if it increases progressively) with the number of children rather promotes increase in the number of births while allowance of unchanged amount encourages efforts at what is termed improving quality. Family allowance served but very seldom only one of the alternative purposes. Its reason was, in part, that it was difficult to take apart the two in practice and, in part, because government purposes were running parallel. It was perhaps the second consideration which appeared more frequently in the foreground because these allowances were introduced in most countries not at once but only for a certain number of (e.g. two or more) children. In countries where the intention was to step up the overall growth of the population the allowance was, pending certain conditions, extended to the whole of the population. This was, however, a relatively rare occurrence. It happened more frequently that it was introduced for the urban population or such group the fertility of which was lower and a favourable selection was thereby provided for lower-fertility groups. In Hungary up to 1939 only civil servants were recipients of family allowance. Such a

choice is of a selective character in respect of a relative low-fertility group even within the urban population or white-collar workers.

The shaping of such a scheme might be promoted also by formal (difficulties of organization, etc.) and substantive (honouring eugenics and class considerations, etc.) causes. But it cannot be doubted that in theory the number of births can be raised to the higher level the greater part of the population is covered by such schemes. In such a contingency it is not indifferent whether that part of the population means groups of a higher or lower fertility.

For whatever purpose family allowance is paid its amount cannot be without importance.

Fertility is dependent namely -- within certain limits -- on economic cycles or the family's financial standing when material welfare is coupled more with childlessness or more with a smaller than a larger number of children. Family allowance of an appropriate rate might eke out these eventualities for it sets aside a part of the obstacles before the parents on the one hand lessens fear from uncertainty, on the other. This is tantamount to saying, to an extent, that if the government is striving to increase birth rate it must be prepared to pay as much as is asked for. When the allowance is fixed it is not only its absolute amount which is material as has been, in part, pointed out, but its relative ratio to the recipient's income (earnings) is also relevant.

Conditional upon whether population policy is directed at improving quality or increasing quantity different conclusions may be drawn in respect of this ratio respectively the application of different ratios appears to be necessary. When quality improvement is considered desirable, i.e. a factor which is under the impact of environmental effects the adjusting of the allowance to the needs appears to be justified. Such solution results often in an inverse correlation between earnings and allowances, in other words people in the lower income groups receive a relatively higher allowance than those who are better off. Where the purpose is to encourage increase in birth-rate an allowance scheme appears to be desirable or holds out the promise of better results under which the allowances are adjusted to the ratio of earnings (e.g. the same percentage of the income to be paid in all income groups).

The effect of family allowance is dependent largely on its amount, which is not an absolute but a relative value. As ground of comparison may be:

- a) per capita national income (when the rate received reflects the emphasis attributed to population increase);
- b) the average earnings of working male population (this is a more direct index);
- c) the amount spent to support children.

The conclusion may be reached on the ground of international comparison based upon these index-numbers that these allowances contributed in general

but to a small extent to the families' financial resources and thus reduced but slightly the burdens of upbringing children in the period under survey.

I think it would be a one-sided view to consider only the financial function of such measures for nobody thinks to receive an amount from the state being sufficient to support and bring up his children. Every support extended by the state has also a psychological effect because people welcome every action in which they see a willingness to make family headaches easier or from which it may be inferred that society expects and gladly receives their children. One of its consequences may be that mainly those families may change their mind which wanted less children having cherished some ambition or adopted a cautious attitude.

A special type of family allowance is when it is converted into *tax remission* or *reduction*. This is done in a way that the family is relieved to pay taxes after a fixed amount of income. The amount of income is fixed according to the number of family members or children. The purpose pursued by such a solution is likewise to reduce family burdens and to contribute in a positive manner, — commensurate with the size of the family — to reimbursing some of the family expenditure.

Where this scheme of assistance was introduced a barrage of views and contrary views was opened on it.

Age from which respectively up to which family allowance is paid has a major role to play from the aspect of the effectiveness of family allowance. The right to receive family allowance begins usually with the birth and subsists up to the sixteenth year of age. Not every scheme observes these age-limits for the economic, social, etc. situation of countries are different. Thus e.g. family allowance is not paid to the family in Bolivia before the child reaches its first year of age; in France it is paid as a pre-birth allowance during pregnancy the amount of which corresponds to the order of sequence in the family of the expected child. The divergencies as to the upper age-limit are even larger conditional upon the regulation of working and school-leaving age. The practice that family allowance is granted for children attending school or suffering from certain diseases also after reaching their sixteenth year of age may be said to be generally accepted.

4. Regulation of family allowance in Hungary

In Europe Hungary was the first country which introduced family allowance. This was paid from January 1, 1912 on the strength of Act XXXV of 1912 for government, county and state railway employees. The motivation to the Act points out that this was needed on account of the difficulties caused by rising prices. To raise the salaries of all employees having been impossible

the salaries of those employees had to be raised in the first place who were adversely affected by the changes in the economic situation. The purpose of the scheme was defined as an endeavour to improve the financial position of employees who had children.

Under that Act two kinds of allowances were payable. The employees were paid allowances for their children (legitimate or legitimized, the parents' own and stepchildren) and -- if financial circumstances so warranted -- employees who had to support at least two family members (e.g. parents) who had no income of their own and were living in their household. Although the amount of the allowance was not closely adjusted to the employees' salaries it was not completely uniform either. Recipients were divided into two groups according to the post occupied and the salary received and two amounts of the allowances were fixed. The amounts of the family allowances paid annually (in terms of Austro-Hungarian Crown) were:

Designation	For		
	1	2	3 or more children
First group	200	400	600
Second group	100	200	300

It appears from the table that the amount paid rose only till for the third child. This means that e.g. in the second group 300 Crowns were paid both to an employee with three and to one with six children. Thus the latter (and all those with more than three children) were almost punished by this detrimental discrimination. This scheme of allowances had shortcomings not only from the population policy aspect but did not fully serve the attainment of the objectives laid down.

The amount of allowance for family members was fixed at a lower level than that for the children namely the amount of allowance which could be granted for two family members equalled that for one child, allowance for three family members equalled that for two children, etc.

As the major shortcomings of the statutory regulation became conspicuous within a short time and an increasing number of civil service groups demanded this allowance a whole series of amending and supplementary statutes were adopted. The scheme was extended as early as 1912 to certain groups of city employees and the position of families with more than three children was improved by allocating extraordinary annual grants which replaced family allowance. A more comprehensive regulation was introduced during the war, the scope of persons entitled to receive allowance was extended and better differentiated and allowance was paid for each child. The amount of the allow-

ance was somewhat higher but the difference between the lowest and highest categories became wider.

Statutes were adopted subsequently in quick succession but the changes were not determined, up to the middle 'thirties by changes in the population policy but reflected the economic situation of the country.

In 1921 the allowances were again doubled and the scope of recipients was somewhat modified. Beginning with 1924 an allowance of an amount equal with that paid for children was paid to family members. In 1925 the allowances were again raised, then in 1932 -- in keeping with the general reduction of man-power costs -- a reduction took place. (Allowance for the wife was reduced to half of that paid for other family members and in case of wives in government service it was completely abolished.)

These detrimental consequences of the slump came to an end as late as 1937 when family allowance for the third and next children was raised on the whole by 50 per cent.

Under Section I of the new Act the bread-winner receives for the third and more children, per head, the following family allowances:

Family allowance groups, monthly allowances:

I. group	Pengő 18.00
II. group	Pengő 16.50
III. group	Pengő 15.00
IV. group	Pengő 13.50

The Ministerial Motivation to the Act is not indicative of raising the birth-rate it is merely pointed out that "for reasons of family protection in the first place the financial position of such employees should be improved by introducing the system of family allowance who have to look after the upbringing of children". From the fact, however, that the scheme displays a certain progressive scale it may be inferred that this purpose was not lost sight of. In any case in the years now surveyed the urging of the increase in the number of birth became a general propaganda slogan.

The Act of 1938 on the protection of the civil servants' and old-age pensioners' families brought about changes in several respects in regard to the allowances previously in force. The changes meant in the first place that while previously allowance only for the third and more children had been raised, under the new regulation allowance for the first and second child was also raised by 50 per cent compared to the regulation of 1932. According to the above statutory provisions there was therefore no progressive scale in regard to the first three children because they were recipients of equal amounts of allowances. As, after the raising of allowances all children had received equal amounts of allowances the fourth and more children were granted a 30

per cent higher allowance; this means that progressive scale was introduced starting with the fourth child.

The subsequent amendings of the scheme were introduced, in part, as a result of the rapidly evolving inflationary pressure and in part in the interest of implementing the objectives of the more and more emphasized expansive population policy. In addition, the fact that the financial interests of civil servants were endorsed to such an extent was very largely due to the expanding drift towards fascism which, in turn, made it necessary for the Establishment to secure the sympathy and co-operation of the civil service.

In 1941 allowances for the third and more children were raised and thereby not only the progressive scale started with the third child but the gap between the assistance given to large and small families became wider. The new statute (which came into force on May 1, 1941) intended to extend a larger assistance to the wife: allowance for the wife was also raised. A subsequent statute changed the prevailing system by introducing progressive scale per child i.e. the allowance per child was raising parallel with the number of births up to the fifth child. The fifth and next children received allowances of an equal amount. The allowances paid for children after December 1, 1941 are arranged in the table below in order to make a survey easier:

Designation in group	Amount of family allowance for			
	1 and 2	3	4	5 and more
	children per child			
I.	40	50	60	70
II.	30	40	50	60
III.	25	30	35	40
IV.	20	25	30	35

These allowances were supplemented by granting to the child born after December 1, 1941 — on one occasion — the fivefold of the monthly allowance due to it. Family allowances for civil servants were again raised in 1942 and the scope of recipients was somewhat augmented.¹³

This one-sided, discriminative social policy could after all not have been maintained for ever mainly when the whole age was living in the atmosphere of nationalist social demagogy. Promises were made to give land to the agricultural population, jobs for the industrial and white-collar workers after the irredentist endeavours would have come to fruition. Encouraging an increase in population constituted part of that propaganda campaign although it was economically unjustified for an open and hidden unemployment was charac-

¹³ It should be mentioned in this context that the allowance for rent of the civil servants was to an extent dependent on the number of children. The sum paid was different in respect of families of more than 3 members and families of less than 3 members.

teristic of that age to the degree that full employment could not be attained even at the time of economic boom.

Act No XXXVI of 1938 was adjusted to this set-up and was adopted under the impact of such elements; the Act provided for the allowances of children whose parents were employed in industry (trade) mining and metallurgy.

Section 1 of the Act defines the scope of persons who have a right to receive allowance. Under its provisions family allowance shall be paid to day labourers, workers, office messengers, attendants, journeymen – but not shop-assistants – and similar employees for their own and for their spouses' legitimita, legitimized, adopted children and those born out wedlock if they are bound to support children and do in fact support them. Family allowance shall be paid also to grandparents if they are bound to support grandchildren and do in fact support them. The enactment of this statute must be regarded as a success in the sense that the scheme of earlier years under which only civil servants were beneficiaries of allowances came to an end. As far as the implementation of population policy objectives is concerned it was less than a half-measure for assistance did not cover the agricultural population the fact notwithstanding that birth-rate was the highest among the agricultural labourers whose earnings, on the other hand, were the lowest. The Ministerial Motivation to the Act does not even mention the problem of agricultural labourers. In general it was pointed out in it that the balance between benefits and financial possibilities shall be maintained but allowance was paid anyway not by the state but by the employers. The parts of the statute on granting allowance for children born not only in but out of wedlock if the parent is bound to support children and does in fact support them should be noted. Although this provision improved rather their moral than financial position it must still be regarded as noteworthy. Considering the detrimental position these children were in, the discriminations applied against them the smallest act on the part of the state could be of assistance. This provision of the statute was accounted for by the more enlightened social attitude and by putting forward that a child for whom no allowance would be paid would be meted out a rough treatment by the parents particularly step-parents. In fact it may be more a matter of an expansive population policy which must encourage the birth and assist the upbringing of every child even at the expense of giving up or relegating into the background the moral outlook of the age on the problem. A provision on the allowance for children born out of wedlock is found also in Section 2 (3) of the statute according to which the father of a child born out of wedlock cannot claim allowance for his child unless he has acknowledged him as his own progeny and this acknowledgement has been entered in the register of births and marriages, and does in fact support the child. In case of death the allowance is paid for six, in other cases for 3 months.

The title to family allowance becomes extinct by the end of the month in which the child reaches his fourteenth year of age.

The amount of the allowance was uniformly fixed for every child in the sum of monthly 5 Pengő. No difference is made among the insured coming under operation of the statute as to the amount of their earnings for an allowance of equal amount is fixed for every child. No material explanation is found for it in the motivation either because only difficulties of administration are pointed out there.

Allowances were again regulated in 1942. Under that scheme allowances were raised on the one hand and progressive scale was introduced also in this sphere on the other and the following allowances were paid: 7 Pengő for one child, 16 Pengő for two children, 27 Pengő for three children, 40 Pengő for four children.

An allowance of 10 Pengő was paid for children above the number four. There 8 trade family insurance pay-offices in 1943 which paid allowance for 320.000 children to 170.000 workers (30 per cent of the workers in industry, trade, mining, metallurgy).

To defray the expenses of family allowances the companies concerned were bound to pay a sum, corresponding to the number of employees who came under the operation of the statute in the so-called family insurance pay-offices.¹⁴ These pay-offices had to be established on the strength of this statute; separate trade family insurance pay-offices (company family insurance pay-offices) and a national family insurance pay-office for industry and mining were established which were in charge of ascertaining the title of receiving allowance and handling matters connected with the paying-in of the family allowance and the payment of the same. This pattern of organization is similar to methods applied in the 'twenties in France and Belgium.

According to the last Section of the statute "the statute shall come into force gradually and it shall come into force first in respect of companies employing at least twenty employees coming under the operation of the present statute." This happened on January 1, 1939.

Agricultural labourers did not receive at that time any regular assistance or allowance for their children or other family members. Although the National Agricultural Insurance Institute was paying upbringing allowance but only to those who received accident allowance.

The question what large sections of the population, families or children were affected by these allowances and that what the percentage of the supporters' earnings or the expenditure on children the allowance received was would be very difficult to answer. The scope of recipients is impossible to define for the reason that the groupings laid down in statutes are at variance

¹⁴ CSIK, J.: *A szakmai családpénztárak működése (The activity of trade family pay-offices)*. 1943. No 10.

with those applied in population statistics. The relative value of the allowance is difficult to define because the earning conditions of recipients in various groups very much differ. Thus only estimate can be resorted to and an estimate between rather wide margins of error at that. Accordingly, on the ground of statutes on civil servants about 5–9 per cent of the male breadwinners were recipients in the 'thirties; after Act No XXXVI of 1938 had come into force this ratio might have risen to 10–12 per cent. Since these categories belonged, on the whole, to the less fertile strata of the population the living conditions of a smaller number of children were improved or assisted by paying family allowance.

Thus the aggregate of the recipients of family and children's allowance was, in the last analysis not large. The scheme endeavoured to improve the lot of the civil servants and assist them in bringing up their children. Accordingly this population policy measure was characterized by a certain duality. There was on the one side the much proclaimed expansive population policy and there was on the other a discriminative system of benefits under which those very strata were excluded from such benefits who were in the direst need of these on account of their social conditions and the number of those supported by them. Therefore the ratio of the population who were recipients of allowances does by no means reflect either the catchphrases of social demagoguery repeated over and over again or the level which would have been indispensable to maintain at least the earlier birth rates.

In order to raise birth-rate the system of *tax allowance* was adopted also in Hungarian financial law. Under the relating regulation tax allowance was granted to families with more than one child in respect of partly the income tax, partly the basic taxes (land tax, house-tax, general earnings tax etc.). The device was applied as regards income tax that its rate was higher for those who had only one child to support while for larger families either the amount of the tax or the assessable income was reduced by grades. As regards basic taxes the tax was reduced by 5–5 per cent for the first and second child each, by 7–7 per cent for the third and fourth child each; the rate of reduction for additional children was 10 per cent.

No sizeable result can be expected from these benefits for these reflect rather an appreciation of social policy than direct population policy objective.

5. The impact of family allowance on birth-rates

As has been seen birth-rates started to diminish from the middle of the last century and fall rapidly after the war. This trend subsisted up to 1935 after which the pace of falling became somewhat slower. This major change in birth-rates is the outcome of a re-valuation process extending over increasing strata

of a complex society. Chances of livelihood and together with these objects in life were re-defined and individuals' conduct was adapted to these. This meant in regard to population trends in the first place that fertility came to be subjected to a conscious regulation among ever-widening masses of the population. It is rather difficult to identify and disentangle the mesh of the causes leading to that practice adopted by the population. Some groups of its elements are discernible due to the fact that the fall took place not at once in the entire territory of the country neither in the geographical nor in the social sense. When the birth rates of different social classes, different types of residential areas, populations with different financial means, professing different moral views and having different traditions are compared, this comparison may draw attention to the actual import of some groups of causes.¹⁵

The impact of the above which can be assessed numerically has been dealt with earlier. Now I would like to analyse what role state intervention can have in this sphere. The central issue now is whether state population policy can regulate birth-rate, can it influence the disposition towards child-bearing, in other words whether various government measures can be susceptible of giving another turn to a process already evolved.

These issues were subjects of arguments in the relating literature in the period under review and, to an extent, continued to be such also in our days. One of the extremes of the prevailing views is represented by E. B. Reuter and H. P. Fairchild¹⁶ who hold that the fall in population can be checked at any point; according to another extreme-adopted by P. H. Landis and P. K. Hatt¹⁷ — measures for raising birth-rates ended usually in failure. G. F. Mc. Cleary¹⁸ describes the development of state population policy adopted to check the fall in the number of births prior to World War II.

Examining the family allowance schemes in France and Belgium he states that the family allowance system became of a general nature in France during World War I, then it was made obligatory in very many professional branches in 1932. In Belgium it was made obligatory for firms which entered into contracts with the state and starting with 1930 it was made obligatory for all firms. He holds that this notwithstanding birth-rates continued to fall in both states. D. V. Glass¹⁹ is ready to concede some results to the population policy of these states. He states that the family allowance scheme might have reduced infant mortality and in want of it the rate of abortions would have been higher and that of births lower. He holds that the amount of family allow-

¹⁵ *Population problem*. Res. End., Philadelphia Lippincott, 1937. VIIIth chap.

¹⁶ *People: The quantity and quality of population*. New York, Holt. 1939. p. 292.

¹⁷ *Population problems*. A cultural interpretation. New York, American Book Comp. 1954. p. 493.

¹⁸ *Pre-war European population policies*. Milbank Memorial Fund Quarterly, April, 1941. 19: pp. 105—120.

¹⁹ *The struggle for population*. Oxford, Clarendon Press, 1936. Vth chap.

ances is low to shape further effectively the process. In his view those actual elements should be grasped which have brought about the situation as it is. J. Spengler²⁰ subjects to criticism the system in France on the ground that it pays but little to the bread-winner and that it is not adjusted to the differences in the cost of living of different occupational groups.

Glass in his above cited work deals also with the situation in Italy and comes to the conclusion that the system introduced in 1927 was more comprehensive than the French or Belgian one (preference accorded in jobs to supporters of large families, encouragement to settle in villages, checking migration to towns, etc.) and in certain years (round 1938) results were achieved seemingly. In his view not the government policy should be fully credited with it for a slight increase followed in the period also in other countries.

It is justified to examine the situation in Germany in somewhat more in details because, on the one hand, this system constituted the foundations of the one adopted in Hungary and its effects were analysed from the most varied aspects and on the other hand it was in force for quite a long time, it covered a sufficiently large section of the population to be somewhat effective, and thus could be susceptible of evaluation on the ground of national rates. The evaluation of the system in Hungary is rendered difficult by that it comprised a relatively small section of the population and could therefore make its effect felt but for a short time. When this system was in force the birth-rates in Germany were as follows:²¹

Year	Number of births per thousand inhabitants
1932	15.1
1933	14.7
1934	18.0
1935	18.9
1936	19.0
1937	18.8
1938	19.7
1939	20.3
1940	20.4
1941	18.8

Here thus the trend was essentially increasing.

Now the problem to be decided is what factors have contributed to the increase respectively what role can be attributed to population policy measures. According to Burgdörfer's opinion 60 per cent of the birth rise originated in

²⁰ *France faces depopulation*. Durham, N. C. Duke Univ. Press, 1938. Xth chap.

²¹ *A population index*. On the ground of the 1942 issues of the population index and Mc. CLEARY: op. cit. p. 112.

marriages which had been contracted with the aid of state loans. On the other hand Glass points out that the majority of these marriages would have come about in the absence of state loans too and a part of the children would have been born; in addition the marriages delayed by the slump were contracted respectively the children were born now. Glass in this way attributes a decisive importance to business cycles although he admits that the encouragement by increasing the number of marriages has proved to be advantageous and by reducing the number of abortions it might have contributed to increasing the number of births. Analysing the effect of population policy measures similar conclusions were drawn by Gunnar Myrdal an authority on population²² who thinks that although population policy measures did not increase birth-rates but secured that these remain stationary. And this in a period when the diminishing trend was the rule is a result which should not be underestimated. Dubley Kirk²³ holds that three-fifth of the post-1933 increase in births may probably be attributed to the expansion of employment.

Hajnal approached the issue from the aspect of demographic factors and pointed out that the stability in the cumulative fertility of marriages of identical duration contributed to the rise in the birth-rate.²⁴ According to the view of P. K. Whelpton the prohibition of abortion may be regarded as the most important element at the outset in the rise in Germany while in subsequent years the effect of economic changes came into the foreground.²⁵

In the inter-war period a variety of population policy measures and schemes were in force. A comparison between the effects of these is rendered difficult because these were introduced in countries with populations living in differing fertility, material, social etc. conditions. The opinions of several internationally known authorities have been described in these pages which can be lent a general character and thus may be significant for us too. These opinions are uniform in that they attribute outstanding importance to business cycles. In my view such a complex phenomenon like birth-rate cannot be characterized and explained by a single — though the most important — factor. Birth-rate does not follow steadily business cycles even in countries with the highest industrial development. Where a close correlation can be assessed it lasted for a relatively short period as if making up for the deficiency during the slump only to revert afterwards to the trend.

Where this did not happen there another cause (a cause outside economic mechanism) had to play a part. In essence the family allowance system is also a change in the financial standing of the individual, a lasting quasi-boom.

²² *Population*, Cambridge, Harvard University Press, 1940.

²³ *The relation of employment levels to birth in Germany*. The Milbank Memorial Fund Quarterly, April, 1942. 20: pp. 126—138.

²⁴ HAJNAL, J.: *Analysis of birth statistics in the recent international recovery of the birth-rate*. Population Studies. September, 1947. pp. 144—150.

²⁵ American Journal of Sociology. 1935. pp. 299—313.

Moreover it is more than that because while boom and slump do not always affect the economic position of individuals, family allowance is a measure taken explicitly in the interest of children the realization of which is bound up with the existence of children and pre-supposes a certain number of children. The problem on this point is what is the rate of assistance which makes itself felt. It is obvious that a fight cannot be waged with a prospect of success against economic factors -- which determine existence -- with administrative measures or economic benefits which remain in value below the level of the one the effect of which is fought against. The effectiveness of measures is present there and to the extent where and to what extent the factors operating against the rise of births or their coming about at all can be successfully counterbalanced. Therefore comparison is extremely difficult because changes in the number of births are brought about by the joint effect of all the factors. That should be understood in the sense that e.g. an economic change together with the family allowance provides a possibility for contracting a marriage or giving birth to a child for which one of these factors would have been insufficient. In such a case family allowance is a supplement in the true sense of the word. The difficulty lies in finding the due time to flexibly assess the extent place, essence of the requirements and thus the mode of their satisfaction. It becomes then clear that the same system is at one time more effective than at another time in the same country because economic situation respectively the factors which have a bearing on population change frequently in short cycles while these laws are not as flexible as that.

The conclusion may be also drawn from the mutually contradictory opinions that family allowances -- although did not, as a rule, raise birth-rates -- retarded or checked its large-scale fall. We may be able to assess the effect of population policy more positively not only on the ground of the data described in the preceding pages but also on the ground of the analysis of the effectiveness of the systems developed after the two World Wars. These bear out that population policy can be effective, but it depends to what degree are the elements shaping individual conduct recognized to what degree can (and are wanted to) these be made to serve the objective laid down, respectively does the state possess the means -- financial in the first place -- which are required to counterbalance the factors operating in the negative direction.

The purpose of economic measures was to raise or maintain the birth rate as it was. Irrespective of whether the primary purpose has or has not been attained they could have secondary effect or effects. One of such effects may be regarded the fact that by improving the economic and social conditions of families with many children they secure the upbringing of a healthy generation and in the last analysis this is of no less importance than the former.

In my view the general evaluation on family allowance may be applied to the system prevailing in Hungary too if the correlation is sought not with

national birth-rate but with the birth-rate of social strata to which it was extended. The system in Hungary was special also in that it covered at the beginning a restricted stratum then the number of recipients widened but even then it affected only a section of the population. Therefore a special problem arose in Hungary, namely the *differential population policy*. In this case its purport is that by means of family allowance it was not intended to direct the child-bearing practice of all but only some social strata. Population policy can be turned to use with success to make birth-rates differentiated between social strata more uniform or, in turn, to make the differences wider. State policy may aim at the changing of birth-rates in general or at the modification of the prevailing differences between the various social strata. This can be achieved in two ways:

- a) by curtailing the birth-rates of more prolific groups, or
- b) by raising the birth-rates of other groups.

It was a frequently repeated opinion that it is impossible to persuade members of the upper classes to sacrifice their individual comfort in the service of the objective to raise the number of population while a variety of possibilities is open to restrict the number of offsprings among the lower classes.²⁶

As has been seen the birth-rates of various classes and strata considerably differed also in Hungary. The wish to change these major differences is no doubt reflected already in Act N° XXXV of 1912 and this problem came to occupy an even larger place in the amending legislation of subsequent decades. The results of these efforts are shown in the tables on preceding pages. The diagram illustrates the process too. It may be seen that the birth-rates among the agricultural population are the highest because the ratio of new-born is higher than their ratio among the population while that of other groups remains more or less below that level. The situation changed by the end of the 'thirties and the beginning of the 'forties. Birth-rates of the agricultural population came increasingly nearer the ratio evolved in the population then went below that level while among the other groups such a rise followed gradually that the ratio of their new-born was in excess of their population ratio. The trend graph was most steeply rising among civil servants and transport employees. When this change is considered it is impossible not to think of the positive effect of the family allowance. Obviously this was operating not as a single factor because it would be mistaken to completely underestimate the part played by rising incomes due to the war boom, employment etc. But it should not be exaggerated either partly because the traces of the boom in the 'twenties can hardly be discovered on the diagram, partly because a clear-cut negative effect is shown in regard to the agricultural population despite the agricultural boom. Rise followed there and then where and when higher allowances were paid.

²⁶ E.g. PEARL, R.: *The biology of population growth*. New York, 1925. p. 177.

Мероприятия в области демографической политики и влияние экономического положения на рождаемость в Венгрии в период между двумя мировыми войнами

И. ХООЗ

Под влиянием усиливающегося темпа рождаемости внимание политиков и представителей отраслей наук, занимающихся изучением человека, было обращено на вопросы, связанные с народонаселением. Все более интенсивнее изучают факты и средства, действующие или влияющие на рождаемость, в интересах того, чтобы как можно лучше способствовать сложению и осуществлению демографической государственной политики. Но организации общественного действия способствует и критический анализ теоретических основ ранее принятых мероприятий.

Автор кратко показывает рождаемость в численном отношении и констатирует, что в Венгрии тренд её начиная с 1870 года показывает тенденцию понижения впрямь до конца исследуемого периода.

Автор приходит к выводу, что экономические факторы и в Венгрии влияют на число рождающихся, но это воздействие объясняется не конъюнктурными изменениями, ибо на эти изменения рождаемость в сельском хозяйстве мало реагирует. На число рождающихся больше влияет имущественное и общественное положение (График 1).

Вторая часть статьи занимается теоретическими вопросами мероприятий, направленных на повышение рождаемости. Сначала рассматривает проблемы, связанные с правовым регулированием предупреждения беременности, затем показывает роль семейной надбавки. Показывает венгерское регулирование, относящееся к плате семейной надбавки, а также действие этого регулирования.

Система семейной надбавки в Венгрии существует с 1912 года, но по существу распространялась она лишь на государственных служащих. Демографическая политика последних 6—7 лет исследуемого периода, по мнению автора, бесспорно, была удачной в отношении этого относительно узкого общественного слоя. Большим недостатком её было то, что она не распространялась на более широкие и более бедные слои населения.

Die Wirkung populationspolitischer Massnahmen und der wirtschaftlichen Lage auf die Geburtsverhältniszahlen in Ungarn zwischen den zwei Weltkriegen

I. HOÓZ

Durch den immer zunehmenden Bevölkerungszuwachs wurde die Aufmerksamkeit der Politiker und der Vertreter der Wissenschaftszweige, die den Menschen zu ihrem Gegenstand haben, auf die mit der Population zusammenhängenden Fragen gelenkt. Im Interesse einer wirksameren Unterstützung der Konzipierung und Verwirklichung der staatlichen Populationspolitik werden die auf die Fruchtbarkeit wirkenden bzw. diese beeinflussenden Faktoren und Mittel immer intensiver erforscht. Selbst die kritische Analyse der theoretischen Grundlagen früher getroffener Massnahmen trägt zur Organisation der gesellschaftlichen Aktivität bei.

Der Verfasser legt die Geburtsverhältniszahlen kurz dar und stellt fest, dass deren Trend in Ungarn von 1870 bis zum Ende der untersuchten Epoche eine sinkende Tendenz aufweist.

Der Verfasser stellt fest, dass wirtschaftliche Faktoren auch in Ungarn eine Wirkung auf die Zahl der Geburten ausgeübt haben. Diese Wirkung kann jedoch nicht den Konjunkturveränderungen zugeschrieben werden, da die landwirtschaftliche Bevölkerung auf diese kaum reagiert hat. In der Gestaltung der Geburtsverhältniszahlen spielten die gesellschaftliche und die Vermögenslage eine grössere Rolle (s. Diagramm 1.). Im zweiten Teil der Studie werden theoretische Fragen der auf die Vergrösserung der Zahl der Geburten gerichteten Massnahmen behandelt. Der Verfasser befasst sich mit den Problemen

der rechtlichen Regelung des Empfängnisschutzes und der Rolle des Kinderzuschlags. Er legt die ungarischen Normen bezüglich des Kinderzuschlages dar und untersucht deren Wirkung. Das Kinderzuschlagssystem war in Ungarn ab 1912 geltend, es erstreckte sich jedoch im wesentlichen lediglich auf staatliche Angestellte. Die in den letzten 6—7 Jahren der untersuchten Epoche angewendete Populationspolitik war — der Meinung des Verfassers nach — bei dieser verhältnismässig engen Gesellschaftsschicht unbedingt erfolgreich. Der grösste Mangel an dieser Politik war, dass sie die breiteren und ärmeren Schichten der Bevölkerung nicht umfasste.

Haroldo Valladão: Direito Internacional Privado (Droit international privé).

Rio de Janeiro — São Paulo Livraria Freitas Bastos 1968. 563 p.

Parmi les ouvrages généraux du droit international privé publiés depuis la seconde guerre mondiale, et l'on peut même dire, depuis le début de notre siècle, le plus récent ouvrage du professeur Haroldo Valladão publié en 1968, et en seconde édition en 1970, comprenant la partie générale du droit international privé, occupe une place particulièrement excellente dans la littérature mondiale.

Cet ouvrage est un véritable chef-d'œuvre au point de vue de la méthode, de la clarté, de la documentation pleine, de la discussion précise et approfondie de toutes les questions et de la rigueur juridique en général. Je suis convaincu que l'ouvrage a une importance fondamentale au point de vue du développement de la science du droit international privé. Son importance est comparable à celle que les ouvrages de Savigny et de Mancini avaient en Europe, les ouvrages de Story aux Etats Unis et ceux d'Andrés Bello, de Bustamante et d'Augusto Teixeira de Freitas en Amérique latine centrale et en Amérique du Sud.

M. Haroldo Valladão est le professeur du droit international privé à l'Université fédérale du Brésil et à l'Université catholique de Rio de Janeiro. Il est également professeur à l'Institut Rio Branco, conseiller juridique en chef du Ministère des Affaires Étrangères, Procureur général de la République, membre de l'Institut de droit International et le président de la session de l'Institut en 1967 à Nice, ancien doyen, bâtonnier de l'Ordre des Avocats

du Brésil, académicien de l'Académie pontificale de Saint-Thomas-d'Aquin, membre de la Cour permanente d'Arbitrage, docteur *honoris causa* de l'Université d'Aix-Marseille. Il est à côté de Bustamante le plus grand représentant de la littérature et de la codification du droit international en Amérique latine.

Le professeur Valladão avait publié plus de 175 ouvrages scientifiques, lesquels analysent d'une manière approfondie tous les grands problèmes contestés, tous les points de controverse du droit international privé, de la procédure civile internationale, du droit pénal international, du droit international commercial, de la condition des étrangers. Dans ces ouvrages il explique en outre le développement historique du droit international privé et avec la plume d'un artiste il trace les portraits scientifiques de certains grands spécialistes du droit international, comme ceux de Bartole, d'Andrés Bello, de Joseph Story, de Teixeira de Freitas, de Hans Kelsen, de Barbosa de Magalhaes, de Hélio Lôbo, du Pape Jean XXIII.

Sont tout particulièrement importants ses ouvrages écrits en rapport avec son activité déployée au sein de l'Institut de Droit International, ses avis juridiques préparés entre 1947 et 1950 en sa qualité de spécialiste du droit international privé, ses avis juridiques préparés en 1967 en sa qualité de Procureur de la République, et ceux préparés par lui dès 1961 au Ministère des Affaires Étrangères, ainsi que son Avant-projet de loi sur le droit inter-

national privé préparé en 1963 et autorisé par les décrets Nos 51.005 de l'année 1961 et 1490 de l'année 1962. L'Avant-projet comprend 91 articles et 6 chapitres. Le premier chapitre (art. 1 à 12) contient les dispositions générales relatives à la loi et aux autres normes juridiques, le second (art. 13 à 15) les règles ayant trait aux traités internationaux, aux conventions, aux décrets et règlements, le troisième (art. 16 à 80) les règles concernant les normes du droit international privé et de la procédure civile internationale, le quatrième (art. 81 à 85) les règles du droit intertemporel, le cinquième (art. 86 à 89) les principes du calcul des délais, le sixième (art. 90 à 91) les dispositions finales. Cet Avant-projet publié le 29 décembre 1963 est un des projets de lois des plus excellents publiés au cours du siècle passé et présent. Son importance peut être comparée au Code de Bustamante, à ce chef-d'oeuvre de la pensée latine.

Il faut souligner également l'activité pédagogique de M. Valladão. Il avait élevé de nombreux jeunes spécialistes du droit international et il avait préparé à l'usage des étudiants sous le titre «Matériel de classe» un volume comprenant les textes législatifs importants du droit international privé.

L'ouvrage du professeur Valladão est composé des chapitres suivants. L'introduction (p. 3 à 217) comprend les notions générales, l'auteur analyse ici les concepts de droit international privé et intertemporel, les modes de solution des conflits de lois, le développement historique et la littérature du droit international privé, sa méthode (p. 3 à 90), et ses sources doctrinales et législatives. Ensuite l'auteur

étudie la structure des règles de conflit (p. 217 à 265), les points de rattachement (p. 266 à 387), la condition des étrangers (p. 388 à 468), l'application directe de la loi étrangère (p. 469 à 483), la reconnaissance des droits acquis à l'étranger (p. 484 à 491) et les limites de l'application de la loi étrangère (p. 492 à 524). L'Annexe comprend le texte de l'Avant-projet de la loi de l'auteur (p. 525 à 546) et la bibliographie de ses ouvrages (p. 547 à 554). Le volume se termine par un index sommaire.

Je considère que les mérites les plus importants de l'auteur sont les suivants:

Premièrement il applique avec maîtrise la méthode comparative, il informe le lecteur d'une manière détaillée de la mise en oeuvre et de l'application des principes généraux du droit international privé dans les divers systèmes juridiques positifs, et donne une idée précise et claire des systèmes juridiques latins des deux Amériques et en premier lieu du droit brésilien.

Son second grand mérite consiste en ce qu'il discute d'une manière nouvelle les rapports entre les conflits de lois internationaux et intertemporels. Il avait compris que pour avoir une idée nette de la nature juridique des conflits de lois internationaux il est désirable d'étudier les autres types, les autres espèces des conflits de lois aussi et d'analyser les analogies et les différences existant entre ces conflits.

Son troisième grand mérite c'est qu'il avait élaboré dans son ouvrage des doctrines très intéressantes nouvelles et qu'il avait mis en pleine lumière, sur la base des points de vue tout-à-fait nouveaux, les problèmes principaux des conflits de lois.

I. SZÁSZY

International Labour Law¹

Professor Szászy's *International Labour Law* was first published in English, in a joint edition of Akadémiai Kiadó, Buda-

pest, and A. W. Sijthoff, Leyden.² As for the Hungarian edition, it is not an unchanged version of the original in view of

¹ SZÁSZY, I.: *Nemzetközi munkajog (International labour law)*. Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, 1969. 668 p.

² *International labour law*. Budapest, Akadémiai Kiadó, 1969. 466 p.

the fact that the material with international references has been completed, principally by problems of detail less expected to arouse the interest of foreign readers but, from the Hungarian readers' point of view, are appropriate to give a broader survey of the material. As a matter of fact, preference has been given to Hungarian rules concerning labour law in the treatment of particular problems. Besides, the two editions have the same structure, problems are presented in the same way, and there is no difference in their essential purport.

The work is divided into an Introduction, a General Part, and a Special Part. The Introduction comprises the treatment of some fundamental problems such as the concept and subject-matter of labour law, its designation and place in a legal system, the method of labour law (§ 1.), followed by the investigation of the said problems in the concept of international labour law (§ 2.). In §§. 3. and 4. the sources of international labour law and the views bearing upon the discipline of international labour law, respectively, are dealt with.

As regards the *concept of labour law*, the author outlines the different views of socialist and western jurisprudence, and then draws particular attention to the place of international labour law in a legal system.

In its earlier work entitled "Private international law in the European people's democracies" the author dealt with international labour law in a chapter of the special part of the work which means that international labour law was regarded as part of private international law. In the work under review reference is made to the said earlier view, confirming the author's stand as expressed in his works published earlier but it is added that "since in the meantime I have made the legal character of international labour law the subject of thorough study, I have come to the conclusion that the correct policy is to accept international labour law as an

independent branch of the legal system which has broken away from private international law. Although there is a close relationship between international labour law and private international law, in so far as the structural build-up of the former is uniform with that of the latter, and a number of principles of private international law such as *renvoi*, public policy etc. have been incorporated also in international labour law, labour law should nevertheless be considered an independent branch of law by the side of private international law. This is justified partly by the fact that, in its legal nature and structure, labour law appreciably departs from civil law and family law, and partly by the fact that many of the principles of private international law are not applied in international labour law or, if applied, they are applied in a different form." (p. 32.) Moreover, the following may be read some paragraphs later: "As regards the place of international labour law in the system of law, in our opinion international labour law should be considered a relatively independent branch of law by the side of labour law, like private international law by the side of civil law and family law or international civil procedure by the side of civil procedural law or international administrative law by the side of state administrative law or international financial law by the side of financial law or international criminal law and the law of criminal procedure by the side of criminal law and the law of criminal procedure." (p. 35.)

There is thus no doubt whatever that, in the opinion of the author, international labour law is an independent discipline by the side either of private international law or labour law. (On the basis of the views expounded in pp. 32. and 34 to 35., respectively, the author would favour the relationship by the side of both branches of law.) But it is doubtful whether international labour law, apart from its existence as an independent discipline, could be regarded as an independent branch of

law according to the author's views. This is not stated explicitly for it is only said later (p. 35.), in connection with the statement that the rules of international labour law are brought closer to private international law on account of their international nature, that several similar problems arise in the "said two branches of law", and then it is stated that the similitude of the said problems does not go, however, so far that the unification of the said two branches of law would be justified.

The character of a branch of law is not excluded by the fact that a given material forms an independent discipline. It may be recalled that in his earlier work entitled "Private international law in the European people's democracies" the author himself qualified private international law, regarded according to his recent opinion as an independent discipline of law by the side of civil law and family law, as one of the independent branches of the internal legal system;³ similarly, the definition given by him for international civil procedure supported the position that the material in question was considered by him as an independent branch of law as well.⁴ It would be a logical step from the concept referred to above if international labour law should be also regarded as an independent branch of law.⁵ There is only a single point in this respect i.e. whether the said three disciplines are really the branches of a given internal legal system or the views of *M. Samu* should be accepted according to which the evolution and existence of additional branches of law within the system of international law should not be regarded as impossible. In the said connection references were made by the said author to the accepted or contested branches of law such as public internation-

al law (better said international constitutional law), private international law (preferred term: international civil law), international administrative law, international economic law, international civil procedural law, international criminal law, and international financial law.⁶ It is beyond the scope of this review to set forth the problem in detail and, the more, because the reviewer is disinclined to regard himself competent to do so but wishes, however, to make it clear that, by accepting the view referred to above, international labour law would be ranked doubtless to the branches of law as classified by *M. Samu*.

It is first and foremost the immense volume of data that first attracts attention in the chapter dealing with the *sources of international labour law*. A complete collection is given in it of rules from almost all countries of the world having a direct or indirect bearing on labour law, irrespective of their form such as statutes containing conflict rules or direct dispositions of international labour law, international agreements or normative acts of internal law. Emphasis is laid by the author on the importance of the agreements accepted by the universal conference of the International Labour Organization and ratified by the member states of the organization from the point of view of international labour law. By giving a survey in Appendix III of the work of the ratifications of the international conventions on labour law, compiled by the individual states concerned, a particularly good service has been done. The said survey makes it possible to study whether the domestic legislation of a given state has been co-ordinated with the dispositions of the ratified conventions concerned or,

³ p. 45.

⁴ Viz. F. MÁDL's review: *Jogtudományi Közlöny*, 3/1965. p. 109.

⁵ As it is put down in the English edition of the work, international labour law is "a relatively independent branch of law." The different terms in the English and Hungarian editions may result from the circumstance that the term "discipline" was reserved for the "science"

of labour law in view of the fact that the expression "science" has been used generally in English to denote natural sciences. Accordingly, the use of the term "discipline" might have been ambiguous in the text in question. Cf. p. 14. op. cit. in note 2

⁶ SAMU, M.: *A nemzetközi jog fogalma és tagozódása (Concept and division of international law)*. *Jogtudományi Közlöny*, 10/1966. pp. 519—524.

in the case of the non-ratification of a convention by a member state, to ascertain whether the dispositions enacted in the convention have been included in the domestic legislation of the state in question. Essentially, the same is valid for the recommendations listed in the work as well.

The content of the chapter treating the *discipline of international labour law* makes the reader reflect in respect of the very considerable degree by which the literature in socialist states has been indebted with the elaboration of the problems of international labour law. No particular emphasis was laid earlier on the analysis of the international aspects of labour law although the existing actual demand, is easily perceptible also in the introduction to the work. Even if some steps were made in this field, almost all achievements were attained under the aegis of private international law. As for the otherwise considerably richer western literature, special problems arise from the double character of the labour law relation in which the elements of civil and public law are intermingled. Various views, frequently rather complicated and representing different extremities, are described by the author in this part.

The title of the *General Part* reads "General problems of the application of the rules of international labour law". In this respect the author describes first of all the points of view of classification of the various types of the rules of international labour law revealing clearly the fact that, genetically, labour law should consider civil law as its maternal law. The background of this chapter is furnished by the categories of the discipline of legal rules as established in civil law, just as it is the case in the author's "Law of international civil procedure (pp. 97. and seq.). According to the main distinction made by the author, there are directly and indirectly regulating rules of international labour law, and the so called conflict rules have paramount sig-

nificance in the group of indirectly regulating rules.

In the following the problem of the *conflicts of laws of the first degree in international labour law and the connecting factors* are dealt with by the author. First and foremost the problem is investigated whether the same connecting factors or contact points apply in the field of international labour law as in private international law i.e. the general contact points of private international law governing contracts under the law of obligations are to be applied or, if not, should each element of the individual, private labour relations and those of a collective nature, further organisational labour relations, social insurance and procedural relations of labour law be made subject to one and the same unified law or should the various elements of the said relations be judged by different laws. Finally another problem is raised in this connection i.e. if in the sphere of international labour law contact points other than those of private international law are adopted, what contact points will the judge have to consider for the settlement of disputes under international labour relations, relations of labour organization, social insurance, and procedural relations of labour law. The expositions of the author are summed up in that, although all connecting factors of private international law may come into consideration in the sphere of international labour law such as the *lex patriae*, *lex domicilii*, *lex loci contractus*, *lex loci actus*, *lex loci delicti commissi*, *lex rei sitae*, the law of the flag etc. the significance of all these connecting factors is far more restricted than in private international law. In international labour law the prime connecting factor is the *lex loci laboris* i.e. the law of the site where work is performed, as it was pointed out by the author already in his earlier work entitled "Private international law in the European people's democracies" (p. 285.). Second only to the *lex loci laboris* stands the *lex loci delegationis* as the other

principal connecting factor meaning the law valid at the headquarters of the employer corporation.

When determining the *lex laboris*, the inductive and the deductive methods are to be applied as well (p. 180.). Thus the legal nature and the territorial scope of some legal relations governed by labour law are to be first subjected to a thorough analysis, and the *leges laboris speciales* applicable to same are to be determined. On the other hand, the application of the deductive method is necessary as well and, by making use of it, the *lex laboris generalis* governing the majority of legal relations regulated by labour law is to be determined. As it is stated by the author, the *lex laboris generalis* must not be other than the *lex loci laboris* i.e. the law in force at the site in which work is performed. As a rule, this is valid for all legal relations governed by labour law that are not be judged by a *lex laboris specialis*.

The definition of the *lex laboris* is separately dealt with by the author for the case in which a conflict between labour law relations specified as of "civil law character" are to be settled or if a conflict arisen between labour law relations regarded as of "public law character" has to be judged. In all of the said cases the conflict of rules is of the first degree but its significance is restricted to the field of the western view of international labour law in which a considerable part of labour law is considered as part of "public law".

At the end of the General Part the conflicts of conflict rules in international labour law and the problem of the preclusion of the application of foreign labour law are dealt with. The views of the author expounded in his books on private international law and international civil procedure are here explained in accordance with the requirements of international labour law, comprising a number of concepts in relation to conflicts in law such as classification, transmission or forward reference, renvoi, preliminary question,

the principle of the application of the more effective (stronger) law, the majority principle, the principle of a doubling of conflict rules, and the principle of public policy.

The *Special Part* of the work is not only an illustrative summary of the principal problems of labour legislation of Hungary, the socialist and western countries together with the international relations of same but it gives an analytic presentation of the relevant theoretical problems including the most essential points. In view of the immense range of the material, it seems almost incredible that the author succeeded in summing up a material so far-reaching as that covered by the work in this distinguished way. The labour law relations of individuals, labour law relations of a collective nature, labour law relations under social insurance law, and procedural relations under labour law are dealt with in separate chapters and, by treating the material divided into the statics and dynamics of the labour law relations of individuals, the rhythm of labour law relations is made perceptible in a particularly successful way.

It is beyond the scope of this review to analyse in detail if only the most important problems of the vast material, consequently it should be only said that, in performing an immense work revealing the material, the author must have had in mind to delimitate the fields of validity of the various legal systems or conflict rules, respectively, for without doing so his argumentation ought to have been limited to the range of statements of principle. The actual presentation provides the reader, however, with real guidance in respect of the labour law relations of each particular problem, and the author has done a very useful service for all those concerned with the application of law, both in the national and the international field.

The work is destined indeed to be a manual for those studying international

labour law. It offers, however, much more. Presenting a summary of the essential content of foreign labour law systems and giving thus a comprehensive survey of the labour law of almost all countries of the world, it makes acquainted the reader with the basic material of the individual labour law systems whose knowledge is indispensable from the point of view of comparison. Dealing with the various theories and topical problems of principle, a useful help is given for those active in scientific work in the field of labour law.

Last but not least, the function of the work in helping to overcome the difficulties arising from the different legal systems of the individual states must not be left out of consideration.⁷ With this quality, the work may contribute to eliminate the difficulties and unfavourable situations which the citizens of states belonging to different legal systems may face increasingly and at every moment, as a result of the intensification of international relations, when seeking to enforce their subjective rights.

L. TRÓCSÁNYI

Meznerics I.: Finanzrecht im neuen ökonomischen System des Sozialismus¹

Das Gebiet des Rechtssystems, das unter dem Namen Finanzrecht zusammengefasst werden kann und das früher im Kreise der juristischen Studien ziemlich in den Hintergrund verdrängt wurde, hat im Laufe der sozialistischen Umgestaltung sowohl hinsichtlich seines Bereiches, als auch seines theoretischen und praktischen Gewichts an Bedeutung gewonnen. Durch diese gesellschaftliche Umgestaltung wurden dem Staat sehr wichtige neue Aufgaben gestellt, insbesondere dadurch, dass die grundlegenden Produktionsmittel in staatliches Eigentum übernommen wurden, bzw. dass die Ausübung zahlreicher wirtschaftlicher Tätigkeiten ausschliesslich dem Staat vorbehalten wurde. Die die Geldseite der staatlichen Aufgaben betreffenden Normen mussten logisch notwendigerweise dem Rechtsgebiet angeschlossen werden, das früher als Finanzrecht bezeichnet wurde, wodurch sich auch dessen Charakter radikal veränderte.

Der meist interessante Zug dieser Veränderung ist, dass das Finanzrecht weiterhin als ein Hintergrund anderer Rechtszweige aufgefasst werden kann, und zwar in dem Sinne, dass ohne die als Hintergrund dienenden letzten Endes finanzrechtlichen Kenntnisse eine ganze Reihe der positiven Rechtszweige unverständlich oder wenigstens unvollständig wäre.

Das Vorwort des Buches von Meznerics — aus der Feder des Sekretärs des ZK der USAP Rezső Nyers — hebt prägnant hervor, wie vielseitig das Geld dem den Sozialismus aufbauenden Volk zu dienen vermag und wie weitgehend es durch die Ausnutzung dieses Vermögens in der neuen Welt anzuwenden ist.

Das Finanzrecht besitzt also einen doppelten Charakter: einerseits ist es eine selbständige Disziplin, andererseits aber weist es in bezug auf eine Reihe der Rechtszweige die Eigenschaft einer sog. Hilfswissenschaft auf. Das Buch von Iván Meznerics ist nach der Ausgestaltung des neuen Wirtschaftsmechanismus in einem sehr glücklichen Moment erschienen um die sich aus dieser Lage ergebenden, wichtigen Aufgaben erfüllen zu können.

Diese hervorgehobene vielfältige Rolle des Buches ist jedoch ein sekundärer Wert im Vergleich dazu, dass der Autor ein vollständiges Panorama des gegenwärtigen Finanzrechts darzustellen verspricht. Die Grenzziehung dieses Bereiches ist die Aufgabe des ersten Kapitels. Hier wird

⁷This is emphasized in foreign literature in connection with author's "International civil procedure". VIZ. NAGEL, H.: *Chancen des internationalen Zivilprozessrechts beim Ausgleich von Schwierigkeiten aus Rechtsordnungen unterschiedlicher Weltanschauung*. Zeitschrift für Zivilprozess, 5/1969. pp. 360—376.

¹*Pénzügyi jog a szocialista gazdaság új rendszerében*. Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, 1969. 509 p. Mit dem Vorwort von Rezső Nyers.

erläutert, dass »der Bereich der Staatsfinanzen sich infolge der staatlichen sozialistischen Betriebswirtschaft so weit erstreckt hat, dass der Bereich des Finanzrechts viel enger gefasst werden muss.« (S. 15.). Die Richtschnur dazu ist der Begriff des Finanzsystems, von dem der Verfasser ausgeht. Das Finanzsystem bedeutet demnach die Gesamtheit derjenigen finanziellen Verhältnisse, Institutionen und Methoden, die im Prozess der Verteilung und Wiederverteilung des Nationaleinkommens auftreten. Die Teilgebiete des Finanzsystems bieten uns dann in der Übersicht des Verfassers ein voneinander gewissermassen abweichendes Bild (S. 18., 19.).

Nach dem das Finanzrecht im allgemeinen abgrenzenden Kapitel I bearbeiten die weiteren Kapitel die folgenden Materien: das staatliche Geldsystem (Kap. II), das Staatshaushaltsrecht (Kap. III), die damit gleichwertigen Betriebsfinanzen (Kap. IV), die Steuer und anderen Abgaben, inbegriffen die Steuerverwaltung und das Verfahren (Kap. V), das Bank- und Kreditsystem (Kap. VI), das finanzielle System der Investitionen (Kap. VII) und der Versicherung (Kap. VIII), das System der Finanzkontrolle (Kap. IX) und schliesslich die finanzrechtlichen Bezüge der internationalen Beziehungen, unter denen auch das Zoll- und Devisenrecht zu finden sind (Kap. X).

Diese Aufzählung zeigt die Komplexität des bearbeiteten Materials, weist aber zugleich auch auf die Möglichkeit seiner logischen Systematisierung hin.

Von einem bestimmten Gesichtspunkt aus gesehen wäre es vielleicht vorteilhafter gewesen das Steurrecht, als Kapitel IV, nach dem Budgetrecht zu setzen, zufolge dessen die Betriebsfinanzen (Kap. IV.) zu dem Bank- und Kreditsystem (Kap. VI) und dem finanziellen System der In-

vestitionen (Kap. VII) näher gekommen wären. Die im steuerrechtlichen Kapitel V, unter Punkt F) besprochene Steuerverwaltung hätte der Verfasser mit dem System der finanziellen Kontrolle zusammenlegen können. In dieser Weise hätte man das Werk in drei Hauptteile gliedern können, unter denen der erste den »Fiskus«-Charakter hervorgehoben hätte, und in dem zweiten die betriebswirtschaftlichen, im dritten die Verfahrensregeln ihren Platz hätten finden können. Ich muss jedoch zugeben, dass die Lösung des Verfassers die Einheit dieses Rechtsgebietes mehr hervorhebt.

II. Das erste Kapitel über das staatliche Geldsystem enthält eigentlich solches kenntnisvermittelnde Material, das vom Gesichtspunkt des ganzen Werkes aus betrachtet unentbehrlich ist. Meinerseits hätte ich eine eingehendere Darstellung des Begriffes des Zwangskurses und Zwangsverkehrs gern gesehen, und zwar zusammen mit den hinsichtlich der weitgehenden Geltendmachung der letzteren auftauchenden Störungen und den einschlägigen Rechtsmitteln. Diese theoretischen Materialien hätten der Begründung und dem Verstehen der internationalen finanziellen Institutionen und valutären Zusammenarbeit als eine Grundlage dienen können (Kap. X 5.). Es ist wahr, dass die Probleme der Geldentwertung im Kreise der Zivilrechtsverhältnisse auftreten, man beachtet diese jedoch nur in gewissen Krisenperioden. So ist es wünschenswert, dass die einschlägigen Kenntnisse von dem Finanzrecht als sein eigener Gegenstand behandelt werden.²

Aus diesem Kapitel muss ich die Widerlegung der sog. »staatlichen Theorie« von V. Knapp hervorheben. (S. 51.) Aufgrund der ausserordentlich plastischen Analyse der Begriffsmerkmale des Geldes kann zwar der aufmerksame Leser den

² Vgl. NIZSALOVSZKY, E.: *A valorizáció múltja és jelene (Vergangenheit und Gegenwart der Valorisation)*. Sonderdruck aus dem Magyar Jogi Szemle VII/1926. Ausser den Geldentwertungen im Mittelalter, deren Folgen mit den Lage unserer Epoche weitgehende Ähnlichkeit haben, habe ich die einschlägigen Folgen der Napoleon'schen Kriege und des I. Weltkrieges unter-

sucht. Die mit den Napoleon'schen Kriegen zusammenhängenden Ereignisse, besonders die Geschichte der österreichischen Bankozettel veranlassten AdolF WAGNER zum Schreiben seiner grundlegenden Abhandlung »Zur Geschichte und Kritik der österreichischen Bankozettelperiode«, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bde XVII und XIX.

vom Verfasser gemeinten Begriff aufbauen, ich hätte jedoch eine runde Zusammenfassung dieser Merkmale gern genommen (S. 53.).

Im Kapitel über das Staatshaushaltsrecht wirkt die Behandlung des Haushaltsplanes der örtlichen Räte besonders neuartig. Die einschlägigen Probleme werden vom Verfasser eingehend und vollständig bearbeitet, auch die wichtigeren, charakteristischen Bestimmungen der Gesetze No XV. von 1883, XXI. und XXII. von 1886 wurden — als Vergleichsmaterial — dargestellt. Die eingehende Behandlung des Staatsbudgets hat einen musterhaften Lehrbuchcharakter.

Obwohl der Haushaltsplan der Räte auch in der Darstellung des Staatsbudgets immer wieder berührt wird (S. 60–70., 72–80., 85–90., 92–94., 95–100., 103., 107., 111., 113., 116., 117.), hat der Verfasser auch im Teil B) über die speziellen Regeln des Haushaltsplanes der örtlichen Räte noch viel zu sagen. Hinsichtlich des Systems und der Grundsätze des Haushaltsplanes hat der neue Wirtschaftsmechanismus viel neues mit sich gebracht.

Die Forschungs- und Planungsinstitute, die keine Handels- oder andere wirtschaftliche Ziele verfolgenden Unternehmen sind, unter denen aber einige betriebsartige Tätigkeit ausüben, durften dem Verfasser hinsichtlich ihrer systematischen Zuordnung Sorge bereiten. Das einheitliche System ihrer Wirtschaftung hat sich nämlich bis heute nicht ausgestaltet. Auch dem Verfasser erschien es nicht wünschenswert, diese Institute nach der Art und Weise ihrer Geschäftsführung (ob sie betriebsartig oder als Haushaltsorganisation tätig sind) getrennt zu behandeln. (S. 137.).

III. Die wesentlichen Unterschiede zwischen der Wirtschaftstätigkeit der Haushaltsorganisationen und der Betriebe kommen aus dem Kapitel IV klar hervor. Es wird auch klar, dass die durch den neuen Mechanismus hervorgerufenen Veränderungen in der Rechtsstellung der Betriebe auf dem Gebiet der Finanzen nicht

weniger erheblich sind.

Nachdem den Betrieben eine grössere Selbständigkeit gewährt worden war, wurde es zweifelhaft, ob die Betriebe den ihnen zugewiesenen Teil des staatlichen Eigentums nach dem Grundsatz der »selbständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung« bewirtschaften — welche, früher herrschende Meinung der Verfasser bisweilen auch in diesem Buch vertritt —, oder schon gesagt werden kann, dass die Betriebe schlechthin »selbständig wirtschaften«. Auf das Letzte scheint auch der Titel III und der § 12, Abs. 2 der RegierungsVO 11/1967 hinzuweisen; laut dieses Paragraphes ist nämlich der Entzug der Mittel der Betriebe der Betriebsverwaltung — von bestimmten Ausnahmen abgesehen — ausgeschlossen.

In den landwirtschaftlichen Betrieben haben die Naturgegebenheiten von häufig ständigem und durch den Menschen un- oder kaum veränderbarem Charakter (z. B. Bodenqualität, Wetter) bei der Bestimmung des Masses des Einkommens eine weitgehende Rolle. Derzufolge wird hier die staatliche Unterstützung auch im neuen System der Wirtschaftsleitung aufrechterhalten.

Der Verfasser bietet uns einen ausgezeichneten Überblick über die Varianten der Betriebsfonds, die aufgrund der praktischen Erfahrungen zur Erfüllung der aufgetauchten Bedürfnisse gebildet wurden (Kap. IV Punkt 4).

IV. Das Steuerrecht (Kap. V) — worunter der Verfasser die Gesamtheit der Rechtsnormen bezüglich des Steuersystems, der Grundsätze der Steuerung, sowie des Steuerrechtsverhältnisses versteht — stellt ein traditionelles, klassisches Material des Finanzrechts dar, wie es der Verfasser anhand einer — von György Takács publizierten — Angabe aus dem XV. Jahrhundert beweist. Im Interesse der Deckung von Kosten der öffentlichen Aufgaben wird auch im Sozialismus auf solche staatsrechtlich erzwungenen Leistungen nicht verzichtet, denen keine besonderen Gegenleistungen für die Steuerträger gegenüber-

stehen. Der Verfasser erachtet es so nicht notwendig, den Begriff der Steuer den sozialistischen Verhältnissen entsprechend neu zu formulieren (S. 197.). Von den steuerrechtlichen Grundbegriffen trägt besonders die Behandlung des Steuerrechtsverhältnisses zur Weiterentwicklung dieses Wissenschaftszweiges bei. Dagegen wäre es wünschenswert gewesen, neben der Unterscheidung zwischen Ertragssteuern und Einkommensteuern auch die direkte Steuer begrifflich abzugrenzen.

Im Gegensatz zu den Steuern, Gebühren und sonstigen Abgaben der Bevölkerung sind im Rahmen der Steuer der Betriebe mehrere neue öffentliche Abgaben vorzufinden, die vom Verfasser als «steuerähnliche Verbindlichkeiten» bezeichnet werden. Die wichtigste ist die Produktionsfondsabgabe.

V. Das Kapitel VI über das Bank- und Kreditsystem erfasst das eigentliche, auch bisher mehrmals behandelte wissenschaftliche Gebiet des Verfassers. Nach einer Übersicht des Banksystems baut der Verfasser seine Ausführungen hinsichtlich der diesbezüglichen Anforderungen des neuen Wirtschaftsmechanismus auf folgender Basis auf: Einerseits soll das staatliche Kreditmonopol weitgehend zur Geltung kommen, andererseits — als ein Merkmal des neuen Mechanismus — geht die Kreditversorgung von den Verwaltungsverhältnissen zu den zivilrechtlichen über. In einem besonderen Abschnitt (Punkt F, S. 337.) wird die Frage erörtert, in welchen Rahmen es doch notwendig war, einige der staatlichen Machtbefugnisse aufrechtzuerhalten.

Bei der Behandlung der Sicherheiten der Bankleihen weist der Verfasser aufgrund einiger nicht genügend präzise formulierten Rechtsnormen (so besonders des § 262 ZGB) darauf hin, dass das Pfand-

recht der Bank zwar an den verpfändeten Sachen ohne deren Übergabe, mit der Flüssigmachung der Anleihe entsteht (S. 325.), es wird aber sehr richtig bemerkt, dass es hier in der Tat nur um einen Vorrang bei der Befriedigung durch Zwangsvollstreckung geht.³

Bei der Erörterung der Kredit- und Kontenverträge, wo der Kreditvertrag dem Darlehenvertrag gegenübergestellt wird, taucht die Frage auf, ob das Darlehen als Real- oder aber als ein Konsensualkontrakt aufzufassen ist. Der Verfasser verteidigt die Lösung der neuen Bankverordnung, die den Kreditvertrag mit dem konkreten Darlehenvertrag nicht zusammenzieht, also den Kreditvertrag nicht als einen Vorvertrag, sondern als einen selbständigen, vollkommenen Vertrag betrachtet. Unter dem Hinweis auf meine früheren Ausführungen⁴ möchte ich noch bemerken, dass es für die Auffassung des Darlehens als ein Realkontrakt spricht, dass seitens des Schuldners das Geld zurückzuerstatten schlechthin unmöglich ist, bevor er den Darlehensbetrag erhält, — demgegenüber ist die Reihenfolge der Leistungen der Partner beim Kauf völlig ungebunden.

Hinsichtlich der Geschäftsordnung der Geldinstitute (Punkt D, S. 331—334.) standen wir schon einmal mit dem Verfasser in Meinungs austausch.⁵ Ich teile die nicht verschwiegenen Bedenken des Verfassers bezüglich eines Missbrauches der Monopollage der Geldinstitute durch diese Geschäftsordnungen, besonders mit Rücksicht auf die gegenwärtige Erweiterung ihrer materiellen Interessiertheit. Eine Kontrolle der Geschäftsordnungen könnte ihrer Erlassung vorgehen.

Bei der Darstellung des finanziellen Systems der Investitionen (Kap. VII) weist der Verfasser auf bedeutende neue

³ Vgl. MEZNERICS, I.: *Bankügyletek a szocialista gazdaságkódokban (Bankgeschäfte in der sozialistischen Wirtschaft)*. Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, 1963. 88. p. et seq. und ders. *Banking Business in socialist economy*. Budapest, Akadémiai Kiadó, 1968. 291. p., sowie VILÁGHY, M.—EÖRSI, GY.: *Magyar polgári*

jog (Ungarisches Zivilrecht). Bd. II. Budapest, Tankönyvkiadó, 1962. 169. p.

⁴ Vgl. *Állam- és Jogtudomány*, 3/1964. 464. p. — *Birtok és Kúkereskedelem*, 1969. nov. 41. p.

⁵ Vgl. *Állam- és Jogtudomány*, 3/1964. 462. p.

Momente hin. Die wesentliche Neuerung im Finanzierungssystem der Investitionen besteht darin, dass die neuen Objekte nicht — wie bisher — einfach im Rahmen des einheitlichen Fonds des staatlichen Eigentums zustandegebracht werden (um dann sofort in die Verwaltung des entsprechenden Unternehmens übergeben zu werden), sondern unter Mitwirkung des Unternehmens selbst, durch die Verwendung seines Entwicklungsfonds, aus dem das Unternehmen auch die Investitionsanleihe zurückzuerstatten hat. Ich muss noch aus diesem Kapitel die differenzierte Darstellung der verschiedenen Arten der Investitionen hervorheben.

Die — in einem kapitalistischen System unerlässliche — staatliche Aufsicht der privaten Versicherungsanstalten wird unter sozialistischen Verhältnissen dadurch ersetzt, dass die Staatliche Versicherungsanstalt, als Träger des staatlichen Versicherungsmonopols, ihre Aufgaben als staatliches Organ verrichtet.

Aus der Komplexität des Versicherungswesens ergibt sich zwangsweise die Frage, was aus diesem Kreis zum Gebiet des Finanzrechts gehört. Diese Frage beantwortet der Verfasser im Kapitel VIII folgerichtig, indem er dasselbe Gebiet hervorzuheben sucht, das auch aus dem Kreis der Rechtsverhältnisse der staatlichen Unternehmen behandelt wurde. Der Verfasser befasst sich auch mit der Schadloshaltung der staatlichen Unternehmen ausserhalb der Versicherung. Die Versicherung des Betriebsvermögens wurde jedoch im System der materiellen Interessiertheit der Werk tätigen des Unternehmens in erhöhtem Masse notwendig. Es wäre ungerecht, wenn den Betriebskollektiven das Ergebnis ihrer fleissigen Arbeit verloren gehen könnte, demgegenüber ist es gerecht, dass das Risiko durch Zahlung von Versicherungsprämien mit anderen Kollektiven gemeinsam getragen wird. Die den Naturkatastrophen am meisten ausgesetzten Staatsgüter werden besonders für die Versicherung angereizt, da ihre Schäden ab 1. 1. 1968 nicht mehr

aus dem Staatsbudget gedeckt werden (S. 368.). Dies führte zum Ausbau eines einheitlichen Systems der landwirtschaftlichen Versicherung.

Aus dem Material des Kapitels verdienen noch die Kreditversicherung und ihre Rolle im Aussenhandel hervorgehoben zu werden.

VI. Mit der Erhöhung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der staatlichen Unternehmen steigert sich die Bedeutung ihrer Kontrolle. Die einschlägigen Regeln der wirtschaftlichen und finanziellen Kontrolle werden im Kapitel VIII behandelt.

Im neuen Wirtschaftsmechanismus wird das Problem der Unternehmen mit Defizit praktisch, deren Fragen im Kapitel IX, Punkt 3 (S. 391.) behandelt werden.

VII. Im Schlusskapitel werden die internationalen Beziehungen im Finanzrecht, das internationale Steuerrecht, Zollrecht, Devisenrecht erörtert, sowie, als eines der interessantesten Kapitel des Werkes, die internationalen Finanzinstitute.

Nicht erstes Mal erleutert der Verfasser die wesentlichen Probleme des Devisenrechts und unter denen die Frage der extraterritorialen Geltung der Devisennormen. Dass die Beschränkungen im Devisenrecht nicht nur als Folgen der Entwertung des Papiergeldes auftreten können, möchte ich — die Beispiele des Verfassers ergänzend — mit einigen Angaben unterstützen, so weise ich auf die Lage in der Schweiz nach dem II. Weltkrieg hin, wo der durch den Uhrenexport entstandener Goldüberfluss Inflationserscheinungen hervortreten liess,⁶ sowie auf die Ereignisse im September 1969 in der Bundesrepublik Deutschland.

Es wäre sehr schwer über die Dar-

⁶ Vgl. XXXIV. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die gemäss Bundesbeschluss vom Oktober 1933 erlassenen wirtschaftlichen Massnahmen gegenüber dem Ausland (vom 25. Februar 1947). Die Anlagen des Berichtes enthalten sehr lehrreiche Waren- und Zahlungsverkehrsordnungen hinsichtlich Österreich, Jugoslawien, Bulgarien, und der Tschechoslowakei, denen in der Normalisierung des internationalen Verkehrs in der Nachkriegszeit eine bedeutende Rolle zukam. Über die schweizerischen Massnahmen zur Neutralisierung des Goldüberschusses vgl. NIZSALOVSZKY, E.: *Aranygodok Széjében (Goldsorgen in der Schweiz)*. Hitteljog, 1947. 6. p.

stellung des Devisenrechts und die internationalen Finanzorganisationen hier in kurzer Zusammenfassung zu referieren, ich betone nur die Bedeutung der Handlungsweise den Devisenausländern gegenüber im Zusammenhang mit dem Erwerb von ausländischer Erbschaften, wo diese Behandlung bei der Feststellung der Reziprozität — besonders bezüglich der in den USA eröffneten Erbfälle — eine Rolle spielt.⁷

Diese Rezension konnte wegen ihres beschränkten Umfanges nicht alle Einzelheiten der von Meznerics geleisteten Systematisierung dieses umfangreichen und sich immer mehr ausdehnenden Rechtsgebietes besprechen, ich hoffe aber, dass

ich die Aufmerksamkeit der Leser auf die Verdienste lenken konnte, die sich nicht nur auf das Finanzrecht beschränken, sondern — wie schon erwähnt — auch für das Zivilrecht und LPG-Recht gelten. Zum Schluss kann ich nur wiederholen, was auch im Vorwort betont wird: es ergeben sich erhebliche Vorteile für das ganze sozialistische Wirtschaftsleben daraus, wenn die verschiedensten Wirtschaftsexperten sich die von Meznerics lehrreich und interessant vermittelten Kenntnisse aneignen. Unsere — auch sonst nicht eben arme — finanzrechtliche Literatur wurde durch das Buch von Meznerics mit einem wertvollen und bedeutenden Werk bereichert.

E. NIZSALOVSKY

⁷ NIZSALOVSKY, E.: *Az öröklési viszonyosság és a devizajog (Die Gegenseitigkeit im Erbrecht und das Devisenrecht)*. Állam- és Jogtudomány, 1/1966., besonders 34. p.

FULLER, LON L., THE MORALITY OF LAW, New Haven—London, Yale University Press, 202 p.

In this work, some of the chapters of which were originally read in *Storrs Lectures on Jurisprudence*, the well-known American jurist analyses a number of basic problems of law in an approach of a peculiarly moralizing nature concentrating on the instrumental side of law and at the same time reminiscent of natural law, with the underlying elements of sociology.

In the eyes of the author law is “the enterprise of subjecting human conduct to the governance of rules” (p. 96.). On the ground of the segregation of the objectives set and the means of their achievement a line may be drawn between the external and internal morality of the law. “. . . the law’s internal morality . . . is, over a wide range of issues, indifferent towards the substantive aims of law and is ready to serve a variety of such aims with equal efficacy” (p.153.), so that the relation between external and internal morality will manifest itself as a unilateral relation, whatever targets the maker of the law have set for himself as, “some minimum to (internal) legal morality is essential for the practical efficacy of law” (p. 156.). Hence the exigencies of this internal morality will appear as instrumental pre-conditions of a regulation by law. Consequently the author considers them procedural postulates of natural law (p. 97.).

The author presents the requirements of internal morality in the light of negative examples, within the framework of an allegoric story. Summing up he believes that in the series of causes of the failure of a legal regulation “The first and most obvious lies in the failure to achieve rules on an *ad hoc* basis. The other routes are: (2) a failure to publicize, or at least to make available to the affected party, the rules he is expected to observe; (3) the abuse of retroactive legislation, which not only cannot itself guide action, but undercuts the integrity of rules prospective in effect, since it puts them under the threat of retrospective change; (4) a failure to make rules understandable; (5) the enactment of contradictory rules, or (6) rules that require conduct beyond the powers of the affected party; (7) introducing such frequent changes in the rules that the subject cannot orient his action by them; and, finally, (8) a failure of congruence between the rules as announced and their actual administration” (p. 39.).

The author makes it clear in a convincing manner that the violation of these instrumental postulates beyond a certain limit will operate towards an accumulation of errors, and in the last resort result in an enforcement of law of a wholly *ad hoc* character, i.e. beyond a certain error threshold into a retroactive legislation intent to give a guise of legality to the existing conditions. Moreover, in a system where as the same author has already pointed out in an earlier work of his (*Positivism and Fidelity to Law*, Harvard L. R., 1958, No. 4, 660 p.) the judges distort the law in its foundations, where the estimation of the activities of the citizens, and even their lives depend on confidential statutory

provisions, where unlawful acts, even such of the gravest kind, are remedied by retroactive laws (e.g. following upon the Röhm-purge Hitler retroactively legalized the murders, when he declared that at their time he embodied the supreme tribunal of the German people), "law has ceased to be law."

In our opinion these conditions of the optimum operation of the law are from the point of view of class character not fixed. As a matter of fact it is the marshalling of the operation of the law towards a definite end which lends the class character, and at the same time transmits the concrete class character of the rockbottom instrumental requirements of an effective regulation. The universality of the law, its publicity, far-seeing nature, intellegibility, freedom of contradictions, rational character, relative stability, and its realization in the practical law application are on a certain level of universality preconditions of the efficacy of all legal regulation. In fact on the formal side these are the conditions which make possible the true performance of the class functions of any law. However, these postulates, methods and means cannot be accepted as being of an *a priori* character, or such coming within the scope of natural law for the same reason as the technological rules of any other practical human activity, e.g. those of home building. As a matter of fact the case is one of empirical pragmatic postulates shaped in the course of history, and therefore self-evident, which manifest themselves as the simplified setting of definite sociological relations and regularities, applied to the instrumental side of the guidance of society with the tools of law.

In connexion with this work the critical question may be asked, whether the catalogue of the postulates of "internal morality" may be considered complete. On the other hand a settlement of the problem presupposes an answer to the question as to what may be considered instrumental of the spectrum of targets set by the law-maker. As a matter of fact from the point of view of fundamental objectives the legal system itself, the shaping of the legislative and law-applying agencies, the legal institutions, etc. and the scope offered to these for operation, and so also the definition of ends subordinate to the fundamental ends, may qualify as being of an instrumental nature. Hence as regards the ends and means essentially we have a case of a dialectic notion of relations where the fundamental means for the realization of fundamental ends will in the course of enforcement be proceeding on a number of levels and, necessarily turn into ends, and for that matter into secondary ends.

The merit of Fuller's work is in the first place the putting of the problem. In the world of law the need for a distinction between ends and means, and the selection of the best possible means in fact covers a timely sphere of problems. Still unfortunately Fuller's approach and the theoretical framework show traits to be discussed at a number of points.

Cs. VARGA

LARENZ, KARL: *METHODENLEHRE DER RECHTSWISSENSCHAFT*. Second, revised edition. Berlin—Heidelberg—New York, Springer Verlag, 1969. XIV, 507 p.

Obviously it must be a work of great moment, one challenging the needs of those interested, which by discussing the most abstract and most general problems of jurisprudence on about five hundred pages, ran into two editions in a few years. We believe that within the scope of bourgeois jurisprudence this work which for the first time was published in 1960, is in fact a remarkable achievement. The present edition is a revised version of the earlier brought up-to-date which by making use of the criticisms appeared in the meantime, offers a more complete intellectual picture than the earlier one. To enlarge on a deep-going appraisal of the work within the limitations of this review would be a task hard to tackle. In fact such an appraisal of the work would hardly be feasible without the

completion of the thorough studies to which we owe the work itself. (Here in the first place we have in mind the studies of the philosophy of law and methodology of jurisprudence.) However, what has to be emphasized is that the work is an imposing panorama of modern legal thought which lures to reading not only those studying the philosophy of law, which is self-evident, but anybody showing a sense of legal erudition. It need not be pointed out that here we have a product of bourgeois jurisprudence which is arguable for many reasons for the socialist theory of law. The work in addition to presenting the principal elements of western philosophy of law, challenges socialist jurisprudence to a discussion.

The monograph consists of two parts. The first part is overwhelmingly historical, the second is what is called systematic methodology, and the theory of legal rules.

The first, historical-critical part essentially discusses the legal theories and methodological notions which owe their existence in German jurisprudence to Savigny. The first chapter analyses Savigny's methodology, the second chapter is a comprehensive critical analysis of the "*Begriffsjurisprudenz*" of the 19th century, in the course of which the author carries on discussions with names like Puchta, Jhering, Windscheid, Wach, Binding and Kohler. The third chapter is devoted to the so-called pragmatic turn of Jhering in jurisprudence, and to philosophers of law, like Heck, Stoll, Kantorowicz, Isay, Kelsen. The fourth chapter analyses the turn of the philosophy of law of the 20th century away from positivism. Then Stamler, Radbruch, Sauer, Binder, Reinach and other authors follow, ranging from Neo-Kantianism via natural law to the phenomenological philosophy of law. The last chapter of Part One surveys the present trends in the philosophy of law.

The first chapter of Part Two (*Systematischer Teil*) offers the theoretical basis for the following discussions. It begins with the legal systems, the logical meaning of legal rules, continues with the transition of legal rules (tenets of law) into statute, and ends with the structure of statutory definitions. This is linked with a rather interesting point, viz. a noteworthy analysis of how the administration of justice transmits statutes to the general consciousness of law. The second chapter discusses the process and elements of application of a tenet of law to a fact at issue, whereas the third chapter is devoted to the construction of statutes and legal rules. From the points of view of the socialist approach the fourth chapter is of particular interest, even if it may be called neuralgic. It bears the title "Further Evolution of Law through the agency of Jurisprudence and the Administration of Justice". The subject-matter of the fifth chapter is the formulation of notions and system in jurisprudence. Anybody who follows with attention the discussions in socialist jurisprudence and its evolution in the scope of the problem of a structure of the legal system, or who is interested in the tortuous path of an optimum and rational systematization of law as a whole, will *mutatis mutandis* discover a number of ideas worth reading and studying in the last chapter of Larenz's work.

F. MÁDL

LE PROBLÈME DES LACUNES EN DROIT. Études publiées par CH. PERELMAN.
Bruxelles, Établissements Émile Bruylant, 1968. 554 p. (Travaux du Centre National de Recherches de Logique.)

The Belgian jurists, who almost ten years before assembled in the legal section of the National Centre of Logical Research, and who are mainly concerned with the various aspects of legal reasoning have for many years devoted their attention to the problems of the gaps in law and of the application of law filling these gaps. The results of their

studies have, after the publication of a few partial studies in the two volumes of the *Études de logique juridique* (1966—1967) (see *Acta Juridica*, 10, 1968, pp. 227—228 and 11, 1969, pp. 232—233), been published in the present representative volume of studies of half a thousand pages. In this volume fifteen members of the “Belgian circle”, and nine representatives of the jurisprudence of seven nations, discuss the subject-matter, so to say in the form of summaries of research work, from its general theoretical aspects and also from the aspects of practical solutions reached in the various countries or in particular branches of law. As regards the gaps of law, and the method of filling them the volume offers a many-sided analysis of modern continental bourgeois theory and practice of a high standard. Still owing to the heterogeneity of the approaches, conceptions and practical remedies reflected by the particular studies, moreover their encumbrance with unsolved contradictions, within the limits of this review only a few statements and lessons of the volume of studies can be outlined.

In a number of studies the volume gives an account of how in the historical order the sources of law disposed, and are still disposing, of cases where a gap will be found in the law. From the most archaic method of closing the gap, from the earlier widespread ordeal or trial by combat of unwritten legal custom to the practice of French absolutism, when in the case of doubt the judge had to apply the doctrine of *par devers le roi*, a number of solutions preceded modern practice. Modern legislation is essentially seeking a solution in two directions. In the majority of cases the judge hearing the case and in possession of ample elbow-room is in charge of the elimination of the gap, by an approach of the problem of the gap of law from the negative side, by sanctioning the *denegatio iustitiae*. Or, alternatively by bringing under regulation the method of closing the gap and the procedure to be followed by the judge, in a positive form. However, often the law-maker disposes in a sense that the gaps of the one system of law should be filled by the application of the provisions of another legal system. In this case the legislative practice in its essence refers the entire problem of the filling of the gap to the passes legal system performing the functions of a meta-system.

The majority of the authors contributing to the volume justifiably reject the theory of a freedom of the law from gaps. However, at the same time opinions have been advanced as if the enforcement of the principle of *nullum crimen sine lege* or the prohibition of a *denegatio iustitiae* were rendering law “watertight”. Still as indicated by other papers in the volume criminal law may form a quasi-closed system only, and the argumentation relying on the institution of the *denegatio iustitiae* offers a sham-solution only, since it is based on a spurious identification of the law and the result of the enforcement of law and on an arbitrary juxtaposition of the law so conceived and the statute. A similar result has been produced by the conception according to which in the world of norms there are no unsettled cases, as a settlement might also consist in ascertaining that the case in question is one outside the sphere of the system of norms. However, this conception can propagate the doctrine of the essentially closed character of law notwithstanding the want of completeness only at the price of treating it in an aprioristic and indefensible way as a system of axioms. Although the majority of authors expressly recognize the potential existence of gaps in the law, there can be no talk of a uniform interpretation or even approach coming close to a positive grasp of the criteria of these gaps. In exceptional cases some of the authors want to discover the existence of gaps only in the light of the “ideology” of the judge. Others approach the notion of a gap in the law from the aspect of the system of postulates of statutory law and the considerations of the enforcement of law. Still others want to discover by way of exception a gap of law in the case of norms showing an antinomy. Yet others speak of gaps of law even when this is justified by an idea of law conceived in an abstract form, in a manner independent of statutory provisions.

It appears as if the continental bourgeois concept of the problem of gaps of law were living in the magic circle of the general obligation of decision-making developed by the French sanctioning of the doctrine of a *denegatio iustitiae*. This may perhaps justify the widening of the gaps to be filled by the judge, and his recourse to any suitable means when it comes to close the gaps. On this understanding an enforcement of law by means of analogy will appear only as a specific and contingent method of closing the gap, which in a given case may even be replaced by a "sovereign appraisal" "possibly" moving within the sphere of the "spirit of the legal order", although as has been demonstrated by others this presupposes the existence of an uncertain meta-system of arbitrary content. Finally the cases where the gaps are closed obviously *contra legem* are by no means void of interest. Still occasionally this procedure will appear as the only rational one, moreover as the directly setting out from the spirit of the legal system.

In our opinion the greatest merit of the volume of studies and the underlying undertaking lies in the fact that it brings to the surface divergent approaches and concepts repeatedly, in a concentrated form, and that in a tangible way, illustrated by a plethora of examples, it presents a review of the continental bourgeois practice of gap-filling. The volume is closed by an *essai de synthèse* by Professor *Perelman*. However, in all appearance the conditions of a real scientific synthesis have not yet reached an adequate degree. The differences in the positions taken by the authors and the methods of approach to a great extent are indications of the conflict of the claim of society to an equally desirable complete enforcement of the postulates of legality in a formal sense and the as full as possible realization of the functions of law. The settlement of this conflict presupposes an analysis of the values having a role in the existence of law, the establishment of the hierarchical order of these values, i.e. in the last resort the solution of a problem pointing beyond the scope of research of the present volume of studies.

CS. VARGA

BORUCKA-ARCTOWA, MARIA, O SPOŁECZNYM DZIAŁANIU PRAWA (On the Social Functions of Law). Warszawa, Państwowe Wydawnictwo Naukowe, 1967. 282 p.

Actually we are witnessing an enormous growth of the significance of legislation. The problem of social planning has moved to the limelight of the interest of modern social sciences, and in this connexion the problems of legal policy more and more engage scientific thinking. In this monograph the authoress has undertaken to outline the general theoretical problems of legal policy and at least in an approximative form to find answers as to the positive effects of law.

In its first part the work deals with the general aspects of *legal policy*. According to the authoress legal policy is the analysis of social processes creating the causal conditionality between the legal rule and human attitude. This manifests itself in the mind of the law-maker as a consciousness of the fact that law as a factor defining the future attitude of the addressees constitutes an important means of the achievement of the targets set by society (Introduction). As regards the creative role of legislation the first modern approach was utilitarianism which appraised legal rules not in the light of their agreement with ideal patterns. However, as a practical discipline legal policy developed only later, as the result of the growth of the psychological and sociological schools. Modern legal policy is split into two trends. The maximalist trend equally implies the laying down of ends to be followed and the selection of the means of attaining these ends. On the other hand the minimalist trend boils down to legal technology (Chapter I). Dealing with the problem of prognostics ensuring foresight in legal policy the authoress distinguishes

three types of prognostics, viz. first, the technological prognosis referring to the social effects of law, i.e. to its instrumental value, secondly, long-range planning directed to determining of targets and relying on the regularity of an evolution of law, and thirdly, in the relation of a definite person, the practical foresight of the attitude of other persons or the decision of the law-enforcing agent in respect of the possible motivation of this person (Chapter III).

Part two deals with the *aspects of the practical influence of the legal rules on the addressees*. Within this sphere the authoress makes it clear that the influence exercised by the law becomes a reality in the motivating, controlling and appraising functions of the rules. However, the motivating function manifests itself in general only in obligations. As a matter of fact in matrimony, in sale and purchase, etc. legal rules merely direct attitude towards a definite pattern and do not give its motive. With their special functions the legal norms will thus create standards which are suitable for an almost stereotypical guidance of human conduct. The creation of such "premises" making a rational choice easier constitutes one of the general objectives of the institutions of society. Since, however, the person may be member of several social groups and appear in several roles at the time, inevitable conflicts will arise among the various standards. A settlement of these conflicts and so an integration of society cannot be achieved unless with the aid of legal rules (Chapter V). The authoress then continues with an analysis of the process of *legal control*. She draws a line between formal control by official persons and a non-formal control exercised by others. Accordingly formal control in its effects brings about a reinforcement of the motivating function of law. However, a motivating function may be elicited also by non-formal control. As a matter of fact *social groups* have a significant function in the enforcement of law. On the one part they provide information on legal rules, and by a reinforcement or the rejection of legal rules they bring under regulation conduct, and on the other by their proper system of gratification and sanctioning they also perform the function of a control of conduct (Chapter VI).

The closing part of the work analyses the importance of social groups. Finally the authoress deals with the problem of public opinion. According to the conclusions she has drawn the birth and shaping of public opinion primarily takes place in small groups. However, this does not by any means narrow down the role of the formal organizations, but merely refers to the indirect nature of the influence exercised by these organizations, and by this in a definite form to the importance of the intermediary factors (Chapter IX).

This monograph is an attempt at the interdisciplinary discussion of one of the fundamental problems of law, viz. of the social function of law. In a novel manner, by relying on the methods and theoretical results of modern social sciences the authoress tries to offer an explanation of the different methods and factors helping law to be given effect to in society, and by this opens up new vistas for the research in the field of the theory of law.

CS. VARGA

ARCHIVUM JURIDICUM CRACOVIENSE (Legal Archives of Cracow) The Polish Academy of Sciences, Department of Cracow, Committee of Jurisprudence, 1968. Vol. I. 162 p.

Polish research in jurisprudence, as Polish research in social sciences in general, may be considered being of a high standard. Every year the members of the nine faculties of law in Poland publish a large number of papers. However, for want of a knowledge of the language only a fraction of the results of the research work in progress becomes known

to scholars outside Poland in their full value. As a matter of fact so far there was no independent agency which would have transmitted these results to foreign countries. For an at least partial remedy of this shortcoming the Faculty of Law of the "Jagello" University of Cracow took the initiative, when in 1968 under the editorship of KAZIMIERZ OPAŁEK it launched the first periodical of jurisprudence in foreign languages.

The first volume of the periodical has been compiled of different papers on legal topics. In his inaugural paper, *The peculiarities of the study of law and the question of integration* (pp. 7—24) K. OPAŁEK analyses Polish tendencies of an integration of jurisprudence with other social sciences, by drawing a line between tendencies enriching jurisprudence merely by new approaches and the tendencies which by alleging the "speculative" character of the theory of state and law (*Podgórecki*), or the "unscientific" character of dogmatics of law (*Ehrlich*) are directed at a liquidation of "traditional" jurisprudence and making research completely empirical. The author takes position for an integration in the earlier sense by bearing in mind that "the special subject-matter of research in law are the norms, and accordingly the basic methodological plane of research is that of logical-linguistic analysis" (p.12.). The psychological, sociological, and axiological planes may be mentioned only after the logical-linguistic. The next study is that of FRANCISZEK STUDNICKI (*Some Applications of Communication Theory to Law*). In this paper the author sums up the results of an earlier monograph, by adding to them a new idea, viz. that the information of legal relevance of society is always larger than its actual information of law. As a matter of fact in society also systems of norms of a parallel character may have a word to say and so a number of norms may be considered redundant (p. 31.). W. WOLTER in his writing analyses criminal law responsibility and the problem of causality. The paper of M. CIESLAK gives an analysis of the institution of public pardon. In his work W. OSUCHOWSKI analyses the legal status of the *argentarius* and his function. The paper of ST. GRZYBOWSKI investigates the function of administrative acts in civil law contracts. The study of S. RITTERMAN (*Méthode de la formation des notions dans la systématique du droit positif*, pp. 103—120) contributes to the methodology of the doctrinal study of law. The author advances the statement that as for legal norms a distinction should be made between the material idea of the norms reflecting the intentions proper of the law-maker and the technical-formal idea finding an expression in the wording itself through the regulation of typical cases. Thus in the course of a dogmatic analysis material concepts may be derived from the elements outside the wording of the norm, and formal ones from the elements included in the wording. Between the two notions certain conflicts are apt to occur. So e.g. it may be argued whether or not the element of interest may find a place in the notion of subjective law. As a matter of fact the particular regulations make allowance for situations where interest is found either in a general, or appears in a concrete form. According to the author the establishment of the direct content of the wording of the rule will therefore have to be followed by an investigation of the material side, as the eventual disclosure of the teleological elements involved in law can be reached only through the formulation of these parallel notions. In the following papers M. IWANEJKO examines the problem of local or regional custom, J. SKAPSKI analyses the problems of a merger of the conflict rules and domestic law. Finally the volume is closed by a second paper of M. CIESLAK (*Der Begriff und die Bedeutung der Strafprozessprinzipien*, pp. 147—162) which by a novel classification of the principles of criminal procedure contributes to the general theoretical interpretation of the principles of law. In an abstract sense a principle of law manifests itself as a general idea not tied to a system. On the other hand the principle of law in the concrete sense is tied to a system defined as a statutory expression of an abstract principle, i.e. it has a normative force. When there is a conflict between concrete principles of law, then the principle to be consid-

ered dominant will be the one which relieves the contradictions between principles of law considered to be a supplementary character. As regards the legal principles in the concreté sense the author distinguishes basic principles of the second and even higher order applying to several branches of law or to the legal system as a whole, and basic principles of the first order applying to a given branch of law only. As regards the latter he draws a line between the organizational-structural principles of law on the one part, and those of a functional-kinetic character on the other.

This first volume of a new periodical in a praiseworthy manner throws light on the thorough studies and the many-sided researches of the members of the faculty of law of Cracow.

CS. VARGA

KRIMINALITA MLÁDEŽE (Juvenile Delinquency. Praha, Vyzkumny Ustav Kriminologicky, 1968. 212 p.

The work was published under the auspices of the Research Institute for Criminology in Prague, with an introduction by O. NOVOTNY. The authors are O. OSMANČIK and Z. ŠVANCAR.

Chapter One specifies the delinquency of the age groups from 15 to 18 as the subject-matter of this volume. However, opinions differ as to the notion of juvenile "delinquency." There are opinions which restrict the notion of juvenile delinquency to acts defined by the criminal code as criminal. Others believe that the notion also comprises other anti-social manifestations of youth. I.e. there is agreement as to where the scope covered by the notion ends, still it is argued where it begins. The authors of the work accept the opinion according to which by juvenile delinquency the commission of acts should be understood which constitute criminal acts also when committed by adults (p. 10.).

Chapter Two deals with the delimitation of the sphere of the survey. It raises the question of the pattern, showing juvenile delinquency. The author points out that criminality which may be considered contingent cannot be taken into account, as this would distort the results, so that investigations have been extended only to young persons who have committed a criminal act wilfully repeatedly, at least twice (p. 31.). The survey has been based on the records of 1962 (p. 34.).

Chapter Three discusses some of the methodological problems of the collection of information. The survey was made by persons who for their activities are in contact with youth (procurators, the workers and employees of young people's homes, children care agencies, etc.). Notes were made of the young persons i.e. the method of directly interviewing the persons concerned was waived. For a possible restriction of subjective judgements the wish was expressed that each case should be judged collectively by the persons making the survey (p. 40.). The work then is continued with the problem of the content of the survey. Most appropriate appeared to be questions of a descriptive nature, i.e. questions which did not call for a valuation on the part of the questioner. Still questions of a valuating nature may also be included among the others. The authors made it clear that the data so collected had to be analysed critically, from the point of view of the requirements of both formal and dialectic logic. Else wholly absurd conclusions would be reached.

Chapter Four sums up certain results of the investigation into juvenile delinquency. The surveys bore testimony to the important role of the family and education within the family in the trends of juvenile delinquency. It was found that a large section of juvenile delinquents lived in unfavourable family conditions, i.e. in circumstances where education within the family failed to guarantee the conditions for a prevention of criminality.

Whenever the broken home had a negative effect on the child, the school might remedy this negative influence. Still in some cases the reversed effect of the school could not be dismissed as excluded (p. 87.). In particular the relations of not completed schooling poor progress in the studies, want of discipline on the one part and delinquency on the other were obvious. For the purpose of juvenile delinquency also the frequent change of jobs may be considered characteristic (p. 109.). Loose discipline in work may have a similar negative effect. When surveying the sphere of interest of the youth the authors gave special attention to the forms of making use of leisure. Then the problem of the participation of youth in social organizations was made subject of study. Often, in addition to a negative attitude to work and learning the attitude to society as a whole was also unfavourable. Juvenile delinquents were often members of various groups (parties). In this connexion the authors dealt with the composition of these groups by age, the trends of activities, and other characteristics. Finally attention is drawn to the determining influence of the domicile on the tendencies of juvenile delinquency. The work has been completed with a number of tables and summaries in English and in Russian.

L. TRÓCSÁNYI

NIKODÝM, D., KONTROLA V ŠTÁTNEJ A HOSPODÁRSKEJ SPRÁVE ČSSR (Control in State and Economic Administration in the Czechoslovak Socialist Republic). Bratislava, Vydavateľstvo Slovenskej Akadémie Vied, 1969. 340 p.

The work consists of two parts. In *Part One* in the first place the notions have been made clear. The author points out that for the function of control a number of terms are in current use (control, superintendence, supervision, inspection, etc.) still it would not be the proper course for the purpose of the ends and results to be achieved in the statutory provisions to differentiate among the particular terms, as in each case it is the question of an activity calculated to give an appraisal of the object of observation. The author then deals with the place control occupies in state administration, and also the relations between control and leadership. He emphasizes that control is an inseparable element of leadership. After offering a definition of the functions and principles of control the author gives particular attention to the system of control. He points out that in a wider sense the system of control does comprise not only the agencies and organizations whose primary function and statutory duty is control, but also those which perform controlling activities in addition to their other functions. However, in a narrower sense the system of control includes the agencies and organizations only whose primary function is control. The author further makes it clear that the system of control is contingent on the forms of control. These forms may differ by the persons performing the controlling functions, by the relations of these persons to the controlled agencies and organizations (control from above: (a) internal control, (b) external control; control from below) and by the means of control (legal, political, economic, technical).

As regards the system of government agencies of control the author before all gives attention to the origin and growth of the central controlling organization of the state. In addition the author deals with the government agencies which perform controlling activities in addition to their other functions. In this sphere in the first place he discusses the controlling functions of the supreme organs of the state power and state administration (the National Assembly, the Government, the Slovak National Council), then he continues with an analysis of the controlling functions of the local government and local administrative agencies, and of the super-departmental and central administrative organs. He gives special attention to the activities of the procurators' offices and the

organs of economic arbitration in their controlling authority. In the sphere of a review of the means employed by the controlling agencies the author points out that to the extent the system of guidance by instructions under the National Plan is being replaced by a growing application of economic incentives also the means of control will have to change.

In *Part Two* of the work the author lays stress on considerations of the safeguard of civic rights, and in the first place gives attention to the problems implied in the relations between subjective rights and control. The chapter on plebiscite may become an advanced form of socialist democracy and when necessary even applicable in response to adequate initiative. After an analysis of the legal means destined to amend administrative decisions the author turns to the discussion of a rather interesting problem, namely the problem of free deliberation in the authoritative sphere of the activities of administrative agencies. If, as the author states, it is inevitable to bring under legal regulation certain social relations, this regulation has to be of a clarity that the citizen should be the equivalent partner of state administration in the sphere of the authoritative activities of administration. When in administration there is need for a certain freedom of action, this may be the case in the first place in the course of organizational activity, and never to the detriment of citizens in the sphere of the authoritative activities of state administration (p. 279.). The exposition of the author on the judicial control of state administration is by no means of less interest. In this connexion the author points out that in the majority of the socialist countries the judicial supervision of the decisions of the administrative agencies is guaranteed, a fact which the author appraises in a positive sense. In his opinion supervision by the procurators' offices and the judicial control of administration may be combined in a way that the procurator lodges a protest with the court of law, instead of an administrative agency (p. 293.). The author closes his work with a discussion of the supervision over judicial decisions and the liability for damage caused by unlawful decisions of the administrative organs.

The principal merit of the work is the synthesis of the ramified problem of control within a clear-cut legal framework, the precise definition of the notions and institutions, the theoretical character of the discussions and their exact structure. It is for this reason that although after its publication momentous new legislation has been enacted in Czechoslovakia the work has nevertheless retained its timeliness and may still reckon on the interest of those for whom it has been written.

L. TRÓCSÁNYI

EMINESCU, Y., DREPTUL DE INVENTATOR ÎN REPUBLICA SOCIALISTĂ ROMÂNIA (The Law of Inventions in the Rumania Socialist Republic). București, Editura Academiei, 1969. 331 p.

The work of the known student of the law of inventions and patents, *Yolanda Eminescu* apart from being hall-marked by the name of the authoress, deserves particular interest mainly for the fact that the new rules of the Rumanian law of inventions were enacted in 1968. The Publishing House of the Rumanian Academy of Sciences published this work within a surprisingly short time, and by the speed of its action not only extended aid to those concerned with local practice, but at the same time offered valuable informative matter to foreign experts interested in the subject.

The first chapter deals with the *notion* of the law of inventions, with its position within the framework of uniform civil law, its basic principles and effective regulation. In this connexion the work presents details of the international regulation of the problem of inventions.

The next chapter analyses the problems connected with the subject-matter of the law of inventions. Opinions and solutions are reviewed of the problems of creative activities and their function in modern economic life. The authoress discusses in detail the nature of the activities of inventors, the particular elements of *inventions*, namely the criteria of their technical character, novelty, and progress. In the following sections the work deals with the conditions of *patentability*, and in this respect in particular the passages deserve attention which touch on the extension of the scope of patentability, namely the patentability of computer programmes.

The problems related to the *subjects* of rights attached to inventions constitute the subject matter of the third chapter. Here attention has to be drawn to the regulation of the question, to what extent a *juristic person* may be the subject of such rights. In principle Rumanian law grants patent rights only to physical persons, or to groups and associations of physical persons. With this set of problems those connected with *joint authorship* and also the problem of the regulation of *service inventions* actually much in prominence are linked up.

In Chapter Four the authoress analyses some of the *forms of the protection of technical products*, in the first place the form of *patent rights*, providing an extensive review on the kinds of patents patenting procedure, its conditions, the nature and duration of protection under patent rights, the question of nullity and voidance of patent rights. The same chapter deals with the institution of the *certificate of authorship* or invention, and ends with the review of the forms of the statutory protection of *innovations*.

The following part analyses the *content* of the legal relations of the inventor. Some of the theories of the legal character of the subjective rights of the inventor as developed in the course of history, the financial and non-financial elements of subjective rights, some of the variants of the regulation of subjective rights dependent on the form of protection, the primary and secondary rights and obligations attached to these rights are reviewed in detail.

The problems of the *assignment* of rights associated with technical products are discussed in Chapter VI. The passages dealing with the legal character and particular features of a special form of assignment, viz. the *licence agreements*, "know-how" legal nature of contracts made on the assignment of the "know-how" may count on particular interest.

Chapter VII deals with the guarantees of the exercise of rights associated with inventions, the method of *protection*, and some of the forms of liability of the person infringing such rights.

The closing chapter reviews the historical development and the rules of an *international protection of inventions*. It analyses the functions of international organizations operating in this sphere, the potentialities and results of the endeavours for a uniform regulation on the international plane, and the prospects of certain regional attempts at regulation.

The authoress in a comprehensive form, and in a logical structure presents the problems connected with the law of inventions. In addition to the practice of her own country she provides an insight into latest international literature and legislation on the topic. The utility of the work is greatly enhanced by a list of the relevant statutory provisions. A summary in foreign languages would have been welcomed by the foreign students of the subject-matter.

E. LONTAI

НАУЧНО-ТЕХНИЧЕСКИЙ ПРОГРЕСС И ХОЗЯЙСТВЕННАЯ РЕФОРМА (Scientific-Technical Progress and Economic Reform). Edited by A. M. ОМАРОВ, Moscow, Izdatelstvo "Nauka", 1969. 296 p.

This work published under the auspices of the Institute of Political Economy of the Academy of Sciences of the USSR is a collection of contributions of a collective of authors, in the first place of economists. Still among them are also lawyers of renown exploiting the branches of jurisprudence affecting this scope, such as e.g. M. P. RING. The timeliness of the publication is underlined by the problems of cooperation between science and production growing in its intensity since the introduction of the economic reform, and also those of the economic incentives of cooperation.

The topic is divided into three main parts. Part One examines some of the fundamental questions of the *planned guidance of scientific-technical development*, so also the changed role of science in economic life, in association with the rapid expansion of automatization and with due regard to the prominence that has been given to the improvement of the efficacy of social production. The needs for a uniform policy of technology and its pre-conditions have been made subject of a detailed analysis.

Part Two (pp. 45 to 176) deals with the *economic foundations of the administration of science*. In the chapter discussing the function of science in national economy special mention should be made of the problems emerging in association with theoretical research in fields not in direct contact with production. Questions related to appropriations for scientific development, and the characteristic indices of scientific research have been made subject of a thorough analysis. (In this connexion the work appraises and subjects to a criticism the formula of Szakasits on the relations between appropriations for scientific research and national income.) The critical remarks on the inclusion of the appropriations for scientific research in the budget system of the Soviet Union are of considerable interest. In the opinion of the authors the present method according to which allocations to scientific research have been included in the estimates of social-cultural costs is not justified in view of the economic role of science. In like way the chapter in which the possible application of *value categories* and the principle of Khozrastchot (independent economic accounting) namely the principle of price formation in connection with scientific activities, and its consequences are analysed may also be of interest. The authors also touch on the problems of planning, economy and even labour law in their relation to the training of scientific staff. In this chapter the contractual method of scientific cooperation, the usefulness of the institution of economic contracts, and the introduction of autonomous accounting at institutes of scientific research are discussed. Chapter 8 "The Contract in the System of the Economic Relations between Science and Production" equally noteworthy from the point of view of both economy and law is enriched by particularly comprehensive discussions of the subject-matter. Here reference is made only by way of examples recourse to the system of a principal contractor, the role of onerous contracts, in the scope of an exchange of technical experience, the relations of liability and risk. The closing chapter of Part Two deals with the need for, and the conditions of, the development of an *experimental manufacturing base*.

Part Three is devoted to the incentives of the appropriation of the results of scientific-technical research. A special chapter deals with prices and profits, credits, various funds, like the development fund, and the financial interest of the workers. Finally in Chapter 16 the authors review endeavours for a reform in other socialist countries, and the place occupied by the problems of technical development in these endeavours.

E. LONTAI

FILIPESCU, I.—JACOTA, M., DREPT INTERNACIONAL PRIVAT (Private International Law). Bucureşti, Editure Didactica și Pedagogica, 1968. 300 p.

In the socialist countries comprehensive works on private international law, here included manuals or textbooks are not published at a frequency which would relieve the student to call attention to a publication in this sphere if in a few words only, even when this work is not a monograph. This work by two authors is actually a textbook in use at the law schools of Rumania. Therefore it deserves interest for two reasons. In the first place the work permits an insight into the approach of Rumanian jurisprudence and teaching of law to private international law and the opinions on private international law now prevailing there. Secondly, it is a comprehensive source of information on the actually effective provisions in Rumania in the many relations of private international law. Hence the work may be of interest for the Hungarian reader on both theoretical and practical considerations. What should be given special stress is the position taken by the authors according to which private international law is tantamount to conflict law. It is on this understanding that this work has been written and to this position does the introductory general analysis of the concept of private international law refer. This is worth mentioning because to all appearance in the teaching of law in the socialist countries a for the time being interminable struggle is going on on the problem of international economic relations, or more closely, on the problem how these should be taught. It is an established fact for a long time already that what ought to be offered to the students is more than mere conflict law. As a matter of fact the legal regulation of the continually expanding and differentiated international economic relations takes place increasingly by way of the provisions of substantive law and international agreements on substantive law. As is known within the framework of the teaching of private international law in Hungary, if in a limited form only, the curriculum, by the side of conflict law, covers also rules of the nature of substantive law, be these internal, or of international origin, naturally in so far these rules apply to actual legal relation on the assumption of the presence of an international element in these rules.

The textbook in the General Part, on over fifty pages, in addition to a historical review and the definition of the notion of private international law, discusses the following institutions: classification, public policy, fraudulent evasion of law, territorial and temporal conflict of laws, application of foreign law. The First Chapter of the special part deals with the legal position of aliens, the so-called *Fremdenrecht*. The Second Chapter discusses the position of juristic persons in private international law, whereas the Third Chapter is devoted to the problems of private international law applying to physical persons. The Fourth Chapter discusses ownership, the fifth the legal acts, the sixth the contracts, the seventh family relations, the eighth inheritance. Chapter Nine deals with jurisdiction and Chapter Ten analyses the problems of arbitration in foreign trade.

F. MÁDL

TROLLER, ALOIS, IMMATERIALGÜTERRECHT. Band I. Second revised and enlarged edition. Basel & Stuttgart, Verlag Helbing—Lichtenhahn, 1968. XV, 682 p.

Troller is an authority of the law of intellectual property of world fame. His reputation in this field is borne out by the recently published manual of over 600 pages. The work is intended to be a book of reference embracing the whole field of intellectual property.

The First Chapter discusses the sources of law and indicates that as a matter of course the manual relies mainly on Swiss law. In addition to Swiss domestic legislation

and statutory provisions the survey of sources of law extends also to the multilateral and bilateral international agreements to which Switzerland is also a party, or which in one way or other affect administration of justice in Switzerland. The Second Chapter provides a historical review of the growth of the law of intellectual property going back to Antiquity. The Third Chapter gives a dogmatic analysis of the law of intellectual products, it deals with the subjects at law, the exclusiveness of rights subsisting on intellectual products, on possession, origin, the temporal and territorial limitations, the position of the law of intellectual products in the legal system. Chapter Four offers a detailed analysis of the legal problems of inventions. This analysis is not merely a positivistic registration of the situation, but a repeated attempt at a continuous dynamic re-formulation of the various scopes of technical progress, or the level of novelty of an invention (*Erfindungshöhe*). If only by way of illustration, it is nevertheless worth while to refer to the discussion of the novelty and patent problems at the present state of technology encountered in the fields of chemical processes, pharmaceutical industry, foodstuff industry, fodders and beverages, plastics and other chemical products, and to the investigation of these in a way suitable to leading to legal conclusions meeting the needs of technical progress. The Fifth Chapter, on close to 200 pages, discusses trademark law. The bulk of this chapter and the abundance of problems discussed in it are indications of the important function of trademarks in industrial competition and in the struggle for markets under Western conditions. The Sixth Chapter is a comprehensive analysis of the protection of products in the spheres of literature and art, extending also to the world of the results of scientific literature. Moreover, the author deals also with problems of the legal position of the executors of works of applied arts, architecture, photography, and art in general, and also with the legal problems implied in secondary application, and so on. Chapter Seven embraces the problems of the legal rules and protection of patterns and models, a topic actually much in prominence. Chapter Eight discusses the problems of non-exclusive rights. Here categories are dealt with, such as manufacturing and business secrets, or simply secrets of the enterprise, which although do not enjoy a protection identical with that of other forms of industrial property, still have been given a certain degree of legal protection. In fact under highly developed conditions of industry and commerce the economic weight and significance of these categories is quite considerable. The Ninth Chapter has been devoted to the interaction of the different categories of industrial property, the transition from one category to the other (e.g. the relation of the technically assumed and aesthetically defined external form, the relation of a technically defined form and external design, and the concurrence of the relevant legal aspects. Chapters Ten and Eleven deal with the problems of the registration of the forms of industrial property, such as e.g. the formal conditions of protection. The usefulness of the work is greatly enhanced by a detailed index covering close to twenty pages.

The work will no doubt become a useful handbook in the spheres of both theory and practice, even in Hungary the more so because the deals of Hungary in intellectual property on an international plane are gradually expanding, and it has by now become a fairly well established practice to stipulate the application of Swiss law in contracts for the settlement of disputes.

F. MÁDL

EHRENZWEIG, ALBERT A., SPECIFIC PRINCIPLES OF PRIVATE TRANSNATIONAL LAW. Leyden, A. W. Sijthoff, 1968. 204 p. Extract from the "Recueil des Cours", Volume II. 1968.

For his work embracing a large number of topics Ehrenzweig enjoys a reputation the world over. The complete bibliography attached to this work under review reveals that

his interest extends to private international law, the law of torts, insurance law, philosophy of law, the psychology of law as well as to comparative law. Not even legal education and the history of law have escaped his attention. However, his name turns up mainly in the field of private international law. It appears as if he had created most and what is most lasting in this field. In his paper "Vívódás a valósággal a nemzetközi magánjogban" (Struggle with Reality in Private International Law) (Állam- és Jogtudomány, 1969, pp. 65 to 96) the present author was under the impression as if in the evolution of the theory of private international law, — under other conditions and partly in a different sense —, Ehrenzweig filled a position similar to that of Rabel's. Only his creative power may be compared with his theoretical courage and realistic clear-sightedness. In addition to seven books on private international law, of which *A Treatise on the Conflict of Laws* published in 1962 is a manual of about thousand pages in the style of a monograph, he has conducted his activities, expounded his opinions and theoretical ideas in the scope of private international law in over seventy papers to periodicals and a number of smaller papers. The work referred to in the headline is a recent product in this abundant flow of writings. Its title is somewhat surprising. What does "Private Transnational Law" in fact mean, and what are the specific principles implied in it? Can it be true what the title of one of the sections discloses viz. "Venture into the Unknown"? This may be, and may not be the case. Not because the problems, institutions, theories discussed in the book (the forum approach, classification, the theory of statute, the principle of the better law, public policy, general connecting factors, etc.) are by no means new ones, and are sufficiently known. On the other hand the manner in which Ehrenzweig reshuffles the whole world of values of private international law for the sake of something to which he wants to give an expression, and makes use of them accordingly, is entirely novel, and so is the something to which he gives an expression, which may perhaps be summed in a single sentence: How can after the primarily national positive legal character of private international law as thesis, and the approach of private international law formulating legal principles of supranational validity as antithesis, and in their place, the synthesis of transnational private law be built up. Slightly disentangled this means the following in the work of Ehrenzweig.

The *First Part*, "Tentative Thesis: National Conceptions of National Law", in the known forum approach of Ehrenzweig first makes it clear, what is not private international law, i.e. when foreign law cannot be applied because of various norms otherwise qualifying as private international law institutions (construction, classification, better law of the forum, mandatory domestic law, choice of domestic law, etc.); this is the world of "forum law by non-choice." This is followed by an exact definition of the cases of an actual "choice of foreign law", the sources of it, and its general principles. Then follows Ehrenzweig's theory of forum law proper, or rather its approach, as keystone, i.e. that in point of fact where there is no settled conflict rule, there the residuary rule of the forum is all that has been left over in the way of guidance.

The *Second Part*, "Antithesis: "International" Pre-conceptions of "Superlaws" offers a critical valuation of the earlier and present theories of private international law. There is a single passage in this chapter worth quoting: Laws cannot "conflict" or "collide" if, in reality or fiction, they are subject to a superlaw. Concern with "conflict" and "collision" did not begin until the independence and resulting competition of individual states and their law had become irrefutable. But even then, doctrine, while rejecting the reality of a superlaw, continued to preserve its illusion. To this day, this "Great Ambivalence" has remained the source of a host of preconceptions which purport to resolve the reality of conflict "by conceptual reasoning rather than factual analysis."

The *Third Part* of the work bears the title "Synthesis: Post-conceptions of Trans

national Law". Already the title is an indication of the content of this part. Instead of the case-law outlook of Common Law going into extremes, the exaggerated doctrinaire approach of the continental experts of private international law or the fairly wide-spread prejudices of a superlaw, through an analysis of the norms of private international law actually applied in the particular countries, i.e. the norms enforced in reality and flourishing, the special principles should be sought which in the judicial practice of all countries, or at least in most countries, are in fact common, and which may in this sense be considered, in a scientific formulation, the transnational theses or principles of private international law. In the sphere of liability and persons the work provides what may be called a model analysis to the notion formulated to suit the claim so raised.

It is the particular merit of the work that in addition to its high value as a source of information it is thought-provoking with almost every line, while in its principal traits it reinforces the conception of its author of private international law in a manner hardly assailable. In this work too the author tries to synthesize, with scientific honesty, the tenets of private international law of Common Law, as well as continental and socialist law. All those, who mainly in Western literature have attacked Ehrenzweig for his scientific conceptions by enumerating their scientific doubts can now experience what Ehrenzweig himself says with the words of Piet Heim's "Crooks", viz. that "problems worthy of attack prove their worth by hitting back". However, this should be added, Ehrenzweig's conception has gained in lucidity in the fire of these criticisms, confirming that in science the tenet "*audiat et altera pars*" is as about as important a property in the search for truth as in litigation.

F. MÁDL

ВАЛУТНЫЕ ОТНОШЕНИЯ ВО ВНЕШНЕЙ ТОРГОВЛЕ СССР (Currency relations in the Foreign Trade of the USSR). Edited by ALTSHULER, A. B., Moscow, Publishing House of International Relations, 1968. 350 p.

The growth of the absolute volume of international economic relations and the qualitative development of the forms of relations take on increasingly differentiated forms in the sphere of statutory regulation. The truth of this statement is confirmed by the book under review itself. It stands to reason that the Soviet Union is relatively less foreign trade-oriented than smaller countries like Hungary or Belgium are. In 1960 e.g. in the Soviet Union of each 100 roubles of the national income 6 roubles was the share of foreign trade. In the same year the same index in the smaller Comecon countries was 28, and in Hungary it is actually in excess of 30. According to UNO statistics the foreign trade turnover of Hungary was, in 1964, 285 dollars *per capita*, as compared to 74 dollars in the USSR. As regards this index the smaller socialist and capitalist countries understandably equally go before the USA and the USSR. In Belgium the index was e.g. 1287 dollars, whereas in the USA only 250 dollars. On the ground of international statistics when allowance is made for a smaller or larger error margin, the statement may be ventured that the foreign trade-oriented approach by a country is inversely proportionate to the dimensions of its national economy, its economic potential as a whole. Whatever the case may be, as for its volume the foreign trade turnover of a large country will be more decisive in world economics than the relatively larger foreign trade-oriented character of a small country. On the other hand it is by no means unlikely that a relatively small foreign trade orientation may in certain relations be vital also for a large country and therefore require a rather differentiated legal regulation, and accordingly a highly developed jurisprudence and a firm scientific basis. This explains why in the Soviet Union monographs and vol-

umes of studies are published in the whole scope of foreign trade, like e.g. the volume on the currency and credit conditions of the foreign trade of the Soviet Union and their legal structure here, under review. The volume published under the editorship and joint authorship of ALTSHULER is of a high scientific standard, and of great practical use. The introductory study of ALTSHULER offers so to say a general legal theory of the currency and credit relations and with it the theoretical infrastructure and take-off ground of the work. ALTSHULER is a student of international financial law of international reputation, and for many years chief legal adviser of the Bank of International Economic Co-operation. This circumstance by itself indicates that the volume has been prepared as a synthesizing approach of problems of theory and practice. Besides its theoretical foundations the greatest merit of the work is that it gives an exact treatment of currency, international settlement and credit relations under Soviet law. After the introductory general and theoretical chapter follows in Chapter II a survey by ALTSHULER of the system of settlements in the trade between the USSR and the socialist countries (the clearing system of interstate settlements, the system of multi-lateral settlement in convertible roubles through the Bank of International Economic Cooperation, the method of collection, and other forms of settlements). ALTSHULER is the author also of Chapter III on the system of settlements in force between the Soviet Union, the developing countries and the highly developed capitalist countries. Chapter IV is the product of the joint authorship of ALTSHULER, I. V. KVIKINA and G. A. TITOVA. This chapter discusses foreign trade credits in general. Whereas the foregoing chapters describe the normative and practical order of settlements, this chapter deals in an exact form with the various forms of credits (interstate credits, credits granted in the clearing system of settlements, credits advanced by the Bank of International Economic Cooperation, credits advanced by foreign trading enterprises, and with such granted by commercial banks). The author of Chapter V is L. B. VOLKOV. He deals with collection and letters of credit in settlements with developing countries and highly developed capitalist countries. In Chapter VI D. L. IVANOV gives a precise analysis and a good survey of the function of bills of exchange in foreign trade settlements. In Chapter VII N. A. KAZAKOVA deals along the same lines with the function of cheques in foreign trade. The author of Chapter VIII on the function of banker's collateral security in foreign trade is G. A. TITOVA. Persons versed in foreign trade are probably acquainted with this particularly exciting and neuralgic problem of foreign trade. The authoress offers a comprehensive survey of this problem from the aspects of Soviet law and practice.

The volume closes with a survey of the provisions of the law on the bills of exchange of the Soviet Union and foreign countries.

The volume deserves the attention of all who are interested in the legal problems implied in international economic relations from both the practical and theoretical aspects of the subject. The comparative treatment of the problems of foreign trade from the position of a country of the significance of the USSR throws open a source of vast material. Its practical use for all those who are active in foreign trade is more than obvious.

F. MÁDL

NOVA, RODOLFO DE, Historical and comparative introduction to conflict of laws, Leyden, A. W. Sijthoff, 1966. 188 p.

The number of historical analyses of private international law is relatively small. There is scarcely a work which would deal with any of the institutions of private international in a historical perspective. For many years hardly a work would appear with a

primarily historical background, whose objective is to provide a retrospect of private international law as a whole. Briefly on the work under review it gives a survey of the historical growth of theories of private international law, the present state of private international law and its prospects in the colourful presentation of a professor of international reputation. It is a delightful lecture for anybody wishing to become easily and better acquainted with the trend of ideas in private international law. Easily, because distinguished writers of private international law, like de Nova, have the happy knack of guiding the reader with ease through the labyrinth of the most abstruse problems of private international law. Better, because the problems of today have been born in the historical process of the development of statutory law and theory, and we cannot really grasp the essence of what is the problem of today unless we are acquainted with the factors which eventually led to the birth of the problem. For this reason we would draw attention to the book of *de Nova* which was published in Volume II of the *Recueil des Cours* of 1866 of the Hague Academy of International Law. That a work on private international law should have been written in a comparative law approach, will hardly be considered a novelty. Still in this connexion it would nevertheless be worth while to remember that the comparative approach of the author is of an honourably universal character: in fact the author quotes almost in full Hungarian literature accessible in foreign languages (Szászy, Réczei, Mádl).

The unfortunately too short First Part contains in the form of a finely worded essay the historical introduction. Among the statistists the author analyses in a thorough manner the doctrines of the French, Italian and Dutch schools. This is followed by a survey of the 19th century, in particular Wächter, Savigny, Mancini, Anzilotti and Zitelmann are mentioned. Special attention has been given to the universalism of Savigny, to the relations of private international law to public international law, and to the domestic laws. The author closes this Part with outlining the historical growth of the Anglo-Saxon doctrines of private international law.

The Second Part, in like way in the style of an essay and with an unerring treatment of the subject-matter, discusses the general problems of private international law and some of its better known theories. In point of fact here we have to do with some sort of a general part of private international law. Here the deep-going analysis of the problem of *renvoi* emerges from among the discussion of other questions. According to the author the term *renvoi* denotes recourse to practically all foreign laws, irrespective of whether this recourse is rooted in a domestic instruction given to the judge, or whether it is *renvoi* in the narrower sense, although the stress is as a matter of course on the latter. After the discussion of the so-called preliminary question and a number of other points of general theory the author closes the book with a chapter deserving interest, namely a good penetrating survey and a critical analysis of what in the development of positive law in particular in literature American private international law has produced and offers to this discipline as a whole. Anybody wishing to become acquainted with a summary of the theoretical concepts of e.g. Cawers, Currie, or Ehrenzweig, written by a masterly hand, should consult this chapter of *de Nova's* work.

F. MÁDL

BRADEANU—MARICA—STÂNGU: TRATAT DE DREPT COOPERATIST AGRICOL (Manual of the Law of Agricultural Cooperatives). Vols. I & II. Bucureşti, Edit. Acad., Vol. I. 1968. 348 p.; Vol. II. 1969. p. 425.

The authors have written parts of the two volumes jointly, parts separately. The sub-title of Volume I is "The Internal Legal Relations".

Chapters I to V of *Volume I* essentially comprise the general part of the subject-matter, whereas Chapter VI to XII discuss the special part of the internal legal relations. It is characteristic of the work as a whole that it provides a complete treatment of the legal material.

In the opinion of the authors the elements of the law of agricultural cooperatives constitute part of cooperative law. As a matter of fact co-operative law is a coherent branch of law which in general brings under regulation the social relations attaching to co-operative property. However, subsequently the authors separate the special relations controlled by the law of agricultural co-operatives. They also draw a line between this law as part of co-operative law and other branches of the socialist system of law.

A separate chapter is devoted to the growth of the agricultural co-operative sector, the evolution of the law controlling it, and the sources of this law. Among others a source of this law are the so-called norms of recommendation. These the authors separate from both the imperative and optional norms. Placing the norms of recommendation in juxtaposition to the imperative norms the authors point out that in the course of activities when necessary the norms of recommendations may be ignored.

The author of Chapter III analyses the principles of the law of agricultural co-operatives. In an explanation of the internal relations the author deals with the transfer of labour, the land and other means of production and of produce to social ownership, the principle of individual interest, and the reconciliation of private, community and state interests. In addition the author discusses the principles of personal liability, voluntariness and co-operative democracy. As internal co-operative relations the author mentions those between the agricultural co-operative and its members, between the co-operative and the members of the family holding, and the relations of the members of the family among themselves in connexion with the plot of land assigned to their use. As regards the external relations the author discusses the principles of guidance and aid extended by the associations of co-operatives to particular co-operatives, with a side-glance to guidance by the state. The principal methods of state guidance are direct regulation, co-operation and recommendations, the contracts, and finally supervision over co-operative activities by the competent government agencies. The external legal relations come into being outside the co-operative organization between the co-operatives and other juristic persons, occasionally physical persons.

Chapter V discusses in detail the guiding organizations, e.g. the associations of co-operatives and the National Association of Agricultural Cooperatives as the summit organization. The same Chapter deals also with the problems emerging in connexion with the qualification of the cooperative as a juristic person.

The conditions of membership and its termination are analysed in detail in Chapter VI. The author of the following Chapter deals with the statutory rights and obligations of the members. Chapter VIII is a complete treatment of the legal material relating to the executive agencies of the co-operative. The most important organ is the general assembly, in regard of which the authority of the management and president is limited. The Chapter dealing with planning is of importance in so far as it gives an explanation of the meaning of the principles of democratic centralism and defines the points where co-operative planning departs from that of state enterprises.

In Chapters XI & XII the author discusses the points of principle of the organization of work, remuneration and labour discipline. In cases properly substantiated the cooperative may also employ extraneous specialists. There are several forms of the remuneration of work, viz. the basic salary, the salary by the category of work, the working norm and the working day value. Special attention has been given to the problem of the so-called supplementary salary. As regards the remuneration of work by a definite share of the

produce according to the established rule the general assembly may vote a remuneration of this type only in respect of certain branches of cultivation. In the opinion of the author as far as the applicable sanctions are concerned those laid down in the Statutes of the co-operative are compulsory and at the same time of a limiting nature. Hence the management when bringing under regulation the internal order or the organization of work cannot depart from the provisions of the Statutes. The author lists the sanctions and discusses the regulations applying to disciplinary procedure and the organs of the administration of justice. Dealing with the financial liability of the co-operative members the author opposes the opinion as if this liability were a category governed by the rules of delictual (tort) liability. In his opinion the liability of the co-operative member for damage caused by the non-performance of work, or the faulty or belated performance of it, cannot be other than liability under the contract. At the same time this is not a liability for the failure to bring about the expected result, but merely one for the want of the display of the required attention and industry.

Volume II of the work consists of two separate parts, viz. Part One, The Agricultural Co-operative Ownership, and Part Two, The External Legal Relations.

The authors outline the historical origins of this category of ownership and its evolution. They compare it to state ownership by demonstrating the similarities and the differences. A discussion follows of the legal status of assets offered by the members to the co-operative, and of the problems implied in the direct operational administrative law of certain formations operating under the management of community organizations, in particular of ancillary plants of agricultural co-operatives. Cases are described when the right of use of land assigned to homestead cultivation has for interests of the community to be withdrawn by marking out another plot. A case altogether different from this is when the use has to be withdrawn by way of sanctions, without assigning another plot.

In Chapter III problems of law of significance are discussed, like e.g. the different types of rights on real property. In this connexion the statement is advanced that in respect of certain assets in state ownership the co-operatives may exercise the right of use, and in respect of assets in personal ownership certain rights on real property (e.g. usufruct, servitudes, etc.) may be exercised. The discussion of the problem how to acquire co-operative ownership follows next. A distinction is made between the statutory method of acquiring ownership and other, special methods. The authors then specify the assets of which co-operative property may be composed. They give a classification of these assets, together with the criteria of this classification. An analysis follows of the dispositive rights of the co-operatives as regards the land. This passage embraces the analysis of the dispositive rights applying to land in state ownership exploited by the co-operative, the conditions and the limitations of the exercise of this right. The author of Chapter VII gives a detailed analysis of the problems of the fixed and current assets, the means of community consumption, the produce and money funds, and closes the Chapter with the legal protection of co-operative ownership and other new type of rights on real property.

In Part Two "External Legal Relations" of Volume Two the authors provide a thorough and systematic analysis of the various types of contracts which co-operative may enter into. While no details can be given here for want of space by way of example the question of the legal relations between the co-operative and the enterprise of agricultural technical development will be mentioned. The problem implies also the question of legal transactions whose validity is made dependent on a resolution of, or approval by, the general assembly. The authors deal with the following types of contracts and their characteristics: contract for technical and material supply, contract for soil amelioration, and contract for bank credits.

The last Chapter of the volume comprises the subject-matter of contracts by which the co-operatives sell their produce. Of particular interest are the contracts made within the scope of bulk purchase by the state.

M. LÁZÁR

Каменов Н. Г. (Kamenov, N. G.) ПРАВО РЕГУЛИРАНЕ НА ТРУДОВОТО ВОЗНАГ-
РАЖДЕНИЕ (Legal Regulation of the Remuneration of Work. Sofia, Profizdat, 1969.
144 pp.

The author before all analyses the notional problems of the remuneration of work in the light of Bulgarian labour law. Here he relies in the first place on the analysis of L. Radoilski. He continues with listing of the various types of remuneration (nominal and real, remuneration in terms of money and in kind). As for the statutory regulation of remuneration the author deals with the functions devolving on the state, enterprise, or other organizations on the one part, and with those incumbent upon the trade unions on the other. He emphasizes that the end of this activity of the organs concerned is to introduce rules guaranteeing the creation of a best possible harmony between the work done and the payment for it.

The historical evolution of the statutory regulation of the remuneration of work has been summed up in the Chapter on the improvement and perfection of the organizations in charge of this function. The author deals specially with the evolution of the statutory regulation of the calculation of norms, and devotes particular attention to some of the problems of the forms and systems of the remuneration of work. Within the scope of the timework wages system he outlines the timework wages systems proper and those combined with bonuses, and within the scope of the task wage system he gives details of the efficiency wage system proper, and of its combination with bonuses, of the pure piece rate system and the same combined with bonuses, of the categories of the progressive and indirect efficiency wage systems.

A separate Chapter has been devoted to the supplementary emoluments. In this scope the author discusses supplementary pays in the form of rewards for long continuous employment, extra pay for special conditions of work, dangerous jobs, or such detrimental to health, etc.), for work requiring special professional training, supplements paid to holders of certain titles, or degrees, etc. The author continues with the supplements paid for extraordinary and night work, those paid for the performance of two or more kinds of work in combination; the differences in rates payable to workers transferred to higher categories of work, the remuneration for standing in and the problems of the rating of faulty products. The payments made to workers on detached duties, or on delegation are summed up as a special category.

The author draws attention also to the circumstance that in the event of a non-performance or the infringement of obligations defined by the provisions of the Bulgarian Labour Code the worker may have a claim for damages. In like way workers may claim damages in the event certain facts specified by statutory provisions have occurred.

In conclusion the author discusses the problem of the guaranteed minimum wages, certain cases of the liability of the workers in respect of distraint of wages, and with the supervisory powers of the trade unions in this sphere.

In addition to giving a comprehensive picture of the remuneration of work and the payment of other allowances to workers the work may have a claim to interest the reader also because integrated into the system of Bulgarian labour law indirectly it conveys an idea of institutions which have developed not at all or differently in other countries. The book when perused with care may certainly serve as a useful guidance in a number of respects.

L. TRÓCSÁNYI

Bibliographia

HUNGARIAN LEGAL BIBLIOGRAPHY 1970 1st PART

This bibliography is the continuation of the former one published in our issue No. 1—2 of 1970 (Tomus 12. pp. 289—304.). It contains legal works of Hungarian authors issued as monographs in Hungary between the 1st of January and the 30th of June 1970, material of periodicals (articles and book reviews) and studies published in collective works.¹

The bibliography gives the English and Russian translations of the original titles, too. If the work listed has a summary in foreign languages, it is also indicated.

The bibliography is edited by Lajos Nagy and Katalin B. Veredy.

ВЕНГЕРСКАЯ ЮРИДИЧЕСКАЯ БИБЛИОГРАФИЯ 1970, 1-ая ЧАСТЬ

Настоящая библиография присоединяется к библиографии, опубликованной в нашем журнале в 1—2 номерах 1970 г. (Том 12 стр. 289-304.) и содержит в себе самостоятельные юридические издания, материалы, венгерских авторов, опубликованные в сборниках за время с 1 января до 30 июня 1970.¹

В библиографии наряду с заглавием мы даем английский и русский перевод заглавий. Если имеется резюме на иностранном языке, это отмечается особо.

Библиографию составили Л. Надь—К. Б. Вереди.

The periodicals and their abbreviations:

ÁI.	= Állam- és Igazgatás [State and Administration] 19. year 1970. No. 1—5.
ÁJ.	= Állam- és Jogtudomány [Legal and Administrative Science] Vol. 12. 1969. [1970.] No. 4.; Vol. 13. 1970. No. 1.
AJurid.	= Acta Juridica Academiae Scientiarum Hungaricae. Tomus 12. No. 1—2.
JK.	= Jogtudományi Közlöny [Law Journal] 24. year 1969. [1970.] No. 12.; 25. year 1970. No. 1—5.

Разработанные журналы и их сокращения

ÁI.	= Állam- és Igazgatás [Государство и управление] 19. Том №№ 1—5. 1970.
ÁJ.	= Állam- és Jogtudomány [Наука государства и права] 12. Том № 4. 1969. [1970]; 13. Том № 1. 1970.
A Jurid.	= Acta Juridica Academiae Scientiarum Hungaricae. Tomus 12. No. 1—2.
JK.	= Jogtudományi Közlöny [Вестник юридических наук] 24-ый год изд. № 12. 1969. [1970]; 25. год изд. №№ 1—5. 1970.

¹ The material for the period 1945—1965 is resumed in the following publication: Bibliography of the Hungarian legal literature. 1945—1965. Budapest, Akadémiai Kiadó, 1966. 315 p.

¹ Материал от 1945 до 1965 гг., опубликован: Bibliography of the Hungarian legal literature. 1945—1965. [Библиография венгерской юридической литературы. 1945—1965.] Budapest, Akadémiai Kiadó, 1966. 315 p.

MTud.	= Magyar Tudomány [Hungarian Law Review] 1970. No. 1—6.	MTud.	= Magyar Tudomány [Венгерская наука] №№ 1—6. 1970.
TSz.	= Társadalmi Szemle 25. year 1970. No. 1—5.	TSz.	= Társadalmi Szemle [Общественный обзор] 25. год изд. №№ 1—6. 1970.

*The collective works and their abbreviations*² *Разработанные сборники и их сокращения*²

Annales Bp. Tomus 10. = Annales Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Rolando Eötvös nominatae. Sectio iuridica. Tomus 10. 1969. Red. Commissio scientiae. Bp. Állami ny., 1969. [1970.] 396 p.

Entwicklung des Zivilrechts = Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa 1848—1944. Hrg. *Csizmadia* Andor—*Kovács Kálmán*. [The development of civil law in Central Europe from 1848—1944. Ed. by *Csizmadia, A.—Kovács, K.* Развитие гражданского права в Средней Европе в 1848—1944. Ред. *Чизмадиа А.—Ковач К.*] Bp. Akadémiai Kiadó, 1970. 460 p.

Other abbreviations — Другие сокращения

Bp.	= Budapest [Будапешт]
compil.	= Compiled by [составил]
Dt. Zusammenfassung	= Deutsche Zusammenfassung [German summary] [Немецкое содержание]
ed.	= edition, edited by [издание, под редакцией]
Eng. summary	= English summary [английское содержание]
изд.	= издание, издательство [edition]
köt.	= kötet [volume] [том]
ktár.	= könyvtár [library] [библиотека]
ny.	= nyomda [printing house] [типография]
összeáll.	= összeállította [compiled by] [составил]
перераб.	= переработанный [revised]
publ.	= publication, published by [публикует]
публ.	= публикует, [publication, published by]
Rés. franç.	= Résumé français [French summary] [Французское содержание]
rev.	= revised [переработанный]
Русск. содерж.	= Русское содержание [Russian summary]
szerk.	= szerkesztette [edited by] [издание, под редакцией]
const.	= составил [compiled by]

Books of Reference — Справочные издания

*Collected legislative acts — Сборники
законодательства*

Hatályos jogszabályok gyűjteménye. 1945—1958. [Közzéteszi a] Magyar Forradalmi Munkás-Paraszt Kormány Titkár-

sága — az Igazságügyminisztérium — a Legfőbb Ügyészség. [Szerk.] *Gál Tivadar — Katona Zoltán — Szilbereky Jenő*. Lezárva: 1968. dec. 31. [Collection of legal statutes in force. 1945—1958. Compiled by a working group composed of officials of the Secretariat of the Government, the Ministry of Justice, and the Procurator

² Here we deal only with those collective works which belong to several legal branches. The works pertaining to one single legal branch only are included in their proper branches. The collective works have been analysed, too, and have been placed in the proper legal branch.

² Тутда зачисляются только сборники конспективного характера относящиеся к различным отраслям права. Материалы одной отрасли права находятся там. Сборники мы разработаем тоже аналитически и отдельные статьи находятся в соответствующей отрасли права.

Generals' Office. Edited by Gál Tivadar—Katonai Zoltán—Szilbereky Jenő. Closed: December 31, 1968. Свод действующих законодательных актов. Публикует: Секретариат Венгерского Революционного Рабоче-крестьянского Правительства — Министерство Юстиции — Генеральная Прокуратура. Ред. Тивадар Гал—Золтан Катона—Енő Силберекки. До 31 декабря 1968.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1970.

3. köt. Miniszteri rendeletek. [Ministerial decrees. Приказы министров.] 816 p.

4. köt. Miniszteri rendeletek. [Ministerial decrees. Приказы министров.] 821—2023 p.

Törvények és rendeletek hivatalos gyűjteménye. 1969. [Official collection of acts and decrees. 1969. Официальный сборник законов и постановлений 1969.] [Közvetésszi az] Igazságügyminisztérium közreműködésével a Magyar Forradalmi Munkás-Paraszt Kormány Titkársága. Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1970. XXIII, 706 p.

Practice of courts and arbitration — Судебная и арбитражная практика

A gazdasági döntőbizottságok joggyakorlata. Elvi határozatok, állásfoglalások, jogesetek. 1948—1969. Lezárva: 1969. jún. 30. Összeáll: Görgey Mihály—Havasi Győző [Practice of the economic arbitration boards: decisions of principle, stands, cases. 1948—1969. Closed: June 30, 1969. Compiled by Görgey M.—Havasi Gy. Правовая практика хозяйственных арбитражей. Принципиальные решения, Руководящие разъяснения, казусы. 1948—1969. До 30 июня 1969. Сост. Гергеи М.—Хавашу Д.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1970. 733 p.

Polgári elvi határozatok. A Magyar Népköztársaság Legfelsőbb Bíróságának a polgári jogalkalmazással kapcsolatos irányelvei, elvi döntései és kollégiumi állásfoglalásai. [Decisions of principle in civil law. Directives, decisions of principle, and stands adopted by the bodies of the Supreme Court of the Hungarian People's Republic in the field of civil law. Принципиальные решения по гражданским делам. Директивы, принципиальные решения и Руководящие разъяснения коллегий Верховного Суда Венгерской Народной Республики, связанные с применением гражданского права.] Lezárva: 1969. jún. 30. [Closed: June 30, 1969. До 30 июня 1969.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1969. [1970.] 513 p.

Scientific records — Сборники статей

Annales Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Rolando Eötvös nomina-

tae. Sectio iuridica. Tomus 10. 1969. Red. Commissio scientiae. Вр. Allami ny., 1969. [1970.] 396. p.

Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa 1848—1944. [The development of civil law in Central Europe from 1848 to 1944. Развитие гражданского права в Средней Европе в 1848—1944 гг.] Szerk. Csizmadia Andor—Kovács Kálmán Вр. Akadémiai Kiadó, 1970. 460 p.

Legal science series — Серии по юридической науке

Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Acta Juridica et politica. Tomus 16. Szeged, Szegedi ny. 1969. [1970.]

Fasc. I. BALÁZS József: A magyar bűnügyi statisztika kialakulása és fejlődése különös tekintettel annak módszertani kérdéseire. [On the establishment and development of criminal statistics in Hungary with particular respect to methodological problems. Возникновение и развитие венгерской уголовной статистики, обращая особое внимание на её методологические вопросы.] 62 p.

2. PETŐ István: Törékvések a gyanú fogalmának meghatározására a magyar büntető eljárásjogban. [Initiatives to determine the concept of suspicion in Hungarian criminal procedure. Стремления по определению понятия подозрения в венгерском уголовном процессуальном праве.] 14 p.

3. RÓLAY Elemér: Jhering birtoktana és a magyar jogi romanisztika. [Jhering's theory of possession and Hungarian jurisprudence in the field of Roman law. Учение Еринга о владении и венгерская юридическая романистика.] 53 p.

4. VERES József: A mezőgazdasági termelőszövetkezeti tagsági munkaviszony megszűnése. [The termination of labour relations based on the membership in a co-operative farm. Прекращение членского трудового отношения в сельскохозяйственном производственном кооперативе.] 34 p.

5. ANTALFFY György: Einige staats- und rechtstheoretische Probleme des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. [Some problems of the theory of state and law concerning the relations between state and society. Некоторые теоретические вопросы соотношения государства и общества.] 131 p.

7. NAGY László: Labour-statutory reg-

ulation in case of joint enterprises of socialist countries. [Трудово-правовое регулирование в случае совместных предприятий социалистических государств.] 15 p.

Series in foreign languages. [Published by the] Institute of Legal and Administrative Sciences of the Hungarian Academy of Sciences. Bp. Akadémiai Kiadó, 1970.

6. EÖRSI Gyula: Fundamental problems of socialist civil law. [Основные проблемы социалистического гражданского права.] 134 p.

7. БОКОР [Péterné]—SZEGŐ Hanna: New states and international law. [Новые государства и международное право.] 116 p.

I. Theory of State and Law — Теория государства и права

Articles — Статьи

ANTALFFY György: Einige staats- und rechtstheoretische Probleme des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. [Some problems of the theory of state and law concerning the relations between state and society. Некоторые теоретические вопросы соотношения государства и общества.] Szeged, Szegedi ny. 1969. [1970.] 131 p. /Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Acta juridica et politica. Tomus 16. Fasc. 5./

KULCSÁR Kálmán: A politika és a jog viszonya Lenin műveiben. [Relationship between politics and law as treated in Lenin's works. Соотношение политики и права в произведениях В. И. Ленина.] *ÁJ.* 1/1970. 17—24. — Rés. franç. — Русск. содерж.

KULCSÁR Kálmán: A jogalkalmazás funkcionális elemzésének problémái. [Problems of the functional analysis of the application of the law. Проблемы функционального анализа применения права.] *ÁJ.* 4/1969. [1970.] 600—618. Rés. franç. — Русск. содерж.

РЕСЧКА Vilmos: Jog és érték. [Law and value. Право и ценность.] *ÁJ.* 4/1969. [1970.] 573—598. Русск. содерж. — Rés. franç.

РЕСЧКА Vilmos: Lenin és a szocialista jog formái. [Lenin and the forms of socialist law. Ленин и формы социалистического права.] *ÁJ.* 1/1970. 25—33. — Rés. franç. — Русск. содерж.

PÉTERI Zoltán: A jog és a törvényesség megszilárdításának néhány kérdése Lenin műveiben. [Some problems relating to the strengthening of the rule of law as

treated in Lenin's works. Некоторые вопросы права и укрепления законности в произведениях В. И. Ленина.] *ÁJ.* 1/1970. 34—44. — Rés. franç. — Русск. содерж.

SZABÓ Imre: Lenin a jogról és a szocialista jogról. [Lenin on law in general and socialist law in particular. Ленин о праве и о социалистическом праве.] *ÁJ.* 1/1970. 3—16. — Rés. franç. — Русск. содерж.

SZABÓ Imre: Méltányosság a szocialista jogban. [Equity in socialist law. Справедливость в социалистическом праве.] *JK.* 4 — 5/1970. 137—151.

VARGA Csaba: Lenin és a forradalmi jogalkotás. [Lenin and revolutionary law-making. Ленин и революционное правотворчество.] *ÁJ.* 1/1970. 45—57. — Rés. franç. — Русск. содерж.

Book reviews — Рецензии

MAIHOFFER, Werner: Ideologie und Recht. [Ideology and law. Идеология и право.] Frankfurt am Main, Vittorio Klostermann, 1969. I—XVIII. és 176 p. — By *Peschka Vilmos* — Рец. Пешка Вилмош *ÁJ.* 1/1970. 146—152.

PFÄFF, Dieter: Die Entwicklung der sowjetischen Rechtslehre. [Development of Soviet jurisprudence. Развитие советского учения о праве.] Köln, Verlag Wissenschaft und Politik, 1968. 286 p. By *Peschka Vilmos* — Рец. Вилмош Пешка *ÁJ.* 4/1969. [1970.] 732—740.

II. State Law. Constitutional Law — Государственное право

Articles — Статьи

ÁDÁM Antal: A szocialista alkotmányvédelem időszerű problémái. [Topical problems of the protection of the constitution in socialism. Актуальные проблемы социалистической защиты конституции.] *ÁI.* 3/1970. 232—245.

BENEDEK Károly: A jogrendszer stabilitása. [Stability of the legal system. Стабильность правовой системы.] Korreferátum. [MJSZ. Kongresszus. Siófok, 1969.] *JK.* 2—3/1970. 83—86.

ВИХАРИ Ottó: Lenin és az alkotmány. [Lenin and the constitution. Ленин и конституция.] *AI.* 3/1970. 193—205.

ВИХАРИ Ottó: Funkciók és hatáskörök a tanácsi szervezetben. [Functions and authority in the council system. Функции и компетенции в структуре советов.] *TSZ.* 2/1970. 69—75.

ВИХАРИ Ottó: A tanácsi és a tanács alá nem rendelt szervek viszonyának sza-

bályozása a tanácstörvényben; területi koordináció. [Regulation of the relations between the organs of the councils and other bodies not submitted to the councils as governed in the Law on the Councils — Regional coordination. Регулирование законом о советах отношения между органами совета и органами неподчиненными совету; территориальная координация.] *ÁI.* 5/1970. 396—408.

TAKÁCS Imre: A közvetlen demokrácia Lenin műveiben. [Direct democracy in Lenin's works. Непосредственная демократия в произведениях Ленина.] *ÁI.* 3/1970. 206—212.

VARGA Jenő: Az Országgyűlés kereskedelmi bizottságának tevékenységéről. [On the activity of the Commerce Committee of Parliament. О деятельности торговой комиссии Государственного Собрания.] *ÁI.* 4/1970. 330—340.

Book reviews — Рецензии

BEÉR János: Szocialista államépítés. [Construction of the socialist state. Социалистическое государственное строительство.] *Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó*, 1968. 345 p. By *Ádám Antal* — Рец. *Ádám Antal* *JK.* 12/1969. [1970.] 678—682.

Загайнов, Л. И.: Экономические функции советского государства. [Economic functions of the Soviet state.] Москва, Издат. «Юридическая Литература», 1968. 263 p. — By *Ficzere Lajos* — Рец. *Фицере Лайош* *ÁJ.* 1/1970. 153—155.

III. Administrative Law — Административное право

Books — Книги

Földügyi szakigazgatás. Lezárva: 1969. máj. 1. Szerk.: *Németh Lajos* [Administration concerning land law relations. Closed: May 1, 1969. Ed. by *Németh Lajos*. Управление по земельным делам. Сост. Л. Немет.] *Bp. Mezőgazdasági Kiadó*, 1970. 367 p.

A szabálysértési jogszabályok magyarázata. Szerk. *Kövesdi Ferenc* [Comments to the legal statutes on offences. Ed. by *Kövesdi F.* Разъяснение законодательных актов, относящихся к административным правонарушениям. Сост. Ф. Кёведи.] *Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó*, 1970. 837 p.

A testnevelésre és sportra vonatkozó fontosabb jogszabályok és határozatok. Lezárva: 1969. aug. 1. [Közzéteszi a] Magyar Testnevelési és Sportszövetség. [Principal legal rules and decisions bearing upon

physical training and sports. Closed: August 1, 1969. Важнейшие законодательные акты и решения, относящиеся к физкультуре и спорту. До 1 августа 1969 г.] *Bp. Sportpropaganda Vállalat*, 1970. 519 p.

Articles — Статьи

ÁDÁM Antal: A területi koordináció továbbfejlesztésének lehetőségeiről. [Possibilities of the development of regional co-ordination. О возможностях дальнейшего развития территориальной координации.] *ÁI.* 1/1970. 42—51.

BARTUS Imre: A szabálysértési kódex végrehajtásának törvényességi tapasztalatai. [Experiences of the execution of the code on offences from the point of view of legality. Опыты по законности исполнения административно-уголовного кодекса.] *ÁI.* 3/1970. 266—275.

BERÉNYI Sándor: V. I. Lenin a bürokratizmusról és az ellene való harc eszközeiről. [V. I. Lenin on bureaucratism and the means applicable to fight it. Ленин о бюрократии и о средствах борьбы против бюрократии.] *ÁI.* 3/1970. 213—222.

CASTIGLIONE Endre: Az ügyfelek és a tanácsi szervek kapcsolata. [Relations between the organs of the councils and the citizens making recourse to them. Взаимосвязь сторон и органов совета.] *ÁI.* 2/1970. 167—172.

DALLOS Ferenc: A várospolitikai emberi tényező. [Human factors in urban policy. Человеческие факторы в политике развития городов.] *ÁI.* 5/1970. 419—434.

FENÉR Lajos: Agrár- és szövetkezeti politikánk időszerű kérdései. [Topical problems of agrarian and co-operative policy in Hungary. Актуальные вопросы нашей аграрной и кооперативной политики.] [E16-adás. *Bp.* 1969. nov. 25.] *ÁI.* 1/1970. 1—21.

FENÉR Lajos: A tanácsrendszer létrejötte és fejlődésének húsz esztendeje. [The organization of the council system and the first twenty years of its development. Возникновение и двадцать лет развития системы советов.] *ÁI.* 4/1970. 289—299.

FÖRJÁN Gyula: A tanácsi gazdálkodás fejlesztéséről. [On the development of council management. О развитии экономической деятельности местных советов.] *TSZ.* 3/1970. 80—84.

GYUGYI János: Gazdálkodás a tanácsi intézményekben. [Economic activity of the organs of the councils. Хозяйствование в учреждениях советов.] *ÁI.* 2/1970. 157—166.

HORVÁTH Albert: A tanácstörvény

végrehajtási szabályainak rendszere. [The system of execution as governed in the Law on the Councils. Система правил по проведению в жизнь закона о советах.] *AI.* 5/1970. 409—418.

KÁROLYI József: A tanácsi szakemberek képzése, továbbképzése. [Professional training of civil servants working in the councils. Подготовка и повышение квалификации специалистов советов.] *AI.* 2/1970. 100—107.

KOLOSZÁR Miklós: A területek gazdasági, infrastrukturális fejlettségi szintjének meghatározása, mérése. [Determination of the rate of economic and infrastructural development of individual regions. Установление, измерение уровня экономического инфраструктурного развития территорий.] *AI.* 5/1970. 435—442.

LAKOS Sándor: Zárszó a tanácsokról folyt eszmecserehez. [After-word to the debate about the councils. Заключительное слово к дискуссии о Советах.] *TSZ.* 5/1970. 87—95.

LUKÁCSY Róbert: A közös tanácsú községek működésének tapasztalatai. [Administrative experiences in villages having a common council. Опыт деятельности сел совместных советов.] *AI.* 4/1970. 350—361.

MOLNÁR István: A tanácsok pártirányításának néhány kérdése. [Some problems of the Party's directing activity concerning the councils. Некоторые вопросы партийного руководства советами.] *AI.* 5/1970. 385—395.

PUSZTAI Ferenc: Az 1969. évi tanácsi fejlesztési tevékenység tapasztalatai. [Experiences of the development activity in the councils in 1969. Опыт деятельности по развитию советов в 1969 г.] *AI.* 3/1970. 256—265.

REILE Géza: A tanácsok gazdasági szerepéről. [On the economic role of the councils. Об экономической роли советов.] *TSZ.* 1/1970. 73—76.

SÁNTA László: A községi vb-elnök feladatai. [Tasks of the president of the executive committee of the local councils. Задачи председателя сельского исполкома совета.] *AI.* 2/1970. 173—178.

VÖLGYI Lajos: A társadalmi erők részvétele a szociális gondoskodásban. [The participation of social unauthoritative factors in caritative work. Участие общественных факторов в работе по социальному управлению.] *AI.* 4/1970. 362—368.

Book reviews · Рецензии

ALBERS H. Henry: Principles of organization and management. 2. edition

Принципы организации и управления. New York, John Wiley and Sons, 1965. 676 p. — By Szádeczky-Kardoss László — Рец. Садецкий-Кардош Ласло — *AI.* 3/1970. 283—286.

Az európai szocialista országok tanácsi törvényhozása. [Legislation on the councils in the socialist countries of Europe. Законодательство европейских социалистических стран, относящаяся к советам.] *Вр. MTA KESZ [Soksz.]* 1969. [1970.] 288 p. /Magyar Tudományos Akadémia Állam- és Jogtudományi Intézet jogösszehasonlító osztályának kiadványa/. By Horváth Albert — Рец. Хорват Алберт *AI.* 4/1970. 369—370.

LAKOS Sándor: A tanácsok helye és szerepe a szocialista építés jelenlegi szakaszában. [The place and role of the councils in the present phase of socialist working activity. Место и роль советов в настоящий период социалистического строительства.] *Вр. Kossuth Kiadó,* 1969. 125 p. By Takács Imre — Рец. Такач Имре — *AI.* 1/1970. 22—31.

TIXOMIROV A.: Власть и управление в социалистическом обществе. [Power and administration in the socialist society.] Москва, Издат. «Юридическая Литература» 1968. — By Nagy Tibor Gyula — Рец. Надь Тибор Дюла *AI.* 2/1970. 179—187.

V. Civil Law · Гражданское право

Books — Книжки

EÖRSI Gyula: Fundamental problems of socialist civil law. [Основные проблемы социалистического гражданского права. *Вр. Akadémiai Kiadó,* 1970. 134 p. /Series in foreign languages 6./

Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa 1848—1944. Hrg. Csizmadia Andor—Kovács Kálmán. [The development of civil law in Central Europe 1848—1944. Ed. by Csizmadia A.—Kovács K. Развитие гражданского права в Средней Европе в 1848—1944. Ред. Чизмадия А.—Ковач К.] *Вр. Akadémiai Kiadó,* 1970. 460 p.³

A gazdasági döntőbizottságok joggyakorlata. (Elvi határozatok, állásfoglalások, javaslatok.) 1948—1969. Lezárva: 1969. jún. 30. Összeáll.: Görgey Mihály—Havasi Győző [Practice of the economic

³ Collective work analyzed. See too: V. Civil Law, VI. Labour Law, VII. Family Law, XV. History of State and Law.

⁴ Сборник разработан и аналитически. Отдельные статьи см. и в V. Гражданское право, VI. Трудовое право, VII. Семейное право, XV. История государства и права.

arbitration boards: decisions of principle, stands, cases. 1948 - 1969. Closed: June 30, 1969. Compiled by *Görgény M.* — *Havasi Gy.* Правовая практика хозяйственных арбитражей. (Принципиальные решения, руководящие разъяснения, казусы). 1948—1969. До 30 июня 1969. Сост. *Görgény M.* — *Havasi Gy.* Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1970. 733 p.

Polgári elvi határozatok. A Magyar Népköztársaság Legfelsőbb Bíróságának a polgári jogalkalmazással kapcsolatos irányelvei, elvi döntései és kollégiumi állásfoglalásai. [Decisions of principle in civil law. Directives, decisions of principle, and stands adopted by the bodies of the Supreme Court of the Hungarian People's Republic in the field of civil law. Принципиальные решения по гражданским делам. Директивы, принципиальные решения и руководящие разъяснения коллегий Верховного Суда Венгерской Народной Республики, связанные с применением гражданского права.] *Lezárva: 1969. jún. 30.* [Closed: June 30, 1969. До 30 июня 1969.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1969. [1970.] 513 p.

Articles — Статьи

ASZTALOS László: Entwicklung der ungarischen Privatrechtswissenschaft im Zeitalter des Dualismus. [The development of the Hungarian science of civil law in the age of the Austro-Hungarian Monarchy. — Развитие венгерской науки частного права в период дуализма.] = *Entwicklung des Zivilrechts.* 21—39.

BERNÁTH Zoltán: Besitz und Besitzzchutz im Spiegel der ungarischen Rechtsgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in den letzten hundert Jahren. [Possession and the protection of possession in the light of Hungarian legal history with particular respect to the evolution of the last hundred years. — Владение и защита владения в свете истории венгерского права.] = *Entwicklung des Zivilrechts.* 209—223.

BÖSZÖRMÉNYI-NAGY Emil: Das ungarische Erbrecht zur Zeit des Dualismus. [Hungarian law of succession in the age of the Austro-Hungarian Monarchy. — Венгерское наследственное право в период дуализма.] = *Entwicklung des Zivilrechts.* 413—429.

FALVAI Ferenc: A vegyes szerződések néhány problémája. [Some problems of mixed contracts. Некоторые проблемы смешанных договоров.] *JK.* 1/1970. 10—16.

HARMATHY Attila: Szerződészegési problémák a gazdasági döntőbizottságok

gyakorlatában. A közreműködőért való felelősség. [Problems of breach of contract in the practice of the economic arbitration boards. Liability for the co-operating party. Проблемы, связанные с нарушением договоров, в практике хозяйственного арбитража. Ответственность за смешника.] *JK.* 12/1969. [1970.] 652—662.

LONTAI Endre: A kutatási szerződés típusa és rendszertani kérdései. [The character of research contracts and relevant methodological problems. Тип исследовательского договора и вопросы его места в системе.] *AJ.* 4/1969. [1970.] 677—699. Rés. franç. — Русск. содерж.

LONTAI Endre: Konferencia a szocialista találmányi jog időszéri kérdéseiről. [Varsó, 1969. okt. 14—15.] [Report on a conference dealing with topical problems of the socialist law of inventions, held at Warsaw from October 14—15, 1969. Конференция по актуальным вопросам социалистического изобретательского права. Варшава, 1969.] *AJ.* 1/1970. 121—133.

LONTAI Endre: A szovjet találmányi jog 50 éve. Jubileumi szimposium [Moszkva, 1969. júl. 1—5.] [50 years of the Soviet law of inventions. A commemorative symposium held at Moscow from July 1—5, 1969. 50 лет советскому изобретательскому праву. Юбилейный семинар в Москве, 1969.] *AJ.* 1/1970. 121—126.

MÁDL Ferenc: Kodifikation des ungarischen Privat- und Handelsrechts im Zeitalter des Dualismus. [The codification of Hungarian civil and commercial law in the age of the Austro-Hungarian Monarchy. Кодификация венгерского частного и торгового права в период дуализма.] = *Entwicklung des Zivilrechts.* 87—119.

PÉCZE Ferenc: Die Lizenz im ungarischen Patentrecht um die Jahrhundertwende. [The licence in Hungarian patent law at the turn of the century. Передача права согласно венгерскому патентному праву на рубеже XIX-го и XX-го столетий.] = *Entwicklung des Zivilrechts.* 271—284.

PESCHKA Vilmos: Theoretische Grundlagen der ungarischen Privatrechtswissenschaft im Zeitalter des Dualismus. [Theoretical outlines of the Hungarian science of civil law in the age of the Austro-Hungarian Monarchy. Теоретические основы венгерской науки частного права в период дуализма.] = *Entwicklung des Zivilrechts.* 5—20.

PRUGBERGER Tamás — PÓSFAL József: A népgazdasági jelentőségű szerződésekre vonatkozó hazai jogalkotás egyes anyagi és eljárásjogi problémáiról. [On some problems of substantive and procedural law in Hungarian lawmaking on contracts of national economic significance. O mate-

риальноправовых и процессуальноправовых проблемах отечественного правотворчества, относящегося к договорам народнохозяйственного значения.] *ЖК.* 2—3/1970. 86—95.

SÁRKÖZI Tamás: A gazdaságirányítás és a vállalatok viszonyának egyes problematikusságai (ágazati irányítás — vállalatfelügyelet — utasítási jog — gazdasági bírság — vállalati vezetés). [Topical problems concerning the relations between central economic management and individual enterprises (direction of the branches of the national economy — supervision of companies — penalties — management on company level). Некоторые проблематичные вопросы соотношения между управлением народным хозяйством и предприятиями (отраслевое управление — надзор над предприятиями — директивы — хозяйственный штраф — руководство предприятием.)] *АЖ.* 1/1970. 58—109. — Rés. franç. — Русск. содерж.

SÓLYOM László: A felelősség korlátozása a közvetlen kárra. [The limitation of responsibility to direct damages. Ограничение ответственности на непосредственный ущерб.] *АЖ.* 4/1969. [1970.] 695—711. Rés. franç. — Русск. содерж.

SZELÉNYI Zoltán: A termékek minőségének tanúsítása a polgári jogi szerződések körében. [Certifying the quality of products within the scope of civil law contracts. Удостоверение о качестве продукции в кругу гражданскоправовых договоров.] *ЖК.* 12/1969. [1970.] 663—671.

TÓTH Árpád: Einige Ausnahme-Einschränkungen des Warenverkehrs in der Zeit des Dualismus. [Some exceptional restrictions on trading in the age of the Austro-Hungarian Monarchy. Некоторые ограничения товарного оборота в период дуализма.] = *Entwicklung des Zivilrechts.* 333—345.

WEISS Emília: Die Entwicklung des Vertragsrechts im Lichte der ungarischen zivilrechtlichen Kodifikationsarbeiten. [The development of the law of contracts in the light of the codification activity of Hungarian civil law. Развитие договорного права в свете работ по кодификации венгерского гражданского права.] = *Entwicklung des Zivilrechts.* 285—298.

ZOLTÁN Ödön: A szavatossági jogok új szabályozásáról. [On the new regulation of warranty rights. О новом регулировании прав, связанных с гарантией.] *ЖК.* 2—3/1970. 69—75.

Book reviews — Рецензии

Le droit civil Tchécoslovaque. [The Czechoslovak civil law. Гражданское право

Чехословакии.] Bratislava, Maison d'Édition de l'Académie Slovaque des Sciences, 1969. 328 p. By *Trócsányi László* — Рец. *Трочани Л.* *ЖК.* 1/1970. 63—65.

RUDOLF Lőránt: Adás-vétel az új gazdasági mechanizmusban. [Sale in the new system of economic management. Купля-продажа при новом механизме управления народным хозяйством.] Вр. *Közgazdasági és Jogi Kiadó*, 1969. 375 p. By *Szászy István* — Рец. *Sacu Иштван* *ЖК.* 1/1970. 57—60. By *Nizsalovszky Endre* Рец. *Нижаловски Эндре* — *МТуд.* 6/1970. 481—483.

WEISS Emília: A szerződés érvénytelensége a polgári jogban. [The invalidity of contracts in civil law. Недействительность договора в гражданском праве.] Вр. *Közgazdasági és Jogi Kiadó*, 1969. 584 p. By *Gáspárdy László* — *Гашпарди Л.* Рец. *ЖК.* 2—3/1970. 123—127.

VI. Labour Law — Трудовое право

Books — Книжки

A dolgozók társadalombiztosítási nyugdíjáról szóló jogszabályok. Lezárva: 1969. okt. [Közvetési a] Szakszervezetek Országos Tanácsa, Társadalombiztosítási Főigazgatóság. Szerk. *Kovács Kálmán*. [Legal rules in force on workers' old-age pension. Closed: October, 1969. Ed. by *Kovács K.*, Законодательные акты о пенсиях по социальному обеспечению трудящихся. До 1 октября 1969. Сост. *К. Ковач*.] Вр. *Táncsics Kiadó*, 1969. [1970.] 646 p.

Hatályos munkaiügyi jogszabályok. Lezárva: 1969. szept. 15. [Közvetési a] Munkaiügyi Minisztérium. [Labour law statutes in force. Closed: September 15, 1969. Published by the Ministry of Labour. Действующие законодательные акты о труде. До 15 сентября 1969. Вр. *Közgazdasági és Jogi Kiadó*, 1969. [1970.] XVI, 1070 p.

A mezőgazdaság állami üzemekre vonatkozó fontosabb munkavédelmi és munkásellátási jogszabályok gyűjteménye. [Közvetési a] *Mezőgazdasági, Erdészeti és Vízügyi Dolgozók Szakszervezete*. Összeáll. *Kormosó László* — *Meszjarik János* stb. [A collection of the fundamental statutes concerning the protection of labour and social services for the employees in state-owned agricultural farms and works. Comp. by *Kormosó L.* — *Meszjarik J.* and others. Сборник важнейших законодательных актов по охране труда и хозяйствованию рабочей силой, относящихся к государственным сельскохозяйственным предприятиям. Сост. *Кормошол Л.* — *Месъярик Й.* и др.] Вр. *Táncsics Kiadó*, 1969. [1970.] 228 p.

MINOLICS Tivadar: A dolgozó és a vállalat munkával kapcsolatos kötelességei. [On the tasks of employees and employers concerning work. Трудовые обязанности работника и предприятия.] Вр. Táncsics Kiadó, 1969. [1970.] 87 p. /Munkaügyi kiskönyvtár./

MOLNÁR Dániel: A szakszervezetek jogai. [Trade Union rights. Права профсоюзов.] Вр. Táncsics Kiadó, 1970. 110 p. /Munkaügyi kiskönyvtár./

TRÓCSÁNYI László: Az európai szocialista országok munkaügyi eljárásjoga. [Laws of procedure in labour disputes in the socialist countries of Europe. Трудовое процессуальное право европейских социалистических стран.] Вр. KESZ [Soksz.], 1970. 302 p. /Magyar Tudományos Akadémia Allam- és Jogtudományi Intézet./

Ügyviteli utasítás a betegségi biztosítási szolgáltatásokkal kapcsolatos feladatokat ellátó munkáltatók részére. Lezárva: 1969. szept. 30. Összeáll. Masztis György. [Közzéteszi a] Szakszervezetek Országos Tanácsa, Társadalombiztosítási Főigazgatóság. [Administrative instructions for employers providing services in the field of health insurance. Closed: September 30, 1969. Ed. by Masztis Gy. Инструкции по делопроизводству для нанIMATEЛЕЙ, осуществляющих задачи в связи со страхованием на случай болезни. До 30 сентября 1969. Сост. Д. Масстис.] Вр. Táncsics Kiadó, 1970. 454 p.

Ügyviteli utasítás a családi pótlék megállapítását és folyósítását ellátó munkáltatók részére. 2. átd. kiad. Lezárva: 1969. jan. 1. [Közzéteszi a] Szakszervezetek Országos Tanácsa. Összeáll.: Czeglédy László. [Procedural instructions for employers entrusted with the granting and paying of family allowances. 2nd. edition. Compr. by L. Czeglédy. Инструкции по делопроизводству для нанIMATEЛЕЙ осуществляющих установление и выплаты семейного пособия. До 1 января 1969. сост. Цегледи Ласло] Вр. Táncsics Kiadó 1969. [1970.] 326 p.

WELTNER Andor: Az egészség és testi épség védelme. [Protection of the workers' health and labour safety. Охрана здоровья и телесной целостности.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1970. 631 p. /Munkavédelem./

Articles — Статьи

CSEZMADIA Andor: Sozialpolitische Tendenzen in der Regelung der Arbeitsverhältnisse in Ungarn. [Social trends in the regulation of labour relations in Hungary.

Социально-политические направления в урегулировании трудовых отношений в Венгрии.] — *Entwicklung des Zivilrechts.* 347—369.

GARANCSY Gabriella: Tudományos ülészak a társadalombiztosítási jogszabályok kodifikációjáról. [Budapest, 1969. dec. 10—11.] [Report on a scientific session dealing with the codification of statutes on social security, held at Budapest from December 10—11, 1969. Научная сессия по вопросам кодификации законодательных актов о социальном страховании. Будапешт, 1969.] *AJ.* 1/1970. 134—135.

KÖLES Tibor: A Munkaügyi Minisztérium és a Szakszervezetek Országos Tanácsa elvi állásfoglalásainak felülvizsgálata. [A Magyar Jogász Szövetségben 1968. nov. 8-án tartott előadás.] [The review of the decisions of the Ministry of Labour and the National Council of Trade Unions on matters of principle. Пересмотр принципиальных постановлений Министерства труда и Общероссийского Совета Профсоюзов.] *JK.* 1/1970. 45—52.

NAGY László: Labour-statutory regulation in case of joint enterprises of socialist countries. [Трудово-правовое регулирование в случае совместных предприятий социалистических государств.] *Szegedi ny.* 1969. [1970.] 15 p. /Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Acta juridica. Tomus 16. Fasc. 7./

SEGEVÁRI Katalin: Schutz der Frauenarbeit und Mutterschaft zur Zeit des Dualismus in Ungarn. [The protection of female labour and maternity in Hungary in the age of the Austro-Hungarian Monarchy. Охрана женского труда и материнства в период дуализма в Венгрии.] = *Entwicklung des Zivilrechts.* 397—412.

VII. Family Law — Семейное право

Books — Книги

PAP Tibor: Az európai szocialista országok családjogi törvényei. [Family law in the socialist countries of Europe. Семейные законы европейских социалистических стран.] Вр. MTA KESZ [Soksz.], 1969. [1970.] 463 p. /Magyar Tudományos Akadémia Allam- és Jogtudományi Intézet jogösszehasonlító osztályának kiadványa./

Articles — Статьи

CSIKY Ottó: Az apaság vélelmének elhárítása a Csjt. rendszerében. [Refusing the presumption of paternity in the system

of Hungarian family law. Отклонение презумпции отцовства в системе семейного кодекса.] *ЖК.* 4—5/1970. 161—168.

DEGRÉ Alajos: Vormundschaftsrecht in Ungarn von 1848 bis 1878. [The law of tutelage in Hungary from 1848 to 1878. Опекуное право в Венгрии в 1848—1878 гг.] = *Entwicklung des Zivilrechts.* 449—460.

HARTAI László: A házassági vagyoni jog modellje és az ítélkezési gyakorlat. [The pattern of the matrimonial regime and judicial practice. Модель имущественного права супругов и судебная практика.] *ЖК.* 12/1969. [1970.] 634—644.

PAP Tibor: Vertragselemente im ungarischen sekularisierten Eherecht des Dualismus. [Contractual elements in the Hungarian secular matrimonial law in the age of the Austro-Hungarian Monarchy. — Договорные элементы секуляризованного брачного союза согласно венгерскому законодательству в период дуализма.] = *Entwicklung des Zivilrechts.* 431—438.

REX-KISS Béla: Irányelvek a vércsoport-vizsgálatokon alapuló szakértői véleményezéshez. [Directives on expertise based on blood group examination. Руководящие указания к экспертизам, основанным на исследовании группы крови.] *ЖК.* 1/1970. 53—56.

TAKÁCS József: A gyámhatóságok gyermektartási és elhelyezési hatásköre. [The powers of guardianship authorities in regard to the alimony and custody of children. Компетенция органов опеки по размещению и содержанию детей.] *ЖК.* 1/1970. 26—31.

Book reviews — Рецензии

PAP Tibor: Az európai szocialista országok családjogi törvényei. [Family codes of the European socialist countries. Законы по семейному праву европейских социалистических стран.] *Вр. МТА KESZ [Soksz.]* 1969. [1970.] 463 p. /*MTA Állam- és Jogtudományi Intézete jogösszehasonlító osztályának kiadványa.* / By Takács József — Рец. Такач Йозеф *АИ.* 2/1970. 188—191. By Révai Tibor — Рец. Реваи Тибор *ЖК.* 4—5/1970. 242—245.

VIII. Land Law. Law of Co-operative Farms. — Земельное право. Сельскохозяйственное право

Books — Книги

Mezőgazdasági jog. Egyetemi tankönyv. 2. [rész] Mezőgazdasági termelő-

szövetkezeti jog. Szerk.: Seres Imre. [Agricultural law. University textbook. 2. Part.: The law of co-operative farms. Ed. by Seres I. Сельскохозяйственное право. Учебник для университетов. 2. часть: Сельскохозяйственное производственно-кооперативное право. Отв. ред. И. Шереш.] *Вр. Tankönyvkiadó,* 1970. 390 p.

Articles — Статьи

DOMÉ Györgyné: Nemzetközi Termelőszövetkezeti Jogi Konferencia. [Budapest, 1969. dec.] [International conference on the law of co-operative farms, held at Budapest in December, 1969. Международная конференция по производственно-кооперативному праву. Будапешт, 1969.] *АЖ.* 1/1970. 118—120.

CELLÉRT György: A Legfelsőbb Bíróság mezőgazdasági termelőszövetkezeti jogi állásfoglalásai. [Positions adopted by the Supreme Court in the field of the law of co-operative farms. Руководящие разъяснения Верховного Суда по сельскохозяйственному производственно-кооперативному праву.] *ЖК.* 4—5/1970. 169—186.

KOVÁCS István: Mezőgazdasági márkacikkeink jogi védelme a tisztességtelen verseny ellen. [The legal protection of Hungarian branded agricultural articles against unfair competition. Правовая охрана марок сельскохозяйственных продуктов от нечестной конкуренции.] *ЖК.* 12/1969. [1970.] 644—651.

MOLNÁR Imre: A mezőgazdasági termelőszövetkezetek vállalatzerű gazdálkodásának jogi kérdései. [Legal questions of enterprise-like activity of co-operative farms. Правовые вопросы хозяйствования производственных кооперативов как предприятий.] *ЖК.* 4—5/1970. 186—194.

NAGY László: A szövetkezeti jog fejlődésének időszéri kérdései. [Actual problems of the development of the law of co-operative farms. Актуальные вопросы развития кооперативного права.] *ЖК.* 4—5/1970. 207—215.

NAGY László: A földreform és jelentősége. [The land reform and its importance. Земельная реформа и её значение.] *АИ.* 4/1970. 318—329.

NÉMETHI László: A szövetkezeti érdekvépviselet rendszere. [The system of protection of the interests of co-operatives. Система представительства интересов кооперативов.] *ЖК.* 4—5/1970. 216—223.

SERES Imre: Lenin szövetkezeti gondolatai és a parasztság. [Lenin's ideas on co-operative farms and the peasantry. Идеи Ленина о кооперативах и крестьянство.] *АИ.* 3/1970. 223—231.

SERES Imre: A szövetkezeti tulajdon, különös figyelemmel a mezőgazdasági termelőszövetkezeti tulajdonra. [Co-operative property with special regard to the property of co-operative farms. Кооперативная собственность, обращая особое внимание на производственно-кооперативную собственность в сельском хозяйстве.] JK. 4—5/1970. 195—207.

VERES József: A mezőgazdasági termelőszövetkezeti tagsági munkaviszony megszűnése. [The termination of labour relations based on the membership in a co-operative farm. Прекращение членского трудового отношения в сельскохозяйственном производственном кооперативе.] Szeged. Szegedi ny. 1969. [1970.] 34 p. /Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Acta juridica et politica. Tomus 16. Fasc. 4./ — Dt. Zusammenfassung — Русск. содерж.

IX. Criminal Law. Criminal Sciences — Уголовное право. Вспомогательные науки уголовного права

Books — Книги

HORVÁTH Anna: A társadalmi tulajdonot sértő cselekmények bíróságán kívüli elbírálása az egyes európai szocialista országokban. [Extra-judicial treatment of acts offending social ownership in various socialist countries of Europe. Внесудебный порядок рассмотрения деяний, нарушающих общественную собственность, в отдельных социалистических странах.] Bp. MTA KESZ [Soksz.] 1970. 125 p. /Magyar Tudományos Akadémia, Allam- és Jogtudományi Intézet, jogösszehasonlító osztály./

Articles — Статьи

BALÁZS József: A magyar bűnügyi statisztika kialakulása és fejlődése különös tekintettel annak módszertani kérdéseire. [On the establishment and development of criminal statistics in Hungary with particular respect to methodological problems. Возникновение и развитие венгерской уголовной статистики, обращая особое внимание на её методологические вопросы.] Szeged, Szegedi ny., 1969. [1970.] 62 p. /Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Acta juridica et politica. Tomus 16. Fasc. 1./ — Dt. Zusammenfassung — Русск. содерж.

HORVÁTH Tibor—VISKI László: A biológia és az orvostudományok fejlődésének hatása a büntetőjogra. [The effect of the

development of biology and the medical sciences on penal law. Влияние развития биологии и медицинских наук на уголовное право.] AJ. 4/1969. [1970.] 620—650. Rés. franç. — Русск. содерж.

SZABÓ András: „A bűnözés struktúrája a szocialista társadalomban”. A szocialista országok kriminológusainak nemzetközi munkaértekezlete [1969. nov. 17—23.] a Magyar Tudományos Akadémián. [The structure of criminality in socialist society. Report on the international working conference of the criminologists of the socialist countries, organised by the Hungarian Academy of Sciences, from November 17—23, 1969. Криминологическая конференция в Будапеште.] AJ. 1/1970. 110—117.

WIENER A. Imre: A felelősség és büntetési rendszer két új szocialista kódexben. [The system of responsibility and penalty in two new socialist criminal codes. Система ответственности и наказаний в двух новых социалистических кодексах.] JK. 2—3/1970. 75—83.

Book reviews — Рецензии

LEHMANN Günter: Wissenschaftliche Leitung der Strafrechtsprechung. [Scientific direction of criminal jurisdiction in the German Democratic Republic. Научное управление уголовным судопроизводством в ГДР.] Berlin, Staatsverlag der D. D. R., 1968. 270 p. By Lázár Miklós — Рец. Лазар Миклош JK. 12/1969. [1970.] 682—686.

XI. Civil Procedure — Гражданский процесс

Books — Книги

Annales Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Rolando Eötvös nominatae. Sectio iuridica. Tomus 10. 1969. Red. Commissio scientiae.⁴ Bp. Allami ny., 1969. [1970.] 396 p.

Articles — Статьи

Бачо Енё: Особые процессуальные нормы и упрощение гражданского процесса. [Special rules in the civil action and the sim-

⁴ Collective work analyzed. Articles of Hungarian authors see too: V. Civil Law, VI. Labour Law, VII. Family Law.

⁵ Сборник разработан и аналитически. Отдельные статьи венгерских авторов см. и в V. Гражданское право, VI. Трудовое право, VII. Семейное право.

plification of its procedure.] = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 131—139.* — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

BOROS József: A keresetlevél elutasítása. [Dismissal of the statement of claims. Отклонение искового заявления.] *ЖК. 2—3/1970. 109—117.*

Хамори Вилмош: Принцип диспозитивности и состязательности в гражданском процессе. [The consequences of failing to attend the proceedings in Hungarian civil procedure.] = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 213—219.* — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

HÁMORI Vilmos: Tárgyi bizonyítékok a polgári perben. [Exhibits as evidence in civil actions. Вещественные доказательства в гражданском процессе.] *ЖК. 2—3/1970. 102—109.*

Кирай Тибор: Соображения к проблематике модернизации преподавания гражданско-процессуального права. [Comments to the problem of the improvement of the teaching of civil procedure.] = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 341—345.* — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

Кором Михай: Приветственная речь. [Международная конференция по вопросам гражданско-процессуального права. (Актуальные проблемы науки и преподавания) Будапешт, 23—25 октября 1968 г.] [Welcoming address. Conference on the law of international civil procedure — Topical problems of science and education. Budapest, October 23—25., 1968.] = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 9—13.* — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

Леван Тибор: Опыт прокуратуры по осуществлению гарантий законности в гражданском процессе. [Experiences of the procurators' offices concerning the enforcement of guarantees based on legality in civil actions.] = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 151—158.* — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

NÉMETH János: Vereinfachung und Beschleunigung der Erledigung der Zivilsachen durch Weiterentwicklung des Zahlungsauftragsverfahrens. [Simplification and expedition of the settlement of civil law cases by the improvement of the use of payment summons.] Упрощение и ускорение рассмотрения гражданских дел путем дальнейшего развития производства по платежным приказам в Венгрии. = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 233—238.* — Rés. franç. — Русск. содерж.

Неван Ласло: Итоги международной научной конференции по вопросам гражданского процессуального права. [Achieve-

ments of the international conference dealing with civil procedure.] = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 381—386.* — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

NÉVAI László: Rolle und Bedeutung des Zivilprozessrechts in der Rechtspflege und Ausbildung der Juristen. [The role and significance of the law of civil procedure for the jurisdiction and the professional training of lawyers. Роль и значение гражданского процессуального права в правосудии и в подготовке юристов.] = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 15—33.* — Rés. franç. Русск. содерж.

Новак Иштван: Актуальные задачи при регулировании освобождения от судебных расходов и пошлин. [Topical problems of the regulation of the exemption from costs and stamp duties.] = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 193—201.* — Dt. Zusammenfassung = Rés. franç.

PRUGBERGER Tamás—PÓSFAL József: A népgazdasági jelentőségű szerződésekre vonatkozó hazai jogalkotás egyes anyagi és eljárásjogi problémáiról. [On some problems of substantive and procedural law in Hungarian law-making on contracts of national economic significance. О материально-правовых и процессуально-правовых проблемах отечественного правопротворчества, относящегося к договорам народнохозяйственного значения.] *ЖК. 2—3/1970. 86—95.*

RÉVAI Tibor: Modernisierung des Unterrichts des Zivilprozessrechts in Ungarn. [Modernisation of the teaching of the law of civil procedure in Hungary. Вопросы совершенствования преподавания гражданско-процессуального права.] = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 317—334.* — Русск. содерж. — Rés. franç.

Реваи Тибор: Применение сравнительного метода в области гражданского права и его науки. [The application of the comparative method in the field of civil procedure and in the respective jurisprudence.] = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 183—192.* — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

Шаранди Имре: Вступительная речь. [Международная конференция по вопросам гражданско-процессуального права. Актуальные проблемы науки и преподавания. Будапешт, 23—25 октября 1968 г.] [Opening address. Conference on the law of international civil procedure — Topical problems of science and education. Budapest, October 23—25., 1968.] = *Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 5—8.* — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

SCHÉLNITZ György: A külföldi jogi sze-

mélyek honossága. [The nationality of foreign juristic persons. Подданство иностранных юридических лиц.] ЖК. 1/1970. 42—46.

Шелниц Дерьд: Некоторые новые черты процессуального представительства юридических лиц. [Some new aspects in the representation of juridical persons in civil actions.] = Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 283—289. — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

Саси Иштван: Некоторые вопросы международного гражданского процессуального права. [Problems of international civil procedure.] = Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 309—314. — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

Силберекки Еноэ: Важнейшие вопросы реформы венгерского гражданского процессуального кодекса. [Principal problems of the reform of the Hungarian Code of Civil Procedure.] = Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 37—55. — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

Тимар Ласло: Участие народных заседателей в гражданском процессе и изменение системы руководства народным хозяйством. [Participation of lay assessors in civil procedure and the transformation of the system of economic management.] = Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 259—268. — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

Уйлаки, Ласло: Вопросы государственного арбитража в Венгрии. [Arbitration boards in Hungary set up to settle economic affairs.] = Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 176—181. — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

Варга Дюла: Последствия неявки на первое судебное заседание в гражданском процессе ВНР. [The participation of lay assessors in civil actions and the reform of the system of economic management.] = Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 239—245. — Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

Вида Иштван: Непосредственное принудительное исполнение и расширение гарантий законности этого института. [Direct execution and the increase of its guarantees based on legality.] = Annales Budapest. Tomus 10. 1969. [1970.] 269—275. Dt. Zusammenfassung — Rés. franç.

XII. Criminal Procedure — Уголовный процесс

Articles — Статьи

Ретё István: Törekvések a gyanú fogalmának meghatározására a magyar büntető eljárásjogban. [Initiatives to de-

termine the concept of suspicion in Hungarian criminal procedure. Стремления по определению понятия подозрения в венгерском уголовном процессуальном праве.] Szeged, Szegedi ny. 1969. [1970.] 14 p. /Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Acta juridica et politica. Tomus 16. Fasc. 2./ — Dt. Zusammenfassung — Русск. содерж.

XIII. International Law — Международное право

Books — Книжки

Вокор [Péterné]—Szegő Hanna: New states and international law. [Новые государства и международное право.] Вр. Akadémiai Kiadó, 1970. 116 p. /Series in foreign languages No. 7./ [Bibliogr. passim.]

Articles — Статьи

HARASZTI György: A nemzetközi szerződések jogának főbb fejlődési tendenciái. [The principal trends of evolution in the law of Treaties. Основные тенденции развития права международных договоров.] ЖК. 12/1969. [1970.] 625—634.

Book reviews — Рецензии

GÁT Gyula: Space Law. [Космическое право.] Leiden-Dobbs Ferry, New York — Вр. Akad. Kiadó — Sijthoff-Oceana Publications. 1969. 320 p. By Szádeczky-Kardoss László — Рец. Л. Садецки-Кардоси ЖК. 2—3/1970. 127—130.

HERCZEGH Géza: General principles of law and the international legal order. [Монография о роли общих принципов права и о международном праве.] Вр. Akad. Kiadó, 1969. 129 p. By Valki László Рец. Ласло Валки — ЖК. 1/1970. 60—63.

XIV. Private International Law — Международное частное право

Articles — Статьи

RÉCZEI László: A nemzetközi kereskedelem jogának egységesítéséről. [A new step toward the unification of international trade law. Новый шаг по пути унификации международного торгового права.] ЖК. 1/1970. 1—10.

RÉCZEI László: A visszautalás. [Remission. Отсылка к праву.] ЖК. 4—5/1970. 151—160.

Szászy István: A fejlődő országokban végzett beruházások jogi problémái. [Conflicts of laws arising from investments in developing countries. Правовые проблемы капиталовложений, осуществленных в развивающихся странах.] Вр. MTA KESZ [Soksz.] 1970. VI. 25 p. /Studies on developing countries 32./

Book reviews — Рецензии

VALLADÃO Haroldo: Direito Internacional Privado. [Private international law. Международное частное право.] Rio de Janeiro—São Paulo. Livraria Freitas Bastos, 1968. — By Szászy István — Рец. Cacú Иштван JK. 2—3/1970. 132—133.

WALASZEK Bronislaw—SÓSNIAK Mieczyslaw: Zarys prawa międzynarodowego prywatnego. [An outline of private international law. Очерк международного частного права.] Warszawa, 1968. By Karlócai János — Рец. Карлоцаи Янош — JK. 4—5/1970. 245—250.

XV. History of State and Law. Roman Law. Canon Law — История государства и права. Каноническое право

Books — Книги

Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa 1848—1944. Hrg. Csizmadia Andor—Kovács Kálmán. [The development of civil law in Central Europe from 1848—1944. Ed. by Csizmadia A.—Kovács K. Развитие гражданского права в Средней Европе в 1848—1944. Ред. Чизмадия А. — Ковач К.] Вр. Akadémiai Kiadó, 1970. 460 p.⁵

MÉREI Gyula: A magyar októberi forradalom és a polgári pártok. [The October Revolution in Hungary and the bourgeois parties. Венгерская октябрьская революция и буржуазные партии.] Вр. Akadémiai Kiadó, 1969. [1970.] 215 p.

Articles — Статьи

BUZÁS József: Die Wirkung der sowjetischen Gesetzgebung auf das ungarische Zivilrecht in den Jahren 1918—1919. [The influence of Soviet legislation on Hunga-

rian civil law in 1918 and 1919. Влияние советского законодательства на венгерское частное право в 1918—1919 г.] = Entwicklung des Zivilrechts. 165—179.

CSIZMADIA Andor: Önkormányzatok — nemzeti bizottságok a felszabadulás után. [Autonomous bodies and national committees after Hungary's liberation. Самоуправления — национальные комитеты после освобождения.] AI. 4/1970. 300—311.

EMBER Győző: A levéltárvédelem új törvényes szabályozása. [The new legal regulation of the protection of archives. Новое законоположение о защите архивных материалов.] MTud. 6/1970. 428—434.

HORVÁTH Pál: Hauptrichtungen der Rechtsgeschichtsschreibung zur Zeit des Dualismus. [The principal trends of legal historiography in the age of the Austro-Hungarian Monarchy. Основные направления историкографии по вопросам права в период дуализма.] = Entwicklung des Zivilrechts. 41—57.

KOVÁCS Kálmán: Grundeigentumsformen mit feudalen Charakterzügen im bürgerlichen Ungarn. [Forms of land ownership with feudal characteristics in bourgeois Hungary. Формы земельной собственности с феодальными чертами в буржуазной Венгрии.] = Entwicklung des Zivilrechts. 225—244.

KOVÁCS Kálmán: Feudális vonások a magyar földtulajdonjogban a polgári korszak idején. [Feudal aspects of land ownership during the bourgeois epoch in Hungary. Феодальные черты в венгерском праве. земельной собственности в буржуазную эпоху.] JK. 1/1970. 32—41.

MÁTHÉ Gábor: A közigazgatás demokratikus átalakítása Fejér megyében. 1944—1945. [The democratic reorganization of the public administration in the county Fejér. 1944—1945. Демократическое преобразование административного управления в комитате Фејер в 1944—45. гг.] AI. 4/1970. 312—317.

PÓLAY Elemér: Jhering birtoktana és a magyar jogi romanisztika. [Jhering's theory of possession and Hungarian jurisprudence in the field of Roman law. Учение Еринга о владении и венгерская юридическая романистика.] Szeged, Szegedi ny. 1969. [1970.] 53 p. /Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Acta juridica et politica. Tomus 16. Fasc. 3./ — Dt. Zusammenfassung — Русск. содерж.

SARLÓS Márton: Die Gestaltung der sogenannten jura regalia minora im kapitalistischen Ungarn. [The formation of the so-called *jura regalia minora* in capitalist Hungary. Формирование т. н. *iura*

⁵ Collective work analyzed. See too: V. Civil Law, VI. Labour Law, VII. Family Law.

⁵ Сборник разработан и аналитически. Отдельные статьи см. и в V. Гражданское право, VI. Трудовое право, VII. Семейное право.

regalia minora в капиталистической Венгрии.] = Entwicklung des Zivilrechts. 245—258.

TÁRKÁNY-SZÜCS Ernő: Privatrechtliche Elemente des alten ungarischen Bergrechtes (1854—1944.) [Civil law elements in the old Hungarian mining laws (1854—1944). Частноправовые элементы в старом венгерском горном праве (1854—1944 гг.)] = Entwicklung des Zivilrechts. 259—269.

Book reviews — Рецензии

Festschrift Hans Lentze. Zum 60. Geburtstag dargebracht von Fachgenossen u. Freunden. Hrsg. N. Grass—W. Ogris. [Commemorating volume for H. Lentze. Lentze — юбилейный сборник.] Innsbruck—München, 1969. By Vargyai Gyula Rev. Варьай Дюла — JK. 12/1969. [1970.] 687—689.

Jogtörténeti tanulmányok. 2. köt. A dualizmus korának állam- és jogtörténeti kérdései. Szerk.: Csizmadia Andor—Pecze Ferenc. [Studies on the history of law. Vol. 2. Problems of the history of state and law in the age of the dualism. Ed. Csizmadia Andor—Pecze Ferenc. Очерки по истории права. Ред. Чизмадия Андор—Пеце Ференц. Том 2. Вопросы истории государства и права периода дуализма.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1968. 333 p. — By Herczegh Géza — Рец. Херцег Геза AJ. 4/1969. [1970.] 730—732.

KLABOUCH, J.: Staré české soudnictví. Jak se dříve soudovalo. [Old Czech judiciary. Старое чешское правосудие.] Praha, 1967. 420 p. — By Pecze Ferenc — Рец. Пеце Ференц JK. 2—3/1970. 130—133.

Marxistische Beiträge zur Rechtsgeschichte. [Marxist contributions to legal history. Марксистское содействие к истории права.] Berlin, Abteilung Staats- und Rechtsgeschichte der Humboldt-Universität, 1968. 236 p. /Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin, 1968./ By Horváth Pál — Рец. Пал Хорват — JK. 2—3/1970. 122—123.

XVI. Miscellaneous — Смешанное

Books — Книги

KULCSÁR Kálmán: Az ember és társadalmi környezete. [Man and his social milieu. Человек и его общественное окружение.] Вр. Gondolat Kiadó, 1969. [1970.] 369 p.

Articles — Статьи

Buza László [Obituary. Некролог.] By Kovács István MTud. 6/1970. 450—452.

Buza László. [Obituary. Некролог.] JK. 12/1969. [1970.] 671—672.

HARMATHY Attila: Nemzetközi Kerekasztal Konferencia Budapesten az összehasonlító jog főbb kérdéseiről. [Вр. 1969. szept.] [Report on a Round Table conference on the principal problems of comparative law, held at Budapest in September, 1969. Международная Конференция круглого стола в Будапеште по основным вопросам сравнительного права. Будапешт, 1969 сент.] AJ. 4/1969. [1970.] 715—722.

KULCSÁR Kálmán: A társadalomtudományi kutatás és az MSZMP tudománypolitikai irányelvei. [Sociological research and the science policy of the Hungarian Socialist Workers' Party. Исследования в области общественных наук и научно-политические директивы Венгерской Социалистической рабочей партии.] MTud. 1/1970. 1—5.

LAKOS Sándor: A tudománypolitikai irányelvek és a társadalomtudományok. [The scientific-political directives and social sciences. Директивы научной политики и общественные науки.] TSZ. 1/1970. 18—27.

LAMM Vanda: Nemzetközi Jogösszehasonlító Kerekasztal-Konferencia Budapesten. [1969. szept. 9—11.] [International Round Table Conference on comparative law in Budapest. [September 9—11, 1969.] Международная Конференция круглого стола по сравнительному праву в Будапеште. [9—11 сентября 1969. г.] JK. 4—5/1970. 231—238.

NAGY Lajos: A jogi informatika előkérdései. Az információkezelés gépesítésének lehetőségei. [Preliminary problems of legal information techniques and the possibilities of the mechanical handling of informations. Предварительные вопросы правовой информатики.] AJ. 4/1969. [1970.] 652—675. Rés. franç. — Русск. содерж.

NAGY Lajos: A jogszabálynyilvántartás gépi kezelésének lehetőségei. [The possibilities of a mechanized handling in registering statutes. Возможности ведения учета законодательных актов с помощью машин.] JK. 1/1970. 16—25.

SZABÓ Imre: [A magyar tudomány 25 éve.] Állam- és jogtudományok. [25 years of Hungarian science.] [Political sciences and jurisprudence.] [25 лет венгерской науки.] [Политические и юридические науки.] MTud. 4—5/1970. 376—384.

SZÖLLŐSY László: A Magyar Tudományos Akadémiáról szóló törvényerejű ren-

deletről és az Akadémia új alapszabályáról. [On the new law-decree on the Hungarian Academy of Sciences and on the new constitution of the Academy. О постановлении совета министров об Академии наук Венгрии и о новом уставе Академии.] MTud. 3/1970. 176—181.

TAKÁCS József: A tudományszervezés premisszái. [Premisses of science organization. Необходимые условия организации научной работы.] MTud. 2/1970. 110—117.

Book reviews — Рецензии

KULCSÁR Kálmán: Az ember és társadalmi környezete. [Man and his social milieu. Человек и его общественное окружение.] Bp. Gondolat Kiadó, 1969. 369 p. By *Kolosi Tamás* Рец. *Колоши Тамаш* TSZ. 4/1970. 139—141.

XVII. Documentation — Документация

Periodicals — Журналы

Dokumentációs Szemle. [Обзор документации. Rundschau für Dokumentation.

Review of Documentation.] A Jogtudományi Közlöny melléklete. [Beilage der »Mitteilungen für Rechtswissenschaft«. Annexe à la «Revue de Science du Droit». Supplement to the "Law Journal".] Összeáll.: a Magyar Tudományos Akadémia Állam- és Jogtudományi Intézete [Compiled by the Institute for Legal and Administrative Sciences of the Hungarian Academy of Sciences. Приложение журнала «Вестник юридических наук». Szerk. *Alth Guidó*. [Edited by *Alth Guidó*. Ред. *Алт Гундо*.] No. 56 (1—2/1970.) Bp. Egyetemi ny. 1970.

Articles — Статьи

NAGY Lajos: Az Intézet és a magyar állam- és jogtudományi tájékoztatás. [The Institute of Legal and Administrative Sciences of the Hungarian Academy of Sciences and information in Hungary in the field of the legal and administrative sciences. Институт и информация о венгерской науке о государстве и праве.] AJ. 4/1969. [1970.] 723—729.

Printed in Hungary

A kiadásért felel az Akadémiai Kiadó igazgatója

Műszaki szerkesztő: Farkas Sándor

A kézirat nyomdába érkezett: 1970. VII. 29. — Terjedelem: 16.75 (A/5) ív, 1 ábra

70.70156 Akadémiai Nyomda, Budapest — Felelős vezető: Bernát György

INDEX

- M. VILÁGHY: Warenverhältnis und Zivilrecht (М. Вилаги: Товарное отношение и гражданское право) 297
- O. BИHAPИ: Le sens et les formes de l'unité de la législation et de l'exécution dans l'Etat socialiste d'aujourd'hui (О. Бихари: Смысль и формы единства законодательства и его исполнения в современном социалистическом государстве) . 341
- V. PESCHKA: Recht und Wert (В. Пешка: Право и ценность) 375
- I. HOÓZ: The impact of population policy measures and the economic situation on birth-rates in the inter-war period in Hungary (И. Хооз: Мероприятия в области демографической политики и влияние экономического положения на рождаемость в Венгрии в период между двумя мировыми войнами) 407

Recensiones

- H. VALLADAO: Direito internacional privado (I. Szászzy) (X. Валладао: Международное частное право) (И. Саси) 437
- I. SZÁSZZY: International labour law (L. Trócsányi) (И. Саси: Международное трудовое право) (Л. Трочани) 438
- I. MEZNERICS: Finanzrecht im neuen ökonomischen System des Sozialismus (E. Nizsalovszky) (И. Мезнерич: Финансовое право в новой экономической системе социализма) (Э. Нижаловски) 443

Internationalia

- Book reviews — Рецензии книг 449

Bibliographia

- L. NAGY—K. VEREDY: Hungarian legal bibliography 1970 1st part (Л. Надь—К. Вэрэди: Венгерская юридическая библиография 1970, 1-ая часть) 471

Hungarian Law — Comparative Law

Essays for the 8th International Congress of
Comparative Law

Edited by Z. PÉTERI

The volume offers a representative selection of essays from the field of comparative law, written by distinguished Hungarian scholars of legal and administrative sciences. The common objective of the essays has been to represent the valid Hungarian legal provisions related to the given topic in their international connections, together with the views of pertinent Hungarian literature. Consequently, the book provides good opportunity for the reader to get thoroughly acquainted within the spheres of problems discussed, with the present state of law and jurisprudence in socialist Hungary.

*Studies in English and French · Approx. 320 pages · 17 × 25 cm
Cloth*



Akadémiai Kiadó

Publishing House of the Hungarian Academy of Science
Budapest

The *Acta Juridica* publish papers on jurisprudence in English, French, German and Russian.

The *Acta Juridica* appear twice a year in issues making up one volume (of some 400—500 pp.).

Manuscripts should be addressed to:

Acta Juridica, Budapest V., Alkotmány u. 21.

Correspondence with the editors and publishers should be sent to the same address.

The rate of subscription is \$ 16.00 a volume.

Orders may be placed with „Kultúra” Foreign Trade Company for Books and Newspapers (Budapest I., Fő utca 32. — Account No. 43-790-057-181) or with representatives abroad.

Les *Acta Juridica* publient des travaux du domaine de la jurisprudence en français, anglais, allemand et russe.

Les *Acta Juridica* sont publiés sous forme de fascicules qui seront réunis en un volume (400—500 pp.) par an.

On est prié d'envoyer les manuscrits destinés à la rédaction à l'adresse suivante:

Acta Juridica, Budapest V., Alkotmány u. 21.

Toute correspondance doit être envoyée à cette même adresse.

Le prix de l'abonnement est de \$ 16.00 par volume.

On peut s'abonner à l'Entreprise du Commerce Extérieur de Livres et Journaux «Kultúra» (Budapest I., Fő utca 32. — Compte-courant No. 43-790-057-181) ou à l'étranger chez tous les représentants ou dépositaires.

Die *Acta Juridica* veröffentlichen Abhandlungen aus dem Bereiche der Rechtswissenschaft in deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache.

Die *Acta Juridica* erscheinen halbjährlich in Heften, die jährlich einen Band bilden (400—500 S.).

Die zur Veröffentlichung bestimmten Manuskripte sind an die folgende Adresse zu senden:

Acta Juridica, Budapest V., Alkotmány u. 21.

An die gleiche Anschrift ist auch jede für die Redaktion und den Verlag bestimmte Korrespondenz zu senden. Abonnementspreis pro Band: \$ 16.00.

Bestellbar bei dem Buch- und Zeitungs-Außenhandels-Unternehmen «Kultúra» (Budapest I., Fő utca 32. Bankkonto Nr. 43-790-057-181) oder bei seinen Auslandsvertretungen und Kommissionären.

Reviews of the Hungarian Academy of Sciences are obtainable
at the following addresses:

- ALBANIA**
Drejtorija Qëndrone e Përhapjes
dhe Propagandimit të Librit
Kruja Konferenca e Pëzes
Tirana
- AUSTRALIA**
A. Keesing
Box 4886, GPO
Sydney
- AUSTRIA**
GLOBUS
Höchstadtplatz 3
A-1200 Wien XX
- BELGIUM**
Office International de Librairie
30, Avenue Marnix
Bruxelles 5
Du Monde Entier
5, Place St. Jean
Bruxelles
- BULGARIA**
HEMUS
11 ul Slaveikov
Sofia
- CANADA**
Pannonia Books
2, Spadina Road
Toronto 4, Ont.
- CHINA**
Waiwen Shudian
Peking
P. O. B. 83
- CZECHOSLOVAKIA**
Art-a
Ve Smečtáku 30
Praha 2
Poštovní Novinová Služba
Dovoz tisku
Vinohradská 46
Praha 2
Maďarská Kultura
Václavské nám. 2
Praha 1
SLOVART A. G.
Gorkého
Bratislava
- DENMARK**
Ejnar Munksagaard
Nørregade 6
Copenhagen
- FINLAND**
Akateeminen Kirjakauppa
Keskuskatu 2
Helsinki
- FRANCE**
Office International de Documentation
et Librairie
48, rue Gay Lussac
Paris 5
- GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC**
Deutscher Buch-Export und Import
Leninstraße 16
Leipzig 701
Zeitungsvertriebsamt
Fruchtstraße 3-4
1004 Berlin
- GERMAN FEDERAL REPUBLIC**
Kunst und Wissen
Erich Bieber
Postfach 46
7 Stuttgart 5.
- GREAT BRITAIN**
Blackwell's Periodicals
Oxenford House
Magdalen Street
Oxford
Collet's Subscription Import
Department
Denington Estate
Wellingsborough, Northants.
Robert Maxwell and Co. Ltd.
4-5 Fitzroy Square
London W. 1
- HOLLAND**
Swetz and Zeilinger
Keizersgracht 471-487
Amsterdam C.
Martinus Nijhof
Lange Voorhout 9
The Hague
- INDIA**
Hind Book House
66 Babar Road
New Delhi 1
- ITALY**
Santo Vanasia
Via M. Macchi 71
Milano
Libreria Commissionaria Sansoni
Via La Marmora 45
Firenze
- JAPAN**
Kinokuniya Book-Store Co. Ltd.
826 Tsunohazu 1-chome
Shinjuku-ku
Tokyo
Maruzen and Co. Ltd.
P. O. Box 605
Tokyo-Central
- KOREA**
Chulpanmul
Phenjan
- NORWAY**
Tanum-Cammermeyer
Karl Johansgt 41-43
Oslo 1
- POLAND**
RUCH
ul. Wronia 23
Warszawa
- ROUMANIA**
Cartimex
Str. Aristide Briand 11-18
București
- SOVIET UNION**
Mezhdunarodnaya Kniga
Moscow G-200
- SWEDEN**
Almquist and Wiksel
Gamla Brogatan 26
S-101 20 Stockholm
- USA**
F. W. Faxon Co. Inc.
15 Southwest Park
Westwood Mass. 02090
Stechert Hafner Inc.
31. East 10th Street
New York, N. Y. 10003
- VIETNAM**
Xunhasaba
19, Tran Quoc Toan
Hanoi
- YUGOSLAVIA**
Forum
Vojvode Mišića broj 1
Novi Sad
Jugoslovenska Knjiga
Terazije 27
Beograd